

**Die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition  
in der Bundesrepublik Deutschland (1966-1969)**

**Inaugural-Dissertation  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der  
Philosophischen Fakultät  
der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität  
zu Bonn**

**vorgelegt von**

**Martin Winkels**

**aus**

**Erkelenz**

**Bonn 2009**

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät  
Der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Zusammensetzung der Prüfungskommission

Vorsitzender: PD Dr. Volker Kronenberg  
Betreuer: Hon. Prof. Dr. Michael Schneider  
Gutacher: Prof. Dr. Tilman Mayer

Weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied:

Hon. Prof. Dr. Gerd Langguth

Tag der mündlichen Prüfung: 11.11.2009

Diese Dissertation ist auf dem Hochschulschriftenserver der ULB Bonn  
[http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss\\_online](http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online) elektronisch publiziert

### Danksagung:

Ich danke Herrn Professor Dr. Michael Schneider für die ausgezeichnete Betreuung dieser Arbeit und für die sehr konstruktiven Ratschläge und Anregungen im Entstehungsprozess. Ebenso danke ich Herrn Professor Dr. Tilman Mayer sehr dafür, dass er als Gutachter zur Verfügung gestanden hat. Mein Dank gilt auch den beiden anderen Mitgliedern der Prüfungskommission, Herrn PD Dr. Volker Kronenberg und Herrn Prof. Dr. Gerd Langguth.

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>1. Der Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 und die deutsche Frage</b>	<b>23</b>
1.1. Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung Adenauer zwischen Westintegration und Kaltem Krieg (1949-1963)	25
1.2. Die Deutschland- und Ostpolitik unter Kanzler Erhard: Politik der Bewegung (1963-1966)	31
1.3. Die deutschland- und ostpolitischen Gegenentwürfe der SPD im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer: "Wandel durch Annäherung"	40
<b>2. Die Bildung der Großen Koalition: Ein Bündnis auf Zeit</b>	<b>50</b>
2.1. Die unterschiedlichen Politiker-Biographien in der Großen Koalition im Hinblick auf das Dritte Reich	62
2.2. Kontinuitätslinien und Kurskorrekturen in der Deutschland- und Ostpolitik: Die Regierungserklärung von Kanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966	69
2.3. Reaktionen in Ostberlin und Moskau auf die Regierungserklärung von Kanzler Kiesinger	81
2.4. Die Deutschland- und Ostpolitik unter Berücksichtigung der besonderen Machtkonstellation einer Großen Koalition: Der Kreßbronner Kreis	86
<b>3. Die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition</b>	<b>96</b>
3.1. Ein neuer Anlauf in der Deutschlandpolitik	99
3.1.1. Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger	104
3.1.2. Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger. Ein Präzedenzfall und seine Folgen für die Deutschlandpolitik	119
3.1.3. Kiesingers Deutschlandrede am 17. Juni 1967	128

3.2. Modifikation der Hallstein-Doktrin: Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien sowie die Kambodschafrage	132
3.2.1. Die Karlsbader Konferenz im April 1967: Die Ostpolitik in der Sackgasse?	148
3.2.2. Die Außen- und innerdeutsche Handelspolitik der Großen Koalition	154
3.3. Die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968	162
3.3.1. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings: Deutsche Entspannungspolitik am Scheideweg	173
3.3.2. Der Budapester Appell im März 1969	180
3.4. Die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen 1966-1969	185
3.4.1. Die Große Koalition und der Atomwaffensperrvertrag	191
3.4.2. Der Entscheidungsprozess beim Atomwaffensperrvertrag: Unüberbrückbare Positionen in der Entspannungspolitik	206
3.5. Der SPD-Parteitag am 21. März 1968 in Nürnberg: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze	219
3.5.1. Die Vertriebenenpolitik der Großen Koalition in der Debatte mit dem Bund der Vertriebenen	227
3.5.2. Der Bruch des BdV mit der SPD nach dem Nürnberger SPD-Parteitag	236
3.6. Die SPD und die PSU: Auf der Suche nach neuen Wegen	244
<b>4. Die Deutschland- und Ostpolitik im Spannungsfeld konträrer Generallinien der im Bundestag vertretenen Parteien</b>	<b>253</b>
4.1. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der CDU	256
4.2. Der Sonderfall: Franz Josef Strauß und die Generallinie der CSU	261
4.3. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der SPD	267
4.4. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der FDP	273

<b>5. Das Ende der Großen Koalition und der Weg zur sozial-liberalen Koalition</b>	<b>287</b>
5.1. Neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik: Die Regierungserklärung von Kanzler Brandt am 28. Oktober 1969	295
5.2. Die Auswirkungen der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition auf die sozial-liberale Bundesregierung Brandt/Scheel	301
<b>6. Schlussbetrachtung</b>	<b>309</b>
<b>Anhang</b>	<b>323</b>
I. Verzeichnis der Abkürzungen	323
II. Ungedruckte Quellen	324
III. Gedruckte Quellen	328
IV. Editierte Protokolle	331
V. Memoiren und Reflexionen	332
VI. Forschungsliteratur	335
VII. Zeitungen und Zeitschriften	345
VIII. Internetquellen	345

## Einleitung

Wer hätte Ende 1966, beinahe zwei Dekaden nach der Gründung der Bundesrepublik, die deutsche Teilung Bestand fort und zementierte sich, noch der Illusion vertrauen mögen, dass die Sowjetunion ihre einstige deutsche Zone freigeben werde? Der Bau der Berliner Mauer 1961 hatte Tatsachen geschaffen. Das Beharren auf der deutschen Wiedervereinigung und dem deutschen Rechtsanspruch schien nichts mehr zu bewirken. „*Das Recht ist nicht nur dazu da, Bestehendes zu retten, sondern auch dazu, Notwendiges und Werdendes dagegen zu schützen, erstickt zu werden durch Verfaulendes*“, erklärte Herbert Wehner am 8. November 1966 im Deutschen Bundestag.<sup>1</sup>

Die Teilung Deutschlands und Europas war nicht nur eine menschliche Tragödie. Die Teilung Europas hemme die Entfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte, schwäche seine Rolle und seine Möglichkeiten in der modernen Welt, bedauerte Willy Brandt am 24. Januar 1967 in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg.<sup>2</sup> Mitte der 1960er Jahre war es offensichtlich, dass zur Überwindung der Teilung Europas ein wiedervereinigtes Deutschland in ein europäisches Verbundsystem gehörte. Ohne ein solches System werde es wohl keine Wiedervereinigung geben, hatte Wehner im Oktober 1966 prophezeit.<sup>3</sup> Die Bundesrepublik war nun nach der Westbindung in den 1950er Jahren am Scheideweg. Es ging um die Frage, wie eine Deutschland- und Ostpolitik praktiziert werden konnte, an deren Ende die deutsche Wiedervereinigung stand.

Um die Teilung Deutschlands zu überwinden, hatte Brandt schon 1960 verkündet: „*Wir können uns eine selbstbewußte Ostpolitik leisten.*“<sup>4</sup> Die Umsetzung einer solchen Ostpolitik und der damit verbundenen Deutschlandpolitik wollte die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt von 1966-1969 realisieren. In diesen drei Jahren sei es in der Deutschland- und Ostpolitik zu keinen nennenswerten Fortschritten gekommen, behauptet Daniel Friedrich Sturm.<sup>5</sup> Phillip Gassert stellt fest, dass die Große Koalition keine zentralen Neuerungen in der Deutsch-

<sup>1</sup>: Bundestagssitzung 8.11.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 62: Stenographische Berichte der 46.-77. Sitzung 1966, herausgegeben in Bonn, S. 3279-3320, hier S. 3298.

<sup>2</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-13, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 246.

<sup>3</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 12.10.1966, S. 1-11, hier S. 11: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Gesamtdeutscher Ausschuss, Ordner 3400-GA-76/279. Dabei war allgemeiner Konsens: „*Wer von Europa spricht, muß von Deutschland und Frankreich sprechen*“, schrieb der CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Rainer Barzel in einer Aufzeichnung aus dem Jahr 1966: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-71.

<sup>4</sup>: Zitat Brandt am 24.11.1960 in einer Rede auf einem SPD-Parteitag in Hannover. Siehe: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, 21. bis 25. November 1960, Hannover/Bonn o. J., S. 83.

<sup>5</sup>: Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006, S. 44. Siehe auch die Rezension zu dieser Studie in der SPD-Zeitung „Vorwärts“ vom 31.8.2006.

land- und Ostpolitik erreicht habe.<sup>6</sup> Klaus Schönhoven erläutert, dass es in dieser Regierungszeit keinen Durchbruch in der Deutschland- und Ostpolitik gegeben habe.<sup>7</sup> Ebenso der Tenor bei Daniela Taschler, die schreibt, dass keine wirklichen und wenn, nur äußerst spärliche Erfolge in der Ostpolitik zu verzeichnen gewesen seien.<sup>8</sup> Peter Bender verweist ebenfalls darauf, dass die Große Koalition keine erwähnenswerten Fortschritte in der Deutschland- und Ostpolitik erreicht habe und die sozial-liberale Regierung Ende 1969 fast aus dem Stand eine neue Ostpolitik eingeleitet habe.<sup>9</sup> Egon Bahr bemerkte 1975 rückblickend, dass bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt im Jahr 1967 zum Thema Deutschland- und Ostpolitik „*effektiv leere Schubladen*“ vorhanden gewesen seien<sup>10</sup>, und Bahr bekräftigt dies in seinen Memoiren.<sup>11</sup> In der älteren Literatur ist unter anderem Klaus Hildebrand zu nennen, der 1984 in seiner Untersuchung zur Großen Koalition folgerte: „*Man kam in der Ostpolitik nicht voran.*“<sup>12</sup> Für Arnulf Baring waren die Anstrengungen der Großen Koalition gar ein „*ostpolitischer Fehlschlag.*“<sup>13</sup> Heribert Knorr behauptete, dass die Große Koalition zu durchgreifenden Maßnahmen in der Deutschland- und Ostpolitik kaum fähig gewesen sei.<sup>14</sup>

Auch wenn die hier genannten Autoren Spezialuntersuchungen oder Überblickswerke zur ersten Großen Koalition verfasst haben und dabei ihr Hauptaugenmerk nicht auf die Deutschland- und Ostpolitik gerichtet haben, müssen deren Bewertungen doch als repräsentativ für den Stand der Forschung gelten, da diese es bisher versäumt hat, nachdem die obligatorischen 30jährigen Sperrfristen in den politischen Archiven abgelaufen sind, damit die Zugänge zu den relevanten Archiven frei sind, und ein sehr großer Bestand von gedruckten und ungedruckten Quellen einsehbar ist, eine ausführliche Quellenuntersuchung zur Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition vorzunehmen. Dieser Mangel soll durch die hier vorliegende politikwissenschaftliche

---

<sup>6</sup>: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 726.

<sup>7</sup>: Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004, S. 385.

<sup>8</sup>: Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001, S. 397-398.

<sup>9</sup>: Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung, München 1995, S. 139.

<sup>10</sup>: Nachzulesen bei: Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage - Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996, S. 101.

<sup>11</sup>: Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>, S. 226.

<sup>12</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 328.

<sup>13</sup>: Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 200.

<sup>14</sup>: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975, S. 144.



Dissertation behoben werden unter Berücksichtigung der Leitfrage, ob im Hinblick auf die hier aufgeführten negativen Wahrnehmungen die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in ihrem Eigengewicht unterschätzt wird. Im Zuge dessen werden in dieser Dissertation die internen deutschland- und ostpolitischen Diskussionen der Großen Koalition und damit der Kampf zwischen den unterschiedlichen deutschland- und ostpolitischen Generallinien von CDU/CSU und SPD, der bald sichtbar wurde und zunehmend Spannungen in der Großen Koalition erzeugte, analysiert. Somit handelt es sich bei dieser Untersuchung um eine quellennahe Gewichtung von drei Schlüsseljahren in der Zeitspanne zwischen der Adenauer-Ära und der sozial-liberalen Ära, wobei versucht wird, die Amtszeit der Großen Koalition als eine eigenständige Periode hervorzuheben, sie als eine Testphase der Neuorientierung in der Deutschland- und Ostpolitik zu charakterisieren, als einen Zeitabschnitt, in dem sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen gravierend wandelten, und schon länger existierende deutschland- und ostpolitische Kernprobleme dringend geklärt werden mussten.

Die Große Koalition entschied nicht darüber, ob überhaupt eine neue deutschland- und ostpolitische Initiative ergriffen werden sollte. CDU/CSU und SPD waren sich darüber einig, dass die Politik nach Osten dringend erneuert und erweitert werden musste. Die spannende Frage war nun, wer unter den Koalitionspartnern die Deutschland- und Ostpolitik nach eigenen Maßstäben und Prioritäten umsetzen würde. Denn Ende 1966 betraten mit Bildung der Großen Koalition weitgehend neue und außenpolitisch äußerst motivierte Protagonisten das politische Parkett in Bonn. Kanzler Kiesinger erschien im Vergleich zu seinen Amtsvorgängern als zugänglich und sehr eloquent. Außenminister Brandt war Regierender Bürgermeister von Berlin, der vordersten Front im Kalten Krieg, gewesen. Während die Große Koalition innenpolitische Reformen einleiten und die schwierige Wirtschafts- und Finanzsituation klären wollte, beabsichtigte sie auch, in der Deutschland- und Ostpolitik voranzukommen.

Kanzler Kiesinger betonte am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung, dass die Große Koalition ein Bündnis auf Zeit sei, welches unter anderem eine konsequente Friedenspolitik und eine neu justierte Deutschland- und Ostpolitik zu realisieren habe.<sup>15</sup> Dazu überprüfte die Große Koalition außenpolitische Kontinuitätslinien, die bereits am Ende der Kanzlerschaft Erhards vom Auswärtigen Amt skeptisch betrachtet worden waren. Die Große Koalition versuchte festzustellen, inwieweit neue Wege in Bezug auf die Hallstein-Doktrin und die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze beschritten werden konnten, ohne den deutschen Rechtsstandpunkt aufzugeben und ohne dadurch

---

<sup>15</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 13.6.1966, in der Kiesingers Regierungserklärung abgedruckt ist, S. 1-16, hier S. 7: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-258/2.

der DDR in der blockfreien Welt eine nicht erwünschte Aufwertung zu ermöglichen. Die Verständigung mit der Sowjetunion und die Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei wurden noch vor den Beziehungen zu den westlichen Verbündeten in der Großen Koalition diskutiert. Der Schwerpunkt der politischen Bemühungen im Hinblick auf eine deutsche Wiedervereinigung lag auf der Ostpolitik, denn eine Wiedervereinigung schien, so die verbreitete Auffassung, nur durch Verhandlungen mit Moskau möglich.<sup>16</sup> *„Es ist übersehen worden, daß die erste Priorität die Behandlung der Sowjetunion ist. Alle anderen Dimensionen der Ostpolitik sind demgegenüber von geringerer Bedeutung, was nicht heißt, sie seien von geringer Bedeutung“*, erklärte der Christdemokrat Kurt Birrenbach, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages und Berater von Kanzler Kiesinger, am 4. Oktober 1967 in einem Brief an Henry Kissinger, damals bereits ein bekannter außenpolitischer Fachmann in den USA.<sup>17</sup> Seit Mitte der 1960er Jahre gab es jedoch in der deutschen Öffentlichkeit und innerhalb der SPD eine immer intensiver werdende Debatte um die Anerkennung der DDR. *„An Ulbricht führt kein Weg vorbei“* lautete der Titel einer Abhandlung von 1967, die eine kritische Bilanz der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik vornahm und die bundesdeutsche Anerkennung der DDR anregte.<sup>18</sup> Auch wenn die Große Koalition das Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands entkrampfen und die menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu den dortigen Landsleuten fördern und ausweiten wollte, wurde die Anerkennung der DDR jedoch abgelehnt. Um die Fragestellung dieser Dissertation, ob die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in ihrem Eigengewicht unterschätzt wird, im richtigen Rahmen untersuchen zu können und um eine Vergleichsbasis herzustellen, ist es am Anfang der Untersuchung notwendig, einen kurzen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen in der Deutschland- und Ostpolitik seit 1949 zu geben. Denn es war, wie Egon Bahr am 11. April 1967 in einem Brief an Brandt ausführte, für die Große Koalition nicht zu verkennen, dass sie bei der Durchführung ihrer Vorhaben die Realitäten berücksichtigen musste, die sie innen- wie außenpolitisch vorgefunden hatte.<sup>19</sup> In Kapitel 1 wird daher auf die Deutschland- und Ostpolitik unter den Kanzlern Adenauer und Erhard eingegangen. Auch die deutschland- und ostpolitischen Gegenentwürfe der SPD

---

<sup>16</sup>: *„Auch Pankow ist wichtig, aber Moskau ist wichtiger“*, hielt Barzel in einer Aufzeichnung aus dem Jahr 1967 fest: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-72.

<sup>17</sup>: Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001, S. 176.

<sup>18</sup>: Schulz, Eberhard, *An Ulbricht führt kein Weg vorbei*, Hamburg 1967.

<sup>19</sup>: Bahr an Brandt 11.4.1967: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer werden untersucht, und dabei wird Egon Bahrs These "Wandel durch Annäherung" von 1963 hervorgehoben und ihr Einfluss auf die Große Koalition herausgearbeitet. Um den Rahmen dieser Dissertation nicht zu sprengen, und da die vorhandenen Quellen besonders für die Adenauer-Ära bereits ausreichend ausgewertet wurden, wird Kapitel 1 bewusst sehr kurz gehalten und erforderlichenfalls auf Sekundärquellen zurückgegriffen.

Kapitel 2 geht auf die Bildung der Großen Koalition und die deutschland- und ostpolitischen Aspekte der Koalitionsverhandlungen im Spätherbst 1966 ein. Auch werden die unterschiedlichen Biographien der handelnden Politiker in der Großen Koalition im Hinblick auf das Dritte Reich beleuchtet und damit die unterschiedlichen emotionalen Zugänge dieser Politiker zur deutschen Frage und zur Deutschland- und Ostpolitik herausgestellt. Besonders begutachtet wird die Regierungserklärung von Kanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966, die sowohl Kontinuitätslinien als auch Kurskorrekturen in der Deutschland- und Ostpolitik aufzeigte und im Ostblock für Aufsehen sorgte. Danach wird die Deutschland- und Ostpolitik unter Berücksichtigung der besonderen Machtkonstellation einer Großen Koalition erörtert, und dabei werden Kanzler Kiesingers vermittelnde Rolle zwischen den Koalitionsparteien und die Funktion des Kreßbronner Kreises herausgefiltert.

Kapitel 3 untersucht in den einzelnen Unterpunkten jeweils einen zentralen Bereich der Ereignisse und Entwicklungen in der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition. Dabei wird jeweils zunächst der Bereich, zum Beispiel der Briefwechsel Stoph-Kiesinger, erläutert, um dann die Positionen der Koalitionsparteien zu analysieren. Der Entscheidungsfindungsprozess wird untersucht, und daraufhin wird das faktische Resultat, der Kompromiss oder auch das Scheitern des Entscheidungsfindungsprozesses herausgearbeitet. Kapitel 3 handelt von dem koalitionsinternen Richtungsstreit über das bundesdeutsche Verhältnis zur DDR, zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion. Bis zu welcher Linie sollte man mit der DDR kooperieren und wie weit sollte man Osteuropa und der Sowjetunion entgegenkommen? Auf diese Fragen lieferten die Koalitionspartner oftmals unterschiedliche Antworten. In der Deutschlandpolitik entbrannte an dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch ein kaum lösbarer Koalitionskonflikt, auch wenn der Briefwechsel Stoph-Kiesinger im Sommer 1967 auf eine Auflockerung der innerdeutschen Fronten und auf eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen von CDU/CSU und SPD hingedeutet hatte. In der Ostpolitik diskutierten die Koalitionspartner die Modifikation der Hallstein-Doktrin und bis zur welchen Linie man gehen sollte bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den ost-

europäischen Staaten, und wie die Außen- und innerdeutsche Handelspolitik zur Entspannung beitragen konnte. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in der Tschechoslowakei im August 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes stand die deutsche Entspannungspolitik am Scheideweg und wurde stark diskutiert. Ein Beitrag zur Entspannung konnten auch die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen und die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags darstellen. Das waren zwei Politikfelder, bei denen CDU/CSU und SPD jedoch unterschiedliche Auffassungen vertraten, wie es auch bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und damit auch in der Debatte mit dem Bund der Vertriebenen der Fall war. Auch die Kontakte der SPD zur PSU werden thematisiert. Da die Große Koalition mit Kiesinger einen außenpolitisch versierten Kanzler vorwies, neben dem Außenminister Brandt als Entspannungspolitiker eigene Akzente setzen wollte und Wehner als Minister für gesamtdeutsche Fragen die Verbesserung des Verhältnisses zur DDR als seine oberste Pflicht verstand, mussten in der Deutschland- und Ostpolitik die unterschiedlichen Generallinien hart kollidieren.

Die konträren Generallinien der Koalitionsparteien werden in Kapitel 4 in einer Zwischenbilanz analysiert. Hier werden die deutschland- und ostpolitischen Generallinien der Koalitionsparteien aus den einzelnen Punkten von Kapitel 3 herausgefiltert, zusammengefasst und gegenübergestellt. Auch die deutschland- und ostpolitische Generallinie der FDP-Opposition im Bundestag wird quellennah erschlossen. Vor allem die in Kapitel 4 behandelten unterschiedlichen deutschland- und ostpolitischen Generallinien von CDU/CSU und SPD führten, wie in Kapitel 5 herausgestellt wird, nach der Bundestagswahl im Herbst 1969 zur Bildung einer sozial-liberalen Koalition. In Kapitel 5 werden auch die Regierungserklärung des neuen Kanzlers Brandt und die Auswirkungen der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition auf die sozial-liberale Bundesregierung Brandt/Scheel beleuchtet. Die abschließende Bilanzierung der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition wird in der Schlussbetrachtung durchgeführt unter Berücksichtigung der Leitfrage dieser Dissertation, ob die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in ihrem Eigengewicht unterschätzt wird.

Die Gewichtung der Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition ist erst jetzt, nachdem die 30jährigen Sperrfristen in den politischen Archiven zu Ende sind, auf einer breiten Quellengrundlage möglich. Nun können intensive Einsichtnahmen in einem Zeitabschnitt durchgeführt werden, der nach der Öffnung der Archive im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition noch nicht ausführlich untersucht worden ist und durch die hier vorliegende Dissertation quellennah erschlossen werden

soll. Für diese Forschungsarbeit ist es gelungen, für alle relevanten Partei- und Bundesministerien-Aktenbestände sowie für die politischen Nachlässe und Deposita der handelnden Politiker die notwendigen Einsichtsgenehmigungen zu erhalten.

Die gewaltigen Quellenmassen zur Deutschland- und Ostpolitik, die in den einzelnen Aktenbeständen, den politischen Nachlässen und Deposita der jeweiligen Archive für diese Dissertation zu sichten waren, verdeutlichen, dass dieses Politikfeld ein Herzstück der Großen Koalition gewesen war. Um die Rahmenbedingungen nicht zu sprengen und um eng an der Leitfrage dieser Dissertation bleiben zu können, war es deshalb notwendig, die Quellenmassen zu bannen und sorgfältig auszuwählen. Bei der Auswahl der Quellen lag das Bestreben zugrunde, die deutschland- und ostpolitische Denk- und Arbeitsweise der Großen Koalition im Spiegel der Quellen bilanzierbar und gewichtbar sowie die politischen Entscheidungsfindungsprozesse über den gesamten Zeitraum der Großen Koalition hinweg erkennbar zu machen. Dazu wurden die relevanten Aktenbestände, politischen Nachlässe und Deposita des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin, des Archivs für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung in München, des Archivs des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, des Archivs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf und des Bundesarchivs in Koblenz untersucht.

Eine zentrale Quelle für das zu behandelnde Thema waren die archivierten Sitzungsprotokolle der Bundestagsfraktionen. Sie offerierten einen sehr detaillierten Einblick in die internen deutschland- und ostpolitischen Debatten. Daneben wurden auch die archivierten Sitzungsprotokolle der Bundestagsfraktionsvorstände, der Fraktionskommissionen, der Parteivorstände, der Parteipräsidien und der Parteiräte der im Bundestag vertretenen Parteien berücksichtigt. Zwar trafen sich diese Gremien nicht so häufig wie die Bundestagsfraktionen, doch konnten sich die Teilnehmer dort offener äußern als in den Fraktionssitzungen, in denen die Geheimhaltung oftmals nicht gewährleistet war. Gelegentlich stellten die Sitzungsprotokolle dieser Gremien jedoch nur sehr kurz gehaltene Überblicksprotokolle dar und lieferten keinen tiefen Einblick in die entsprechenden Sitzungen. Der Verlauf und die Resultate solcher Sitzungen konnten meistens aus anderen Quellen, wie zum Beispiel den Partei-Pressediensten, entnommen werden.

Darüber hinaus waren vor allem die umfangreichen politischen Nachlässe und Deposita der handelnden Politiker für das Thema dieser Dissertation unerlässlich. Die archivierten Korrespondenzen, Vermerke und Papiere der jeweiligen Politiker bildeten präzise die deutschland- und ostpolitischen Positionen und Bemühungen ihrer Verfasser ab.

Dass die Einsichtsgenehmigungen für die verschiedenen Aktenbestände der relevanten Bundesministerien und des Bundesnachrichtendienstes, die im Bundesarchiv in Koblenz liegen, erteilt wurden, ist besonders erfreulich, da bisher in der vorliegenden Forschungsliteratur zur ersten Großen Koalition diese Bestände nur begrenzt berücksichtigt wurden. Ein bedauernswerter Umstand, weil diese Aktenbestände viele Hintergrundinformationen über die Arbeit der Großen Koalition, über die zwischenministerielle Zusammenarbeit und vor allem über die außenpolitische Situation liefern. So ist unter anderem die umfangreiche und immer wieder erweiterte Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ des Bundesministeriums des Innern hervorzuheben. Die unmittelbaren Reaktionen des Ostens auf die deutschland- und ostpolitischen Bemühungen der Großen Koalition lassen sich aus dem ständig aktualisierten „Lagebericht Ost“ des Bundesnachrichtendienstes herausfiltern. Die archivierten Sachakten der jeweiligen Bundesministerien und des Bundesnachrichtendienstes, teils schon auf Mikrofilm gebannt, komplettierten für diese Dissertation das Bild von der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition. Des Weiteren lagert im Bundesarchiv in Koblenz der mittlerweile auch auf Mikrofilm verfügbare politische Nachlass von Rainer Barzel.

Neben den gedruckten Quellen, den vom Bundesministerium des Innern (seit 1991, vorher vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen) gemeinsam mit dem Bundesarchiv herausgegebenen Dokumenten zur Deutschlandpolitik, den im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, den stenographischen Berichten der Bundestagssitzungen und der vorhandenen Forschungsliteratur sind auch die von den damals handelnden Politikern selbst verfassten Bücher und Artikel, in denen die Autoren über ihr Wirken während der Großen Koalition berichten, als Quellen für diese Dissertation verwendet worden. Doch sind diese Bücher und Artikel wie alle Erinnerungsliteratur mit Bedacht zu gebrauchen. Dabei müssen Fehler nicht unbedingt auf die Intention des Autors zurückgeführt werden, das eigene Handeln in der Vergangenheit beschönigen zu wollen, wo ihm dies notwendig erschien. In der Rückschau können wegen zusätzlicher und neuer Erkenntnisse politische Sachverhalte und eigenes Verhalten ganz anders wahrgenommen werden als man es in der historischen Gegebenheit getan hat. Trotzdem haben diese Quellen durchaus eine ergänzende Funktion.

Bei dem Zitieren von ungedruckten und gedruckten Quellen wurde ein Höchstmaß an Authentizität verfolgt. Die im Original verwendete Orthographie, Interpunktion und Ausdrucksweise wurden ohne Änderung übertragen.

Die Große Koalition der Jahre 1966-1969 ist bisher von der Forschung vernachlässigt worden. Während zur Kanzlerschaft Adenauers oder zur sozial-liberalen Bundesregierung unter Kanzler Brandt zahlreiche Untersuchungen zu verzeichnen sind, liegen für die Zeit der ersten Großen Koalition auffällig wenige Monographien vor. Nicht ohne Grund wurde die Große Koalition unter Kanzler Kiesinger als die „vergessene Regierung“<sup>20</sup> und Kiesinger als „vergessener Kanzler“<sup>21</sup> bezeichnet.

Die erste Große Koalition stand vor allem seit der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 nicht im Fokus der Zeitgeschichtsschreibung, weil nach dem Ende des realsozialistischen Systems in der DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion sich die Forschung außerordentlich intensiv auf die Geschehnisse in Osteuropa konzentrierte. Mittelpunkt des deutschen Interesses waren die allgemeinen Entwicklungen der DDR.<sup>22</sup> Fast 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist die Anzahl der Monographien, der Sammelbände, der Dokumentationen sowie der Aufsätze in Jahrbüchern und Fachzeitschriften zur DDR-Forschung unüberschaubar geworden. Grund dafür ist auch, dass die DDR-Forschung nach der weitgehenden Öffnung der ostdeutschen Archive wesentlich ausführlicher vorgenommen werden konnte als die Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik, für die auch weiterhin die obligatorische Sperre von dreißig Jahren für die Archive aufrecht gehalten wurde.

Das wissenschaftliche Interesse an der Historie der DDR als zweiter deutscher Diktatur sowie an einer komparativen Beziehungsgeschichte der beiden deutschen Staaten hat neben der obligatorischen 30jährigen Archivsperre die systematische Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik seit 1990 merklich zurücktreten lassen. Gegen den dreifachen Vorteil der DDR-Forschung, der aus besseren Einsichtsmöglichkeiten in die nun mit Unterstützung von Archivalien zugänglichen Politikbereichen der DDR, aus finanziellen Förderungen für zeithistorische Institute und für geschichtspolitisch wirkende Stiftungen in den neuen Bundesländern sowie aus einem auch politisch und publizistisch mitgetragenen öffentlichen Interesse an einer historiographischen Integration des zweiten deutschen Staates resultierte, war es für die auf Westdeutschland kon-

---

<sup>20</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.

<sup>21</sup>: Eichhorn, Joachim Samuel, Kein vergessener Kanzler mehr. In: Deutschland-Archiv, Band 39, 2006, S. 1114-1123. / Heckmann, Rosemarie, Der vergessene Kanzler. Würdigung zum 100. Geburtstag. Nachzulesen im Internet-Angebot der Zeitschrift „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, (Nr. 14 / 29.03.2004), hrsgg. vom Deutschen Bundestag und der Bundeszentrale für politische Bildung. Siehe: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2005/0113/dasparlament/2004/14/Kehrseite/003.html> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 17:00 Uhr] / Kraft, Michael, Der vergessene Kanzler. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Politische Meinung, 1990, S. 83-87.

<sup>22</sup>: Burrichter, Clemens / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft - Staat - Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006, S. 11.

zentrierte Forschung seit 1990 schwierig, sich zu behaupten.<sup>23</sup> Daher sollte das Interesse der Forschung wieder stärker auf die bisher noch vernachlässigten Phasen der Geschichte der Bundesrepublik wie die Zeit der ersten Großen Koalition gelenkt werden.

Es ist offensichtlich, dass die Forschungskennnisse über die deutsche Außenpolitik unter Adenauer, vor allem Westbindung der Bundesrepublik, wesentlich umfangreicher sind als über die auf die Adenauer-Ära direkt anschließenden Zeitabschnitte wie die Amtszeit der Großen Koalition. Das ist unter anderem dadurch zu erklären, dass zum einem die Gründungsphase und die Westintegration der jungen Bundesrepublik schon relativ schnell das Interesse von Politologen und Zeithistorikern hervorrief, in deren Motivation häufig wissenschaftliche und politische Beweggründe miteinander einhergingen, wenn sie die Frage beantworten wollten, was die Bundesrepublik von der Weimarer Republik unterschied<sup>24</sup>, oder wenn sie die 1950er Jahre als die eigentliche Sattelzeit in der deutschen Demokratiegeschichte charakterisierten.

Zum anderen führte die durch die deutsche Archivgesetzgebung erhobene Beschränkung, die 30 Jahre lang den Zugang der Forschung zu den relevanten Akten in den politischen Archiven verhindert, zu einer Konzentration der zeithistorischen Forschung auf vermeintlich wirklich vergangene Zeiten. Und schließlich arbeitet es sich auf dem Forschungsfeld der Vergangenheit auch besser, wie Schönhoven treffend schreibt, wenn die oftmals heftigen und hitzigen Diskussionen der politischen Kontrahenten bereits lange vergangen und die Konturen des Untersuchungsgebietes erkennbar geworden sind.<sup>25</sup>

In jüngster Zeit sind nach der Öffnung der politischen Archive einige wissenschaftlich relevante Untersuchungen zur ersten Großen Koalition erschienen, die zwar quellennah und sehr gut ausgearbeitet sind, jedoch den umfangreichen Themenkomplex Deutschland- und Ostpolitik nur fragmentarisch behandeln, da sie einen anderen Schwerpunkt haben. Diese Abhandlungen klären zwar viele Fragen, aber immer noch sind zahlreiche Fragestellungen unbeantwortet. Damit wird deutlich, dass die Amtszeit der ersten Großen Koalition noch weiter erforscht werden muss, und die quellennahe Erschließung dieser Zeitspanne wohl noch einige Bemühungen in Anspruch nehmen wird. Hervorzuheben ist unter anderem die Kiesinger-Biographie, die Phillip Gassert 2006 fertig ge-

---

<sup>23</sup>: Schönhoven, Klaus, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945*, Band 2, Bonn 2004, S. 10.

<sup>24</sup>: Siehe zum Beispiel das Standardwerk von Allemann aus dem Jahre 1956, das 2000 neu herausgegeben wurde: Allemann, Fritz R., *Bonn ist nicht Weimar*, hrsgg. von Xenia von Bahder, Frankfurt a. M. 2000.

<sup>25</sup>: Schönhoven, Klaus, *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969*. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), *Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945*, Band 2, Bonn 2004, S. 9-11.



stellt hat<sup>26</sup>, sowie die Herbert Wehner-Biographie, die Christoph Meyer im selben Jahr abgeschlossen hat<sup>27</sup>, oder die sehr quellenreiche Berliner Ausgabe Band 6, die 2005 im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung herausgegeben wurde.<sup>28</sup> Sehr quellennah sind auch die Untersuchungen von Klaus Schönhoven zur SPD in der ersten Großen Koalition (2004)<sup>29</sup> und von Daniela Taschler zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Regierung Kiesinger (2001).<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup>: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006. Die von Gassert verfasste Biographie über Kiesinger ist sehr detailliert und informativ. Gassert erklärt in der Einleitung, dass er Kiesingers Lebensgeschichte, die im April 1904 in einer kleinen Stadt auf der schwäbischen Alb begann, und die quer durch die Höhen und Tiefen des deutschen 20. Jahrhunderts bis in das Bonner Kanzleramt führte, erzählen will (S. 20). Die Biographie verfolgt in sechs Kapiteln chronologisch den Lebenslauf von Kiesinger: Anfänge 1904-1940, Vom Nationalsozialismus zur Demokratie 1940-1949, Parlamentarier in der Ära Adenauer 1949-1958, Ministerpräsident von Baden-Württemberg 1958-1966, Kanzler der Großen Koalition 1966-1969 und Elder Statesman 1969-1988. Diese umfangreichen Zeitabschnitte werden durch eine Bilanz in Form von 25 Thesen abgeschlossen. Insgesamt zieht Gassert eine positive Bilanz von der Arbeit der Großen Koalition und von Kanzler Kiesinger, auch wenn er dessen Schwächen aufzählt. So zum Beispiel Kiesingers nachlassendes Durchsetzungsvermögen, seine Abneigung zum Aktenstudium oder einige personalpolitische Fehlbesetzungen von Kiesinger (S. 663). Gassert bedauert, dass Kiesinger von allen Bundeskanzlern der unbekannteste in der deutschen Erinnerungskultur ist (S. 687).

<sup>27</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006. Die Wehner-Biographie von Meyer ist eine sehr gut recherchierte, erhellende und interessante Biographie über einen wichtigen politischen Akteur der Bonner Republik, besonders während der Großen Koalition, in der Wehner das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen leitete. Siehe zu diesem Bundesministerium auch die sehr umfangreiche und aktuelle Untersuchung: Kreuzberger, Stefan, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969, (Schriften des Bundesarchivs: Band 69), Düsseldorf 2008.

<sup>28</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005. Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung will mit dieser Edition die Bedeutung Brandts für die Historie des 20. Jahrhunderts anhand von Dokumenten belegen und einer historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen. Daran orientiert sich die auf zehn Bände angelegte Auswahl wichtiger Reden, Artikel, Positionspapiere und Korrespondenzen Brandts. Die Berliner Ausgabe Band 6 demonstriert unter anderem, dass Brandts vorrangiges politisches Interesse nicht erst seit seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin im Bereich der Außenpolitik lag (S. 11).

<sup>29</sup>: Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004. Schönhoven hat einen sehr empfehlenswerten und abwägenden Überblick zur SPD in der ersten Großen Koalition herausgebracht. Er beurteilt die gemeinsame Regierungszeit von CDU/CSU und SPD als eine Neuorientierung in zentralen Politikfeldern, auch wenn wegen den Meinungsverschiedenheiten der Koalitionspartner und den Widerständen in den eigenen Reihen der SPD nicht alle Pläne realisiert werden konnten (S. 67, 123-124, 483-484). Dank dieser Studie tritt das Bild der SPD während der ersten Großen Koalition plastischer hervor als bisher. Für eine ausführliche Buchbesprechung siehe: Hildebrand, Klaus, Buchvorstellung: Klaus Schönhoven, „Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969“. Diskussion mit dem Autor. Veranstaltung am 22. November 2004 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, (FES, Historisches Forschungszentrum, Gesprächskreis Geschichte, Heft 58), Bonn 2005, S. 1-56. Hildebrand betrachtet Schönhovens Untersuchung als „Standardwerk“ (S. 6).

<sup>30</sup>: Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001. Taschler hat eine sehr detaillierte Untersuchung zur außen- und deutschlandpolitischen Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969) fertig gestellt, die neue Erkenntnisse liefert. Besonders die deutschen Beziehungen zur USA, zu Großbritannien und Frankreich sowie die deutsche Europapolitik im Allgemeinen werden ausführlich aus Sicht der CDU/CSU thematisiert.

In der älteren Forschungsliteratur zur ersten Großen Koalition ist der von dem Bonner Historiker Klaus Hildebrand im Jahr 1984 veröffentlichte und nach wie vor umfangreichste Überblick zur Geschichte der Großen Koalition hervorzuheben. Der Autor bilanzierte die Arbeit der Großen Koalition in den meisten Politikfeldern als sehr gelungen.<sup>31</sup> In diesem Zusammenhang ist auch Heribert Knorr zu nennen, der 1975 anhand des von CDU/CSU und SPD veröffentlichten Materials und entlang von Bundestagsdebatten und Interviews die Entscheidungsfindungsprozesse der Großen Koalition untersucht hat.<sup>32</sup> Hier ist aber anzumerken, dass Knorr, ebenso wie Detlef Bischoff bei seiner 1972 fertig gestellten Analyse zur außenpolitischen Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition<sup>33</sup>, keinen Zugang zu internen Partei- oder Regierungsquellen hatte. Dies ist ein Mangel zahlreicher Untersuchungen zur Außenpolitik der Großen Koalition, die zu Beginn der 1970er Jahre erstellt worden sind.<sup>34</sup>

Dass die Amtszeit der Großen Koalition wissenschaftlich relativ vernachlässigt und lückenhaft erscheint, hängt auch damit zusammen, dass in der Forschung die Betrachtung der Großen Koalition als eine nicht besonders aufregende „*Übergangsphase*“<sup>35</sup> überwiegt. Dies ist unter anderem dadurch zu erklären, dass in der Adenauer-Ära mit dem ökonomischen Wiederaufbau und der Westintegration die innen- und außenpolitische Basis der jungen Bundesrepublik geschaffen wurde, während in der sozial-liberalen Ära der Ausgleich mit den östlichen Nachbarn realisiert wurde. In der Bundesrepublik waren die 1960er Jahre darüber hinaus eine Zeit der politischen Verunsicherung, in der vier Kanzler in Bonn regierten, und in der ein Generationenwechsel in vielen gesellschaftlichen und politischen Führungspositionen zu verzeichnen war.

---

<sup>31</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984.

<sup>32</sup>: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975.

<sup>33</sup>: Bischoff, Detlef, Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1972. Bischoffs Analyse gehörte zu einer von Arnulf Baring geleiteten Gemeinschaftsstudie mit dem Arbeitstitel „Faktoren westdeutscher Außenpolitik heute“, die sich vor allem mit den Grenzen und Möglichkeiten der Außenpolitik der Großen Koalition befasste. Bischoffs Anteil an diesem Projekt war eine Teilstudie, die sich der Untersuchung der außenpolitischen Konzeptionen des CSU-Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß und der ihn unterstützenden Gruppen widmete. Im Zuge seiner Untersuchung fragte Bischoff am 13.3.1969 in einem Brief an die CSU-Zentrale in München - Abteilung Öffentlichkeitsarbeit - um Informationsmaterial über Strauß an. Dieser Anfrage wurde am 20.3. durch Verschicken von Bundestagsreden von Strauß nachgekommen. Dies geht aus einem hinzugefügten Vermerk auf Bischoffs Anfrage-Brief hervor: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 5126.

<sup>34</sup>: Zum Beispiel: Von Kodolitsch, Paul, Die Ostpolitik der Großen Koalition und die sozialistischen Staaten, Berlin 1974. / Storz, Henning, Außenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die außenpolitische Konzeption der CDU mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1973.

<sup>35</sup>: Schmidt, Ute, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 1, Opladen 1983, S. 490-660, hier S. 511.

Die bislang vorliegende Forschungsliteratur hat die Zeit der Großen Koalition daher als Phase der Unentschiedenheit, als „*Epoche des Übergangs*“<sup>36</sup> oder als „*Scharnier*“<sup>37</sup> zwischen der Adenauer-Ära und der sozial-liberalen Reform- und Umgründungszeit charakterisiert. Für Klaus Hildebrand war die Große Koalition ein „*komplikationsloser Durchgang*“<sup>38</sup> zur sozial-liberalen Ära. Christoph Kleßmann bezeichnete die Große Koalition ebenfalls als „*Durchgangsstation für den Machtwechsel von 1969*.“<sup>39</sup> Dirk Kroegel und Hans-Jürgen Grabbe betrachteten die Große Koalition als „*Zwischenspiel*.“<sup>40</sup> Die neuste Forschung bewertet die Amtszeit der Großen Koalition nahezu einstimmig als eine Phase des Übergangs und eine Phase der Gärung, in der sich eine Fülle von innovativen Impulsen wechselseitig verstärkten.<sup>41</sup>

Dieser Übergangscharakter wurde bereits während der Großen Koalition mit Besorgnis wahrgenommen. Der Liberale Ralf Dahrendorf erklärte am 9. September 1967 in einem Artikel in der „Basler National-Zeitung“: *„Es sind bislang keine Anzeichen dafür erkennbar, daß die neue Bundesregierung Mittel und Wege gefunden oder gesucht hätte, um klare politische Konzeptionen für die Zukunft zu entwickeln. ... Immer mehr Menschen drängt sich der Verdacht auf, daß nicht die Regierung Erhard, sondern die Regierung Kiesinger eine Art Übergangsregierung ist. Woher der Übergang kommt, weiß man: Von der Ära Adenauer. Wohin er aber führt, ist durch die Große Koalition eher ungewisser geworden als je zuvor. ... Es gibt manchen, der mit der Vorstellung des Übergangs in der Bundesrepublik mehr Sorge als Hoffnung verbindet.“*<sup>42</sup>

In der Tat, die Regierungszeit der Großen Koalition stellte eine Phase des Übergangs dar, aber nur so, wie jede Regierung, jede Zeitepoche von ihrer Vorgängerin zu ihrer Nachfolgerin überleitet. Es existiert kein Stillstand in der Historie, immer ist in der

---

<sup>36</sup>: Ziegler, Gerhard, Kurt Georg Kiesinger. In: Von Sternburg, Wilhelm (Hrsg.), Die deutschen Kanzler, Königstein/Ts. 1985, S. 407-418, hier S. 416.

<sup>37</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 406.

<sup>38</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 406.

<sup>39</sup>: Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988, S. 206.

<sup>40</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 7. / Grabbe, Hans-Jürgen, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966, Düsseldorf 1983, S. 596.

<sup>41</sup>: Zum Beispiel: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 687. / Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004, S. 16. / Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001, S. 12.

<sup>42</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 367.

Geschichte Bewegung und Übergang zu erkennen. Deswegen sollte die Forschung die Phase der Großen Koalition nicht nur als einen Übergang von einer Ära zur anderen Ära ansehen, sondern, so wie es diese Dissertation im Bereich der Deutschland- und Ostpolitik praktiziert, als eigenständigen Zeitabschnitt betrachten und herausfinden, was in dieser Regierungszeit Zentrales passiert ist, und was diese Regierung über ihr Bestehen hinaus bewirkt hat. Aus dieser interpretatorischen Sichtweise wird die Regierungszeit der Großen Koalition nicht mehr auf einen sekundären Zwischenabschnitt zwischen der Adenauer-Ära und der sozial-liberalen Ära reduziert, sondern erhält ihr Eigengewicht in einer Zeit des Wandels, während der in Bonn eine neu justierte Deutschland- und Ostpolitik praktiziert werden sollte.

Günther Heydemann hat für den Zeitraum von den späten 1950er Jahren bis zu dem Beginn der 1970er Jahren vier Phasen der Deutschland- und Ostpolitik herausgefiltert. Nach einer Vorphase (1958-1963) und einer Übergangsphase unter Kanzler Erhard folgte die Große Koalition, deren Amtszeit eine Einleitungsphase darstellte, in der konzeptionelle und praktische Vorarbeiten erledigt wurden, die dann ab Ende 1969 ihre Wirkung entfalten konnten.<sup>43</sup> Auch andere Forscher meinen, dass die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel ohne die Einleitungsphase der Großen Koalition kaum realisierbar gewesen wäre.<sup>44</sup> Baring bemerkte jedoch, dass wegen des „*Bleigewichtes der Hinterbänkler*“ der CDU/CSU während der Großen Koalition kein Schwung in die Ostpolitik hätte gebracht werden können.<sup>45</sup> Auch Taschler folgert, dass die CDU/CSU Erfolge in der Deutschland- und Ostpolitik blockierte, vor allem deshalb, weil die CDU/CSU sich auf diesem Feld nicht von der SPD habe thematisch dominieren lassen wollen.<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup>: Heydemann, Günther, Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historische-Politische Mitteilungen, Band 1, Sankt Augustin 1994, S. 15-32, hier S. 31-32.

<sup>44</sup>: Zum Beispiel: Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Neuauflage, Bonn 2003, S. 139. / Hacke, Christian, Die Wirkung von Johann Baptist Gradl auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Mut zur Einheit. Festschrift für Johann Baptist Gradl, Köln 1984, S. 13-38, hier S. 33. / Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 88. / Löwenthal, Richard, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik. In: Löwenthal, Richard / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604-699, hier S. 673. / Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 184. / Schneider, Andrea H., Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966-1969, Paderborn u. a. 1999, S. 262-263.

<sup>45</sup>: Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 200.

<sup>46</sup>: Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001, S. 401.

In der Forschung zur Großen Koalition wird zum Teil die Auffassung vertreten, dass der Kanzler und CDU-Vorsitzende Kiesinger den deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen der SPD viel mehr Zustimmung entgegenbrachte, als seine Partei vermutet habe<sup>47</sup>, und dass Kanzler Kiesinger vor jeder größeren Entscheidung die Zustimmung seiner Fraktion erbeten habe.<sup>48</sup> Kroegel hingegen versucht, an der Debatte in der Großen Koalition um den Atomwaffensperrvertrag herauszuarbeiten, dass der Kanzler seine eigenen Vorstellungen habe umsetzen und den Einfluss seiner Fraktion genügend kanalisieren können.<sup>49</sup> Kroegels Analyse orientiert sich im Wesentlichen an Kiesinger und Wehner, welche aus Kroegels Sicht die „oberste Instanz“<sup>50</sup> bei der Entscheidungsfindung darstellten. Die anderen Akteure werden bei Kroegel jedoch vernachlässigt. Gassert meint, dass sich nicht allgemein sagen liesse, wer die oberste Instanz der Großen Koalition gewesen sei.<sup>51</sup> Kroegels These und Herangehensweise kann kaum aufrecht gehalten werden. Wie im Zuge dieser Dissertation noch quellennah sichtbar wird, übten bestimmte Kreise in der CDU/CSU durchaus einen starken Einfluss auf den Regierungschef Kiesinger aus, dessen Richtlinienkompetenz in einer Regierungskonstellation, wie sie die Große Koalition darstellte, eingeschränkter sein musste als in anderen Regierungsbündnissen. Auch wenn Kanzler Kiesinger behauptete, dass er die Zügel in der Außenpolitik ganz fest halten wolle<sup>52</sup>, und dass alles, was außenpolitisch geschehe, in seiner Hand liege<sup>53</sup>, waren Kompromisse in der Großen Koalition auf dem schwierigen Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik zwingend und notwendig, um voranzukommen und Fortschritte zu erzielen.

Knorr wertete die zahlreichen Kompromisse der Großen Koalition als inflationär. Kompromisse seien zur Staatsräson erklärt worden, die hohen Erfolgserwartungen hätten die Koalitionspartner zu Kompromissen gezwungen.<sup>54</sup> Hildebrand hingegen erachtete diese

---

<sup>47</sup>: Storz, Henning, Außenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die außenpolitische Konzeption der CDU mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1973, S. 43 und 231.

<sup>48</sup>: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975, S. 168-170.

<sup>49</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 265 und 332.

<sup>50</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 13.

<sup>51</sup>: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 579.

<sup>52</sup>: So Kiesinger am 30.11.1966 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1011/1: S. 451-485, hier S. 467.

<sup>53</sup>: So Kiesinger am 23.1.1968 in einer Rede vor der Generalversammlung des Vereins Union-Press in Bonn, nachzulesen bei: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 99-106, hier S. 105.

<sup>54</sup>: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975, S. 144.

Kompromissbereitschaft als „*Lebens- und Bewegungsgesetz*“ der Großen Koalition.<sup>55</sup> Auch für Joachim Samuel Eichhorn haben die Kompromisse der Großen Koalition gut funktioniert.<sup>56</sup> Betont wohlwollend betrachten Reinhard Schmoeckel und Bruno Kaiser die Kompromissbereitschaft der Großen Koalition. Hier ist jedoch deren persönliche Nähe zu Kiesinger zu berücksichtigen. Die beiden Autoren waren viele Jahre mit Kiesinger eng verbunden, Schmoeckel als Leiter von Kiesingers Büro in Bonn, Kaiser als Verbindungsmann zum langjährigen Bundestagswahlkreis Kiesingers, Waldshut-Hochschwarzwald, und als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Kiesingers Bonner Büro.<sup>57</sup> Die beiden Zeitzeugen beurteilen die erarbeiteten Kompromisse der Großen Koalition als Politik, mit der sich die Mehrheit der Bevölkerung habe innerlich identifizieren können.<sup>58</sup>

In der Tat, auch wenn die Große Koalition in den Medien insgesamt nie eine wirklich positive Bewertung fand, war sie in der heimischen Bevölkerung damals doch populär.<sup>59</sup> Bei einer Allensbach-Meinungsumfrage Anfang Dezember 1966 hatten 37 Prozent der Befragten eine Präferenz für eine Große Koalition angegeben, im Vergleich zu 19 Prozent für eine sozial-liberale und 18 Prozent für eine christlich-liberale Koalition.<sup>60</sup> Nach der Bildung der Großen Koalition drückte eine Schlagzeile in der „Bild“-Zeitung in prägnanter Kürze die allgemeine Stimmung in der Bundesrepublik aus: „*Jetzt geht's wieder aufwärts!*“<sup>61</sup> Diese hohe Erwartung war auch an die Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition geknüpft. Die Große Koalition strebte „*große Reformen*“<sup>62</sup> an, um die „*großen und schweren Aufgaben*“<sup>63</sup> auf dem komplexen Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik zu bewältigen.

---

<sup>55</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 269.

<sup>56</sup>: Eichhorn, Joachim Samuel, „Mehr als einige schöne Trinksprüche“. Die Konsensstrategien der ersten Großen Koalition (1966-1969). In: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, Nr. 3, 2006, hier H. 2, Abschnitt 9: [http://www.zeithistorische-forschungen.de/portal/alias\\_zeithistorische-forschungen/lang\\_de/tabID\\_40208647/Default.aspx](http://www.zeithistorische-forschungen.de/portal/alias_zeithistorische-forschungen/lang_de/tabID_40208647/Default.aspx) [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 9:00 Uhr]

<sup>57</sup>: In dem Vorwort ihres Buches weisen beide Autoren auf ihre Nähe zu Kiesinger explizit hin. Eine Anzahl der Buchkapitel waren in ihrer ursprünglichen Fassung als Unterlage und Gedächtnisstütze für die geplanten, aber nicht fertig gestellten Memoiren Kiesingers zusammengestellt worden: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 16.

<sup>58</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 371.

<sup>59</sup>: Schäfer, Hermann, Einleitung. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger und seine Politik, Bonn 2005, S. 7-16, hier S. 8-9.

<sup>60</sup>: Zohlhüfer, Reimut, Republik im Übergang: Machtwechsel in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Band 4, 2005, S. 612-639, hier S. 619.

<sup>61</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 59.

<sup>62</sup>: Zitat Barzel am 5.10.1967 in einem Brief an Kiesinger: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

<sup>63</sup>: Zitat des Bundespräsidenten Heinrich Lübke am 23.12.1967 in einem Brief an Kiesinger: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

## 1. Der Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 und die deutsche Frage

Außenpolitisch ist die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 darauf angewiesen, den Handlungsspielraum zu nutzen, den die internationalen Rahmenbedingungen ihr bieten. Darin unterscheidet sich die Bundesrepublik immer weniger von anderen Ländern. In einer immer dichter vernetzten und globalisierten Welt kann kein Land, auch keine Großmacht im heutigen Sinne, mehr autark Außenpolitik praktizieren. Jedoch hat keine andere Regierung eines vergleichbaren Staates unter den komplexen Bedingungen des Kalten Krieges so gut die Kompetenz erlangt beziehungsweise erlangen müssen, die Grenzen des eigenen Handlungsspielraums zu erspähen, zu akzeptieren und im Interesse des eigenen Landes zu gebrauchen, wie es die deutsche Bundesregierung getan hat.

Im Jahr 1949 war zwar mit der Gründung von zwei Staaten auf deutschem Boden die Teilung Deutschlands und Europas fixiert worden, aber das hieß noch lange nicht, dass die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges Vertrauen zur Bundesrepublik entwickelt hatten. Eine eigene Außenpolitik war der Bundesrepublik verweigert worden. Es gab keinen Außenminister und kein Auswärtiges Amt. Die Außenpolitik unterlag der Kontrolle der drei Westmächte. Erst mit der Entscheidung des Rates der Alliierten Hohen Kommission vom 6. März 1951 bekam die Bundesregierung die Erlaubnis, die bestehende Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten in eine selbstständige oberste Bundesbehörde, das Auswärtige Amt, umzuwandeln.<sup>64</sup> Der Beginn von Adenauers Außenpolitik war schwierig. Politische Souveränität und außenpolitischer Spielraum mussten den westlichen Alliierten abgerungen werden.<sup>65</sup>

Die zentralen Orientierungspunkte für die Außenpolitik der Bundesrepublik waren Sicherheit und Wohlfahrt. Darüber hinaus wurde das außenpolitische Agieren der Bonner Regierungen noch durch zwei weitere Ziele gelenkt, die aus der besonderen Rechtslage Deutschlands (Vier-Mächte-Verantwortung) und der deutschen Teilung resultierten: Die Wiedereingliederung in die Völkergemeinschaft als gleichberechtigtes Mitglied und die Wiederherstellung der deutschen Einheit.<sup>66</sup> Das Ziel der deutschen

---

<sup>64</sup>: Siehe dazu die Verfügung von Kanzler Adenauer über die Wiedererrichtung des Auswärtigen Amts als eigenständiges Ministerium am 15.3.1951: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1951, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999, S. 186-187.

<sup>65</sup>: Nachdem der Bundestag am 27.2.1955 die Pariser Verträge ratifiziert hatte, traten sie am 5.5. in Kraft. Damit war die Bundesrepublik, von einigen Vorbehalten und Einschränkungen abgesehen, souverän. Eine Einschränkung war zum Beispiel der Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung bestimmter Waffen auf ihrem eigenen Territorium.

<sup>66</sup>: Hildebrand, Klaus, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991, S. 60.

Einheit wurde in der Präambel des Grundgesetzes für alle Bundesregierungen bindend festgehalten. Unter ihrem ersten Kanzler Adenauer versuchte die Bundesrepublik, ihre außenpolitischen Interessen durch eine Politik der konsequenten Westbindung zu realisieren. Die feste Integration in die westliche Gemeinschaft demokratischer Staaten sollte das Vertrauen der westlichen Verbündeten in die Verlässlichkeit und die Berechenbarkeit der Bundesrepublik bestärken. Durch aktive Mitwirkung in der westlichen Gemeinschaft wollte die Bundesrepublik Gleichberechtigung erreichen.<sup>67</sup> Die Politik der Westbindung war aber nicht nur eine Absage an Schaukelpolitik und Sonderwege, sie stellte in ihrem Kern als Wertbindung auch die Basis für die Erschaffung und Aufrechterhaltung einer demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik dar.

Die deutsche Frage resultierte aus der Teilung Deutschlands und Europas und beeinflusste die nationale und internationale Politik. Es ging um die große Herausforderung, die Teilung Deutschlands zu überwinden, um die politische Ausgestaltung der europäischen Mitte, um das Problem der staatlichen Aufgliederung des mitteleuropäischen Siedlungsgebietes der Deutschen, um die Frage nach den deutschen Grenzen, um das Verhalten des deutschen Volkes und um dessen Verhältnis zu den Nachbarn. Doch so unruhig die übrige Welt war, in Deutschland lag ein Moment weltpolitischer Stabilität, nicht auf Gerechtigkeit gründend, sondern auf der Befürchtung der USA und der Sowjetunion, dass jede Störung der Demarkationslinien unkalkulierbare Konsequenzen hervorrufen könnte. Diese Sorge wurde umso deutlicher, je mehr die deutsche Frage Teil jener weltpolitischen Auseinandersetzung wurde, die schon gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zu verzeichnen gewesen war und die als Kalter Krieg seit 1946/47 die allgemeine Stimmung in der Welt immer stärker beeinflusste.

Die Bundesrepublik gehörte und gehört nicht zu den großen Führungsmächten der Welt, deren Agieren die weltpolitische Entwicklung weitgehend beeinflussen kann. Sie stand und steht wegen ihrer ökonomischen Stärke und ihrer geostrategischen Position an der Schnittstelle von Ost und West jedoch nahe am Mittelpunkt des internationalen politischen Geschehens und konnte und kann international relevanten Entscheidungen nicht ausweichen. Aus diesen Gründen war und ist sie noch mehr als andere Staaten gegenüber Entwicklungen der Weltpolitik sensibilisiert. Die Bundesrepublik musste und muss die internationalen Rahmenbedingungen, die der deutschen Außenpolitik gesetzt waren und sind, präzise analysieren, um ihre eigenen Ziele realisieren zu können. Egon

---

<sup>67</sup>: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995, S. 58-60.



Bahr formulierte im Herbst 1969 treffend, dass die Bundesrepublik versuchen müsse, nach Möglichkeiten nicht gegen, sondern mit dem politischen Wind zu operieren.<sup>68</sup>

### **1.1. Die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung Adenauer zwischen Westintegration und Kaltem Krieg (1949-1963)**

Am 15. September 1949 wählte der Bundestag den Kanzler. Konrad Adenauer bekam 202 Stimmen und war dadurch mit der Mehrheit von einer Stimme - es war seine eigene - gewählt.<sup>69</sup> Er war von Beginn an bestrebt, die Bundesrepublik eng an die Westmächte zu binden. So erfolgreich die Bundesregierung Adenauer in ihrer Westpolitik war, so schwierig entwickelte sich ihre Deutschland- und Ostpolitik.

Am 13. September 1955 hatte Adenauer in Moskau nach „heftigen Verhandlungen“<sup>70</sup> die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vereinbart.<sup>71</sup> Trotz der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion bestand zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion ein eisiges Klima. Ein Umstand, den Kiesinger, der 1955 mit in Moskau gewesen war, zutiefst bedauert hatte.<sup>72</sup> Die Staaten des Warschauer Paktes waren für Bonn diplomatische „*Terra incognita*“<sup>73</sup>, und Moskau reagierte auf die Bonner Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung völlig abweisend.

Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten war, dass die Bundesrepublik die DDR nicht anerkannte. Darüber hinaus beanspruchte die Bundesregierung für sich, alleine das gesamte deutsche Volk vertreten zu können, da nur die Bundesregierung, nicht aber das SED-Regime demokratisch legitimiert war. Dieser bundes-

<sup>68</sup>: Bahrs „Planungsstudie zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung“ vom 18.9.1969, S. 1-15, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396, Mappe 1.

<sup>69</sup>: Zu Adenauer siehe: Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967, Band 2, Stuttgart 1991. / Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, Band 1, Stuttgart 1986. Schwarz' Adenauer-Biographie gilt als Standardwerk.

<sup>70</sup>: So Adenauer rückblickend am 4.1.1966 in einem Interview gegenüber dem ZDF. Text des Interviews, S. 1-12, hier S. 5: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe I, Ordner 02.37.

<sup>71</sup>: Adenauer verdankt seine Popularität in der Bundesrepublik bis heute unter anderem einer Leistung, die damals das Land aufwühlte. Bei seinem Besuch in Moskau im September 1955 war es ihm gelungen, die Freilassung der restlichen 10.000 deutschen Kriegsgefangenen auszuhandeln. Die Moskareise war für Adenauer der spektakulärste Erfolg seiner 14jährigen Kanzlerschaft. Siehe dazu: Borchard, Michael, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955. In: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 35, Düsseldorf 2000, S. 289-301. / Kilian, Werner, Adenauers Reise nach Moskau, hrsgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg 2005, S. 285-318.

<sup>72</sup>: Demgemäß äußerte sich Kiesinger rückblickend am 17.3.1967 in einem Informationsgespräch mit sowjetischen Journalisten im Kanzleramt. Text des Informationsgespräches, S. 1-8, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>73</sup>: Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 126.

deutsche Alleinvertretungsanspruch wurde durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau im Jahr 1955 gefährdet. Es war die heikle Situation entstanden, dass die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu einem Land aufgenommen hatte, das seinerseits solche zur DDR pflegte. Jedoch konnte Bonn mit gutem Grund darauf hinweisen, dass diese Maßnahme deshalb notwendig gewesen sei, da es sich bei der Sowjetunion schließlich um eine der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges handele und zu einer wie auch immer gearteten Lösung der deutschen Frage ihre Zustimmung notwendig sei.<sup>74</sup> Es galt jedoch aus Sicht der Bundesregierung konsequent zu unterbinden, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion von dritten Staaten als Begründung missbraucht werden konnte, ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR einzuleiten, damit das DDR-Regime anzuerkennen und zugleich den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch zu gefährden. Die Bundesregierung befürchtete, wenn die DDR einmal international anerkannt wäre, könnte die Hoffnung auf ein wiedervereinigtes Deutschland begraben werden, weil sich dann die Welt nur zu gerne an die Existenz von zwei deutschen Staaten gewöhnen würde. Um dieser Gefahr präventiv entgegenzuwirken, wurde in Bonn, kurz nach Adenauers Moskau-Reise, am 23. September 1955 eine komplexe Maxime erhoben, die als Hallstein-Doktrin in die Historie eingegangen ist.<sup>75</sup> Sie war im Grunde die förmliche Weiterentwicklung des schon längst praktizierten bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs.<sup>76</sup> Zwar wurde die Doktrin nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, benannt, aber erdacht worden ist sie vom Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe.<sup>77</sup> Allerdings handelte es sich dabei nicht um ein einziges Dokument oder um eine in sich geschlossene Konzeption. Die Hallstein-Doktrin entwickelte sich vielmehr allmählich aus einer Reihe öffentlicher Erklärungen der Bundesregierung. Gemäß der Hallstein-Doktrin betrachtete

---

<sup>74</sup>: Schuster, Rudolf, Die „Hallstein Doktrin“ - Ihre rechtliche und politische Bedeutung und die Grenzen ihrer Wirksamkeit. In: Europa-Archiv, Band 6, 1963, S. 670-689, hier S. 678.

<sup>75</sup>: Siehe dazu die Erläuterung der Hallstein-Doktrin durch den Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor W. Grewe, in einem Interview gegenüber dem Chefredakteur des Nordwestdeutschen Rundfunks, H. Wendt, am 11.12.1955, nachzulesen bei: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.12.1955, S. 1993-1994. / März, Peter (Hrsg.), Dokumente zu Deutschland 1944-1994, München/Landsberg am Lech 1996, S. 105-106.

<sup>76</sup>: Siehe dazu auch die zeitgenössische Untersuchung: Von Wrede, Christoph, Der Rechtsstandpunkt der deutschen Bundesregierung auf völkerrechtliche Alleinvertretung Gesamtdeutschlands und die Hallstein-Doktrin, Balve 1966, hier besonders S. 58-65.

<sup>77</sup>: Ulrich Sahn, der deutsche Botschafter in Moskau von 1972-77, wies in seinen Memoiren auf die Urheberchaft Grewes hin. Sahn fügte aber hinzu: „Professor Hallstein hätte die Doktrin ebenso gut erfinden können.“ Siehe: Sahn, Ulrich, „Diplomaten taugen nichts“ - Aus dem Leben eines Staatsdieners, Düsseldorf 1994, S. 134.

die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch all jene Staaten, mit denen sie selbst solche unterhielt, als unfreundlichen Akt. Für diesen Fall drohte sie mit Sanktionen, wobei Bonn allerdings bewusst die Frage offen ließ, mit welchen Maßnahmen es jeweils reagieren würde. Grewe sprach von möglichen Zwischenstufen vor einer eigentlichen Anerkennung der DDR, die zwar auch als unfreundlicher Akt gegenüber der Bundesrepublik gedeutet, aber nicht gleich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern mit verschiedenen abgestuften Maßnahmen beantwortet werden sollten. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen sollte nur nach sehr reiflicher Überlegung und in sehr ernstesten Situationen beschlossen werden.<sup>78</sup> Das von Moskau eingesetzte DDR-Regime war in Westdeutschland so unpopulär und verhasst, dass bei den Parteien im Bundestag zunächst keine Zweifel an der Hallstein-Doktrin existierten. Wie aus einer Aufzeichnung Egon Bahrs vom 12. April 1967 zur Deutschlandpolitik hervorgeht, war die Abschreckung der freien Welt vor weiterer Aufwertung und Anerkennung der DDR durch die Hallstein-Doktrin auch bei der SPD begrüßt worden: *„Der internationale Status der Zone hat sich in der Vergangenheit nur langsam verbessert. Der entscheidende Durchbruch einer diplomatischen Anerkennung ist ihr in der freien Welt an keiner Stelle geglückt. Unsere Politik, eine Aufwertung oder Anerkennung der Zone durch das Ausland als unfreundlichen Akt zu betrachten, ist nicht ohne Erfolg geblieben und wäre auch heute nicht ohne Erfolg.“*<sup>79</sup>

Die Bundesrepublik hatte mit der Hallstein-Doktrin und mit ihrem Anerkennungsboykott gegenüber der DDR durchaus keine neue Strategie entwickelt. Die USA hatten viele Jahre lang der neuen Sowjetregierung in Moskau und der kommunistischen Regierung in China die Anerkennung versagt. Auch die nach 1946 geteilten Staaten China, Korea und Vietnam versuchten, die Teilung ihrer Länder rückgängig zu machen, indem sie dem konkurrierenden Teilstaat die völkerrechtliche Anerkennung verweigerten und von den übrigen Staaten der Welt gleiches verlangten.<sup>80</sup>

Als besonders wirksames Mittel zur Durchsetzung der Hallstein-Doktrin und zur Verhinderung einer Anerkennungswelle der DDR diente die wachsende Wirtschaftskraft der Bundesrepublik. Die deutsche Drohung, gegebenenfalls die Wirtschafts- und Entwicklungshilfen einzustellen, zeigte vor allem bei den Staaten der Dritten Welt Re-

---

<sup>78</sup>: Grewe, Wilhelm G., Rückblenden 1951-1971, Frankfurt a. M. 1979, S. 251-252.

<sup>79</sup>: Bahrs Aufzeichnung 12.4.1967, S. 1-7, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 1.

<sup>80</sup>: Weiterführende Literatur ist: Yang, Ying-Feng, Der Alleinvertretungsanspruch der geteilten Länder Deutschland, Korea und China im politischen Vergleich, Frankfurt a. M. 1997.

sonanz.<sup>81</sup> Diese Drohung wurde für die deutsche Politik schon deshalb immer wichtiger, weil die Zahl der Staaten der Dritten Welt als Folge der Unabhängigkeits- beziehungsweise Dekolonisierungsbestrebungen zunahm.

Seit 1962 wuchs bei Adenauer die Bereitschaft, mit der Sowjetunion das Gespräch zu suchen, wie der Burgfriedensplan und andere Äußerungen andeuteten. Denn die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 hatte die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung vor eine neue Hürde gestellt. In der DDR war der Versuch misslungen, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen, die von der Bevölkerung hätte akzeptiert werden können. Millionen Menschen, darunter viele qualifizierte Arbeitskräfte, hatten die DDR verlassen und waren in die prosperierende Bundesrepublik gegangen. Um weitere Abwanderungen zu unterbinden, riegelte die DDR ihre Grenzen ab. *„Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur noch mit besonderer Genehmigung passiert werden“*, hieß es in dem Beschluss des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961 über die Maßnahmen zur Sperrung der Sektorengrenze von Berlin.<sup>82</sup> Die besondere Lage Berlins führte dabei zu der bis dahin unvorstellbaren Maßnahme, dass quer durch eine europäische Metropole eine Mauer errichtet wurde, die zu einer hermetischen Abriegelung führte. Der Mauerbau und die Abschottung der DDR bedeuteten in der folgenden Zeit, dass die ostdeutsche Bevölkerung keine andere Wahl mehr hatte als ihre Isolierung zu erdulden und eine eigene *“Wir-Identität“* zu entwickeln, die es noch schwerer für die Bundesregierung machte, der DDR die Eigenschaft eines Staates zu verweigern.

Der Mauerbau 1961 hatte gezeigt, dass der Versuch der Bundesregierung Adenauer gescheitert war, gemeinsam mit den Westmächten durch eine *„Politik der Stärke“*<sup>83</sup> die Sowjetunion zu veranlassen, ihre einstige deutsche Zone preiszugeben und so die

---

<sup>81</sup>: So genügte zum Beispiel schon die Drohung mit der Einstellung der deutschen Hilfe für den Bau des Assuan- und des Euphrat-Staudammes, um Ägypten und Syrien zu der Einsicht zu bekehren, bei ihrer Annäherung an Ostberlin Vorsicht walten zu lassen. Scharfe Reaktionen, wie zum Beispiel die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon, mit der Bonn selbst noch 1964 auf die Aufwertung der DDR-Vertretung zu einem Generalkonsulat reagierte, verfehlten nicht ihre Wirkung. Zum äußersten Mittel, dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, griff Bonn allerdings nur dreimal. Am 19.10.1957 wurden die diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien, am 14.1.1963 diejenigen zu Kuba abgebrochen, und am 24.2.1963 wurde die am 18.1. gegründete Volksrepublik Sansibar ausdrücklich nicht anerkannt. Siehe: Kilian, Werner, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. In: Zeitgeschichtliche Forschungen, Band 7, Berlin 2001, S. 30. Zum Fall Sansibar siehe: Schneppen, Heinz, Eine Insel und zwei deutsche Staaten - Sansibar und die Hallstein-Doktrin 1946-1966. In: Deutschland-Archiv, Band 3, 1999, S. 409-418. Siehe auch: Engel, Ulf / Schleicher, Hans-Georg, Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1989.

<sup>82</sup>: Hillgruber, Andreas, Berlin Dokumente 1944-1961, Darmstadt 1961, S. 196-199, hier S. 198.

<sup>83</sup>: Zitat Adenauer, nachzulesen bei: Weidenfeld, Werner / Korte, Karl Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, verlegt bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, S. 104.

Wiedervereinigung Deutschlands zu erlangen. Die US-Regierung hatte nicht interveniert, als unter sowjetischem Schutz die Berliner Mauer errichtet wurde, sie respektierte damit wie schon beim Aufstand am 17. Juni 1953 in der DDR und beim Ungarnaufstand 1956 den sowjetischen Einflussbereich. Der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Kubakrise ein Jahr danach waren ein Wendepunkt im internationalen Ost-West-Verhältnis. Spätestens jetzt hatte der Kalte Krieg eine globale Ausbreitung erlangt und die Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rücken lassen. Europa stand nun nicht mehr allein im Mittelpunkt des Kalten Krieges. Die USA und die Sowjetunion bemühten sich verstärkt, direkte Konfrontationen mit der Gefahr eines Atomkrieges zu verhindern.<sup>84</sup> US-Präsident Kennedy schien entschlossen, den Kalten Krieg zu beenden und eine Annäherung an Moskau anzustreben. Dabei beabsichtigte Kennedy, das US-Engagement für Deutschlands Wiedervereinigung zu begrenzen.

Dieses Verhalten der US-Regierung hatte einen tiefen psychologischen Effekt auf die Parteien im Deutschen Bundestag ausgelöst. Enttäuscht von den USA erklärte Adenauer am 16. Februar 1966 auf einer CDU-Vorstandssitzung pessimistisch: „*Wir haben keine Freunde in der Welt außer uns selbst.*“<sup>85</sup> Der ehemalige FDP-Vorsitzende Erich Mende war verärgert über die Passivität der USA beim Bau der Berliner Mauer und resümierte am 18. Juni 1968 auf einer FDP-Fraktionssitzung, die Vergangenheit habe immer wieder gezeigt, dass jede Verschlechterung der Lage in und um Berlin ohne nennenswerte Reaktion hingenommen werde.<sup>86</sup> Diese durchaus verbreitete Stimmungslage in der Bundesrepublik beschreibt der Historiker Joachim Arenth als „*Desillusionierung des deutschen Amerikabildes.*“<sup>87</sup>

In der Tat, die deutsche Frage trat in den 1960er Jahre in den Hintergrund, denn sie reflektierte Spannung. Das weltpolitische Ziel war aber Entspannung. Dies wurde der Bundesregierung mehr als einmal deutlich gemacht.<sup>88</sup> Die amerikanische und die sowjetische Regierung bemühten sich nach der Kuba-Krise vor allem darum, das gegenseitige Verhältnis zu verbessern. In zweiter Linie kam es den beiden Supermächten

---

<sup>84</sup>: Bierling, G. Stephan, Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart, München 2004<sup>2</sup>, S. 136.

<sup>85</sup>: CDU-Vorstandssitzung 16.2.1966: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-015/1: S. 1-111, hier S. 26.

<sup>86</sup>: FDP-Fraktionssitzung 18.6.1968: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-789: S. 1-7, hier S. 4. Siehe dazu auch Richard Jaeger, Mitglied des CSU-Präsidiums und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der sich am 20.9.1968 in einem Vortrag im Bayerischen Rundfunk rückblickend ähnlich äußerte. Text des Vortrages, S. 1-4, hier S. 1-2: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 45.

<sup>87</sup>: Arenth, Joachim, Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Beziehungen 1963-1969, München 1994, S. 89.

<sup>88</sup>: Zu den zunehmenden außen- und sicherheitspolitischen Differenzen zwischen der Bundesregierung Adenauer und der Kennedy-Administration siehe die ausführliche Darstellung bei: Köhler, Henning, Adenauer - Eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1994, S. 1130-1157.

darauf an, ihre Führungsstellung in ihrem jeweiligen Bündnissystem im Zuge der Entspannung zwischen den Blöcken aufrecht zu erhalten. Die Lösung der deutschen Frage war diesen Anstrengungen strikt untergeordnet. Die deutsche Frage hatte ihre Schlüsselstellung in den Ost-West-Beziehungen verloren. Die Erkenntnis, dass es keinen kurzen Weg zur deutschen Einheit gab, nun nach dem Bau der Berliner Mauer sogar die Verbindung zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands abzureißen drohte, und damit eine deutsche Wiedervereinigung zusätzlich in Gefahr war, rief in der Bundesrepublik einen gedanklichen Wandel hervor.<sup>89</sup> Denn als nach dem Bau der Berliner Mauer die Teilung für jeden einzelnen deutlich spürbar wurde, ging es nun nicht mehr um die Frage der deutschen Wiedervereinigung, sondern um reale Erleichterungen für die Menschen.

Der deutsch-französische Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963<sup>90</sup> und die damit angestrebte „*wirkliche Versöhnung*“<sup>91</sup> zwischen den beiden Völkern sowie die Besuche des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und des amerikanischen Präsidenten Kennedy in der Bundesrepublik stellten noch einmal markante Höhepunkte der Außenpolitik der Bundesregierung Adenauer dar.<sup>92</sup> Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag war als ein epochales Ereignis gewertet worden, weil er die jahrhundertlange Rivalität der beiden Nachbarvölker beendete.<sup>93</sup> Franz Josef Strauß erläuterte später in diesem Zusammenhang, dass die Zukunft Europas und eine langfristig angelegte Ostpolitik der Wiedervereinigung Deutschlands durch Wiedervereinigung Europas ein deutsch-französisches Zusammengehen erfordern würden.<sup>94</sup> Viele in der Bundespolitik erwarteten nun nicht nur die französische Unterstützung zur deutschen Wiedervereinigung, die man bei den Amerikanern nicht mehr vorzufinden glaubte, sondern auch die französische Unterstützung bei der Normalisierung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und zur Sowjetunion. Wenn die deutsche Ostpolitik durch den einstigen Erbfeind Frankreich unterstützt würde, so stiegen nach Meinung vieler

---

<sup>89</sup>: Zitelmann, Rainer, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen 1991, S. 138-142.

<sup>90</sup>: Siehe dazu: Defrance, Corine / Pfeil, Ulrich (Hrsg.), Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003. In: Pariser Historische Studien, Band 71, München 2005. / Steinkühler, Manfred, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren 1958 bis 1969. In: Zeitgeschichtliche Forschungen, Band 14, Berlin 2002.

<sup>91</sup>: Zitat des CDU-Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier in einem Interview gegenüber dem Dänischen Rundfunk am 20.3.1963. Text des Interviews, S. 1-2, hier S. 1: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe III, Ordner 7.

<sup>92</sup>: Lappenküper, Ulrich, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, Band 2: 1958-1963, München 2001, S. 1857.

<sup>93</sup>: Der Vertrag ist abgedruckt bei: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 27.1.1963, S. 82-83. / Casteyger, Curt, Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit, Köln 1990, S. 230-234.

<sup>94</sup>: So Strauß am 5.2.1966 in einem Brief an Barzel: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-61.

Bonner Politiker die Chancen auf eine Verbesserung der deutschen Beziehungen zu den Ostblockstaaten und somit langfristig auch die Chancen auf eine Wiedervereinigung Deutschlands.<sup>95</sup> Dieser Blickwinkel war trügerisch, denn die Kommentare der Ostblockstaaten zum deutsch-französischen Élysée-Vertrag waren sehr negativ ausgefallen.<sup>96</sup>

## **1.2. Die Deutschland- und Ostpolitik unter Kanzler Erhard: Politik der Bewegung (1963-1966):**

Ludwig Erhard war nach dem Zweiten Weltkrieg eines der letzten großen Leitbilder in Deutschland.<sup>97</sup> „Jedermann weiß, wer ich bin“, lautet ein von ihm oft wiederholter Satz.<sup>98</sup> Es wurde ihm als Anmaßung ausgelegt, aber es stimmte, jedermann wusste, wer Erhard war und welche Politik er repräsentierte. Er und Adenauer waren Personen, die den Weg der Bundesrepublik stark geprägt haben. Der sehr erfolgreiche Bundeswirtschaftsminister Erhard hatte als „Wahllokomotive“ erheblich dazu beigetragen, dass die CDU/CSU unter Adenauer die Bundestagswahlen 1953, 1957 und 1961 mit großem Vorsprung vor der SPD gewinnen konnte. Als sich 1961 der 85jährige Adenauer auf Grund einer Forderung des Koalitionspartners FDP verpflichten musste, nach der Hälfte der neuen Legislaturperiode das Amt des Kanzlers einem jüngeren Nachfolger abzugeben, wurde ganz selbstverständlich in der Öffentlichkeit die Nominierung Erhards erwartet.<sup>99</sup> Die CDU/CSU hat ihn schließlich zum neuen Kanzler vorgeschlagen, obwohl Adenauer die Kanzlerschaft des aus seiner Sicht „schwachen“<sup>100</sup> Erhards abgelehnt hatte.<sup>101</sup>

Gustav Heinemann, der ehemalige CDU-Bundesinnenminister, hielt es für die „historische Schuld“<sup>102</sup> Adenauers und der CDU, Möglichkeiten außer Acht gelassen zu haben, die Bewegung in die deutsche Frage hätten bringen können. Kanzler Erhard und

<sup>95</sup>: Marcowitz, Reiner, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958-1969, München 1996, S. 210-211.

<sup>96</sup>: Aufzeichnung des internationalen Presseechos vom Januar und Februar 1963 auf den Élysée-Vertrag, S. 1-6, hier S. 1: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe III, Ordner 7.

<sup>97</sup>: 2005 ist eine sehr erhellende Biographie über Erhard erschienen: Mierzejewski, Alfred C., Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, München 2005.

<sup>98</sup>: Klein, Hans, Ludwig Erhard, Köln/Berlin 1967, S. 25.

<sup>99</sup>: Hohmann, Karl, Ludwig Erhard (1898-1977). Eine Biographie, Stuttgart 1997, S. 23.

<sup>100</sup>: So betitelte Adenauer am 13.9.1960 in einem Brief Erhard. Siehe: Morsey, Rudolf / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Rhöndorfer Ausgabe. Adenauer. Briefe 1959-1961, Paderborn 2004, S. 176-177, hier S. 176. Adenauer bewertete rückblickend in einer Tischrede an seinem letzten Geburtstag am 5.1.1967 die Außenpolitik, die unter Kanzler Erhard betrieben wurde, in großen Teilen als „entsetzlich“. Adenauers Redemanuskript, S. 1-11, hier S. 9: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe I, Ordner 02.38.

<sup>101</sup>: Koerfer, Daniel, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 707.

<sup>102</sup>: Zitat Heinemann am 23.1.1958, nachzulesen bei: Gallus, Alexander, Heinemann bis Havemann. Dritte Wege in Zeiten des Kalten Krieges. In: Deutschland-Archiv, Band 3, 2007, S. 422-431, hier S. 422.

Außenminister Gerhard Schröder (CDU) beabsichtigten seit 1963 im Zuge der weltweit angestrebten Entspannungspolitik, Bewegung in die Deutschland- und Ostpolitik zu bringen und eine Normalisierung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion einzuleiten.<sup>103</sup> Schröder erklärte am 19. September in einem Interview gegenüber dem Deutschen Rundfunk zur Politik der Bewegung: *„Die Grundprinzipien und die Grundziele der deutschen Politik stehen seit vielen Jahren unveräußerlich fest. ... Wir meinen, daß wir an die Verwirklichung dieser Aufgabe immer wieder mit neuen Gedanken, mit neuen Möglichkeiten und mit neuen Initiativen herangehen müssen.“* Schröder wollte die Politik der Bewegung „vorsichtig“ und „nüchtern“ betreiben.<sup>104</sup> Der Außenminister lehnte dabei „alles“<sup>105</sup> ab, was zur Anerkennung der DDR führen konnte. Erhard erläuterte im September 1965, es sei ein Ziel der Politik der Bewegung, der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten deutlich zu machen, dass ein gutes Einvernehmen mit der Bundesrepublik ihnen nütze, die Wiedervereinigung niemanden bedrohe und die Lösung der deutschen Frage unter Berücksichtigung aller berechtigten Anliegen liege.<sup>106</sup> Erhard erklärte mehrmals, dass Deutschland für seine Wiedervereinigung auch zu materiellen Opfern bereit sei.<sup>107</sup>

Die Bundesregierung Erhard bot am 25. März 1966 den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion mit einer Friedensnote ein Gewaltverzichtsabkommen an. Denn Bonn war nun bereit, dem Drängen der US-Regierung zu folgen und selbst etwas zur internationalen Entspannung beizutragen. Der damalige CDU-Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier behauptete später, dass die Friedensnote von vornherein nicht als Verhandlungsangebot an den Osten, sondern als Zeichen der Entspannungsbereitschaft Richtung Westen gedacht gewesen sei, um der dort drohenden, wenn nicht bereits eingetretenen Isolierung zu begegnen.<sup>108</sup> Jedoch entstand die Friedensnote nicht nur aus äußeren Zwängen, sondern muss auch als Folge des Drucks gewertet werden, den SPD und FDP als auch die Presse auf die Union als die führende Regierungspartei ausübten. Unter Miteinbeziehung der SPD-Opposition im Bundestag war ein Papier zum Austausch von bilateralen Gewaltverzichtsverträgen erarbeitet worden, das als sogenannte Friedensnote am 25. März 1966 an fast alle osteuropäischen Regierungen und die

<sup>103</sup>: Osterheld, Horst, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-66. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 18.

<sup>104</sup>: Text des Interviews: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe III, Ordner 42.

<sup>105</sup>: Zitat Schröder am 18.9.1963 auf einer Pressekonferenz in New York. Siehe dazu eine Presseagenturmeldung vom 19.9.1963: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe III, Ordner 42.

<sup>106</sup>: Presseagenturmeldung vom 11.9.1965: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 344.

<sup>107</sup>: Hentschel, Volker, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996, S. 184.

<sup>108</sup>: Gerstenmaier, Eugen, Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1981, S. 381-385.



Regierung der Sowjetunion übergeben wurde. Die Friedensnote enthielt konkrete Vorschläge zur Abrüstung und zur Friedenssicherung sowie gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen.<sup>109</sup> Die Note zeichne ein Bild der deutschen Friedenspolitik, meinte Erhard am 25. März in einer Rede im Bundestag.<sup>110</sup> Barzel erachtete am 25. März 1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung in einem feierlichen Rückblick die Note gar als einen „Markstein“ auf dem Weg der Friedenspolitik.<sup>111</sup>

Die Vorschläge der Friedensnote waren alle nicht unbekannt. Aber es war auffällig, dass sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene zu weltpolitischen Themen und nicht nur wie gewöhnlich zur Situation in Deutschland äußerte. Die deutsche Frage kam allerdings versteckt in die Friedensnote hinein, indem festgehalten wurde: *„Die Bundesregierung ... glaubt jedoch, daß alle Bemühungen um Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle nur dann entscheidenden und dauerhaften Erfolg haben werden, wenn man Schritt für Schritt auch die Ursachen der Spannungen in der Welt beseitigt. In Europa heißt das vor allem die Deutschlandfrage in gerechter Weise lösen, indem man dem gesamten deutschen Volk das Recht gewährt, frei über seine politische Lebensform und sein Schicksal zu bestimmen.“*<sup>112</sup> Die Bundesregierung blieb bei ihrer traditionellen Auffassung, dass die deutsche Wiedervereinigung Voraussetzung für eine Entspannung in Europa sei. Johann Baptist Gradl, CDU-Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, wies am 19. November 1965 in einer CDU-Pressemitteilung darauf hin, es sei von enormer Bedeutung, der Welt und insbesondere der Sowjetunion und ihren Verbündeten klar zu machen, dass die Spannung in der Mitte Europas bei anhaltender Teilung Deutschlands unvermeidlich wachse.<sup>113</sup>

Zur Oder-Neiße-Grenze und zum Münchener Abkommen konnte in der Friedensnote keine Veränderung der Bonner Haltung verzeichnet werden. Jedoch gab es neuartige Formulierungen. Zur Grenzfrage mit Polen wurde bemerkt, dass beide Seiten sich um Verständigung bemühen sollten. Zum Münchener Abkommen wurde zwar nicht die von Prag verlangte Erklärung der Nichtigkeit von Anfang an gegeben, aber dafür die be-

---

<sup>109</sup>: Die Friedensnote ist abgedruckt bei: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 1/1966, Erster Halbband, S. 381-385. / BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290: Text der Note, S. 1-10.

<sup>110</sup>: Abdruck von Erhards Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 1/1966, Erster Halbband, S. 385-387, hier S. 385.

<sup>111</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 25.3.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1018/1: S. 1-63, hier S. 1.

<sup>112</sup>: Text der Note, S. 1-10, hier S. 10: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

<sup>113</sup>: CDU-Pressemitteilung 19.11.1965, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 337.

schwichtigende Erklärung, dass es keine territoriale Bedeutung mehr habe, da die Bundesrepublik keine Gebietsansprüche gegen die Tschechoslowakei verfolge.<sup>114</sup>

Trotz vieler neuer Formulierungen enthielt die Friedensnote noch immer die kontinuierliche Bonner Bestrebung, die DDR auszugrenzen. Unter den Staaten des Ostens, mit denen die Bundesregierung Gewaltverzichtserklärungen austauschen wollte, war die DDR nicht aufgezählt. Die Bundesregierung lehnte es strikt ab, die DDR gleichberechtigt in den Normalisierungsprozess einzubeziehen. Die Bonner Politik klammerte die DDR bewusst in der Hoffnung aus, dass Moskau schließlich Ostberlin dazu drängen würde, Bonn gegenüber größere Zugeständnisse zu machen. Die Bundesregierung versuchte, die DDR zu isolieren, und hatte damit neben der Sowjetunion vor allem Polen und die DDR verärgert, deren Verhältnis zur Bundesrepublik auf Grund der bundesdeutschen Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der DDR ohnehin sehr prekär war. Weil die DDR bei der Friedensnote ausgeklammert wurde und die Bundesregierung starr an der Hallstein-Doktrin festhielt, brachte die deutsche Friedensnote keinen wirklichen Durchbruch.

Allerdings war die Friedensnote ein sehr wichtiger Anfang für die Suche der CDU/CSU nach Auswegen aus der stagnierenden Situation in der deutschen Frage. Sie eröffnete das politische Gespräch mit Osteuropa und befreite Bonn von dem westlichen Druck, einen eigenen Beitrag zur Entspannung zu leisten und nicht immer nur gegen die Entspannungsbemühungen der anderen anzugehen. Dies wurde später von Kanzler Kiesinger in den ostpolitischen Diskussionen in der Großen Koalition immer wieder hervorgehoben.<sup>115</sup> Die Friedensnote stellte einen Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten dar, an dem auch die SPD anknüpfen wollte. Der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Fritz Erler meinte am 23. August 1966 in einer SPD-Pressemitteilung zur Friedensnote: *„Es ist etwa so, wie man es erwarten konnte: Zurückhaltung bis Ablehnung auf der einen, freundliche, aber auch abwartende Zustimmung auf der anderen Seite. Beides zeigt uns, daß wir nicht auf den Lorbeeren dieser Note ausruhen dürfen. Sie muß, wie wir es schon bei der Bundestagsdebatte gesagt haben, Ausgangspunkt für weitere Aktivität sein.“*<sup>116</sup>

<sup>114</sup>: Text der Note, S. 1-10, hier S. 8: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

<sup>115</sup>: Zeittafel über wichtige Politikbereiche und besondere Schwierigkeiten der Bundesregierung der Großen Koalition 1966-1969, S. 1-41, hier S. 17: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-301. Diese Zeittafel ist sehr nützlich zur chronologischen Einordnung der deutschland- und ostpolitischen Entwicklungen während der Großen Koalition, und sie liefert auch inhaltliche Informationen zu den jeweiligen Debatten in der Großen Koalition.

<sup>116</sup>: SPD-Pressemitteilung 23.8.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 361. Siehe dazu auch: Erler, Fritz, Politik für Deutschland. Eine Dokumentation, hrsgg. von Wolfgang Gaebler, Stuttgart 1968.

Die Friedensnote fand freundliche Resonanz, aber auch kritische Antworten, vor allem im Osten und bei den neutralen Staaten wie Schweden und Jugoslawien. Die Note hatte in der Weltöffentlichkeit eine Aufmerksamkeit gefunden, wie sie die Bonner Politik nur selten erfahren hatte. Über die internationalen Reaktionen auf die Friedensnote hatte Inter Nationes, das 1952 vom deutschen Außenministerium gegründete Institut zur Verbreitung von Informationen über die Bundesrepublik im Ausland, am 2. April 1966 einen Bericht fertig gestellt, auf den hiermit verwiesen wird.<sup>117</sup>

Aus Sicht der tschechoslowakischen Regierung führte die Bundesregierung in ihrer Friedensnote aus, das Münchener Abkommen aus dem Jahr 1938 sei von Hitler zerrissen worden und habe keine territoriale Bedeutung mehr. Sie erhebe daher, wie sie mehrfach erklärt habe, gegenüber der Tschechoslowakei keine territorialen Ansprüche. Die Bundesregierung gehe also auch weiterhin davon aus, dass das so genannte Münchener Abkommen, welches den Weg zum Zweiten Weltkrieg geöffnet habe, gültig geschlossen worden sei und seine Gültigkeit erst durch die weitere Aggression Nazi-Deutschlands, also durch die vollständige Besetzung der Tschechoslowakei im März 1939, verloren habe. Damit lehne die Bundesregierung es erneut ab, sich moralisch, rechtlich und politisch vom Münchener Diktat als einem verbrecherischen Akt nazistischer Aggression zu distanzieren, hieß es in Prag.<sup>118</sup> Die USA begrüßten, dass die Note dem Wunsch des deutschen Volkes, in Frieden und Freiheit zu leben, und seiner Bereitschaft, für die deutsche Wiedervereinigung Opfer zu bringen, beredeten Ausdruck verliehen habe.<sup>119</sup> Das österreichische Außenministerium wertete die Note ebenfalls sehr positiv. Es sei besonders zu begrüßen, dass die Bundesregierung aus ihrer Reserve herausgetreten sei und eigene Initiativen - insbesondere auch zur Abrüstung - entwickelt habe.<sup>120</sup>

Insgesamt gab es einen Richtungsstreit und eine Neuorientierung in der deutschen Außenpolitik. Diese Spannungssituation lähmte die deutschland- und ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung Erhard und löste im Ausland Verunsicherung aus. Da Kanzler Erhard und Außenminister Schröder als "Atlantiker" den engen Kontakt zu den USA suchten und dem atlantischen Bündnis den Vorrang gegenüber den Europavorstellungen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle einräumten, ver-

---

<sup>117</sup>: Bericht von Inter Nationes vom 2.4.1966, S. 1-92: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

<sup>118</sup>: Bericht von Inter Nationes vom 2.4.1966, S. 1-92, hier S. 60: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

<sup>119</sup>: Bericht von Inter Nationes vom 2.4.1966, S. 1-92, hier S. 91: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

<sup>120</sup>: Bericht von Inter Nationes vom 2.4.1966, S. 1-92, hier S. 4: BAK, Akten des Bundespräsidialamts V. WP, Mikrofilmsignatur B122-5290.

schlechterte sich das deutsch-französische Verhältnis merklich. Demgegenüber setzten die „Gaullisten“ in der CDU/CSU, angeführt von Strauß, auf eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich. Brandt erläuterte in diesem Zusammenhang am 18. April 1966 in einer Rede in Wiesbaden, dass sich Vertrauen für Schröder und gleichzeitig Vertrauen für Strauß in der gegebenen Lage ausschließe.<sup>121</sup> Barzel spielte diesen Vorwurf herunter und postulierte Einigkeit in einer Rede zum Tag der deutschen Einheit in Washington und New York am 16. und 17. Juni: *„Wir wissen, daß Fortschritte auch in der deutschen Frage davon abhängen, daß die Risse im Westen verschwinden. Nur gemeinsam werden wir etwas erreichen. Die Vereinigung Europas auf der Basis der deutsch-französischen Freundschaft und das Zusammenwachsen der atlantischen Gemeinschaft bleiben Essentialia unserer Politik.“*<sup>122</sup> Das geschäftsführende Mitglied des CDU-Präsidiums, Bruno Heck, wies am 20. September in einem Brief an den CDU-Vorstand wohlweislich darauf hin, dass es im Zuge des Besuch Erhards in den USA töricht sei, von der Amerikareise des Kanzlers wenigstens eine psychologische Entlastung für manche inneren Schwierigkeiten innerhalb der Union zu erwarten.<sup>123</sup> Der Besuch des Kanzlers in den USA war ein Arbeitsbesuch, um die außenpolitischen Probleme zu besprechen, wobei die Atmosphäre wegen des Vietnamkriegs jedoch sehr angespannt war.

Erhards Sturz als Kanzler am 30. November 1966 beendete eine Übergangsphase, die Versäumnisse, aber auch Neubeginn signalisierte. Dabei zeigte sich, dass der Gegensatz zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ auch eine machtpolitische Ursache hatte, nämlich die Frage der Nachfolge Erhards.<sup>124</sup> Schröder und Strauß waren die beiden Hauptprotagonisten. Während Schröder die amerikanischen Bemühungen um Entspannung mit der Sowjetunion konstruktiv begleiten wollte, betrachtete Strauß die US-Politik gegenüber der Sowjetunion mit Misstrauen. Auch beobachteten Strauß und die CSU die ostpolitischen Ansätze Schröders seit Anfang der 1960er Jahre mit Unbehagen. So ist es kein Zufall, dass der „Atlantiker“ Schröder von Strauß und der CSU 1966 als

<sup>121</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-12, hier S. 8: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 178.

<sup>122</sup>: Barzels Redemanuskript, S. 1-20, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>123</sup>: Heck an CDU-Vorstand 20.9.1966, S. 1-2: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-343.

<sup>124</sup>: Siehe dazu: Conze, Eckart, Staatsräson und nationale Interessen: Die „Atlantiker-Gaullisten“-Debatte in der westdeutschen Politik und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre. In: Lehmkuhl, Ursula / Wurm, Clemens A. / Zimmermann, Hubert (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik und Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 197-226. / Günther, Klaus, Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer - Erhard - Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge, (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung: Band 75), Hannover 1970.

Kanzlerkandidat abgelehnt wurde. Strauß setzte nun seinen Einfluss für Kiesinger ein. Kiesinger betonte am 14. Dezember 1966 auf einer CDU-Präsidiumssitzung im Hinblick auf den internen „Gaullisten-Atlantiker“-Streit, es sei wichtig, dass die Fraktion alsbald wieder eine handlungsfähige und kräftige Aktionseinheit werde.<sup>125</sup>

Die Frage, die sich nun an die Unionsparteien richtete, war nicht mehr eine des ob, sondern nur noch des wie. Wie schnell oder wie zögerlich würden sich die Unionsparteien von dem Glauben verabschieden, dass zwischen Westbindung und deutscher Wiedervereinigung ein Automatismus bestehe.<sup>126</sup> Denn spätestens seit Kennedys Friedensrede am 10. Juni 1963 an der American University in Washington, die mit ihrem Appell zur Überwindung des Kalten Krieges einen weltpolitischen Szenenwechsel markierte, war deutlich geworden, dass echte Fortschritte in der deutschen Frage nur im Rahmen einer Entspannungspolitik realisierbar sein würden. Aber auch unter Kanzler Erhard blieb die umgekehrte Reihenfolge noch Maxime der deutschen Außenpolitik. Entspannungsbereitschaft wurde von Fortschritten in der deutschen Frage abhängig gemacht. Die in den 1950er Jahren erhobene Formel „Entspannung in Europa durch Wiedervereinigung Deutschlands“ erwies sich aber als nicht mehr praktikabel. Die Ostpolitik unter Erhard musste daher stagnieren.<sup>127</sup> Bei der Bewertung dieser Ostpolitik darf jedoch nicht übersehen werden, dass sie nur einen geringen Handlungsspielraum hatte, da jede zu starke Bemühung zur Ausweitung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zwangsläufig den Widerstand des Kremls hervorrufen musste, welcher seinen „*harten Kurs*“ gegenüber der Bundesrepublik beibehielt, wie Altkanzler Adenauer am 24. Februar 1966 auf einer Pressekonferenz bedauerte.<sup>128</sup>

Erhards und Schröders Politik der Bewegung konnte keinen ostpolitischen Durchbruch erzielen, aber es gelang immerhin, die Bundesrepublik im Jahr 1966 zum wichtigsten Handelspartner Osteuropas zu machen.<sup>129</sup> Der Politikwissenschaftler Christian Hacke

---

<sup>125</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-16, hier S. 8: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-343. Eine Kurzprotokoll liegt vor bei: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-6, hier 2.

<sup>126</sup>: Rückblickend resümierte Wehner Ende 1968 kritisch: „*Die Verträge, die in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts von den Vereinigten Staaten Amerikas und anderen westlichen Staaten mit dem in der Bundesrepublik konstituierten Teil Deutschlands geschlossen worden sind, haben der Bundesrepublik Deutschland militärische Sicherheit und wirtschaftliche Erholung gewährleistet. Zu einer Wiedervereinigung Deutschlands haben sie nicht geführt.*“ Siehe Wehners Aufsatz mit dem Titel „*Perspektiven*“ vom 1.12.1968, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>127</sup>: Siehe dazu auch Brandts rückblickenden Erläuterungen in einem Interview am 29.7.1968. Text des Interviews, S. 1-4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 282.

<sup>128</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-17, hier S. 2: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 51.

<sup>129</sup>: Daten der Eröffnungen der deutschen Handelsvertretungen: In Polen 18.9.1963, Rumänien 6.5.1964, Ungarn 15.7.1964 und Bulgarien 19.10.1964: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077: SPD-Pressemitteilung vom 8.11.1966, S. 1-5, hier S. 4.

bezeichnet diese behutsame Öffnung nach Osten als die „*herausragende Leistung*“<sup>130</sup> der Regierung Erhard/Schröder. Kritisiert wird in der Forschungsliteratur jedoch vor allem die bewusste Ausklammerung der DDR. Dies wird für den mangelnden Erfolg mitverantwortlich gemacht.<sup>131</sup> Neben dem geringen Erfolg in der Ostpolitik war auch die Situation in der Deutschlandpolitik im Frühjahr 1966 sehr kritisch. Zwanzig Jahre nach Kriegsende war die Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung massiv geschrumpft. Die deutsche Teilung war durch den Beitritt der Bundesrepublik und der DDR zu unterschiedlichen Bündnissystemen zementiert worden und hatte im Berliner Mauerbau ihren Höhepunkt erfahren.

Trotz der kritischen Bilanz der Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Erhard wurden die deutschland- und ostpolitischen Richtlinien der Regierungen Adenauer und Erhard weiterhin in Unionskreisen für richtig befunden.<sup>132</sup> Der CDU-Abgeordnete Kliesing meinte am 22. November 1966 auf einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen, die Tatsache, dass die Deutschland- und Ostpolitik nicht zum Erfolg geführt habe, solle nicht zu dem Schluss führen, sie sei falsch gewesen. Daher dürften nach seiner Ansicht und der Ansicht vieler in der CDU/CSU bei den kommenden Koalitionsverhandlungen mit der SPD und FDP auch keine Abstriche an den bisherigen Positionen vorgenommen werden. Der CDU-Abgeordnete von Eckardt ergänzte, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik nicht als gescheitert angesehen werden könne. Die Bundesregierung habe jede Chance genutzt, die Stellung der Bundesrepublik im Ausland zu stärken. Wenn Deutschland in den 1950er Jahren ein über seine wirkliche Bedeutung hinausgehendes Gewicht in der Weltpolitik gehabt habe, so sei dafür die Spannung zwischen den beiden Weltmächten verantwortlich gewesen. Nun gelte es, das Einschrumpfen des deutschen außenpolitischen Gewichts auf sein normales Maß zu verkraften und darauf zu hoffen, dass sich die Weltsituation wieder zu Gunsten der Bundesrepublik ändere, führte von Eckhardt aus.<sup>133</sup>

War die Amtszeit von Kanzler Erhard eher ein Ausklang der Adenauer Ära, so kann die Amtszeit der Großen Koalition als ein Vorläufer der kommenden Entwicklungen in der

---

<sup>130</sup>: Hacke, Christian, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?*, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 120.

<sup>131</sup>: Zum Beispiel: Buchstab, Günter, *Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen. Zur Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers*. In: Bracher, Karl Dietrich / Mikat, Paul / Repgen, Konrad u. a. (Hrsg.), *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, Berlin 1992, S. 883-901, hier S. 886. / Grabbe, Hans-Jürgen, *Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966*, Düsseldorf 1983, S. 442. / Hacke, Christian, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?*, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 126.

<sup>132</sup>: Strauß, Franz Josef, *Entwurf für Europa*, Stuttgart 1966, S. 86-90.

<sup>133</sup>: *Sitzungsprotokoll*, S. 1-5, hier S. 2: ACDP, Nachlass Gerhard Schröder, Ordner I-483-287/1.

sozial-liberalen Ära angesehen werden. Einerseits begannen sich Mitte der 1960er Jahre die weltpolitischen Fronten aufzulockern, andererseits entstand in fast allen westlichen Demokratien eine überwiegend jugendliche Protestbewegung, die in den einzelnen Ländern unterschiedliche Konturen vorwies.<sup>134</sup> Die Große Koalition versuchte, sich beiden Entwicklungen anzupassen. Der Zeitgeist stand auf Wandel. Dies war vor allem in Bezug auf die starre und lähmende Hallstein-Doktrin nötig, denn sie blockierte die Deutschland- und Ostpolitik zunehmend. Wehner beklagte: *„Wir haben keine Deutschlandpolitik, sondern nur eine Deutschland-Juristerei, die uns zu Gefangenen unserer eigenen Formel macht.“*<sup>135</sup>

Die Hallstein-Doktrin belastete nicht nur die Ostpolitik der Bundesrepublik selbst, sondern auch die Außenpolitik ihrer Verbündeten. In dem Maße, in dem allen voran die USA auf einen Entspannungskurs einschwenkten, musste sich der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch, mit dem die Hallstein-Doktrin begründet wurde, zunehmend als hinderlich erweisen. Es gab zwar schon seit 1963/64 - auf Grund von Verhandlungen, die noch in der Adenauerzeit eingeleitet worden waren - deutsche Handelsvertretungen in Osteuropa, die Bundesregierung war aber nicht bereit, die weiteren Schritte bis zum Austausch von Botschaftern zu gehen.<sup>136</sup> In der CDU/CSU-Fraktion wurde im Oktober 1966 darüber diskutiert, neben Handelskontakten auch diplomatische Kontakte mit den betreffenden Ländern des Ostens aufzunehmen. Gegen eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Beispiel mit Rumänien sprachen sich viele in der Fraktion (unter anderem Guttenberg, Kliesing, von Eckhardt) aus. Nach ihrer Meinung seien bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sowjetischen Satellitenstaaten zu starke Rückschläge bei der Durchsetzung des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs zu erwarten.<sup>137</sup>

Bis in die Mitte der 1960er Jahre trug die Hallstein-Doktrin dazu bei, die DDR auf dem Feld der internationalen Diplomatie weitgehend zu isolieren, auch wenn sie die Bundesrepublik außenpolitisch in die Defensive führte und erpressbar machte. Der defensive

---

<sup>134</sup>: Von Plato, Alexander, Die Vereinigung Deutschlands - Ein weltpolitisches Machtspiel, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003<sup>2</sup>, S. 35.

<sup>135</sup>: Zitat Wehner am 6.7.1967 in einer Rede, nachzulesen in einer Presseagenturmeldung vom 6.7.1967, S. 1-8, hier S. 4: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-56/2.

<sup>136</sup>: Osterheld, Horst, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-66. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 192-195.

<sup>137</sup>: Sitzungsprotokoll des CDU/CSU-Bundestagsfraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen vom 11.10.1966, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Nachlass Gerhard Schröder, Ordner I-483-287/1.

Charakter der Hallstein-Doktrin wurde nicht zuletzt auch bei dem deutschen Dialog mit Polen deutlich erkennbar. Erschwerend kam hier die Frage der Oder-Neiße-Grenze hinzu, die von deutscher Seite unter Hinweis auf den Friedensvertragsvorbehalt nicht anerkannt wurde. Ebenso wie Adenauer musste auch Erhard wahrnehmen, dass eine Rückgabe der nun zu Polen und zur Sowjetunion gehörigen ehemaligen deutschen Ostgebiete illusorisch war. Die Verbündeten waren nicht gewillt, entsprechende Initiativen der Bundesregierung zu unterstützen. Höchstens noch als „*Tauschobjekt*“<sup>138</sup> gegen die Wiedervereinigung mit den Landsleuten in der DDR schien der deutsche Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete bei den Verbündeten diskutabel.

### **1.3. Die deutschland- und ostpolitischen Gegenentwürfe der SPD im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer: „Wandel durch Annäherung“**

Spätestens seit dem Berliner Mauerbau 1961 war der deutschlandpolitische Konsens unter den Parteien im Bundestag zerbrochen. Zwischen den Alternativen Alleinvertretungsanspruch und Anerkennung der DDR wurden nun die verschiedenen Optionen debattiert, die dazwischen lagen. Auch ging es den Deutschen um die Suche nach sich selbst, nach politischer Identität und Zukunft im geteilten Deutschland.<sup>139</sup> Der Deutschlandexperte Dr. Schierbaum erzählte am 1. Juli 1966 rückblickend auf einer Sitzung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands<sup>140</sup>, dass zur Frage, auf welche Weise Deutschland wiedervereinigt werden könnte, die Vorstellungen in der deutschen Bevölkerung 1961 im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer sehr verworren gewesen seien. Die Skala habe von einer Revolution in der Sowjetzone über eine Lösung der Bundesrepublik von den USA bis zu einem allgemeinen Krieg gereicht. Hierbei habe sich sehr häufig, insbesondere dann, wenn unklare politische Vor-

---

<sup>138</sup>: Zitat Heinrich von Brentano, Außenminister der Bundesregierung Adenauer von 1955-1961, nachzulesen bei: Baring, Arnulf, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964, Hamburg 1974, S. 192.

<sup>139</sup>: Siehe dazu: Link, Werner, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Erhard und der Großen Koalition (sowie die dazu geführte Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit). In: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquet-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band V/2, Frankfurt a. M./Baden Baden 1995, S. 1677-1743.

<sup>140</sup>: Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands war ein von 1952 bis 1975 existierendes Gremium zur Ausarbeitung von Maßnahmen, die im Falle einer Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik umgesetzt werden sollten. Die Einsetzung des Forschungsbeirates ging auf eine Initiative des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen unter Jakob Kaiser zurück. Siehe dazu: Gloe, Markus, Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952-1975, Wiesbaden 2005.



stellungen vorhanden gewesen seien, eine Mischform aus östlichen und westlichen Vorschlägen gefunden, berichtete Schierbaum.<sup>141</sup>

Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Osteuropa, der Sowjetunion und der DDR wurde in der bundesdeutschen Öffentlichkeit im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer „breit“<sup>142</sup> diskutiert. Repräsentativ für die nachdenklicher gewordene Diskussion war das 1964 erschienene Buch des Journalisten Peter Bender mit dem Titel „Offensive Entspannung“. Bender ging von der Beobachtung einer Veränderung im Ostblock aus und suchte nach Möglichkeiten, auch in der DDR einen ähnlichen Liberalisierungsprozess zu bewirken, wie er in Polen oder Ungarn zu verzeichnen sei. Da der Status quo in Deutschland nicht in einem Schritt zu überwinden sei, müsse man versuchen, ihn nach und nach zu verändern, folgerte Bender. Dies sei nur über eine innere Stabilisierung der schwachen DDR im Rahmen eines neuen Verhältnisses zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten möglich. Daher seien Vorleistungen der Bundesrepublik unter anderem in Form von wirtschaftlicher Hilfe notwendig, um auf Dauer eine Koalition der Vernünftigen in beiden Teilen Deutschlands zu erreichen. Die Humanisierung müsse mit der SED versucht werden, nicht gegen sie. Der Respektierung der DDR solle schließlich die völkerrechtliche Anerkennung folgen, schrieb Bender. Der Schlüssel für eine relative Freiheit im östlichen Deutschland liege, wenn es ihn gebe, in Bonn, lautete eine der Folgerungen Benders. Bislang wurde dieser Schlüssel ausschließlich in Moskau gesucht. Auf dieser konzeptionellen Basis brachte Bender 1968 die während der Großen Koalition sehr kontrovers diskutierten Thesen seines Buches „Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR“ heraus.<sup>143</sup>

Während die CDU/CSU sich im Wesentlichen auf diplomatische Statusfragen konzentrierte, entwickelte die SPD neue deutschland- und ostpolitische Konzeptionen. Die alte außenpolitische Vorstellung, dass europäische Entspannung nur auf der Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands zu erlangen sei, wurde von der SPD als kontra-

---

<sup>141</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-168, hier S. 144: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6780.

<sup>142</sup>: Zitat der „Süddeutschen Zeitung“ vom 25.1.1966: ACSP, Sachakten der CSU zur Deutschlandpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>143</sup>: Bender, Peter, *Offensive Entspannung*, Köln 1964. / Bender, Peter, *Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR*, Frankfurt a. M./Hamburg 1968. Bender erklärte in diesem Zusammenhang in „Der Zeit“ vom 14.4.1967: „Solange die SED-Führung nicht bereit ist, einen Weg des Kompromisses zu machen, zwingt sie Bonn, den Umweg über die anderen östlichen Länder zu beschreiten. Dieser Umweg ist mühsam, aber nicht ganz zwecklos. Niemand weiß wohl sicher, was die Kremlpolitik mehr bestimmt: Die ehrliche Sorge vor dem vermeintlichen Unruheherd Westdeutschlands oder der Nutzen, den das Gespenst des westdeutschen Revanchismus für die Stabilisierung der Sowjetunion in Osteuropa bringt.“ Siehe: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-5b 1962-67. Siehe auch die zeitgenössische Analyse: Deutschlandpolitischer Arbeitskreis (Hrsg.), *30 Thesen für eine neue Deutschlandpolitik*, Hamburg 1969.

produktiv deklariert.<sup>144</sup> Denn im Laufe der 1960er Jahre hatte sich die politische Landschaft für Deutschland gravierend gewandelt. Die atomare Bedrohung hatte eine Umkehrung von Rang- und Reihenfolge bewirkt. Der alte deutsche Standpunkt, ohne Wiedervereinigung kein dauerhafter Friede, wurde von den Westmächten durch das Gegenteil ersetzt: Sicherheit und Stabilität durften durch die deutsche Frage nicht gefährdet werden.<sup>145</sup> So war es dringend von Nöten, einen Wandel in der Außenpolitik einzuleiten. Die besonders treibende Kraft für diesen Wandel, den Anschluss an die internationalen Entspannungstendenzen, war die SPD.

Im Spannungsfeld des Baus der Berliner Mauer gab es neue deutschland- und ostpolitische Vorschläge bei der SPD. Charakteristisch dafür war eine Rede Egon Bahrs, der damals Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und zugleich ein enger Vertrauter des Regierenden Berliner Bürgermeisters Willy Brandt war, am 15. Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing.<sup>146</sup> Dort stellte Bahr die politische Formel "Wandel durch Annäherung" auf. Bahr erklärte zur deutschlandpolitischen Situation, wenn die Mauer ein Zeichen des kommunistischen Selbsterhaltungstriebes sei, müsse man nach der Möglichkeit fragen, diese durchaus berechtigte Sorge dem DDR-Regime graduell so weit zu nehmen, dass auch die Auflockerung der Grenzen und der Mauer praktikabel würde, da das Risiko erträglich für die DDR wäre. Dieses Konzept verlange, so Bahr, die Einsicht, dass es keine andere Aussicht auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands gebe als den nicht erlahmenden Versuch, die Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen. Denn gerade weil die Deutschlandproblematik so sehr in das Verhältnis zwischen Ost und West eingebettet sei, könne es keine Hoffnung geben, wenn kein Wandel vollzogen würde. Dies sei nicht nur ein stillschweigender Abschied von jeder Befreiungs- und Anschlusspolitik, sondern die Vision eines neuen Weges, der vieler Schritte bedürfe, erläuterte Bahr. Dazu sei es notwendig, sich für lange Zeit auf den Gedanken von zwei Staaten in Deutschland einzustellen und in der Dimension "Wandel durch Annäherung" zu denken. Bahr führte aus, es sei mittlerweile klar, dass die deutsche Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt sei, der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen

---

<sup>144</sup>: Sturm, Daniel Friedrich, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90*, (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006, S. 41-42.

<sup>145</sup>: Bahr, Egon, *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*, München 2003, S. 41.

<sup>146</sup>: Bahrs Tutzinger Rede ist unter anderem abgedruckt bei: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV. Reihe, Band 9/1963, Zweiter Halbband, S. 572-575.

Konferenz ins Werk gesetzt werde, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen.<sup>147</sup>

Bahr betonte, dass mit Hilfe des Handels die Lebenssituation in der DDR erleichtert werden müsse. Eine materielle Verbesserung würde eine starke Wirkung in der DDR entfalten. Dadurch würde die Unzufriedenheit der Deutschen in der DDR etwas nachlassen.<sup>148</sup> Dies sei dringend erwünscht, erklärte Bahr, denn das sei eine weitere Voraussetzung dafür, dass in dem Prozess der Wiedervereinigung ein Element wegfallen würde, das zu unkontrollierbaren Entwicklungen führen könnte und damit zu zwangsläufigen Rückschlägen führen müsste. Er ergänzte: *„Ich sehe nur den schmalen Weg der Erleichterung für die Menschen in so homöopathischen Dosen, daß sich dadurch nicht die Gefahr eines revolutionären Rückschlags ergibt, die das sowjetische Eingreifen aus sowjetischem Interesse zwangsläufig auslösen würde.“*<sup>149</sup> Bahr wies in seiner Rede deutlich darauf hin, dass die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung Deutschlands nur mit und nicht gegen die Sowjetunion zu schaffen seien, sie seien nicht in Ostberlin zu bekommen, nicht gegen die Sowjetunion, nicht ohne sie. Die Zone müsse mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden.<sup>150</sup> Bahr warnte davor, wer Vorstellungen entwickle, die sich im Grunde darauf zurückführen lassen würden, dass die deutsche Wiedervereinigung mit Ostberlin zu erreichen sei, hänge Illusionen nach und sollte sich die Anwesenheit von 20 oder 22 gut ausgerüsteten sowjetischen Divisionen vergegenwärtigen.<sup>151</sup>

Ziel von Bahrs Rede war die Überwindung des Status quo in Deutschland, indem der Status quo zunächst nicht geändert werden sollte.<sup>152</sup> Unterhalb der juristischen Anerkennung der DDR müsse es möglich sein, praktische Fragen anzugehen, um die Situation der Bevölkerung im Osten Deutschlands zu erleichtern, erklärte Bahr. Er betonte, dass die Bundesregierung genug Selbstbewusstsein haben könne, um eine solche Politik ohne Illusionen zu verfolgen, die sich außerdem nahtlos in das westliche

<sup>147</sup>: Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar / Wörmann, Claudia, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982, S. 255-260, hier S. 256.

<sup>148</sup>: Bahr, Egon, Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München/Wien 1991, S. 13-14.

<sup>149</sup>: Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>, S. 156.

<sup>150</sup>: Abdruck von Bahrs Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 9/1963, Zweiter Halbband, S. 572-575, hier S. 575. Auch Brandt hob in seiner nachfolgenden Rede in Tutzing hervor, dass es eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion und nicht gegen sie gebe. Brandts Redemanuskript, S. 1-19, hier S. 18: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 123, Mappe 1.

<sup>151</sup>: Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar / Wörmann, Claudia, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982, S. 255-260, hier S. 255-256.

<sup>152</sup>: „Vor allem Bahr war dazu entschlossen, die sogenannten Realitäten der Nachkriegspolitik anzuerkennen“, schrieb Hildebrand. Siehe: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 327.

Konzept der Strategie des Friedens einpasse, ansonsten müssten man auf Wunder warten, und das sei keine Politik.<sup>153</sup>

Es war kaum zu erwarten, dass die Bundesregierung Bahrs in Tutzing verkündete Konzeption „Wandel durch Annäherung“ begrüßen und realisieren würde. Sollte Bahrs Tutzinger Rede daher ein Ausloten der Reaktionen sein? Bahr selbst verneint dies, und die Quellenlage bestätigt dessen Aussage. Eine konkrete Planung für Tutzing hatte nicht existiert. Brandt ließ Bahr handeln, ohne ihm strikte Vorgaben zu machen. Das genaue Ziel von Bahrs Rede war zudem lange Zeit unklar. Kennedys Friedensrede am 10. Juni 1963 an der American University in Washington, die mit ihrem Aufruf zur Überwindung des Kalten Krieges eine internationale Entspannungspolitik signalisierte, lieferte dann einen Anknüpfungspunkt für Bahr. An seiner Rede, die die Konsequenzen der internationalen Entspannungspolitik für das innerdeutsche Verhältnis beleuchten sollte, arbeitete Bahr bis zuletzt.<sup>154</sup> Dafür verwendete er auch ein Manuskript, das der Journalist Peter Bender für sein im Erstellungsprozess befindliches Buch „Offensive Entspannung“ angefertigt hatte, und das Bender an Bahr geschickt hatte. Laut Bahr kamen Benders Thesen einem „*Stich ins Wespennest*“ gleich. „*Von einem Mann der Politik vorgebracht würde es auch die Bereitschaft zum Selbstmord voraussetzen. ... Ich glaube, soweit können wir hier nicht gehen. ... Würdest Du gestatten, daß man etwas für Tutzing benutzt*“, fragte Bahr am 29. Juni 1963 in einem Brief den Journalisten.<sup>155</sup>

Bahr schreibt in seinen Memoiren, dass er Brandt seine Tutzing-Rede vorab zum lesen gegeben habe. Brandt habe nichts zu beanstanden gehabt.<sup>156</sup> Da es sich lediglich um eine Einleitung für eine anschließende Diskussion am Abend handelte und Brandts Rede am Nachmittag das Hauptinteresse der Journalisten auf sich ziehen sollte, maß Brandt der Rede seines Pressechefs wohl relativ wenig Bedeutung bei. Brandts Erscheinen verzögerte sich jedoch, und dadurch wurde der Vortrag von Bahr vorgezogen. Die auf Brandt wartenden Journalisten hörten zu. Bahrs These vom „Wandel durch Annäherung“ war neuartig und beeindruckte die Journalisten. Damit stahl Bahr Brandt die Aufmerksamkeit, wie Brandt in seinen Memoiren festhält.<sup>157</sup> Brandts anschließende Rede anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing wurde im Pressewirbel kaum noch wahrgenommen.<sup>158</sup>

---

<sup>153</sup>: Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar / Wörmann, Claudia, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982, S. 255-260, hier S. 258-260.

<sup>154</sup>: Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>, S. 122.

<sup>155</sup>: Bahr an Bender 29.6.1963: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 49-B, Mappe 176.

<sup>156</sup>: Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>, S. 155.

<sup>157</sup>: Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, (Neuausgabe), München 2003, S. 73.

<sup>158</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-19: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 123, Mappe 1.

Wenn es um die deutsche Frage, um Europa, um Frieden und Entspannung zwischen West und Ost ging, konnten Bahr und Brandt sich an ihrer bereits in den 1950er Jahren entwickelten "Politik der kleinen Schritte" orientieren, die auf friedliche Koexistenz zwischen den Blöcken abzielte und der deutschen Teilung die Intensivierung der menschlichen Kontakte entgegensetzte. Mit dem Konzept "Wandel durch Annäherung" wurde ein deutschlandpolitischer Gedanke hervorgebracht, der fortan die Politik prägte, die Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin praktizierte. Für diese Politik galt die von Brandt Ende 1964 geprägte These: „*Was gut ist für die Menschen im geteilten Land, das ist auch gut für die Nation.*“<sup>159</sup> Als Regierender Bürgermeister von Berlin hatte Brandt sich seit 1957 zum international renommierten Politiker entwickelt. Er kannte die Akteure und die Probleme der Weltpolitik, und er dachte Europa von Berlin aus, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash treffend schreibt.<sup>160</sup> Brandt selbst resümierte am 22. Mai 1967, nun in seiner Funktion als deutscher Außenminister, in Tokio in einer Tischrede in Anwesenheit des japanischen Außenministers über seine Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin: „*Als langjähriger Regierender Bürgermeister von Berlin habe ich an einem Brennpunkt weltpolitischer Spannungen die Untragbarkeit und Kurzsichtigkeit vermeintlich bequemer machtpolitischer Lösungen vor Augen gehabt. Umso mehr fühle ich mich als deutscher Außenminister verpflichtet, das Gespräch über die europäischen Spannungsgrenzen hinweg zu suchen und Wege ebnen zu helfen, die zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zum politischen Interessenausgleich und der Regelung der Sicherheitsfragen führen.*“<sup>161</sup>

Die Wogen der echten oder vorgetäuschten Entrüstung schlugen nach Bahrs Rede in Tutzing im Sommer 1963 hoch. Es gab scharfe Auseinandersetzungen zwischen der CDU/CSU und der SPD, weil ein großer Teil der CDU/CSU sich gegen die Notwendigkeit sträubte, Illusionen in der Deutschland- und Ostpolitik aufzugeben und die These "Wandel durch Annäherung" strikt ablehnte.<sup>162</sup> Die CDU/CSU bewertete Bahrs Tutzinger Rede als Kurswechsel des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.<sup>163</sup> Der

---

<sup>159</sup>: Brandt, Willy, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, München 1978, S. 107.

<sup>160</sup>: Garton Ash, Timothy, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993, S. 103.

<sup>161</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-7, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>162</sup>: Brandt, Willy, *Erinnerungen. Mit den "Notizen zum Fall G."*, (Neuausgabe), München 2003, S. 169.

<sup>163</sup>: Schmidt, Wolfgang, *Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963*, Wiesbaden 2001, S. 501

Berliner CDU-Vorsitzende Franz Amrehn, bis vor kurzem noch Koalitionspartner von Brandt in Berlin, verurteilte die angeblichen Aufweichungstendenzen der SPD und warnte vor dem „Ausverkauf“ deutscher Interessen.<sup>164</sup> Amrehn kritisierte, dass bei Bahrs Rede nicht erkennbar sei, welchen Grund die Sowjetunion haben sollte, bei dem geplanten Entgegenkommen der westlichen Seite ihren Appetit auf Westberlin zu verringern und die Bolschewisierungspläne für ganz Deutschland aufzugeben.<sup>165</sup>

In der SPD wurde ebenfalls Kritik laut. Wehner bezeichnete Bahrs Tutzingener Thesen als „Ba(h)ren Unsinn“<sup>166</sup> und „Narretei“<sup>167</sup>. Brandt deckte zunächst Bahr, distanzierte sich jedoch, als die Lage immer angespannter wurde, am 27. August 1963 auf einer Sitzung des SPD-Vorstandes von „3 bis 4 unrichtigen und ungenauen Formulierungen“ seines Pressechefs.<sup>168</sup> Um die Lage zu entspannen, ließen Landesverband und Parlamentsfraktion der Berliner SPD sogar öffentlich verlauten, dass Bahr nur für sich gesprochen habe.<sup>169</sup> Erhebliches Aufsehen hatten die Erklärungen Bahrs auch bei den Alliierten erregt. Denn Bahr hatte mit Nachdruck eine realistische Betrachtung der äußerst geringen Chancen zur deutschen Wiedervereinigung gefordert und mit zahlreichen Tabus der Politik der Bundesregierung gebrochen.<sup>170</sup> Das DDR-Regime lehnte das von Bahr präsentierte Konzept „Wandel durch Annäherung“ strikt ab, da es aus der Sicht des DDR-Regimes die Voraussetzungen für eine Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik schaffen sollte.<sup>171</sup> Für DDR-Außenminister Otto Winzer war Bahrs Konzept lediglich eine „Aggression auf Filzlatschen.“<sup>172</sup>

Kaum eine zweite Formel der Deutschlandpolitik ist so heftig debattiert, so vielseitig gedeutet und nach 1989 so flexibel als Erklärungsmodell verwendet worden wie „Wandel durch Annäherung“. Klar ist, dass eine direkte Linie von hier zunächst zur Großen Koalition, dann vor allem zur sozial-liberalen Koalition führte, und dass Bahr maßgeblich für die Konzeption und Umsetzung dieser neuen Formel mitverantwortlich

<sup>164</sup>: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 25.7.1963: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 123, Mappe 2.

<sup>165</sup>: „Berliner Morgenpost“ vom 23.7.1963: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 123, Mappe 2.

<sup>166</sup>: Zitat Wehner, nachzulesen bei: Koch, Peter, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1998, S. 255.

<sup>167</sup>: Zitat Wehner, nachzulesen bei: Schröder, Karsten, Egon Bahr, Rastatt 1988, S. 114.

<sup>168</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-9, hier S. 2: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand IV. WP.

<sup>169</sup>: Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, München 1978, S. 56-58.

<sup>170</sup>: „Hannoversche Presse“ vom 18.7.1963: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 123, Mappe 2.

<sup>171</sup>: Haftendorn, Helga, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, München 2001, S. 155.

<sup>172</sup>: Zitat Winzer, nachzulesen bei: Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988, S. 93.

war.<sup>173</sup> Brandt wandte gemeinsam mit Bahr diese neue Formel in Berlin durch Passierscheinabkommen an und brachte sie dann in seiner Funktion als Außenminister und Vizekanzler Ende 1966 in die Große Koalition ein.

Mit dem Passierscheinabkommen des Senats von Berlin wurde das neue Konzept „Wandel durch Annäherung“ Ende 1963 erstmals praktisch durchgeführt. Bestrebungen des Berliner Senats, in der Weihnachtszeit die Mauer durchlässiger zu machen, führten schließlich zu Verhandlungen mit der DDR, die mit Zustimmung der Bundesregierung direkt zwischen dem Berliner Senat und den Behörden der DDR geführt wurden. Am 17. Dezember konnte DDR-Staatsekretär Wendt und der Berliner Senatsrat Korber das von Bahr gedanklich vorbereitete Passierscheinabkommen unterzeichnen. Es gestattete den Westberlinern zum ersten Mal seit dem Bau der Mauer vom 19. Dezember 1963 bis zum 5. Januar 1964 Verwandte in Ostberlin zu besuchen.<sup>174</sup> Zwar hatte die Bundesregierung zugestimmt, doch anders als der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, der Liberale Erich Mende, befürchtete vor allem Kanzler Erhard, dass die Erleichterungen für die Menschen auf Kosten des deutschen Rechtsstandpunktes erkaufte worden seien.<sup>175</sup> Die DDR war bemüht, dem Passierscheinabkommen den Anschein eines völkerrechtlichen Vertrags zu geben.<sup>176</sup> Die Bundesregierung und der Berliner Senat behandelten die Angelegenheit hingegen als eine rein verwaltungstechnische Vereinbarung. *„Die am 17. Dezember getroffene Übereinkunft ist eindeutig technischer Art. Sie ist eindeutig kein Abkommen zwischenstaatlicher Art und kein internationaler Vertrag. Wir haben hierbei keine Positionen preisgegeben“*, betonte Bahr am 2. Januar 1964 in einem Fernschreiben an die Presse.<sup>177</sup> *„Es gibt keine Anerkennung des Zonen-Regimes“*, bekräftigt Brandt am 7. Januar in einer Sonderpressemitteilung.<sup>178</sup>

Zu einem erneuten Passierscheinabkommen in der Weihnachtszeit 1965 äußerte Wehner am 11. Dezember in einer SPD-Pressemitteilung: *„Die durch das neue Abkommen nun-*

---

<sup>173</sup> Auch heute gilt die Formel „Wandel durch Annäherung“. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) setzt auf eine moderne Variante des alten SPD-Slogans vom „Wandel durch Annäherung“. In einem internen Strategiepapier seines Ministeriums aus dem Jahr 2006 heißt es, dass heute eine verstärkte ökonomische Kooperation den wirtschaftlichen Umbau Russlands so befördern müsse, wie die Ostpolitik Willy Brandts einst die demokratische Revolution in Osteuropa vorbereitet habe. Siehe: „Spiegel“, Nr. 41 vom 9.10.2006, S. 28.

<sup>174</sup>: Prowe, Diethelm, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961-1963. Eine Untersuchung zur Endphase des Kalten Krieges. In: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 249-286, hier S. 278-280.

<sup>175</sup>: Czerwick, Edwin, Oppositionstheorien und Außenpolitik. Eine Analyse sozialdemokratischer Deutschlandpolitik 1955-1966, Königstein/TS. 1981, S. 133.

<sup>176</sup>: Siehe dazu ein Interview Brandts gegenüber der „Westdeutschen Zeitung“ am 3.1.1964. Text des Interviews, S. 1-6, hier S. 5-6: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 171.

<sup>177</sup>: Bahrs Fernschreiben 2.2.1964: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 171.

<sup>178</sup>: Brandts Sonderpressemitteilung 7.2.1964, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 171.

mehr möglich gewordene Begegnung unserer Landsleute in Ostberlin wird den menschlichen Zusammenhalt stärken. Was gut ist für die Menschen, das muß auch gut sein für Deutschland.“<sup>179</sup> Bei der FDP wurden diese Bemühungen und Resultate sehr erfreut wahrgenommen. „Die Freie Demokratische Partei begrüßt den Abschluß der Passierscheinvereinbarung. Die Bundesregierung hat mit ihrer Zustimmung zum Ausdruck gebracht, daß sie die Politik der menschlichen Begegnungen in Berlin und im geteilten Deutschland fortsetzen will“, erläuterte Hans-Dietrich Genscher Ende Dezember.<sup>180</sup>

Seit 1966 lehnte es die DDR jedoch ab, die Passierscheinregelung in der alten Form zu verlängern.<sup>181</sup> Ein bestandsfähiger Durchbruch war hier erst mit dem Berlin-Abkommen von 1971 erzielt worden. Dennoch hatten die Passierscheinverhandlungen des von der SPD geführten Berliner Senats in eine andere Richtung gezeigt, in welche die CDU/CSU nicht zu schauen, geschweige denn zu gehen wagte. Die SPD entwickelte deutschlandpolitisches Profil, indem sie Probleme direkt mit den Machthabern in Ostberlin auf möglichst niedriger Ebene anging.<sup>182</sup> Für Brandt war klar: „Das Berlin-Problem ist von der deutschen Frage nicht zu trennen. Und, daß die deutsche Frage nicht vom Liegenlassen besser wird, daß sie im Interesse der betroffenen Menschen und des Friedens nicht auf die Dauer liegen gelassen werden kann.“<sup>183</sup>

Brandts und Bahrs Vorstellungen gingen der Bundesregierung Erhard/Schröder jedoch zu weit. In der CDU/CSU überwogen die beharrenden Tendenzen. Strauß warf Brandt am 17. März 1964 in einem Brief unbedachtes Handeln vor.<sup>184</sup> Brandt beschwerte sich daraufhin noch am selben Tag in einer schriftlichen Stellungnahme zur CDU/CSU darüber, dass bei den Unionsparteien nicht genug davon zu spüren sei, wie auf eine veränderte Weltlage reagiert werden müsse, nämlich mit festen Grundsätzen, aber mit Methoden, die der sich wandelnden Welt angepasst seien.<sup>185</sup> Als Helmut Schmidt ein halbes Jahr vor Eintritt der SPD in die Große Koalition die von Adenauer propagierte

<sup>179</sup>: SPD-Pressemitteilung 11.12.1965: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1956.

<sup>180</sup>: Presseagenturmeldung vom 28.12.1965: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1956.

<sup>181</sup>: Siehe zu den gescheiterten Passierscheinverhandlungen im Winter 1967/68 eine schriftliche Erklärung von Außenminister Brandt am 22.12.1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 268.

<sup>182</sup>: Siehe dazu eine Erklärung des Senats von Berlin am 29.7.1966 bei: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1966, München 1987<sup>4</sup>, S. 589.

<sup>183</sup>: Zitat Brandt am 22.4.1964 in einer persönlichen Aufzeichnung, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 178.

<sup>184</sup>: Strauß an Brandt 17.3.1964, S. 1-2: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand IV. WP, Ordner 04703.

<sup>185</sup>: Brandts Stellungnahme 17.3.1964, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 176.



„Politik der Stärke“ endgültig und eindeutig für gescheitert erklärte, ergänzte er, dass Widerstand gegen die Entspannung Isolierung bedeuten werde.<sup>186</sup>

Brandt versuchte als Außenminister der im Spätherbst 1966 gebildeten Großen Koalition, seine und Bahrs deutschland- und ostpolitischen Ambitionen durchzusetzen, denn weder eine Isolierung der DDR, wie sie die Bundesregierung Erhard/Schröder mit ihrer diplomatischen Offensive in Osteuropa realisieren wollte, noch eine von Moskau gebilligte Ausgliederung der DDR aus dem Blocksystem des Warschauer Paktes, wie sie schon Kanzler Adenauer und Wehner in ihren Überlegungen thematisiert hatten<sup>187</sup>, besaßen in den späten 1960er Jahren im Zuge der angestrebten Ost-West-Entspannung eine Realisierungschance. Realistischer waren hingegen die von Brandt und Bahr entwickelten deutschlandpolitischen Konzeptionen, deren Ziel Brandt am 6. Dezember 1966 in seinen Notizen zu Kiesingers Regierungserklärung festgehalten hatte: *„Diesseits völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Energisches Bemühen um innerdeutsche Regelung im Interesse der Menschen.“*<sup>188</sup>

Kiesinger, der neue Bundeskanzler, hatte nun die schwierige Herausforderung zu bewältigen, die rasanten deutschland- und ostpolitischen Entwicklungen innerhalb der Sozialdemokratie mit den Vorstellungen der Unionsparteien in Einklang zu bringen, *„die schnellen Pferde der SPD sowie die lahmen Gäule in der Unionsfraktion gleichermaßen in Trab zu halten.“*<sup>189</sup> Kiesinger fasste im Juli 1969 die Schwierigkeiten des Regierungschefs in der Großen Koalition in einen originellen, aber treffenden Vergleich: *„Sie dürfen nicht glauben, daß es leicht gewesen sei, dieses Gespann, das so ganz anders geartet ist als das Gespann von ehemals, mit dem starken Zugpferd neben dem kleinen übermütigen Pony, wirklich zusammenzuhalten.“*<sup>190</sup> Das „starke Zugpferd“ und das kleine „übermütige Pony“ waren in den Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 mit nur wenigen Unterbrechungen die CDU/CSU und die FDP gewesen.

---

<sup>186</sup>: Seebacher, Brandt, Die deutsch-deutschen Beziehungen: Eine Geschichte von Verlegenheiten. In: Jesse, Eckhard / Mitter, Armin (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, verlegt bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992, S. 15-40, hier S. 27.

<sup>187</sup>: Siehe zu diesen Überlegungen ein Interview, das Wehner am 14.12.1966 gegeben hat: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 81-85.

<sup>188</sup>: Brandts Notizen 6.12.1966, S. 1-8, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

<sup>189</sup>: Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Neuauflage, Bonn 2003, S. 151.

<sup>190</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 61-62.

## 2. Die Bildung der Großen Koalition: Ein Bündnis auf Zeit

*„Die Große Koalition ist bei uns eine Partnerschaft auf Zeit.“*  
Willy Brandt<sup>191</sup>

Kanzler Erhard hatte zwar die Bundestagswahl 1965 noch deutlich für die Union gewonnen, doch war sein Ansehen auf Grund der wirtschaftlichen Rezession gesunken. Im Juli 1966 unterlag die CDU der SPD bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Die in Bonn mitregierende FDP wandte sich im Oktober offen gegen ihren Koalitionspartner CDU/CSU. Am 30. November trat Erhard als Kanzler zurück.<sup>192</sup> Die CDU/CSU stellte den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kiesinger, als neuen Kanzlerkandidaten auf.<sup>193</sup>

Die SPD-Führungspolitiker diskutierten erstmals am 4. November 1966 auf einer SPD-Präsidiumssitzung die Option, mit der CDU/CSU eine Große Koalition zu bilden. Wehner betonte auf der Sitzung, dass es bisher mit der Union keine Verhandlungen gegeben habe, sondern nur Informationsgespräche.<sup>194</sup> Brandt unterstrich am selben Tag in einem Interview gegenüber dem Hessischen Rundfunk, dass seine Partei keine Präferenzen für eine bestimmte Koalition habe. Ein Zusammengehen mit der FDP schloss Brandt nicht aus, zumal dann nicht, wenn der Zustand der CDU gar keinen anderen Weg zulasse.<sup>195</sup>

Von Anfang an gab es in der SPD zahlreiche Gegner einer Großen Koalition. Es gab ebenso Sozialdemokraten, die für ein Bündnis mit der FDP votierten, wie solche, die in der Opposition bleiben wollten. Zwischen den Befürwortern einer Koalition mit der FDP, die sich hinter Brandt gruppierten, und den Befürwortern einer Großen Koalition gab es jedoch ein gemeinsames Ziel, das Wehner äußerst prägnant am 10. November 1966 in seinen Notizen, in denen er die Vor- und Nachteile der verschiedenen

<sup>191</sup>: Zitat Brandt am 24.12.1966 in einem Interview gegenüber der Zeitung „Neues Österreich“. Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 245.

<sup>192</sup>: Siehe dazu die abschließende Diskussion am 29.11.1966 auf einer CDU-Vorstandssitzung, an der Erhard zum letzten Mal in seiner Funktion als Kanzler teilnahm: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 10, 29.11.1966. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 375-420.

<sup>193</sup>: Altkanzler Helmut Kohl schreibt in seinen Memoiren, dass er wie kaum ein anderer für Kiesinger die Werbetrommel gerührt und gemeinsam mit Peter Altmeier, dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, dafür gesorgt habe, dass Kiesinger die Nachfolge Erhards als Kanzler habe antreten können. Über die Bildung der Großen Koalition sei er aber enttäuscht gewesen, berichtet Kohl. Siehe: Kohl, Helmut, Erinnerungen 1930-1982, München 2004, S. 234. Kohl weist in seinen Memoiren ausdrücklich auf das sehr gute Freundschaftsverhältnis zwischen ihm und Kiesinger hin. Siehe: Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982-1990, München 2005, S. 669. Kohl bezeichnet Brandt als einen „ausgesprochen höflichen Menschen.“ Siehe: Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-1994, München 2007, S. 484.

<sup>194</sup>: SPD-Präsidiumssitzung 4.11.1966: AdsD, Protokolle des SDP-Präsidiums V. WP: S. 1-8, hier S. 3.

<sup>195</sup>: Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 2140.

Koalitionsoptionen abwog, formulierte: „Die SPD muß ran.“<sup>196</sup> Wobei Wehner zuvor drauf hingewiesen hatte, dass die SPD weder als „Erfüllungsgehilfe“ noch als „Lückenbüßer“<sup>197</sup> fungieren werde. Wehner hatte seit Oktober die Optionen zur Bildung einer Großen Koalition sondiert. Er erklärte am 11. Oktober auf einer SPD-Fraktionssitzung, dass er eine Strategie des Abwartens verfolge, obwohl er von seinen Gesprächspartnern in der Union positive Signale erhalten habe. Er wolle verhindern, dass die SPD mit der Konkursmasse der Kleinen Koalition belastet und von den Unionsparteien als Sündenbock für ihre Schwierigkeiten missbraucht werde.<sup>198</sup> Der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Erler hatte am 4. Oktober in einer Aufzeichnung betont, dass nun Geduld und Zuversicht von Nöten seien.<sup>199</sup> Die SPD war offensichtlich nicht gewillt, dem Vorbild der FDP zu folgen und die Rolle des kleinen Partners der CDU/CSU zu übernehmen, auch wenn es abzusehen war, dass bei der Bildung einer Großen Koalition die CDU/CSU im Bundestag und in der Bundesregierung mehr Mitglieder vorweisen und den Kanzler stellen würde.

Für die Koalitionsverhandlungen über die innen- und außenpolitischen Sachfragen richtete die SPD eine Kommission ein, welcher der Parteivorsitzende Brandt, Wehner, Schiller und Schmidt angehörten.<sup>200</sup> Am 2. November 1966 hatte der Vorstand der SPD-Fraktion ein Positionspapier fertig gestellt und zu Teilen veröffentlichen lassen, das in acht Punkten die Verhandlungslinien der SPD in den Bereichen der Außen- sowie der Wirtschafts- und Finanzpolitik aufzeigte.<sup>201</sup> Darin stand unter anderem: „*Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben, ... aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung mit ihnen eintreten. ... Klarheit über unseren inneren Handlungsspielraum gegenüber den Ostberliner Machthabern schaffen und diesen Handlungsspielraum ausfüllen.*“ Das Verhältnis zu Washington und Paris sollte wieder in Ordnung gebracht werden, dabei ging es der SPD vor allem um die Klärung der bündnispolitischen Konflikte, die durch den Streit

---

<sup>196</sup>: Wehners Notizen 10.11.1966: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 788. Eine ähnliche Pro- und Contra-Liste zur Bildung einer Großen Koalition stellte auch Schmidt in einer umfangreichen, aber undatierten Niederschrift auf: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077: S. 1-5.

<sup>197</sup>: Zitate Wehner am 27.10.1966 in einem Interview gegenüber dem ZDF. Text des Interviews, S. 1-25, hier S. 6: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-68.

<sup>198</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 11.10.1966, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 34.

<sup>199</sup>: Erlers Aufzeichnung 4.10.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1922.

<sup>200</sup>: Persönliche Aufzeichnung von Schmidt vom 11.11.1966: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>201</sup>: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, 2. Halbband: 73.-167. Sitzung. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8/III: Deutschland seit 1945, Düsseldorf 1993, S. 1000, Fußnote 7.

zwischen den „Gaullisten“ und den „Atlantikern“ in den Unionsparteien seit dem Frühsommer 1966 immer wieder neu aufgeflammt waren. Darüber hinaus befürwortete die SPD eine deutsche Unterzeichnung des national und international kontrovers debattierten Atomwaffensperrvertrags. In der Deutschlandpolitik forderte die SPD, unterhalb der Schwelle einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, denkbare kulturelle Kontakte, Behördengespräche und Handelsbeziehungen auszuweiten, um die nationale Substanz zu erhalten und jeden nur möglichen Ansatz zur Überwindung der deutschen Teilung zu verfolgen.<sup>202</sup>

Da weder die CDU/CSU noch die FDP eigene Positionspapiere vorwies, fungierte als Grundlage der Koalitionsverhandlungen der Acht-Punkte-Katalog der SPD, den die SPD-Verhandlungskommission am 15. November 1966 der CDU/CSU-Verhandlungskommission, zu der unter anderem Kiesinger gehörte, in der ersten Verhandlungsrunde übergab. Bereits zu diesem Zeitpunkt erläuterte Kiesinger, der zwar, wie er im Gespräch mit der SPD-Verhandlungskommission unterstrichen hatte, nach beiden Seiten ernsthaft verhandeln wollte<sup>203</sup>, dass er in diesem Acht-Punkte-Katalog der SPD „*keine unüberwindlichen Probleme*“<sup>204</sup> vorfinden könne. In einem Aktenvermerk über diese Besprechung mit der SPD am 15. November hielt Kiesinger darüber hinaus fest, es spreche für die Große Koalition, dass „*viel Unruhe und viel Verwirrung im Volk*“<sup>205</sup> zu verzeichnen seien. Jedoch machte Kiesinger am 22. November auf einer CDU-Präsidiumssitzung deutlich, eine Große Koalition komme nur in Frage, wenn sichergestellt sei, dass die Union in den wesentlichen programmatischen Fragen das Heft in der Hand behalte.<sup>206</sup> Für die Union waren der Verbleib in der Regierung und angestrebte innenpolitische Reformen ausschlaggebend für die Bildung einer Großen Koalition.<sup>207</sup>

Kiesinger stimmte in der Außen- und Deutschlandpolitik den Vorstellungen der SPD größtenteils zu und versprach, sich für eine Normalisierung des deutschen Verhältnisses

---

<sup>202</sup>: Das Acht-Punkte-Programm ist unter anderem abgedruckt bei: Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme 1966. Eine Dokumentation, Bonn 1966, S. 19-29. Zur Entstehung des Acht-Punkte-Programmes siehe: Soell, Hartmut, Fraktion und Parteiorganisation. Zur Willensbildung der SPD in den 60er Jahren. In: Politische Vierteljahresschrift, Band 10, 1969, S. 604-628.

<sup>203</sup>: Wirz, Ulrich, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997, S. 451.

<sup>204</sup>: Schmidt wies in seiner Pro- und Contra-Liste zur Bildung einer Großen Koalition auf dieses Zitat Kiesingers während der Koalitionsverhandlungen hin, S. 1-5, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>205</sup>: Kiesingers Aktenvermerk: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00303.

<sup>206</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 22.11.1966: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-10, hier S. 1.

<sup>207</sup>: Wirz, Ulrich, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997, S. 471-473.

zu den osteuropäischen Staaten einzusetzen, ohne dass dies einen „*Dammbruch*“<sup>208</sup> zur Folge haben würde. Hinter Kiesingers Aussage versteckte sich jedoch bereits der Dissens zwischen der CDU/CSU und der SPD über den Weiterbestand der Hallstein-Doktrin und über die Flexibilität bei ihrer Anwendung gegenüber den osteuropäischen Staaten.

Auf dem Feld der Deutschlandpolitik wurde von der Union die sozialdemokratische Forderung, unterhalb der Schwelle einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, denkbare kulturelle Kontakte, Behördengespräche und Handelsbeziehungen zu intensivieren, bis zu einer bestimmten Linie akzeptiert, die Barzel Ende November 1966 in einer Aufzeichnung festhielt. Barzel wies darauf hin, die Union habe in den Verhandlungen mit der SPD und der FDP deutlich gemacht, dass es eine unübersteigbare Linie gebe, dass also die rechtliche Position der Nichtanerkennung durch entsprechendes Handeln glaubhaft bleiben müsse, und mehr als technische Kontakte nicht gewünscht seien.<sup>209</sup>

In den Unionsparteien war schnell die Erkenntnis durchgedrungen, dass die außen-, wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme mit der FDP kaum leichter als mit der SPD zu bewältigen waren. Kiesinger berichtete am 28. November 1966 auf einer CDU-Präsidiumssitzung im Einzelnen über die Koalitionsverhandlungen mit der FDP und der SPD. Nach seiner Überzeugung sei es unmöglich gewesen, innerhalb der FDP eine Mehrheit für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU zu gewinnen. Die FDP sei deshalb im Grunde von Anfang an koalitionsunfähig gewesen. Außerdem sei eine sachliche Verständigung mit der FDP an deren unerbittlichen und uneinsichtigen Veto gegen jede Form von Steuererhöhungen gescheitert. Nachdem sich gezeigt habe, dass aus diesen Gründen die Bildung einer Kleinen Koalition nicht möglich sei, bestehe nur noch die Alternative, eine Große Koalition zu bilden oder in die Opposition zu gehen. Selbstverständlich sei die Bildung einer Großen Koalition nur vertretbar auf der Basis der Lösung der großen Probleme, betonte Kiesinger. Dabei spiele vor allem die Wahlrechtsänderung eine Rolle. Man habe für 1973 eine klare Lösung ins Auge gefasst. Über eine Übergangslösung für 1969 müsse aber noch dringend weiter verhandelt werden, berichtete Kiesinger.<sup>210</sup>

---

<sup>208</sup>: Schmidt wies in seiner Pro- und Contra-Liste zur Bildung einer Großen Koalition auf dieses Zitat Kiesingers während der Koalitionsverhandlungen hin, S. 1-5, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>209</sup>: Barzels Aufzeichnung Ende November 1966: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-354.

<sup>210</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 28.11.1966: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-4, hier S. 2.

Strauß erklärte auf der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 30. November 1966, dass die FDP in den Koalitionsverhandlungen sowohl in der Steuerpolitik wie in der Deutschlandpolitik zu keinem Kompromiss bereit gewesen sei. Sie sei von allen guten Geistern verlassen gewesen, obwohl sich Kiesinger bis zur Selbstverleugnung um die Liberalen bemüht habe.<sup>211</sup> Kiesinger war sich am Ende der Koalitionsverhandlungen durchaus bewusst, dass nur noch die Option zwischen einer Großen Koalition oder der sehr heiklen Maßnahme von Neuwahlen gegeben war.<sup>212</sup> Bahr, der wie Brandt ein Gegner eines Bündnisses mit der CDU/CSU war, der aber auch immer weniger optimistisch die Möglichkeiten einer SPD/FDP-Koalition einschätzte, hatte bereits am 27. Oktober in einem Vermerk für Brandt als Fazit festgehalten: Neuwahlen.<sup>213</sup> Am 7. November schrieb Bahr jedoch in einem Brief an Brandt, dass es das größte Risiko sei, draußen zu bleiben und nachträglich die verpassten Chancen zu analysieren, nach außen wie nach innen.<sup>214</sup> Da auch Brandt die von ihm befürwortete sozial-liberale Koalition für kaum noch realistisch hielt, und er „*das beklemmende Gefühl*“ hatte, dass die FDP-Führungsspitzen sich übernommen hätten, waren die Weichen für eine Große Koalition bei der SPD gestellt.<sup>215</sup> „*Ich selbst fand die Situation als in gewisser Weise präjudiziert*“, schrieb Brandt am 12. Dezember in einem Brief an Alex Möller, ein Mitglied des SPD-Präsidiums.<sup>216</sup>

Bei der FDP hatte es intern große Diskussionen in der Koalitionsfrage gegeben. Der FDP-Vorsitzende Erich Mende resümierte rückblickend am 16. Dezember 1966 auf einer FDP-Fraktionssitzung, dass keine Einigkeit in der Fraktion zu erzielen gewesen sei. Denn 1/3 der FDP-Abgeordneten sei für eine Koalition mit der SPD aber ohne Brandt gewesen, 1/3 sei für eine Koalition mit der CDU aber ohne Strauß gewesen, und 1/3 sei dafür eingetreten, dass die FDP in die Opposition geht.<sup>217</sup> In der FDP wie auch

---

<sup>211</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 30.11.1966: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1011/1: S. 451-485, hier S. 456-457.

<sup>212</sup>: Demgemäß äußerte sich Kiesinger am 29.11.1966 auf einer CDU-Vorstandssitzung. Siehe: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 10, 29.11.1966. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 375-419, hier S. 382-384. Ähnlich hatte Kiesinger sich auch am 28.11. auf einer CDU-Präsidiumssitzung geäußert: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-4, hier S. 3.

<sup>213</sup>: Bahrs Vermerk für Brandt 27.10.1966: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 352.

<sup>214</sup>: Bahr an Brandt 7.11.1966: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>215</sup>: Siehe dazu das Überblicksprotokoll der gemeinsamen Sitzung des SPD-Parteivorstandes und SPD-Fraktionsvorstandes am 28.11.1966: AdsD, Protokolle des SPD-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 26. Brandts Zitat findet sich in einer kurzen Aufzeichnung von Schmidt über diese Sitzung: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>216</sup>: Brandt an Möller 12.12.1966: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 7. Zu den Gründen der SPD, die Große Koalition einzugehen, siehe auch: Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der SPD 1966/67, Bonn 1970, S. 162-165.

<sup>217</sup>: FDP-Fraktionssitzung 16.12.1966: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771: S. 1-12, hier S. 5.

in der SPD war besonders die Teilnahme von Strauß am Regierungsgeschehen stark diskutiert worden, und das zu einem Zeitpunkt, wo am 20. November 1966 die Landtagswahl in Bayern anstand. In diesen Tagen waren die Zeitungen voll von divergierenden Aussagen führender FDP-Politiker zur Person des bayerischen CSU-Vorsitzenden und dessen eventuellen Wiedereinzug in die Bundesregierung. Der Liberale Thomas Dehler hatte am 21. September in einem Brief an den FDP-Vorsitzenden Erich Mende betont, dass jeder durch die FDP mitbewirkte Vorgang um Strauß für die in einem schweren Landtagswahlkampf stehende bayerische FDP von existenzieller Bedeutung sei. Wie aber die Koalitionsverhandlungen in Bonn zeigten, herrsche in der FDP jedoch Uneinigkeit darüber, was passieren würde, wenn Strauß Regierungsverantwortung übernehmen würde.<sup>218</sup> Der CSU-Vorsitzende Strauß war sehr umstritten. Barzel hatte sich aber hinter Strauß gestellt und ihm bereits am 25. Juni in einem Brief die Unterstützung für die bayerische Landtagswahl zugesagt.<sup>219</sup>

In einem Sondierungsgespräch zwischen CDU/CSU und FDP am 24. November 1966 war über die brisante Thematik der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit osteuropäischen Staaten gesprochen worden. In der direkt anschließenden FDP-Fraktionssitzung wurde berichtet, es gebe bei der Union Übereinstimmungen mit dem Vorschlag der FDP, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten vor der zu Rumänien erfolgen müsse und keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen unter nichtakzeptablen Bedingungen erfolgen dürfe. In der Frage der europäischen Atomstreitmacht habe die FDP hervorgehoben, dass sie keine Ausschließungserklärungen verfolge, also keinen atomaren Mitbesitz anstrebe. Viele elementare Fragen seien jedoch ungeklärt.<sup>220</sup>

Bei der Koalitionsverhandlung zwischen CDU/CSU und FDP am 28. November 1966 brachen die unterschiedlichen Positionen von CDU/CSU und FDP vor allem auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik vollends durch. In der FDP-Fraktionssitzung am

---

<sup>218</sup>: Dehler an Mende 21.9.1966: ADL, Nachlass Thomas Dehler, Ordner N1-245.

<sup>219</sup>: Barzel an Strauß 25.6.1966: ACSP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ordner 6.

<sup>220</sup>: FDP-Fraktionssitzung 24.11.1966: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771: S. 1-12, hier S. 3. „Wenn man rückblickend ein Datum nennen soll, seit dem die Bildung einer großen Koalition in Bonn im Wesentlichen feststand, dann muß man wohl den 24. November 1966 nennen“, schreibt Schmoeckel. Siehe: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 51.

selben Tag, in der man die kurz zuvor stattgefundene Koalitionsverhandlung mit der CDU/CSU bilanzierte, wurde erzählt, dass die CDU/CSU von der FDP Erläuterungen zum atomaren Mitbesitz, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ostblock und zu Behördenverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Zone gefordert habe. Die FDP habe dabei zu Behördenverhandlungen mit der Zone betont, keine Verhandlungen von Außenminister zu Außenminister, wohl aber von Postminister zu Postminister. Die CDU/CSU habe solche Fälle für kaum denkbar gehalten. Kiesinger habe mehrmals auf die Anerkennungsgefahr hingewiesen, hieß es in der FDP-Fraktionssitzung.<sup>221</sup>

Neben den politischen Differenzen mit der Union gab es auch Unstimmigkeiten zwischen der FDP und Brandt im Hinblick auf eine eventuelle Wahl Brandts zum Kanzler einer sozial-liberalen Koalition. William Borm, Mitglied des FDP-Vorstandes, musste am 28. November 1966, um die Wogen zu glätten, Brandt in einem Brief versichern, dass nach seiner festen Überzeugung im Falle einer Koalition zwischen der SPD und der FDP alle Mitglieder der FDP-Fraktion Brandt bei der Wahl zum Kanzler ihre Stimme geben würden.<sup>222</sup> Doch herrschte am 28. November auf der Sitzung der „*verkrampft und lustlos*“<sup>223</sup> in die Koalitionsgespräche gegangenen FDP-Fraktion bereits der Eindruck vor, dass die Entscheidung schon gefallen sei.<sup>224</sup> In der Tat, die Weichen für die Bildung einer Großen Koalition waren bereits gestellt.

Der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion hatte am 25. November vor allem im Hinblick auf die FDP in einer Pressemitteilung geäußert, das Land stehe vor Problemen, die alle lösbar seien. Katastrophen-Gerede helfe nicht weiter. Polemische Angriffe weise die CDU/CSU zurück.<sup>225</sup> Am Nachmittag des folgenden Tages fand ein zusammenfassendes Gespräch zwischen CDU/CSU und SPD statt. Hier erfolgte schließlich die endgültige Einigung über die Bildung einer Großen Koalition. Im Auftrag der beiden Verhandlungskommissionen erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, im Beisein von Kiesinger und Brandt vor der Presse, das zusammenfassende Gespräch habe ergeben, dass nun die Voraussetzungen für eine

---

<sup>221</sup>: FDP-Fraktionssitzung 28.11.1966: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771: S. 1-15, hier S. 1.

<sup>222</sup>: Borm an Brandt 28.11.1966: ADL, Unterlagen der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771.

<sup>223</sup>: Möller, Alex, Genosse Generaldirektor, München/Zürich 1978, S. 305.

<sup>224</sup>: FDP-Fraktionssitzung 28.11.1966: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771: S. 1-15, hier S. 2. Siehe dazu auch: Möller, Alex, Genosse Generaldirektor, München/Zürich 1978, S. 307.

<sup>225</sup>: CDU/CSU-Pressemitteilung 25.11.1966: ACSP, Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung V. WP, Ordner 110.



Koalition zwischen CDU/CSU und SPD bestünden.<sup>226</sup> Da noch immer einzelne CDU/CSU-Parlamentarier meinten, dass man der SPD in den Koalitionsverhandlungen zu weit entgegengekommen sei, erklärte Kiesinger am 30. November auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, wenn man eine Große Koalition bilde, müssten Federn gelassen werden, das sei doch selbstverständlich.<sup>227</sup>

Am 1. Dezember 1966 wurde Kiesinger mit 340 von 447 Stimmen zum Kanzler der Großen Koalition gewählt. Von den insgesamt 19 Ministerposten der Großen Koalition erhielt die CDU 7, die CSU 3 und die SPD 9.<sup>228</sup> Die Kabinettsrunde der Großen Koalition versammelte eine Reihe potenter Politiker. Die „Sorgen“<sup>229</sup>, die Altkanzler Adenauer angesichts der Kabinettsmitglieder hatte - „*ein bisschen jespenstisch, muß ich schon sagen*“<sup>230</sup> -, sollten sich als unbegründet erweisen. Die personelle Besetzung der Großen Koalition war in vielerlei Hinsicht ein „*Meisterstück*“.<sup>231</sup> Die Außenpolitik, die Deutschlandpolitik und die Entwicklungspolitik sollten von sehr fähigen SPD-Politikern angegangen werden. Dem standen bei der Union gegenüber der in der Außenpolitik sehr engagierte und mit der Richtlinienkompetenz ausgestattete Kanzler Kiesinger, der Verteidigungsminister Gerhard Schröder und auch Kai-Uwe von Hassel mit dem Ministerium für Vertriebene.

Jedoch hatte die SPD mit Wehner als Minister für gesamtdeutsche Fragen und Brandt als Außenminister eine zentrale Machtposition in der Deutschland- und Außenpolitik. Wie weit der Kanzler diese Machtposition der SPD durch seine Richtlinienkompetenz würde eingrenzen können, war sehr schwer abzuschätzen. Dieser aus CDU/CSU-Sicht taktische Nachteil war am 28. November 1966 auf einer Arbeitsgruppensitzung von CDU/CSU und SPD von den dort anwesenden CDU/CSU-Vertretern sehr beanstandet worden. Sie hatten geklagt, dass es nun für die CDU/CSU viel schwerer sei, sich auf außenpolitischem Gebiet zu profilieren.<sup>232</sup> Adenauer schrieb am 2. Dezember in einem Brief an Kiesinger, dass er in großer Sorge wegen der Besetzung des Außen- und Verteidigungsministeriums sei, weil Minister bekanntlich am Kanzler vorbeiregieren

<sup>226</sup>: Abhandlung des Pressereferates der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16.5.1967 über die Vorgeschichte und Geschichte des Regierungswechsels im Herbst 1966, S. 1-33, hier S. 28: ACSP, Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung V. WP, Ordner 110.

<sup>227</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 30.11.1966: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1011/1: S. 451-485, hier S. 467.

<sup>228</sup>: Mintzel, Alf, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977, S. 372.

<sup>229</sup>: Zitat Adenauer am 5.12.1966 in einem Brief an Kiesinger, S. 1-2, hier S. 1: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 51.

<sup>230</sup>: Zitat Adenauer, nachzulesen bei: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 21.

<sup>231</sup>: Diehl, Günter, Kurt Georg Kiesinger. In: Klein, Hans (Hrsg.), Die Bundeskanzler, Berlin 1993, S. 165-219, hier S. 196.

<sup>232</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-3, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

könnten.<sup>233</sup> Barzel schrieb in seinen Erinnerungen, dass auch die Ernennung Gustav Heinemanns, eines früheren CDU-Politikers, als Bundesjustizminister durch die SPD in der Union „*Bauchschmerzen*“<sup>234</sup> ausgelöst habe. Kiesinger selbst hat von sich aus immer wieder ungefragt gesagt und geschrieben, er habe keinen offenen Widerstand gegen die personelle Besetzung des Regierungskabinetts der Großen Koalition geleistet.<sup>235</sup>

Brandt hatte eigentlich beabsichtigt, das Bundesministerium für Forschung zu übernehmen, weil ihm dieses, wie er später erklärte, vermutlich mehr Zeit für die Parteiarbeit gelassen hätte.<sup>236</sup> Wehner widersprach Brandt jedoch mit dem Hinweis, dass der Vorsitzende der SPD Außenminister und Vizekanzler sein müsse.<sup>237</sup> Brandt beugte sich bei seiner Entscheidung für das Außenministerium auch dem massiven Druck von Mitgliedern der SPD-Koalitionsverhandlungskommission.<sup>238</sup> Dieser Entscheidung willigte Kiesinger zu, der das Außenministerium bereits Eugen Gerstenmaier versprochen hatte. Gerstenmaier hatte am 25. November 1966 an Kiesinger geschrieben, dass er dessen Angebot Außenminister zu werden, nach reiflicher Überlegung angenommen habe.<sup>239</sup> Gerstenmaier blieb bis 1969 Bundestagspräsident. Ein Amt, das er bereits seit dem Jahr 1954 ausübte. Wie wäre wohl die deutsche Außenpolitik auf längerer Sicht weitergegangen, wenn Brandt tatsächlich Forschungsminister geworden wäre und Gerstenmaier das Amt des Außenministers übernommen hätte?

Brandt selbst hätte Gerstenmaier als Kanzler einer Großen Koalition vorgezogen. Er schrieb am 17. November 1966 in einem Brief an den Journalisten Klaus Harpprecht, der ihn aufgefordert hatte, Gerstenmaier als Kanzlerkandidaten wieder ins Spiel zu bringen: „*Du weißt, daß ich E. G. schätze, aber zuletzt hat ihm wohl der zupackende*

---

<sup>233</sup>: Adenauer an Kiesinger 2.12.1966, S. 1-3, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A001.

<sup>234</sup>: Barzel, Rainer, Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 237.

<sup>235</sup>: Diehl, Günter, Kurt Georg Kiesinger. In: Klein, Hans (Hrsg.), Die Bundeskanzler, Berlin 1993, S. 165-219, hier S. 181.

<sup>236</sup>: Brandt, Willy, Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974, S. 33.

<sup>237</sup>: Stern, Carola, Willy Brandt, überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, Hamburg 2002, S. 90.

<sup>238</sup>: Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, (Neuausgabe), München 2003, S. 168. Der Philosoph Karl Jaspers schickte am 26.11.1966 ein Telegramm mit nur einem Satz an Brandt: „*Herr Brandt, wenn sie verzichten, haben sie ihr Leben verworfen, Deutschland abgeschrieben und begraben.*“ Siehe: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 6. Auch der Schriftsteller Gustl Kemmayr forderte am 28.11. in einem Telegramm Brandt auf, in die Regierung einzutreten und Kurs zu halten. Siehe: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 32-A. Der Schriftsteller Günter Grass, der mit Brandt befreundet war, bezeichnete hingegen in einem Brief an Brandt die Große Koalition als eine miese Ehe zwischen SPD und Union, die einer lähmenden Resignation den Weg bereite und die große und tragische Geschichte der Sozialdemokratie für Jahrzehnte ins Ungefähre münden lasse. Der Brief von Grass ist im „Vorwärts“ vom 30.11.1966 abgedruckt.

<sup>239</sup>: Gerstenmaier an Kiesinger 25.11.1966, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-003. Siehe auch: Gerstenmaier, Eugen, Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1981, S. 535-540.

*Griff gefehlt. Nachdem die Dinge nun entschieden sind, müssen wir mit allen Kräften das Beste daraus machen und sehen, wer wen prägt.*<sup>240</sup>

Den Vorwurf an Brandt, der eigentlich eine sozial-liberale Koalition bevorzugt hatte<sup>241</sup>, aus parteitaktischen Gründen die Große Koalition eingegangen zu sein, wies Brandt am 19. Juni 1967 in einem Interview gegenüber dem "Spiegel" zurück. Er erklärte, dass man aus seiner Sicht nicht deshalb eine Große Koalition eingegangen sei, weil man sich davon einen unmittelbaren parteitaktischen Vorteil verspreche, sondern weil man die eigenen staatspolitischen Vorstellungen durchsetzen wolle.<sup>242</sup> Brandt hatte Anfang 1967 in einem Brief an die SPD-Parteimitglieder wiederholt unterstrichen, dass man sich nicht aus Mangel an Mut gegen eine sozial-liberale Koalition entschlossen habe. Ein kalkuliertes Risiko wäre zu rechtfertigen gewesen, aber ein Abenteuer hätte man weder der Sozialdemokratie noch dem deutschen Volk zumuten dürfen.<sup>243</sup> Drei Jahre später, nach der nächsten Bundestagswahl im Herbst 1969, war Brandt für dieses Abenteuer bereit und leitete damit den Machtwechsel in Bonn und das sozial-liberale Jahrzehnt in der Bundesrepublik ein.

Schmidt konnte keinen seiner beiden favorisierten Bundesministerposten antreten. Die CDU/CSU hatte sich nur bereit erklärt, der SPD das Außen- oder das Verteidigungsministerium zu überlassen. Das angebotene Verkehrsressort lehnte Schmidt ab, auch deshalb, weil er kein Amt annehmen wollte, das andere für ihn ausgesucht hatten. Er schrieb am 6. Januar 1967 in einem Brief an den Geschäftsmann Otto A. Friedrich, dass er es für eine völlig falsche Rangskala halte, ein Ministeramt höher als ein parlamentarischeres Amt zu bewerten.<sup>244</sup> Schmidt wollte die Bundesregierung vom Parlament aus in Gang halten, aber die Bundesregierung auch von dort kontrollieren. Es gebe neun SPD-Minister, aber nur einen SPD-Fraktionsvorsitzenden, betonte Schmidt mehrmals. Wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt im Bundestag sprach, erwartete er von der Bundesregierung Präsenzpflcht. Einmal weigerte er sich deshalb das Wort zu ergreifen. Mitte 1967 forderte er „Herrn Kiesinger“ - so redete er den Kanzler stets an - dazu auf, einen Brief des DDR-Regierungschefs Stoph unverzüglich zu beantworten. Der auf Würde und Konventionen bedachte Kanzler ärgerte sich sehr häufig über dieses

<sup>240</sup>: Brandt an Harpprecht 17.11.1966: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 5.

<sup>241</sup>: Dass Brandt die Korrektur seiner ursprünglichen Haltung schwergefallen war, konnte man deutlich spüren. „Ziemlich widerwillig trabe Brandt an die Spitze der Karawane“, schreibt Bahr in seinen Memoiren. Siehe: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 193.

<sup>242</sup>: Text des Interviews: Böhme, Erich / Wirtgen, Klaus (Hrsg.), *Willy Brandt: Die Spiegel-Gespräche*, Stuttgart 1993, S. 115-122, hier S. 115.

<sup>243</sup>: Schönhoven, Klaus, *Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966*. In: Pyta, Wolfram / Richter, Ludwig (Hrsg.), *Gestaltungskraft des Politischen*, Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 379-401, hier S. 397.

<sup>244</sup>: Schmidt an Friedrich 6.1.1967: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5345.

ruppige und barsche Auftreten Schmidts, damals oft "Schmidt-Schnauze" genannt. Einmal drohte der Kanzler sogar mit seinem Rücktritt: Schmidt hatte erklärt, dass die Bundesregierung das zu tun habe, was der Bundestag beschließe.<sup>245</sup> Kiesinger erwiderte in aller Öffentlichkeit, dass er es in einem solchen Fall vorziehen würde, seinen Platz einem Willigeren zu räumen.<sup>246</sup>

Für Schmidt hatte für das Eingehen einer Großen Koalition die dadurch zu erwirkende Aufhebung der außen- und deutschlandpolitischen Manövrierunfähigkeit gesprochen.<sup>247</sup>

Auch für Wehner war der Eintritt der SPD in die Regierung der Beginn einer intensiven Einflussnahme auf den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik. Wehner forderte schon länger ein „*Wiedervereinigungskabinet*t“<sup>248</sup>, in dem alle Fragen der gesamtdeutschen Politik koordiniert werden sollten.<sup>249</sup> Er war der sozialdemokratische Gründungsvater der Großen Koalition, der sogar dem katholisch-konservativen Kern der Union imponierte.<sup>250</sup> Brandt und Wehner setzten sich auch über die internen und auch auf der Arbeitsgruppensitzung von CDU/CSU und SPD am 28. November 1966 von den SPD-Vertretern vorgetragenen Bedenken über den Eintritt von Strauß in die Bundesregierung hinweg.<sup>251</sup> Für Brandt war Strauß gar ein „*Träger der Koalition*“.<sup>252</sup>

Die SPD wollte sich mit ihrem verjüngten Führungspersonal, dem nun auch Brandt angehörte, zu einer pragmatischen Volkspartei entwickeln, zu einer Partei, die ein modernes Deutschland repräsentierte und daher für Wechselwähler attraktiv wurde. Die Große Koalition war aus der Sicht der SPD ein Etappensieg auf dem Weg zum Machtwechsel, ein „*zeitweiliges Zusammengehen*“<sup>253</sup> mit der CDU/CSU, auf das die Ablösung

---

<sup>245</sup>: Lehmann, Hans Georg, *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Bonn 1984, S. 132.

<sup>246</sup>: Knorr, Heribert, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition*, Meisenheim am Glan 1975, S. 207.

<sup>247</sup>: Schmidts Pro- und Contra-Liste zur Bildung einer Großen Koalition, S. 1-5, hier S. 2: AdsD, *Depositum Helmut Schmidt*, Ordner 5077.

<sup>248</sup>: Zitat Wehner, nachzulesen in einer Presseagenturmeldung vom 19.1.1966: AdsD, *Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP*, Ordner 344.

<sup>249</sup>: Siehe dazu eine Presseagenturmeldung vom 20.1.1966: AdsD, *Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP*, Ordner 1956.

<sup>250</sup>: Dies wird unter anderem in einigen Tagebucheinträgen des CDU-Parlamentariers Heinrich Krone, von 1961-1964 Bundesminister für besondere Aufgaben, erkenntlich. Krone schätzte an Wehner den Blick für die Wirklichkeit und schrieb: „*Wehner ist ein Mensch, dem letzte Dinge liegen*.“ Siehe: Krone, Heinrich, *Tagebücher*, Band 2: 1961-1966, bearbeitet und hrsgg. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003, S. 159 und 191. Siehe auch Krones Eintrag am 1.12.1966, in dem er die Große Koalition als Wehners Werk bezeichnete (S. 526).

<sup>251</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, *Nachlass Kurt Georg Kiesinger*, Ordner 01-226-399.

<sup>252</sup>: Zitat Brandt am 28.11.1966 in einem Interview gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Text des Interviews: ACDP, *Nachlass Kurt Georg Kiesinger*, Ordner 01-226-399.

<sup>253</sup>: Zitat Wehner im Sommer 1966 in einem Interview gegenüber dem Publizisten Günter Gaus. Siehe: Gaus, Günter, *Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner*, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 119.

der CDU/CSU an der Regierungsspitze folgen sollte. Für die CDU/CSU ging es bei dem Eingehen der Großen Koalition vor allem um den Machterhalt.

Von Beginn an war sichtbar, dass die Mehrheit von CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition kein dauerhaftes Regierungsbündnis sah. Dass die Große Koalition auf Zeit abgeschlossen werde, bedeute aber keinerlei Skepsis gegenüber dieser Koalition, hob Brandt am 28. November 1966 in einem Interview gegenüber dem Bayerischen Rundfunk hervor. Dabei betonte er, es sei nicht gut, ein Dauerbündnis einzugehen.<sup>254</sup> Kiesinger meinte am 14. März 1967 in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt in Bonn, dass eine dauernde Große Koalition etwas „*abnormales*“ sei. Eine solche Konstellation könne nur für einige Jahre gerechtfertigt werden.<sup>255</sup> Die Große Koalition wurde als legitimationsbedürftig eingestuft und deshalb von vornherein als Bündnis auf Zeit betrachtet. Sichtbar wurde dies in Kiesingers Regierungserklärung am 13. Dezember 1966, in der er ausführte: „*Die stärkste Absicherung gegen einen möglichen Mißbrauch der Macht ist der feste Wille der Partner der Großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode fortzuführen.*“<sup>256</sup>

Die Große Koalition bedeutete das Ende einer Ära, denn erstmals seit der Weimarer Republik waren die Sozialdemokraten wieder in der Regierungsverantwortung auf der Bundesebene. Auch endete mit der Bildung der Großen Koalition und der „*Bewährungsprobe der SPD*“<sup>257</sup> eine parlamentarische Konstellation, in der sich die CDU/CSU und die SPD auf der Bundesebene als politische Konkurrenten gegenüberstanden und sich zeitweise massiv bekämpft hatten.<sup>258</sup> Daher war es nicht erstaunlich,

---

<sup>254</sup>: Text des Interviews: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

<sup>255</sup>: Text des Informationsgesprächs, S. 1-8, hier S. 7: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>256</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 13.6.1966, in der Kiesingers Regierungserklärung abgedruckt ist, S. 1-16, hier S. 7: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-258/2.

<sup>257</sup>: Zitat des SPD-Bundestagsabgeordneten Schultz am 13.1.1967 in einem Brief an Schmidt, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 9.

<sup>258</sup>: Klotzbach, Kurt, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982), Bonn 1996, S. 495.

dass die Zusammenarbeit von CDU/CSU und SPD von vielen Beobachtern als ein von Beginn an zum Scheitern verurteiltes Unterfangen bewertet wurde. Diese Kritiker vernachlässigten jedoch die Tatsache, dass seit Anfang der 1960er Jahre eine behutsame Annäherung zwischen den beiden Parteien zu verzeichnen war, wobei einzelne Führungspolitiker der CDU/CSU und der SPD die ersten persönlichen Kontakte knüpften.<sup>259</sup> Ohne diese Grundlage wäre es Ende 1966 sicherlich nicht zu einer so raschen Bildung der Großen Koalition gekommen, gegen die es sowohl in der CDU/CSU wie auch in der SPD zahlreiche Bedenken gab, auch wegen der höchst unterschiedlichen Politiker-Biographien in der Großen Koalition im Hinblick auf das Dritte Reich.

### **2.1. Die unterschiedlichen Politiker-Biographien in der Großen Koalition im Hinblick auf das Dritte Reich**

*„Zwischen Kiesinger und mir lag kein Graben, aber jener Abstand, den die unterschiedlichen Lebenswege und Lebensinhalte geschaffen hatten.“*

Willy Brandt<sup>260</sup>

Für das persönliche Zusammenwirken in der Großen Koalition stellte die Deutschland- und Ostpolitik die wohl existenziell wie auch emotional aufwühlendste Thematik dar. Denn in der Großen Koalition arbeiteten Charaktere zusammen, die sich sehr unterschiedlich gegenüber dem nationalsozialistischen Dritten Reich verhalten hatten und somit auch einen unterschiedlichen emotionalen Zugang zur deutschen Frage und zur Deutschland- und Ostpolitik aufwiesen: Kanzler Kiesinger, der während des Zweiten Weltkrieges im Auswärtigen Amt gearbeitet hatte und Mitglied der NSDAP gewesen

<sup>259</sup> Bouvier, Beatrix, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung: Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966, Bonn 1990, S. 46.

<sup>260</sup>: Zitat Brandt, nachzulesen bei: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 21. Der Schriftsteller Günter Grass, der mit Brandt befreundet war, schrieb über Brandt: *„Auch wenn ich ihn zu kennen meine, bleibt er jemand, der von weit weg herkommt, zwar dasitzt, aber noch nicht da ist, zwar erkennbar im Umriss, aber vage in Einzelheiten.“* Siehe: Lindlau, Dagobert (Hrsg.), Dieser Mann Brandt... Gedanken über einen Politiker von 35 Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern, München 1972, Grass S. 142-144, hier S. 142.

war; Außenminister Brandt, der nach Skandinavien emigriert war; Verteidigungsminister Schröder<sup>261</sup> war Mitglied der NSDAP und zeitweise auch der SA gewesen, war aber dann im Mai 1941 wieder aus der NSDAP ausgetreten; Bundesfinanzminister Strauß, Frontoffizier im Zweiten Weltkrieg und „Soldat vom ersten bis zum letzten Tag“<sup>262</sup>, der noch kurz zuvor an den Diffamierungskampagnen gegen Brandt mitgewirkt hatte; Schmidt<sup>263</sup> und auch Barzel<sup>264</sup> als Offiziere der Wehrmacht; Guttenberg<sup>265</sup> als Wehrmachtsoffizier, der dann bei den Engländern über den „Sender Calais“ zum Widerstand aufgefordert hatte, sowie Wehner<sup>266</sup> als ehemaliger kommunistischer Funktionär. Es war wohl das gemeinsame Erlebnis existenzieller Bedrohung während des Dritten Reichs, das der Großen Koalition mit ihren unterschiedlichen Politiker-Biographien einen besonderen Beigeschmack gab. Hier existierten gemeinsame Erfahrungswerte,

---

<sup>261</sup>: Siehe zu Schröder die aufschlussreiche Biographie: OPELLAND, Torsten, Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002. OPELLAND zeichnet vor allem anhand des umfangreichen Nachlasses Schröders im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin die persönlichen und politischen Lebenslinien von Schröder präzise nach.

<sup>262</sup>: STRAUß, Franz Josef, Die Erinnerungen, hrsgg. vom Siedler-Verlag, Berlin 1989, S. 42. Als Strauß am 3.10.1988 starb, lagen 1200 Manuskriptseiten seiner Erinnerungen vor. Sein Lebensbericht beginnt mit dem Hitler-Putsch am 9.11.1923 an der Feldherrnhalle in München, und die letzten Eintragungen enden mit dem Besuch von Strauß bei Gorbatschow im Kreml im Dezember 1987.

Strauß erklärte am 23.11.1985 in einer Rede auf dem 49. Parteitag der CSU in München, dass es für die Deutschen darauf ankomme, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, an die guten und erhaltenswerten Überlieferungen aus der Zeit vor 1933 anzuknüpfen und sie, geläutert durch die furchtbaren Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus, in die Gegenwart und in die Zukunft zu übernehmen. Siehe: BAYER, Alfred / BAUMGÄRTEL, Manfred (Hrsg.), Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, Sonderausgabe der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 499-522, hier S. 502.

<sup>263</sup>: Zu Helmut Schmidt siehe unter anderem die folgenden Biographien:

SOELL, Hartmut, Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003.

RUPPS, Martin, Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart/Leipzig 2002.

Siehe auch die 2008 herausgekommenen Reflexionen von Schmidt: Schmidt, Helmut, Ausser Dienst. Eine Bilanz, München 2008.

<sup>264</sup>: Siehe zu Barzel seine eigenen Erinnerungen und Betrachtungen:

BARZEL, Rainer, Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2001.

BARZEL, Rainer, Auf dem Drahtseil, München 1978.

BARZEL, Rainer, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf/Wien 1968.

<sup>265</sup>: Siehe zu Guttenberg die Untersuchung von Ulrich Wirtz und Guttenbergs eigene Erinnerungen und Betrachtungen:

WIRTZ, Ulrich, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997.

Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Fußnoten, Stuttgart 1971.

Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Im Interesse der Freiheit, Stuttgart 1970.

Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1965<sup>2</sup>.

<sup>266</sup>: Siehe zu Wehner und die Große Koalition die empfehlenswerten Abhandlungen:

MEYER, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006.

LEUGERS-SCHERZBERG, August H., Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, (Taschenbuchausgabe), Berlin 2006.

SCHOLZ, Günther, Herbert Wehner, Düsseldorf 1986.

GAUS, Günter, Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek bei Hamburg 1966.

welche die parteipolitischen Grenzen in der zweiten Linie hinter Kiesinger und Brandt durchaus verwischten. Für den Historiker Baring stellte die Große Koalition daher in aller Hinsicht ein „*Bündnis der nationalen Versöhnung*“<sup>267</sup> dar.

Kiesinger war am 1. März 1933 Mitglied in der NSDAP geworden und arbeitete ab dem 9. April 1940 in einer hohen Stellung in der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amts.<sup>268</sup> Er war durch seine Nähe zum NS-Regime und durch seine Mitgliedschaft in der NSDAP belastet. Im November 1968 kam es zu einem großen Skandal, als die deutsch-französische Journalistin Beate Klarsfeld auf einem CDU-Parteitag in Berlin Kanzler Kiesinger ohrfeigte.<sup>269</sup> Die Journalistin wollte damit in aller Öffentlichkeit auf die Biographie Kiesingers während des Nationalsozialismus aufmerksam machen.<sup>270</sup> Dass solche Aktionen bevorstanden und von der SED-Führung und dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit unterstützt und gefördert wurden, war dem BND bereits im Vorfeld des CDU-Parteitages bekannt, wie aus einem vertraulichen BND-Bericht vom 2. Oktober 1968 hervorgeht.<sup>271</sup>

Ein wichtiger Schritt zur Entlastung Kiesingers gegenüber seiner Mitgliedschaft in der NSDAP war ein vom „Spiegel“-Redakteur Conrad Ahlers gefundenes Dokument aus dem Reichssicherheitshauptamt vom 7. November 1944, in dem Kiesinger als Verbindungsmann des Auswärtigen Amts zum Propagandaministerium denunziert wurde, weil er nachweislich die antijüdischen Aktionen sabotierte.<sup>272</sup> Dieses Dokument löste

---

<sup>267</sup>: Baring, Arnulf, Gründungsstufen, Gründungsväter - Der lange Weg der Bundesrepublik zu sich selbst. In: Scheel, Walter (Hrsg.), Nach dreißig Jahren. Die Bundesrepublik Deutschland. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Stuttgart 1979, S. 19-46, hier S. 22.

<sup>268</sup>: Siehe zur Kiesinger die umfangreichen Bio- und Autobiographien:

Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904 -1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.

Buchstab, Günter / Gassert, Philipp / Lang, Peter Th. (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005.

Kiesinger, Kurt Georg, Schwäbische Kindheit, Tübingen 1966.

Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958, hrsgg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.

Siehe auch die folgenden Reflexionen von Kiesinger, die viel über sein Politikverständnis preisgeben: Kiesinger, Kurt Georg, Die Stellung des Parlamentariers in der heutigen Zeit, Stuttgart 1981.

<sup>269</sup>: Hildebrand, Klaus, Die Große Koalition 1966 bis 1969. Experiment zwischen Ausnahme und Normalität. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Politische Meinung, 2006, S. 45-49, hier S. 48.

<sup>270</sup>: Siehe zu Klarsfeld und ihrer Sicht zur Vergangenheit Kiesingers: Klarsfeld, Beate, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. Dokumentation. Mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969. Klarsfeld wies am 6.12.1968 in einem Brief an Brandt auf einen Zeitungsartikel vom 24.3. hin, in dem sie geschrieben hatte: „*Willy Brandt, er hat von Anfang an einen Weg eingeschlagen, der das Gegenteil von Herrn Kiesinger ist*“, S. 1-5, hier S. 5: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 32-A.

<sup>271</sup>: BND-Bericht 2.10.1968: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-429.

<sup>272</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 28-33.



zwar das Vergangenheitsproblem Kiesingers nicht, es erleichterte aber sicherlich nicht unerheblich die Zustimmung zu seiner Wahl zum Regierungschef einer neuen Bundesregierung.

Brandt<sup>273</sup> war immer ein Gegner des Dritten Reich gewesen und erst nach Norwegen und dann nach Schweden emigriert.<sup>274</sup> Für Brandt war es ein Zeichen deutscher Wahrhaftigkeit, dass er und Kiesinger, zwei Charaktere mit so unterschiedlichen Biographien, gerade in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus, nun gemeinsame Regierungsverantwortung trugen.<sup>275</sup> Brandt hätte eigentlich, wie erwähnt, Bundestagspräsident Gerstenmaier als Kanzler der Großen Koalition vorgezogen, denn für Brandt war Gerstenmaier ein „*Mann des 20. Juli*“, während er Kiesinger mit Blick auf dessen Eintritt in die NSDAP vorwarf, er sei wie viele andere auch zunächst Wahnvorstellungen erlegen gewesen.<sup>276</sup> Brandt kommentierte in seinen Memoiren Kiesingers Wirken im Dritten Reich mit dem Satz: „*Kiesinger war zu gescheit und wohlgezogen, als daß er Nazi mehr denn übers Mitgliedsbuch hätte werden können.*“<sup>277</sup> Helmut Schmidt schrieb 2008 über Kiesingers Biographie während der Hitler-Diktatur, dass Kiesinger ein Mitläufer gewesen sei, der sich den damaligen Zeiten angepasst habe.<sup>278</sup> Ihre Biographien während des Dritten Reiches beeinflussten die Außenwahrnehmung von Brandt und Kiesinger stark. Kiesinger war wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft und wegen seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt während des Zweiten Weltkrieges vor allem für das linke politische Spektrum kaum tragbar. Dieser Zustand verfestigte sich zunehmend, weil die jungen Generationen, die keine eigenen Erfahrungen in einer

---

<sup>273</sup>: Viele lesenswerte Biographien über Brandt sind seit 2000 erschienen:

Seebacher, Brigitte, Willy Brandt, (ungekürzte Taschenbuchausgabe), München 2006.

Merseburger, Peter, Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, München/Stuttgart 2002<sup>3</sup>.

Schöllgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin/München 2001.

2003 sind noch einmal die sehr interessanten Erinnerungen von Brandt als Neuausgabe erschienen:

Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, (Neuausgabe), München 2003.

<sup>274</sup>: Wein, Martin, Willy Brandt. Das Werden eines Staatsmannes, Berlin 2003, S. 136-153.

<sup>275</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 21.

<sup>276</sup>: Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, (Neuausgabe), München 2003, S. 169.

Zu Gerstenmaier siehe: Buchstab, Günter (Hrsg. im Auftrag der KAS), Eugen Gerstenmaier (1906-1986). Kirche-Widerstand-Politik, Sankt Augustin 2006. Hier besonders das von dem Bonner Historiker Joachim Scholtzky verfasste Kapitel „Gerstenmaier im Dritten Reich“, S. 13-25.

<sup>277</sup>: Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den „Notizen zum Fall G.“, (Neuausgabe), München 2003, S. 169.

<sup>278</sup>: Schmidt, Helmut, Ausser Dienst. Eine Bilanz, München 2008, S. 80.

Diktatur gemacht hatten, immer weniger Verständnis für das Verhalten der Älteren in der Zeit des Nationalsozialismus aufbrachten. Brandt andererseits wurde wegen seiner Emigration nach Skandinavien von den national und konservativ geprägten Kreisen als „Vaterlandsverräter“ verurteilt.<sup>279</sup> Hierin liegt sicherlich ein Ursprung für das gute Vertrauensverhältnis zwischen Brandt und Bahr, dem wegen seiner deutschland- und ostpolitischen Denkanstöße vor allem aus den konservativen Kreisen, zum Beispiel von der CSU-Zeitung „Bayernkurier“, ebenfalls nationaler Gesinnungsverrat vorgehalten wurde. Doch anders als bei Kiesinger wandelte sich die Außenwahrnehmung der Biographie Brandts immer mehr zu seinem Vorteil.

Der Historiker Gregor Schöllgen vermutet, dass sich im Rückblick für Brandt das Verhältnis zu Kanzler Kiesinger wohl ordentlicher dargestellt habe, als es angesichts der unterschiedlichen Biographien zu erwarten gewesen sei.<sup>280</sup> Schmidt schreibt hingegen in seinen Erinnerungen, dass Kiesinger und Brandt sich gegenseitig als herzlich unsympathisch erachteten.<sup>281</sup> Diese Feststellung wiederholte Schmidt im September 2006 in einem Interview gegenüber „Der Zeit“. Er erzählte: *„Das Verhältnis zwischen Kanzler und Vizekanzler, zwischen Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt, wurde zunehmend schlechter. Die redeten zum Schluss kaum noch miteinander.“*<sup>282</sup> In einer zentralen Sache bestand zwischen Brandt und Kiesinger jedoch Übereinstimmung: *„Der europäisch engagierte Reichsschwabe und ich waren uns darin einig, daß die deutsche Außenpolitik modifiziert, korrigiert und weiterentwickelt werden musste“*, resümierte Brandt später in einem Rückblick auf die Große Koalition.<sup>283</sup>

Auch wenn Kiesinger und Brandt sich um eine konstruktive Atmosphäre in der Großen Koalition bemühten, wurde schnell offensichtlich, dass sie mehr voneinander trennte, als bei zehn Jahren Altersunterschied und den Differenzen nach Herkunft, Sozialisation, Charakter, Berufsausbildung und politischer Ausrichtung vorauszusehen gewesen war. Auf den 1904 geborenen eloquenten, sehr breit gebildeten schwäbischen Juristen wirkte der aus einfachen Lübecker Verhältnissen stammende Brandt ver-

<sup>279</sup>: Hildebrand, Klaus, Kurt Georg Kiesinger. Kanzler der Großen Koalition. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historisch-Politische Mitteilungen, Band 11, Sankt Augustin 2004, S. 229-241, hier S. 231.

<sup>280</sup>: Schöllgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin/München 2001, S. 141.

<sup>281</sup>: Schmidt, Helmut, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996, S. 510.

<sup>282</sup>: „Die Zeit“ vom 28.9.2006.

<sup>283</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 22.

schlossen und als schwer einschätzbar. Kiesinger meinte Anfang 1967, dass Brandt ein Korkeisen im Fluss sei, der sich mit der Strömung treiben lasse.<sup>284</sup>

Brandt war aus Berlin mit seinem Pressesprecher und deutschland- und ostpolitischen Vordenker Bahr nach Bonn gekommen.<sup>285</sup> Bahr hatte sich vor allem deswegen der SPD angeschlossen, weil er aus dem Berliner Blickwinkel, verstärkt nach dem Mauerbau von 1961, erkannt hatte, dass die Adenauersche Formel erst deutsche Wiedervereinigung, dann europäische Entspannung nicht mehr durchsetzbar war.<sup>286</sup> Zunächst war Bahr während der Großen Koalition neben dem Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, Günter Diehl, eingesetzt. Zwischen Bahr und Diehl herrschte ein gutes Arbeitsklima. *„Eine Besonderheit der Großen Koalition bestand in der für sie typischen Struktur eines Männerbundes. Es gab eine gewisse freundliche Grundstimmung für den Umgang miteinander, einen Anflug von Kameraderie“*, erzählte Diehl in seinen Erinnerungen.<sup>287</sup> Die *„Struktur eines Männerbundes“* war durchaus nicht verwunderlich, weil dem Regierungskabinett der Großen Koalition nur eine Frau, die sozialdemokratische Gesundheitsministerin Käthe Strobel, angehörte. Im November 1967 übernahm Bahr die Position von Diehl und wurde Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, da Diehl nun Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung wurde, als Nachfolger von Karl-Günther von Hase, der als resoluter Christdemokrat wahrgenommen wurde. Diehl hatte diese Reputation nicht, was Kritik in der Union gegenüber dem Kanzler auslöste. Von Hase äußerte sich am 14. Juli 1967 in einem Brief an Kiesinger sehr besorgt über seinen Nachfolger und warnte: *„Herr Diehl kann unter keinen Umständen unserer Partei zugerechnet werden.“*<sup>288</sup> Kiesinger selbst hatte zeitweilig die Überlegung angestellt, Conrad Ahlers zum Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu ernennen. Kiesinger und Ahlers pflegten einen persönlichen Kontakt, und Ahlers hatte durch den Fund des Dokuments vom November 1944 Kiesinger im Hinblick auf seine Biographie im Dritten Reich stark

<sup>284</sup>: Kroegel, Dirk, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition*, München 1997, S. 169.

<sup>285</sup>: Borowsky, Peter, *Deutschland 1963-1969*, Hannover 1983, S. 56. Das Weggehen aus Berlin, wo Brandt beinahe 20 Jahre zugebracht hatte, war für Brandt nicht ohne Abschiedsschmerz. *„Ich bin und bleibe Berliner“*, sagte Brandt beim Abschied im Schöneberger Rathaus. Doch das Amt als Außenminister erfreute ihn zunehmend: *„Es ist ein unheimlich interessantes Leben“*, erzählte Brandt. Brandts Zitate sind nachzulesen bei: Koch, Peter, *Willy Brandt. Eine politische Biographie*, Berlin/Frankfurt a. M. 1988, S. 294.

<sup>286</sup>: Vogtmeier, Andreas, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung*, Bonn 1996, S. 96-98.

<sup>287</sup>: Diehl, Günter, *Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949-1969*, Frankfurt a. M. 1994, S. 403.

<sup>288</sup>: Von Hase an Kiesinger 14.7.1967, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-344.

entlastet, wofür Kiesinger sehr dankbar war, wie er am 8. Dezember 1966 in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt anmerkte.<sup>289</sup>

Bemerkenswert ist hier auch die Konstellation Strauß und Ahlers, die beiden Hauptprotagonisten der "Spiegel"-Affäre, die 1962 die Bundesrepublik erschüttert hatte.<sup>290</sup> Ohne die ungesetzliche Festnahme von Ahlers in Spanien hätte Strauß als Verteidigungsminister nicht zurücktreten müssen.<sup>291</sup> Nun als Bundesfinanzminister lag Strauß mit dem "Spiegel" immer noch im „*Clinch*“<sup>292</sup>, und Ahlers wurde zeitgleich stellvertretender Regierungssprecher.

Eine weitere interessante personelle Konstellation stellten Kiesinger, Brandt und Wehner dar. Kiesinger hatte ein wesentlich besseres Verhältnis zu Wehner, der zu Kiesingers bedeutendstem Ansprechpartner in der SPD wurde.<sup>293</sup> Dass sich zwischen Wehner mit seiner proletarisch-kommunistischen Jugendsozialisation<sup>294</sup> und dem aus sehr bürgerlichen Verhältnissen stammenden Kiesinger eine so persönliche Beziehung entwickelt hat, ist zunächst sehr auffällig, lässt sich aber wohl dadurch begründen, dass verglichen mit Brandt beide sich von ihm vor allem durch problematischere und gebrochene Biographien unterschieden. Brandt hatte sich konsequent allen Diktaturen des 20. Jahrhunderts widersetzt. Er war während des Nationalsozialismus zuerst nach Norwegen und dann nach Schweden emigriert, und er hatte sich während seiner Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin als Antikommunist hervorgetan. Bei Wehner waren viele Fragen über seine kommunistische Vergangenheit hinsichtlich seines Wirkens während der späten 1930er Jahre in Moskau offen. Kiesinger hatte zwar keinen Kriegsdienst in der Wehrmacht ableisten müssen, war jedoch durch seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt während des Zweiten Weltkrieges belastet, und sein Handeln erschien auch im Hinblick auf seine NSDAP-Mitgliedschaft als opportunistisch. Diese problematischen Lebensläufe haben wohl mit dazu geführt, dass eine persönliche und mentale Verbindung zwischen Kiesinger und Wehner bestand.

Bereits die personelle Besetzung der Regierung der Großen Koalition machte deutlich, welche Möglichkeiten dieses mit sehr motivierten und talentierten Politikern besetzte Kabinett bot, aber auch welche Kontraste darin zusammenarbeiten mussten. Das gegenseitige Misstrauen und die gegenseitige Antipathie vieler Politiker auf beiden Seiten

<sup>289</sup>: Text des Informationsgespräches, S. 1-15, hier S. 1-3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>290</sup>: Merseburger, Peter, Rudolf Augstein. Biographie, München 2007<sup>2</sup>, S. 224.

<sup>291</sup>: Schöps, Joachim, Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß, Hamburg 1983, S. 223-224.

<sup>292</sup>: Brawand, Leo, Die Spiegel-Story. Wie alles anfang, Düsseldorf u. a. 1987<sup>2</sup>, S. 169.

<sup>293</sup>: Thompson, Wayne C., The Political Odyssey of Herbert Wehner, London 1993, S. 255-256.

<sup>294</sup>: Siehe zu Wehners frühen Jahren besonders: Soell, Hartmut, Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991. Und: Wehner, Herbert, Zeugnis, hrsgg. von Gerhard Jahn, Köln 1982.

waren auch eine Ursache für künftige Krisen in der Großen Koalition.<sup>295</sup> Auch wenn die Parteispitzen aus Gründen der Staatsräson oder des Pragmatismus dazu aufforderten, die Streitereien zwischen den Parteien einzugrenzen, blieb das wechselseitige Misstrauen, welches sich immer wieder in Polemiken äußerte. Dies erschwerte zunehmend die Arbeit in dem emotionalsten Politikbereich der Großen Koalition, der Deutschland- und Ostpolitik. Die Deutschland- und Ostpolitik war, wie es Adenauer am 2. Dezember 1966 in einem Brief an Kiesinger prophezeit hatte, zweifellos der zentrale „*Prüfstein*“<sup>296</sup> der mit so unterschiedlichen Politiker-Biographien besetzten Großen Koalition.

## **2.2. Kontinuitätslinien und Kurskorrekturen in der Deutschland- und Ostpolitik: Die Regierungserklärung von Kanzler Kiesinger am 13. Dezember 1966**

CDU/CSU und SPD sahen in der Großen Koalition eine Zweckgemeinschaft für eine begrenzte Zeitspanne, um schwierige Probleme in der Innen- und Außenpolitik sowie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu bewältigen. Es hatte keinen Koalitionsvertrag gegeben. Brandt sagte am 24. Dezember 1966 in einem Interview gegenüber der Zeitung „*Neues Österreich*“: *„Die Große Koalition ist bei uns eine Partnerschaft auf Zeit. Die Verhandlungskommissionen haben bewußt darauf verzichtet, einen Koalitionsvertrag zu schließen. An dessen Stelle ist die Regierungserklärung getreten.“*<sup>297</sup>

Brandt hielt am 6. Dezember 1966 in seinen Notizen zu Kiesingers Regierungserklärung das außenpolitische Ziel der neuen Bundesregierung kurz und prägnant fest: *„Rechte unseres Volkes wahren. Europa bauen. Frieden durch illusionslose Entspannung sichern.“*<sup>298</sup> Brandt brachte am selben Tag in einer Rede vor Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes seine außenpolitischen Vorstellungen auf den Punkt: *„Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland muß in den jetzt bestehenden Bindungen gefestigt werden. Es wird erforderlich sein, auch neue Streben einzuziehen. Für unsere Bundesrepublik gibt es keine Sicherheit ohne den Westen. Für eine gute deutsche Zukunft gibt es keine Lösung, ohne daß wir die Aussöhnung und gedeihliche Zusammenarbeit auch nach dem Osten hin erreichen. Das wird ein langer Weg, den illusionslos zu gehen uns*

<sup>295</sup>: Bereits am 20.3.1967 schlug Gerhard Jahn, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in einem Brief an Schmidt vor, die Beobachtung der CDU/CSU-Bundesminister durch die SPD-Minister und deren Staatssekretäre zu veranlassen. Diese sollten über die CDU/CSU-Bundesminister berichten und vor möglicherweise entstehenden politischen Schwierigkeiten warnen: AdsD, Helmut Schmidt, Ordner 5072.

<sup>296</sup>: Adenauer an Kiesinger 2.12.1966, S. 1-3, hier S. 1: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 51.

<sup>297</sup>: Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 245.

<sup>298</sup>: Brandts Notizen 6.12.1966, S. 1-8, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

*keine Rückschläge abhalten dürfen.*“ Brandt bemerkte dazu, dass die Große Koalition eine auf den Ausgleich mit Osteuropa abzielende Außenpolitik verfolgen wolle, um den Anschluss an die westlichen Entspannungsbemühungen herzustellen.<sup>299</sup> Wehner hatte bereits am 8. November im Bundestag von der Bundesregierung gefordert, das Verhältnis zu Washington und Paris wieder in Ordnung zu bringen und aktiv für die Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung einzutreten.<sup>300</sup>

Am 13. Dezember 1966 gab Kiesinger im Bundestag die Regierungserklärung ab. Im außenpolitischen Teil von Kiesingers Regierungserklärung war das Bestreben nach Kontinuität zu den Vorgängerregierungen ebenso erkennbar wie die neue Konzeption des auf außenpolitischen Wandel bedachten sozialdemokratischen Koalitionspartners.<sup>301</sup>

Grundlage war hier das Acht-Punkte-Programm der SPD, das im November als Ausgangsbasis für die Koalitionsverhandlungen fungiert hatte. Besonders der Einfluss Brandts und Wehners war in der Regierungserklärung spürbar. Brandt hatte am 6. Dezember Vorschläge zur Regierungserklärung mit folgenden Punkten an Kiesinger geschickt: Rüstungsminderung, konsequente Friedenspolitik, Verzicht auf Atomwaffen, das Bekenntnis zur atlantischen Allianz und die Ausführung, dass zwischen der Teilung Europas und der Teilung Deutschlands eine Abhängigkeit bestehe.<sup>302</sup>

Wehner hatte ebenfalls am 6. Dezember 1966 Kiesinger Vorschläge zur Regierungserklärung zugesandt und in seinen Erläuterungen prophezeit, dass es keine europäische Friedensordnung und kein Aufeinanderkommen der west- und osteuropäischen Staaten um die eingemauerte deutsche Frage herum gebe. Die beste Möglichkeit, um Befürchtungen vor dem Potenzial eines wiedervereinigten Deutschland zu zerstreuen, sei ein möglichst weitgehender föderativer Zusammenschluss Europas, ohne ein solches System werde es wohl keine Wiedervereinigung geben, meinte Wehner.<sup>303</sup> Diese Vorschläge waren alle nicht neu, und Kiesinger hätte sicherlich viele von diesen Vorschlägen auch ohne Brandt und Wehner aus persönlicher Motivation aufgegriffen, doch

<sup>299</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 107-110, hier S. 109.

<sup>300</sup>: Bundestagssitzung 8.11.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 62: Stenographische Berichte der 46.-77. Sitzung 1966, herausgegeben in Bonn, S. 3279-3320, hier S. 3298.

<sup>301</sup>: Kiesingers Regierungserklärung ist unter anderem abgedruckt bei: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn: 80. Sitzung am 13.12.1966, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665. Hier sind auch der Beifall und die Zwischenrufe aus den einzelnen Fraktionen im Plenarsaal verzeichnet. Anhand dessen kann nachvollzogen werden, wie sehr es sich bei der Regierungserklärung Kiesingers um ein Dokument des Kompromisses zwischen den Parteien der Großen Koalition handelte.

<sup>302</sup>: Brandt an Kiesinger 6.12.1966, S. 1-23: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

<sup>303</sup>: Wehner an Kiesinger 6.12.1966, S. 1-4, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

demonstrierten diese Vorschläge deutlich die Aktivität, die Flexibilität und die starken Bestrebungen zur Veränderung, die bei der SPD zu erkennen waren.

Während die innenpolitischen Ausführungen des Kanzlers rund zwei Drittel seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 einnahmen, fasste sich Kiesinger in seinen außenpolitischen Ausführungen relativ kurz. Trotz ihrer Kürze stellten aber auch seine Aussagen zur Außenpolitik eine Richtungsänderung gegenüber früheren Regierungserklärungen dar. Denn erstmals seit 1949 dominierte nicht mehr das Bekenntnis zur Westintegration die Regierungserklärung eines deutschen Bundeskanzlers, sondern die Ostpolitik<sup>304</sup>, was Wehner am 31. März 1967 in einem Interview gegenüber dem Deutschen Rundfunk nachträglich sehr erfreut hervorhob: *„Wir haben etwas getan, was bis dahin nicht getan worden ist. An die Spitze unserer außenpolitischen Absichtserklärungen das Verhältnis der Bundesrepublik zur UdSSR, zur Sowjetunion also, zu stellen, mit all seinen Schwierigkeiten, um es positiv zu behandeln.“*<sup>305</sup>

Der zentrale Wandel in der Außenpolitik der Großen Koalition war die Erkenntnis, dass es zu einer deutschen Wiedervereinigung nur nach einer internationalen Entspannung kommen konnte. Daher begann Kiesinger bei seinen Ausführungen zur deutschen Außenpolitik in der Regierungserklärung mit der Aussage, dass der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker das erste Wort und Grundanliegen der neuen Regierung sei. Der Kanzler stellte die Friedens- und Entspannungspolitik in den Mittelpunkt des außenpolitischen Teils seiner Regierungserklärung und äußerte die Bereitschaft der Bundesregierung zur Mitarbeit an Vorschlägen zur Rüstungskontrolle und Rüstungsminderung. Kiesinger bestätigte den Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen. Er versicherte, dass die Bundesrepublik keine nationale Verfügungsgewalt und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen anstrebe.<sup>306</sup> Diese Beruhigung richtete sich vor allen an den Osten.

Mehr sagte der Kanzler zur Verteidigungspolitik nicht. Die Regierungserklärung enthielt somit nicht den von der SPD und besonders von Brandt geforderten Verzicht auf einen Mitbesitz an Atomwaffen. Brandt hatte am 6. Dezember 1966 in seinen Notizen zu Kiesingers Regierungserklärung festgehalten: *„Ausräumen des Mißverständnisses, als wollten wir Mitbesitz an oder nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen.“*<sup>307</sup>

<sup>304</sup>: Text der Regierungserklärung, S. 1-24. Die Ostpolitik nimmt alleine die Seiten 14-19 ein: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

<sup>305</sup>: Text des Interviews, S. 1-6, hier S. 2-3: ACSP, Sachakten der CSU zur Deutschlandpolitik V. WP, Ordner 170.

<sup>306</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>307</sup>: Brandts Notizen 6.12.1966, S. 1-8, hier S. 5: AdSD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

Kiesinger sprach in seiner Regierungserklärung jedoch im Gegensatz zu früheren Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler auch nicht ausdrücklich von solchen Unternehmungen.

Kiesinger wiederholte in der Regierungserklärung das bereits in der Friedensnote der Bundesregierung Erhard aufgezeigte Angebot, Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion auszutauschen, und er verkündete die Bereitschaft der Bundesregierung, das ungelöste Problem der deutschen Teilung in dieses Angebot mit einzubeziehen.<sup>308</sup> Während unter der Vorgängerregierung die Politik des Gewaltverzichts hauptsächlich eine Funktion der Sicherheitspolitik gewesen war, die Gewaltandrohung oder -anwendung, zum Beispiel einen Angriff, ausschließen sollte, wurde sie bei Kiesinger darüber hinaus auch zu einem Mittel der Entspannungspolitik. Bei den Initiativen der Vorgängerregierung war die DDR bewusst ausgeklammert worden, Kiesinger bezog die DDR jedoch in sein Angebot indirekt ein und ging damit deutlich über die vorherige Politik hinaus.

Ob mit Kiesingers Aussage, dass die Bundesregierung bereit sei, das ungelöste Problem der deutschen Teilung in den angebotenen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion mit einzubeziehen, jedoch eine Garantie der innerdeutschen Grenze angesprochen war, erscheint zweifelhaft. Kiesinger deutete mit seiner Formulierung lediglich die Bereitschaft der Bundesregierung formell an, auf gewaltsame Veränderungen des Status quo in Deutschland zu verzichten. Die Garantie der innerdeutschen Grenze stand jedoch nicht zur Debatte, weil sie innerhalb der CDU/CSU keinesfalls akzeptabel gewesen wäre. Kiesinger bewegte sich bereits mit dieser Formulierung am Rande des in der Union Erträglichen. Sichtbar wird das vor allem daran, dass an dieser Stelle von Kiesingers Regierungserklärung der stenographische Bericht des Bundestages nur Beifall bei der SPD vermerkt.

Am wichtigsten war unter den weltpolitischen Rahmenbedingungen der 1960er Jahre das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern. Gemäß der Vereinbarungen zwischen CDU/CSU und SPD in den Koalitionsgesprächen im November 1966 verkündete Kiesinger die Bereitschaft der Bundesregierung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten:

---

<sup>308</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.



„Es liegt uns darum daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen.“<sup>309</sup> Damit war die Möglichkeit einer Aufgabe der Hallstein-Doktrin öffentlich ausgesprochen. Selbstverständlich schloss das Angebot zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen die DDR nicht mit ein.

Kiesinger betonte in seiner Regierungserklärung den Willen der Bundesregierung, mit allen Völkern Beziehungen zu unterhalten, die auf Verständigung, auf gegenseitiges Vertrauen und auf den Willen der Zusammenarbeit gegründet seien.<sup>310</sup> Dies gelte auch für das Verhältnis zur Sowjetunion, obwohl die Beziehungen noch immer durch das ungelöste Problem der Wiedervereinigung Deutschlands belastet seien. Kiesinger bedauerte, dass die Erwartungen beider Seiten nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen im Jahr 1955 enttäuscht worden seien.<sup>311</sup> Er hob hervor, das deutsche Volk hege weder Feindschaft noch Hass gegen die Völker der Sowjetunion, sondern es wünsche in guter und friedlicher Nachbarschaft zu leben, ohne sich in die inneren Verhältnisse der Sowjetunion einzumischen. Im ostpolitischen Zusammenhang wies Kiesinger auch auf die Brückenfunktion Deutschlands zwischen West- und Osteuropa hin und erklärte: *„Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgabe auch in unserer Zeit gerne erfüllen.“*<sup>312</sup> Aber bei allen ostpolitischen Neuansätzen gab es keine Zweifel, wohin die Bundesrepublik nach der Auffassung des Kanzlers gehörte. Kiesinger sagte nämlich: *„Wir halten ... ein solides Bündnis zwischen den freien, sich einigenden Nationen Europas und den Vereinigten Staaten von Amerika für unerläßlich, wie auch immer die Struktur dieses Bündnisses angesichts einer gewandelten Welt künftig gestaltet werden wird. Wir weigern uns, uns eine falsche und gefährliche Alternative der Wahl aufreden zu lassen.“*<sup>313</sup>

---

<sup>309</sup>: Text der Regierungserklärung: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Bonn 1995, S. 299.

<sup>310</sup>: Text der Regierungserklärung: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Bonn 1995, S. 299.

<sup>311</sup>: Dies wiederholte Kiesinger am 17.3.1967 in einem Informationsgespräch mit sowjetischen Journalisten im Kanzleramt in Bonn. Text des Informationsgespräches, S. 1-8, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>312</sup>: Stüwe, Klaus (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 156.

<sup>313</sup>: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 347-348.

Die Brückenfunktionssymbolik war also nicht falsch zu bewerten. Es ging Kiesinger nicht um eine Wechsellpolitik zwischen Ost und West, sondern um eine Politik, die so wie bei Adenauer und Erhard von Sicherheit und Westintegration geleitet war.

Anschließend betonte Kiesinger den Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen. Dabei könne die Bundesregierung das Verlangen Polens, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, im Blick auf das Schicksal des geteilten deutschen Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen. Doch könnten die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, erklärte Kiesinger.<sup>314</sup> Der Kanzler deutete an diesem Punkt seiner Regierungserklärung allerdings Zugeständnisse an, da diese Regelung ein von beiden Völkern gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen solle.<sup>315</sup> Auch mit der Tschechoslowakei strebe die Bundesregierung eine neue Verständigung an, versicherte der Regierungschef. Das unter Gewaltandrohung entstandene Münchener Abkommen sei nach Ansicht der Bundesregierung nicht mehr gültig.<sup>316</sup> Der Kanzler erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Obhutspflicht der Bundesregierung gegenüber den Sudetendeutschen und den anderen deutschen Ost-Vertriebenen.<sup>317</sup> Trotzdem blieb dabei in Kiesingers Regierungserklärung offen, was im Ernstfall bei der Bundesregierung vorgezogen werden würde, die Entspannungspolitik oder der deutsche Rechtsstandpunkt. Denn laut des stenographischen Berichtes des Bundestages fand der Passus zum Münchener Abkommen in Kiesingers Regierungserklärung zwar bei den sozialdemokratischen Abgeordneten große Zustimmung, aber bei den Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion wurde er kaum begrüßt.<sup>318</sup>

Kiesingers behutsame Signale in Richtung Warschau und Prag, die eine deutsche Gesprächsbereitschaft über die deutsch-polnische Grenzfrage und über die Rechts-

<sup>314</sup>: Kiesinger, Kurt Georg, Stationen 1949-1969, Tübingen 1969, S. 214-215.

<sup>315</sup>: Text der Regierungserklärung: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Bonn 1995, S. 300.

<sup>316</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>317</sup>: Die explizite Erwähnung der Obhutspflicht der Bundesregierung in der Regierungserklärung hatte der Bund der Vertriebenen am 7.12.1966 in einem Brief an Kiesinger gefordert, S. 1-4, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

<sup>318</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

gültigkeit des Münchener Abkommens aufzeigten, setzten neue Richtmarken und unterschieden sich sehr deutlich von den ostpolitischen Denkmodellen seiner Amtsvorgänger. Kiesingers Regierungserklärung wies einige ostpolitische Vorschläge vor, die weit über das hinausgingen, was die vorherigen Bundeskanzler erklärt hatten. Nie zuvor hatte eine Regierungserklärung den Willen zur Verständigung mit dem Osten so hervorgehoben wie die Kiesingers. Der Einfluss der SPD war hier unübersehbar. Der ostpolitische Kurswechsel entsprach jedoch auch den politischen Vorstellungen des Kanzlers selbst, wie er in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten am 5. Dezember 1966 im Kanzleramt deutlich gemacht hatte.<sup>319</sup> Daher wird Kanzler Kiesinger teilweise in der Forschung als Vordenker einer neuen deutschen Ostpolitik dargestellt.<sup>320</sup> Angesichts der sich seit Mitte der 1960er Jahre abzeichnenden Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion blieb Kiesinger im Grunde auch keine andere Wahl, als sich ebenfalls um eine Annäherung an den Osten zu bemühen. Ein einseitiger Konfrontationskurs und das Beharren auf Vorrangigkeit der deutschen Frage hätten die Bundesrepublik international isoliert.

Den Schluss von Kiesingers Regierungserklärung bildete die Deutschlandpolitik. Es gibt Hinweise dafür, dass Kiesinger die endgültige Ausformulierung der deutschlandpolitischen Passage seiner Regierungserklärung eher mit Wehner als mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt besprochen hatte. Denn die deutschlandpolitische Passage der Regierungserklärung entspricht fast wortgleich den Formulierungen, die Wehner bereits am 3. Dezember 1966 in einer Rundfunkansprache im RIAS verwendet hatte.<sup>321</sup> Der deutsch-

---

<sup>319</sup>: Text des Informationsgespräches, S. 1-13, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>320</sup>: Diese These vertritt zum Beispiel Kroegel, für den Kiesinger der ostpolitische und Wehner der deutschlandpolitische Vordenker der Großen Koalition gewesen war. Siehe: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 88. Der Historiker Richard Löwenthal interpretierte Kiesingers Regierungserklärung und die Ostpolitik der Großen Koalition als vorbereitende Phase der späteren "neuen Ostpolitik". Siehe: Löwenthal, Richard, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik. In: Löwenthal, Richard / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604-699, hier S. 673.

<sup>321</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 299. Und: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 145.

landpolitische Teil von Kiesingers Regierungserklärung griff auch auf Ausführungen des Christdemokraten Karl Carstens zurück. Carstens hatte am 17. Oktober 1966, damals in seiner Funktion als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in einer Aufzeichnung vor der Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik durch ihre Deutschlandpolitik gewarnt und Veränderungen dieser Politik gefordert.<sup>322</sup> Carstens hatte daraufhin am 14. November in einem Runderlass dazu gemahnt, in vertretbaren Formen bei der allgemeinen westlichen Entspannungspolitik mitzuwirken, sich ihr anzupassen und zu versuchen, sie für die Wiedervereinigung Deutschlands nutzbar zu machen.<sup>323</sup> In der Union war somit schon vor dem Regierungseintritt der SPD bemerkt worden, dass es bei der bisher praktizierten Deutschland- und Ostpolitik dringender Modifikationen bedurfte, um in der deutschen Frage wirkliche Fortschritte zu erzielen.

Dass die Deutschlandpolitik am Schluss von Kiesingers Regierungserklärung stand, war repräsentativ für den künftigen Kurs der Großen Koalition. Nicht mehr die deutsche Wiedervereinigung stand am Anfang, sondern die europäische Entspannung, die dann die deutsche Wiedervereinigung mit sich bringen würde. Diese Sicht setzte im Vergleich zu den früheren Regierungserklärungen neue Richtmarken, passte sich der veränderten Weltlage an und leitete eine zentrale Kurskorrektur in der deutschen Außenpolitik ein. Jedoch wurde der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch wie unter Adenauer und Erhard in Kiesingers Regierungserklärung aufrecht erhalten, allerdings sollten, wie Kiesinger ausführte, die Menschen in dem anderen Teil Deutschlands nicht bevormundet werden. Dadurch solle das Auseinanderleben der beiden getrennten deutschen Teile verhindert werden, so Kiesinger. Die Bundesregierung wolle entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Menschliche Erleichterungen seien das Ziel. Die menschlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands sollten deshalb mit allen Kräften gefördert werden, erläuterte Kiesinger und ergänzte ausdrücklich: *„Wo dazu die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands notwendig ist, bedeutet dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates. Wir werden diese Kontakte von Fall zu Fall so handhaben,*

---

<sup>322</sup>: Carstens' Aufzeichnung 17.10.1966: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997, S. 1374-1383, hier S. 1378-1379.

<sup>323</sup>: Carstens' Runderlass 14.11.1966: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997, S. 1516-1521, hier S. 1517.

*daß in der Weltmeinung nicht der Eindruck erweckt werden kann, als rückten wir von unserem Rechtsstandpunkt ab.*<sup>324</sup>

Die in Kiesingers Regierungserklärung angekündigten Verhandlungen zwischen den Behörden beider Teile Deutschlands markierten einen grundlegenden Wandel in der Deutschlandpolitik. Kiesinger erklärte, die Bundesregierung wolle das, was zum Wohl der Menschen im gespaltenen Deutschland möglich sei, tun und das, was notwendig sei, möglich machen. Damit machte Kiesinger deutlich, dass die Große Koalition bereit war, die vorhandenen Handlungsspielräume in der Deutschlandpolitik auszureizen. Wie die Vorgängerregierung in ihrer Politik gegenüber den osteuropäischen Staaten lockte nun die Bundesregierung gegenüber der DDR mit ökonomischen Argumenten. Die DDR solle durch eine Ausweitung des innerdeutschen Handels in die Entspannungsbestrebungen miteinbezogen werden, versprach der Kanzler.<sup>325</sup> Diese Maßnahmen in der Deutschlandpolitik waren dringend notwendig, um in den innerdeutschen Beziehungen voranzukommen und Erleichterungen für die Landsleute in der DDR zu schaffen.

Kiesingers Regierungserklärung zielte auf mehr Flexibilität zwischen den erstarrten juristischen Formeln des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs und der Nichtanerkennung der DDR ab, ohne diese jedoch in Frage zu stellen. Damit folgten die flexiblen Bestandteile dieser Regierungserklärung der Strategie, die Brandt und Bahr zu Beginn der 1960er Jahre konzipiert und dann in Berlin bei den Passierscheinverhandlungen mit den DDR-Behörden umgesetzt hatten, um die über die Bewohner der geteilten Stadt durch den Mauerbau verhängte Kontaktsperre zu überwinden und die noch

---

<sup>324</sup>: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 349. Demgemäß hatte Kiesinger sich bereits am 5.12.1966 in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt geäußert: Text des Informationsgesprächs, S. 1-13, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>325</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3664.

gemeinsame nationale Substanz zu erhalten. Die Frage, ob die Regelung der deutschen Wiedervereinigung oder die Erleichterung der Lebensbedingungen für die Menschen in der DDR vordringlicher sei und ob eine Rangfolge sinnvoll sei, hatte Wehner im Oktober 1966 in einem Interview gegenüber dem Publizisten Günter Gaus beantwortet: *„Für die Deutschen und wahrscheinlich auch für Europa wäre es am besten, wenn die Deutschen in einem vereinigten demokratischen Staat leben und ihre Verhältnisse zur übrigen Welt ordnen könnten. Das hängt aber nicht allein von unserem Willen ab, denn wann diese Einheit kommt, das bestimmen die Mächte. Ob sie kommt, und daß sie überhaupt kommt, das bestimmen wir allein. Hier haben also zwei Faktoren eine Rolle zu spielen, und weil wir die Drängenden sind, ist es unsere Sache, uns nicht selber in eine Reihenordnung einzuzwängen, die uns unfähig machen würde, auf verschiedenen Gebieten der auswärtigen wie der innerdeutschen Politik jeweils das zu tun, was den Regelungen, die längere Zeit brauchen, dienlich sein kann. Das, was heute mit dem Begriff „Erleichterungen für die Menschen im gespaltenen Deutschland“ gemeint ist, ist sicher eine Aufgabe, die man auch unter ungünstigen weltpolitischen Verhältnissen immer wieder von neuen Ansatzpunkten aus zu lösen versuchen muß.“*<sup>326</sup>

Kiesingers Regierungserklärung war der Beginn einer dreijährigen Koalition. Die Große Koalition stand unter hohem Erfolgsdruck. Dieser Druck schaffte zunächst einen oberflächlichen Konsens in der Deutschland- und Ostpolitik und unterdrückte die konzeptionellen Differenzen der Koalitionspartner. Kiesinger saß dabei zwischen zwei Stühlen: Er musste Rücksicht auf die in der CDU/CSU dominierende Kontinuität der Adenauer-Ära nehmen, und er musste zugleich der SPD entgegenkommen, die größere Schritte gehen wollte.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt verlangte am 15. Dezember 1966 in der Bundestagsaussprache über Kiesingers Regierungserklärung eine Generalprüfung der Politik. Er bemängelte, dass Kiesinger die Wahrheit über die Oder-Neiße-Grenze nicht ausgesprochen, sondern um sie herumgeredet habe. Des Weiteren vermisste Schmidt bei Kiesingers Regierungserklärung Gedanken über die künftige Verteidigungsstrategie sowie über den Auftrag der Bundeswehr.<sup>327</sup> Schmidt wies dabei auch auf das Spannungsverhältnis zwischen den Regierungsparteien hin. Doch trotz dieser Kritik bilanzierte Schmidt abschließend: *„Wir begrüßen und billigen die programmatische Regie-*

<sup>326</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 12.10.1966 zu den Gesprächen Herbert Wehner - Günter Gaus, S. 1-11, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Gesamtdeutscher Ausschuss, Ordner 3400-GA-76/279.

<sup>327</sup>: Bundestags Sitzungsprotokoll vom 15.12.1966, S. 1-99, hier S. 8: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 48.

„*regierungserklärung der neuen Bundesregierung.*“<sup>328</sup> Schmidt bezeichnete in diesem Zusammenhang Kiesingers Regierungserklärung vor allem als das erklärte Ende der alten Hallstein-Doktrin. Mit der Zielsetzung, diplomatische Beziehungen mit den osteuropäischen Nachbarstaaten aufzunehmen und die DDR - wenn auch verklausuliert - in das Gewaltverzichtsangebot einzubeziehen, sei eine neue Phase der deutschen Außenpolitik eingeleitet worden.<sup>329</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Barzel hatte in der Bundestagsaussprache am 15. Dezember auch begrüßt, dass die Regierung der Großen Koalition in den Ländern Ost- und Mitteleuropas noch besser präsent sein wolle. Er bemerkte jedoch, dass es dafür einer differenzierten Vorgehensweise bedürfe.<sup>330</sup> Es zeichneten sich somit schon hier die ersten Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionspartnern ab.

Brandt, der am 16. Dezember 1966 im Bundestag ausgeführt hatte, dass es großer Anstrengungen bedürfen werde, um die Programmatik von Kiesingers Regierungserklärung umzusetzen<sup>331</sup>, urteilte einen Tag später in einer SPD-Pressemitteilung, dass in Kiesingers Regierungserklärung auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik neue und sehr sinnvolle Akzente gesetzt worden seien.<sup>332</sup> Kiesingers Regierungserklärung hatte zwar neue Akzente gesetzt, wie weit diese aber umgesetzt werden konnten, wie weit CDU/CSU und SPD jeweils ihre Prioritäten dabei durchsetzen konnten, und wie weit dabei das Vertrauen zwischen den Koalitionspartnern reichen würde, sollte sich noch zeigen. Schmidt hatte am 20. Dezember 1968 in einem Brief an Kiesinger die Ausgangslage äußerst zutreffend beschrieben: *„Diese Koalition beruht unter anderem auf das Vertrauen, daß einer das Wort hält, das er dem anderen gegeben hat. Es gibt häufig genug Fälle, in denen es sich später als unmöglich herausstellt, das eigene Wort einzulösen, weil man dabei auch von der Zustimmung Dritter abhängig ist, dann muß man sich gegenseitig rechtzeitig reinen Wein einschenken. Soweit dies nicht geschieht, machen sich Unmut und Unlust bereit und darüber hinaus sogar auch Mißtrauen.“*<sup>333</sup>

<sup>328</sup>: Bundestagssitzung 15.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3699-3798, hier S. 3713 und 3719.

<sup>329</sup>: Lehmann, Hans Georg, *Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik*, Bonn 1984, S. 83.

<sup>330</sup>: Bundestagssitzung 15.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3699-3798, hier S. 3711.

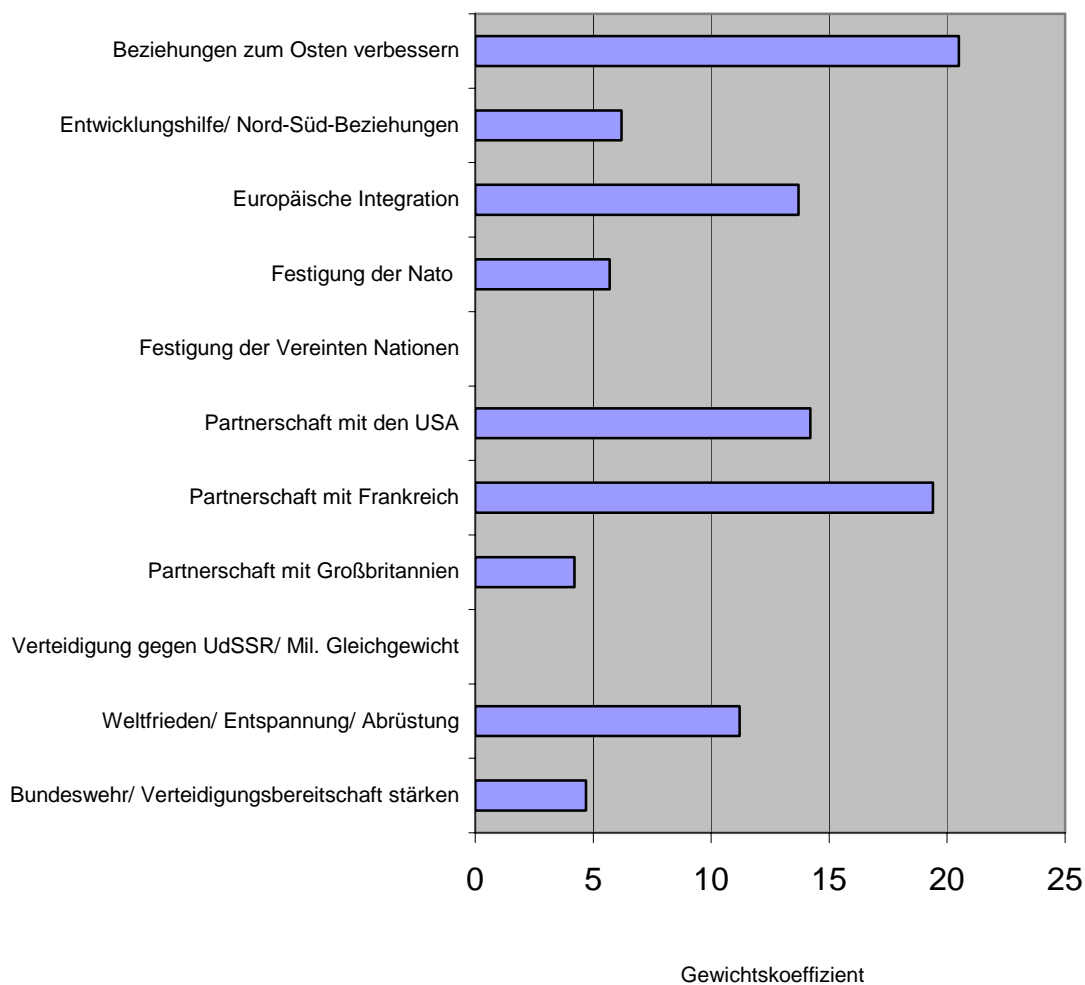
<sup>331</sup>: Bundestagssitzung 16.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3799-3903, hier S. 3857.

<sup>332</sup>: SPD-Pressemitteilung 17.12.1966, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 245.

<sup>333</sup>: Schmidt an Kiesinger 20.12.1968, S. 1-4, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 9.

Die außenpolitischen Ziele in Kiesingers Regierungserklärung sowie deren Bewertung und prozentuale Gewichtung (Gewichtskoeffizient errechnet durch die in Anspruch genommene Rede-Zeit) werden in der folgenden Graphik deutlich sichtbar:

### Kurt Georg Kiesinger (1966): Außenpolitische Ziele



Quelle: Stüwe, Klaus, Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2005, S. 278.

Mit einem Gewicht von 20,5 hatte das Ziel, die Beziehungen zum Osten zu verbessern, oberste Priorität in Kiesingers Regierungserklärung. Erst danach folgten das Bekenntnis zur Partnerschaft mit Frankreich (19,4) und den USA (14,2) sowie das Bekenntnis zur Europäischen Integration (13,7). Besonders stark hervorgehoben wurde auch die Entspannungspolitik, für die ein Gewichtskoeffizient von 11,3 errechnet wurde. Dagegen wurde die Verteidigungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion, die lange Zeit die Regierungserklärungen deutscher Bundeskanzler geprägt hatte, nicht mehr erwähnt.



### 2.3. Reaktionen in Ostberlin und Moskau auf die Regierungserklärung von Kanzler Kiesinger

Der Tocqueville-Kenner Kiesinger, genannt „*König Silberzunge*“<sup>334</sup>, war als sehr guter und belesener Redner bekannt.<sup>335</sup> Seine Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 erschien den meisten Beobachtern und im Ausland als eine sehr gelungene Präsentation seiner rhetorischen Fähigkeiten und als Einleitung eines neuen außenpolitischen Kurses der Bundesregierung. Der Historiker und Berater Kiesingers Waldemar Besson, der am 5. Dezember 1966 an Kiesinger Formulierungsvorschläge für die Regierungserklärung geschickt hatte<sup>336</sup>, betonte in seinem Anschreiben, dass in der Kanzlerschaft Kiesingers eine große Chance für die Bundesrepublik liege.<sup>337</sup> Dass Ideen und Macht zusammengehören, war Kiesinger dabei bewusst: „*Ideen ohne Macht bleiben in aller Regel jedenfalls wirkungslos, und Macht ohne Ideen hat auf Dauer zumal mit Gewißheit keinen Bestand.*“<sup>338</sup>

Nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die beteiligten Parteiführungen war das Bündnis zwischen CDU/CSU und SPD unerwartet. Die Zusammenarbeit der sich so lange als Regierung und Opposition scharf gegenüberstehenden Parteien wurde als „*Markstein der deutschen Geschichte*“<sup>339</sup>, wie es Kiesinger am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung ausgedrückt hatte, empfunden. Eine Allensbach-Meinungsumfrage in der zweiten Hälfte des Februars 1967 zeigte, dass die Befragten zu 69 Prozent mit der Politik von Kanzler Kiesinger einverstanden waren. Dies war der höchste Grad der Zustimmung für die Arbeit eines deutschen Bundeskanzlers, der seit Beginn der demoskopischen Beobachtungen im Jahr 1950 gemessen worden war.<sup>340</sup>

Im Ausland wurde begrüßt, dass sich Kiesingers Regierungserklärung auf einer anderen gedanklichen und sprachlichen Ebene bewegte als die seiner Vorgänger Erhard und

<sup>334</sup>: Nachzulesen in „Der Zeit“ vom 15.3.1968. Kroegel bezeichnet Kiesinger als „*politisch Intellektuellen*“ und als „*Homme de lettres*“. Siehe: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 8. Siehe dazu auch: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 107.

<sup>335</sup>: Siehe dazu ein Interview mit Kiesinger am 14.3.1967 im Kanzleramt, wo er über seine Literaturvorlieben Auskunft gibt. Text des Interviews, S. 1-8, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>336</sup>: Besson an Kiesinger 5.12.1966, S. 1-7: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304. Siehe auch: Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

<sup>337</sup>: Besson an Kiesinger 5.12.1966: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

<sup>338</sup>: Kiesinger, Kurt Georg, Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen, Tübingen 1964, S. 31.

<sup>339</sup>: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Die große Koalition 1966-1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, Stuttgart 1979, S. 15.

<sup>340</sup>: Die Unterlagen dazu liegen vor bei: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 103: S. 1-59, hier S. 2.

Adenauer. Der deutsche Botschafter in den USA, Heinrich Knapstein, berichtete am 16. Dezember 1966 in einem Brief an Brandt, dass man in Washington wieder einen deutschen außenpolitischen Willen spüre.<sup>341</sup> Einen Tag später bilanzierte Brandt in einer Rede: *„Das Ausland, davon konnte ich mich in den letzten Tagen überzeugen, hat im großen und ganzen erkannt, daß es sich bei der neuen Politik nicht um einen Abklatsch der alten handeln wird.“*<sup>342</sup> Über die Stimmungen und Hoffnungen der Bevölkerung in der DDR lagen während der Großen Koalition keine repräsentativen und zuverlässigen Untersuchungen vor.<sup>343</sup> Die Berichte des Bundesnachrichtendienstes waren allgemein gehalten und boten wenige konkrete Angaben, so dass sie in dieser Beziehung kaum verwendet werden konnten.

Für das DDR-Regime war die in Kiesingers Regierungserklärung aufgezeigte Strategie der Bundesregierung, Nichtanerkennung der DDR bei gleichzeitiger aktiver Ostpolitik, nicht unbrisant.<sup>344</sup> Hatte die Bundesregierung Erhard die DDR in ihrer Friedensnote noch ausgeklammert, wurde der DDR nun, wenn auch indirekt formuliert, ein Gewaltverzicht offeriert. Darüber hinaus verkündete Kiesinger die Bereitschaft der Bundesregierung zu Behördenkontakten mit dem anderen Teil Deutschlands. Damit war der Versuch einer Isolierung der DDR augenscheinlich aufgegeben. Die Beunruhigung der DDR-Führung wurde durch verschiedene Signale aus anderen sozialistischen Staaten noch weiter gesteigert, denn Staaten wie Ungarn, Bulgarien oder Rumänien, die mit der Bundesrepublik keine territorialen Probleme hatten, sahen nun die Möglichkeit, ihre Beziehungen zu Bonn zu normalisieren.<sup>345</sup> Die DDR reagierte hierauf mit einer Verschärfung ihrer Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik.<sup>346</sup>

Tatsächlich lässt sich an Kiesingers Regierungserklärung der Versuch erkennen, durch eine Annäherung an die osteuropäischen Staaten diese Länder von der DDR zu entfremden, woraus sich die abwehrende Haltung des SED-Regimes erklären lässt. Die Politik der verstärkten Kontakte mit der DDR, die Herstellung von diplomatischen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und die dadurch eingeleitete Entspannungspolitik sollten das SED-Regime vor die Wahl stellen, entweder auf die international spürbare Entspannungspolitik einzugehen oder sich selbst als letzten stalinistischen Überrest im

<sup>341</sup>: Knapstein an Brandt 16.12.1966, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 32-A.

<sup>342</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-30, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 245.

<sup>343</sup>: Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen im Jahr 1967 angefertigte Analyse zur Stimmung in der DDR-Bevölkerung, S. 1-6, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>344</sup>: Presseagenturmeldung vom 24.1.1967: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1966/67.

<sup>345</sup>: Materialsammlung *„Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“* vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 49: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>346</sup>: Birrenbach, Kurt, *Aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik*. In: Europa-Archiv, Band 3, 1967, S. 267-278, hier S. 275.

Osten zu demaskieren. Durch das Bemühen der Bundesregierung, in der deutschen Frage voranzukommen, wurde die SED gezwungen, ihre politischen Vorstellungen klarer und damit direkter zu formulieren. Diese Bemühungen der Großen Koalition wurden von der SED von Anfang an bekämpft. Die Agitation der SED gegen Kanzler Kiesinger und die Minister Brandt, Wehner, Schiller und Strauß wurde erheblich verstärkt. Aus einem Bericht des BND vom 18. Oktober 1967 geht hervor, dass das SED-Zentralkomitee am 5. Oktober folgende Instruktionen an die DDR-Presse gegeben hatte: *„Gegen Bundeskanzler Kiesinger ist scharf zu polemisieren. ... Die Angriffe gegen Staatssekretär Schütz und Außenminister Brandt sind fortzuführen.“*<sup>347</sup>

Der DDR-Staatschef Walter Ulbricht<sup>348</sup> und das SED-Regime hatten bereits vor Kiesingers Wahl zum Kanzler eine große Kampagne eingeleitet, die Kiesinger persönlich mit allen Instrumenten politischer Verleumdung diskreditieren und als „alten Nazi“ abstempeln sollte.<sup>349</sup> Der Ostberliner Bürgermeister Friedrich Ebert junior erklärte als Sprecher der SED auf dem ungarischen KP-Kongress Anfang Dezember 1966 in Budapest: *„Durch den gemeinsamen Rechtskurs, auf den sich jetzt Strauß und Wehner geeinigt haben, wird sich die Lage in Deutschland und Europa weiter verschärfen. ... Willy Brandt wird auch als Vizekanzler nichts anderes sein als das rosenrote Feigenblatt, mit dem der Nazi Kiesinger seine braune Blöße zu verhüllen versucht.“*<sup>350</sup> Albert Norden, von 1958 bis 1981 Mitglied des Politbüros des SED-Zentralkomitees und Abgeordneter der DDR-Volkskammer, behauptete Ende Dezember auf einer internationalen Pressekonferenz in Ostberlin, dass die Große Koalition in Bonn die demokratischen Kräfte lähmen und dem Militarismus neuen Auftrieb geben werde.<sup>351</sup> Diese negative Bewertung der Großen Koalition wurde während der Jahre 1966-1969 kontinuierlich vom SED-Regime fortgeführt.<sup>352</sup>

Wehner kritisierte im Januar 1967 in einer Rundfunkansprache die abstoßende Art, in der Ulbricht seine dialektischen Hindernisse gegen die Bemühungen um ein geordnetes Nebeneinanderleben im gespaltenen Deutschland vorbringe. Die Haltung der SED könne manchen entmutigen. Andererseits bereite Ulbrichts Ablehnung aller positiven Vorschläge aus dem Westen jenen große Genugtuung, die es am liebsten sehen würden,

<sup>347</sup>: BND-Bericht 18.10.1967: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-425.

<sup>348</sup>: Siehe zu Ulbricht die umfangreiche Biographie: Frank, Mario, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, München 2000.

<sup>349</sup>: Zeitungsrückblick vom 30.6.1967: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1966/67.

<sup>350</sup>: Auslandsecho zur Wahl Kiesingers zum Kanzler, S. 1-11, hier S. 11 (Presseagenturmeldung vom 1.12.1966): ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

<sup>351</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 49: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>352</sup>: Wetting, Gerhard, Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschlandfrage 1965-1976. Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager, Stuttgart 1976, S. 41-44.

wenn im gespaltenen Deutschland die Bunker des Kalten Krieges wieder voll in Betrieb genommen würden. Die Art des Umgangs, sich gegenseitig im gespaltenen Deutschland nur mit Beschuldigungen zu traktieren, passe aber gar nicht in die europäische Landschaft der Gegenwart, erklärte Wehner. In diesem Zusammenhang wandte er sich scharf gegen die Behauptung, die Bundesregierung habe Aggressionspläne gegen die DDR und andere sozialistische Staaten.<sup>353</sup> Kanzler Kiesinger unterstrich am 20. Februar 1968 auf einer Sitzung des CDU-Bundesausschusses deutlich, dass er sich durch die permanenten Verleumdungen von Seiten Ostberlins nicht in seiner Politik beirren lassen werde.<sup>354</sup>

Die Reaktionen Moskaus, Osteuropas und der DDR auf die neue Regierungskoalition in Bonn und ihr Programm ließen sich zunächst nicht auf einen Nenner bringen.<sup>355</sup> Dieser Sachverhalt machte deutlich, dass die Meinungsbildung über Deutschland nicht mehr so leicht für den ganzen Ostblock von einer Zentralstelle aus bestimmt werden konnte. In Moskau hatte es zeitweilig hohe Erwartungen an den Reformwillen der Großen Koalition, die an die Person Brandts geknüpft waren, gegeben. Moskau erwartete eine deutsche Neuorientierung im Verhältnis zum Osten. Bereits das erste Gespräch zwischen Brandt und dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Semjon Zarapkin, am 8. Dezember 1966 war sehr konstruktiv verlaufen. Beide hatten ihr Verlangen nach einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen geäußert. Übereinstimmung hatte darin bestanden, die unterbrochenen deutsch-sowjetischen Gespräche über ein Handelsabkommen sowie über einen Gewaltverzicht wieder aufzunehmen. Gegen den von Brandt geäußerten Wunsch nach einer Normalisierung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten hatte Zarapkin keine Einwände. Differenzen hatte es allerdings in der nuklearen Frage gegeben. In der deutschen Frage hatten beide ihre gegensätzlichen Standpunkte wiederholt.<sup>356</sup> Zwar beharrte Moskau gegenüber der Bundesregierung auch weiterhin auf der bundesdeutschen Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze sowie auf der Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs, allerdings fehlten diesen sowjetischen Forderungen die gewohnten Anklagen gegen den bundesdeutschen "Revanchismus" und "Neonazismus".

Kiesingers Regierungserklärung hatte mit ihren auf Verständigung ausgerichteten Signalen und dem Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den osteuro-

<sup>353</sup>: "Die Welt" vom 9.1.1967: ACSP, Sachakten der CSU zur Deutschlandpolitik V. WP, Ordner 170.

<sup>354</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 20.2.1968: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1966/67.

<sup>355</sup>: "Die Welt" vom 28.12.1966: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>356</sup>: Niederschrift des Gesprächs: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997, S. 1615-1618.

päischen Staaten neue Richtmarken gewiesen. Noch nie war der Sowjetunion in einer Antrittsrede eines Bundeskanzlers soviel Aufmerksamkeit eingeräumt worden. Kiesingers Regierungserklärung wurde in Moskau zunächst mit Interesse wahrgenommen. Der deutsche Botschafter in Moskau, von Walther, schrieb am 29. Dezember 1966 in einem Bericht für das Auswärtige Amt, dass für den stellvertretenden sowjetischen Außenminister Semjonow Kiesingers Regierungserklärung in der Form konzilianter und milder sei als das, was man bisher aus Bonn gehört habe.<sup>357</sup>

Die Tatsache, dass das SED-Regime und der Kreml trotz des anfänglichen Dissenses in der Wahrnehmung der Großen Koalition letztendlich doch noch auf eine gemeinsame, wenn auch negative Basis kamen, darf nicht zu dem Urteil führen, dass dieses Einvernehmen auf gleicher Motivation gründete. Der Wechsel Dissens-Konsens ist vor allem aus folgenden Gründen entstanden: Moskau erhoffte sich von der Großen Koalition im Einklang mit seiner Strategie der Schwächung des NATO-Bündnisses eine Neugestaltung des Verhältnisses der Bundesrepublik zur NATO. Zumindest wollte der Kreml abwarten, wie sich die Bundesregierung in dieser Frage verhalten werde, um zu verhindern, durch vorschnelle sowjetische Angriffe einen Solidarisierungseffekt im westlichen Block hervorzurufen. Das wird dadurch deutlich, dass der Umschwung der sowjetischen Propaganda von einer sehr behutsamen Begrüßung zu einer massiven Ablehnung der Großen Koalition erst begann, nachdem die Bundesregierung ihre Treue zur NATO deutlich gemacht hatte. Als sich der Kreml der möglichen Konsequenzen der in Kiesingers Regierungserklärung erläuterten deutschen Ostpolitik bewusst wurde, verstärkte er die Angriffe gegen die Große Koalition nochmals, denn der Kreml hatte erkannt, dass die Bundesrepublik ihre Position durch eine erfolgreiche Ostpolitik in Osteuropa deutlich verbessern könnte, während die DDR im Westeuropa weiterhin isoliert bliebe. Bundesdeutsche Rechtsansprüche wären dagegen gewahrt geblieben. Der Verzicht auf Anwendung von Gewalt würde die Friedfertigkeit der Bundesrepublik demonstrieren und damit Moskau ein zentrales Propagandainstrument wegnehmen, welches auch dazu fungierte, die Warschauer Pakt-Staaten an die Sowjetunion zu binden.

Als die Attacken aus Moskau heftiger wurden, zeigte sich Kiesinger am 5. Januar 1967 auf einer CDU-Präsidiumssitzung skeptisch über die Erfolgchancen der Ostpolitik der

---

<sup>357</sup>: Von Walthers Bericht 29.12.1966: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997, S. 1712-1719, hier S. 1712.

Großen Koalition und sagte, es bestehe die Gefahr, dass die Ostblockstaaten einen Sperrriegel errichten und in einer gemeinsamen Aktion unerfüllbare Bedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stellen könnten.<sup>358</sup> Mit der Karlsbader Konferenz sollten sich schon bald diese Befürchtungen bewahrheiten. Denn wie in Kapitel 3.2.1. noch ausführlich diskutiert wird, wurden auf der Karlsbader Konferenz im April 1967 von der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten kaum aufzubrechende politische Barrieren gegenüber der Bundesrepublik aufgebaut. Trotzdem bemerkte Brandt am 2. Mai 1967 auf einer Pressekonferenz: *„Wir sind überhaupt nicht entmutigt durch das, was wir in den vergangenen Monaten erfahren haben, sondern wir sind unbeirrt dabei, das Wirklichkeit werden zu lassen, wovon wir in unserer Regierungserklärung gesprochen haben. Ich glaube, man kann sogar sagen, daß eine als defensiv empfundene Phase unserer Ostpolitik zu Ende geht.“*<sup>359</sup>

#### **2.4. Die Deutschland- und Ostpolitik unter Berücksichtigung der besonderen Machtkonstellation einer Großen Koalition: Der Kreßbronner Kreis**

*„Wir bestimmen nicht allein die Richtlinien der Politik. Die SPD verfügt eben nur über 40 Prozent der Mandate im Bundestag, und wir stellen nicht den Kanzler. Umgekehrt kann der Kanzler nicht gegen die SPD regieren.“*

Willy Brandt<sup>360</sup>

Bis zur Bildung der aktuellen zweiten Großen Koalition in der Bundesrepublik wurde die erste Große Koalition von 1966-1969 immer wieder in den Vordergrund gestellt, wenn die politischen Handlungsmöglichkeiten einer Konsensdemokratie herausgearbeitet werden sollten. Dabei wurde untersucht, wie groß zwischen CDU/CSU und SPD der Handlungsspielraum zwischen Einvernehmen und Konflikt gewesen war und wo die Grenzen für eine Verständigung gesetzt waren.<sup>361</sup> Die These, dass der Konsens von CDU/CSU und SPD keine notwendige Bedingung für die politische Handlungs-

<sup>358</sup>: Vermerk Barzels zu dieser CDU-Präsidiumssitzung am 5.1.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-344. Die vollständige CDU-Präsidiumssitzung ist nachzuvollziehen bei: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-8, hier S. 3.

<sup>359</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-22, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>360</sup>: Zitat Brandt am 21.3.1968 in einer Rede auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg, abgedruckt in der SPD-Zeitschrift *„Tatsachen-Argumente“*, Nr. 238, 1968, S. 1-31, hier S. 28: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 273.

<sup>361</sup>: So zum Beispiel bei: Knorr, Heribert, *Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition*, Meisenheim am Glan 1975.

fähigkeit der Bundesrepublik ist, lässt sich durch viele umkämpfte Entscheidungsprozesse in der Historie der Bundesrepublik, bei denen sich CDU/CSU und SPD nahezu feindlich gegenüberstanden, verifizieren. Am Beispiel der ersten Großen Koalition kann aber auch demonstriert werden, wie weit grundsätzliche Gemeinsamkeiten und Pragmatismus eine ertragreiche Kooperation zwischen CDU/CSU und SPD ermöglichten, sogar in Zeiten des gegenseitigen „*Mißvergnügens*“<sup>362</sup>.

Wie es sich mit der Politik der aktuellen Großen Koalition und ihrer Bilanzierung verhält, wird sicherlich noch ausreichend erforscht werden, spätestens dann, wenn sich die Große Koalition wieder auflöst, und eine neue Regierungskonstellation entsteht. Es kann jedoch jetzt schon festgehalten werden, dass die Rahmenbedingungen und Akteure der ersten und zweiten Großen Koalition sehr gegensätzlich waren. Die SPD hat mittlerweile ihre Regierungsfähigkeit bewiesen, und die CDU/CSU hat während ihrer Oppositionszeit 1998-2005 zumindest zum Teil einen personellen und programmatischen Wandlungsprozess durchgeführt. Während CDU/CSU und SPD Mitte der 1960er Jahre noch sehr unterschiedlich waren, ist inzwischen eine spürbare ideologische Annäherung zu verzeichnen. Wie weit eine Annäherung und ein Konsens zwischen CDU/CSU und SPD in der Deutschland- und Ostpolitik während der gemeinsamen Regierungszeit in den Jahren 1966-69 möglich waren, wird sich im Verlaufe dieser Arbeit noch zeigen.

Kiesinger und andere Unionspolitiker waren schon länger der Überzeugung, dass in der bisherigen Deutschland- und Ostpolitik nicht die grundsätzlichen Ziele, aber die Instrumente gewandelt werden müssten. Die SPD forderte schon lange eine flexiblere Ostpolitik und die Erzielung eines besseren Verhältnisses zu den Staaten im Osten. Eine Einigung zwischen den Parteiführungsspitzen von CDU/CSU und SPD war in diesem zentralen Bereich zunächst möglich gewesen. Auf Grund der hohen Geschwindigkeit, welche die SPD in der Deutschland- und Ostpolitik vorlegte, war Kanzler Kiesinger jedoch oftmals gezwungen, zwischen CDU/CSU und SPD hin und her zu lavieren und eine moderierende Funktion einzunehmen. Denn im Regierungskabinett der Großen Koalition, das an Talenten kaum zu übertreffen war, musste sich der Regierungsstil auf Grund der gewandelten Machtkonstellation zwangsläufig drastisch ändern. Eine Kanzlerdemokratie wie unter Adenauer ließ sich in der Großen Koalition nicht realisieren, einen Volkskanzler über den Parteien hätten die Sozialdemokraten sicherlich nicht akzeptiert. Auch gab es viele Stimmen in der Union, die davor warnten,

---

<sup>362</sup>: Zitat des CDU-Parlamentariers Heinrich Krone in seiner Aufzeichnung vom 28.12.1968. Siehe: Krone, Heinrich, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969. In: Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hrsg.), Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134-201, hier S. 200.

wieder eine Kanzlerpartei zu werden.<sup>363</sup> Darüber hinaus glich Kiesingers persönliche Erscheinung eher der eines Gelehrten als der eines resoluten Machtkanzlers.<sup>364</sup>

Schmidt hatte am 26. November 1966 auf einer SPD-Fraktionssitzung erklärt, dass man die Richtlinienkompetenz des Kanzlers innerhalb einer großen Koalition nicht überschätzen solle, es gebe keine Richtlinien gegen Brandt und Wehner.<sup>365</sup> Barzel forderte die „*Herren der SPD*“<sup>366</sup> mehrmals auf, nicht zu erklären, dass es in einer Regierung, an der die SPD beteiligt sei, keine Richtlinienkompetenz des Kanzlers gebe.<sup>367</sup> Im Juni 1967 gab es wegen der Richtlinienkompetenz Streit zwischen Kiesinger und Brandt. Kiesinger beklagte sich in einem Brief an Brandt über Gerhard Jahn, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der behauptet hatte, dass in der Regierung der Großen Koalition die Richtlinienkompetenz des Kanzlers nur für die Minister seiner eigenen Partei Geltung habe. Die sozialdemokratischen Minister könne der Kanzler nicht anweisen, sondern nur in Übereinstimmung mit ihnen regieren, hatte Jahn gemeint.<sup>368</sup> Jahn erklärte am 27. Juni in einer schriftlichen Stellungnahme für Brandt, die Brandt an Kiesinger weiterleitete, dass selbstverständlich die Regelung des Grundgesetzes über die Richtlinienkompetenz unverändert und unberührbar bleibe. Jedoch sei die politische Grundlage, von der aus die Richtlinienkompetenz ausgeübt werde, verschieden, je nach der politischen Zusammensetzung der Regierung.<sup>369</sup>

In der Tat, von Beginn an war sichtbar, dass in der Großen Koalition eine Regierungstechnik angewandt werden musste, in der die Richtlinienkompetenz des Kanzlers weniger Einfluss hatte als zu Adenauers Zeiten. Kiesingers Macht, so schreibt auch Schmoeckel, war in dieser Hinsicht begrenzt.<sup>370</sup> Kiesinger konnte mit der im Grundgesetz festgelegten Richtlinienkompetenz nicht wie Adenauer arbeiten, um in Konfliktfällen Entscheidungen durchzusetzen oder die Koalition zu disziplinieren. In einer

---

<sup>363</sup>: So zum Beispiel der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann in einer von ihm am 29.8.1967 fertig gestellten Arbeitsunterlage mit dem Titel „Gedanken über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode“, S. 1-28, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-006.

<sup>364</sup>: Siehe dazu: Haungs, Peter, Kanzlerdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer bis Kohl. In: Zeitschrift für Politik, Band 33, 1986, S. 44-66. / Jaeger, Wolfgang, Von der Kanzlerdemokratie zur Koordinationsdemokratie. In: Zeitschrift für Politik, Band 35, 1988, S. 15-32.

<sup>365</sup>: SPD-Fraktionssitzung 26.11.1966: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Potthoff, 2. Halbband: 73.-167. Sitzung. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8/III: Deutschland seit 1945, Düsseldorf 1993, S. 1029-1070, hier S. 1053.

<sup>366</sup>: Zitat Barzel am 13.8.1969 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises. Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>367</sup>: So zum Beispiel am 13.8.1969 auf der Sitzung des Kreißbronner Kreises. Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>368</sup>: Kiesinger an Brandt Juni 1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>369</sup>: Jahn an Brandt 27.6.1967, S. 1-3, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>370</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 106.



Koalition zweier nahezu gleich starker Partner ließ sich der rechtliche Rahmen der Richtlinienkompetenz nur für den Bereich nutzen, in dem es um den Informationsanspruch des Kanzlers durch die einzelnen Ressorts und um seine Vermittlungs- und Koordinationsfunktion im Kabinett ging. Die in der Richtlinienkompetenz enthaltenen Sanktionsmittel gegen Kabinettsmitglieder waren nicht einsetzbar. Für die Absetzung von Ministern wurde die Zustimmung der betroffenen Partei benötigt, die bei neuen Ernennungen nach Ministerrücktritten auch den Kandidatenvorschlag machen durfte.<sup>371</sup> Das im Grundgesetz verankerte Instrument, die Abgeordneten der Koalition mit der Vertrauensfrage zur Raison zu rufen, war unter diesen Mehrheitsverhältnissen ebenfalls ein wirkungsloses Mittel für den Kanzler. Kiesinger musste daher eine Regierungstechnik anwenden, in der das Ressortprinzip und das Kollegialprinzip dem Kanzlerprinzip nicht prinzipiell nachgeordnet sein konnten, sondern mit diesem auszubalancieren waren. Die Große Koalition löste damit die Kanzlerdemokratie in der Bundesrepublik ab, und an ihrer Stelle wurde der Typus der kooperativen Verhandlungsdemokratie eingeführt, ein "Government by discussion".

Die „*gewisse Schwächung*“ der Autorität des Kanzlers, die der stellvertretende Regierungssprecher Conrad Ahlers am 30. Dezember 1968 in einem Brief an Kiesinger hervorhob<sup>372</sup>, war ein Resultat der besonderen Machtkonstellation der Großen Koalition. Kiesinger wusste, dass er nur als Kanzler des Konsens` erfolgreich agieren konnte, auch wenn diese Haltung ihn oftmals dazu zwang, zwischen seiner persönlichen Überzeugung und koalitionspolitischem Pragmatismus hin und her zu lavieren. Dafür bedurfte es einer neuen Regierungstechnik, der Kanzler hatte die Funktion eines „*Moderator Germaniae*“<sup>373</sup>, eines Vermittlers zwischen den beiden großen deutschen Volksparteien zu erfüllen. Der Kanzler selbst war damit weitgehend in die Rolle eines „*Chairman*“<sup>374</sup> versetzt, der oftmals die Konflikte vermeiden sowie Entscheidungen

---

<sup>371</sup>: Die SPD nominierte zum Beispiel im Oktober 1968 Erhard Eppler als Nachfolger von Hans-Jürgen Wischniewski, obwohl die Union starken Widerstand gegen die Ernennung Epplers zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit geleistet hatte.

<sup>372</sup>: Ahlers an Kiesinger 30.12.1968, S. 1-6, hier S. 1: ACDP Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>373</sup>: Harpprecht, Klaus, *Moderator Germaniae*. Ein Porträt Kurt Georg Kiesingers. In: *Der Monat*, Heft 222, März 1967, S. 7-14.

<sup>374</sup>: Bracher, Karl Dietrich, *Die Kanzlerdemokratie*. In: Löwenthal, Richard / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 179-202, hier S. 199.

aufschieben und ausklammern musste. Die Problemstellungen, die im politischen Entscheidungsfindungsprozess nicht einvernehmlich zu klären waren, wurden für die Große Koalition zu einem existenziellen Problem. Daher mussten solche Probleme, solange am Fortbestand dieser Koalition festgehalten werden sollte, ausgeklammert werden. Der Vorwurf des Ausklammerns, mit dem Kiesinger mehrmals konfrontiert wurde<sup>375</sup>, definierte somit eine Technik zur Erhaltung und Stabilisierung der Großen Koalition. Barzel konstatierte in diesem Zusammenhang am 25. April 1969 im Bundestag, dass Koalition auch bedeute, einmal etwas nicht auszusprechen. Deshalb habe es bisher doch gut funktioniert.<sup>376</sup> Jedoch veranschaulicht die sehr spannungsreiche und mit vielen Konflikten beladene Historie dieser Regierungskonstellation auch, weshalb Konflikte in einer von Konkurrenz geprägten parlamentarischen Demokratie nicht langfristig ausgeklammert werden können.

In der Großen Koalition war es viel schwieriger als in anders konstruierten Regierungsbündnissen, durch Mehrheitsbeschlüsse Entscheidungen zu erzielen. Daher musste Kiesinger zwangsläufig zwischen CDU/CSU und SPD moderieren und nach Kompromissen suchen, was sich oft als sehr kompliziert erwies.<sup>377</sup> Kiesinger erklärte bereits am 5. Dezember in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt, dass die Bildung der Großen Koalition besonders in der deutschen Frage ein Kompromiss sei.<sup>378</sup> Barzel prophezeite später: *„Es wird auch zum politischen Alltag gehören, mittelschwere Kröten in verzuckerter Form zu fressen, damit wir miteinander leben können.“*<sup>379</sup> Bahr erklärte in diesem Zusammenhang in einer undatierten Rede vor dem SPD-Parteirat: *„Unsere Partei wird bei diesen Entscheidungen, auch für die Öffentlichkeit sichtbar, beweisen können, daß in wesentlichen Fragen sich die SPD durchsetzt, daß sie bestimmender Faktor ist. Daß sie nicht überstimbar ist, daß es keine*

<sup>375</sup>: Zum Beispiel bezeichnete der „Spiegel“ im April 1969 Kiesinger in seiner Funktion als Kanzler als „Ausklammerungsartisten“. Der „Spiegel“-Artikel liegt vor bei: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-81.

<sup>376</sup>: Bundestagssitzung 25.4.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 12623-12698, Barzel S. 12671-12677, hier S. 12671.

<sup>377</sup>: Zu den Schwierigkeiten der Amtsführung bei Bundeskanzler Kiesinger und der aktuellen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) siehe den umfassenden Vergleich bei: Niclaß, Karlheinz, Kiesinger und Merkel in der Großen Koalition. Nachzulesen im Internet-Angebot der Zeitschrift „Das Parlament“ mit der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“, (Nr. 16 / 14.04.2008), hrsgg. vom Deutschen Bundestag und der Bundeszentrale für politische Bildung. Siehe: <http://www.Bundestag.de/dasparlament/2008/16/Beilage/001.html> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 17:15 Uhr]. Zur allgemeine Regierungspraxis der ersten Großen Koalition siehe die quellennahe Untersuchung: Eichhorn, Joachim Samuel, Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966-1969). In: Studien zur Zeitgeschichte, Band 79, München 2009. Eichhorn ist eine präzise und differenzierte Beschreibung der Entscheidungsprozesse während der Großen Koalition gelungen.

<sup>378</sup>: Text des Informationsgesprächs, S. 1-13, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>379</sup>: Zitat Barzel am 14.1.1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/2: S. 1-16, hier S. 1.

*Lösung gegen sie geben kann. Das gilt natürlich auch für die CDU uns gegenüber im umgekehrten Sinne. Wir werden also zu einem Kompromiß kommen müssen.*<sup>380</sup> Brandt führte in der SPD-Zeitung „Vorwärts“ vom 9. Dezember 1968 aus, dass Koalition auch bedeute, Kompromisse zu schließen, und Kompromisse gehörten, ob in der Regierung oder nicht, zum Wesen der Demokratie.<sup>381</sup>

Kiesinger musste zwangsläufig ein, wie es Conrad Ahlers ausgedrückt hat, „*wandelnder Vermittlungsausschuß*“<sup>382</sup> zwischen CDU/CSU und SPD werden. Kiesinger hob am 17. November 1980 rückblickend in einem Interview diese von Ahlers ersonnene Bezeichnung zustimmend hervor.<sup>383</sup> Er resümierte, dass Ahlers dies bestimmt nicht negativ gemeint habe. Kiesinger erklärte zu seinem Regierungsstil, er habe ganz bewusst vermieden, dass es zu Abstimmungen gekommen sei, wo die Union auf der einen und die SPD im Gegenblock auf der anderen Seite gestanden hätten. Eine Frontstellung der Regierungsparteien wäre Sprengstoff für diese Koalition gewesen. Deshalb habe er nur durch Überzeugungsarbeit und durch fortwährende Gespräche versuchen können, die unterschiedlichen Standpunkte zusammenzuführen.<sup>384</sup>

Seine Rolle als Vermittler zwischen den Koalitionsparteien hatte Kanzler Kiesinger vor allem seiner eigenen Partei plausibel machen müssen. Denn bereits am 21. Dezember 1966 hatte der CDU-Parlamentarier Kurt Schmücker, der unter Kanzler Erhard Bundeswirtschaftsminister gewesen war, in einem Brief an Barzel vorgeschlagen, einen festen Kreis zu bilden, denn noch sehe er nicht, wie vor allen Dingen die Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Partei überwunden werden könnten. Die Richtungskämpfe seien größer, als Kiesinger vermute, schrieb Schmücker.<sup>385</sup> Für die Union war es nicht leicht, sich auf die für sie neue Begebenheit einzustellen, in der sie einen Kanzler stellte, der nur auf eine eingeschränkte Richtlinienkompetenz zurückgreifen konnte. Darüber hinaus erschwerten die internen Richtungskämpfe in der Union sowie das Bestreben der Union, ein eigenständiges Profil beizubehalten und dieses konsequent von der SPD

<sup>380</sup>: Bahrs Redemanuskript, S. 1-8, hier S. 4: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>381</sup>: „Vorwärts“-Artikel 9.12.1968, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 293.

<sup>382</sup>: Zitat Ahlers, nachzulesen bei: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975, S. 219.

<sup>383</sup>: Schmoeckel behauptet, dass Kiesinger Ahlers Bezeichnung stets als „*Ehrentitel*“ aufgefasst habe. Siehe: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 95.

<sup>384</sup>: Text des Interviews, S. 1-20, hier S. 3-4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00305.

<sup>385</sup>: Schmücker an Barzel 21.12.1966: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

abzugrenzen, die Arbeit für Kanzler Kiesinger. Er warnte daher am 3. März 1967 auf einer CDU-Präsidiumssitzung eindringlich vor dem Bemühen, sich um jeden Preis von der SPD zu unterscheiden. Die CDU müsse vielmehr das Regierungsprogramm zu ihrem Programm machen und es mit Geschlossenheit vor der Öffentlichkeit vertreten.<sup>386</sup>

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Olaf von Wrangel hielt am 27. November 1968 in seiner Aufzeichnung mit dem Titel "Grundsätze unserer Deutschlandpolitik" fest, dass die CDU/CSU nicht den Eindruck erwecken dürfe, als würde sie unwillig und unlustig einer scheinbar avantgardistischen Deutschlandpolitik anderer Parteien folgen. Sie müsse sichtbar machen, wo sie selber dynamisch sein wolle und wo sie zu bremsen gedenke.<sup>387</sup>

Um Spannungen und Konflikte zwischen der CDU/CSU und der SPD abzubauen und Kompromisse zu finden, wurde im August 1967 der Kreßbronner Kreis eingerichtet. Dieser Kreis war ein informeller Koalitionsausschuss zur Stabilisierung der Großen Koalition. Kiesinger teilte am 22. August Brandt in einem Brief mit, dass er sich in den nächsten beiden Wochen noch im Urlaub in Kreßbronn am Bodensee befinde und dort auch eine Aussprache mit Wehner am 29. August eingeplant sei. Zu dieser Aussprache lud Kiesinger auch Brandt ein, vor allem um die Deutschland- und Ostpolitik zu besprechen.<sup>388</sup> Kiesinger lud am 22. August auch Schmidt zu dieser Aussprache nach Kreßbronn ein.<sup>389</sup> In Kreßbronn einigte man sich darauf, regelmäßig informelle Treffen abzuhalten, auf denen die Regierungspolitik besprochen werden sollte.

Brandt berichtete am 30. August 1967 auf einer SPD-Präsidiumssitzung, dass die Vorsitzenden der Koalitionsparteien, einige Minister und die Fraktionsvorsitzenden an solchen Gesprächen teilnehmen sollten, ohne dass diese Zusammentreffen den Eindruck erweckten, dass es sich um einen Koalitionsausschuss handele.<sup>390</sup> Damit waren die Teilnehmer am Kreßbronner Kreis festgelegt: Kiesinger, Strauß, Brandt, Wehner, Barzel und Schmidt. Kroegels Aussage, dass Barzel und Schmidt erst viel später in den Kreßbronner Kreis miteinbezogen worden seien, ist damit falsch.<sup>391</sup> Ab Januar 1968 tagte der Kreis regelmäßig dienstags und hieß daher auch "Dienstagskreis"<sup>392</sup>. Die

<sup>386</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 3.3.1967: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1401: S. 1-5, hier S. 1.

<sup>387</sup>: Von Wrangels Aufzeichnung 27.11.1968, S. 1-8, hier S. 1-2: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-202/2.

<sup>388</sup>: Kiesinger an Brandt 22.8.1967, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>389</sup>: Vermerk von Schmidts Büro: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5078.

<sup>390</sup>: SPD-Präsidiumssitzung 30.8.1967: AdsD, Protokolle des SDP-Präsidiums V. WP: S. 1-15, hier S. 2.

<sup>391</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 97.

<sup>392</sup>: Siehe dazu: Carstens, Karl, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsgg. von Kai Jena und Reinhard Schmoeckel, (Schriften des Bundesarchivs: Band 44), Boppard am Rhein 1993, S. 357.

Sitzungen des Kreßbronner Kreises waren informell, dennoch gab es regelmäßige Sitzungsprotokolle, die im politischen Nachlass von Kiesinger einzusehen sind.<sup>393</sup>

Der Kreßbronner Kreis diente zur koalitionsinternen Abstimmung strittiger Fragen. Er war eine Art „*institutionalisierter Kontakt*“<sup>394</sup> zwischen den Parteiführungsspitzen und eine „*Clearing-Stelle*“<sup>395</sup> zwischen der Bundesregierung und den Fraktionsvorsitzenden. Auch wenn dort durchaus Vorentscheidungen gefällt wurden, war dieser informelle Kreis doch nicht beschlussfähig.<sup>396</sup> Die wirkliche Umsetzung der Abstimmungen des Kreßbronner Kreises hing von der Durchsetzungskraft der politischen Führungsspitzen ab. Den Kreßbronner Kreis als „*heimliche Regierung*“<sup>397</sup> oder gar als das ausschlaggebende „*politische Führungsinstrument*“<sup>398</sup> zu bewerten, überschätzt die wirklichen Einflussmöglichkeiten dieses inoffiziellen Gremiums. Schmidt beklagte am 26. November 1968 auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises, dass der Kreßbronner Kreis es oft an der Verbindlichkeit seiner Entscheidungen fehlen lasse und wichtige Tagesordnungspunkte immer wieder vertagt würden.<sup>399</sup> Auch kritisierte er am 20. Dezember in einem Brief an Kiesinger, der Kreßbronner Kreis sei so groß geworden, dass ein freimütiger persönlicher Gedankenaustausch derjenigen, die nun einmal nach innen und nach außen die Hauptverantwortung tragen würden, erheblich beeinträchtigt sei.<sup>400</sup>

Der Kreßbronner Kreis war keine Garantie für das Durchbringen jeglicher politischer Vorhaben. Oftmals wurden dort Themen ausgelotet und vorberaten, allein um die Koalitionsatmosphäre zu verbessern. Entscheidungen wurden selten im Kreßbronner Kreis getroffen. Man suchte dort nur nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung. Hierbei ist anzumerken, dass es Anzeichen dafür gab, dass der Einfluss der Fraktionsvorsitzenden wuchs. Wie aus Notizen Schmidts vom 14. November 1967 hervorgeht, war es ihm bei einer von der CDU geforderten Zusammenkunft des Kreßbronner Kreises gelungen, auch den Punkt „Fahrplan Bundestag 1968“ auf die Liste der zu besprechenden Themen zu bringen.<sup>401</sup> Am 17. November schrieb Schmidt in einem

<sup>393</sup>: Sitzungsprotokolle: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-010.

<sup>394</sup>: Carstens, Karl, Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung, Stuttgart 1971, S. 214.

<sup>395</sup>: Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004, S. 186.

<sup>396</sup>: Ahlers, Conrad, Die demokratische Funktionsfähigkeit der großen Koalition. In: Liberal, Band 10, 1968, S. 52-60, hier S. 54.

<sup>397</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 274.

<sup>398</sup>: Schäfer, Friedrich, Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweisen, Opladen 1975<sup>2</sup>, S. 32.

<sup>399</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>400</sup>: Schmidt an Kiesinger 20.12.1968, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 9.

<sup>401</sup>: Schmidts Notizen 14.11.1967: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5078.

Brief an Barzel, dass nun die nötige Regelung der Zeiteinteilung für die Bundestagsarbeit 1968 in einem Gespräch der Fraktionsvorstände abgestimmt werden könne.<sup>402</sup>

Vor allem den Fraktionsvorsitzenden Schmidt und Barzel war es zu verdanken, dass die Große Koalition nicht auseinander brach, obwohl zwischenparteiliche Konflikte, vor allem deutschland- und ostpolitische Streitpunkte 1968/69, das Regierungsbündnis zu sprengen drohten und Kiesinger und Brandt einander aus dem Weg gingen.<sup>403</sup> Barzel und Schmidt bemühten sich immer wieder darum, vor allem die deutschland- und ostpolitischen Spannungen zwischen den Koalitionsparteien zu mildern und nach Bewegungsspielräumen zwischen den Fronten zu suchen. Beide übten starken Einfluss auf das Regierungskabinett aus. Als „*Chefingenieure des politischen Machtapparates*“<sup>404</sup> waren sie zwischen den Parteien, den Fraktionen und zwischen dem Bundestag und der Bundesregierung tätig; dabei waren sie nicht, wie Wolfgang Rudzio behauptet hat, zu politischen Managern degradiert, welche nur die Konzepte des Regierungskabinetts in ihren Fraktionen durchgesetzt hätten.<sup>405</sup>

Doch gab es auch Abspracheprobleme zwischen der Bundesregierung und den Fraktionsvorsitzenden. Barzel beschwerte sich am 5. September 1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung darüber, dass auf dem Gebiet der Ostpolitik in den Ressorts von Brandt, Wehner und Schiller ein Dutzend Entscheidungen getroffen worden seien, ohne ihn vorher zu konsultieren und - mit einer Ausnahme - ohne ihn zu informieren.<sup>406</sup> Barzel kritisierte erneut am 9. Oktober auf einer CDU-Vorstandssitzung, dass man aus dem Auswärtigen Amt und dem gesamtdeutschen Ministerium nichts mehr höre. Allerdings sei auch die Information durch das Finanzministerium schlecht.<sup>407</sup>

In einem Vermerk vom 20. Juni 1968 hielt der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers für Kanzler Kiesinger fest, die beiden Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt seien verärgert darüber, dass sie über die Absichten der Bundesregierung nicht genügend unterrichtet würden und außerdem wichtige Informationen, die sie für ihre Arbeit und ihre eigene Urteilsbildung bräuchten, nicht erhielten. Diese Angelegenheit

<sup>402</sup>: Schmidt an Barzel 17.11.1967, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5078.

<sup>403</sup>: Siehe dazu einen persönlichen Brief Brandts im Juni 1968 an Kiesinger, in welchem Brandt Kiesinger auf diesen prekären Zustand hinweist: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>404</sup>: Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975, S. 229.

<sup>405</sup>: Rudzio, Wolfgang, Die Regierung der informellen Gremien. Zum Bonner Koalitionsmanagement der sechziger Jahre. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 3, 1972, S. 339-336, hier S. 349.

<sup>406</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 5.9.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-37, hier S. 14.

<sup>407</sup>: CDU-Vorstandssitzung 9.10.1967: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 15, 9.10.1967. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 658-706, hier S. 682.

erscheine umso wichtiger, wenn der Eindruck richtig sei, dass die beiden Fraktionsvorsitzenden zunehmend Schwierigkeiten hätten, ihre Fraktionen auf Regierungskurs zu halten.<sup>408</sup> Schmidt forderte daraufhin am 29. Juni auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises mit Nachdruck, dass die Fraktionsvorsitzenden vor allem in der Außenpolitik besser informiert werden sollten.<sup>409</sup> Brandt reagierte noch am selben Tag und schrieb in einem Brief an Schmidt: *„Du hast verschiedentlich Deinen Unmut darüber zum Ausdruck gebracht, daß Du über wichtige laufende Regierungsangelegenheiten nicht hinreichend informierst seist. Was die Außenpolitik angeht, habe ich Egon Bahr gebeten, Dich laufend über wichtigere Informationen und Vorhaben zu unterrichten.“*<sup>410</sup>

Barzel und Schmidt arbeiteten nicht nur als Fraktionsvorsitzende konstruktiv zusammen, es entwickelte sich zwischen ihnen auch ein vertrauensvolles Verhältnis. Schmidt kam rückblickend zu folgender Einschätzung über seine Zusammenarbeit mit Barzel: *„Insbesondere gegen Ende dieser Koalition haben wir in den beiden Regierungsfaktionen manche Entscheidung herbeigeführt, über die am Kabinetttisch keine Einigung mehr zu erzielen war, weil Kiesinger und Brandt sich gegenseitig herzlich unsympathisch waren und kaum noch miteinander reden mochten.“*<sup>411</sup> Schmidt ergänzte: *„Keiner hat versucht, den anderen hinters Licht oder aufs Glatteis zu führen oder durch einen Trick in Nachteil zu bringen. Häufig genug hat es Auseinandersetzungen gegeben und häufig genug war es schwer, Kompromisse zu finden. Im Gegensatz zu vielem, was über ihn gesagt oder im Umlauf gebracht wird, habe ich in Barzel einen Mann kennen gelernt, der fair ist und zu seinem Wort steht.“*<sup>412</sup> Schmidt bezeichnete 2008 rückblickend Barzel gar als *„Spitzenpolitiker“*<sup>413</sup>.

Doch auch die beiden Fraktionsvorsitzenden konnten nicht verhindern, dass die Diskussionsergebnisse und -inhalte der Ausschüsse der Großen Koalition und auch des Kreßbronner Kreises teilweise unabgesprochen an die Presse weitergeleitet wurden. Bereits am 20. April 1967 hatte der Sozialdemokrat und Publizist Wolfgang Jansen in einem Brief an Schmidt darauf hingewiesen, dass Ergebnisse der Koalitionsausschüsse ohne vorherige Absprache an die Presse weitergegeben würden.<sup>414</sup> Schmidt beklagte diese Indiskretionen am 7. Mai 1968 auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises. Er

<sup>408</sup>: Ahlers Vermerk für Kiesinger 20.6.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>409</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-29, hier S. 21: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>410</sup>: Brandt an Schmidt 29.6.1968: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 9.

<sup>411</sup>: Schmidt, Helmut, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 510.

<sup>412</sup>: Steffahn, Harald, *Helmut Schmidt*, Hamburg 1999<sup>3</sup>, S. 87.

<sup>413</sup>: Schmidt, Helmut, *Ausser Dienst. Eine Bilanz*, München 2008, S. 81.

<sup>414</sup>: Jansen an Schmidt 20.4.1967: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5096.

kritisierte, dass neuerdings Mitteilungen über den Inhalt der offiziellen und auch inoffiziellen Koalitionsgespräche an die Presse gelangen würden, die dann auch noch häufig entstellt würden.<sup>415</sup> Auch Brandt beschwerte sich am 28. Mai auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises über diese Indiskretionen.<sup>416</sup> Es nützte nichts, Indiskretionen über den Inhalt der offiziellen und auch inoffiziellen Koalitionsgespräche gab es laut Aktenlage bis zum Ende der gemeinsamen Regierungszeit. Sie erregten viel Misstrauen zwischen den Koalitionspartnern.

### 3. Die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition

*„Wir leben in einer veränderten Welt, und die zwingt uns eine entsprechende Politik auf.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>417</sup>

Die internationalen Rahmenbedingungen, mit denen sich die Große Koalition konfrontiert sah, hat 1966 Henry Kissinger, damals bereits ein bekannter außenpolitischer Fachmann in den USA, prägnant dargestellt: *„Als einzige unter den Westmächten kann sich die Bundesrepublik Deutschland nicht mit dem territorialen Status quo zufrieden geben ... Jede amerikanisch-sowjetische Annäherung, selbst die Andeutung einer Bereitschaft dazu, ruft sofort die Befürchtungen hervor, Amerikaner und Sowjets könnten sich auf Kosten der Deutschen verständigen und den Status quo in Europa sanktionieren. All dies droht das labile Gleichgewicht des politischen Lebens in Deutschland zu zerstören. Es setzt die Bundesrepublik gefährlichen Pressionen und Versuchungen aus.“*<sup>418</sup>

Die Große Koalition merkte zwar die „Pressionen“, erlag den „Versuchungen“ aber nicht. Sie wandte sich nicht von den internationalen Entspannungsbemühungen ab. Im Gegenteil, Kanzler Kiesinger hatte am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung, mit der das gemeinsame Regierungsprogramm von CDU/CSU und SPD prä-

<sup>415</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>416</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-4, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>417</sup>: Zitat Kiesinger am 17.4.1969 auf einer CDU-Vorstandssitzung: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-018/3: S. 1-138, hier S. 7.

<sup>418</sup>: Kissinger, Henry, Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der internationalen Sicherheit. In: Europa-Archiv, Band 23, 1966, S. 831-838, hier S. 835.



sentiert worden war, explizit erklärt: *„Deutschland war jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa. Wir möchten diese Aufgabe auch in unserer Zeit gerne erfüllen.“*<sup>419</sup>

Wehner bemerkte Ende 1968: *„Deutschland ist als Folge des von Hitlers nationalsozialistischer Großmachtspolitik entfachten Weltkrieges zu einem gefährdeten und gefährlichen Teil Mitteleuropas geworden, dessen Zukunft davon abhängt, durch eine Politik der Verständigung den Interessenausgleich zwischen dem kommunistisch regierten Osten und dem pluralistischen Westen zustande zu bringen. Die Unterwerfung unter die Moskauer Doktrin würde diesem Interessenausgleich ebenso wenig dienen wie der Versuch, lediglich militärisch zu agieren.“*<sup>420</sup> Mitte der 1960er Jahre versuchten die USA zusammen mit der Sowjetunion, wenigstens einen partiellen Interessenausgleich herzustellen. Auch Moskau wünschte eine Entspannung mit den USA, sorgte sich jedoch gleichzeitig nicht grundlos um den Zusammenhalt seines Einflussbereiches. Denn für die Sowjetunion stellte die kompakte Einheit des sozialistischen Blocks die Grundbasis für die Aufrechterhaltung ihrer Führungsrolle im Osten dar.

Noch bis Mitte der 1960er Jahre war es die offizielle Politik der deutschen Bundesregierung, trotz der sich ändernden internationalen Rahmenbedingungen auf Fortschritte bei der Lösung der deutschen Frage als Voraussetzung für die Entspannung in Europa zu beharren. Wehner hatte im März 1966 dazu angemahnt: *„Die außenpolitische Konzeption der Bundesregierung, wie sie einst unter Konrad Adenauer entwickelt wurde, hat angesichts der weltpolitisch entscheidend veränderten Verhältnisse ihre Gültigkeit und Wirksamkeit verloren.“*<sup>421</sup> Brandt hielt daraufhin im November fest: *„Die Bundesrepublik darf infolgedessen nicht, wenn sie nicht isoliert werden will, jeden Fortschritt in Richtung auf einen Abbau der Ost-West-Spannungen mit der Forderung blockieren, daß zunächst einmal Fortschritte in der deutschen Frage erzielt werden müssen.“*<sup>422</sup> Dieser der vorherigen deutschen Politik innewohnende Widerspruch wurde bereits in Kiesingers Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 aufgelöst. Kiesinger

---

<sup>419</sup>: Stüwe, Klaus (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 156.

<sup>420</sup>: Aufsatz Wehners mit dem Titel „Perspektiven“ vom 1.12.1968, S. 1-10, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>421</sup>: Presseagenturmeldung vom 7.3.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1956.

<sup>422</sup>: Brandts Redemanuskript für den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Finnlands in Helsinki vom 26. bis 28.11.1966: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 243. Brandt konnte seine Rede jedoch nicht halten, da er in Bonn wegen der Koalitionsverhandlungen anwesend sein musste, wie aus einem hinzugefügten Vermerk hervorgeht.

hatte am selben Tag auch in einer CDU/CSU-Fraktionssitzung erläutert: „*Unsere Welt wandelt sich, und wir müssen auch gewisse Anpassungen vornehmen.*“<sup>423</sup>

Sich gegen die Entspannungstendenzen der Supermächte zu wenden, wäre für die Große Koalition nicht nur erfolglos, sondern auch gefährlich gewesen. Das starre Festhalten an den alten Prinzipien hatte die Deutschland- und Ostpolitik in den Jahren vor 1966 unbeweglich gemacht, und so war die Deutschland- und Ostpolitik hinter einer stark veränderten Weltlage zurückgefallen. Die Bonner Regierungskrise im Herbst 1966 und die Bildung der Großen Koalition ermöglichten nun, vorher durchaus bereits Gedachtes zu praktizieren und dabei bisherige außenpolitische Kontinuitätslinien zu durchbrechen. Die Deutschland- und Ostpolitik sollte jetzt in die internationale Entspannungspolitik eingebettet werden. Dabei setzte sich die Überzeugung durch, dass Entspannung nur durch die Entwicklung eigener Initiativen erreicht werden konnte. Wie weit er dabei gehen wollte, präzisierte Kanzler Kiesinger am 31. Dezember 1966 in einem Interview gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“. Er erklärte, dass die deutsche Wiedervereinigung nicht als vage erhofftes Ergebnis einer Entspannungspolitik gesehen werden dürfe, es müsse vielmehr der Prozess der Entspannung mit einem Prozess der Wiedervereinigung synchronisiert werden. Keines von beiden sei ja ein Einzelakt, sondern ein Entwicklungsprozess.<sup>424</sup>

Kiesinger betonte am 28. Februar 1967 in einem Interview gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“, dass kein Entspannungsprozess auf die deutsche Wiedervereinigung verzichten könne.<sup>425</sup> Die Bundesregierung wollte dabei aber nicht zulassen, dass der Entspannungsprozess mit politischen Vorbedingungen für die Bundesrepublik verknüpft wurde. Denn Entspannung dürfe nicht „*Unterwerfung*“ bedeuten, schrieb Herr Jung, ein Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amts, am 30. August in einem Bericht über die deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen der Bundesregierung.<sup>426</sup>

Mit der Großen Koalition war die alte These der Adenauer-Ära, wonach ohne deutsche Wiedervereinigung keine Entspannung in Europa möglich sei, endgültig umgekehrt worden. Fortschritte in der Lösung der deutschen Frage waren nun nicht mehr die Voraussetzung für eine Entspannungspolitik, sondern ihr Ergebnis. Hinzu kam die Einsicht, dass entspannungspolitische Veränderungen auf der europäischen Ebene nur erlangt werden konnten, wenn gleichzeitig der deutsch-deutsche Konflikt entschärft

<sup>423</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 13.12.1966: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1012/1: S. 1-68, hier S. 52-53.

<sup>424</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 7: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>425</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 7: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>426</sup>: Jungs Bericht 30.8.1967, S. 1-9, hier S. 2: AdS, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 1.

wurde, wobei Barzel am 19. Oktober 1966 in einer Rede in Berlin betont hatte: *„Hier muß zunächst Klarheit darüber sein, daß die Lösung der deutschen Frage für jeden, der sie in Freiheit will, eine Frage der Außenpolitik ist, und jeder, der redlich ist, muß zugeben, daß es zu dieser Stunde keinen Preis gibt, um den die Sowjetunion bereit wäre, die Einheit Deutschlands, ja nicht einmal die Einheit ganz Berlins zuzulassen.“*<sup>427</sup> Dass der Weg zur deutschen Einheit ein langwieriger sein würde, war allgemeiner Konsens. Wehner führte am 14. Dezember 1966 in einem Interview aus, dass der Prozess der Wiedervereinigung als langfristig anerkannt werden müsse. Man müsse sich darauf einrichten, dass schnelle Lösungen nicht zu erwarten seien.<sup>428</sup> Bahr hielt im Februar 1967 in einem Thesenpapier zur Deutschlandpolitik fest, dass man geduldig, taktvoll und nüchtern sachliche Fortschritte anstreben müsse. Dabei werde es notwendig sein, in langen Zeiträumen zu denken.<sup>429</sup> Dabei schrieb Bahr am 22. Februar in einem Vermerk nieder, dass ein neuer Anlauf in der Deutschlandpolitik nötig sei, um den Kurs der Zone zu beeinflussen oder gar umzukehren.<sup>430</sup>

### 3.1. Ein neuer Anlauf in der Deutschlandpolitik

*„Das Endziel ist die Wiedervereinigung der gespaltenen Nation. Zu einer dement-sprechenden Politik ist jede Bundesregierung durch das Grundgesetz verpflichtet“*

Herbert Wehner<sup>431</sup>

Im weitesten Sinne hatte die gesamte Politik der Bundesregierung einen deutschlandpolitischen Bestandteil. Alles, was die demokratische Festigkeit, die wirtschaftliche Prosperität, den sozialstaatlichen Ausbau und die internationale Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik unterstützte, wirkte wegen seiner Anziehungskraft für die DDR auch als deutschlandpolitisches Moment. Dies war das Ziel der von Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Jakob Kaiser, dem ersten Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, in verschiedenen Formulierungen erklärten „Magnettheorie“. Der Deutschland-

<sup>427</sup>: Barzel, Rainer, Das Entscheidende war die Gesinnung. 20. Oktober 1946 - 20. Oktober 1966. Gedenkveranstaltung der Berliner CDU am Abend des 19. Oktobers anlässlich der bisher einzigen freien Wahlen nach dem Krieg in ganz Berlin. In: Berliner Schriften zur Politik, Band 5, S. 5-16, hier S. 8. Liegt vor bei: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-68.

<sup>428</sup>: Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 81-85, hier S. 82.

<sup>429</sup>: Bahrs Thesenpapier Februar 1967, S. 1-6, hier S. 6: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

<sup>430</sup>: Bahrs Vermerk 22.2.1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 20.

<sup>431</sup>: Zitat Wehner am 14.12.1966 in einem Interview. Siehe: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 81-85, hier S. 82.

experte Professor Dr. Meimberg wies jedoch am 13. Dezember 1968 auf einer Sitzung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands zur Frage der Anziehungskraft der Bundesrepublik für die DDR und damit zur „Magnettheorie“ darauf hin, dass die Bevölkerung in der DDR bei ihrer Abgeschlossenheit die Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands nicht im vollen Umfang miteinander vergleichen könne.<sup>432</sup> Dennoch, die demokratisch legitimierte und wesentlich erfolgreichere Bundesrepublik wirkte für die diktatorisch geführte und von der eigenen Bevölkerung meist nicht akzeptierte DDR durch ihre bloße Existenz als stark destabilisierendes Moment.

Im engeren Sinne war die Deutschlandpolitik die Gesamtheit aller Bemühungen, die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu erfüllen. Darauf wurde im In- und Ausland hingearbeitet. Die Deutschlandpolitik beschäftigte sich auch mit den innerdeutschen Beziehungen, die aus bundesdeutscher Sicht dazu fungieren sollten, den Zusammenhalt der Landsleute über die Grenze hinweg zu gewährleisten und die Konsequenzen der Teilung, solange diese andauerte, erträglicher zu machen. *„Deutschlandpolitik umfaßt mit einem Wort alle Bemühungen zur Wiedervereinigung Deutschlands“*, hielt der *„Spiegel“* am 3. März 1967 fest.<sup>433</sup> Darüber herrschte auch bei den im Bundestag vertretenen Parteien ein allgemeiner Konsens. *„Die friedliche Wiedervereinigung der Menschen in den getrennten Teilen Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung ist unser oberstes gesamtdeutsches Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen diesem Ziele dienen“*, hieß es in einem FDP-Grundsatzprogramm, das der FDP-Vorstand am 25. August 1967 auf einer Sitzung diskutierte.<sup>434</sup>

In der Deutschlandpolitik wirkte besonders das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen durch Planung und Koordinierung mit: Erstens an den operativen Maßnahmen und zweitens durch Information sowie durch Erleichterung von Kontakten und Begegnungen, um die Folgen der Teilung abzuschwächen. Ein Hauptakzent in der Arbeit des Ministeriums lag in der Information über den anderen Teil Deutschlands und in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit. Ihre Aufgabe war es, Kenntnisse über den

<sup>432</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-93, hier S. 81: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6781.

<sup>433</sup>: Materialsammlung *„Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“* vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>434</sup>: FDP-Vorstandssitzung 25.8.1967: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien / Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), FDP-Bundesvorstand. *Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967*, bearbeitet von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993: Sitzungsprotokoll Nr. 88, 25.8.1967, S. 754-761, hier S. 760.

anderen Teil Deutschlands trotz seiner politischen Abgeschlossenheit zu vermitteln und den Willen zur Einheit Deutschlands trotz aller enttäuschten Hoffnungen wach und aufrecht zu erhalten. Keine politische Institution in der Bundesrepublik spiegelte in all den Jahren der staatlichen Teilung das facettenreiche, von besonderer menschlicher Tragik, von Irrationalität und Widersprüchlichkeiten geprägte innerdeutsche Verhältnis so wider wie das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (ab Ende 1969 dann das umbenannte Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). An seiner Geschichte lässt sich geradezu exemplarisch die wechselvolle Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen aufzeigen.

Auch wenn im Regierungskabinett der Großen Koalition der Minister für gesamtdeutsche Fragen, der Außenminister und der Kanzler von Amtswegen für die Deutschlandpolitik verantwortlich waren, gab es doch auf keinem anderen Politikfeld während der Großen Koalition so viele echte oder selbstberufene Fachleute wie auf dem Feld der Deutschlandpolitik, wo sich die Innen- und Außenpolitik, die Ost- und Westpolitik sowie die Sicherheits- und Entspannungspolitik überschneiden. Strauß, vor allem in seiner Funktion als CSU-Vorsitzender, und Verteidigungsminister Schröder, der von 1961 bis 1966 das Auswärtige Amt geleitet hatte, brachten sich immer wieder stark in die deutschlandpolitischen Debatten ein. Dies galt auch für die beiden Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt, die nicht nur für die parlamentarische Fraktionsarbeit, sondern auch für die parlamentarische Kontrolle der Bundesregierung zuständig sein wollten.<sup>435</sup> Hinzu kamen neben den anderen Kabinettsmitgliedern und den Bundestagsabgeordneten auch die Staatssekretäre und die persönlichen Mitarbeiter. Es war abzusehen, dass die Große Koalition „ein breites Spektrum konträrer Vorstellungen“<sup>436</sup> aufzeigte, wenn es um konkrete gemeinsame Schritte für einen neuen Anlauf in der Deutschlandpolitik ging. Es mangelte dabei auch nicht an Publizisten, an Wissenschaftlern, an Kulturschaffenden, an Ministerialbeamten und Diplomaten, die sich auch mit den Problemen der deutschen Frage auseinander setzten und ihre Ideen und Vorschläge in die Debatten der Parteien, der Verbände und in die Medien einfließen ließen oder sich direkt an den Kanzler, an einzelne Bundesminister und Abgeordnete der Großen Koalition wandten, wie aus den sehr zahlreichen Zuschriften in den politischen Nachlässen und Deposita der handelnden Politikern deutlich abzulesen ist.

Kanzler Kiesinger definierte am 18. Januar 1967 im Bundestag das Ziel der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition, als er erklärte, dass die friedliche Neuge-

<sup>435</sup>: Dies erklärte Schmidt am 6.1.1967 in einem Brief an den Geschäftsmann Otto A. Friedrich: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5345.

<sup>436</sup>: Schneider, Franz, Die Große Koalition - zum Erfolg verurteilt?, Mainz 1968, S. 94.

staltung der Beziehungen zum Osten und darin eingeschlossen die Lösung der deutschen Frage eine Herausforderung und die große Aufgabe seiner Generation sei.<sup>437</sup> Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, erklärte daraufhin am 2. März auf einer Sitzung des Bundsratsausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus die Rahmenbedingungen und die Zielsetzung der Deutschlandpolitik ausführlich. Auf Grund der weltpolitischen Situation bestehe für lange Zeit keine Chance für eine deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Es bestehe aber auch keine akute Gefahr für den von den Westmächten garantierten Status Westberlins, da dessen Bedrohung eine wesentliche Änderung der politischen Interessenlage der Sowjetunion voraussetzen würde, sagte Wehner. Eine latente Gefahr existiere allerdings, solange wie es angesichts der Ungelöstheit der deutschen Frage ein Berlin-Problem überhaupt gebe. Auf Grund der erklärten Politik der Bundesregierung sei für lange Zeit nicht mit einer Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat zu rechnen. Allerdings werde sich wegen der tatsächlichen Entwicklungen in Mitteleuropa nach innen wie nach außen zum Beispiel im Zusammenhang mit einem allgemeinen Sicherheitsvertrag immer stärker die Notwendigkeit eines geregelten Nebeneinanders zwischen der DDR und der Bundesrepublik ergeben. Daher werde auch seitens der Alliierten die Verstärkung der innerdeutschen Kontakte angeregt. Hieraus ergaben sich, laut Wehner, für die Deutschlandpolitik der Großen Koalition folgende Nahziele: Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland, Erhaltung der nationalen Substanz, Entgegenwirken gegen separatistische Bestrebungen Ostberlins, Beeinflussung der inneren Auseinandersetzungen innerhalb der SED im gesamtdeutschen Sinne, Beeinflussung des Auslandes in seiner Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung und die Sicherung des Status und der Verbindungswege Berlins.<sup>438</sup>

Wehner hatte am 14. Dezember 1966 in einem Interview gegenüber dem „Vorwärts“ gar die Möglichkeit einer Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs für den Fall einer demokratisch legitimierten DDR-Regierung erwogen und erläutert: *„Die Wiedervereinigung der gespaltenen Nation muß das Endziel der deutschen Politik sein. Der Prozeß der Wiedervereinigung muß als langfristig anerkannt werden. Dabei haben die Menschen in dem von uns losgelösten Teil Deutschlands allerdings das Recht, in eigener freien Verantwortung ihre Gesellschaftsordnung auch dann zu bestimmen,*

---

<sup>437</sup>: Bundestagsitzung 18.1.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3905-3961, Kiesinger S. 3934-3935, hier S. 3935.

<sup>438</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-23, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-16225.

wenn diese im Gegensatz zu den Auffassungen der Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik stehen sollte.“<sup>439</sup>

Die Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs war für die CDU/CSU indiskutabel. In seiner Regierungserklärung hatte Kiesinger den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch erneut bestätigt, aber auch hinzugefügt, dass der Alleinvertretungsanspruch nicht bedeute, dass die Menschen in der DDR bevormundet werden sollten.<sup>440</sup> Die Unionsparteien spähnten nach Möglichkeiten für eine Normalisierung des Verhältnisses zur DDR unterhalb einer Anerkennung der DDR. Brandt hatte in diesem Zusammenhang in den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966 vom befristeten Nebeneinander gesprochen und die Versicherung abgegeben, dass die SPD die DDR nicht als ausländischen Staat anerkennen werde. Für den Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde war Brandts Formulierung, wie Böckenförde es am 22. November 1966 in einem Brief an Wehner ausdrückte, ein sachlich wie politisch außerordentlich guter Griff, weil sie eine sehr große politische Beweglichkeit zuließe und es erlaube, die Betonung entweder auf den Staat oder den ausländischen Staat zu legen. Böckenförde fuhr in seinem Brief an Wehner fort: *„Brandts Formulierung ermöglicht damit evtl. eine Verhandlung mit einer Regierung in der DDR, ja evtl. sogar Verhandlungen mit einem deutschen Teil-Staat. Das was sie ausschließt, nämlich die Anerkennung der DDR als völkerrechtlich völlig selbstständiges Gebilde, das keine gemeinsame Rechtsbasis mit der Bundesrepublik mehr hat (ausländischer Staat), ist nicht mehr als die Grenze, die von keinem Deutschen überschritten werden kann. ... Die Grenze, die in der Formel vom ausländischen Staat liegt, ist auch so unmittelbar einleuchtend, daß man für sie im Ausland ohne weiteres Verständnis finden wird.“* Die Formel sei daher auch geeignet, der zunehmenden Isolierung der Bundesrepublik in der internationalen Politik entgegenzutreten, so Böckenförde. Er hoffte abschließend in seinem Brief an Wehner darauf, dass diese Formel zumindest bei gewissen Kräften innerhalb der SED Widerhall finden würde und vielleicht einen Abbau der sich derzeit immer höher türmenden Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands in Gang setzen könnte.<sup>441</sup>

In diesem Zusammenhang debattierte die SPD über die Modifizierung des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs und über das Zugeständnis, das SED-Regime als Ge-

---

<sup>439</sup>: Leugers-Scherzberg, August H., Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, (Taschenbuchausgabe), Berlin 2006, S. 337.

<sup>440</sup>: „Xinformation“ vom 10.1.1967, S. 1-9, hier S. 7. Liegt vor bei: ADL, Signatur D2-1319: Sammelband der FDP-Zeitschrift „Xinformation“ des Jahres 1967.

<sup>441</sup>: Böckenförde an Wehner 22.11.1966, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 77.

sprächspartner wahrzunehmen. Bahr schlug am 17. Februar 1967 in einem Vermerk für Brandt vor, Alleinvertretung und Alleinpräsenz auseinander zuhalten und der SBZ eine gewisse Geschäftsfähigkeit zuzusprechen.<sup>442</sup> Fraglich war, wie weit die CDU/CSU bei diesem neuen Anlauf mitgehen würde und ob das SED-Regime diesen deutsch-deutschen Dialog ohne volle Gleichberechtigung für die DDR überhaupt zulassen würde. Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger bot eine passende Gelegenheit, um diese Fragen zu klären.

### 3.1.1. Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger

*„Ich schreibe dem Teufel einen Brief, wenn das unserem Volke gemeinsam nützt.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>443</sup>

Bereits die Bundesregierung Erhard hatte am 11. Mai 1966 in einem Kabinettsbeschluss zugestimmt, dass zwischen kommunalen Behörden in beiden Teilen Deutschlands ein Austausch von Meinungen und Erfahrungen über fachliche Themen der beiderseitigen Zuständigkeitsbereiche erfolgen könne. Der Meinungsaustausch sollte den Gesprächspartnern in der DDR ein wahrheitsgemäßes Bild der Tätigkeit öffentlicher Verwaltung im Bundesgebiet vermitteln und den Teilnehmern aus dem Bundesgebiet eine Unterrichtung über die Verhältnisse in der DDR ermöglichen. Der Meinungsaustausch war in erster Linie für Gemeinden, Städte und Kreise von Bedeutung, da ein gegenseitiges Interesse an der Lösung kommunaler Probleme wie zum Beispiel des Straßenbaus bestand. Jedoch hatte ein solcher Meinungsaustausch in keinem nennenswerten Umfang stattgefunden. In den wenigen Fällen, in denen er von westdeutscher Seite versucht wurde, war er in der Regel von den Dienststellen der DDR abgelehnt worden.<sup>444</sup> Die Große Koalition wollte einen neuen Anlauf in Sachen Gesprächsbereitschaft gegenüber der DDR nehmen.

Die in Kiesingers Regierungserklärung aufgezeigte Gesprächsbereitschaft und das Angebot, Verhandlungen zwischen Behörden der beiden deutschen Teilstaaten zu führen, konnten ein Neubeginn für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR

<sup>442</sup>: Bahrs Vermerk für Brandt 17.2.1967: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 2.

<sup>443</sup>: Zitat Kiesinger am 25.4.1969 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 12623-12698, hier S. 12663.

<sup>444</sup>: „Materialsammlung für den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation“ vom 9.1.1968, S. 1-6, hier S. 5: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.



bedeuten. Kiesingers konzeptionelle Grundlage war es, die deutsche Frage im Bewusstsein der Menschen zu halten, dabei betonte er am 16. Dezember 1966 im Bundestag, dass diese Politik ein gesamtdeutscher Realismus und keine leichtfertige gesamtdeutsche Romantik sei.<sup>445</sup> Es war folgerichtig, eine aktive Deutschlandpolitik zu betreiben, denn jede Stagnation konnte bedeuten, dass der Zustand des bisher kaum existierenden Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR zementiert werden würde. Kiesinger führte am 12. Mai 1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung die Ausgangssituation der neuen Deutschlandpolitik vor: *„Im Augenblick ist das Problem der deutschen Frage leider und gegen unseren Willen nicht lösbar, weil auch Interessen anderer Staaten darin verwickelt sind. Es wäre aber unmenschlich und wider die Vernunft, es dann einfach stehenzulassen.“*<sup>446</sup>

Durch die neue Deutschlandpolitik sollte verhindert werden, dass sich die Menschen in den beiden Teilen Deutschlands auseinander lebten. Die neue Deutschlandpolitik konnte daher nur heißen, Kontakte zur DDR zu schaffen. Eine Möglichkeit dazu offenbarte sich, als ein Brief des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph an Kanzler Kiesinger im Frühsommer 1967 zu einem Testfall für die Möglichkeiten und Grenzen eines deutsch-deutschen Dialogs wurde. Kiesinger war der erste westdeutsche Regierungschef, der dem ostdeutschen Regierungschef Briefe schrieb und Briefe beantwortete. Es hatte nur im Jahreswechsel 1950/51 einen Briefwechsel zwischen den beiden Parlamentspräsidenten Ehlers und Dieckmann gegeben, und Ende 1951 hatte ein Briefwechsel zwischen den beiden Staatspräsidenten Heuß und Pieck stattgefunden. Die Bundesregierung hatte es stets abgelehnt, Schreiben der DDR-Regierung anzunehmen, um den Rechtsstandpunkt zu unterstreichen, dass die Bundesregierung die DDR-Regierung nicht als legitime Vertretung der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands anerkennt. Im Mai 1967 wurde die Annahme eines Briefes des DDR-Ministerpräsidenten durch Kiesinger daher von der Öffentlichkeit genau wahrgenommen.

Der spektakulären Briefannahme durch Kanzler Kiesinger ging folgende Initiative voraus: Der SPD-Vorstand hatte am 18. März 1966 der SED sieben konkrete Fragen gestellt, die darauf abzielten, das Leben im geteilten Deutschland zu erleichtern, und die

---

<sup>445</sup>: Bundestagssitzung 16.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3799-3903, Kiesinger S. 3850-3853, hier S. 3852.

<sup>446</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 12.5.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1014/1: S. 1-14, hier S. 8.

eine Antwort auf den "offenen Brief" der SED an die SPD vom 7. Februar darstellten.<sup>447</sup> Die SED bezeichnete die sieben Fragen der SPD nur als Randfragen und forderte die SPD immer wieder auf, zu den von der DDR aufgeworfenen Grundfragen zur Beziehung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Stellung zu nehmen.<sup>448</sup> Damit war ein konstruktives Ergebnis kaum möglich.

Anfang April 1967 hatten Vertreter der Bonner Koalitionsparteien unter dem Vorsitz Kiesingers einen gemeinsamen "offenen Brief" an den 7. Parteitag der SED (17.-19. April), den auch Wehner im März mitentworfen hatte<sup>449</sup>, diskutiert, in welchem Vorschläge zur Annäherung der beiden Teile Deutschlands auf wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Feldern gemacht wurden. So unter anderem: Verbesserte Reisemöglichkeiten, Passierscheinregelungen, Ermöglichung von Familienzusammenführungen und Ausweitung des innerdeutschen Handels.<sup>450</sup> Brandt teilte am 11. April auf einer SPD-Präsidiumssitzung mit, dass von Kiesinger der Entwurf des "offenen Briefes" akzeptiert worden sei, und dieser nun verschickt werde.<sup>451</sup> Die französische Zeitung "La Nation" nannte diesen "offenen Brief" eine von der Bundesregierung in den letzten Tagen gestartete Initiative der ausgestreckten Hand.<sup>452</sup>

Auf dem SED-Parteitag am 17. April 1967 antwortete Ulbricht in einer Rede auf den "offenen Brief" aus Bonn mit der Forderung nach einem Treffen zwischen Stoph und Kiesinger: *„Wir schlagen deshalb vor, daß der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der Bundesrepublik - von Delegationen unterstützt und mit gehörigen Vollmachten versehen - an einen noch zu vereinbarenden Ort zusammentreffen, um über diese ersten Schritte auf dem Weg zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen.“*<sup>453</sup> Damit war die Bundesregierung, wie Barzel einen Tag

---

<sup>447</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 15.4.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 348.

<sup>448</sup>: Schriftliche Dokumentation vom 5.4.1966 über die Fragen und die Antworten zum Briefwechsel zwischen SPD und SED: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 348.

<sup>449</sup>: Wehner sandte seinen sieben Seiten langen Entwurf am 26.3.1967 an Brandt: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0111. Der SPD-Vorstand befasste sich dann am 1.4. auf einer Sitzung mit Wehners Entwurf und verabschiedete einmütig einen modifizierten Text, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Protokolle des SDP-Bundesvorstandes V. WP.

<sup>450</sup>: Osterroth, Franz / Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1978<sup>2</sup>, S. 381-382.

<sup>451</sup>: SPD-Präsidiumssitzung 11.4.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP: S. 1-2, hier S. 2.

<sup>452</sup>: Müller, Helmut M., Schlaglichter der deutschen Geschichte, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002, S. 374.

<sup>453</sup>: Text von Ulbrichts Rede, S. 1-5, hier S. 4: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

später in einem Brief an Kiesinger konstatierte, dringend und unausweichlich mit der Frage des weiteren Handelns konfrontiert.<sup>454</sup>

Die Bundesregierung entschloss sich, auf Ulbrichts Vorschlag erst dann einzugehen, wenn in Bonn die auf dem SED-Parteitag angekündigten Briefe an die CDU und die SPD eingetroffen waren. Statt der erwarteten Briefe an die Parteivorsitzenden kam am 10. Mai 1967 ein Brief des DDR-Ministerpräsidenten Stoph an Kanzler Kiesinger. Hierin forderte Stoph eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und die Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs. Stoph verlangte den Verzicht beider deutschen Staaten auf die Verfügungsgewalt von Atomwaffen und ihre Bereitschaft, an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa teilzuhaben. Er betonte, dass eine Vereinbarung über die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten der erste und wichtigste Schritt sei, um die Spannungen in Europa abzubauen und um eine ordnungsgemäße Regelung vieler Fragen zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu ermöglichen.<sup>455</sup> Kiesinger hatte sich am 10. Mai sofort zur Annahme und zur offiziellen Kenntnisnahme des Stoph-Briefes entschlossen. Der Brief wurde noch am selben Tag vom Bundespresseamt veröffentlicht.<sup>456</sup> Beides ein Novum für Bonn. Kiesinger erklärte am 12. Mai in einer Rede vor der CDU/CSU-Fraktion: *„Ich habe mich dafür entschieden, im Gesamtzusammenhang unserer politischen Bemühungen den Brief entgegennehmen zu lassen.“*<sup>457</sup>

Brandt war am 10. Mai 1967 wegen eines Konsultationsgespräches mit der japanischen Regierung in Tokio gewesen. Dies scheint ein Hinweis dafür zu sein, dass die Entscheidung über die Annahme des Stoph-Briefes und damit über den Beginn eines Briefwechsels<sup>458</sup> mit Stoph von Kanzler Kiesinger allein gefällt wurde, worauf auch Wehner in einem Interview am 1. Juni rückblickend hinwies.<sup>459</sup> Schmidt bestätigte ebenfalls am 5. Juni in einem Brief an Alex Möller, ein Mitglied des SPD-Präsidiums, dass Kiesinger die Entscheidung für den Briefwechsel mit Stoph alleine gefällt habe, dabei habe

<sup>454</sup>: Barzel an Kiesinger 18.4.1967: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-002.

<sup>455</sup>: Dieser Stoph-Brief ist unter anderem abgedruckt bei: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-256/2: CDU-Pressemitteilung vom 12.5.1967, S. 1-3. / Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 115-117.

<sup>456</sup>: Wie aus einer Aufzeichnung Wehners vom 15.5.1967 hervorgeht, war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über die so rasche Veröffentlichung des Stoph-Briefes ohne vorherige Konsultation verärgert gewesen, S. 1-6, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>457</sup>: Kiesingers Redemanuskript: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6446.

<sup>458</sup>: Der gesamte Briefwechsel Stoph-Kiesinger ist abgedruckt bei: Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band IV: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bonn u. a. 1972, S. 575-684. / BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6446.

<sup>459</sup>: Presseagenturmeldung vom 2.6.1967: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1980.

Kiesinger jedoch in seiner Fraktion viel Widerstand niederringen müssen.<sup>460</sup> Für Schmoeckel zeigte sich an Kiesingers Briefannahme gar, dass die wesentlichen Schritte der Regierung der Großen Koalition in der Deutschland- und Ostpolitik von Kiesinger angeregt und weiterverfolgt worden seien und nicht etwa von Brandt.<sup>461</sup>

Kiesingers Engagement war bemerkenswert, denn noch am 6. Mai 1967 hatte der CDU-Bundesausschuss davor gewarnt, einem Briefaustausch mit dem SED-Regime um jeden Preis und unter jeder Bedingung zuzustimmen.<sup>462</sup> Bereits die offizielle Annahme des Stoph-Briefes am 10. Mai bedeutete einen Bruch eines alten deutschlandpolitischen Tabus und rief bei vielen CDU/CSU-Parlamentariern Kritik hervor<sup>463</sup>, auch wenn der CDU-Generalsekretär Bruno Heck am 29. Mai in einer Fernsehdiskussion darauf hinwies, dass der Brief des Präsidenten des Ministerrates an den Kanzler die deutsche Ostpolitik nicht beeinträchtige. Heck warnte davor, auf Gespräche oder Gesprächsvorschläge von drüben einzugehen, bei denen weder die Machthaber in Ostberlin noch die deutsche Bundesregierung allein kompetent seien, vor allem in militärischen Belangen.<sup>464</sup>

Es gab heftige Debatten in der Großen Koalition vor allem über die Form, weniger über den Inhalt der Antwort an Stoph. Zur Prüfung der bei den Vertretern der Regierungsparteien auseinander gehenden Meinungen wurde eine Kabinettsarbeitsgruppe gebildet, der neben Kiesinger, Brandt, Wehner und Leber von der SPD, Heck und Dollinger von der Union sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt angehörten.<sup>465</sup> Am 27. Mai 1967 gab es im Kanzleramt eine Aussprache der Kabinettsarbeitsgruppe. Wehner befürwortete einen Antwortbrief an Stoph, Barzel lehnte dies ab und forderte stattdessen eine Regierungserklärung. Kiesinger schlug die Sendung eines „Aide mémoire“ vor, wie sie von CDU/CSU-Parlamentariern am 22. Mai diskutiert worden war. Zu einer Entscheidung kam es bei dieser Aussprache im Kanzleramt nicht.<sup>466</sup> Kiesinger stand wiederholt zwischen den Koalitionsfronten, änderte seine Meinung

<sup>460</sup>: Schmidt an Möller 5.6.1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 15.

<sup>461</sup>: Vermerk Schmoeckels für Kiesinger vom 10.11.1981 mit angehängter Pressedokumentation, S. 1-5, hier S. 1: ACPD, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-469.

<sup>462</sup>: Presseagenturmeldung vom 6.5.1967: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 348.

<sup>463</sup>: Siehe dazu besonders die CDU/CSU-Fraktionssitzungen im Mai und Juni 1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1014.

<sup>464</sup>: Niederschrift der Fernsehdiskussion, S. 1-16, hier S. 14-15: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-71.

<sup>465</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 17: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>466</sup>: Siehe zum Verlauf dieser Aussprache, an der unter anderem Kiesinger, Brandt, Wehner, Barzel, Schmidt und Ahlers teilnahmen: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 155. Leider fehlen hier jegliche Quellen-Belege.

häufig und zögerte eine Entscheidung über die Art und Weise einer Antwort an Stoph lange Zeit hinaus. Derweil wuchsen in der CDU/CSU die Bedenken und der Widerstand gegen eine Beantwortung des Stoph-Briefes durch den Kanzler. In der SPD stieg parallel dazu hingegen der Unmut über Kiesingers Zögerlichkeit an.

Die zögerliche Haltung der CDU/CSU in den Fragen der Ebene und der Intensität der Kontakte zur DDR-Regierung gründete auf Vorbehalten gegen die Person Wehners, auf Bedenken gegen die deutschlandpolitischen Gedankenmodelle der SPD und auf der Sorge, dass der Kanzler seine Macht zum Handeln verliere und in einen Streit mit seiner eigenen Partei gedrängt werde. Barzel schrieb am 23. Mai 1967 in einem Brief an Kiesinger, dass er Wehners gesamtdeutsche Leidenschaft sehe, aber er vergesse auch nicht, dass Wehner ein großer Taktiker sei. *„Und so meine ich, es als sein Ziel zu erkennen, Sie in Konflikt mit ihrer Partei und Fraktion zu treiben, uns wieder den Krach wie die gesamtdeutsche Unentschlossenheit zuzuschieben“*, beklagte Barzel.<sup>467</sup> Ähnlich äußerte sich auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Marx am 29. Mai in einem Brief an Kiesinger. Marx warnte den Kanzler davor, sich ins Schlepptau der SPD nehmen zu lassen, und berichtete ihm, dass die ständigen und offenbar nicht vorher koordinierten Vorstöße Wehners in der CDU/CSU eine große Beunruhigung ausgelöst hätten. *„Ich befürchte, daß diese Methode entweder mit der Kapitulation unserer bisherigen gesamtdeutschen Politik und der Aufgabe unserer geschichtlich, kulturell, moralisch und politisch begründeten Prinzipien endet oder in der Tat zu einem tief greifenden Konflikt in der CDU/CSU führt“*, warnte Marx.<sup>468</sup>

Wehner selbst erklärte am 11. Mai 1967 in einem Brief an Kiesinger, dass nun im Hinblick auf den Stoph-Brief eine gute Gelegenheit bestehe, die deutsche Politik souverän zu führen und darzustellen. Im gesamten Ausland werde man jede Nuance dieses Vorganges unter die Lupe nehmen. Die Bundesregierung könnte dabei sehr gewinnen.<sup>469</sup>

Bahr hielt am 18. Mai in einem Schreiben an Brandt fest, dass der Stoph-Brief ein Maximum an Unannehmbaren mit einem Minimum an Annehmbaren verbinde und schon deshalb beantwortet werden solle.<sup>470</sup> Bahr fügte am 30. Mai in einem Vermerk für Brandt hinzu, wenn man jetzt, auch nach dem Gang der öffentlichen Diskussion,

---

<sup>467</sup>: Barzel an Kiesinger 23.5.1967, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-002.

<sup>468</sup>: Marx an Kiesinger 29.5.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-238.

<sup>469</sup>: Wehner an Kiesinger 11.5.1967, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00286.

<sup>470</sup>: Bahr an Brandt 18.5.1967, S. 1-5, hier S. 1: AdSD, Depositum Egon Bahr, Ordner 341, Mappe 0911.

von der brieflichen Beantwortung abkommen würde, müsste damit gerechnet werden, dass die Bundesregierung zu einem späteren Zeitpunkt doch zu einer derartigen Form der Beantwortung angenommener Briefe gedrängt würde, was dann in der Öffentlichkeit negative Wirkungen haben könnte.<sup>471</sup>

Nach langen Beratungen im Kabinett einigte man sich schließlich Anfang Juni 1967 darauf, einen Antwortbrief des Kanzlers an Ostberlin zu senden. Doch dieses mühsam errungene Einvernehmen stand schon wieder auf der Kippe, als Kiesinger am 5. Juni auf einer CDU-Präsidiumssitzung auf Widerstand stieß und den Anwesenden versprach, dass er eine endgültige Entscheidung um mindestens einige Tage zurückstellen werde.<sup>472</sup> Kiesinger hoffte nun sicherlich darauf, dass der am 5. Juni entfachte Krieg zwischen Israel und Ägypten die öffentliche Aufmerksamkeit von Bonn ablenken und ihm eine weitere Bedenkzeit erlauben würde. Er erklärte am 5. Juni auf der CDU-Präsidiumssitzung, dass er auf Grund des im Nahen Osten ausgebrochenen Krieges keine schnelle Reaktion auf den Stoph-Brief beabsichtige.<sup>473</sup> Hierauf wollten sich aber weder die SPD-Fraktion noch Brandt und Wehner einlassen. Die SPD-Fraktion bestand am 6. Juni auf einer Sitzung weiterhin auf der vereinbarten sofortigen Beantwortung des Briefes von Stoph.<sup>474</sup> Der SPD-Vorstand bestärkte einen Tag später auf einer Sitzung in einem Beschluss ebenfalls einen sofortigen Briefwechsel, da dieser für eine mögliche nächste Runde eine bessere Position schaffe würde.<sup>475</sup>

Wehner kündigte am 7. Juni 1967 in einem handschriftlichen Brief Kiesinger wegen dessen Zögerlichkeit in der Reaktion auf den Stoph-Brief sein Vertrauen auf: *„Bis gestern habe ich unbefangen die Bundesregierung vertreten. Seit heute ist das für mich ein Problem. Ich bin kein Illusionist oder Romantiker. Aber wenn die letzte Aufrichtigkeit im schwersten unserer politischen Probleme nicht gegeben ist, dann ist alles andere von keiner Bedeutung. Mein eigenes Problem wird es nun sein zu überlegen, wie ich mein Haus bestelle.“*<sup>476</sup> Wehners angedrohter Rücktritt konnte zwar verhindert werden,

<sup>471</sup>: Bahrs Vermerk für Brandt 30.5.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 341, Mappe 0911.

<sup>472</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 5.6.1967: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3, hier S. 2. Kiesinger befürwortete in dieser Diskussion auf der CDU-Präsidiumssitzung eine Beantwortung durch einen kurzen Brief, während Schröder und Barzel einen Antwortbrief ablehnten (S. 2).

<sup>473</sup>: Vermerk zur CDU-Präsidiumssitzung am 5.6.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-344.

<sup>474</sup>: SPD-Fraktionssitzung 6.6.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 65: S. 1-7. *„Wir sind der Meinung, daß eine schriftliche Antwort ergehen solle, und daß die Antwort durch den Kanzler ergehen solle“*, sagte Schmidt auf dieser SPD-Fraktionssitzung (S. 5).

<sup>475</sup>: SPD-Vorstandssitzung 7.6.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 199: S. 1-6, hier S. 1.

<sup>476</sup>: Wehner an Kiesinger 7.6.1967: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00286.

aber zwischen Kiesinger und Wehner begann die anfängliche Harmonie zu bröckeln.<sup>477</sup> Trotzdem behauptete Brandt später, dass Wehner im Streit um eine Reaktion auf den Stoph-Brief „*der wichtigste Berater*“<sup>478</sup> von Kanzler Kiesinger gewesen sei. Letztendlich entschied sich Kanzler Kiesinger für einen Antwortbrief an Stoph und kam somit den Forderungen der SPD und Wehners nach. Dazu hatte eine Besprechung zwischen Kiesinger und Wehner stattgefunden, in der Wehner erklärt hatte, dass der Antwortbrief an Stoph von CDU/CSU und SPD gemeinsam verfasst werden solle. Dies geht aus einem Brief hervor, den das geschäftsführende Mitglied des CDU-Präsidiums am 6. Juni 1967 an Barzel geschickt hatte und an dem auch der SPD-Antwortbriefentwurf<sup>479</sup> angehängt war. Die SPD sah es in ihrem Antwortbriefentwurf als wichtigste Aufgabe an, Entspannungspolitik im weitesten Sinne dieses Wortes zu praktizieren, also auch auf „*die beiden Teile Deutschlands*“ [Barzel unterstrich diese Textpassage mehrmals] zu betreiben.<sup>480</sup>

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick berichtete am 11. Juni 1967 auf einer FDP-Fraktionssitzung, dass er im Besitz des SPD-Antwortbriefentwurfs an Stoph sei, er sei allerdings um Vertraulichkeit gebeten worden. Inzwischen habe es auch Streit in der Koalition gegeben. Die Verhandlungen liefen, sagte Mischnick. Er bat um eine Ermächtigung für den Vorstand, sich einer gemeinsamen Aktion von SPD und CDU anzuschließen, oder falls das von der anderen Seite nicht gewünscht würde, die Tatsache zu geißeln, dass die FDP ausgeschlossen werde. Das genaue Vorgehen müsse von dem Inhalt des Briefes abhängig gemacht werden.<sup>481</sup> Die FDP hatte die Bemühung der Bundesregierung, das Verhältnis zur DDR zu entkrampfen, von Anfang an begrüßt. „*Die Bundesregierung kann bei ihrem Bemühen, in Deutschland zu entkrampfen und Gräben zu überwinden, auf die volle Unterstützung der Bundestagsfraktion der Freien Demokratischen Partei rechnen*“, hatte der FDP-Fraktionsvorsitzende Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm am 12. April 1967 im Bundestag ausge-

---

<sup>477</sup>: Hierin liegt auch ein Problem in Kroegels Untersuchung. Er überschätzt das persönliche Verhältnis zwischen Kiesinger und Wehner und berücksichtigt deren sich im Verlauf der gemeinsamen Regierungszeit verstärkenden Differenzen nicht genügend: Kroegel, Dirk, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition*, München 1997, S. 10-17 und 331-340.

<sup>478</sup>: Brandt, Willy, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, München 1978, S. 245.

<sup>479</sup>: Der SPD-Antwortbriefentwurf lag seit dem 2.6.1967 vor, ihn hatten Mitarbeiter mehrerer Ministerien gemeinsam formuliert. Dies hielt Bahr am 2.6. in einem Vermerk für Brandt fest: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 341.

<sup>480</sup>: Geschäftsführendes Mitglied des CDU-Präsidiums an Barzel 6.6.1967, S. 1-10, hier S. 7: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-358.

<sup>481</sup>: FDP-Fraktionssitzung 11.6.1967: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-783: S. 1-8, hier S. 4.

führt.<sup>482</sup> Doch der Graben zwischen CDU/CSU und FDP hatte sich nach dem FDP-Parteitag in Hannover Anfang April 1967, wo die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung scharf kritisiert worden war, sehr vertieft.<sup>483</sup> Gemeinsame Deutschlandgespräche zwischen CDU/CSU und FDP kamen vorerst nicht in Frage. Die Anregung Kiesingers, an der von der SPD vorgeschlagenen Briefaktion auch die FDP zu beteiligen, lehnte die CDU/CSU strikt ab. Barzel wiederholte am 11. Juni auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung die Stellungnahme des CDU-Präsidiums, die FDP habe in Hannover für jedermann sichtbar gemacht, dass sie bundespolitisch koalitionsunfähig sei.<sup>484</sup> Die SPD hatte zwar den stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Mischnick in der Absicht kontaktiert, die FDP an dem Briefwechsel zu beteiligen, aber die Sozialdemokraten setzten sich nicht mehr dafür ein, als sie auf den Widerspruch der CDU/CSU stießen.

In der Debatte über die Beantwortung des Stoph-Briefes war auch die Frage der Anrede und der Anschrift zur Diskussion gestellt worden. Teils wurde die Auffassung vertreten, dass die Anrede Stophs als Ministerpräsident oder Vorsitzender des Ministerrates mit einer Anerkennung der DDR gleichzusetzen sei. Der Streit darüber, ob die Verwendung der Anrede Ministerpräsident oder Vorsitzender des Ministerrates die Anerkennung der DDR bedeute, war ein Streit um Worte. Entscheidend für den deutschen Rechtsstandpunkt war allein der Inhalt des Briefes, der allerdings klar zum Ausdruck bringen musste, dass trotz der gewählten Anrede eine Anerkennung der DDR nicht beabsichtigt war. Insoweit konnte hier auch auf den Briefwechsel zwischen Bundestagspräsident Ehlers und DDR-Volkskammerpräsident Dieckmann zum Jahreswechsel 1950/51 und den zwischen Bundespräsident Heuß und DDR-Präsident Pieck am 7.

---

<sup>482</sup>: "Freie Demokratische Korrespondenz" vom 12.4.1967, S. 1-2, hier S. 1. Liegt vor bei: ADL, Sammelband der FDP-Zeitung "Freie Demokratische Korrespondenz" (Tagesdienst 1967).

<sup>483</sup>: Siehe dazu Kapitel 4.4. und die Protokolle des FDP-Bundesparteitags in Hannover vom 3.-5. April 1967 bei: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle, Ordner A1-336.

<sup>484</sup>: "Die Zeit" vom 12.6.1967: ADL, Nachlass Thomas Dehler, Ordner N1-2634.



November 1951 beispielhaft hingewiesen werden. Heuß hatte den an Pieck gerichteten Brief folgendermaßen adressiert:

An den Herrn Präsidenten  
 Wilhelm Pieck  
 Berlin-Niederschönhausen<sup>485</sup>

Dann folgte die Anrede "Sehr geehrter Herr Präsident". Trotz dieser Anrede konnte nach dem klaren Inhalt des Briefes von einer Anerkennung der DDR keine Rede sein. Das gleiche galt für den Antwortbrief Kiesingers an Stoph, der wie folgt adressiert war:

Herrn Willy Stoph  
 Vorsitzender des Ministerrates  
 X 100 Berlin<sup>486</sup>

In der Anschrift fehlte jeder Hinweis darauf, an wessen Ministerrat der Brief gerichtet war. Dies und der Inhalt des im Kabinett abgestimmten Briefes machten deutlich, dass die Bundesregierung die DDR nicht anerkannte.

Kiesinger informierte am 13. Juni 1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung darüber, dass das Kabinett einstimmig den Vorschlag eines kurzen Briefes an Stoph angenommen habe, der noch am gleichen Tag übergeben werden solle. Er wies darauf hin, dass in diesem Brief klipp und klar der deutsche Rechtsstandpunkt dargelegt werde und die Bezeichnung "DDR" nicht erwähnt werde.<sup>487</sup> Der Antwortbrief an Stoph wurde am selben Tag durch einen von Kiesinger beauftragten Verwaltungsbeamten des Bundestages in Ostberlin überreicht. Hier war man dem Vorschlag des SPD-Fraktionsvorsandes nachgekommen, der am 7. Juni auf einer Sitzung in einem Beschluss festgehalten hatte, dass als Beauftragter zur Übermittlung des Antwortbriefes an Stoph nicht

<sup>485</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 19: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>486</sup>: Dies geht aus dem Brief des geschäftsführenden Mitgliedes des CDU-Präsidiums vom 6.4.1967 an Barzel hervor, an dem auch der SPD-Antwortbriefentwurf an Stoph angehängt war, S. 1-10, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-358.

<sup>487</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 13.6.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1014/1: S. 1-51, hier S. 41. Das DDR-Regime belustigte sich darüber, dass in Kiesingers Antwortbrief an Stoph die Bezeichnung DDR vermieden worden war. Allerdings war an zwei Stellen vom „anderen Teil Deutschlands“ die Rede. Siehe die Kopie von Kiesingers Antwortbrief, S. 1-2: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-358.

ein Abgeordneter, sondern ein Vertreter der Verwaltung des Bundestages, gegebenenfalls ein Staatssekretär, bestimmt werden solle.<sup>488</sup>

Kiesingers Antwortbrief an Stoph vom 13. Juni 1967 hielt an der bundesdeutschen Nichtanerkennungsposition fest und forderte die Gegenseite zu Gesprächen auf, um zu verhindern, dass sich die Deutschen in der Zeit der erzwungenen Teilung menschlich auseinander lebten. Kiesinger schrieb an Stoph: *„Solange grundlegende Meinungsverschiedenheiten eine gerechte Lösung der deutschen Frage verhindern, muß im Interesse des Friedens unseres Volkes und der Entspannung in Europa nach innerdeutschen Regelungen gesucht werden, welche die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Deutschen in Ost und West so weit wie möglich fördern.“*<sup>489</sup>

Für die SED-Führung war dies, wie Ulbricht am 15. Juni in einer Rede auf einer Wählerversammlung in Leipzig erklärte, eine Stufentheorie der Bundesregierung, um die Alleinvertretungsanmaßung auch auf den untergeordneten Behördenebenen durchzusetzen.<sup>490</sup> Einen Tag zuvor hatte Stoph in einer Regierungserklärung vor der DDR-Volkskammer den Bonner Machthabern aggressive Bestrebungen vorgeworfen, die nicht nur Frieden und Sicherheit der Bevölkerung beider deutschen Staaten bedrohten, sondern auch ihr weiteres Auseinanderleben bewirkten.<sup>491</sup>

In den Reihen der SPD wurde zwar der Inhalt des Antwortbriefes an Stoph begrüßt, es wurde aber kein Grund gesehen, *„nun in ein großes Triumphgeschrei auszubrechen“*, wie Schmidt am 13. Juni 1967 auf einer SPD-Fraktionssitzung betonte. Schmidt forderte dazu auf, in der Öffentlichkeit nicht irgendwelche Illusionen zu wecken. Vielmehr komme es darauf an, die Briefaktion realistisch als ein Teilstück der langfristigen deutschlandpolitischen Bemühungen zu betrachten. Wehner ergänzte auf dieser Fraktionssitzung, dass nach Kiesingers Auffassung ein nicht unbeträchtlicher Teil der CDU/CSU-Fraktion mit dem Inhalt des Briefes und dem Zeitpunkt seiner Absendung nicht einverstanden sei. Die SPD müsse daher alles vermeiden, was die entschlossene Haltung des Kanzlers stören oder in ein falsches Licht setzen könnte.<sup>492</sup>

Der Kanzler hatte sich zwar in der Art seiner Reaktion auf den Stoph-Brief über die Einwände vieler CDU/CSU-Parlamentarier hinweggesetzt, er war jedoch inhaltlich im

<sup>488</sup>: SPD-Fraktionsvorstandssitzung 7.6.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Bundestagsfraktionsvorstandes V. WP, Ordner 199: S. 1-6, hier S. 1.

<sup>489</sup>: Kopie von Kiesingers Antwortbrief, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilm-Signatur N/1371-358.

<sup>490</sup>: Abdruck von Ulbrichts Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1296-1301, hier S. 1296 und 1297.

<sup>491</sup>: Abdruck von Stophs Regierungserklärung: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1453-1458, hier S. 1457.

<sup>492</sup>: SPD-Fraktionssitzung 13.6.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 66: S. 1-5, hier S. 4-5.

Rahmen dessen geblieben, was in den jeweiligen Gremien und Gesprächsrunden der CDU/CSU festgehalten worden war. Trotzdem werteten wohl einige CDU/CSU-Politiker Kiesingers Brief an Stoph als „*Öffnung eines fatalen Weges*.“<sup>493</sup>

Eine Verzögerung der Antwort an Kiesinger unterwerfe nach der Lagebeurteilung der SED die Anerkennungsdiskussion in der Bundesrepublik einem nützlichen „Reifeprozess“, bemerkte der BND.<sup>494</sup> In der Tat, Stoph beantwortete den Brief des Kanzlers erst sehr spät. In seinem Antwortschreiben vom 18. September 1967 forderte Stoph ein Treffen mit Kiesinger. Des Weiteren verschärfte Stoph seine maximalen Forderungen an die Bundesregierung, die bundesdeutsche Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa, einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der innerdeutschen Grenze, Rüstungsbeschränkung und die bundesdeutsche Anerkennung Westberlins als selbstständige politische Einheit. Darüber hinaus wurde das Eintreten der Regierungen der DDR und der Bundesrepublik für normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu den anderen europäischen Staaten gefordert.<sup>495</sup> Auch hatte Stoph seinem Brief den Entwurf eines Vertrags beigefügt, den beide deutschen Staaten zur Normalisierung ihrer Beziehungen abschließen sollten.<sup>496</sup> Eine Verständigung und Kooperation in der von Kanzler Kiesinger vorgeschlagenen Weise war damit kaum möglich.

Die Brückierung der Bundesregierung durch den zweiten Stoph-Brief erwies sich als taktisches Mittel und nicht lediglich als Selbstzweck. Sie verband sich mit dem Versuch, einen Rückzug der Bundesregierung aus der Korrespondenz zu verhindern. Zumindest sollte die etwaige Ablehnung einer Entgegennahme für weitere unfruchtbare sowjetzonale Monologe agitatorisch nutzbar gemacht werden. Daher hatte Stoph einer heftigen Reaktion Bonns mit der Aussage in seinem Brief vorgebeugt, dass es um mehr als „*Emotionen*“<sup>497</sup> gehe. Gleichzeitig sollte die Bundesregierung mit der Vorlage eines deutsch-deutschen Vertragsentwurfs in Verzug und unter Druck gesetzt werden.

Der CDU-Parlamentarier Heinrich Krone schrieb am 19. September 1967 in einer Aufzeichnung über den einen Tag zuvor eingegangenen zweiten Stoph-Brief: „*Hier ist das*

<sup>493</sup>: Gerstenmaier, Eugen, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1981, S. 456.

<sup>494</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 2, hier Lagebericht 17/67, S. 1-17, hier S. 11: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-899.

<sup>495</sup>: Auflistung wesentlicher Ereignisse in der DDR von gesamtdeutscher Bedeutung im Jahr 1967, S. 1-14, hier S. 3: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>496</sup>: Stoph an Kiesinger 18.9.1967: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1277-1279.

<sup>497</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 2, hier Lagebericht 19/67, S. 1-16, hier S. 7: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-899.

*Maß an Unverfrorenheit, an Unverschämtheit, an Zynismus bis zum Rande voll.*<sup>498</sup>

Dennoch waren wichtige Gründe für eine Beantwortung auch des zweiten Briefes von Stoph hervorgehoben worden. Wehner äußerte am 20. September in einer SPD-Pressemitteilung: *„Ich bin für beharrliches Fortsetzen und für Beständigkeit im Bemühen um Entspannung. Andere Auffassungen scheinen mir unserer Verpflichtung nicht gerecht zu werden, vor Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren, sondern unermüdlich bestrebt zu sein, das Leben der Menschen in beiden Teilen Deutschlands zu erleichtern, indem jede Seite dazu beiträgt, die Spannungen nicht zu vermehren, sondern zu mindern. Für ganz unklug halte ich den Rat, jetzt einfach Schluß zu machen, d. h. den Briefwechsel zu beenden.*“<sup>499</sup> Wehner hatte daraufhin am 27. September in einem Brief an Brandt geschrieben, dass er trotz aller Widrigkeiten eine kleine Vorwärtsbewegung in den deutsch-deutschen Beziehungen sehe.<sup>500</sup>

Auch der CDU-Generalsekretär Bruno Heck sprach sich am 22. September 1967 in einem Interview gegenüber dem Deutschlandfunk in der Sendereihe “Bericht aus Bonn“ für eine Fortsetzung des Briefwechsels aus. Heck erklärte: *„Als der erste Brief von Herr Stoph hier angekommen ist, haben wir uns sorgfältig überlegt, ob man den Brief ignorieren soll oder ob man antworten soll. Wir haben uns für das Antworten entschieden, und seither ist das keine Frage mehr bei uns. Und deswegen gibt es auch keine Vorbehalte. Wir sind mit dem Bundeskanzler der Meinung, daß wir jetzt für ein geregeltes Nebeneinander einfach am Mann bleiben müssen.*“<sup>501</sup> Diese Auffassung wurde am 24. September in der WDR-Diskussionssendereihe “Woche in Bonn - Parteiengespräch“ von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Werner Marx, dem parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, und dem parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Hans-Dietrich Genscher, einvernehmlich bekräftigt. Genscher beklagte jedoch in diesem Zusammenhang das Fehlen eines klaren Konzeptes der Regierungsparteien zur Deutschlandpolitik. Alle Teilnehmer der Sendung waren sich darin einig, dass das deutsche Problem nicht durch Stillsitzen zu lösen sei, wie Kiesinger es in der ersten Reaktion auf den Stoph-Brief erklärt habe.<sup>502</sup>

In seinem kurzen Antwortschreiben an Stoph vom 28. September 1967 teilte Kiesinger mit, dass die Bundesregierung bereit sei, im Interesse aller Deutschen, aber auch im

<sup>498</sup>: Krone, Heinrich, Tagebücher, Band 2: 1961-1966, bearbeitet und hrsgg. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003, S. 196.

<sup>499</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 20.9.1967, S. 1-4, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1980.

<sup>500</sup>: Wehner an Brandt 27.9.1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 75.

<sup>501</sup>: Materialsammlung “Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 21: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>502</sup>: Materialsammlung “Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 22: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

Dienste der Entspannung und des Friedens in Verhandlungen mit der Ostberliner Regierung einzutreten. Zu diesem Zweck stehe der Staatssekretär des Kanzleramts jederzeit zu Verfügung. Auch forderte Kiesinger, dass seine Briefe an Stoph in der DDR veröffentlicht werden sollten.<sup>503</sup> Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Egon Franke führte am 29. September auf einer SPD-Präsidiumssitzung aus, dass die einen Tag zuvor herausgegangene Antwort des Kanzlers auf den zweiten Stoph-Brief in Form und Inhalt erkennen ließe, dass es der Bundesregierung sehr ernsthaft darum gehe, alles zu tun, um aus der Verzerrung und Verkrampfung des Verhältnisses des einen zum anderen Teil Deutschlands herauszukommen. Als klug empfand Franke, dass auf die Wiederholung von Formulierungen, die bisher Anlass zur polemischen Auseinandersetzungen geliefert hätten, verzichtet worden sei.<sup>504</sup> Barzel schrieb am 5. Oktober in einem Brief an Kiesinger, dass ein deutlicher Fortschritt in dem Deutschlandkonzept der Bundesregierung erkennbar sei.<sup>505</sup>

Bereits zu diesem Zeitpunkt dürfte aber schon festgestanden haben, dass die rasche Beantwortung des zweiten Stoph-Briefes durch Kanzler Kiesinger und die eindeutig und offen gezeigte Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung die SED-Führung in eine prekäre Situation gebracht hatten. Die zurückhaltende Formulierung des bundesdeutschen Standpunktes machte dessen Diffamierung für das SED-Regime schwieriger. Diesem Zweck wurde in der Agitation Ostberlins daher noch mehr Raum als früher eingeräumt. Ferner sah sich die SED wohl durch die aktive Betonung der menschlichen Belange im Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands von der Bundesregierung in die Defensive gedrängt. Es wurde demgegenüber versucht, vorsorglich eine weitere Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Gesellschaftsordnungen der "Bonner Revanchepolitik" anzulasten.<sup>506</sup> Damit hatte der Briefwechsel Stoph-Kiesinger die Propaganda des SED-Regimes gegen die Bundesregierung nochmals verhärtet, die innerdeutschen Fronten nicht aufgelockert und damit auch die Frage aufgeworfen, ob Ostberlin überhaupt eine wirkliche Entspannung wollte.

Das SED-Zentralpresseorgan "Neues Deutschland" lehnte es in seiner Ausgabe vom 4. Oktober 1967 grundsätzlich ab, wie von Kiesinger in seinem zweiten Antwortbrief an

---

<sup>503</sup>: Kiesinger an Stoph 28.9.1967: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1733.

<sup>504</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 29.9.1967: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0754.

<sup>505</sup>: Barzel an Kiesinger 5.10.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

<sup>506</sup>: Als geheim eingestuft "BND-Lagebericht Ost 1967", Band 1, hier Lagebericht 8/67, S. 1-19, hier S. 14: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

Stoph gefordert, die Briefe Kiesingers an Stoph oder ähnliche Schreiben aus Bonn zu veröffentlichen.<sup>507</sup> Eine Antwort Stophs auf Kiesingers zweiten Brief blieb auch aus. Damit war der Briefwechsel Stoph-Kiesinger beendet. Dass Kiesinger den Staatssekretär des Kanzleramts für Verhandlungen mit der DDR-Regierung benannt hatte, war mit keinem Wort in der Presse und im Rundfunk der DDR erwähnt worden. Stattdessen wurde erklärt, der Kanzler habe auf der „Alleinvertretungsanmaßung“ bestanden. In der Ausgabe des „Neuen Deutschlands“ vom 4. Oktober hieß es dazu: *„Die reaktionärsten, aggressivsten Kräfte in der CDU/CSU ... bestehen wie eh und je auf die unverschämte Alleinvertretungsanmaßung, sie lehnen direkte Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ab. Sie blockieren jede Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten, den Abschluß eines Vertrages über Gewaltverzicht und die Anerkennung der nach 1945 entstandenen Grenzen. Herr Kiesinger hat in seinem jüngsten Brief diese Positionen erneut bekräftigt und in einer Rundfunkansprache ausdrücklich bestätigt, daß er auf unsere Minimalvorschläge keinesfalls eingehen könne.“*<sup>508</sup>

Somit führte dieser so spektakulär begonnene Briefwechsel zu keinem produktiven Ergebnis. Dies war auch die Absicht der SED-Führung. Der BND erklärte, dass mit der Forderung nach der Herstellung normaler Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten als erste Voraussetzung für eine Überwindung der Teilung Deutschlands die SED-Führung das Fernziel verfolge, die angebliche Ausweglosigkeit der Politik der Bundesregierung zu demonstrieren und durch außenpolitische Isolierung die Große Koalition über den Weg der Frustration zum Scheitern zu bringen.<sup>509</sup> Der Entspannungspolitik der Bundesregierung stelle Ostberlin nach wie vor seine Entspannungstaktik entgegen. Sie werde infolge ihrer offensiven Zielsetzung durch betont aggressive Elemente charakterisiert, so gehe es Ostberlin nun vor allem darum, dem eigenen Kurs im Ringen um entscheidende Positionsverbesserungen den längeren Atem zu sichern. Denn die Hauptsorge der SED-Führung bestehe darin, dass Bonn durch Erfolge in seinem Werben für die deutschen Interessen Isolierungsgefahren von sich abwenden könne. Gerade eine fortschreitende außen- wie innenpolitische Isolierung der Bundesrepublik sei aber eine Voraussetzung für das Gelingen der SED-Frustrations-

<sup>507</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10. 1967, S. 1-57, hier S. 22: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>508</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10. 1967, S. 1-57, hier S. 22: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>509</sup>: Als geheim eingestuftes „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 1/67, S. 1-26, hier S. 9: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

politik, analysierte der BND.<sup>510</sup> Der Geheimdienst ergänzte, Stoph habe mit seinem zweiten Brief an Kiesinger bekräftigt, dass es für Pankow gegenwärtig nur einen einzigen Verhandlungsgegenstand gebe: Die bundesdeutsche Anerkennung der DDR. Die Kompromisslosigkeit der östlichen Seite komme insbesondere darin zum Ausdruck, dass Pankow sich nicht einmal mehr dazu bereit finden wolle, sein Anerkennungsziel schrittweise anzustreben.<sup>511</sup>

### **3.1.2. Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger. Ein Präzedenzfall und seine Folgen für die Deutschlandpolitik**

*„Wir erkennen natürlich, daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, mit dessen Vertretern ich einen Briefwechsel eingegangen bin.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>512</sup>

Kanzler Kiesingers Entscheidung, am 10. Mai 1967 einen Brief des DDR-Ministerpräsidenten anzunehmen - was von den Vorgängerregierungen stets abgelehnt worden war -, hatte einen sehr wichtigen Präzedenzfall geschaffen. Am 17. Mai beschloss die Bundesregierung offiziell, künftig Schreiben von der DDR-Regierung anzunehmen.<sup>513</sup> Dies führte jedoch auch dazu, dass zahlreiche ausländische Stellungnahmen auf die Bedeutung dieses Vorgangs verwiesen und die Absicht, dass künftige Vorschläge der DDR nicht übergangen werden sollten, als Beweis für die Festigung der internationalen Stellung der DDR werteten.<sup>514</sup> Bei einer Infas-Meinungsumfrage in der Bundesrepublik, die am 19. Juni veröffentlicht wurde, hatten drei Viertel der Befragten die Annahme und Beantwortung von Briefen der DDR-Regierung befürwortet und sich für direkte Verhandlungen zwischen Kiesinger und Stoph ausgesprochen. Das Meinungsforschungsinstitut erklärte in seinem Abschlussbericht, dieses Ergebnis bestätige die alte Erfahrung, dass eine große Mehrheit innerhalb der deutschen Bevölkerung grundsätzlich

<sup>510</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 2, hier Lagebericht 17/67, S. 1-17, hier S. 9; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-899.

<sup>511</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 2, hier Lagebericht 19/67, S. 1-16, hier S. 6; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-899.

<sup>512</sup>: Zitat Kiesinger am 13.10.1967 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, hier S. 6360.

<sup>513</sup>: Osterroth, Franz / Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1978<sup>2</sup>, S. 385.

<sup>514</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 10/67, S. 1-10, hier S. 2; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

positiv reagiere, wenn im Zusammenhang mit den gesamtdeutschen Beziehungen von Verhandlungen die Rede sei.<sup>515</sup>

Der innerdeutsche Konflikt war mit dem Präzedenzfall, dem Briefwechsel Stoph-Kiesinger, aber nicht entschärft worden. Im Gegenteil, Stophs und Ulbrichts Abgrenzungskurs hatte ihn noch verstärkt.<sup>516</sup> Kiesinger führte am 10. Oktober 1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung aus: *„Ich glaube, daß ich kein Geheimnis verrate, wenn ich sage, ich habe nicht erwartet, daß mich Herr Stoph, noch Herr Ulbricht umarmen würden. Wir wissen, daß das lang und mühselig ist. Wer weiß das nicht?“*<sup>517</sup> An dem Briefwechsel Stoph-Kiesinger zeigten sich deutlich die verschiedenen Grundpositionen der beiden deutschen Regierungen. Stoph stellte die große Politik mit Anerkennung der Grenzen, direkten Verhandlungen, Kernwaffenverzicht und Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs in den Vordergrund. Kiesinger hingegen wies darauf hin, dass der innere Zusammenhalt des deutschen Volkes gestärkt werden müsse und nannte dabei keine Vorbedingungen, was Brandt am 13. Oktober in einer Rede im Bundestag ausführlich hervorhob.<sup>518</sup>

Die wiederholte Forderung des DDR-Regimes nach der bundesdeutschen Anerkennung der DDR und Westberlins als eigenständige politische Einheit ohne Bindung an die Bundesrepublik war der Blocker, der einen deutschlandpolitischen Durchbruch der Bundesregierung verhinderte, da die Bundesregierung die Linie zu einer Anerkennung der DDR nicht überschreiten wollte. Das DDR-Regime hatte daher keinen Anlass, auf Kiesingers Vorschläge aus seinem Briefwechsel mit Stoph einzugehen, die aus Sicht des Regimes keine Vorteile bringen würden, sondern nur der Bundesrepublik nutzen konnten. Daher erschien es für das Regime zweckmäßiger, wenn schon die geforderte bundesdeutsche Anerkennung der DDR nicht realisierbar war, hart zu bleiben, in der Hoffnung, dass die Differenzen innerhalb der Großen Koalition irgendwann zu einer, aus der Perspektive der DDR, günstigeren Machtkonstellation in Bonn führen würden.

---

<sup>515</sup>: Infas-Bericht 19.6.1967, S. 1-14, hier S. 1-2: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-026/3.

<sup>516</sup>: Siewert, Regina / Bilstein, Helmut, Gesamtdeutsche Kontakte. Erfahrungen mit Parteien- und Regierungsdialo, Opladen 1969, S. 39-40.

<sup>517</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 10.10.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-36, hier S. 24.

<sup>518</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-24, hier S. 4-5: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand V. WP, Ordner 04635.



Als Kiesinger am 10. Oktober 1967 auf der CDU/CSU-Fraktionssitzung die Existenz fundamentaler Differenzen zwischen den Koalitionsparteien in der Deutschlandpolitik verneinte und der Behauptung widersprach, dass die SPD weiter gehen wolle in Richtung auf die Anerkennung der DDR, und die Union dagegen nur ein schwerer Bremsklotz sei<sup>519</sup>, geschah Kiesingers Aussage wohl wider besseren Wissens. Denn Kiesinger beurteilte am nächsten Tag in einem Interview gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ die Situation in der Koalition im Hinblick auf ihren deutschlandpolitischen Kurs viel kritischer und sagte: *„Den einen gehen wir zu weit, den anderen nicht weit genug.“*<sup>520</sup> In der CDU/CSU wuchs Ende 1967 der Unmut über den Kurs des Kanzlers und die deutschlandpolitischen Vorstellungen der SPD. Schmidt wies am 3. Oktober auf einer SDP-Fraktionssitzung darauf hin, dass man den Dialog mit Ostberlin nicht abreißen lassen und sich dazu auch nicht provozieren lassen dürfe.<sup>521</sup> Die Kritiker in der CDU/CSU forderten hingegen die Abkehr von der bis dahin immer wieder aufgezeigten Gesprächsbereitschaft gegenüber Ostberlin. Barzel erklärte nun am 5. Oktober in einem Brief an Kiesinger, dass es im In- und Ausland eine Unsicherheit über den künftigen deutschlandpolitischen Kurs der Großen Koalition gebe und riet zu einer wohl erwogenen Aussage beider Parteien über das Ziel der Deutschlandpolitik. Barzel warnte jedoch vor hektischer Betriebsamkeit.<sup>522</sup>

Wehner forderte am 21. Januar 1968 den Kanzler in einem Brief auf, die Entscheidungen der 1950er Jahre zu korrigieren und einen Interessenausgleich bei der Lösung der deutschen Frage zu suchen, sonst könnten die 1970er Jahre für Mitteleuropa vergleichbare Konsequenzen haben wie der Dreißigjährige Krieg.<sup>523</sup> Barzel zeigte sich am 26. Januar in einem Brief an Kiesinger *„entsetzt“* über Wehners Haltung.<sup>524</sup> Als Wehner in dieser brisanten Lage am 2. Februar in einem Interview die Verbündeten der Bundesrepublik attackierte und ihnen unterstellte, die deutsche Wiedervereinigung eigentlich nicht zu wollen, und er gleichzeitig anregte, man solle über die Möglichkeiten einer

---

<sup>519</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 10.10.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-36, hier S. 23.

<sup>520</sup>: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Entspannung in Deutschland. Friede in Europa. Reden und Interviews 1967, Bonn 1968, S. 77-79, hier S. 77.

<sup>521</sup>: SPD-Fraktionssitzung 3.10.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 71: S. 1-9, hier S. 2.

<sup>522</sup>: Barzel an Kiesinger 5.10.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

<sup>523</sup>: Wehner an Kiesinger 21.1.1968, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 48.

<sup>524</sup>: Barzel an Kiesinger 26.1.1968, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-273.

Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten nachdenken und die eigene Nicht-  
anerkennungspolitik modifizieren<sup>525</sup>, löste er damit bei der CDU/CSU weiteren Unmut  
aus.

Am 14. März 1968 kam es zwischen den Koalitionsparteien zu einer heftigen Dis-  
kussion im Bundestag über den von Kiesinger am 11. März erstatteten Bericht zur Lage  
der Nation<sup>526</sup>, an der sich Schmidt und Wehner für die SPD sowie Barzel und Gradl für  
die CDU beteiligten.<sup>527</sup> Während die CDU-Politiker auf den bundesdeutschen Allein-  
vertretungsanspruch beharrten und ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber der DDR-  
Führung von humanitären Gegenleistungen Ostberlins abhängig machten, spähnten die  
Sozialdemokraten nach Möglichkeiten einer deutsch-deutschen Kooperation jenseits  
von völkerrechtlichen Gedankenmodellen. Den deutschlandpolitischen Standpunkt der  
SPD definierte Schmidt in dieser Bundestagsdebatte mit der Aussage, dass die DDR ein  
Staat sei, mit dem man geordnete Verbindungen herstellen müsse, ohne ihn aber völker-  
rechtlich als Ausland zu betrachten.<sup>528</sup> Hiermit war der von der SPD angezielte deutsch-  
landpolitische Bewegungsraum zwischen dem bundesdeutschen Alleinvertretungsan-  
spruch und der Behauptung Ostberlins von zwei deutschen Staaten erklärt, in dem die  
SPD nun nach Handlungsoptionen fahnden wollte.

Allerdings war dieser Bewegungsraum schwer einzuschätzen, da die DDR-Führung ihre  
Schikanen immer mehr ausbaute. Denn nach wie vor bestand Ostberlin kompromisslos  
darauf, dass die Voraussetzung für jede deutsch-deutsche Verständigung die bundes-  
deutsche Anerkennung der DDR sei. Dies signalisierte die DDR durch immer neue  
Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Bundesrepublik. Bei den gegenüber 1965/66  
stark reduzierten deutsch-deutschen Kontakten und Begegnungen wurde 1967 die ver-  
stärkte Politisierung im Sinne der Behauptung vom Bestehen zweier deutscher Staaten  
sehr sichtbar. Auf dem Gebiet der kulturellen Kontakte wurde der "Kulturaustausch"

---

<sup>525</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.  
1967, S. 1-57, hier S. 31: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>526</sup>: Kiesingers Bericht zur Lage der Nation wurde am 11.3.1968 durch das Bundespresseamt veröffent-  
licht. Text des Berichtes, S. 1-22: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1968/69. Kiesingers  
Bericht zur Lage der Nation stand nun im Mittelpunkt der SED-Agitation. Kiesingers Vorschläge zur  
Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen wurden jedoch nicht erwähnt. Allein die DDR, so wurde  
behauptet, sei berechtigt, die Geschicke der Nation zu übernehmen. Siehe dazu eine Mitteilung des  
Bundespresseamts vom 13.3.1968: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V.  
WP, Ordner B137-3666.

<sup>527</sup>: Bundestagssitzung 11.3.1968 (Kiesinger) / Bundestagssitzung 14.3.1968 (Barzel/Schmidt/Gradl/  
Wehner): Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66: Stenographische Be-  
richte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 8281-8416.

<sup>528</sup>: Bundestagssitzung 14.3.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66:  
Stenographische Berichte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 8281-8416, hier S.  
8306.

zunehmend von der bundesdeutschen Anerkennung der DDR abhängig gemacht.<sup>529</sup> Die DDR kündigte 1968 auch den geplanten Redner- und Zeitungsaustausch. Dadurch sah sich vor allem Strauß bestätigt, der schon am 15. Mai 1966 darauf hingewiesen hatte, dass ein Redneraustausch kein wirkliches Mittel zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit sei.<sup>530</sup>

Darüber hinaus führte die DDR eine eigene Staatsbürgerschaft ein, gedacht als Gegenoffensive zu dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch. Am 2. Februar 1967 war in der DDR zunächst das „Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen“ umbenannt worden in „Staatssekretariat für westdeutsche Fragen“. Ein Gesetz vom 20. Februar führte dann die Staatsbürgerschaft der DDR ein.<sup>531</sup> *„Das Staatsbürgerschaftsgesetz ist Ausdruck der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und trägt zur weiteren allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates bei“*, hieß es in dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR vom 20. Februar.<sup>532</sup> Bisher hatte es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gegeben. Mit diesem neuen Gesetz wollte die SED die Eigenstaatlichkeit der DDR herausstellen und nachweisen, dass in der DDR ein eigenes Staatsvolk lebt.<sup>533</sup> Bemerkenswert war, dass alle Personen, die nach dem 7. Oktober 1949 aus der DDR geflohen waren, weiterhin Staatsbürger der DDR blieben, so dass von ihnen die Erfüllung der verfassungsmäßigen Pflichten gefordert wurde, und sie gegenüber der DDR keine Rechte oder Pflichten aus einer anderen Staatsbürgerschaft geltend machen konnten. Damit hatte sich das DDR-Regime die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um ehemalige Flüchtlinge anlässlich eines Besuches ihrer alten Heimat an der Rückkehr in die Bundesrepublik zu hindern oder zur Ableistung des Wehrdienstes in der Nationalen Volksarmee der DDR heranzuziehen.<sup>534</sup> Die DDR-

---

<sup>529</sup>: „Materialsammlung für den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation“ vom 9.1.1968, S. 1-7, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>530</sup>: Presseagenturmeldung vom 15.5.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 348.

<sup>531</sup>: Auflistung wesentlicher Ereignisse in der DDR von gesamtdeutscher Bedeutung im Jahr 1967, S. 1-14, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666. Siehe dazu auch: Makarov, Alexander N., Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht. Kommentar, Frankfurt a. M./Berlin 1971, S. 598-591 und 619-620.

<sup>532</sup>: Von Münch, Ingo (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1, Stuttgart 1976<sup>2</sup>, S. 369-373, hier S. 370.

<sup>533</sup>: Siehe dazu ein Interview zur Einführung der DDR-Staatsbürgerschaft, das Wehner am 5.4.1968 gegeben hat. Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 557-560, hier S. 557.

<sup>534</sup>: „Materialsammlung für den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation“ vom 9.1.1968, S. 1-7, hier S. 2-3: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

Staatsangehörigkeit wurde von der Bundesrepublik nicht als rechtswirksam anerkannt.<sup>535</sup>

Im Zuge dessen wurden die Reisemodalitäten zunehmend erschwert. Mit der Begründung, dass die Verabschiedung der Vorsorgegesetze in der Bundesrepublik eine neue Situation geschaffen habe, führte das DDR-Regime am 11. Juni 1968 Pass- und Visumszwang sowie gebührenpflichtige Sichtvermerke für Reisen in die DDR und für deren Verkehr von und nach Berlin ein. Das DDR-Regime ordnete an, dass Reisende aus Westberlin bei der Beantragung von Visa gezwungen werden sollten, sich als Bürger der selbstständigen politischen Einheit Westberlin zu bezeichnen.<sup>536</sup> Auch erhob das DDR-Regime für den Personen- und Güterverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet eine "Steuerausgleichsabgabe". Diese widerrechtliche „Politik der gezielten Nadelstiche“<sup>537</sup> gegen den Berlinverkehr und die Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik bedrohte den Zugang zu Berlin. Der CDU-Vorstand diskutierte am 21. Juni auf einer Sitzung die Konsequenzen der Einführung des Pass- und Visumszwangs in der DDR. Dabei bekräftigte Kiesinger, dass die bisherige Deutschlandpolitik fortgesetzt werde.<sup>538</sup> Ähnlich hatte sich Kiesinger auch am 19. Juni auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung geäußert, wobei Barzel jedoch auf die Entwicklung einer allmählichen Schmälerung der westlichen Rechte durch die Erpressung Ostberlins hingewiesen hatte.<sup>539</sup> Eine Aussprache zwischen CDU/CSU und SPD zu dieser Thematik hat es einen Tag später im Bundestag gegeben.<sup>540</sup>

Im Zusammenhang mit den Störmanövern der DDR gegen den zivilen Berlin-Verkehr fiel in der Bundesrepublik allgemein die Zurückhaltung der USA auf. Eine Erklärung fand sich in einem Bericht über die amerikanische Deutschlandpolitik, den ein Washingtoner Korrespondent der "New York Times" im Oktober 1968 veröffentlicht hatte. Darin hieß es: „Wenn man nach möglichen alliierten Gegenmaßnahmen gegen Beschränkungen des deutschen Zivilverkehrs fragt, dann meinen amerikanische Beamte, daß es eine Angelegenheit Bonns und nicht so sehr der westlichen Verbündete ist,

<sup>535</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 42; BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>536</sup>: Siehe dazu die von Kiesinger am 12.6.1968 im Bundestag abgegebene Erklärung zur Einführung des Pass- und Visumszwangs durch Ostberlin bei: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Reden und Interviews 1968, Bonn 1969, S. 195-197.

<sup>537</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 153.

<sup>538</sup>: CDU-Vorstandssitzung 21.6.1968: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 19, 21.6.1968. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 926-999, hier S. 972-974.

<sup>539</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 19.6.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1016/2: S. 1-57, hier Kiesinger S. 1-3 und Barzel S. 10.

<sup>540</sup>: Bundestagssitzung 20.6.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 67: Stenographische Berichte der 169.-187. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 9693-9772.

*eine Vergeltung in die Wege zu leiten. Der offenkundige Schritt würde in westdeutschen Beschränkungen des Handels zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland bestehen. Da aber solche Beschränkungen auch westdeutschen Unternehmen Import- und Exportmärkte kosten würden, hat die Bonner Regierung bisher gezögert, diesen Schritt zu tun. Wenn die Bundesdeutschen nicht zu Vergeltungsschritten bereit sind, scheint die USA-Regierung nicht geneigt zu sein, über einen diplomatischen Protest bei der Sowjetunion hinaus etwas zu unternehmen.*<sup>541</sup>

Der Briefwechsel Stoph-Kiesinger und die damit einhergehenden negativen Reaktionen aus der DDR machten für die Deutschlandpolitik deutlich, je mehr sich die Große Koalition unter Ausklammerung der Anerkennungsfrage um Annäherung an die DDR bemühte, desto abweisender reagierte das DDR-Regime. Es erhob immer wieder neue Forderungen, von denen es wusste, dass sie für Bonn inakzeptabel waren. Der Handlungsspielraum der Großen Koalition war auf diesem Feld somit sehr beengt. Daher stellte sich die Frage, was sich unter Ausklammerung der total auseinander gehenden Grundpositionen der Bundesrepublik und der DDR, hier Festhalten am Selbstbestimmungsrecht, dort Beharren auf die bundesdeutsche Anerkennung, gemeinsam erreichen ließe, falls Ostberlin überhaupt eine Entspannung wünschte.

In diesem Zusammenhang ist noch auf eine deutsch-deutsche Besonderheit hinzuweisen, die schon bei der Erstellung der Anschrift von Kiesingers Antwortbriefen an Stoph zu großen Diskussionen in der Großen Koalition geführt hatte. Die DDR wurde nicht nur rechtlich, sondern auch sprachlich nicht anerkannt, um den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch zu unterstreichen. Im amtlichen Sprachgebrauch der Bundesrepublik hieß die DDR Sowjetische Besatzungszone oder Sowjetzone, abgekürzt SBZ.<sup>542</sup> Eine Definition der SBZ nahm Bahr am 13. März 1967 in einer Aufzeichnung zur Deutschlanddiskussion vor. Bahr vermerkte, dass die SBZ kein Staat sei, sondern ein Gebiet ohne eigenes Staatsvolk und ohne eigenen Staatswillen, das durch eine fremde Macht und ein von dieser eingesetztes Regime vom übrigen Deutschland getrennt gehalten werde.<sup>543</sup> Die Richtlinien empfahlen als DDR-Bezeichnung auch „Mitteldeutschland“, das die Mitte Deutschlands in Nord-Süd-Richtung umfasste, also

---

<sup>541</sup>: Arbeitspapier des FDP-Pressesprechers Wolfgang Schollwer vom 1.1.1969 zum Thema Ost-West-Verhältnis, S. 1-8, hier S. 7: ADL, Unterlagen des FDP-Bundesausschusses für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik, Ordner A44-15.

<sup>542</sup>: Die Bundesrepublik wurde in der DDR offiziell als Westdeutschland bezeichnet, eine geographische Bezeichnung ohne Staatsbezug. Diese Namensgebung bestand fort, als die DDR Mitte der 1950er Jahre die Zwei-Staaten-Theorie erhob.

<sup>543</sup>: Bahrs Aufzeichnung 13.3.1967, S. 1-7, hier S. 6: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 1.

das thüringisch-obersächsische Gebiet.<sup>544</sup> Durch die terminologische Drehung von “Mitteldeutschland“ nach Ost-West konnte “Ostdeutschland“ als Begriff die deutschen Ostgebiete jenseits von der Oder-Neiße einbeziehen.<sup>545</sup> Demgegenüber ließ die Mitte der 1960er Jahre von Kanzler Kiesinger eingeführte Bezeichnung der DDR als der “andere Teil Deutschlands“<sup>546</sup> den Bezug auf die Ostgebiete fallen. In den amtlichen Sprachgebrauch drang DDR nur langsam ein, zunächst als “sogenannte DDR“<sup>547</sup> oder “DDR“ mit Anführungszeichen. In der westdeutschen Bevölkerung war bis Mitte der 1960er Jahre häufig der Name Zone oder Ostzone für die DDR verwendet worden.<sup>548</sup>

Am 3. April 1968 wurde auf einer Sitzung der außenpolitischen Kommission der CDU, die am 14. Dezember 1967 gegründet worden war und das CDU-Präsidium und den CDU-Vorstand beraten sollte<sup>549</sup>, darauf hingewiesen, wie schwierig es sei, eine gemeinsame Sprachregelung für die Bezeichnung der “DDR“ zu finden: *„Es wird betont, daß der Gebrauch des Zeichens “DDR“ nicht Anerkennung bedeuten müsse. In der Bevölkerung drüben werde kaum Verständnis dafür vorhanden sein, daß die “DDR“ immer noch mit Zone etc. bezeichnet werde. Als Ausweg wird vorgeschlagen, das Herrschaftssystem und insbesondere die Machthaber in Pankow mit “Regime“ zu bezeichnen.“*<sup>550</sup> Gemeinsam ist all diesen Bezeichnungen, dass sie die Staatlichkeit der DDR verneinen oder nicht ansprechen.<sup>551</sup> Diese schon seit Jahren andauernde Diskussion wurde erneut angeheizt, als die französische Regierung am 22. April 1968 ankündigte, sie werde künftig nicht mehr die Auffassung vertreten, dass die DDR kein Staat sei. Sie hatte Bedenken, die alte Formel weiter anzuwenden, die in der Dritten Welt immer weniger überzeugen würde.<sup>552</sup> Brandt, der bereits mehrmals von Kanzler

---

<sup>544</sup>: “Materialsammlung für den Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation“ vom 9.1.1968, S. 1-7, hier S. 2; BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>545</sup>: Jüttner, Alfred, Die deutsche Frage, Köln u. a. 1971, S. 2.

<sup>546</sup>: So zum Beispiel in Kiesingers Antwortbrief an Stoph vom 13.6.1967. Kopie von Kiesingers Antwortbrief, S. 1-2; BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-358.

<sup>547</sup>: Siehe zum Beispiel Kiesinger, der am 23.9.1968 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung die DDR als „sogenannte DDR“ betitelte: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 13.

<sup>548</sup>: Sussmann, Rudolf, Deutsche Teilung - Folgen für die Sprache? In: Lange, Klaus (Hrsg.), Aspekte der deutschen Frage, Herford 1986, S. 143-167, hier S. 148-150.

<sup>549</sup>: Siehe zur konstituierenden Sitzung dieser außenpolitischen Kommission am 14.12.1967: ACDP, Protokolle der außenpolitischen Kommission der CDU V. WP, Ordner 07-001-418/2: S. 1-3.

<sup>550</sup>: Außenpolitische Kommission der CDU 3.4.1968: ACDP, Protokolle der außenpolitischen Kommission der CDU V. WP, Ordner 07-001-418/2: S. 1-3, hier S. 2.

<sup>551</sup>: Zu den Forschungskontroversen während der 1990er Jahre über die begriffliche Charakterisierung der DDR siehe die Zusammenfassung bei: Schröder, Klaus, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, hrsgg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1999<sup>2</sup>, S. 633-634.

<sup>552</sup>: Siehe dazu die rückblickenden Aufzeichnungen von Ulrich Sahn, Leiter der Unterabteilung Ost der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, vom 14.5.1968 bei: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1968, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999, S. 483-494.

Kiesinger zur Ordnung gerufen worden war, weil er öffentlich die DDR als einen Staat bezeichnet hatte<sup>553</sup>, erhob bei einem außenpolitischen Kolloquium am 2. und 3. Mai im Heimerzheim, eine mit allen Spitzenpolitikern und -beamten besetzten Planungstagung, gleichfalls Einwände gegen diese alte deutsche Formel, die sich laut Brandt nur noch für begrenzte Zeit halten ließe. Kiesingers dortiges Machtwort, es dürfe keinen Substanzverlust geben, beendete jedoch zunächst die Diskussion über diese Frage.<sup>554</sup> Allerdings trat nun in der Sprachreglung zunehmend der Anspruch auf Alleinvertretung des deutschen Volkes immer mehr hinter der Formulierung Nichtanerkennung zurück. Nichtanerkennung bedeutete für die Bundesregierung jedoch nicht, wie aus einer Aufzeichnung Wehners vom 15. Juli hervorging, dass die Bundesregierung die DDR als Realität nicht zur Kenntnis nahm. Niemand denke daran, die DDR als politischen Machtfaktor auf deutschem Boden zu übersehen. Niemand komme ernstlich auf die Idee, den Realitätscharakter etwa der von ihr verhängten Reisebeschränkungen zu verkennen, hielt Wehner fest.<sup>555</sup>

Die Auseinandersetzungen der Großen Koalition über den rechtlichen und sprachlichen Umgang mit der DDR offenbarten, dass es zwischen den Unionsparteien und der SPD fundamentale Differenzen in der Deutschlandpolitik gab, die einen gemeinsamen Kurs behinderten und einen deutschlandpolitischen Durchbruch erschwerten. Daran änderte auch die bemerkenswerte Deutschlandrede nichts, die Kiesinger am 17. Juni 1967 im

---

<sup>553</sup>: Siehe zum Beispiel einen Brief Kiesingers an Brandt vom 22.8.1967 bei: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998, S. 1213-1214. Kiesinger schrieb an Brandt: „*Sie wissen, daß ich in den vergangenen Monaten bei verschiedenen Gelegenheiten meine Sorge über terminologische Unklarheiten bezüglich unserer Ostpolitik äußerte. Wir nahmen uns vor, daß wir uns zweckmäßigerweise, wenn auch ohne Pedanterie, auf eine bestimmte Terminologie einigen sollten.*“ (S. 1213). Kanzler Brandt sprach am 28.10.1969 in seiner Regierungserklärung die Bezeichnung DDR 6mal aus.

<sup>554</sup>: Tagungsprotokoll: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1968, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999, S. 533-552, hier S. 545.

<sup>555</sup>: Wehners Aufzeichnung 15.7.1968, S. 1-4, hier S. 4: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

Bundestag vortrug. Kiesinger führte dabei präzise aus, was ihn zum Briefwechsel mit Stoph motiviert hatte.

### 3.1.3. Kiesingers Deutschlandrede am 17. Juni 1967

In seiner Deutschlandrede am 17. Juni 1967 stellte Kanzler Kiesinger seine deutschlandpolitische Grundkonzeption dar.<sup>556</sup> Kiesinger wies auf die Existenz des zweiten deutschen Staates deutlich hin, wobei er den Begriff DDR jedoch konsequent wegließ. Man müsse ohne Scheuklappen sehen, was in den vergangenen vierzehn Jahren dort entstanden sei, erklärte er.<sup>557</sup> Der Kanzler bezeichnete die SED-Führung als die „*Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands*.“ Kiesinger beabsichtigte, die DDR in den eingeleiteten Entspannungsprozess zu integrieren. Solange jedoch das SED-Regime die Entspannungsvorschläge der Bundesregierung ablehne, nütze es der Bundesregierung, dass sie in Osteuropa, aber auch bei unabhängigen blockfreien Ländern glaubwürdiger erscheine als Ostberlin, schilderte Kiesinger.<sup>558</sup>

Kiesinger berichtete, dass die SED seit langem der Bundesregierung vorwerfe, es gehe ihr nicht wirklich um die Aufnahme von Kontakten, diese Forderung sei nur ein Vorwand. Kiesinger warf der SED-Führung hingegen vor, dass sie gar keine Gespräche wünsche. Sie verlange die völlige Unterwerfung unter den eigenen Standpunkt und löse damit den Eindruck aus, dass sie dies nur vornehme, weil sie Gespräche und eine Zusammenarbeit verhindern wolle. Kiesinger wiederholte zwar den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch, betonte aber, eine rein defensive Deutschlandpolitik, die nur darauf warte, dass der Geschichte etwas Rettendes einfalle, würde die Bundesrepublik mehr und mehr in Bedrängnis bringen. Daher habe sich die Bundesregierung zu einer beweglichen Politik entschlossen, deren Grundlage es sei, dass Europa nicht darauf verzichten könne, eine Friedensordnung anzustreben, welche die politische Spaltung Europas überwinden und eine gerechte Lösung der deutschen Frage erlangen könne. Dabei prophezeite Kiesinger einen langen und mühseligen Weg zu einer solchen Friedensordnung und wies auch auf die Möglichkeit eines Scheiterns hin. Hinsichtlich der Vorgehensweise sagte Kiesinger, dass für Verhandlungen mit den osteuropäischen

<sup>556</sup>: Kiesingers Deutschlandrede vom 17.6.1967 ist unter anderem abgedruckt bei: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1321-1324.

<sup>557</sup>: Für Kiesinger hatte die DDR anscheinend erst ab 1953 begonnen zu existieren. Die DDR war aber bereits 1949 gegründet worden.

<sup>558</sup>: Abdruck von Kiesingers Deutschlandrede im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.6.1967, S. 541-543, hier S. 541-542: AdSD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2348.



Regierungen und dem SED-Regime die großen Streitfragen ausgeklammert werden müssten und stattdessen nur über Themen diskutiert werden müsste, über die ein Einvernehmen geschaffen werden könne. Entspannung dürfe aber nicht in der Hinnahme des Staus quo oder gar seiner Besiegelung münden, warnte Kiesinger.<sup>559</sup>

Wie diese Entspannung eingeleitet werden sollte, erklärte Kiesinger am 5. Oktober 1967 in einem Interview gegenüber der Zeitschrift „Christ und Welt“. Er sei gewillt, vieles zu unternehmen, um im Sinne einer humanitären Geste den Menschen in der DDR zu helfen. Aber er wolle dafür unter keinen Umständen die gültigen Rechtspositionen der Bundesrepublik aufgeben. Dabei dürfe man nicht den gewaltigen Einfluss unterschätzen, den Ulbricht ja tatsächlich in Moskau besitze, meinte Kiesinger. Die Zone sei der bedeutendste Lieferant innerhalb des Ostblocks und daher ganz unentbehrlich. Daraus könne Ulbricht jederzeit in seinen eigenen Fragen Gewinn ziehen. Ulbricht sei trotz seines Alters ein nicht zu unterschätzender Gegner. *„Ich kann ihm nur beikommen, wenn ich ihn in einer Form isoliere, gegen die er eigentlich nichts machen kann. Die Isolierung der Zone kann nur so vor sich gehen, daß wir in den anderen kommunistischen Ländern vorsichtig Fuß fassen“*, sagte Kiesinger und fügte hinzu, dass es dann für die SED-Führung in der Zone immer komplizierter werde, auf ihren stalinistischen Standpunkt zu beharren.<sup>560</sup>

Was bedeutete *„Isolierung der Zone“*, und wie sollte diese Maßnahme zum Tragen kommen? Es sei von zentraler Bedeutung gewesen, so Kiesinger rückblickend in einem Interview am 31. Januar 1978, der Welt klipp und klar sichtbar zu machen, dass die Verantwortung beim SED-Regime gelegen habe, dass es zu keiner Annäherung der beiden deutschen Regierungen gekommen sei. Diese Vorgehensweise habe die Position der SED-Führung in Moskau schwächen sollen, reflektierte Kiesinger.<sup>561</sup>

Kanzler Kiesinger vermutete, dass sich der Kreml nicht für immer hinter der eigenen Propaganda gegen die Bundesregierung verbergen könne, sondern der Bundesregierung irgendwann Zugeständnisse werde machen müssen. Dann, so glaubte Kiesinger, würde Moskau Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung beginnen. Bis dahin musste auf vielen internationalen Politikebenen diese Entwicklung eingeleitet werden. Dabei bezog sich Kiesinger nicht nur auf das deutsche Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten. Dem Kanzler war klar, dass es auch notwendig war, Bedenken gegen die deutsche Einheit im Westen zu mildern. Diesem Punkt widmete er in seiner Deut-

<sup>559</sup>: Abdruck der Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1321-1324, hier S. 1322-1323.

<sup>560</sup>: Text des Interviews, S. 1-9, hier S. 4 und 5: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-008.

<sup>561</sup>: Text des Interviews, S. 1-16, hier S. 8: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-322.

schlandrede am 17. Juni 1967 besondere Aufmerksamkeit, wobei er einen Gedanken von Wehner aufgriff, der am 3. Dezember 1966 in einer Rundfunkansprache im RIAS geäußert hatte: *„Wir Deutsche können das Getrenntsein in Ost und West nur überwinden, wenn wir mithelfen, daß Europa zusammenkommt. ... Die innerdeutsche Entspannung wiederum muß eine europäische Entspannungspolitik sein.“*<sup>562</sup> Diesen Gedanken führte Kiesinger in seiner Deutschlandrede am 17. Juni 1967 weiter: *„Ein wiedervereinigtes Deutschland hat eine kritische Größenordnung. Es ist zu groß, um in der Balance der Kräfte keine Rolle zu spielen, und zu klein, um die Kräfte um sich herum selbst im Gleichgewicht zu halten. Es ist daher in der Tat nur schwer vorstellbar, daß sich ganz Deutschland bei einer Fortdauer der gegenwärtigen politischen Struktur in Europa der einen oder anderen Seite ohne weiteres zugesellen könnte. Eben darum kann man das Zusammenwachsen der getrennten Teile nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa.“*<sup>563</sup> Diese über den nationalen Horizont hinausreichende Einschätzung, die bislang ihre Bedeutung nicht verloren hat, teilte Kiesinger mit Brandt und Wehner, die schon zuvor in vielen Reden und Artikeln immer wieder betont hatten, die Beseitigung der Spaltung Europas sei die Voraussetzung für eine deutsche Wiedervereinigung. Kiesingers Deutschlandrede vom 17. Juni 1967 wurde später nicht zu Unrecht als *„herausragende deutschlandpolitische Dokument jener Zeit“*<sup>564</sup> bewertet.

Für Wehner war Kiesingers Deutschlandrede ein sehr wichtiger Schritt in der Deutschlandpolitik. Wehner meinte am 26. Oktober 1967 auf einer Sitzung des Bundsratsausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus, dass der Kanzler am 17. Juni in seiner Ansprache von beachtlichem Tiefgang eine sehr gründliche Darlegung des Kerns der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung und damit auch des Kernstückes der Auseinandersetzungen mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands gegeben habe. Kiesingers Ansprache sei eine in sich geschlossene Interpretation dieses so verzweifelt schwierigen Teils der Deutschlandpolitik.<sup>565</sup>

Kiesinger meinte am 9. Oktober 1967 auf einer CDU-Vorstandssitzung, dass seine Rede zum 17. Juni eine seiner am sorgfältigsten formulierten Reden gewesen sei, sie sei je-

---

<sup>562</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 306.

<sup>563</sup>: Abdruck der Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1321-1324, hier S. 1323.

<sup>564</sup>: Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 161.

<sup>565</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-16, hier S. 5: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3659.

doch leider von der Presse totgeschwiegen worden.<sup>566</sup> Derweil klagte der Kanzler auch am 15. Juni 1968 in einem Brief an den Theologen Heinrich Grüber darüber, dass seine Deutschlandrede kaum Beachtung gefunden habe.<sup>567</sup> Kiesinger wiederholte etwas später am 9. Oktober in einem Interview im Kanzleramt, dass seine Deutschlandrede am 17. Juni 1967 das Gelungenste sei, was er bisher im deutschlandpolitischen Zusammenhang geäußert habe.<sup>568</sup> Auch Wehner hat Kiesingers Deutschlandrede mehrmals positiv hervorgehoben. Insgesamt, so vermerkte Kiesinger rückblickend am 31. Januar 1978 in einem Interview, habe Wehner Kiesingers Deutschlandrede vom 17. Juni 1967 zwischen 1967 und 1974 achtmal im Bundestag positiv hervorgehoben.<sup>569</sup> Selbst nach dem Ende der Großen Koalition habe Wehner die gemeinsame Politik zumindest ideell weitergeführt, resümierte Kiesinger.<sup>570</sup> Wehner hatte in diesem Zusammenhang am 25. Februar 1970 im Bundestag kritisiert, dass Kiesingers Deutschlandrede vom 17. Juni 1967 in keiner Zeitung, sondern lediglich im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung<sup>571</sup> abgedruckt worden sei.<sup>572</sup>

In der Tat, die Berichterstattung über Kiesingers Deutschlandrede vom 17. Juni 1967 war der Bedeutung der Rede in keiner Weise angemessen. Sowohl in den in- wie ausländischen Medien wurde die Ansprache kaum erwähnt.<sup>573</sup> Ein Umstand, der bedauerlich war, denn gerade die letzte Passage von Kiesingers Deutschlandrede zeigte die notwendigen politischen Änderungen präzise auf: *„Alfred Webers Wort über den „Abschied von der bisherigen Geschichte“ muß ernst genommen und tiefer begriffen werden, als er selbst es vor zwanzig Jahren verstand, von uns und von den anderen. Hüben*

<sup>566</sup>: CDU-Vorstandssitzung 9.10.1967: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 15, 9.10.1967. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 658-706, hier S. 665.

<sup>567</sup>: Kiesinger an Grüber 15.6.1968, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-003.

<sup>568</sup>: Text des Interviews, S. 1-24, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.

<sup>569</sup>: Siehe dazu einen Vermerk Schmoeckels für Kiesinger, in dem Schmoeckel die acht Situationen aufführte, in denen Wehner im Bundestag Kiesingers Deutschlandrede vom 17.6.1967 positiv hervorgehoben hatte: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>570</sup>: Text des Interviews, S. 1-16, hier S. 14: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-322.

<sup>571</sup>: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.6.1967, S. 541-543.

<sup>572</sup>: Bundestagssitzung 25.2.1970: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 72: Stenographische Berichte der 31.-53. Sitzung 1970, herausgegeben in Bonn, S. 1549-1652, Wehner S. 1632-1636, hier S. 1634.

<sup>573</sup>: Presseecho auf Kiesingers Deutschlandrede vom 17.6.1967, erstellt am 13.9.1978 durch Schmoeckel: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

*wie drüben wird man sich aus eingefahrenen Denk- und Willensbahnen lösen müssen, wenn wir alle die künftige Geschichte nicht als wehrlose Opfer, sondern allen Zwängen der Entwicklung zum Trotz, als ihre Gestalter erfahren wollen.*<sup>574</sup> Eine Möglichkeit dies umzusetzen, war die überfällige Modifikation der starren Hallstein-Doktrin.

### **3.2. Modifikation der Hallstein-Doktrin: Die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien sowie die Kambodschafrage**

*„Es gibt nur wenige politische Realitäten, die so gut sind, daß sie verdienten, verewigt zu werden. Fortschritt ist nur möglich, wo das Bestehende immer wieder in Frage gestellt wird.“*

Willy Brandt<sup>575</sup>

Das ostpolitische Hauptziel der Großen Koalition war es, den Einfluss der Bundesrepublik in Osteuropa zu erweitern und ihren Handlungsspielraum gegenüber Moskau und Ostberlin auszubauen. Diese Politik sollte im Zusammenhang mit einer europäischen Entspannung unter Berücksichtigung der von der Bundesrepublik mit den westlichen Staaten eingegangenen Bündnisverpflichtungen betrieben werden. Besondere Beachtung verdient in diesem Kontext Kiesingers Rede über die Grundsätze der deutschen Außenpolitik vor dem Verein der Ausländischen Presse in Deutschland am 20. Januar 1967 in Bad Godesberg. Hier verneinte der Kanzler, dass die Tatsache der Anerkennung Ostberlins eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern ausschließe, allerdings unter der Bedingung, dass die Rechtsstandpunkte gegenseitig respektiert würden. Unter dieser Voraussetzung hielt er auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien für möglich. Eine Prioritätsliste für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den einzelnen osteuropäischen Staaten existiere aber nicht. Die Reihenfolge sei vielmehr ein Ergebnis des Verhandlungsgeschicks und erfordere vielfach pragmatische Lösungen. Ziel aller Bemühungen sei es, den euro-

---

<sup>574</sup>: Abdruck von Kiesingers Deutschlandrede im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.6.1967, S. 541-543, hier S. 543: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2348.

<sup>575</sup>: Brandt, Willy, Brücken bauen zu den Nachbarn in Osteuropa. Ein Beitrag für die jugoslawische Zeitschrift "Internationale Politik" vom 1.6.1968. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Willy Brandt. Frieden. Reden und Schriften des Friedensnobelpreisträgers 1971, Bonn 1971, S. 66-76, hier S. 66.

päischen Antagonismus zu überwinden, Misstrauen abzubauen und Vertrauen zu schaffen, erklärte der Kanzler.<sup>576</sup>

Bereits als Bundestagsabgeordneter hatte Kiesinger zwischen 1954 und 1959 im Parlament und im Auswärtigen Ausschuss durch unorthodoxe Äußerungen auf sich aufmerksam gemacht.<sup>577</sup> Er war sich seit längerem bewusst, dass bei der Anwendung und Interpretation der Hallstein-Doktrin zunehmend Flexibilität statt Verharren notwendig war. Anders als viele CDU/CSU-Parlamentarier hatte Kiesinger auch gegen die außenpolitischen Vorstellungen des Acht-Punkte-Programms der SPD, auf dessen Basis die Koalitionsverhandlungen im November 1966 ausgetragen worden waren, keine Einwände. Er hatte die SPD-Forderungen nach einer Neuordnung der Beziehungen zu Paris und Washington, nach einer Versöhnung und Normalisierung des Verhältnisses mit Osteuropa und nach einer Verstärkung der innerdeutschen Kontakte unterhalb einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR unterstützt.<sup>578</sup>

Brandt wollte verhindern, dass die rückwärts gewandten Kräfte in der CDU/CSU wieder zu viel Einfluss gewannen und den Bewegungsspielraum der Koalition immer weiter einengten. Deshalb drängte er seine Partei zunächst zur Vorsicht im Umgang mit dem Koalitionspartner, um die Zusammenarbeit nicht noch mehr zu belasten. Dies hing auch damit zusammen, dass in der SPD-Führung keineswegs ein klarer Konsens darüber bestand, welchen Kurs die SPD selbst verfolgen sollte, und wie entschieden sich die SPD von überkommenen Richtlinien in der Deutschland- und Ostpolitik lösen sollte. Während Brandt sich für die beharrliche Fortsetzung des Dialogs mit Moskau aussprach, legte Wehner sein Hauptaugenmerk auf eine Verstärkung des deutsch-deutschen Dialogs.

Schmidt hatte im März 1966 in einem Interview auf die Frage, ob er die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit den Staaten Osteuropas so bald wie möglich für zweckmäßig erachte, erwidert, dass er den Kern der Hallstein-Doktrin für eine richtige Grundlage der deutschen Politik halte. Bundestag und Bundesregierung seien die einzigen Organe, die durch freie Wahlen legitimiert seien, für das deutsche Volk zu sprechen. Aber es sei zweifelhaft, ob die detaillierte Ausformung dieses Grundsatzes zweckmäßig sei. Er erinnerte daran, dass nun nicht nur kleinere Staaten die Bundesrepublik erpressen könnten, sondern dass zugleich in einer Reihe von Ländern solche

<sup>576</sup>: Abdruck der Rede: Auswärtiges Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirates (Hrsg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 581-585, hier S. 584.

<sup>577</sup>: Bange, Oliver, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966-1969. In: Buchstab, Günter / Gassert, Philipp / Lang, Peter Th. (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 455-500, hier S. 457.

<sup>578</sup>: Schriftstück "Aufgaben einer neuen Bundesregierung" (Acht-Punkte-Programm der SPD): AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

Personen Deutschland vertreten, die dazu nicht legitimiert seien, während die Bundesrepublik trotz ihrer Legitimation Deutschland dort nicht vertrete.<sup>579</sup> Schmidt betonte am 11. April 1967 auf einer SPD-Fraktionssitzung, dass eine nachdrückliche und stetige Beharrlichkeit der Bundesregierung Voraussetzung für weitere Erfolge in der Ostpolitik sei.<sup>580</sup> Konkreter wurde Schmidt Anfang 1969, als er seine Analyse „Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte“ fertig gestellt hatte. Hierin hielt er eine fehlerhafte Situationsanalyse für ebenso fatal wie falsche Ziele oder falsche politische Methoden. Für ihn waren Fortschritte in der Deutschland- und Ostpolitik nur möglich, wenn die Hallstein-Doktrin definitiv aufgegeben würde.<sup>581</sup>

Wehner hatte bereits im September 1966 in einer Rede geäußert: *„Der Alleinvertretungsanspruch muß so definiert werden, daß er (oder was dafür gehalten wird) die Bundesrepublik Deutschland in ihren auswärtigen Beziehungen (einschließlich Handel und Sport) nicht zum Gefangenen der kommunistischen Gegenseite macht. Wir dürfen uns nicht dort selbst aussperren, wo der abgetrennte Teil Deutschlands schon drinsitzt, und wir dürfen uns nicht der Gefahr ausliefern, abtreten zu müssen, wenn die kommunistische Gegenseite aufkreuzt.“*<sup>582</sup> Barzel hatte im März in einem Interview erklärt, dass Moskau zurzeit alles unternehme, um die deutsch-sowjetischen Beziehungen einzufrieren zu lassen. Außerdem versuche Moskau, die zwischen Bonn und den Hauptstädten einzelner osteuropäischer Länder eingeleiteten besseren Beziehungen zu behindern. Dennoch werde die Bundesregierung beharrlich weiter daran arbeiten, im Rahmen des Möglichen in diesen Ländern präsent zu sein. Dabei sei nicht die Frage des Status der deutschen Vertretung wichtig, sondern die Präsenz selber. Es komme darauf an, diesen Völkern die Friedfertigkeit der Bundesrepublik nahezubringen und ihnen ein Bild des wirklichen Deutschland zu vermitteln, schilderte Barzel.<sup>583</sup>

Barzel vertrat die gleiche Ansicht wie Wehner. Er erklärte am 20. Februar 1967 in einer Rede vor dem Übersee-Club in Hamburg, dass die deutsche Politik auch dort präsent

---

<sup>579</sup>: „Kölner Stadtanzeiger“ vom 4.3. 1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 357.

<sup>580</sup>: SPD-Fraktionssitzung 11.4.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 59: S. 1-16, hier S. 7.

<sup>581</sup>: Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

<sup>582</sup>: „Stuttgarter Zeitung“ vom 8.9.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 361.

<sup>583</sup>: „Kölner Stadtanzeiger“ vom 17.3.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 357.

sein müsse, wo Kommunisten regierten. Die Form dieser Präsenz müsse allerdings seiner Meinung nach von Fall zu Fall und unter sorgsamer Abwägung der Gesamtkonsequenzen entschieden werden. Die Bundesrepublik Deutschland wolle nicht ein Land gegen das andere ausspielen oder gar Moskau umgehen, das auch ein Platz Europas sei, sagte Barzel.<sup>584</sup> Unter der Großen Koalition galt zunehmend, dass der Anspruch, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, auch dort vertreten werden könne, wo er bestritten werde, wo diese Länder an ihrer Auffassung, die DDR sei ein Staat, festhielten. In einer geheimen Weisung Brandts an das Auswärtige Amt vom 17. März hieß es, die deutsche Bundesregierung mache ihre politische Präsenz im kommunistischen Bereich schrittweise nicht mehr davon abhängig, dass die SBZ dort abwesend sei.<sup>585</sup>

Kiesinger hatte im Januar 1967 in einer Rede auf einem CDU-Wirtschaftstag die neue Ostpolitik der Bundesregierung erläutert. Es gebe keine Rezepte und keinen Fahrplan. Wenn die Bundesrepublik aber in der Defensive verharre, überlasse sie die Lösung der deutschen Frage dem Zufall und dem Willen anderer und isoliere sich hoffnungslos. Er betonte, dass die Bemühung, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu normalisieren, nicht gegen die Sowjetunion gerichtet sei und warnte vor dem gefährlichen Versuch, die Völker Osteuropas gegen die Sowjetunion ausspielen zu wollen.<sup>586</sup>

Der Botschafteraustausch mit Rumänien erschien als erster Erfolg der Ostpolitik der Großen Koalition, gar als „Meilenstein“, wie Barzel am 1. Februar 1967 im Bundestag meinte.<sup>587</sup> Doch tatsächlich hatte noch Außenminister Schröder die Verhandlungen eingeleitet und die Rumänen noch während der Bonner Koalitionsverhandlungen im November 1966 auf ein möglichst schnelles Ergebnis gedrängt.<sup>588</sup> Als Resultat war am 30. Januar 1967 während eines Besuches des rumänischen Außenministers Manescu in Bonn die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien, das auch solche zur DDR unterhielt, vereinbart worden.<sup>589</sup> Dadurch sollte

---

<sup>584</sup>: Barzels Redemanuskript: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-132.

<sup>585</sup>: Brandts Weisung 17.3.1967, S. 1-9, hier S. 8: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 1.

<sup>586</sup>: Meissner, Boris (Hrsg.), Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970, S. 172-175.

<sup>587</sup>: Bundestagssitzung 1.2.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 4157-4201, Barzel S. 4170-4172, hier S. 4170.

<sup>588</sup>: Unumwunden erzählte dies auch Brandt rückblickend: Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, München 1978, S. 227-229.

<sup>589</sup>: Siehe dazu auch die Untersuchung von Wolfgang Schwarz, der diese Aufnahme von diplomatischen Beziehungen aus der Perspektive Rumäniens schildert: Schwarz, Wolfgang, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968, hrsgg. vom Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2004, S. 227-228.

die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern schnellstmöglich stattfinden.<sup>590</sup>

Im Gegensatz zu den übrigen Staaten des Sowjetblocks war Rumänien bereit, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik ohne besondere Vorbedingungen aufzunehmen. Bukarest sah das Verhältnis zur Bundesrepublik als normal an, es bedurfte jedoch noch einer Formalisierung. Rumänien war aus Gründen des Prestiges und der politischen Selbstständigkeit gegen ein koordiniertes Vorgehen mit den anderen osteuropäischen Staaten und versuchte, den Vorsprung zu diesen Staaten noch zu vergrößern. Rumäniens Haltung konnte aber nicht als Anerkennung des bundesdeutschen Standpunktes hinsichtlich des Alleinvertretungsanspruchs, der Grenz- und der Berlin-Frage ausgelegt werden.

Als Folge der isolierten Aufnahme diplomatischer Beziehung zur Bundesrepublik musste Rumänien mit einer Verstimmung bei der Sowjetunion und der DDR sowie mit einer Verschärfung der Rivalität zu den anderen osteuropäischen Staaten - insbesondere Ungarn - rechnen. Der BND analysierte, Rumänien werde sich gegebenenfalls gegenüber der Sowjetunion damit rechtfertigen, dass seine Handlungsweise der UN-Resolution über gutnachbarliche Beziehungen in Europa entspreche, gegen keine bestehenden Verträge verstoße und sogar im Interesse des Sowjetblocks zur Aushöhlung der Hallstein-Doktrin und damit des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik beitrage.<sup>591</sup> Rumänien habe sich in der Erklärung zum Botschafteraustausch ausdrücklich auf die Bukarester Deklaration und auch auf deren Geist - aus rumänischer Sicht - bezogen, um diesen Schritt möglichst unangreifbar zu machen. Gerade ein Verstoß gegen den Geist von Bukarest, also gegen die Solidarität mit dem Sowjetblock und insbesondere der SBZ, werde aber den Rumänen offen von sowjetzonaler und versteckt von sowjetischer Seite zum Vorwurf gemacht. Die Sowjetunion müsse vorsichtig sein, um Rumänien nicht offen zu brüskieren und dadurch einen Riss im Sowjetblock zu verursachen, erkannte der BND.<sup>592</sup>

Trotz Kiesingers Versicherung, dass sich die neue Ostpolitik nicht gegen die Sowjetunion richte, sah Moskau in der deutschen Ostpolitik wohl eine Gefährdung seines Einflussbereiches. Die Note, welche die Bundesregierung am 28. Januar 1967 aus

---

<sup>590</sup>: Demgemäß hatte sich Kiesinger in seiner hier eingangs erwähnten Rede vor dem Verein der Ausländischen Presse in Deutschland am 20.1.1967 in Bad Godesberg geäußert, nachzulesen bei: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Bonn 1995, S. 302-304, hier S. 304.

<sup>591</sup>: Als geheim eingestuftes "BND-Lagebericht Ost 1967", Band 1, hier Lagebericht 1/67, S. 1-26, hier S. 7; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>592</sup>: Als geheim eingestuftes "BND-Lagebericht Ost 1967", Band 1, hier Lagebericht 3/67, S. 1-15, hier S. 5; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.



Moskau erhielt, war daher eine Abwehrreaktion gegen die flexible Außenpolitik der Bundesregierung. In dieser Note, in welcher der Bundesrepublik nationalsozialistische und militaristische Tendenzen vorgeworfen wurden, unterstrich Moskau die Unverrückbarkeit der Grenzen und drohte mit Maßnahmen gegen die deutsche Politik. Diese Maßnahmen sollten nach sowjetischer Vorstellung nicht nur von der Sowjetunion und ihren Verbündeten, sondern von allen Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens ergriffen werden, um dem Neonazismus den Weg zu versperren und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten.<sup>593</sup> Der BND erklärte, der scharfe Ton dieser Note schließe allerdings für die Zukunft nicht aus, dass die Sowjetunion der Bundesregierung auf diplomatischem Wege immer wieder eine gewisse Bereitschaft zur Kontaktnahme zu erkennen geben wolle.<sup>594</sup>

In einer zweiten Note, die der sowjetische Botschafter Zarapkin am 7. Februar 1967 dem Auswärtigen Amt übermittelte, gab es erneut Polemiken gegen den „Revanchismus“ der Bundesregierung, deren Alleinvertretungsanspruch wiederholt als „absurd“ zurückgewiesen wurde.<sup>595</sup> Die harte Reaktion der Sowjets hatte Kiesinger erwartet. Er führte am 13. Februar auf einer CDU-Vorstandssitzung aus, dass die deutsche Ostpolitik eine offensive Politik sei. Zum ersten Mal habe die Bundesregierung das Gesetz des Handelns wieder in die Hand genommen. Man habe voraussehen müssen, dass die Haltung der Sowjetunion härter würde.<sup>596</sup>

Die unterschiedlichen Reaktionen einzelner Staaten des Sowjetblocks auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien hatten auch den Mangel an Koordinierung in der außenpolitischen Taktik des Blocks offenkundig werden lassen. Die Bukarester Deklaration hatte sich als nicht ausreichend erwiesen, um eine tragfähige Basis für ein einheitliches Vorgehen abzugeben, da der Text unterschiedliche Interpretationen - je nach Interessenlage - zuließ.<sup>597</sup> Doch verfügte die Sowjetunion über ausreichende Pressionsmöglichkeiten, um die Länder in ihrem Machtbereich an einer Wiederholung des rumänischen Verhaltens zu hindern. Nach einzelnen Hinweisen des BND lag es aber nicht im Sinne Moskaus, dass der Botschafteraustausch

---

<sup>593</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 3/67, S. 1-15, hier S. 2-3; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>594</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 3/67, S. 1-15, hier S. 4; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>595</sup>: Materialsammlung „Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung“ vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 52; BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>596</sup>: CDU-Vorstandssitzung 13.2.1967: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-016/1: S. 1-100, hier S. 13.

<sup>597</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 4/67, S. 1-15, hier S. 5; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

zwischen der Bundesrepublik und Rumänien ein Einzelfall im Sowjetblock blieb. Vielmehr legten die Sowjets nun Wert darauf, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu anderen Sowjetblockstaaten unter Modalitäten zustande kommen sollte, die wesentlich ungünstiger für den Standpunkt der Bundesregierung waren.<sup>598</sup>

Brandt war sich bewusst, dass die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen nicht alle Probleme lösen konnte. Sie verbessere nur das politische Instrumentarium, sagte Brandt am 4. Februar 1967 in einem Interview gegenüber der norwegischen Zeitung „Arbeiderbladet“. Wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten habe man bereits. Es sei klar, dass diplomatische Beziehungen diesen Kontakten zugute kommen und vor allem auch die menschlichen Verbindungen erleichtern würden, so Brandt.<sup>599</sup> Kiesinger erklärte am 17. März in einem Informationsgespräch mit sowjetischen Journalisten im Kanzleramt, er hoffe darauf, dass durch die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit osteuropäischen Staaten Misstrauen abgebaut werde und engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen geknüpft würden.<sup>600</sup>

Kiesinger hatte am 1. Februar 1967 im Bundestag von einer Fortsetzung der Ostpolitik um die DDR herum gesprochen und betont, dass der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung durch die neuen Beziehungen mit Rumänien nicht angetastet werde.<sup>601</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreis für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen erläuterte am 20. Mai in einer schriftlichen Stellungnahme ebenfalls, dass durch den Botschafteraustausch mit Rumänien der deutsche Rechtsstandpunkt nicht berührt werde.<sup>602</sup> Brandt wies am 31. Mai in einem Brief an Kiesinger jedoch darauf hin, dass es auf Grund der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien zu Fehldeutungen im Ausland kommen könnte.<sup>603</sup> Auch laut einem Positionspapier des Kanzleramts vom 1. Dezember bestand nicht unbegründet eine gewisse Sorge, dass die Politik der Bundesregierung in Kreisen mancher westlicher Länder dahingehend missverstanden werden könnte, dass die Bundesregierung der Großen Koalition nach und

---

<sup>598</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 3/67, S. 1-15, hier S. 6; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>599</sup>: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.2.1967, S. 97-98, hier S. 98; AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 247.

<sup>600</sup>: Text des Informationsgesprächs, S. 1-8, hier S. 3; ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>601</sup>: Bundestagssitzung 1.2.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 4157-4201, hier S. 4170.

<sup>602</sup>: Stellungnahme des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises 20.5.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-71.

<sup>603</sup>: Brandt an Kiesinger 31.5.1967, S. 1-2, hier S. 1; AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

nach die ersatzlose Aufgabe ihrer Positionen in der Deutschlandfrage einleite. Dieser Umstand gelte besonders für die skandinavischen und die Benelux-Länder.<sup>604</sup>

Während Kiesinger den Erfolg der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien zunächst nach innen absichern wollte, beabsichtigte Brandt, die Situation möglichst schnell nach außen zu nutzen. Ein Beispiel für diesen Konflikt waren Brandts Äußerungen am 4. August 1967 in einer Tischrede im rumänischen Mamaia, die Brandt im Beisein des rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceaușescu gehalten hatte. Hier hatte Brandt den mit dem Kanzler besprochenen Redetext, man müsse bei einer europäischen Friedensordnung von den gegebenen Realitäten ausgehen, explizit auf die DDR ausgeweitet: *„Dies gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen.“*<sup>605</sup> Für weite Teile der CDU/CSU klang Brandts Erklärung nach einer Anerkennung der DDR. Die CDU/CSU und ihre Presse waren entsetzt und sprachen von einer starken *„Beunruhigung“*<sup>606</sup> und einer *„Ostpolitik mit roten Webfehlern.“*<sup>607</sup> Kiesinger, der um den Erhalt der Koalition bangen musste, stellte sich in der Öffentlichkeit vor Außenminister Brandt und sprach von einem gemeinsamen Weg.<sup>608</sup> Um die Aufregung zu dämpfen, führte Kiesinger am 21. August auf einer Pressekonferenz aus: *„Wenn Brandt sagt, man müsse von den Realitäten ausgehen, dann meint er das natürlich - man kann ihm das ja gar nicht unterstellen - nicht in demselben Sinne, wie wenn die andere Seite sagt, man müsse von den Realitäten ausgehen. Brandts Realitäten sind nicht die Existenz eines zweiten deutschen Staates, sondern seine Realitäten sind natürlich einfach die gegebene Lage, wie sie ist, wie wir sie vorfinden.“*<sup>609</sup>

Insgeheim aber lud Kiesinger am 22. August 1967 mit einem Brief Brandt zu seinem Urlaubsort Kreßbronn ein, um endlich die Situation zu klären, reinen Tisch zu machen und so bald wie möglich der deutschen Öffentlichkeit zu bestätigen, dass auch die Ostpolitik nach wie vor in Übereinstimmung mit Kiesingers Regierungserklärung bleibe.<sup>610</sup>

<sup>604</sup>: Positionspapier des Kanzleramts 1.12.1967, S. 1-10, hier S. 5: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-306.

<sup>605</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1505-1507, hier S. 1507. Brandt hielt am 6.8.1967 in seinen Notizen, die sich auf seinen Aufenthalt in Mamaia am 4.8. bezogen, fest, dass Ceaușescu mit dem dortigen Gespräch sehr zufrieden gewesen sei und es begrüßen würde, wenn eine Aussprache zwischen der SPD und der Kommunistischen Partei Rumäniens stattfinden könnte, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

<sup>606</sup>: Zitat des CDU-Generalsekretärs Bruno Heck am 7.8.1967 in einem Brief an Kiesinger: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-004.

<sup>607</sup>: Zitat der CSU-Zeitung *„Bayernkurier“* vom 21.8.1967.

<sup>608</sup>: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11.8.1967, S. 17.

<sup>609</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1544-1547, hier S. 1545.

<sup>610</sup>: Kiesinger an Brandt 22.8.1967, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

Brandt hatte solche Reaktionen vorausgesehen. Am 31. August schrieb er in einem Brief an den rumänischen Außenminister Manescu, dass es in Bezug auf seine Tischrede am 4. August in Mamaia viele falsche Töne in der deutschen Presse und Politik gegeben habe. Dies liege aber in der Natur der Sache, betonte Brandt.<sup>611</sup> Was für Brandt, der sich wegen seiner Ausführungen im rumänischen Mamaia auch vor seiner eigenen Fraktion am 5. September rechtfertigen musste<sup>612</sup>, ein „winziger Zusatz“ und ein „Bonner Sturm im Wasserglas“ war<sup>613</sup>, sollte sich zunehmend zu einem Kernproblem der Großen Koalition entwickeln.

Für Brandt und Bahr war das Gebaren der CDU/CSU nichts weiter als kontraproduktives Verhalten, das im Osten nur Misstrauen wecken musste und damit die Anwendung der mit den Rumänen entwickelten „Geburtsfehlertheorie“ zur Eröffnung weiterer diplomatischer Beziehungen, etwa zu Ungarn, verhinderte. Aus Notizen Brandts vom 2. Februar 1967 geht hervor, dass er sich noch während des Abschiedsessens am 30. Januar beim rumänischen Außenminister Manescu erkundigt hatte, ob die Rumänen den Ungarn nicht diese Formel übermitteln könnten.<sup>614</sup> Die „Geburtsfehlertheorie“ war ein Instrument, um die langsame Aufgabe der Hallstein-Doktrin unter der Großen Koalition abzufedern. Diese Theorie besagte, es bestehe die Notwendigkeit, zwischen Staaten zu unterscheiden, welche die DDR von 1949 an beziehungsweise erst ab 1955 anerkannt hätten, da nur solche Staaten, die nach 1955 die DDR anerkannt hätten, eine Wahl zwischen den beiden deutschen Staaten gehabt hätten. Den Staaten des Ostblocks sei eine Anerkennung der DDR zur Festigung des politischen Systems Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg praktisch aufgezwungen worden.<sup>615</sup> Diese Theorie hatte auch eine obligatorische Berlin-Klausel, was durch den raffinierten Verweis auf das Währungsgebiet der DM-West geschah, womit Westberlin automatisch miteinbezogen war.

Im Zuge der aktiven Ostpolitik kam es am 31. Januar 1968 auch zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien, die 1957 von der Bundesregierung abgebrochen worden waren, da Jugoslawien die DDR anerkannt hatte.<sup>616</sup> Gegenüber dem kommunistischen, jedoch blockfreien Jugoslawien war die für die osteuropäischen

<sup>611</sup>: Brandt an Manescu 31.8.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 7.

<sup>612</sup>: SPD-Fraktionssitzung 5.9.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 70: S. 1-8, hier S. 3.

<sup>613</sup>: Brandt, Willy, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, München 1978, S. 229.

<sup>614</sup>: Brandts Notizen 2.2.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

<sup>615</sup>: Kilian, Werner, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973*. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. In: *Zeitgeschichtliche Forschungen*, Band 7, Berlin 2001, S. 337.

<sup>616</sup>: Buchheim, Hans, *Deutschlandpolitik 1949-1972. Der politisch-diplomatische Prozeß*, Stuttgart 1984, S. 127-128.

Staaten entwickelte „Geburtsfehlertheorie“ damit nicht mehr zu rechtfertigen.<sup>617</sup> Auch wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Marx am 28. September 1967 in einem Brief an Barzel geschrieben hatte, dass ein Botschafteraustausch mit Belgrad einen tiefen Eindruck bei den anderen osteuropäischen Staaten hinterlassen würde und viele dort in den letzten Wochen und Monaten mühsam aufgebauten Sperren gegen die Ostpolitik der Bundesregierung beseitigen würde<sup>618</sup>, war die Mehrheit der CDU/CSU höchst skeptisch. Barzel antwortete Marx am 3. Oktober in einem Brief und warnte, dass ein Botschafteraustausch mit Belgrad ein heißes Eisen sei.<sup>619</sup> Barzel hatte daher noch am selben Tag auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung zur besonderen Behutsamkeit in dieser Sache geraten, da ein Botschafteraustausch die rechtliche Position der Bundesrepublik sehr schmälern würde.<sup>620</sup>

Auf Grund dieser angespannten Situation folgerte Schmidt am 3. Oktober 1967 auf einer SPD-Fraktionssitzung, dass man bei Jugoslawien an den Kern der Hallstein-Doktrin herankomme, den es nun zu modifizieren gelte.<sup>621</sup> Kiesinger erklärte am 10. Oktober beruhigend auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, er habe Brandt mitgeteilt, dass ein Botschafteraustausch mit Belgrad zurzeit nicht aktuell sei.<sup>622</sup> Brandt betonte hingegen am 13. Oktober im Bundestag das Bestreben der Bundesregierung, besonders mit Jugoslawien die Beziehungen wieder völlig zu normalisieren.<sup>623</sup> Barzel befürchtete nun am 24. November in einem Brief an Brandt, dass sich die Koalition im Hinblick auf Jugoslawien auf „*Kollisionskurs*“ befinde. Innerhalb der Bundesregierung als auch innerhalb der Union gingen die Auffassungen sehr auseinander, warnte Barzel.<sup>624</sup>

Ahlers wies am 4. Dezember 1967 in einem Brief an Brandt darauf hin, dass er mit Kiesinger über den Botschafteraustausch mit Jugoslawien gesprochen habe. Kiesinger sehe keine Möglichkeit, seine Fraktion noch in diesem Jahr dafür zu gewinnen, halte aber an der Sache fest.<sup>625</sup> Doch schon am 12. Dezember gelang es Kiesinger, der bereits in seiner hier eingangs erwähnten Rede vor dem Verein der Ausländischen Presse in Deutschland am 20. Januar 1967 in Bad Godesberg für diplomatische Beziehungen mit

<sup>617</sup>: Noack, Paul, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart 1972, S. 70.

<sup>618</sup>: Marx an Barzel 28.9.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-238.

<sup>619</sup>: Barzel an Marx 3.10.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-238.

<sup>620</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 3.10.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-16, hier S. 1.

<sup>621</sup>: SPD-Fraktionssitzung 3.10.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 71: S. 1-9, hier S. 1.

<sup>622</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 10.10.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-36, hier S. 29.

<sup>623</sup>: Bundestagssitzung 13.10.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, Brandt S. 6331-6336, hier S. 6333.

<sup>624</sup>: Barzel an Brandt 24.11.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-227.

<sup>625</sup>: Ahlers an Brandt 4.12.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 1.

Jugoslawien plädiert hatte<sup>626</sup>, mit sehr viel Mühe, die CDU/CSU-Fraktion auf einer Sitzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Jugoslawien zu überzeugen<sup>627</sup>, die am 31. Januar 1968 vollzogen werden sollte.<sup>628</sup> Olaf von Wrangel, Mitglied der außenpolitischen Kommission der CDU, erklärte Ende Dezember 1967 in einem Thesenpapier dazu: *„Wenn die Bundesrepublik es mit der Vertretungs- und Sorgspflicht ernst nimmt, muß sie die völkerrechtliche Annerkennung Ostberlins verhindern und die Nichtanerkennungspolitik fortsetzen. Die Deklamation, eine völkerrechtliche Anerkennung abzulehnen, ohne die Aufrechterhaltung der diplomatischen Abschreckung, würde früher oder später zu einer weltweiten Übernahme der Zwei- oder Drei-Staaten-Theorie führen. Der Beschluß, diplomatische Beziehungen zu Jugoslawien aufzunehmen, ändert nichts an der Notwendigkeit, die Nichtanerkennungspolitik aktiv fortzusetzen.“*<sup>629</sup> Somit versuchten große Teile der CDU/CSU wenigstens die rechtliche Symbolik, wenn schon nicht die politische Substanz der Hallstein-Doktrin aufrecht zu halten. Verärgert über die kräftezehrenden Diskussionen wies Brandt am 5. Mai 1968 auf einer Pressekonferenz in Richtung Unionsparteien darauf hin, dass die SPD zu dem Wort stehe, welches sie bei Bildung der Koalition gegeben habe. Sie müsse aber ebenso sehr darauf bestehen, dass nun das damals festgelegte Regierungsprogramm auch durchgeführt werde, also vor allem die Normalisierung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten.<sup>630</sup> Der Außenminister warnte am 30. Juli erneut in einem Brief an Kanzler Kiesinger davor, das Regierungsprogramm auf kaltem Wege zu revidieren.<sup>631</sup>

Kiesinger erklärte am 26. Januar 1976 rückblickend in einem Interview, dass die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien seiner Initiative zuzuschreiben gewesen sei.<sup>632</sup> Reinhard Schmoeckel, seit 1974 Leiter des persönlichen Büros von Kiesinger<sup>633</sup>, wurde sogar von Altbundeskanzler Kiesinger mit der Erstellung einer Pressedokumentation beauftragt, mit dem Ziel, den persönlichen Anteil Kiesingers

<sup>626</sup>: Abdruck der Rede: Auswärtiges Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirates (Hrsg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972, S. 581-585, hier S. 584.

<sup>627</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 12.12.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/2: S. 1-62, hier S. 11.

<sup>628</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 12.12.1967: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-256/2.

<sup>629</sup>: Von Wrangels Thesenpapier Ende Dezember 1967: ACDP, Unterlagen der außenpolitischen Kommission der CDU V. WP, Ordner 07-001-418/2.

<sup>630</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-11, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>631</sup>: Brandt an Kiesinger 20.7.1968, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>632</sup>: Text des Interviews, S. 1-9, hier S. 5: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>633</sup>: Siehe dazu: Schmoeckel, Reinhard, Bonn Bundeshaus, Zimmer 109, Südflügel. In: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger, Stuttgart 1984, S. 177-181, hier S. 177.

an diesen ostpolitischen Erfolg hervorzuheben.<sup>634</sup> Dabei sei, so Günter Diehl rückblickend, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Belgrad zumindest von deutscher Seite aus gar nicht so einfach gewesen, da sie doch sogar gegen die gedehnteste Interpretation der Hallstein-Doktrin verstoßen habe. Selbst bei einem diplomatischen Durchbruch sei eine gute Presse alles andere als sicher gewesen, schließlich habe der Abbruch der Beziehungen von 1957 indirekt auch als Fehler eingeräumt werden müssen.<sup>635</sup>

Für die Bundesregierung war es seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien noch schwieriger geworden, den Regierungen anderer Staaten die „halbierte“<sup>636</sup> Hallstein-Doktrin als eine allgemein verbindliche Richtlinie der deutschen Außenpolitik darzustellen. Denn nun war es nahezu unmöglich geworden, auf die volle Gültigkeit der Hallstein-Doktrin zu beharren, nachdem zwei deutsche Staaten in Bukarest und Belgrad ebenso wie in Moskau Botschaften unterhielten. Daher wird in der Forschung mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien teilweise das endgültige Ende der Hallstein-Doktrin gleichgesetzt.<sup>637</sup>

Als Kambodscha am 8. Mai 1969 die DDR anerkannte, stand die Hallstein-Doktrin wieder auf der politischen Tagesordnung der Großen Koalition.<sup>638</sup> Nach der Anerkennung der DDR durch das neutrale Kambodscha war zwischen CDU/CSU und SPD eine heftige Kontroverse um die Weiterführung der Hallstein-Doktrin entfacht. Am 14. Mai wurde auf einer CDU-Präsidiumssitzung über diese Entwicklung diskutiert. Es gab keine einheitliche Meinung. Kiesinger plädierte für Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha, Strauß lehnte dies ab.<sup>639</sup> Brandt betonte in der allgemeinen Debatte, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha eine Kettenreaktion hervorrufen würde, da Bonn dann stets seine Flagge einholen müsste, wenn die DDR irgendwo in der Welt auftauche.<sup>640</sup> Der CDU-Bundestagsabgeordnete

---

<sup>634</sup>: Schmoeckel, Reinhard, Pressedokumentation: „Der persönliche Anteil Bundeskanzler Kiesingers an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien“, o. O., o. D. Liegt vor bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310: S. 1-5.

<sup>635</sup>: Diehl, Günter, Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949-1969, Frankfurt a. M. 1994, S. 421.

<sup>636</sup>: Grewe, Wilhelm G., Rückblenden 1951-1971, Frankfurt a. M. 1979, S. 749.

<sup>637</sup>: Heinrich Potthoff wertet die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien als ein „stilles Staatsbegräbnis“ der Hallstein-Doktrin: Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S. 61. Klaus Harpprecht sieht in der gewandelten Handhabung der Hallstein-Doktrin den Auftakt einer neuen Ostpolitik: Harpprecht, Klaus, Es lebe die Große Koalition! In: Cicero. Magazin für Politische Kultur, November 2006, S. 64-69, hier S. 68.

<sup>638</sup>: Liste der diplomatischen DDR-Vertretungen im Ausland, erstellt im Mai 1969, S. 1-14, hier S. 4: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Kuratorium Unteilbares Deutschland, Ordner 2773.

<sup>639</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 14.5.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3.

<sup>640</sup>: Brandt, Willy, Erinnerungen, erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M./Berlin 1992, S. 184.

Werner Marx warnte am 27. Mai in einem Brief an Kiesinger, wenn man diesem kleinen, innerlich und äußerlich höchst labilen Land gegenüber nicht die politisch erforderlichen Konsequenzen ziehe, würde dadurch die „Ein-Deutschland-Politik“ völlig zusammenbrechen. Die Anerkennungspartei im Inneren der Bundesrepublik würde aus diesen außenpolitischen Vorgängen die Argumente für ihre „Zwei-Deutschland-Politik“ saugen, prophezeite Marx.<sup>641</sup>

Zur Forderung, die diplomatischen Beziehungen zu Kambodscha abzubrechen, äußerte sich Wehner am 2. Juni 1969 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises höchst kritisch. Es sei kindisch, im Fall Kambodschas eine solche dramatische Entscheidung zu treffen. Ostberlin würde daraus Kapital schlagen, warnte Wehner. Kiesinger hingegen meinte, dass die Bundesregierung verpflichtet sei, einen Erdrutsch der diplomatischen Anerkennung der DDR zu verhindern. Er befürchtete, dass die Hinnahme der Anerkennung der DDR durch Kambodscha Länder der Dritten Welt und des Westens veranlassen könnte, diesem Schritt zu folgen.<sup>642</sup> In diesem Zusammenhang dachte Kiesinger wohl an den Irak und den Sudan, die innerhalb von sechs Tagen, nachdem Kambodscha die DDR am 8. Mai anerkannt hatte, ebenfalls die DDR anerkannten und diplomatische Beziehungen einleiteten.<sup>643</sup> Jedoch waren diese beiden Länder nicht mit Kambodscha zu vergleichen. Als Reaktion auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel im Jahr 1965 hatten sie die Beziehungen zu Bonn abgebrochen mit der Argumentation, diese Aufnahme verstoße gegen arabische Interessen. Beide Länder nahmen damals nicht gleichzeitig diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Dies passierte erst im Mai 1969.

Kiesinger drohte sogar am 29. Mai 1969 in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt, seine Richtlinienkompetenz in der Kambodschafrage konsequent durchzusetzen.<sup>644</sup> Bahr hielt am selben Tag in seinem für Brandt verfassten Bericht über Kiesingers Informationsgespräch fest: *„Kambodscha: Es geht nicht um dieses Land, sondern darum, ob die SPD in der Koalition durch die Richtlinienkompetenz gezwungen werden kann, sich selbst ins Gesicht zu schlagen.“* Bahr schrieb, dass die Absicht des Kanzlers auf *„eine innenpolitische Entmannung“* der SPD hinauslaufe, auch wenn man sie vornehm als *„Sterilisierung“* bezeichnen würde. Bahr riet Brandt zu einer harten Reaktion und zur Rücktrittsdrohung, denn Kiesinger könne nur dann bis zum

<sup>641</sup>: Marx an Kiesinger 27.5.1969, S. 1-3, hier S. 2-3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-006.

<sup>642</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-18, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>643</sup>: „Rheinische Post“ vom 15.5.1969: AdSD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a1 1966-69.

<sup>644</sup>: Text des Informationsgespräches, S. 1-15, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.



Wahltag Kanzler bleiben, wenn die Koalition nicht vorher scheitere. Die SPD könne also hart spielen, empfahl Bahr.<sup>645</sup>

Wehner lehnte es ab, den Erhalt der Koalition wegen Kambodscha zu gefährden. Er unterbreitete Kiesinger am 22. Mai 1969 in einem Brief einen Vorschlag, der Kiesingers Haltung „tragen und stützen“ sollte. Wehner schlug vor: „Wenn Länder, mit denen wir diplomatische Beziehungen unterhalten, uns gegenüber den unfreundlichen Akt begehen, durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ostdeutschland einer Regelung der nationalen Frage des deutschen Volkes auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes vorzugreifen, sind wir genötigt, uns den politischen Interessen der Bundesrepublik entsprechend zu verhalten.“<sup>646</sup>

Ähnlich wie Wehner argumentierte auch Brandt, denn für ihn waren diplomatische Beziehungen kein „Gunstbeweis.“<sup>647</sup> Brandt bestand auf die strikte Einhaltung der Koalitionsabsprache vom 30. Mai 1967. Es war zwischen CDU/CSU und SPD abgesprochen worden, die Anerkennung der DDR zwar weiterhin als unfreundlichen Akt zu werten, aber in der Gegenmaßnahme nicht mehr bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu gehen.<sup>648</sup> Brandt setzte die in dieser Koalitionsabsprache modifizierte Hallstein-Doktrin durch.<sup>649</sup> Die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten wurde zwar als unfreundlicher Akt aufgefasst, führte jedoch nicht mehr automatisch zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, sondern höchstens zum Einfrieren der Beziehungen, was von nun an als „kambodschieren“ bezeichnet wurde.<sup>650</sup> Überdies wirkte dieses „kambodschieren“ aber nicht so abschreckend, dass nicht noch einige andere Staaten im

<sup>645</sup>: Bahrs Bericht 29.5.1969: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 654-655.

<sup>646</sup>: Wehner an Kiesinger 22.5.1969, S. 1-2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-286.

<sup>647</sup>: Zitat Brandt am 18.5.1969 in einer Rede, nachzulesen in der „Frankfurter Rundschau“ vom 19.5.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a1 1966-69.

<sup>648</sup>: Frank, Paul, Entschlüsselte Botschaft - Ein Diplomat macht Inventur, (Taschenbuchausgabe), München 1981, S. 330.

<sup>649</sup>: Zeittafel über wichtige Politikbereiche und besondere Schwierigkeiten der Bundesregierung der Großen Koalition 1966-1969, S. 1-41, hier S. 18: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-301.

<sup>650</sup>: Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 74.

selben Jahr wie Kambodscha auch die DDR anerkannten. Dies waren Syrien, Südjemen und Ägypten. Syrien und Ägypten hatten ohnehin keine diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik mehr.

Ob man bei der Diskussion um Kambodscha von einer Durchsetzung der CDU-Position mit Hilfe der Richtlinienkompetenz des Kanzlers sprechen kann, wie es Henning Storz getan hat<sup>651</sup>, erscheint fraglich. Tatsächlich hatten sich Kiesinger und die CDU/CSU-Führungsspitzen mit ihrer Forderung nach einer kompromisslosen Anwendung der Hallstein-Doktrin nicht durchsetzen können und den erarbeiteten Kompromiss als ein zu großes Zugeständnis bewertet. Im Kern ging es bei diesem Konflikt um die Entscheidung über eine Grundsatzfrage: Sollte die Bundesregierung den in der Hallstein-Doktrin festgeschriebenen bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch weiter strikt aufrechterhalten, oder sollte sie die Doktrin flexibler auslegen und den zu verzeichnenden Veränderungen in der Weltpolitik anpassen. Nachdem die Bundesregierung im Januar 1967 bereits zu Rumänien diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, obwohl Bukarest parallel zu Bonn auch zur DDR diplomatische Beziehungen unterhielt, und nachdem die Bundesregierung ein Jahr später mit der Wiederaufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien selbst die Modifikation der Doktrin weiter vorangetrieben hatte, hätte die von Kambodscha vollzogene Anerkennung der DDR nicht derartige Aufregung in Bonn hervorrufen müssen, wie sie es daraufhin tat.

Verständlich wird diese politische Erregung um Kambodscha in der Großen Koalition nur, wenn die 1969 deutlich erkennbaren deutschland- und ostpolitischen Differenzen zwischen der CDU/CSU und der SPD berücksichtigt werden und wenn in Rechnung gestellt wird, dass beide Lager sich im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl im September auf Kosten der Gegenseite profilieren wollten. Wehner hatte diesen brisanten Umstand auf den Punkt gebracht: *„Im Bundestag kriselt es. In jeder Fraktion und im Verhältnis zwischen den Fraktionen spürt man es. Das ist die Nervosität des Wahljahres.“*<sup>652</sup> Hinzu kamen die persönlichen Animositäten zwischen den Spitzenpolitikern der Koalitionsparteien, welche die angespannte Atmosphäre noch weiter belasteten,

---

<sup>651</sup>: Storz, Henning, Außenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die außenpolitische Konzeption der CDU mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1973, S. 258.

<sup>652</sup>: Zitat Wehner am 12.2.1969 in einer SPD-Pressemitteilung: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1994.

auch wenn Kiesinger am 22. April in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt behauptete, die Atmosphäre innerhalb der Großen Koalition sei bei aller Nervosität, die der nahende Wahlkampf auslöse, so konstruktiv, dass die Koalition ihre Arbeit abrunden könne.<sup>653</sup>

Kambodscha hatte auch in einem anderen Zusammenhang eine schwierige Situation geschaffen. Willhelm W. Schütz, geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland<sup>654</sup>, warnte am 31. Mai 1969 in seiner Analyse zu dem Thema "Abgestufte Vertretung Deutschlands im Ausland", die Diskussion um Kambodscha zeige, dass ein grundsätzlicher Unterschied in der außenpolitischen Deutschlandpolitik nach geographischen Gesichtspunkten gemacht werde.<sup>655</sup> War es aber angebracht, plötzlich einen Unterschied zwischen europäischen und außereuropäischen Staaten zu machen? Nutzte es der Bundesregierung, Beziehungen zu Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika abzubrechen oder einzufrieren, wenn diese Staaten diplomatische Beziehungen zu Ostberlin aufnahmen? Diese Fragen waren nach der Errichtung einer deutschen Botschaft in Rumänien und der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien doppelt prekär. Wurden Beziehungen in solchen Fällen abgebrochen, dann entstand ein fundamentaler Gegensatz in der Behandlung europäischer und nichteuropäischer Völker. Einem Land wie Kambodscha wurde mit äußersten Mitteln entgegengetreten. Europäischen Staaten hingegen, auch wenn sie kommunistisch waren, wurde verständigungsbereit begegnet. Die Bundesregierung war damit in ein gefährliches Zwielicht geraten. Keineswegs nur dort, wo man Beziehungen zu Ostberlin aufnahm, sondern auch in anderen Hauptstädten konnte die Bundesregierung einer unterschiedlichen Behandlung europäischer und außereuropäischer Völker verdächtigt werden. Ein Schaden, der für lange Zeit kaum gutzumachen gewesen wäre.

Der BND hatte im März 1967 berichtet, dass es sich in Verbindung mit den anderen außenpolitischen Vorgängen ergeben habe, dass der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch auch nach dem Zustandekommen diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien zunächst von den Entwicklungsländern entgegen mancher Befürchtungen im Wesentlichen positiv beachtet worden sei. Es sei aber unsicher,

---

<sup>653</sup>: Text des Informationsgespräches, S. 1-22, hier S. 22: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.

<sup>654</sup>: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland - Ausschuss für Fragen der Wiedervereinigung e. V. war eine 1954 gegründete Organisation in der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ziel, den Gedanken der deutschen Einheit wach zu halten und eine Wiedervereinigung in Freiheit anzustreben - lange Zeit noch einschließlich der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Zu den Mitgliedern gehörten führende Personen aus der Politik, der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben. Nach der deutschen Wiedervereinigung löste sich das Kuratorium 1992 auf.

<sup>655</sup>: Schütz' Analyse 31.5.1969, S. 1-11, hier S. 7: AdSD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Kuratorium Unteilbares Deutschland, Ordner 2773.

ob diese Situation auch anhalte, warnte der BND.<sup>656</sup> Schmidt war im Oktober 1968 zu dem Ergebnis gekommen, dass sich die Position der Bundesrepublik besonders in der westlichen Welt und den Ländern der Dritten Welt in den vergangenen zwei Jahren entscheidend verbessert und gefestigt habe.<sup>657</sup>

Moskau und Ostberlin hatten hingegen von Anfang an eine negative Haltung zur ostpolitischen Offensive der Großen Koalition eingenommen, da sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest ablehnten.<sup>658</sup> Moskau sah durch diese Aufnahme seinen Einflussbereich bedroht, und die DDR-Führung sah sich einer schwierigen Lage gegenüber, seit durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien eine weitere Formalisierung der bundesdeutschen Ostbeziehungen eingetreten war, die sich in Formen vollzog, die wichtige Interessen der DDR unberücksichtigt ließen. Damit sei, so der BND, für die DDR die Frage aufgeworfen, ob eine Fortsetzung dieser Entwicklung noch als zweckmäßige Förderung der eigenen Aufwertungsbemühungen anzusehen sei. Möglicherweise sei diese Prüfung negativ ausgefallen, so der BND in einem Lagebericht zur SBZ, der am 31. März 1967 fertig gestellt worden war.<sup>659</sup> Diese Prüfung war offensichtlich negativ ausgefallen, wie etwas später die Blockadehaltung der kommunistischen Staaten auf der Karlsbader Konferenz verdeutlichte.

### **3.2.1. Die Karlsbader Konferenz im April 1967: Die Ostpolitik in der Sackgasse?**

Die Große Koalition hat von Beginn an vor der Wahl gestanden, entweder direkt mit der Sowjetunion zu verhandeln oder aber ihre Politik des Umgehens fortzusetzen, also nach Rumänien auch diplomatische Beziehungen mit Jugoslawien anzustreben und auszubauen. Indem die Bundesregierung offensiv versuchte, durch ein Klima des Vertrauens bei den Satellitenstaaten Moskaus die starre Gegnerschaft gegen die Bundesrepublik aufzubrechen, wollte die Bundesregierung auf Moskau einwirken, seinerseits Gesprächsbereitschaft zu zeigen, da nach Auffassung aller im Bundestag vertretenen Parteien die Macht zur Regelung sowohl der deutschen Frage wie auch anderer Fragen

---

<sup>656</sup>: "BND-Lagebericht SBZ 2/1967" vom 8.3.1967, S. 1-18, hier S. 8: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-424.

<sup>657</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 3.10.1968: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1968/69.

<sup>658</sup>: Presseagenturmeldung vom 2.2.1967: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-256/2.

<sup>659</sup>: BND-Lagebericht zur SBZ 31.3.1967, S. 1-24, hier S. 4-5: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-16625.

des Ost-West-Verhältnisses in Europa im Kreml verankert war, wie Brandt am 13. April 1967 in einem Interview gegenüber der "Deutschen Welle" wiederholt betonte.<sup>660</sup>

Diese deutsche Ostpolitik, der Umweg über die Satellitenstaaten, ist von den Sowjets missgedeutet worden als ein Versuch der Großen Koalition, das sozialistische Lager zu spalten, und als ein Versuch, die Satellitenstaaten zur Unabhängigkeit gegenüber Moskau aufzuhetzen. Eine solche Überbewertung der eigenen Bedeutung und Macht existierte innerhalb der Großen Koalition wohl kaum. Die Große Koalition hoffte jedoch sicherlich, Moskau das Instrument der Kontrolle seines Einflussbereiches durch das Aufrechterhalten der Furcht vor dem bundesdeutschen "Revanchismus und Militarismus" wegnehmen zu können.

Der Solidaritätsbedarf Ostberlins war in der innerdeutschen Situation sowie infolge der ostpolitischen Initiativen der Großen Koalition stark gewachsen. Nach Angaben eines maßgeblichen SED-Funktionärs, so der BND in einem geheimen Lagebericht zur SBZ, der am 6. März 1967 fertig gestellt worden war, habe die SED-Führung eine Kommission aus hohen Vertretern aller zuständigen Behörden zusammengestellt, deren Aufgabe es sei, einen Plan auszuarbeiten, der die Möglichkeiten erfassen solle, wie man in Form von Sonderleistungen die Länder honoriert, die die "DDR" anerkannt hätten oder dies beabsichtigten.<sup>661</sup> Des Weiteren bekunde Ostberlin wiederholt sein Verlangen nach weiteren umfassenden bilateralen Freundschafts- und Beistandsverträgen, die am Beispiel des sowjetisch-sowjetzonalen Bündnispaktes von 1964 ausgerichtet sein sollten. Die SED wolle damit die Verankerung ihres Regimes im Ostblock festigen und insbesondere auch andere kommunistische Länder neben der Sowjetunion an die in Artikel 6 des sowjetisch-sowjetzonalen Freundschaftsvertrags enthaltene Festlegung für die Berlinpolitik binden, berichtete der BND. Die SED fühle sich in diesem Vorhaben durch die demonstrative Erneuerung der 1947 zwischen Polen und der Tschechoslowakei vereinbarten Beistands- und Kooperationspflichten bestärkt, die zudem bei den Beteiligten zum Anlass für eine Wiederholung heftiger Ausfälle gegen die Bundesrepublik geführt hätten, ergänzte der BND.<sup>662</sup> Neu sei, so Kiesinger am 7. März 1967 auf

---

<sup>660</sup>: Text des Interviews, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 251.

<sup>661</sup>: Besondere Schwierigkeiten bereitete es dem DDR-Regime, den Wünschen des Iraks und des Sudans, die im Mai 1969 die DDR anerkannt hatten, nach Waffenlieferungen nachzukommen. Eine ungetarnte Waffenlieferung hielt das DDR-Regime für unzumutbar, da es der westlichen Welt keine Angriffsfläche bieten wollte. Siehe dazu einen BND-Bericht vom 6.6.1969, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-429.

<sup>662</sup>: Geheimer BND-Lagebericht zur SBZ 6.3.1967, S. 1-22, hier S. 12-13: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-16625.

einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, dass in Folge dieses erneuten Freundschaftsvertrags zwischen Polen und der Tschechoslowakei nun auch Freundschaftsverträge mit der Zone geschlossen werden sollten. Die Zone habe ja bisher nur einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion selbst. Es sei ja bekannt, dass sich im Gefolge der deutschen Politik via Osten die Dinge mit der Zone verhärtet hätten. Kiesinger glaubte, dass man sich da nicht aus der Ruhe bringen lassen sollte.<sup>663</sup>

Auf der Konferenz der kommunistischen Arbeiterparteien Europas vom 24. bis 26. April 1967 in Karlsbad wurden als Reaktion auf die Ostpolitik der Bundesregierung von der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten des Warschauer Paktes Hürden gegen einen ostpolitischen Durchbruch der Bundesregierung errichtet, die der Bundesregierung verdeutlichten, dass sie mit der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Rumänien keinen Präzedenzfall für andere osteuropäische Staaten geschaffen hatte. Der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew äußerte in einer Rede in Karlsbad, die reale Lage, die nach 1945 entstanden sei, erfordere die Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten, die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Diktats von Anfang an und schließlich auch den Verzicht der Bundesrepublik auf die „*Alleinvertretungsanmaßung*“. Breschnew verkündete, dass sowohl die Sowjetunion als auch die anderen sozialistischen Länder Europas ein wichtiges Ziel ihrer Politik darin sehen würden, die internationale Position der DDR auf jede Weise zu stärken.<sup>664</sup>

Die Konferenzteilnehmer legten das kommunistische Gesamtkonzept für Ost- und Westeuropa fest und machten die DDR endgültig zum gleichberechtigten Mitglied der Staatengemeinschaft des Warschauer Paktes. Damit konnte nur kurz nach dem Bonner Botschafteraustausch mit Rumänien die Einheit im sozialistischen Lager wieder hergestellt werden. Bereits die Ulbricht-Doktrin, welche die Warschauer-Pakt-Staaten im Februar 1967 abegesegnet hatten, und die eine Reaktion auf die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest gewesen war, hatte die ostpolitischen Pläne der Bundesregierung durchkreuzt, was durch die Karlsbader Konferenz nochmals verstärkt wurde. Laut der Ulbricht-Doktrin durften die Ostblockstaaten diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik nur dann aufnehmen, wenn die Bundesrepublik auf Atomwaffen verzichtet, alle bestehenden europäischen Grenzen anerkennt,

---

<sup>663</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 7.3.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1013/1: S. 1-81, hier S. 23.

<sup>664</sup>: Abdruck von Breschnews Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 1004-1015, hier S. 1005-1008.

die Hallstein-Doktrin aufgibt und zwei deutsche Staaten und damit die DDR und Westberlin als freie Stadt anerkennt.<sup>665</sup>

Die Ostpolitik der Großen Koalition war in eine brisante Lage geraten. Sie stand nun im Konfliktfeld zwischen Hallstein- und Ulbricht-Doktrin. Denn die Kernfrage blieb in diesem Zusammenhang: Wie konnte der Widerstand der DDR überwunden werden, ohne die deutschlandpolitischen Prinzipien der Bundesregierung zu gefährden?

Durch die Karlsbader Konferenz und die Ulbricht-Doktrin waren die Forderungen an Bonn zu einem Bündel zusammengefasst worden, das nur komplett erfüllt diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ermöglichte. Der BND konstatierte folgerichtig, dass Moskau gewillt sei, die Isolierungstaktik gegenüber der Bundesrepublik massiv zu forcieren.<sup>666</sup> Die Sowjetunion und die übrigen osteuropäischen Staaten des Warschauer Paktes hatten mit ihrem „geballten Maximalprogramm an Vorleistungen“<sup>667</sup> eine unüberwindliche Hürde aufgestellt und überdies Unmut und Unsicherheit in der Großen Koalition ausgelöst. Während bei der CDU/CSU die Forderungen der Karlsbader Konferenz auf starke Ablehnung stoßen würden, konnten sie bei der SPD möglicherweise früher oder später zumindest abgewogen werden und mit in ihre Überlegungen einbezogen werden. Hier war ein Nährboden für Konflikte in der Großen Koalition entstanden, der darüber hinaus auch das Misstrauen zwischen den Koalitionspartnern anheizte.

Trotz der Beschlüsse der Karlsbader Konferenz sprach Brandt am 2. Mai 1967 auf einer Pressekonferenz von einer positiven Zwischenbilanz der bisherigen Ostpolitik der Großen Koalition und zeigte Optimismus.<sup>668</sup> Objektiv richtig sei, erklärte Wehner am selben Tag auf einer Sitzung des Bundesratsausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus, dass sich die Karlsbader Konferenz auf die Bukarester Erklärung vom Sommer 1966 beziehe. Bereits damals sei Ulbricht mit seiner These, diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und osteuropäischen Ländern seien nur unter den von ihm für richtig gehaltenen Bedingungen aufzunehmen, nur schwer durchgedrungen. Festzuhalten sei jedenfalls, so Wehner, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien auf dem Boden der Bukarester Erklärung möglich gewesen sei. Das Verhalten von Ulbricht in der letzten Zeit sei

---

<sup>665</sup>: Stadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 230-233.

<sup>666</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 2/67, S. 1-17, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>667</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 329.

<sup>668</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-22, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

ohne ein Plazet Moskaus nicht denkbar. Aus der Hektik seines Verhaltens lasse sich jedoch auch auf die Angst Ulbrichts um seine Stellung schließen. Der verhältnismäßig große Spielraum, innerhalb dessen sich Ulbricht frei bewege, sei nur verständlich bei Berücksichtigung der Schützenhilfe, die ihm die Sowjetunion leiste, sagte Wehner. Die Sowjetunion wolle aller Welt klar machen, dass die von der Bundesregierung eingeleitete Entspannungspolitik gegenüber dem Osten unmittelbar mit einer Entspannung Bundesrepublik/DDR verbunden sein müsse, und der Weg über die Anerkennung der DDR führe, konstatierte Wehner.<sup>669</sup>

Auch wenn Brandt am 17. März 1967 in einer Rede auf einer SPD-Parteiratssitzung zunächst nur gewisse zeitweilige Verhärtungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis erkannt haben wollte und dazu gedrängt hatte, dass die Bundesregierung sich nicht von ihrem Kurs der Offenheit, der Sachlichkeit und der Verständigungsbereitschaft abringen lassen dürfe<sup>670</sup>, hatte sich bereits im April mit der Karlsbader Konferenz und der Ulbricht-Doktrin die Ausgangssituation für eine erfolgreiche Ostpolitik der Großen Koalition enorm verschlechtert. Der CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreis für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen diskutierte am 9. Mai auf einer Sitzung über die Lage nach der Karlsbader Konferenz und kam zu dem Fazit, dass sowohl von Ostberlin wie auch von den anderen Staaten des kommunistischen Blocks vor dem 50. Jahrestag der Oktoberrevolution wohl kein Entgegenkommen zu erwarten sei.<sup>671</sup> Trotzdem beteuerte Brandt, dass die Bundesregierung einen langen Atem und die Hoffnung habe, dass die Vorteile der Entspannung und Zusammenarbeit schließlich auf allen Seiten erkannt würden.<sup>672</sup> Er blieb am 21. Juni in einer Rede auf einer SPD-Parteiratssitzung dabei, weder eine Kurskorrektur hin zu einer härteren Ostpolitik einzuleiten, wie sie Teile der CDU/CSU verlangten, noch wollte er sich in das „Kühlhaus des Kalten Krieges“ zurückbegeben, in dem nach seiner Auffassung Ulbricht eine Vetoposition errungen habe, und in dem die Bundesrepublik zunehmend in die Gefahr der Isolierung geraten sei.<sup>673</sup>

Die Ostpolitik der Großen Koalition drohte innerhalb kürzester Zeit in einer Sackgasse zu landen. Sie habe schon nach wenigen Monaten das Gegenteil ihres Zweckes er-

---

<sup>669</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3659.

<sup>670</sup>: SPD-Parteiratssitzung 17.3.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP: S. 1-24, hier S. 15-16.

<sup>671</sup>: Kurzprotokoll, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-411/2:.

<sup>672</sup>: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 432.

<sup>673</sup>: SPD-Parteiratssitzung 21.6.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP: S. 1-5, hier S. 1-2.



reicht, so das Urteil von Peter Bender.<sup>674</sup> Rüdiger Booz vertritt die Auffassung, dass der rasche und scheinbar große Erfolg der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien nur ein „*Phyrrhus-Sieg*“ gewesen sei, der die Ostpolitik der Großen Koalition nicht vorangebracht habe.<sup>675</sup> Manfred Görtemaker meint, dass die Große Koalition mit der übereilten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien ohne vorherige gründliche Konsultationen in Moskau, Warschau und Ostberlin nicht eine Auflockerung, sondern eine Abriegelung des Ostblocks bewirkt habe, wobei die DDR nicht isoliert, sondern integriert worden sei.<sup>676</sup>

Vor übermäßigen Erwartungen in der Ostpolitik hatte der Liberale Thomas Dehler, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, im Mai 1967 gewarnt. Als die FDP noch auf der Regierungsbank gesessen habe, seien die ersten Gespräche mit den Ostblockländern wie die Tschechoslowakei und Rumänien geführt worden. Auch sei in Warschau eine Handelsmission eingerichtet worden, doch sei ihr kein Erfolg beschieden gewesen. Die Polen hätten sich von Anfang an dagegen gesperrt, erzählte Dehler.<sup>677</sup> Doch trotz der innen- und außenpolitischen Bedrängnis kann von einem völligen Stillstand der ostpolitischen Initiativen der Großen Koalition und von einer endgültigen Sackgasse nicht gesprochen werden. Durch lange Geheimverhandlungen in der Tschechoslowakei gelang es Bahr im August, wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, einen Austausch von Handelsvertretungen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei zu vereinbaren, und im Januar 1968 folgte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien.

Bahr kam in einem undatierten Thesenpapier zur Osteuropapolitik zu dem Ergebnis, dass auch der innerdeutsche Ausgleich im engen Zusammenhang mit der Osteuropapolitik stehe. Die Bundesregierung müsse daher deutlich machen, dass ihre Entspannungsbereitschaft auch die DDR einschließe.<sup>678</sup> Dieser von Bahr geforderte Schritt war dringend notwendig, denn es war nicht mehr zu ignorieren, dass die Verhinderungstaktik sowohl für Bonn als auch für Ostberlin zum Scheitern verurteilt war und in einer Sackgasse enden musste. Weder vermochte die Hallstein-Doktrin langfristig die Länder

<sup>674</sup>: Bender, Peter, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 1989<sup>2</sup>, S. 141.

<sup>675</sup>: Booz, Rüdiger M., „Hallsteinzeit.“ *Deutsche Außenpolitik 1955-1972*, Bonn 1995, S. 117.

<sup>676</sup>: Görtemaker, Manfred, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, (Taschenbuchausgabe), Frankfurt a. M. 2004, S. 76.

<sup>677</sup>: FDP-Pressemitteilung vom 31.5.1967: ADL, Nachlass Thomas Dehler, Ordner N1-2634.

<sup>678</sup>: Bahrs Thesenpapier, S. 1-6, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

der Dritten Welt davon abzuhalten, die DDR anzuerkennen, noch konnte die Ulbricht-Doktrin die kommunistischen Staaten für immer daran hindern, diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen. Warum gab man diesen für beide Seiten lähmenden und eben insgesamt erfolglosen Weg nicht auf und näherte sich an? Im Hinblick auf die vielen Hürden, die über fast zwei Jahrzehnte hinweg emsig errichtet worden waren, war das viel leichter gesagt als getan. Ein Instrument, um diese Hürden zu überwinden, konnte die Außen- und innerdeutsche Handelspolitik der Großen Koalition darstellen.

### 3.2.2. Die Außen- und innerdeutsche Handelspolitik der Großen Koalition

*„Wer für die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen und damit auch für bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik einerseits und der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten andererseits ist, sollte in der gegebenen Lage von der tatsächlichen Lage ausgehen und widerstreitende Rechtsauffassungen ausklammern.“*

Willy Brandt<sup>679</sup>

Hier soll nur ein Eindruck über die Außen- und innerdeutsche Handelspolitik der Großen Koalition vermittelt werden und zwar unter der besonderen Berücksichtigung der Einflussmöglichkeiten der Handelspolitik auf die von der Großen Koalition angestrebte Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und die Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen.<sup>680</sup>

Nach vielen Jahren des Misserfolgs mit einem starren und offenbar hoffnungslosen Wiedervereinigungskonzept sollte eine Übereinkunft mit den Staaten Osteuropas den politischen Handlungsspielraum der Bundesregierung erweitern, vor allem da diese nun gedachte, das große Wirtschaftspotenzial der Bundesrepublik auszunutzen.<sup>681</sup> „Wirtschaftspolitik ist ein untrennbarer Teil der nationalen Innen- und Außenpolitik“, betonte Schmidt am 17. Februar 1967 in einer Rede.<sup>682</sup> Dazu bemerkte Strauß: „Wirtschaftliche Kraft münzt sich nur dann in politische Stärke um, wenn eine entschlossene Politik wirt-

<sup>679</sup>: Zitat Brandt am 2.9.1966 in einer SPD-Pressemitteilung, S. 1-3, hier S. 1-2: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 357.

<sup>680</sup>: Für mehr Statistiken, Zahlen und Hintergrundinformationen zu der deutschen Außenhandelspolitik in den Jahren 1966-1969 siehe: Bellers, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989, Münster 1990, S. 307-333.

<sup>681</sup>: Siehe dazu Brandts rückblickenden und sehr ausführlichen Darlegungen am 2.9.1969 in einer SPD-Pressemitteilung, S. 1-8, besonders S. 1-4: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 2640.

<sup>682</sup>: Schmidts Redemanuskript, S. 1-14, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5085.

*schaftliche Kraft und politische Stärke so kombiniert, daß das eine dem anderen entspricht.*<sup>683</sup> Seit dem Tag ihres Amtsantritts hatte sich die Große Koalition intensiv um eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten und der DDR bemüht. Dabei müsse die Bundesrepublik die verantwortliche Aufgabe erkennen und wahrnehmen, die ihr in der Mitte Europas und als wesentliche Wirtschaftsmacht in der weltpolitischen Entwicklung zufalle, schrieb der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller am 4. November 1968 in einem Brief an den Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Professor Dr. Wilhelm Bauer.<sup>684</sup> Dieser Rat, am 14. August 1963 ins Leben gerufen, veröffentlichte regelmäßig Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik.<sup>685</sup> Der Sachverständigenrat hatte sich als ein wirklich unabhängiger und im Interessenstreit neutraler Ratgeber für die wirtschaftspolitischen Instanzen sowie für die Öffentlichkeit erwiesen.<sup>686</sup>

Bahr hielt im Februar 1967 in einem Thesenpapier zur Ostpolitik fest, es gelte, den Wirtschaftsaustausch mit den osteuropäischen Staaten zu erweitern und soweit möglich einen Ausgleich zwischen Aus- und Einfuhren herzustellen. Eine liberale Osthandelspolitik der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft würde diesem Ziel nützen. Wo aus strukturellen Gründen ein Ausgleich der Handelsbilanzen selbst bei erweiterter Liberalisierung nicht möglich sei, werde die Bundesregierung die Gewährung langfristiger Kredite erwägen müssen. Wenn man auch die Aussichten der "Kooperation" nüchterner beurteilte als einige osteuropäische Länder, die damit übersteigerte Erwartungen verbinden würden, so sollte man doch derartige Projekte unterstützen, empfahl Bahr.<sup>687</sup>

Brandt wies am 11. August 1967 in einem Interview gegenüber der Deutschen Welle darauf hin, dass die Bundesregierung bereit sei, die im Oktober 1966 in Moskau begonnenen Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Handelsvertrags wieder aufzunehmen. Moskau habe jedoch in den zurückliegenden Monaten kein Interesse an der Fortführung der Verhandlungen gezeigt. Das gleiche gelte für Erörterungen zur Ent-

---

<sup>683</sup>: Zitat Strauß, nachzulesen bei: Zierer, Otto, Franz Josef Strauß. Lebensbild, München/Berlin 1979<sup>4</sup>, S. 359.

<sup>684</sup>: Schiller an Bauer 4.11.1968, S. 1-4, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft V. WP, Ordner B102-93232.

<sup>685</sup>: Darauf geht Herr Langer, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, am 31.3.1968 in einem Brief an Schiller detailliert ein, S. 1-3, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft V. WP, Ordner B102-93232.

<sup>686</sup>: "Die Zeit" vom 3.5.1968: BAK, Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft V. WP, Ordner B102-93232.

<sup>687</sup>: Bahrs Thesenpapier Februar 1967, S. 1-6, hier S. 5: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

wicklung gegenseitiger kultureller Beziehungen, bedauerte Brandt.<sup>688</sup> Der Kreml reagierte ablehnend auf die Handelspolitik der Bundesregierung, obwohl Bundeswirtschaftsminister Schiller mehrmals versichert hatte, ein Hauptziel aller deutschen Initiativen und Beiträge sei die Entwicklung einer international koordinierten, gleichermaßen auf Stabilität und Wachstum gerichteten Politik und solle weder zur wirtschaftlichen noch zur politischen Destabilisierung einzelner Länder - gemeint waren vor allem die osteuropäischen Staaten - führen.<sup>689</sup>

Dem Kreml war durchaus bewusst, dass Bonn auch den Außenhandel als Instrument zur Ausweitung seines Einflusses in Osteuropa nutzen wollte, ohne die Oder-Neiße-Grenze und die DDR anzuerkennen, wie es der Kreml gefordert hatte. Er war daher umso entschlossener, obwohl die Bundesregierung drängte, keinen Handelsvertrag mit der Bundesrepublik einzugehen. Der Bedarf nach Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik war aber so groß, dass Moskau sich offiziell zwar weigerte, diese zu intensivieren, aber inoffiziell deren Entfaltung unterstützte. Die Sowjetunion hatte im Jahr 1966 allein im Direkthandel - also unter Ausschluss des Handels über Drittländer - Waren im Wert von 757 Millionen DM in die Bundesrepublik exportiert und Waren im Wert von 456 Millionen DM aus der Bundesrepublik bezogen.<sup>690</sup> Wobei die CDU/CSU kritisierte, dass die westlichen Industrieländer dem Osten vor allem modernste Industriegüter lieferten und damit sowohl den Aufbau der Produktionskraft der kommunistischen Länder unterstützten, als diesen auch das technische "know-how" vermittelten und Möglichkeiten zum Nachbau bieten würden. Im Gegensatz dazu bestehe deren Gegenlieferung aus Rohstoffen und Halbfabrikaten, die bereits auf den westlichen Märkten in ausreichender Menge erhältlich seien.<sup>691</sup>

Das Außenhandelsinteresse der Großen Koalition galt besonders auch der Tschechoslowakei. Schon vor dem Beginn des Prager Frühlings Anfang 1968 hatte die Bundesregierung ihre Bereitschaft angedeutet, die nach Westen gerichtete Neuorientierung des tschechoslowakischen Außenhandels zu unterstützen.<sup>692</sup> Bahr erläuterte am 10. August 1967 in einer geheimen Aufzeichnung, dass die Entscheidung, in Prag die Verhandlungen über ein Warenabkommen und den Austausch von Handelsvertretungen wieder aufzunehmen, auf folgender Erklärung beruht habe: Um das deutsch-tschechoslowa-

<sup>688</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 52: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>689</sup>: So äußerte sich Schiller zum Beispiel am 28.10.1968 in einem Brief an den Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Prof. Dr. Wilhelm Bauer, S. 1-4, hier S. 3: BAK, Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft V. WP, Ordner B102-93232.

<sup>690</sup>: Als geheim eingestuft "BND-Lagebericht Ost 1967", Band 1, hier Lagebericht 6/67, S. 1-15, hier S. 14: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>691</sup>: Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Im Interesse der Freiheit, Stuttgart 1970, S. 68-69.

<sup>692</sup>: Aufzeichnung Bahrs 23.6.1967: AdSD, Depositum Egon Bahr, Ordner 390, Mappe 2.

kische Verhältnis weiterzuentwickeln, brauche die Bundesrepublik eine amtliche deutsche Präsenz in Prag. Wenn Botschaften zurzeit nicht ausgetauscht werden könnten, wäre es falsch, vorerst auf jegliche Präsenz zu verzichten. Die Errichtung einer Handelsvertretung in Prag sei ein Schritt auf dem Weg zu diplomatischen Beziehungen. Der Übergang von einer Handelsvertretung zu einer Botschaft werde leichter sein, als die Errichtung einer Botschaft aus dem Nichts, prophezeite Bahr.<sup>693</sup>

Bahr war als Sonderbotschafter nach Prag gereist, wo er mit hohen Persönlichkeiten von Staat und Partei vertrauliche Gespräche führte.<sup>694</sup> Am 12. und 13. Juni 1967 hatte es in Prag einen Gedankenaustausch über die künftige Entwicklung des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses gegeben, wobei Bahr unter anderem die Bereitschaft der Bundesregierung zugesichert hatte, mit der DDR in friedlicher Koexistenz zu leben und durch völkerrechtlich verbindliche Gewaltverzichtserklärungen gegenüber dem Ostblock anzuerkennen, dass die bestehenden Grenzverhältnisse - das Gebiet der DDR eingeschlossen - nicht veränderlich seien.<sup>695</sup> In der Zeit vom 20. Juli bis zum 3. August fanden in Prag die offiziellen deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsverhandlungen statt, die zum Abschluss eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr sowie über den Austausch von Handelsvertretungen führten.<sup>696</sup> Bahr wies am 19. August in einem Brief an Brandt auf diesen Erfolg hin und erklärte, dass die Beziehungen zur Tschechoslowakei sehr vertrauensvoll und eng seien. Sie könnten durch Botschafter kaum besser werden.<sup>697</sup>

Das Ergebnis der deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen wurde in Moskau zunächst als den eigenen Vorstellungen entsprechend gewertet. Der Kreml sah darin nicht mehr als eine vertragliche Regelung der Handelsbeziehungen und begrüßte, dass von Prag keine politischen Zugeständnisse gemacht wurden, auch nicht im Sinne einer Vorstufe zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Diese Beurteilung wurde durch

---

<sup>693</sup>: Bahrs Aufzeichnung 10.8.1967, S. 1-5, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

<sup>694</sup>: Bericht über die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsverhandlungen im Sommer 1967, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 390, Mappe 2.

<sup>695</sup>: Dies geht aus einer Aufzeichnung Bahrs über diesen Gedankenaustausch in Prag hervor: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998, S. 898-901, hier S. 900.

<sup>696</sup>: Presseagenturmeldung vom 17.8.1967: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c4 1968 (I-VIII).

<sup>697</sup>: Bahr an Brandt 19.8.1967, S. 1-8, hier S. 1-2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

die tschechoslowakische Kommentierung gestützt, wonach eine tatsächliche Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik nur durch eine deutsche Anerkennung des Status quo in Europa möglich sei. In Ostberlin wurde zu den Prager Vereinbarungen positiv vermerkt, dass die tschechoslowakische Regierung der Bundesregierung nicht wesentlich weiter entgegengekommen sei als die übrigen Staaten des sozialistischen Blocks, abgesehen von Rumänien.<sup>698</sup>

In der innerdeutschen Handelspolitik verfolgte die Große Koalition aktiv eine Ausdehnung der Handelsbeziehungen mit der DDR. Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 im Bundestag verkündet: *„Die Bundesregierung ist um die Ausweitung des innerdeutschen Handels, der kein Außenhandel ist, bemüht. Sie wird dabei auch eine Erweiterung von Kreditmöglichkeiten anstreben und gewisse organisatorische Maßnahmen zur Verstärkung der innerdeutschen Kontakte ins Auge fassen.“*<sup>699</sup> Das wurde besonders von der SPD befürwortet, die Kiesingers Formulierung als offiziellen Akt für die Aufgabe der von Außenminister Schröder zuvor praktizierten Politik der Isolierung der DDR ansah. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans legte hierzu am 11. Januar 1967 ein Papier vor, in dem er erklärte, dass die Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich daran interessiert sein müsse, den Waren- und Leistungsaustausch mit Mitteldeutschland zu vergrößern. Politisch, weil jeder wirtschaftliche Kontakt auch menschliche Kontakte schaffe, die das Gefühl deutscher Zusammengehörigkeit stärkten, zum Austausch von Informationen führten und die Vorurteile abbauten, die auf beiden Seiten überreichlich vorhanden seien. Wirtschaftlich, weil eine rationelle Arbeitsteilung in einem großen deutschen Wirtschafts- und Absatzraum für die westdeutsche Wirtschaft ebenso nützlich sein würde, wie es die Eingliederung in den Raum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gewesen sei. Dichgans ergänzte, dass der wirtschaftliche Nachholbedarf in Mitteldeutschland, der auf eine Größenordnung von 50-100 Milliarden DM geschätzt werden könne, Absatzmöglichkeiten für die Wirtschaft der Bundesrepublik biete. Dichgans schlug vor, den innerdeutschen Handel durch Beseitigung von Hemmnissen und der Bereitstellung von Krediten zu fördern.<sup>700</sup> Dies hatte auch schon Schmidt im Dezember 1966 im Bundestag gefordert. Die Bun-

<sup>698</sup>: Als geheim eingestuftes „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 16/67, S. 1-18, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-899.

<sup>699</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3664.

<sup>700</sup>: Dichgans Papier 11.1.1967, S. 1-11, hier S. 1: ACDP, Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen V. WP, Ordner 08-006-004/5.

desregierung solle unverzüglich für den innerdeutschen Handel einen revolvingen Kredit- und Garantiefonds schaffen, hatte er verlangt.<sup>701</sup>

Die Anwendung der neokeynesianischen und antizyklischen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung machte zusätzlich Finanzkredite in sehr großen Umfang frei.<sup>702</sup> Daher bot die Bundesregierung der DDR zum ersten Mal langfristige Finanzkredite für den innerdeutschen Handel an. Dies erhöhte zunächst auch das Exportvolumen der Bundesrepublik bezüglich der DDR, hatte aber andererseits ein massives Handelsdefizit der DDR gegenüber der Bundesrepublik zur Folge und führte dazu, dass im Jahr 1967 der innerdeutsche Handel effektiv abnahm. Aus propagandistischen Gründen hatte Ulbricht die Finanzkredite aus Bonn mit der Begründung verschleiert, dass der DDR durch die Bundesrepublik Verluste in Höhe von mindestens 30 Milliarden DM zugefügt worden seien, da nämlich für die bisher geflohenen und ausgewanderten DDR-Bürger im Durchschnitt 15.000 DM je Kopf investiert worden sei (Ausbildung etc.). Ulbricht hatte in dieser Höhe einen langfristigen Kredit gefordert.<sup>703</sup>

Brandt schrieb am 6. Juni 1968 in einem Brief an Kiesinger, die Bundesregierung habe seit ihrer Bildung den Standpunkt vertreten, dass die Ausweitung des innerdeutschen Handels ein wichtiger Bestandteil der Deutschlandpolitik sei. Er fügte hinzu, dass die Bundesregierung der Frage des innerdeutschen Handels ein besonderes Gewicht verleihen müsse.<sup>704</sup> Doch gab es bei der CDU/CSU noch einige Fragen zu klären. Während der Abgeordnete Pohle auf der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 19. Juni ausführte, dass er im innerdeutschen Handel die Möglichkeit sehe, zur Entspannung beizutragen, plädierte der Abgeordnete Blumfeld für eine offensive Nutzung, da man hier der DDR am meisten schaden könne. Das mit jedem Jahr stumpfer gewordene Schwert des Interzonenhandels müsse revitalisiert werden, forderte Blumfeld. Kiesinger zeigte sich skeptisch bezüglich wirtschaftlicher Möglichkeiten, da dies am Souveränitätsanspruch der DDR nichts ändern würde. Barzel teilte diese Ansicht und erklärte, dass die DDR nicht sehr stark auf den Interzonenhandel angewiesen sei und die Waren auch aus

---

<sup>701</sup>: Vermerk Schmidts, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5649.

<sup>702</sup>: Um Bürgern und Unternehmen wieder Vertrauen und Zuversicht einzuflößen, griff die Bundesregierung der Großen Koalition auf die Lehren des englischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes zurück. Der Ökonom hatte in den 1930er Jahren die These aufgestellt, dass der freie Markt allein eine Volkswirtschaft mitunter nicht aus einer Konjunkturkrise befreien könne. Stattdessen müsse der Staat für neues Wachstum sorgen, indem er zusätzliches Geld ausgibt. Im nächsten Aufschwung könne er dann die Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung nutzen. Siehe dazu die Ausführungen in "Der Zeit" vom 29.12.2005.

<sup>703</sup>: Vermerk vom 13.8.1967 über Ulbrichts Kreditforderungen: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3659.

<sup>704</sup>: Brandt an Kiesinger 6.6.1968. Kopie, S. 1-5, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13. Original liegt vor bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001: S. 1-5, hier S. 4.

anderen Ländern bekommen könne.<sup>705</sup> Im Dezember wurde trotz des vorangegangenen militärischen Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei ein neues Handelsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR abgeschlossen, das eine Ausweitung des Warenaustausches vorsah.<sup>706</sup>

Es fällt auf, dass das SED-Regime innerhalb des innerdeutschen Handels ein Gebiet sehr zurückhaltend behandelte, obwohl es grundsätzlich dem Belieben des SED-Regimes unterworfen war und politisch durchaus wirkungsvoll hätte eingesetzt werden können, nämlich die Frage der Terminologie, in die der innerdeutsche Handel einzuordnen war. Gemessen an der Intensivierung des sowjetzonalen Aufwertungsstrebens hielt Ostberlin erstaunlich korrekt an der Firmierung "innerdeutsch" für den innerdeutschen Handel fest.<sup>707</sup> Hier dürfte eine wirtschaftliche Erwägung ausschlaggebend gewesen sein. Das SED-Regime wollte sich den ihm auf dem Umweg über die Bundesrepublik faktisch offen stehenden Zugang zum Markt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht durch eine rein politisch motivierte Entscheidung verlegen.

Zur Handelspolitik der Großen Koalition ist festzuhalten, dass die Bemühung der Großen Koalition, diplomatische Beziehungen mit Osteuropa aufzunehmen, mit dem Versuch gekoppelt war, die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik mit Osteuropa einschließlich der erforderlichen Finanzkredite<sup>708</sup> zu intensivieren, wobei zwei Gründe im Vordergrund standen: Es sollte nicht nur der Einfluss der Bundesregierung in Osteuropa vergrößert, sondern auch die Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik verbessert werden, um damit zur Überwindung der wirtschaftlichen Rezession beizutragen. Schröder hatte in diesem Zusammenhang schon frühzeitig ausgeführt, dass die Stabilisierung und die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Basis gleichzeitig auch ein Grundfundament der deutschen auswärtigen Politik seien.<sup>709</sup>

Doch mussten noch einige praktische und terminologische Fragen zur Außen- und innerdeutschen Handelspolitik der Bundesregierung geklärt werden. Dr. Paul Binder, Staatssekretär a. D., teilte am 2. Januar 1968 in einem Brief Bundeswirtschaftsminister Schiller mit, es werde von deutscher Wirtschaftsseite darauf hingewiesen, dass die Politik noch viel intensiver in einen Gedankenaustausch mit erfahrenen Führern der

<sup>705</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 19.6.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1016/2: S. 1-57, hier S. 27-37.

<sup>706</sup>: Griffith, William E., Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, aus d. Amerikan. übersetzt von Gisela Kramer, Stuttgart 1981, S. 192-193.

<sup>707</sup>: Vertraulicher BND-Bericht vom 17.3.1967, S. 1-7, hier S. 6: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-424.

<sup>708</sup>: Mitte 1967 hatte der Umfang der von der Bundesregierung gewährten Finanzkredite an Rumänien bereits 2,2 Millionen DM erreicht. Siehe: Griffith, William E., Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, aus d. Amerikan. übersetzt von Gisela Kramer, Stuttgart 1981, S. 193.

<sup>709</sup>: So Schröder am 26.11.1965 in einer Rede auf einem CDU-Landesparteitag. Redemanuskript, S. 1-8, hier S. 3: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 51.



Wirtschaft treten müsse, um den internationalen Anforderungen gerecht zu werden.<sup>710</sup> Zu diesem Ergebnis kam etwas später auf einer Sitzung am 16. Februar auch der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands. Des Weiteren referierte auf dieser Sitzung der Deutschlandexperte Prof. Dr. Meimberg zur Frage einer Annäherung der Wirtschaft der Bundesrepublik an die Wirtschaft der DDR, dass auf Grund der zu verzeichnenden Auflockerung in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR sich die Frage stelle, ob die bisherigen Vorstellungen und Begriffe ausreichend und weiter ohne Einschränkung verwertbar seien. Es ergebe sich voraussichtlich zwangsläufig, dass neue Maßstäbe angewendet werden müssten.<sup>711</sup> Für Dr. Seidler, ein weiteres Mitglied des Forschungsbeirates, war es notwendig, deutlich zu machen, dass der Gestaltung des Außenhandels im Rahmen einer Wachstumspolitik eine bedeutende Rolle zu fallen könne und zu prüfen sei, wie eine solche Handhabung des Außenhandels als wachstumsförderndes Instrument unter den speziellen Gegebenheiten der mitteldeutschen Wirtschaft aussehen müsse, welche leitenden Gesichtspunkte also dabei zu gelten hätten.<sup>712</sup>

Dass eine neu ausgerichtete Handelspolitik allein nicht ausreichte, um die deutsche Wiedervereinigung zu erlangen, war allerdings allen Verantwortlichen klar. Kiesinger führte am 13. Februar 1967 auf einer CDU-Vorstandssitzung aus, dass die Bundesrepublik in ihrer bisherigen Wiedervereinigungspolitik absolut defensiv gewesen sei und auf eine Gelegenheit der Geschichte habe warten müssen. Diese sei aber nicht gekommen, sondern die Bedingungen hätten sich sogar verschlechtert. Die einzige Alternative zum passiven Warten sei daher das Anbahnen eines Weges zur Überwindung des Gegensatzes, um mehr Bewegungsraum zu schaffen. Während die Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges den gesamten Westen geschlossen hinter sich gehabt hätte, sei dieser, ob vermeintlich oder tatsächlich, nun vorbei, meinte Kiesinger.<sup>713</sup> Mit der brutalen Niederschlagung des Prager Frühlings durch

---

<sup>710</sup>: Binder an Schiller 2.1.1968, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft V. WP, Ordner B102-93232.

<sup>711</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-106, hier S. 6: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6781.

<sup>712</sup>: Sitzungsprotokoll des Forschungsbeirates vom 20.12.1966, S. 1-114, hier S. 75: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6781.

<sup>713</sup>: CDU-Vorstandssitzung 13.2.1967: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-016/1: S. 1-100, hier S. 12-13.

Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung im August 1968 kehrte der vermeintlich vergangene Kalte Krieg mit Wucht zurück. Moskau benutzte auch die Finanzkredite und Handelsbegünstigungen, welche die Bundesregierung der Tschechoslowakei gewährt hatte, als Rechtfertigung des militärischen Eingreifens.

### **3.3. Die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968**

*„Wenn die Russen vor der Alternative stehen, entweder die Erosion ihres Imperiums mit der Gefahr des späteren Zusammenbruchs oder den Verlust einer guten Weltmeinung hinzunehmen, werden sie sich entscheiden, die Erosion zu verhindern, und sie werden auf die Weltmeinung pfeifen.“*

Franz Josef Strauß<sup>714</sup>

Die Jahre 1967/68 waren eine bedeutende Zäsur in der internationalen Entwicklung der Nachkriegszeit. In Amerika und in Europa fand ein Generationenwechsel statt, der mit einer Vielzahl von Tabubrüchen beispielsweise im Bereich der Mode und Musik, aber auch der Politik einherging. In der zum sowjetischen Machtbereich gehörenden Tschechoslowakei führten wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Beginn eines alle gesellschaftlichen Bereiche erfassenden und schnell eine Eigendynamik entfaltenden Reformprozesses, dem Prager Frühling. Die Kapitel 3.3. und 3.3.1. umfassen die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung und die daraus resultierenden Konsequenzen für die deutsche Entspannungspolitik. Diese Kapitel sind so gewählt worden und stehen in der Mitte des 3. Oberkapitels, um zu veranschaulichen, welchen Zäsurcharakter die Niederschlagung des Prager Frühlings für die Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition hatte, nachdem diese schon die Mitte ihrer Regierungszeit überschritten hatte.

Viele alte stalinistische Politiker wurden im Frühling 1968 in Prag abgesetzt, und ein neuer liberaler Kurs unter dem KP-Generalsekretär Dubcek wurde in der Tschechoslo-

---

<sup>714</sup>: Zitat Strauß Anfang 1968, nachzulesen bei: Finger, Stefan, Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben, München 2005, S. 306.

wakei eingeleitet. Dieser bedeutende Umbruch, der Prager Frühling, wurde von der tschechoslowakischen Bevölkerung mit Begeisterung unterstützt. In der Bundesrepublik wurde der Prager Versuch, mehr Freiheit im Inneren und eine unabhängigere Stellung im Ostblock zu erlangen, mit großer Zustimmung registriert. Die sehr rasch aktiv gewordene und von Moskau geführte Propaganda des übrigen Ostblocks gegen die Reformprozesse in der Tschechoslowakei richtete sich zunächst nicht etwa gegen die Prager Reformer, die weiter behaupteten, gute Kommunisten und dem Warschauer Pakt treu zu sein, vielmehr attackierte sie die "Revanchisten" in Bonn, die sich angeblich bemühten, die Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft abzuspalten und gegen die Sowjetunion aufzustacheln. Die Bundesregierung durfte also dieser Propaganda keinerlei Nahrung liefern, wenn sie beide Ziele weiter verfolgen wollte: Ein möglichst ungestörter Reformprozess in der Tschechoslowakei zu mehr Freiheit und eine Normalisierung des deutschen Verhältnisses zu den osteuropäischen Staaten.

Brandt erklärte am 27. Mai 1968 in einem Interview: *„Es liegt nicht in unserer Absicht, das sogenannte sozialistische Lager aufzuspalten, Unfrieden zu säen und aus Meinungsverschiedenheiten zwischen den osteuropäischen Ländern Vorteile für uns herauszuschlagen. Wir wollen nicht das eine Land gegen das andere ausspielen.“*<sup>715</sup> Die CDU/CSU hatte den sowjetischen Vorwurf energisch zurück gewiesen. Barzel hatte am 9. Juni 1967 in einem Interview erläutert: *„Es ist vielleicht richtig und das kann man ruhig heute auch öffentlich erörtern, daß in Moskau der Eindruck entstanden ist, als wollten wir in dem ost- und mitteleuropäischen Gelände - wenn ich mich mal vorsichtig ausdrücken darf - durch divide et impera irgendjemanden stören. Das ist nicht der Fall.“*<sup>716</sup>

Zwar unterstrich die Bundesregierung öffentlich ihre friedlichen Absichten, aber intern war wohl durchaus bekannt, dass Gefahr drohen konnte. Bahr wies am 10. Mai 1968 in seiner geheimen Aufzeichnung mit dem Titel "Vorkehrungen für den Fall des Einmarsches sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei" deutlich darauf hin, dass die Möglichkeit einer sowjetischen militärischen Invasion in die Tschechoslowakei unwahrscheinlich, aber nicht mehr völlig auszuschließen sei.<sup>717</sup>

Auch wenn Kiesinger am 14. Mai 1968 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises gefordert hatte, von solchen Unternehmungen abzusehen<sup>718</sup>, unterstützten viele deutsche

<sup>715</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 273.

<sup>716</sup>: Text des Interviews, S. 1-17, hier S. 12: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-72.

<sup>717</sup>: Bahrs Aufzeichnung 10.5.1968, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

<sup>718</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

SPD-Politiker, Gewerkschaftsvorsitzende und Intellektuelle öffentlich die Prager Reformbemühungen und reisten in die Tschechoslowakei, um dort Gespräche mit gleichgesinnten Kreisen zu führen. Diese Aktionen wurden von Moskau und Ostberlin argwöhnisch beobachtet. Von dort wurde die Bundesregierung im Allgemeinen sowie die SPD im Besonderen beschuldigt, auf die Entwicklungen in der Tschechoslowakei einzuwirken.

Strauß erhob später den Vorwurf, dass die dauernde geradezu jubelnde Bewunderung der Reformkommunisten in der Tschechoslowakei durch westdeutsche politische Redner und Besucher und nicht zuletzt durch einen großen Teil der Publizisten erheblich zu dem Entschluss der Sowjets beigetragen habe, in die Tschechoslowakei einzumarschieren.<sup>719</sup> Für Schmoeckel war das Verhalten der Bonner Politik zu dem Experiment in Prag, entgegen der Propagandabehauptungen des Ostblocks, sicher nicht ursächlich für den militärischen Überfall. Aber schon der Anschein offizieller deutscher Unterstützung für die Reformer in Prag, den prominente SPD-Politiker, Brandt an der Spitze, unvorsichtigerweise und gegen die ausdrückliche Richtlinie des Kanzlers erweckt hätten, sei für die Bundesrepublik gefährlich genug gewesen.<sup>720</sup>

Die ersten konkreten entspannungspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung lösten in Verbindung mit der sehr schnell fortschreitenden Prager Reformbewegung in Moskau und Ostberlin die Sorge vor innenpolitischer Destabilisierung aus. Das ideologische Bindemittel des sozialistischen Blocks, die Furcht vor dem „bundesdeutschen Revanchismus“, drohte wegen der gewandelten Bonner Ostpolitik wirkungslos zu werden. Da die neue Bonner Ostpolitik die Erfüllung der essenziellen Forderung, die bundesdeutsche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, konsequent ablehnte, verschärften Moskau, Ostberlin und auch Warschau ihre Attacken gegen den bundesdeutschen „Revanchismus, Militarismus und Neonazismus“. In der propagandistischen Begründung für den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung in Prag am 21. August 1968 wurde diese - nach Ansicht Brandts - „absurde“<sup>721</sup> These von der „Subversion des bundesdeutschen Imperialismus“ deutlich hervorgehoben. Beim militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei, wodurch der Prager Frühling, das Experiment eines reformierten Sozialismus, eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, niedergeschlagen wurde, waren keine Ein-

<sup>719</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 22.1.1969, S. 1-10, hier S. 7: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-258/1.

<sup>720</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 200.

<sup>721</sup>: Zitat Brandt am 18.8.1968 in einem Interview gegenüber der „Münchener Abendzeitung“. Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 2: AdSD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 283.

heiten der Nationalen Volksarmee der DDR beteiligt, was Brandt jedoch nicht wusste.<sup>722</sup> Denn er sagte am 28. August in einer Rede dazu: *„Aufrichtige Entschuldigung an die Adresse der tschechoslowakischen Nachbarn. Es soll besagen, man möge es nicht dem deutschen Volk nachtragen, daß ein Teil seiner Söhne wieder als Okkupationstruppen auf fremden Boden stehen müssen. Ich hätte viel gegeben, wenn das unserem Volke erspart geblieben wäre.“*<sup>723</sup> Für das DDR-Regime waren die Programme und Ziele der Prager Reformer ein Durchbruch der Konterrevolution und eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus. Gefahren, die aus Sicht des DDR-Regimes unbedingt unterbunden werden mussten.<sup>724</sup>

Kiesinger brachte am 23. September 1968 die Situation auf einer CDU/CSU-Fraktions-sitzung auf den Punkt. Es habe ein sehr brutales Zuschlagen der Sowjetunion und der von ihr abhängigen oder ihr folgenden Staaten des Warschauer Paktes gegenüber einer Regierung, einem Land und einem Volk gegeben, das einen eigenen Weg zu gehen versucht habe.<sup>725</sup> Ob dieser eigene Weg wirklich aus dem Warschauer Pakt und aus den anderen Bindungen mit der Sowjetunion herausgeführt hätte, ist eine spekulative Frage, die erst die weitere Entwicklung hätte auflösen können.

Im August 1968 ging es Moskau vorrangig um die Konsolidierung seines Machtbereichs, und dazu benötigte es nicht Entspannung, sondern Konfrontation mit Bonn als Gegengewicht. Entscheidend für Moskau war die Sicherung der sowjetischen Einfluss-sphäre in Ost- und Südosteuropa, selbst unter Inkaufnahme eines vorübergehenden *„Gesichtsverlusts gegenüber dem Westen“*, wie es Wehners Mitarbeiter Dr. Neupert in

---

<sup>722</sup>: Die DDR-Regierung hatte den Einmarsch aktiv unterstützt - durch die Bereitstellung von Eisenbahnzügen für den Truppentransport und durch die verstärkte Grenzsicherung zur Tschechoslowakei. Entgegen der ursprünglichen Planung marschierten aber keine Gefechtstruppen der Nationalen Volksarmee in das Nachbarland ein. Die für den Einsatz vorgesehene 7. Panzerdivision und die 11. Mot. Schützen-division blieben in ihren Konzentrierungsräumen im Süden der DDR. Nur einige Staboffiziere und Fern-meldetruppen, die die Verbindung zwischen dem Leitungsstab der Interventionstruppen und den in Be-reitschaft stehenden NVA-Verbänden halten sollten, befanden sich auf dem Territorium der Tschechos-lowakei. Gleichwohl hatten sich die Machthaber in der DDR mitschuldig gemacht an der gewaltsamen Unterdrückung der Reformbewegung. Die DDR trug auf Grund ihrer Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung der militärischen Intervention Mitverantwortung an der Verletzung des Völkerrechts und der Souveränität der Tschechoslowakei. Siehe: Museumszeitung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nr. 3, Bonn 2003: <http://www.museumsmagazin.com/archiv/3-2003/brennpunkt/pragerfruehling.php> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 16:00 Uhr] oder Wenzke, Rüdiger, Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag. In: Karner, Stefan / Tomilina, Natalja / Tschubarjan, Alexander u. a. (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge, Köln u. a. 2008, S. 673-686.

<sup>723</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-11, hier S. 11: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 283.

<sup>724</sup>: Siehe dazu auch: Müller, Werner, Friedliche Revolution 1989/90: Von der Dauerkrise zum Umbruch in der DDR. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinigten Deutschland, München 2006, S. 245-290, hier S. 252. / Prieß, Lutz u. a., Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996, besonders S. 103-111.

<sup>725</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 23.9.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 11.

seinen am 12. September an Wehner gesandten Aufzeichnungen zur mittel- und langfristigen Perspektive der sowjetischen Außenpolitik treffend ausgedrückt hatte.<sup>726</sup>

Die französische Regierung gab Bonn die Schuld an den Ereignissen in Prag.<sup>727</sup> Paris hatte bereits vor der Niederschlagung des Prager Frühlings kritisiert und gewarnt, dass in der deutschen Ostpolitik zwischen der Sowjetunion und den Satellitenstaaten unterschieden und auch eine entsprechend differenzierte Politik betrieben werde.<sup>728</sup> Das war auf französischer Seite als eine fatale Fehleinschätzung der Möglichkeiten für eine echte deutsche Entspannungspolitik im Osten bewertet worden.<sup>729</sup> Barzel hatte dazu Ende Juli 1968 in einer Rede erklärt: *„Die sowjetische Führung muß bei einer nüchternen Prüfung zu dem Ergebnis kommen, daß der Stellenwert der Bundesrepublik gewachsen ist, weil ihr politischer Einfluß auf das sowjetische Vorfeld größeres Gewicht hat, als das bei Frankreich der Fall ist.“*<sup>730</sup> Zu dem gleichen Ergebnis kam auch Bahr am 19. September 1968 in seinen Aufzeichnungen zur Außenpolitik der Bundesregierung nach der Besetzung der Tschechoslowakei.<sup>731</sup>

Kiesinger hatte den sowjetischen und französischen Vorwürfen gegenüber der deutschen Ostpolitik widersprochen. Er formulierte am 17. September 1968 seine Einschätzung der Situation in einem Interview gegenüber niederländischen Journalisten im Kanzleramt: *„Unserer Politik der Aufhellung des politischen Klimas in den verschiedenen Ländern Zentral- und Osteuropas gegenüber hat sich die Sowjetunion zwar nicht von Anfang an protestierend entgegengestellt, aber es hat ihr auch nicht gefallen, ganz einfach deswegen nicht, weil sie die eigentliche, die alleinige Sprecherin dieses sozialistischen Lagers sein will, und weil sie es ungern sieht, wenn einzelne dieser Länder mit uns näheren Kontakt aufnehmen. Aber sie hat dagegen nicht protestiert. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei benutzt sie nun dazu, uns der Einmischung zu beschul-*

<sup>726</sup>: Neupert an Wehner 12.9.1968, S. 1-16, hier S. 6: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 88.

<sup>727</sup>: Nachzuvollziehen bei der CDU/CSU-Fraktionssitzung am 23.9.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 29. Ausführlich setzt sich Kroegel mit den deutsch-französischen Spannungen nach der Niederschlagung des Prager Frühlings auseinander: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 138-140.

<sup>728</sup>: Eine Kurzübersicht über die deutsch-französischen Spannungen 1967/68 liegt vor bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00312.

<sup>729</sup>: Darauf verwies der Direktor der Internationalen Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stephan G. Thomas, am 20.12.1967 in einem Brief an Brandt, S. 1-2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 10.

<sup>730</sup>: Presseagenturmeldung vom 29.7.1968, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1968/69:.

<sup>731</sup>: Bahrs Aufzeichnung 19.9.1968, S. 1-7, hier S. 4: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

*digen. Wir hätten Öl ins Feuer gegossen, ja hätten sie vielleicht provoziert. Das alles sind reine Verleumdungen*“, urteilte Kiesinger sichtlich verärgert.<sup>732</sup>

Für Kiesinger bedeutete die Niederschlagung des Prager Frühlings, wie er am 16. Oktober 1968 in einer schriftlichen Erklärung ausführte, dass die Sowjetunion auch eine friedliche Annäherung zwischen West- und Osteuropa jederzeit als eine Gefährdung und Bedrohung ihrer hegemonialen Sphäre bewerten könne.<sup>733</sup> Der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Marx schilderte am 4. Dezember in diesem Zusammenhang im Bundestag: *„Wir sind heute Zeugen des Versuchs, das sozialistische Lager wieder in einen Ostblock zurückzuführen. Das Entsetzen über diese reaktionäre Grundstimmung in der sowjetischen Politik hat nicht nur den Westen und nicht nur etwa die Völker der anderen Staaten wie etwa die Jugoslawen und die Völker der Dritten Welt, sondern viele Menschen in den Staaten Osteuropas selbst ergriffen. Wir erleben im Augenblick den Versuch einer immer stärkeren Amalgamierung der staatlichen, gesellschaftlichen, juristischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Bereichen Ostmitteleuropas nach dem Beispiel der Sowjetunion selbst. Wir erleben zur gleichen Zeit den Versuch, wieder eine immer stärker werdende Isolierung des von der Sowjetunion geführten Lagers herbeizuführen.*“<sup>734</sup> Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings hatte das deutsch-sowjetische Verhältnis einen Tiefpunkt erreicht. Brandt hielt jedoch an seinem Grundsatz unbeirrt fest, dass die Sowjetunion die große Macht sei und bleibe, ohne die die europäischen Dinge letzten Endes nicht in Ordnung gebracht werden könnten.<sup>735</sup>

Die sicherheitspolitische Beurteilung der Lage durch das Auswärtige Amt war bis zur sowjetischen Invasion in die Tschechoslowakei im August 1968, wie Herr Kastls, ein Mitarbeiter Brandts aus dem Auswärtigen Amt, am 8. September auf einer FDP-Vorstandssitzung referierte, folgendermaßen ausgefallen: *„Wir wussten seit Juni, Juli, daß starke Kräfte sich an der Nord- und an der Ostgrenze der Tschechoslowakei versammelt hatten, und daß die militärischen Möglichkeiten für einen Einmarsch gegeben waren. Ich darf aber mit aller Offenheit sagen, wir haben mit der politischen Entscheidung, die am 19./20. August gefallen ist, nicht gerechnet.*“<sup>736</sup> Auch über einen sowjetischen Einmarsch in Rumänien und Jugoslawien wurde spekuliert. Während seines

<sup>732</sup>: Text des Interviews, S. 1-12, hier S. 9: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.

<sup>733</sup>: Kiesingers schriftliche Erklärung 16.10.1968, S. 1-18, hier S. 2: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 2639.

<sup>734</sup>: Bundestagssitzung 4.12.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 68: Stenographische Berichte der 188.-211. Sitzung 1968/69, herausgegeben in Bonn, S. 10803-10910, hier S. 10863.

<sup>735</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 30.

<sup>736</sup>: FDP-Vorstandssitzung 8.9.1968: ADL, Protokolle des FDP-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 3395: S. 1-28, hier S. 18-19.

Vortrages vor dem FDP-Vorstand stellte Brandts Mitarbeiter die Einschätzung der Lage durch die Bundesregierung vor und erläuterte, dass die Unberechenbarkeit der sowjetischen Reaktion die Unsicherheit in der Welt insgesamt verstärke. Die Logik allein sichere keine zuverlässige Prognose. Sie spreche zwar gegen einen zusätzlichen Überfall auf Rumänien, aber die sowjetische Unberechenbarkeit schließe diesen nicht völlig aus, ebenso wenig wie einen Konflikt mit Jugoslawien, betonte Brandts Mitarbeiter.<sup>737</sup>

Verteidigungsminister Schröder ergänzte im Dezember in einem Artikel, das sowjetische Vorgehen gegen die Tschechoslowakei habe deutlich gemacht, wie rasch politische Absichten totalitärer Regierungen sich ändern könnten. Politische Entschlüsse ließen sich unter solchen Verhältnissen unvermittelt ohne den Umweg über eine langwierige und öffentliche Meinungsbildung und ohne Rücksicht auf die Bevölkerung verändern oder sogar umkehren.<sup>738</sup>

Völlige Klarheit über die Motive, die zu der Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion geführt hatten, ließ sich in Bonn allerdings zunächst noch nicht gewinnen. Herr Pommerening, ein Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amts, kam am 24. August 1968 in seinen Aufzeichnungen zu den sowjetischen Motiven für die Besetzung der Tschechoslowakei zu dem Ergebnis, dass eine Analyse sich darauf beschränken müsse, aus der mutmaßlichen Interessenlage der Sowjetunion und aus dem Ablauf der Ereignisse Schlüsse zu ziehen. Es handele sich um einen ungewöhnlich komplexen Vorgang, in dem sich viele Elemente verbinden würden, die in unterschiedlichem Maße die Entscheidung der sowjetischen Führung ausgelöst hätten. Es könne jedoch mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass ausreichende militärische Vorbereitungen für eine solche Aktion konventionellen Charakters bereits längere Zeit vor dem 21. August so getroffen worden seien, dass jederzeit kurzfristig der Marschbefehl hätte gegeben werden können. Hierfür spreche der reibungslose Ablauf der militärischen Operationen, mit denen mindestens 60.000, wahrscheinlich etwa 100.000 Mann in Bewegung gesetzt worden seien, hielt Pommerening fest.<sup>739</sup>

In der "Frankfurter Rundschau" vom 9. Oktober 1968 war ein Artikel mit dem Titel "FDP: Bedrohung nicht gewachsen" erschienen, der von Gerhard Schollwer, Presse-

<sup>737</sup>: FDP-Vorstandssitzung 8.9.1968: ADL, Protokolle des FDP-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 3395: S. 1-28, hier S. 19.

<sup>738</sup>: Informationsbrief der Deutsch Atlantischen Gesellschaft e. V. vom 20.12.1968, S. 1-18, hier S. 6: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe A, Ordner 36.

<sup>739</sup>: Pommerenings Aufzeichnung 24.8.1968, S. 1-7, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 390, Mappe 1. Zur sicherheitspolitischen Lage nach der sowjetischen Niederschlagung des Prager Frühlings äußerte sich Brandt am 24.9.1968 auf einer SPD-Fraktionssitzung. Leider liegt hier lediglich ein Übersichtsprotokoll vor: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 101: S. 1-4, hier S. 2.



sprecher der FDP, stammte. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel begrüßte am 14. Oktober auf einer FDP-Vorstandssitzung diesen Artikel. Scheel sagte, dass die Bedrohung nicht gewachsen sei. Das sei doch inzwischen allgemeine Erkenntnis in der Welt. Der Artikel in der "Frankfurter Rundschau" vom 9. Oktober gebe ganz präzise die Meinung der FDP wieder. Der Liberale Dr. Menne stellte dazu fest, dass man mit dieser Ansicht ziemlich allein stehe.<sup>740</sup> Für Scheel hatte sich das militärische Gleichgewicht nach der sowjetischen Invasion in Prag nicht verändert. Für ihn war es wichtig, dass auf die Vorgänge politisch reagiert und nicht die Forderung nach einer Erhöhung der NATO-Schlagkraft erhoben werde.<sup>741</sup>

Für Verteidigungsminister Schröder stand von Anfang an sicherheitspolitisch fest, dass die Bundesrepublik am „*lebenswichtigen*“<sup>742</sup> Bündnis mit der NATO festhalten müsse. Auf Grund der Krise in der Tschechoslowakei äußerte Schröder Anfang Oktober 1968 in einem Artikel, dass die Sicherheit der Bundesrepublik und damit Westeuropas nur durch einen festen Zusammenhalt in der NATO garantiert werden könne.<sup>743</sup> Unterstützung erhielt Schröder unter anderem von Richard Jaeger, Mitglied des CSU-Präsidiums und Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der in seinem im Oktober verfassten Aufsatz mit dem Titel "Entspannung und Sicherheit" meinte: „*Nur derjenige, der sich nicht die Mühe gemacht hat, die Problematik unserer Zeit zu Ende zu denken, kann der Auffassung sein, daß ein Widerspruch besteht zwischen einer Diplomatie, die auf Entspannung hin ausgerichtet ist, und einer Verteidigungspolitik, die auf dem Prinzip der Sicherheit beruht.*“<sup>744</sup> Auch der europäische Gedanke wurde wieder in den Vordergrund gestellt. Kiesinger hatte am 25. August 1968 in einem Interview gegenüber dem Südwestfunk erklärt, dass nun noch einmal die große Stunde für die Europäer gekommen sei.<sup>745</sup>

Barzel hatte die neue sicherheitspolitische Lage am 26. August 1968 im Bundestag dargelegt. Die militärpolitische Lage und das Sicherheitsbedürfnis der Bundesrepublik hätten sich verändert, weil die Rote Armee nun auch direkt an der Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei stehe, und weil zum anderen eine vermehrte

<sup>740</sup>: FDP-Vorstandssitzung 14.10.1968: ADL, Protokolle des FDP-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 129: S. 1-72, hier S. 16-17.

<sup>741</sup>: Presseagenturmeldung vom 19.10.1968: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c4 1968 (VIII-XII).

<sup>742</sup>: Zitat Schröder am 7.7.1968 in einem Interview gegenüber dem NDR. Text des Interviews, S. 1-2, hier S. 1: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 45.

<sup>743</sup>: Informationsbrief der Deutsch Atlantischen Gesellschaft e. V. vom 23.10.1968, S. 1-12, hier S. 4: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe A, Ordner 36.

<sup>744</sup>: Jaegers Aufsatz Oktober 1968, S. 1-8, hier S. 4: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 45.

<sup>745</sup>: Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1132-1139, hier S. 1135.

Kampfkraft und eine erhöhte Zahl von Divisionen der Bundesrepublik gegenüberstünden. Und schließlich, weil die Moskauer Entscheidungen mit den Methoden und Maßstäben der Interessenanalyse und der Rationalität, wie sie die freie Welt verstehe, nicht zu berechnen seien, hatte Barzel erklärt.<sup>746</sup> Schmidt hatte am 23. August auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises ebenfalls formuliert, dass wieder einmal niemand die sowjetischen Schritte als unmittelbar bevorstehend vorhergesagt habe.<sup>747</sup> Der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei hatte auch nach der Ansicht Schmidts die Sicherheitslage des Westens nachteilig beeinflusst. Er erklärte Anfang September in einer Rede, dass für künftige Krisen die sowjetischen Aufmarschvoraussetzungen deutlich verbessert worden seien.<sup>748</sup> Kiesinger erläuterte tiefergehend am 25. September im Bundestag die sicherheitspolitischen Aspekte der Niederschlagung des Prager Frühlings.<sup>749</sup>

Sicherheitspolitisch bleibt festzuhalten, dass eine Erhöhung des allgemeinen Risikos im Hinblick auf gewaltsame Entscheidungen und militärische Machtanwendung der Sowjetunion gegeben war, wie unter anderem der geheime "Militärische Lagebericht Ost - Jahresabschlussbericht 1968" des BND veranschaulichte.<sup>750</sup> Besorgt über diese sicherheitspolitisch prekäre Situation schickte Kanzler Kiesinger seinen Berater Kurt Birrenbach, CDU-Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, im Herbst 1968 in die USA, um einen Eindruck von der Einstellung der US-Regierung zu der militärischen Intervention des Warschauer Paktes in Prag zu gewinnen. Da die USA kurz vor Neuwahlen standen, war die gesamte Lage sehr schwer einzuschätzen. Der Vietnamkrieg war eine starke Belastung für die US-Regierung. Dazu kamen die Ereignisse in der Tschechoslowakei und deren möglichen Konsequenzen. Die Sorge war allgemein in den USA, dass sich der militärische Druck der Sowjetunion nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei auch auf das freie Europa ausdehnen würde. Besonders bedroht erschienen Berlin, Österreich und Jugoslawien.<sup>751</sup>

Doch bereits am 21. August 1968, unmittelbar nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag, hatte der sowjetische Botschafter Zarapkin an Kiesinger eine Mitteilung des Kremls übergeben, in der zum Ausdruck gebracht wurde, dass der Einmarsch der sow-

<sup>746</sup>: Barzels Redemanuskript, S. 1-21, hier S. 4: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-77.

<sup>747</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-8, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>748</sup>: Presseagenturmeldung vom 1.9.1968: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c4 1968 (VIII-XII).

<sup>749</sup>: Bundestagssitzung 25.9.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 67: Stenographische Berichte der 169.-187. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 10029-10063, Kiesinger S. 10049-10056.

<sup>750</sup>: "Militärischer Lagebericht Ost - Jahresabschlussbericht 1968" des BND, Kapitel A, S. 1-20, hier S. 14: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-130.

<sup>751</sup>: Birrenbach, Kurt, Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Vom Mauerbau bis heute, Düsseldorf 1984, S. 257.

jetischen Truppen und anderer Truppen des Warschauer Paktes auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung erfolgt sei, und dass sich diese Aktion gegen keinen anderen Staat richte.<sup>752</sup> Auf Grund der Reaktionen in der deutschen Presse und Politik hatte Zarapkin am 2. September in einem Gespräch mit Kiesinger erneut Entwarnung gegeben. Der Botschafter hatte die dringende Weisung aus Moskau erhalten, der Bundesregierung umgehend mitzuteilen, dass die sowjetischen Truppen die vorhandenen Grenzen respektierten.<sup>753</sup>

Die militärische Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung hatte in der Bundesrepublik Enttäuschung und Resignation ausgelöst. Bonns flexiblere Ostpolitik, die bis zum August 1968 als angemessen bewertet worden war, hatte nun offenbar ihre Berechtigung eingebüßt. Die Kreise, die von Beginn an den neuen Kurs der Bundesregierung als unrealistisch abgelehnt hatten, fühlten sich nun bestätigt. Die Niederschlagung des Prager Frühlings stellte wichtige Grundsätze der Bonner Ost- und Entspannungspolitik zur Disposition, denn es war offensichtlich, dass die Sowjetunion keine Schwächung ihres Einflussbereiches zulassen würde. Damit waren der deutschen „*Entspannungspolitik der aktiven Koexistenz*“<sup>754</sup> scharfe Begrenzungen auferlegt.

Trotzdem war die Ostpolitik der Bundesregierung nicht unbedacht gewesen. Ihre Intention, zu Osteuropa verstärkte Kontakte für eine künftige Lösung der deutschen Frage einzuleiten oder wenigstens die Reputation Deutschlands in Osteuropa wieder herzustellen, war sowohl politisch als auch moralisch sehr begrüßenswert. Es hätten kaum andere Optionen existiert, wenn die Bundesregierung nicht mehr in einer starren Rolle in der dynamischen Weltpolitik der 1960er Jahre verharren wollte. Obwohl die Bundesregierung betonte, dass sie ihre Politik der Verständigung mit dem Ostblock weiterführen wolle, erschien ein Einlenken auf sowjetische Forderungen in der deutschen Frage aber sinnlos, da Moskau nun scheinbar jegliche Liberalisierungstendenzen in Osteuropa mit militärischen Mitteln unterbinden wollte. Obgleich die Sowjetunion eine bilaterale Entspannung mit den USA nicht ablehnte, gestand sie ihrem Einflussbereich eine eigene Koexistenzpolitik mit den Westen nicht zu. Es waren also gerade die Erfolge der Bonner Ostpolitik in Bukarest, Prag und Belgrad, die im

---

<sup>752</sup>: Zarapkin an Kiesinger 21.8.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1103-1104, hier S. 1103.

<sup>753</sup>: Aufzeichnung des Gespräches, S. 1-12, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-289.

<sup>754</sup>: Zitat Brandt am 20.6.1968 in einer von ihm im Bundestag abgegebenen Erklärung der Bundesregierung. Die Erklärung ist abgedruckt in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung, Nr. 77/78, 1968, S. 29-38, hier S. 34. Liegt vor bei: AdSD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 280.

größeren Zusammenhang zu einem Rückschlag für die Bonner Ostpolitik führten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik war zu einer Streitfrage geworden, die das sozialistische Lager spaltete. Moskau hätte sehr wahrscheinlich weiterhin, wenn auch widerstrebend, engere wirtschaftliche und politische Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei zugelassen, wenn nicht die tschechoslowakischen Liberalisierungsbemühungen ab dem Frühling 1968 den sozialistischen Zusammenhalt gefährdet hätten. Eine Umwandlung der innen- und gesellschaftspolitischen Ordnung der Tschechoslowakei hätte zu einer Neuorientierung in der Außenpolitik Prags führen können, eine mögliche Gefahr für den Zusammenhalt des sowjetischen Imperiums, welche die Sowjetunion offenkundig gar nicht erst aufkeimen lassen wollte. In dem Maße, in dem Bonns flexible Ostpolitik auf die Reformprozesse in der Tschechoslowakei einwirkte, richtete sich Moskaus militärischer Schlag gegen die Tschechoslowakei zugleich auch gegen die Bonner Ostpolitik. Da nützte es auch nichts, dass Kiesinger am 2. September in seinem Gespräch mit Zorapkin versichert hatte, dass alles, was diese Bundesregierung seit ihrem Bestehen unternommen habe, ein Versuch gewesen sei, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten zu verbessern, Misstrauen und Furcht zu beseitigen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Es habe nicht eine Aktion der Bundesregierung gegeben, die sich gegen die Interessen der Sowjetunion gerichtet habe, betonte Kiesinger.<sup>755</sup>

Welche konkreten Schlussfolgerungen aus der neuen Situation zu ziehen waren, blieb nach der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei zunächst unklar. Die Prioritäten der deutschen Ostpolitik mussten neu überlegt werden. Die Strategie, die Sowjetunion durch eine ostpolitische Offensive in Osteuropa in ihrem eigenen Lager zu umgehen, indem die Bundesregierung mit möglichst vielen osteuropäischen Staaten eigene Abkommen vereinbarte, war jedenfalls nicht aufgegangen. Eine Auflockerung des Ostblocks von außen verhinderte fortan die Breschnew-Doktrin, die eine nur begrenzte Souveränität der sozialistischen Staaten postulierte und jedem Abweichler mit den selben Sanktionen drohte, wie sie die Reformer in Prag erdulden mussten. Die Breschnew-Doktrin war am 12. September 1968 verkündet worden und rechtfertigte den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei am 21. August nachträglich.<sup>756</sup> Dabei lautete die Hauptthese der Doktrin: *„Die Souveränität der einzelnen Staaten findet ihre Grenze an den Interessen der sozialistischen Gemein-*

<sup>755</sup>: Aufzeichnung des Gespräches, S. 1-12, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-289.

<sup>756</sup>: Siehe dazu: Ouimet, Matthew J., *The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy*, Chapel Hill - University of North Carolina 2003.

schaft.<sup>757</sup> Brandt bezeichnete am 15. November in einer Rede auf einer NATO-Ministerkonferenz die Breschnew-Doktrin als eine „*ominöse Doktrin des sozialistischen Commonwealth*“.<sup>758</sup>

Kiesinger hatte am 16. Oktober 1968 im Bundestag besorgt geäußert, dass diese neue, jetzt in voller Schärfe formulierte Breschnew-Doktrin die Bundesregierung zu einer Überprüfung ihrer Politik zwingen.<sup>759</sup> Aus dieser Überprüfung musste für die deutsche Ost- und Entspannungspolitik zwingend die Einsicht erfolgen, dass der Handlungsspielraum der osteuropäischen Staaten begrenzt war, und die Bundesregierung die Kontrolle der osteuropäischen Staaten durch den Kreml nur dann abschwächen konnte, wenn sie umdachte und zunächst alle Aufmerksamkeit auf Moskau lenkte. Dies hatte auch schon Barzel erklärt.<sup>760</sup> Die Invasion in Prag hatte die Bedeutung Moskaus für die deutsche Ostpolitik vergrößert. Der „*Schock von Prag*“<sup>761</sup> hatte erwiesen, dass der „*Schlüssel*“<sup>762</sup> zu einer neuen europäischen Ordnung weiterhin in Moskaus Hand lag, und die Bundesregierung ihre Aufmerksamkeit von der Peripherie zum Zentrum, also nach Moskau, verschieben musste, wenn sie eine größere Einflussnahme erzielen wollte.

### 3.3.1. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings: Deutsche Entspannungspolitik am Scheideweg

*„Das Ziel, unser Verhältnis zu Osteuropa zu normalisieren, ist nicht dadurch falsch geworden, daß die Sowjetunion und andere in der Tschechoslowakei einmarschiert sind. Überprüfen müssen wir freilich die Wege, auf denen wir dieses Ziel erreichen können.“*

Willy Brandt<sup>763</sup>

Der Historiker Waldemar Besson, der auch Berater von Kanzler Kiesinger gewesen war, behauptete, dass die Niederschlagung des Prager Frühlings die Große Koalition in

<sup>757</sup>: Meissner, Boris, Die Breschnew-Doktrin, Köln 1969, S. 47.

<sup>758</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-10, hier S. 3: AdSD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 290.

<sup>759</sup>: Bundestagssitzung 16.10.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 68: Stenographische Berichte der 188.-211. Sitzung 1968/69, herausgegeben in Bonn, S. 10143-10186, Kiesinger S. 10160-10166, hier S. 10160.

<sup>760</sup>: Barzel, Rainer, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf/Wien 1968, S. 174 und 186.

<sup>761</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 181.

<sup>762</sup>: Zitat Brandt am 8.4.1967 in einem Interview. Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 3: AdSD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>763</sup>: Zitat Brandt am 9.9.1968 in einem Interview gegenüber dem „Spiegel“, aufgezeichnet bei: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 178-187, hier S. 178.

ihre tiefste und schmerzlichste Krise gestürzt hätte, von der sie sich im Grunde nicht mehr richtig erholt habe.<sup>764</sup> Diese Behauptung ist korrekt und unzutreffend zugleich. Sie ist richtig, wenn damit ausgedrückt werden soll, dass nach der brutalen Niederschlagung des Prager Frühlings zunächst kein realistischer Handlungsspielraum mehr für eine erfolgreiche deutsche Entspannungspolitik vorhanden war. Sie ist jedoch auch verfehlt, weil sie den Eindruck hervorruft, dass nach der Niederschlagung des Prager Frühlings die Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges der 1950er Jahre zwangsläufig ausgelöst werden musste.

Moskaus Koexistenzpolitik sei unglaublicher denn je geworden, und die Entspannungspolitik erfahre notwendigerweise eine Zäsur, so das allgemeine Presseecho in der Bundesrepublik nach der Niederschlagung des Prager Frühlings. Nur vereinzelt wurde in der Presse die Auffassung vertreten, dass die Entspannungspolitik nun keinerlei Chance mehr habe. Fast alle Kommentare gingen davon aus, dass es zur Politik der Sicherung des Friedens und der Entspannung gegenüber dem Osten keine Alternative gebe, so das am 26. August 1968 gezogene Fazit eines Berichtes des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über das Presse-Echo zur Frage der künftigen Entspannungs- und Ostpolitik anlässlich der Vorgänge in der Tschechoslowakei.<sup>765</sup>

Kiesinger erklärte am 25. September 1968 im Bundestag zur außenpolitischen Lage, dass ein Ereignis von der Bedeutung und Tragweite der Besetzung der Tschechoslowakei nun die Bundesregierung veranlassen müsse, ihre eigene Politik zu überprüfen. Dennoch halte die Bundesregierung an ihrer Politik fest, und diese ihre Haltung werde von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt.<sup>766</sup> Kiesinger ergänzte am 11. Oktober auf einer CDU-Präsidiumssitzung, demoskopische Erhebungen signalisierten zurzeit, dass nach der Krise in der Tschechoslowakei in der deutschen Bevölkerung eine starke Zunahme des Vertrauens zum Kanzler, aber auch zum Außenminister zu verzeichnen sei.<sup>767</sup>

Trotz der Krise in der Tschechoslowakei hielten Kiesinger und Brandt in ihrer Außenpolitik an den Entspannungsbemühungen fest. Unmittelbar nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag äußerte sich Kiesinger in einer Rede zur

---

<sup>764</sup>: Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 416.

<sup>765</sup>: Bericht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 26.8.1968, S. 1-6, hier S. 6: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Bundesfinanzminister, Ordner 391.

<sup>766</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 26.9.1968, S. 1-16, hier S. 11: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-257/1.

<sup>767</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 11.10.1968: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3, hier S. 1.

Weiterführung der deutschen Außenpolitik. Der Kanzler versprach, dass die Große Koalition ihre Politik konsequent fortsetzen werde. Diese Politik der Entspannung werde eine Politik des langen Atems sein. Es sei ein langer und mühseliger Weg, den man gehen müsse.<sup>768</sup> Brandt hatte dies kurz vor der Niederschlagung des Prager Frühlings in einem Interview gegenüber der „Münchener Abendzeitung“ am 18. August 1968 wiederholt bekräftigt und hinzugefügt, dass es keinen anderen Weg als den der Friedenspolitik gebe, den die Bundesregierung eingeschlagen habe und den sie ohne Illusionen weiterverfolgen werde.<sup>769</sup> Die von Kiesinger und Brandt demonstrierte Einvernehmlichkeit in dieser Sache gründete auf der gemeinsamen Erkenntnis, dass es keine Alternative zur Entspannungspolitik gab und man „weder zu den Blöcken noch zum Säbelrasseln noch zum plumpen Antikommunismus zurückkehren“ konnte, wie es Barzel am 10. September in einem Brief an den Schriftsteller Golo Mann ausgedrückt hatte, der ihn zuvor aufgefordert hatte, den Gegnern der Entspannungspolitik zu widersprechen.<sup>770</sup>

Alle im Bundestag vertretenen Parteien verurteilten übereinstimmend den Gewaltakt in der Tschechoslowakei.<sup>771</sup> Auf einer FDP-Fraktionssitzung am 26. September 1968 wurde jedoch in diesem Zusammenhang das „Fehlverhalten“<sup>772</sup> der Bundesregierung bemängelt, und vom FDP-Bundesausschuss für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik wurde am 24. Januar 1969 auf einer Sitzung die „Unsicherheit“<sup>773</sup> der Bundesregierung in ihrer Reaktion auf die militärische Intervention in Prag kritisiert. Diese Vorwürfe scheinen überzogen, denn trotz der dramatischen Ereignisse in der Tschechoslowakei blieben Kiesinger und Brandt in ihren Lageanalysen differenziert und neigten nicht zu vorschnellen Schlussfolgerungen. Beide plädierten für eine Fortsetzung der Entspannungspolitik, auch wenn man, wie Kiesinger in einem Koalitionsgespräch betonte, das Wort Entspannung nun mit größter Vorsicht gebrauchen müsse.<sup>774</sup> Kiesinger

<sup>768</sup>: Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger. Sein Leben und sein politisches Wirken, Stuttgart 2006, S. 84.

<sup>769</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 283.

<sup>770</sup>: Barzel an Mann 10.9.1968, S. 1-2, hier S. 2: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-255.

<sup>771</sup>: Siehe dazu die Bundestagssitzung am 4.12.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 68: Stenographische Berichte der 188.-211. Sitzung 1968/69, herausgegeben in Bonn, S. 10803-10910.

<sup>772</sup>: Zitat des FDP-Abgeordneten Starke auf der FDP-Fraktionssitzung am 26.9.1968: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-789: S. 1-5, hier S. 3.

<sup>773</sup>: Sitzungsprotokoll: ADL, Protokolle des FDP-Bundesausschusses für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik V. WP, Ordner A44-15: S. 1-7, hier S. 3.

<sup>774</sup>: Schwarz, Hans-Peter, Die Regierung Kiesinger und die Krise in der CSSR 1968. In: Politische Vierteljahresschrift, Band 47, 1999, S. 159-186, hier S. 176.

zog den Begriff Friedensordnung dem Begriff Entspannung vor, weil der Begriff Entspannung ja doch von jedem so ausgelegt werde, wie er ihn verstehen wolle, bemerkte Kiesinger am 23. August 1968 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung.<sup>775</sup>

Brandt charakterisierte am 27. August 1968 auf einer Sitzung des SPD-Parteirates die Krise in der Tschechoslowakei als eines der folgenschwersten Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg. Er warnte aber davor, die sowjetische Politik nur mit dem Begriff „*Restalinisierung*“ erklären zu wollen, um mit einer solchen „*Simplifizierung und Primitivierung*“ den Kalten Krieg wieder zu beleben. Es existiere keine Alternative zur Entspannungspolitik, die aber keine „*Einbahnstraße*“ oder „*Autobahn*“ sei, sondern ein widerspruchsvoller Prozess und ein Weg, auf dem es Rückschläge gebe. Seine Rede beendete Brandt mit den Forderungen, außenpolitische Kontroversen mit der CDU/CSU zu vermeiden, und wo immer es gehe, die Identität dessen, was Kanzler, Außenminister, CDU- und SPD-Vorsitzender zusammen tragen könnten, herauszustellen.<sup>776</sup>

Auch Schmidt war besorgt. Er schrieb am 28. August in einem Brief an die Journalistin Marion Gräfin Dönhoff, dass bisher die Koalition und die Regierung in Bonn in erstaunlicher Weise in ihrer Reaktion eine gemeinsame Bandbreite nicht verlassen hätten. Ob das so bleiben werde, sei trotz aller Mühe, der sich manche unterzögen, darunter auch er selbst, noch nicht abzusehen. Kiesinger bräuchte erkennbar all seine Beredsamkeit, um den rechten Flügel der CDU/CSU an „*erratischen Ausbrüchen*“ zu hindern.<sup>777</sup>

In der Tat, gegen Kiesingers Wunsch, der am 23. August 1968 auf der CDU/CSU-Fraktionssitzung erklärt hatte, „*je kühler, bei aller Leidenschaft dessen, was wir fühlen angesichts der Vorgänge, desto besser*“<sup>778</sup>, kehrte die CDU/CSU nach der Niederschlagung des Prager Frühlings mehrheitlich zur Rhetorik des Kalten Krieges zurück. Kiesinger mahnte am 2. September auf einer CDU-Vorstandssitzung eindringlich, die Lage ernster zu sehen. Eine Alternative zur neuen Politik der Bundesregierung gebe es nicht, weder im Westen noch mit dem Osten, erklärte er. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen im CDU-Vorstand über die Formulierung einer Presseerklärung zum Geschehen in Prag. Kiesinger führte dabei aus, was der Kreml am meisten befürchte, sei nicht eine harte Sprache, sondern eine differenzierte Politik, die den Kreml in die Ge-

<sup>775</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 23.8.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 13.

<sup>776</sup>: SPD-Parteiratssitzung 27.8.1968: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP: S. 1-5, hier S. 3.

<sup>777</sup>: Schmidt an Dönhoff 28.8.1968, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5358.

<sup>778</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 23.8.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 37.



fahr bringe, dass er tatsächlich die Kontrolle über sein Imperium verliere.<sup>779</sup> Somit stimmt Kroegels Behauptung nicht, dass Kiesinger unmittelbar nach der Niederschlagung des Prager Frühlings beabsichtigt habe, aus eigener Initiative eine Revision der Ostpolitik einzuleiten.<sup>780</sup> Barzel stimmte mit Kiesinger überein und erklärte am 5. November in einer Rede auf einem CDU-Parteitag in Berlin: „*Würden wir davor kapitulieren, indem wir uns rückwärts in falsche Startlöcher bewegten, so handelten wir im Interesse der Moskauer Imperialisten und gegen unsere Meinung wie gegen unsere Interessen.*“<sup>781</sup>

In der CDU/CSU setzten sich jedoch immer stärker jene Kreise durch, die der bisher praktizierten Ost- und Entspannungspolitik skeptisch gegenübergestanden hatten, und die auch eine Kraftprobe mit der SPD nicht scheuten. Strauß übte auf Kiesinger Druck aus, indem er mehrmals damit drohte, der Kanzler habe seine Qualifikation als Regierungschef verloren, falls er nicht endlich durchgreife und die Richtlinien bestimme. Dieses Vorgehen ließ den Kanzler bei der SPD als schwach erscheinen.<sup>782</sup> Große Kreise der CDU/CSU wollten aber wieder zu der von Adenauer propagierten „Politik der Stärke“ zurückkehren. Am 3. Dezember 1968 wurde auf einer CDU/CSU-Fraktions-sitzung von der Bundesregierung gefordert, 2,5 Milliarden DM mehr für die Verteidigung zu investieren. Diese Forderung hänge mit der rechtswidrigen Okkupation der Tschechoslowakei zusammen, erklärte Barzel ausdrücklich.<sup>783</sup>

Die Schlussfolgerungen aus der Niederschlagung des Prager Frühlings, welche die CDU/CSU und SPD für die Ost- und Entspannungspolitik ableiteten, waren unterschiedlich. Sie sei nicht gescheitert, erklärten zwar beide Koalitionspartner rhetorisch,

---

<sup>779</sup>: CDU-Vorstandssitzung 2.9.1968: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 20, 2.9.1968. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 1000-1051, hier S. 1000-1002 und 1046.

<sup>780</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 225-230.

<sup>781</sup>: Abdruck von Barzels Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1452-1456, hier S. 1453.

<sup>782</sup>: Schmidt warf am 5.9.1968 in einer SPD-Pressemitteilung Kiesinger vor, dass er Angst und kein Durchsetzungsvermögen gegenüber Strauß habe, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 2639. Auch Brandt erhob am 24.9. in einer SPD-Pressemitteilung diesen Vorwurf gegenüber Kiesinger: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 2640.

<sup>783</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 3.12.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/2: S. 1-11, hier S. 2.

aber praktisch schieden sich nun die Wege, die sie bislang trotz Differenzen gemeinsam gegangen waren, um das deutsche Verhältnis zu Osteuropa und zur Sowjetunion zu verbessern. Damit löste die Krise in der Tschechoslowakei die so oft beschworene „Wende“<sup>784</sup> tatsächlich aus, wenn auch nicht im ursprünglichen Sinne. Auch wenn Brandt am 27. August 1968 auf der SPD-Parteiratssitzung gefordert hatte, außenpolitische Streitereien mit der CDU/CSU auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren<sup>785</sup>, markierte die Krise in der Tschechoslowakei den Scheideweg der Entspannungspolitik der Großen Koalition. Wenn sich die SPD noch zur außenpolitischen Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU bekannt hatte, dann auch nur deshalb, weil die Mehrheiten es nicht zuließen, die Wahrheit zu sagen, wie Bahr rückblickend am 24. Januar 1973 im Bundestag offen legte.<sup>786</sup>

Auch wenn Barzel am 23. August 1968 auf der CDU/CSU-Fraktionssitzung dem skeptischen Kiesinger versichert hatte, dass die gesamte Fraktion hinter dem Kanzler stehe<sup>787</sup>, hatte Kiesinger letztendlich die Stimmung in der CDU/CSU verstanden. Er hatte erkannt, dass die Mehrheit der CDU/CSU auf Grund der Niederschlagung des Prager Frühlings nun eine Rückkehr zu den alten ostpolitischen Richtlinien forderte. Die Niederschlagung hatte alle Hoffnungen zerstört, dass die Sowjetunion bereit sein könnte, Änderungen des Status quo in Europa zu akzeptieren. Kiesinger gab am 25. April 1969 im Bundestag zu, dass er zeitweise dem Eindruck erlegen gewesen sei, die Sowjetunion würde wenigstens den anderen Teil Deutschlands wieder freigeben, aber das sei eben die bitterste aller Realitäten, dass die Sowjetunion die Anerkennung des Status quo in Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges verlange. Kiesinger lehnte es entschieden ab, mit Moskau unter der Bedingung der Anerkennung der sogenannten Realitäten und damit des Status quo in Deutschland zu verhandeln.<sup>788</sup> Der Christsoziale Guttenberg, Staatssekretär im Kanzleramt, beklagte das absolute, uneingeschränkte, harte und verbissene Nein der Sowjetunion, über Veränderungen in ihrem

<sup>784</sup>: Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Fußnoten, Stuttgart 1971, S. 145.

<sup>785</sup>: SPD-Parteiratssitzung 27.8.1968: AdSD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP: S. 1-5, hier S. 3.

<sup>786</sup>: Bundestagssitzung 24.1.1973: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, Band 81: Stenographische Berichte der 1.-15. Sitzung 1972/73, herausgegeben in Bonn, S. 157-241, Bahr S. 221-224, hier S. 221-222.

<sup>787</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 23.8.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 38.

<sup>788</sup>: Bundestagssitzung 25.4.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 12623-12691, Kiesinger S. 12663-12666, hier S. 12666.

Machtbereich auch nur zu reden.<sup>789</sup> Der CSU-Vorsitzende Strauß hielt den Status quo in Europa für „*unerträglich*.“<sup>790</sup>

Es hatte sich erwiesen, dass die Sowjetunion stark genug gewesen war, um ihre harte Haltung in ihrer eigenen Machtsphäre durchzusetzen, ohne dafür größere Nachteile in ihren Beziehungen zum Westen hinnehmen zu müssen. Damit war deutlich geworden, dass zentrale Veränderungen in der osteuropäischen Gesamtkonstellation, die entsprechende Veränderungen in der DDR hervorrufen konnten, auf nicht absehbarer Zeit unrealistisch waren. Die Hoffnung auf solche Veränderungen war damit als Argumentation für ein weiteres Hinausschieben der bundesdeutschen Anerkennung der DDR nichtig geworden. Zur Entspannungspolitik auf der Basis des Status quo in Deutschland erklärte sich die SPD im Gegensatz zur CDU/CSU bereit. Brandt hatte dies am 4. August 1967 in seiner Tischrede im rumänischen Mamaia signalisiert<sup>791</sup>, und Schmidt hatte dann am 6. Dezember im Bundestag vor einer den Status quo verändernden Politik gewarnt.<sup>792</sup>

Brandt führte im Februar 1969 in seinem Aufsatz mit dem Titel „Plädoyer für die Vernunft. Deutsche Außenpolitik nach dem 21. August“ aus, dass die Besetzung der Tschechoslowakei in der politischen Landschaft Europas wie ein Erdbeben gewirkt und tiefe Spalten und Risse hinterlassen habe. Dennoch sei die europäische Landschaft in ihren Grundstrukturen die gleiche geblieben. Europa lebe weiterhin in einer Zeit des Übergangs, der sich in einer widersprüchlichen Form vollziehe, aber die Menschen in Ost und West letztlich doch einander näher bringen werde. Denn die Sowjetunion wünsche wegen ihrer eigenen Interessen nicht nur Konfrontation, sondern auch Kommunikation. Die Industriegesellschaften, auch die des kommunistischen Typs, bräuchten Kommunikation zumal auf wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Das Verlangen nach geistiger Freiheit und menschlicher Würde breche immer wieder durch. Die Identifikation nationaler Interessen verbinde sich mit der Hoffnung auf mehr europäische Gemeinsamkeit. Das alles werde den Beteiligten in Ost und West noch viel zu denken und zu entscheiden geben, schrieb Brandt.<sup>793</sup> Schmidt ergänzte im selben Monat in einem Artikel im „Vorwärts“, dass man in diesem Dilemma gegenüber allen osteuro-

<sup>789</sup>: Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Fußnoten, Stuttgart 1971, S. 130.

<sup>790</sup>: Zitat Strauß, nachzulesen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9.9.1968: ACSP, Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung V. WP, Ordner 136.

<sup>791</sup>: Siehe Seite 137 oder: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1505-1507, hier S. 1507.

<sup>792</sup>: Bundestagssitzung 6.12.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 7081-7175, Schmidt S. 7149 -7158, hier S. 7152.

<sup>793</sup>: Brandt, Willy, Plädoyer für die Vernunft. Deutsche Außenpolitik nach dem 21. August. In: Der Monat, Heft 245, Februar 1969, S. 20-26, hier S. 23.

päischen Staaten weder seinen Entspannungswillen noch seine Verhandlungsangebote aufgeben werde, aber man müsse erkennen, dass die Chancen 1969 mindestens vorübergehend viel kleiner seien, als sie zur Zeit der Erklärung von Bukarest und Karlsbad und vom Sommer 1966 bis zum Sommer 1968 gewesen seien.<sup>794</sup>

Die Erfolgsaussichten der deutschen Ost- und Entspannungspolitik waren viel geringer geworden und spätestens mit der Krise in der Tschechoslowakei war es deutlich zu erkennen, dass die CDU/CSU eine Entspannungspolitik auf Grundlage des Status quo in Deutschland nicht akzeptieren wollte. Die SPD hingegen war dazu bereit. In dieser fundamentalen Frage lagen bei den Koalitionspartnern nahezu unvereinbare Positionen vor, welche die weitere Ost- und Entspannungspolitik lähmen und weitere Erfolge erschweren mussten, auch wenn Moskau im März 1969 mit dem Budapester Appell wieder Gesprächsbereitschaft andeutete.

### **3.3.2. Der Budapester Appell im März 1969**

Die flexible Ostpolitik der Großen Koalition hatte Lockerungserscheinungen im Ostblock ausgelöst, auf die der Kreml mit starker Gegenwehr reagierte. Der Prager Frühling rief dann eine sehr schwere Krise im Ostblock hervor. Doch die gewaltsame Entschlossenheit, mit welcher der Kreml auf die einmal entfachte Krise einging, war erfolgreich und führte auf kürzerer Sicht zu einer Festigung des Zusammenhalts im Ostblock. Die Niederschlagung des Prager Frühlings hatte demonstriert, dass die sowjetische Führung nicht gewillt war, wesentliche Lockerungen im Zusammenhalt ihres Blocks zu dulden, am wenigsten dort, wo diese Länder an Deutschland grenzten. Kiesinger erklärte in diesem Kontext am 23. August 1968 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, für viele Leute im Westen sei einfach deutlich geworden, dass Moskau bereit sei, wenn es seine Interessen gefährdet sehe, mit brutaler Gewalt zuzuschlagen, und das sei etwas, was man weithin im Westen nicht mehr geglaubt habe.<sup>795</sup>

Erst Anfang 1969 mehrten sich die Anzeichen, dass Moskau versuchte, mit Bonn wieder ins Gespräch zu kommen. Der Kreml, interessiert an Erdgaslieferungen in die Bundesrepublik, bot Gespräche über ein Handelsabkommen an und erklärte sich zur Wiederaufnahme der zeitweilig unterbrochenen Verhandlungen über eine Lufthansa-

<sup>794</sup>: Schmidt, Helmut, Konsequenzen der Breschnew-Doktrin, abgedruckt im Februar 1969 im "Vorwärts", S. 1-7, hier S. 7: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>795</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 23.8.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1017/1: S. 8-38, hier S. 25.

Fluglinie nach Moskau bereit.<sup>796</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko äußerte sich nun in relativ gemäßigten Erklärungen zur Deutschland- und Berlinfrage und zur Politik der deutschen Bundesregierung. Der deutsche Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, durfte nach langer Wartezeit im Juli endlich seinen offiziellen Antrittsbesuch beim sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin absolvieren.<sup>797</sup> Kossygin äußerte während Allardts Antrittsbesuch, dass die europäische Sicherheit die Frage sei, die alle Menschen am meisten interessiere. Europa wolle nicht mehr in einer Atmosphäre der Spannung leben, betonte Kossygin.<sup>798</sup>

Ob es innere oder wirtschaftliche Schwierigkeiten der Sowjetunion waren, oder ob sie beabsichtigte, dem sehr negativen Eindruck, den die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei ausgelöst hatte, entgegenzuwirken, ist schwierig festzustellen. Bedeutend war die Tatsache, dass der Kreml 1969 wieder zum Gespräch mit der Bundesregierung bereit war. Brandt hatte die Situation bereits am 6. November 1968 in einem Interview gegenüber der Wochenzeitung "Publik" treffend beschrieben und erklärt, man könne davon ausgehen, dass letzten Endes auch die Sowjetunion ein vitales Interesse daran habe, die Spannung innerhalb Europas abzubauen. Der Weg zu einer gerechten und stabilen Friedensordnung sei 23 Jahre nach Kriegsende zwar noch immer vom Gestrüpp des Misstrauens, der Missverständnisse und der Propaganda überwuchert und deshalb nur mühsam zugänglich. Man dürfe sich aber von den eigentlichen Realitäten nicht abbringen lassen.<sup>799</sup>

Die SPD erläuterte in einem Kommuniqué über eine gemeinsame Sitzung von SPD-Vorstand und SPD-Kontrollkommission am 4. März 1969 in Berlin, dass mit dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings sich für Moskau die Voraussetzungen der Beziehungen zum Westen verändert hätten. Die Gefahr innenpolitischer Erosion sei mit den brutalen Methoden einer orthodoxen und kommunistischen Weltmacht zunächst gebannt worden.<sup>800</sup> In der Tat, durch die Festigung des eigenen Machtbereiches, durch die

---

<sup>796</sup>: Siehe dazu das aufgezeichnete Gespräch zwischen Georg Ferdinand Duckwitz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 17.9.1969 in Bonn, wo diese Fluglinienthematik detailliert besprochen wurde: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 1014-1021, hier S. 1014-1017.

<sup>797</sup>: Siehe auch: Allardt, Helmut, Politik vor und hinter den Kulissen - Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, Düsseldorf 1997. / Allardt, Helmut, Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf 1973.

<sup>798</sup>: Dies geht aus einem von Allardt am 24.7.1969 verfassten Bericht für das Auswärtige Amt hervor: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 851-855, hier S. 851.

<sup>799</sup>: Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1560-1567, hier S. 1563.

<sup>800</sup>: SPD-Kommuniqué 4.3.1969, S. 1-3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 298.

sowjetisch-chinesischen Grenzkonflikte und durch das Schwinden der Hoffnung auf eine rasche Auflösung der NATO war das Interesse des Kremls an einer Anerkennung des sowjetischen Machtbereichs durch den Westen zwingender geworden, und damit die Bereitschaft des Kremls zur Flexibilität in den Formen und Bedingungen dieser Anerkennung wahrscheinlich gewachsen.<sup>801</sup> Das zeigte sich darin, dass der Kreml zum ersten Mal eine wirkliche Entspannung mit der Bundesrepublik anstrebte und eine europäische Sicherheitskonferenz anzielte.

Das sowjetische Interesse an der Festigung der eigenen Machtsphäre im Rahmen einer europäischen Sicherheitskonferenz war sehr hoch. Am 18. März 1969 signalisierten die Staaten des Warschauer Paktes auf einem Treffen in Budapest in einem Appell ihren Willen zur Entspannung und schlugen eine europäische Sicherheitskonferenz der NATO-Staaten und der Warschauer-Pakt-Staaten vor und betonten, eine Hauptvoraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit seien die Untastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, darunter die Oder-Neiße-Grenze und die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik, der Verzicht der Bundesregierung auf ihren Anspruch, das ganze deutsche Volk zu vertreten, und ihr Verzicht auf Verfügungsgewalt über Kernwaffen in jeder Form. Des Weiteren wurde im Budapester Appell festgehalten, dass Westberlin einen besonderen Status habe und nicht zu Westdeutschland gehöre.<sup>802</sup> Zwar führte auch der Budapester Appell Hauptvoraussetzungen für die Erhaltung der europäischen Sicherheit auf, doch machte er die vorgeschlagene europäische Sicherheitskonferenz nicht mehr von Vorbedingungen abhängig, denn sie sollte im gegenseitigen Einvernehmen bald zusammentreten und nicht erst einberufen werden, wenn die im April 1967 in Karlsbad formulierten Voraussetzungen erfüllt waren.<sup>803</sup> Auf einer Sitzung des SPD-Fraktionsarbeitskreises für Außenpolitik und gesamtdeutsche Fragen am 28. März 1969 hieß es, durch die Tatsache, dass alle Warschauer-Pakt-Staaten die Budapester Erklärung unterzeichnet hätten, werde der Sowjetunion die Möglichkeit gegeben, bei Gesprächen der beiden Großmächte als Wortführer der War-

---

<sup>801</sup>: Siehe zu den sowjetischen Beweggründen auch: Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 232-236. / Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 335.

<sup>802</sup>: Kopie des Kommuniqués der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags am 18.3.1968, S. 1-4, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>803</sup>: Kopie des Kommuniqués der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags am 18.3.1969, S. 1-4, hier S. 2-4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

schaauer-Pakt-Staaten aufzutreten. Damit könne die Sowjetunion auch für die DDR sprechen.<sup>804</sup>

Der Budapester Appell markierte eine Wende in der Politik der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Satellitenstaaten. Die Vorschläge des Appells waren konkreter, realistischer und kompromissbereiter als die bisherigen Vorschläge. So wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass ein dauerhaftes System der europäischen Sicherheit es ermöglichen würde, durch gemeinsame Anstrengungen große Projekte auf den Gebieten der Energetik, des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft und des Gesundheitswesens, die in direkter Beziehung zum Wohlstand der Bevölkerung des gesamten europäischen Kontinents stünden, zu verwirklichen.<sup>805</sup> Das östliche Schlagwort heiße nun "Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit", fasste Bahr am 29. April 1969 in seinem Aufsatz mit dem Titel "Kollektive Sicherheit in Europa als Voraussetzung einer europäischen Friedensordnung" zusammen.<sup>806</sup>

Wehner hatte am 22. März 1969 in einem Interview gegenüber den "Stuttgarter Nachrichten" geäußert, dass er kein unüberwindliches Hindernis sehe, um auf den Budapester Appell und dessen Forderungen einzugehen. Dies löste am 25. März tumultartige Szenen auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung aus, auf der Barzel Wehners Interview wörtlich zitierte.<sup>807</sup> Brandt war wie Wehner erfreut über den Budapester Appell. Der Außenminister hatte am 19. März im Bundestag von einem überraschenden Kurswechsel gesprochen und auf das Minimum an Polemik im Budapester Appell hingewiesen.<sup>808</sup> Brandt registrierte den sowjetischen Kurswechsel als sehr positiv und hob am 28. März auf einer SPD-Vorstandssitzung hervor, dass in diesem Appell plötzlich nicht mehr Anerkennung der DDR stehe, sondern Anerkennung der Existenz der DDR. Des Weiteren stehe da nicht Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, sondern Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen.<sup>809</sup> Nach Kiesingers Ansicht hatte Brandt die Budapester Erklärung zu optimistisch interpretiert. Kiesinger selbst stufte die Erklärung als fast gefährlicher ein als alle vorausgegangenen, weil in allen auf die westliche Mentalität abgestimmten Friedensaussagen der harte Kern der Anerkennung des Status quo durch

<sup>804</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-9, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5085.

<sup>805</sup>: Kopie des Communiqués der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags am 18.3.1968, S. 1-4, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>806</sup>: Bahrs Aufsatz 29.4.1969, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 316, Mappe 3.

<sup>807</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 25.3.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1018/1: S. 1-63, hier S. 1.

<sup>808</sup>: Bundestagssitzung 19.3.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 11937-12042, Brandt, S. 11979-11986, hier S. 11981.

<sup>809</sup>: SPD-Vorstandssitzung 28.3.1969: AdsD, Protokolle des SDP-Bundesvorstandes V. WP: S. 1-8, hier S. 4.

die Bundesrepublik stecke, erklärte er am 17. April auf einer CDU-Vorstandssitzung.<sup>810</sup> Kiesinger meinte am 29. April vor dem gleichen Gremium, dass dieser Appell an alle europäischen Länder dazu aufrufe, keine Anstrengungen zu scheuen, um den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen. Auf die Dauer seien sie laut dem Appell aber nur verbürgt, wenn es gelinge, die Spannung abzubauen und unter Anerkennung der Realitäten die internationalen Konflikte zu lösen.<sup>811</sup> Die Anerkennung der Realitäten, des Status quo in Deutschland war der zentrale Dissens zwischen den Partnern der Großen Koalition. Die SPD war bereit, Realitäten anzuerkennen und eine Entspannungspolitik auf der Grundlage des Status quo zu betreiben. Kiesinger erklärte hingegen noch im September am Ende der Großen Koalition in einer Rede, dass er zu jedem Gespräch mit Moskau bereit sei, für das Moskau nicht die Anerkennung der Realitäten fordere.<sup>812</sup>

Auch das Zustandekommen der im Budapester Appell vorgeschlagenen europäischen Sicherheitskonferenz erwartete Kiesinger nicht. Er hatte am 17. April 1969 auf der CDU-Vorstandssitzung bemerkt, dass aus dieser Konferenz natürlich nichts werde.<sup>813</sup> Kiesinger warf am 12. Juni in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt Brandt vor, nicht ernsthaft an solch eine Konferenz zu glauben, und Brandt benutze dies nur als taktisches Mittel. Kiesinger fügte hinzu, dass der Außenminister, der natürlich nur über Außenpolitik sprechen könne, einen begrenzteren Themenkreis als der Kanzler habe und daher versucht sei, öfter darüber zu sprechen als der Kanzler, der Ausweichthemen habe.<sup>814</sup> Wie bei der Reaktion auf den Budapester Appell zeigten auch die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen deutlich

---

<sup>810</sup>: CDU-Vorstandssitzung 17.4.1969: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 26, 17.4.1969. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 1378-1446, hier S. 1384.

<sup>811</sup>: CDU-Vorstandssitzung 29.4.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-018/3: S. 1-138, hier S. 12.

<sup>812</sup>: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27.9.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c11969 (VIII-XII).

<sup>813</sup>: CDU-Vorstandssitzung 17.4.1969: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 26, 17.4.1969. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 1378-1446, hier S. 1385. Mit dieser Einschätzung lag Kiesinger wohl falsch. Die erste Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde vor allem auf Initiative des Warschauer Paktes bereits am 3.7.1973 in Helsinki abgehalten. Anwesend waren 35 Staaten: Die USA, Kanada, die Sowjetunion und alle europäischen Staaten außer Albanien. Die im Rahmen der KSZE erzielten Kooperationen und Beziehungen trugen zur Vertrauensbildung zwischen den politisch-ideologischen Blöcken bei und waren mitverantwortlich für die Beendigung des Ost-West-Konflikts. Nach der deutschen Wiedervereinigung erhielt die KSZE mit der Charta von Paris (1990) eigene Institutionen und daraufhin den Status einer internationalen Organisation (OSZE) mit Sitz in Wien. Siehe: Pöllinger, Sigrid, Der KSZE/OSZE-Prozeß. Ein Abschnitt europäischer Friedensgeschichte, Wien 1998.

<sup>814</sup>: Text des Informationsgesprächs, S. 1-13, hier S. 12: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.



die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Kiesinger und Brandt. Während Brandt die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen weiter ausbauen wollte, war Kiesinger skeptisch und misstrauisch.

### 3.4. Die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen 1966-1969

*„Gewaltverzicht heißt nicht Verzicht auf unsere Politik. Gewaltverzicht heißt, diese politischen Ziele ohne Gewalt zu erstreben.“*

Rainer Barzel<sup>815</sup>

Grundsätzlich galt für das Kanzleramt ein Verständnis von Gewaltverzicht als ein allgemeines Übereinkommen, alle Streitfragen einschließlich der deutschen Frage mit friedlichen Mitteln zu lösen. Darunter wurde nicht die Aufgabe der deutschen Ziele verstanden, und mit dem Gewaltverzicht sollte auch nicht die Lösung strittiger Fragen präjudiziert werden. Das galt auch für den Vorbehalt gegenüber der DDR. Die Absichten, die Moskau mit einem Gewaltverzicht verband, waren diametral entgegengesetzt. Moskau forderte, dass einem Gewaltverzichts-austausch die Lösung der offenen politischen Fragen im sowjetischen Sinne vorangehen müsse. Der Gewaltverzicht war für die Sowjets eine Art Friedensvertragsersatz, der laut des sowjetischen Botschafters in Bonn, Zarapkin, eine Neuregelung des deutsch-sowjetischen Gesamtverhältnisses im sowjetischen Sinne begründen sollte.<sup>816</sup> Erschwerend bei den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen war auch, dass ein Gewaltverzicht bedeutete, dass die Bundesrepublik etwas von der Sowjetunion haben wollte und dafür auch eine Gegenleistung erbringen musste. Aber aus militärischer Perspektive war es für die Sowjetunion irrelevant, ob die weit unterlegene Bundesrepublik auf Gewalt verzichtete. Des Weiteren waren die Erfolgchancen begrenzt, da die Bundesrepublik und die Sowjetunion grundsätzlich unterschiedliche Absichten hegten. Während für Bonn die Entspannungspolitik helfen sollte, den Status quo in Deutschland zu überwinden, hoffte Moskau, genau

<sup>815</sup>: Zitat Barzel am 14.3.1968 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66: Stenographische Berichte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 8281-8416, Barzel S. 8293-8301, hier S. 8298.

<sup>816</sup>: Zusammenfassung des Kanzleramts über die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen vom 20.3.1968, S. 1-2: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-3063.

diesen konservieren zu können. Daher waren die Gewaltverzichtverhandlungen kompliziert, da in beiden Lagern andere konzeptionelle Vorstellungen verfolgt wurden.

Richard Jaeger schilderte Anfang 1968 in einem Interview, dass die Idee, gegenüber dem Osten Gewaltverzichtserklärungen abzugeben, aus der Friedensnote des Kabinetts Erhard stamme.<sup>817</sup> Nach der Friedensnote im März 1966 hatten im Oktober und November deutsch-sowjetische Vorgespräche stattgefunden. Im Februar 1967 übermittelte die Bundesregierung dem sowjetischen Botschafter Zarapkin einen Gewaltverzichtsentswurf und löste damit einen Austausch von Notizen und immer neuen Entwürfen aus. Denn die Sowjetunion solle selbstverständlich nicht aus den Bemühungen der Bundesrepublik um ein besseres politisches Klima ausgeklammert werden, erläuterte Bahr am 4. März in seinen Aufzeichnungen über die deutsch-sowjetischen Gespräche über Gewaltverzicht.<sup>818</sup>

In Bonn wurden die Kontakte zum Kreml über Botschafter Zarapkin sehr diskret angegangen. Es war bewusst Vertraulichkeit bei den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen ausgemacht worden, um die Verhandlungen nicht durch die öffentliche Propaganda zu gefährden. Auch unabhängig von dem Notizenwechsel über Gewaltverzicht bemühte sich die Bundesregierung, den so fragilen Kontakt mit Moskau aufrecht zu halten. Kiesinger hatte zwar, wie aus seinem politischen Nachlass zu entnehmen ist, einige meist vertrauliche und geheime Gespräche mit Zarapkin, doch waren diese sehr formell gehalten.<sup>819</sup> Zwischen Brandt, der mit dem Wissen Kiesingers auch einen Kontakt zu dem in Ostberlin akkreditierten Sowjetbotschafter Abrassimow pflegte<sup>820</sup>, und Zarapkin hatten während der Großen Koalition mehrere geheime Sondierungsgespräche zum Thema Gewaltverzicht stattgefunden. Die Sowjets hatten dabei durch ihren Botschafter Zarapkin eine harte Position verfolgt. Sie wollten die gesamten bekannten Forderungen ihrer Deutschlandpolitik durchsetzen, zu denen unter anderem die Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung und auch eine Art Mitsprache- und Interventionsrecht in der Bundesrepublik auf Grund des Potsdamer Abkommens und der UN-Charta (Bestimmungen gegenüber Feindstaaten) gehörten. Auch verlangten die Sowjets, dass

---

<sup>817</sup>: Aufzeichnung von Jaegers Antworten auf Journalistenfragen zum Thema Ostpolitik vom 13.2.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 380.

<sup>818</sup>: Bahrs Aufzeichnung 4.3.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 393, Mappe 2.

<sup>819</sup>: Eine Auflistung der Gespräche zwischen Kiesinger und Zarapkin findet sich unter: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310: S. 1-23.

<sup>820</sup>: Siehe dazu einen Brief Brandts an Kiesinger vom 31.5.1967, in dem Brandt auf seinen Kontakt mit Abrassimow explizit hinweist: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13. Brandts Kontakt zu Abrassimow hatte ihm vom Berliner CDU-Vorsitzenden Franz Amrehn am 18.10.1966 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung den Vorwurf eingebracht, „Extratouren“ zu machen: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bandsignatur 08-001-1011/1: S. 195-233, hier S. 208.

die Bundesregierung mit der DDR völkerrechtlich bindende Gewaltverzichtserklärungen in der gleichen Form wie mit den anderen osteuropäischen Staaten austausche.<sup>821</sup>

Am 13. Oktober 1967 gab Brandt im Bundestag eine Erklärung ab, in der er die Bereitschaft der Bundesregierung zum Austausch von deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtserklärungen betonte und berichtete, dass darüber bereits Verhandlungen geführt würden. Zu den Chancen einer grundlegenden Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen äußerte er sich jedoch kritisch.<sup>822</sup> Dabei dachte Brandt wohl an die einen Tag zuvor durch Zarapkin erhaltene Note der sowjetischen Regierung. In dieser Note wurde einem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zugestimmt, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Bundesrepublik die Karlsbader Forderungen erfülle, und auch ein Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolge.<sup>823</sup> Bahr hielt am 4. Dezember in einem Schreiben an Brandt fest, dass die Sowjetunion im Oktober endlich mit einer eigenen Note auf die deutschen Gesprächsangebote eingegangen sei, jedoch wisse man nicht, ob Moskau den Gewaltverzicht als ein Vehikel nutzen wolle, um die Bundesregierung zur Aufgabe bisheriger Gegensätze gegenüber der DDR zu bewegen, oder ob man das politische Gespräch mit der Sowjetunion auch über andere Fragen beginnen könne. Man müsse aber diesen Test machen, denn das verlange das eigene Interesse, die eigene Glaubwürdigkeit und die eigene Politik, die man seit einem Jahr eingeleitet habe, betonte Bahr.<sup>824</sup> Kiesinger war skeptisch über die sowjetische Note vom Oktober. Er führte am 12. Dezember auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung aus, dass er diese Note nicht überbewerte. Es sei eine Note, die mehrere Zwecke verfolge und sich an verschiedene Adressen, zu allerletzt an die deutsche Adresse wende.<sup>825</sup> Der Kanzler erklärte am 23. Januar 1968 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises, dass man die sowjetische Note nicht als einen Anknüpfungspunkt für erfolgreiche Gespräche mit der Sowjetunion ansehen dürfe.<sup>826</sup>

Nach einer langen öffentlichen und internen Debatte beantwortete die Bundesregierung am 9. April 1968 die sowjetische Note vom Oktober 1967. In der Bonner Antwortnote

---

<sup>821</sup>: „Süddeutsche Zeitung“ vom 2.2.1968: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 136.

<sup>822</sup>: Bundestagssitzung 13.10.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, Brandt S. 6331-6336, hier S. 6333.

<sup>823</sup>: Abdruck der sowjetischen Note: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 3, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998, S. 1366-1367.

<sup>824</sup>: Bahr an Brandt 4.12.1967, S. 1-3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

<sup>825</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 12.12.1967: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/2: S. 1-42, hier S. 10.

<sup>826</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-4, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

wurde nach einer Aufzählung der bisherigen Gewaltverzichtserklärungen der Bundesrepublik gegenüber ihren Verbündeten die deutsche Bereitschaft zu Gewaltverzichtsverhandlungen mit der Sowjetunion und allen osteuropäischen Staaten hervorgehoben. Der sowjetische Anspruch auf die fortdauernde Gültigkeit der Feindstaatenklausel der UN-Charta wurde zurückgewiesen. Es wurde betont, dass der Gewaltverzicht nicht mit erschwerenden Voraussetzungen belastet werden solle.<sup>827</sup> Doch diese Bonner Note stieß mit ihren Vorschlägen in Moskau auf Ablehnung, obwohl Bonn in seiner Note auch signalisiert hatte, dass es bereit sei, mit dem anderen Teil Deutschlands über einen verbindlichen Gewaltverzicht zu sprechen.<sup>828</sup>

Der Kreml war verärgert über die lange Dauer der in der Bundesrepublik geführten politischen Diskussionen, bei denen die Moskauer Forderungen immer wieder als negative Verhandlungsbasis dargestellt worden waren. Dass der Kreml verärgert war, machte er mit seiner Note vom 5. Juli 1968 deutlich<sup>829</sup>, welche die deutsche Note vom April beantwortete. Darin wurden scharfe Angriffe gegen die Bundesrepublik unternommen, und die altbekannten Forderungen in noch härterer Form wiederholt.<sup>830</sup> Bahr hielt am 5. Juli in einer Aufzeichnung zur gerade eingegangenen sowjetischen Note fest, dass die sowjetische Bereitschaft zur Fortsetzung des begonnenen Dialogs über den Gewaltverzicht bedeute, dass die Sowjetunion den politischen Meinungs-austausch mit der Bundesrepublik nicht aufgeben wolle. Sie zeige aber wohl auch, dass die Situation im Warschauer Pakt eine Fortsetzung des begonnenen Dialogs, den die Sowjetunion ja im gewissen Sinne stellvertretend zumindest für die DDR, für die Polen und die Tschechoslowakei mitführe, dringend nahe lege.<sup>831</sup>

Die sowjetische Regierung veröffentlichte am 11. Juli 1968 unangekündigt die Dokumente zum deutschen Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen. Sie hatte damit die vereinbarte Vertraulichkeit gebrochen. Brandt war enttäuscht über diesen Bruch, hatte jedoch mit so einem „Zwischenspiel“<sup>832</sup> gerechnet. Um die Bemühungen der bisherigen Bundesregierungen in den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsver-

---

<sup>827</sup>: Abdruck der Bonner Antwortnote: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 570-575.

<sup>828</sup>: Abdruck der Bonner Antwortnote: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 570-575, hier S. 575.

<sup>829</sup>: Zur Übergabe dieser sowjetischen Note von Zarapkin an Duckwitz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, siehe: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1968, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999, S. 838-842.

<sup>830</sup>: Abdruck der sowjetischen Note bei: Meissner, Boris (Hrsg.), Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1973. Dokumentation, Band 2, Köln 1975, S. 1126-1135.

<sup>831</sup>: Bahrs Aufzeichnung 5.7.1968, S. 1-5, hier S. 3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 393, Mappe 2.

<sup>832</sup>: Zitat Brandt am 12.7.1968 in einem Interview. Text des Interviews, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 393, Mappe 2.

handlungen seit 1949 hervorzuheben, wurde das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dazu veranlasst, eine Dokumentation über diese bisherigen Bemühungen am 12. Juli zu veröffentlichen.<sup>833</sup> Anlässlich der Veröffentlichung gab Brandt am selben Tag die Erklärung ab, dass die Dokumente für sich selbst sprechen würden. Sie zeigten das aufrichtige Bemühen der Bundesregierung, mit den Ländern Osteuropas und insbesondere mit der Sowjetunion zu einem neuen, auf Vertrauen gegründeten Verhältnis zu gelangen.<sup>834</sup>

Die Sowjets hatten die mit Bonn vereinbarte Vertraulichkeit auch gebrochen, um ihre Vorbereitungen für die Niederschlagung des Prager Frühlings besser treffen zu können. Nach der Zäsur der brutalen Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 und der Konsolidierung des eigenen Machtbereichs signalisierte Moskau wieder Interesse an deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen. Bahr berichtete am 19. November in einer geheimen Lageanalyse, die Regierung der Sowjetunion habe erkennen lassen, dass sie eine Initiative der Bundesregierung zur Wiederaufnahme der Gespräche über Gewaltverzicht erwarte, und sie selbst gesprächsbereit sei. Jetzt sei die Bundesregierung am Zuge, meinte Bahr.<sup>835</sup> Er hielt am 26. November in einem Vermerk die Weisung von Außenminister Brandt fest, dass man bereit sei, das Gespräch über Gewaltverzicht mit der Sowjetunion fortzusetzen und festzustellen, ob und welche Fortschritte erzielbar seien.<sup>836</sup>

Am 10. Januar 1969 empfing Brandt den sowjetischen Botschafter Zarapkin, der die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags forderte und die Wiederaufnahme des Gewaltverzichtsdialogs vorschlug. Der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers erläuterte die wieder aufgenommenen deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen in der "Frankfurter Rundschau" vom 11. Januar. Das Treffen Brandts mit Zarapkin am 10. Januar und die dabei von Zarapkin vorgeschlagene Wiederaufnahme der deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen reihten sich, so Ahlers, an die Gespräche an, die der deutsche Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, im November 1968 mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko geführt habe. Ahlers

---

<sup>833</sup>: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht 1949 bis Juli 1968, Bonn 1968. Liegt vor bei: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>834</sup>: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16.7.1968, S. 81: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 393, Mappe 2.

<sup>835</sup>: Bahrs Lageanalyse 19.11.1968, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 393, Mappe 1.

<sup>836</sup>: Bahrs Vermerk 26.11.1968: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

unterstrich, dass von einem Neubeginn des Dialogs zwischen Bonn und Moskau nicht die Rede sein könne, weil dieser Dialog sich bereits im vollen Gang befinde.<sup>837</sup>

Brandt war hiermit sehr zufrieden, aber der skeptische Kiesinger warnte hingegen am 4. Februar 1969 in einem Informationsgespräch mit deutschen Journalisten im Kanzleramt vor Illusionen bei den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen.<sup>838</sup> Nach einjähriger Unterbrechung wurden die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen im Juli wieder offiziell aufgenommen. Die folgenden diplomatischen Vorbesprechungen führten Ende des Jahres zu der deutsch-sowjetischen Vereinbarung, mit dem Erstellen eines Vertragstextes zu beginnen.<sup>839</sup>

Die Wiederaufnahme des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsdialogs im Januar 1969 war nach dem plötzlichen Abbruch im vergangenen Sommer nun im Westen als Zeichen der Entkrampfung begrüßt worden.<sup>840</sup> Dieser Kurswechsel in Moskau fiel zeitlich mit dem Regierungswechsel in den USA zusammen.<sup>841</sup> Der neue US-Präsident Nixon, seit dem 20. Januar im Amt, und sein Sicherheitsberater Kissinger beabsichtigten, das militärische Engagement der USA in Vietnam schrittweise einzustellen.<sup>842</sup> Des Weiteren näherten sich die USA behutsam der Volksrepublik China an. In Peking nahm die Sorge vor der amerikanischen Bedrohung umso rascher ab, je mehr die Sorge vor der sowjetischen Bedrohung zunahm.<sup>843</sup> Die Sowjetunion dagegen fühlte sich eingeeengt durch die „unkalkulierbare“<sup>844</sup> Volksrepublik China und durch die NATO. Die sofort nach dem Regierungswechsel eingeleitete Annäherung Washingtons an Peking beschwor für die Sowjetunion die gefährliche Lage hinauf, isoliert oder eingekreist zu werden.

Um den Zweifrontendruck zu beheben, war es für die Sowjetunion zweckmäßig, Entspannung an der westlichen Flanke zu suchen, denn die neue US-Regierung und ihre meisten NATO-Partner zeigten Verständigungsbereitschaft, auf die Moskau behutsam

<sup>837</sup>: „Frankfurter Rundschau“ vom 11.1.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c1 1969 (I-VII).

<sup>838</sup>: Text des Informationsgesprächs, S. 1-18, hier S. 15: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/2.

<sup>839</sup>: Zarapkin forderte am 3.10.1969 in einem aufgezeichneten Gespräch mit Bahr, dass dieser Vertragstext nicht nur ein Stück Papier sein dürfe, sondern auch Substanz haben müsse, und die DDR in den Gewaltverzicht miteinbezogen werde: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 1095-1097, hier S. 1096.

<sup>840</sup>: Presseagenturmeldung vom 12.1.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c1 1969 (I-VII).

<sup>841</sup>: Hacke, Christian, Die Ära Nixon-Kissinger 1969-1974. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983, S. 44-52.

<sup>842</sup>: Knapp, Manfred, Vietnam als Bremse der Entspannung zwischen den Weltmächten. In: Carstens, Karl u. a. (Hrsg.), Die Internationale Politik 1966-1967, München/Wien 1973, S. 74-77, hier S. 75-77.

<sup>843</sup>: Morgan, Roger, Washington und Bonn. Deutsch-amerikanische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, München 1975, S. 179-180.

<sup>844</sup>: So der persönliche Referent Marcel Hepp in einem Schreiben, welches er im Auftrag seines Vorgesetzten Strauß am 17.4.1969 anfertigte, S. 1-2, hier S. 1: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 5126.

einging<sup>845</sup>, wie zum Beispiel durch den Budapester Apell. Eine Entwicklung, die Strauß bereits früh vorhergesehen hatte. Er hatte am 6. Oktober 1966 in einer Ansprache im Maximilianeum in München ausgeführt, dass schließlich wohl auch das Bedürfnis Moskaus bestehe, durch ein Arrangement an seiner Westflanke im asiatischen Raum beweglicher werden zu können.<sup>846</sup> Trotz aller Gegenwehr des DDR-Regimes begann Moskau Anfang 1969 mit den Gewaltverzichtsverhandlungen, die Spannungen mit Bonn zu mildern. Die sicherheitspolitischen Überlegungen und das Interesse an einer deutschen Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags waren sicherlich der Hauptgrund für diese Annäherung Moskaus an Bonn. Somit ist die These des Historikers Otto Rundel, dass diese Annäherung Moskaus an Bonn eine direkte Folge der Außenpolitik der Großen Koalition dargestellt habe<sup>847</sup>, wohl zu weitgegriffen und zu optimistisch.

### 3.4.1. Die Große Koalition und der Atomwaffensperrvertrag

*„Die Erhaltung des Friedens in dieser Welt ist ein schwieriges Geschäft. Es ist vor allem jenen großen Mächten anvertraut, die im Besitz von Vernichtungsmitteln sind, die alle Zerstörungskraft, die bisher in die Hände der Menschen gelegt war, weit in den Schatten stellen. Aber auch die anderen Völker - auch wir, die wir auf die Herstellung und den Besitz von nuklearen Waffen verzichtet haben - tragen Verantwortung für den Frieden, und wir werden uns dieser Verantwortung stets bewußt sein.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>848</sup>

Das atomare Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion war Ende der 1960er Jahre eingetreten. Dieses Gleichgewicht hatte den Zwang zur Entspannung ge-

<sup>845</sup>: Der deutsche Publizist und Diplomat Günter Gaus erklärte dazu: *„Das Interesse der Deutschen, soweit es eingebettet ist in die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, ist nach meinem Verständnis am ehesten zu befriedigen, wenn Bonn und Ostberlin stets ein besseres Verhältnis zueinander haben, als Washington und Moskau es wechselseitig besitzen.“* Siehe: Gaus, Günter, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983, S. 234.

<sup>846</sup>: Redemanuskript von Strauß, S. 1-18, hier S. 5: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Sammlung Kray, Ordner RA66(1)1709/KOFA. Auf den chinesisch-sowjetischen Konflikt und seine durchaus positiven Konsequenzen für die sowjetische Deutschlandpolitik hatte auch der CDU-Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske im April 1967 auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums hingewiesen, indem er aus einem Artikel der Politik-Fachzeitschrift *„Foreign Affairs“* zitiert hatte. Ein Vermerk über diese Präsidiumssitzung und der entsprechende Artikel (*„Shulman, Marshall D., „Europe“ versus „Detente“? In: Foreign Affairs, Vol. 45, No. 3, April 1967, S. 389-402“*) liegen vor bei: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-44.

<sup>847</sup>: Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger. *Sein Leben und sein politisches Wirken*, Stuttgart 2006, S. 105.

<sup>848</sup>: Zitat Kiesinger in einem Artikel mit der Überschrift *„Ein schwieriges Geschäft“*, welcher in der Fachzeitschrift *„Politik und Gesellschaft“* vom 28.5.1967 abgedruckt ist und vorliegt bei: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-71.

bracht, der konkrete Maßnahmen des friedlichen Miteinanders notwendig machte. Auch wenn die Auflösung der NATO und die Zementierung des Status quo in Europa die Hauptziele der Sowjetunion blieben, existierte bei den Sowjets trotzdem ein reales Interesse an einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen im Sinne einer Stabilisierung der militärischen Lage in Mitteleuropa und eines Ausbaus der Kooperation zwischen Ost und West in den Bereichen der Technologie und der Wissenschaft. In einem geheimen Lagebericht des BND vom Mai 1967 wurde das Interesse Moskaus an dem Abschluss eines Atomwaffensperrvertrags auf den Punkt gebracht: Für ein sowjetisches Interesse an einem Vertragsabschluss spreche die Möglichkeit, das Zustandekommen als sowjetischen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens propagandistisch auszuwerten und sich mit den USA in der Erwartung weiterer Entspannungsschritte - etwa in den europäischen Sicherheitsfragen, einschließlich des Truppenabzugs - unter der Decke eines UN-Vertrags zu arrangieren. Der Gedanke an den Ausschluss potenzieller Atomkräfte vom Zugang zu den Kernwaffen spiele im Vergleich mit diesen sowjetischen Überlegungen nur eine sekundäre Rolle, analysierte der BND.<sup>849</sup> Die Gemeinsamkeiten mit der westlichen Interessenlage waren die Stabilität der militärischen Lage, die Erhaltung des militärischen Gleichgewichts, Konfliktkontrolle und Krisenbeherrschung. Hier musste auch die Große Koalition mitwirken. Die deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsverhandlungen und der Atomwaffensperrvertrag waren jedoch die „*neuralgischen Punkte*“<sup>850</sup> der Großen Koalition.

Neben den Gewaltverzichtsverhandlungen verschärfen auch die damit einhergehenden Debatten um den Atomwaffensperrvertrag, die auch zu Irritationen in der NATO führten<sup>851</sup>, ab 1967 die angespannte Atmosphäre zwischen Bonn und Moskau. Das Thema Atomwaffensperrvertrag hatte in der deutschen Öffentlichkeit große Diskussionen ausgelöst. Dabei wurde in der Presse auch die Frage gestellt, ob es sinnvoll sei, mit einer Macht einen Vertrag zu schließen, die Abmachungen mit anderen Staaten so gewaltsam auslege, wie es Moskau gegenüber Prag getan habe.<sup>852</sup>

Die sowjetische Presse äußerte gegenüber der internationalen Öffentlichkeit, dass die Nichtverbreitung von Kernwaffen Frieden und Entspannung und eine Auslöschung der

<sup>849</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 1/67, S. 1-26, hier S. 3; BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

<sup>850</sup>: Zitat der Zeitung „Handelsblatt“ vom 29.2.1968: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 136.

<sup>851</sup>: Siehe dazu: Haftendorn, Helga, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994.

<sup>852</sup>: Siehe dazu die Zusammenfassung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26.8.1968 über das Presse-Echo zur Frage der künftigen Entspannungs- und Ostpolitik anlässlich der Vorgänge in der Tschechoslowakei, S. 1-6, hier S. 4. Liegt vor bei: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Bundesfinanzminister, Ordner 391.



vom bundesdeutschen "Revanchismus" ausgehenden Kriegsgefahr bedeute. Friede und Entspannung wurden auch gegenüber der Bundesrepublik als Ziele erklärt. Daneben wurde von sowjetischer Seite gefordert, dass die Bundesrepublik mit einem bedingungslosen Kernwaffenverzicht die Grundsätze der Beseitigung von "Faschismus und Militarismus" realisiere, welche die vier Sieger-Mächte 1945 in Potsdam für Deutschland verbindlich gemacht hätten.<sup>853</sup>

Der NV-Vertrag war eine Möglichkeit, die Ost-West-Spannungen abzubauen, und damit war absehbar, dass ein Vertrag zwischen Ost und West die Elemente der Bündnispolitik in Ost und West kreuzen musste. Es war zu erwarten, dass beide Lager bestrebt sein würden, dabei die Kräftebalance zu erhalten, auf der auch die Sicherheit der Bundesrepublik basierte. Die Frage, wie sich ein deutscher Beitritt zu einem NV-Vertrag auf das deutsch-sowjetische Verhältnis auswirken würde, war von zentraler Bedeutung. Denn die Bundesrepublik war unter den zivilen Nuklearstaaten der einzige, der mit einer der vertragsschließenden Kernwaffengroßmächte, nämlich der Sowjetunion, einen schweren, in die nationale Substanz eingreifenden Sachkonflikt hatte. Bahr erklärte am 11. Oktober 1967 in seinen Aufzeichnungen zum Atomwaffensperrvertrag, dass die Bundesrepublik in ihrer politisch und militärisch exponierten Sonderstellung aller Voraussicht nach weiterhin einem wachsenden offensiven Druck der sowjetischen Übermacht ausgesetzt bleibe.<sup>854</sup>

Die Bundesregierung zeigte zwar Verständnis für den von den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion geforderten unbedingten Verzicht der Bundesrepublik auch auf bloßen Mitbesitz von Atomwaffen. Sie verstand auch die Sorge, die sich in diesem Verlangen ausdrückte, und sie wollte allen Kriegsgegnern, die unter Hitlers Überfall und Grausamkeiten gelitten hatten, diese Sorge nehmen. Jedoch konnte die Bundesregierung die Frage des Atomwaffenverzichts für nicht so akut angesehen haben angesichts der Tatsache, dass die Bundesrepublik einerseits auf Eigenproduktion bereits verzichtet hatte (Pariser Verträge 1955) und dies zu wiederholen bereit war, und andererseits keiner ihrer Verbündeten gewillt war, ihr bilateral oder multilateral einen Mitbesitz oder eine

---

<sup>853</sup>: Wetting, Gerhard, Die Parole der Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen in der sowjetischen Politik. Eine Analyse. In: Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, o. O. 1967, S. 1-23, hier S. 10.

<sup>854</sup>: Bahrs Aufzeichnung 11.10.1967, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 397, Mappe 1.

vorübergehende Verfügungsgewalt über Atomwaffen, geschweige denn den Alleinbesitz, zu verschaffen. Im Rahmen der neuen strategischen NATO-Konzeption „flexible response“ stellte sich die Bundesregierung zunehmend auf die Verwendung konventioneller Verteidigungswaffen, also nichtnuklearer Waffen, ein.<sup>855</sup> Der CDU-Abgeordnete Ernst Majonica, Vorsitzender des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen, hob am 30. Januar 1967 in einem Brief an die Mitglieder dieses Arbeitskreises die Vorleistungen hervor, welche die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der atomaren Frage bereits erbracht hatte: *„Wir haben als einzige Nation der Welt auf die Produktion atomarer Waffen verzichtet. Wir haben das Testabkommen im Deutschen Bundestag einstimmig ratifiziert. ... Wir wollen keine atomaren Waffen im nationalen Besitz. Wir wollen Schutz vor atomarer Bedrohung und Erpressung, und wir wollen einen Vertrag, der die Interessen aller wahrt, auch der Nationen, die nicht über Atomwaffen verfügen.“*<sup>856</sup> Die Wahrung der Interessen der nichtnuklearen Staaten, also auch die der Bundesrepublik, war der zentrale Streitpunkt in der Atomwaffensperrvertragsdebatte innerhalb der Großen Koalition.

Bereits am 3. Februar 1967 beschloss der Bundesverteidigungsrat einstimmig die Einsetzung eines interministeriellen Arbeitsstabes „NV-Vertrag“, an dem unter dem Vorsitz des Auswärtigen Amtes das Kanzleramt, die Bundesministerien für Wirtschaft, wissenschaftliche Forschung und Verteidigung sowie die Professoren Häfele und Wirtz vom Kernforschungszentrum Karlsruhe als wissenschaftliche Berater beteiligt waren.<sup>857</sup>

Am 27. April 1967 fand im Bundestag eine erste große Aussprache zum NV-Vertrag statt.<sup>858</sup>

Bahr schrieb am 11. Oktober 1967 in seinen Aufzeichnungen zum Atomwaffensperrvertrag, die grundsätzlich positive Haltung der SPD zu einem Atomwaffensperrvertrag beruhe auf der Erwartung, dass der zusätzliche und sachlich wie zeitlich weit reichende deutsche Verzicht den Beginn einer effektiven und dauerhaften Entspannung im

---

<sup>855</sup>: Von Schlack, Alard, Zum nächsten Abschnitt deutscher Ostpolitik. In: Außenpolitik, Heft 2, Februar 1968, S. 81-89, hier S. 85-86. Liegt vor bei: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666. Von Schlack hatte seinen Artikel am 26.2.1968 persönlich an Wehner verschickt. In seinem Dankeschreiben vom 4.3. führte Wehner aus, dass er von Schlacks Erwägungen für eine sehr zutreffende Betrachtung halte.

<sup>856</sup>: Majonicas Brief 30.1.1967, S. 1-4, hier S. 2 und 47: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe M, Ordner 36/1. Siehe zu Majonica auch: Majonica, Ernst, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik, Stuttgart u. a. 1969.

<sup>857</sup>: Brandts Kabinettsvorlage „NV Juni 1969: Geschichte des NV-Vertrags unter dem besonderen Gesichtspunkt der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland“, S. 1-6, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>858</sup>: Bundestagssitzung 27.4.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 64: Stenographische Berichte der 103.-120. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 4917-5007, hier S. 4946-4976.

deutsch-sowjetischen Verhältnis bewirken könne.<sup>859</sup> Für die SPD war die in ihrem Acht-Punkte-Programm im November 1966 formulierte Forderung, die Bundesrepublik müsse um der Stabilität des Bündnisses willen und als Beitrag zur Entspannung den Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben, die generelle Leitlinie, an der sie sich orientierte.<sup>860</sup> Gegen diese Festlegung auf eine nichtnukleare Politik gab es in der CDU/CSU von Anfang an Bedenken, die auch in Kiesingers Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 aufgetaucht waren. Der Kanzler hatte nämlich erläutert, dass die Bundesrepublik keine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen und keinen nationalen Besitz an solchen Waffen anstrebe.<sup>861</sup> Kiesinger hatte aber bewusst offen gelassen, ob damit auch der Mitbesitz ausgeschlossen war, wie es Brandt am 6. Dezember in seinen Notizen zu Kiesingers Regierungserklärung wiederholt gefordert hatte: *„Ausräumen des Mißverständnisses, als wollten wir Mitbesitz an oder nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen.“*<sup>862</sup> Wehner hatte am 8. November im Bundestag ebenfalls von der Bundesregierung verlangt, aus Gründen der Entspannung auf den Mitbesitz an Nuklearwaffen zu verzichten.<sup>863</sup> Kiesingers Kompromiss in seiner Regierungserklärung rief auch den Unmut der FDP hervor, die der Bundesregierung vorwarf, keine klare Verteidigungskonzeption zu besitzen. Die FDP stand ähnlich wie die SPD positiv zu dem Atomwaffensperrvertrag. Der FDP-Abgeordnete Moersch forderte am 26. April 1967 auf einer FDP-Fraktionssitzung, dass die FDP die Uneinigkeit in der Bundesregierung deutlich machen müsse und ruhig sagen könne, dass ihr Ziel ein atomwaffenfreies Deutschland sei.<sup>864</sup> In diesem Zusammenhang hatte der FDP-Abgeordnete Schultz im Januar in einem Artikel betont, dass die Verteidigungspolitik<sup>865</sup> der Bundesregierung

---

<sup>859</sup>: Bahrs Aufzeichnung 11.10.1967, S. 1-4, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 397, Mappe 1.

<sup>860</sup>: Das Acht-Punkte-Programm der SPD ist nachzulesen bei: Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme 1966. Eine Dokumentation, Bonn 1966, S. 19-29, hier S. 24.

<sup>861</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>862</sup>: Brandts Notizen 6.12.1966, S. 1-8, hier S. 5: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 17.

<sup>863</sup>: Bundestagssitzung 8.11.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 62: Stenographische Berichte der 46.-77. Sitzung 1966, herausgegeben in Bonn, S. 3279-3320, hier S. 3298.

<sup>864</sup>: FDP-Fraktionssitzung 26.4.1967: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-783: S. 1-9, hier S. 7-8.

<sup>865</sup>: In der FDP wurde intern vorgeschlagen, anstatt Verteidigungspolitik den umfassenden Begriff Sicherheitspolitik zu gebrauchen. Zu ihr sollten außer der eigentlichen Verteidigungspolitik auch die Bündnis- und Entspannungspolitik sowie die Deutschlandpolitik, soweit diese durch militärische Maßnahmen beeinflusst wurde, gehören. Dies geht aus einem Brief des bayerischen FDP-Landesausschusses für Sicherheits- und Verteidigungsfragen an Dehler vom 9.5.1967 hervor, S. 1-4, hier S. 1-2: ADL, Nachlass Thomas Dehler, Ordner N1-308.

der deutschen Wiedervereinigung keine Hindernisse in den Weg legen dürfe, sie müsse umgekehrt der Wiedervereinigung jede denkbare Entwicklung offen halten.<sup>866</sup>

Der Christdemokrat Karl Carstens hatte bereits am 18. November 1966, damals noch in seiner Funktion als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in einer schriftlichen Stellungnahme zu der Forderung der SPD, auf atomaren Mitbesitz zu verzichten, erläutert: *„Wenn wir auf jede Form des atomaren Mitbesitzes verzichten, treten wir in der internationalen Machtkonstellation weit zurück, nicht nur hinter die USA und die Sowjetunion, auch hinter England und Frankreich, ja auf lange Sicht vielleicht hinter sechs bis sieben weitere Staaten, die sich die nukleare Option offen halten werden. Durch den nuklearen Verzicht bringen wir - machtpolitisch gesehen - das Größte aller zu Diskussion stehenden Opfer.“*<sup>867</sup>

Auch die konservative Presse hielt der SPD entgegen, dass die CDU/CSU für die Bundesrepublik nicht die eigene Atomwaffe, sondern die Mitbeteiligung an den Entscheidungen über die Atomwaffen des NATO-Bündnisses verlange. Auf diese Mitbeteiligung könne die Bundesrepublik ebenso wenig verzichten wie auf die Möglichkeit, dass eines Tages ein vereinigtes Europa eine kollektive Atomwaffe besitze, wenigstens für den Fall, dass bis dahin die Atomwaffen in der übrigen Welt nicht abgeschafft worden seien, so das allgemeine Echo der konservativen Presse.<sup>868</sup> Durch dieses Presseecho irritiert stellte die SPD-Fraktion am 18. April 1967 eine Große Anfrage an die Bundesregierung, in der gefragt wurde, ob denn die Bundesregierung noch bereit sei, die in Kiesingers Regierungserklärung enthaltene Feststellung, wonach sie weder Verfügungsgewalt über Atomwaffen noch Besitz an Atomwaffen anstrebe, einzuhalten.<sup>869</sup> Schmidt hatte am 13. April in einem Brief an Barzel erklärt, es komme der SPD-Fraktion vornehmlich darauf an, dass durch die Große Anfrage der Bundesregierung Gelegenheit gegeben werde, ihre eigenen Positionen klarzustellen.<sup>870</sup> Barzel betonte am 18. April in einem Brief an Kiesinger, es sei nun sehr wichtig, dass die Koalition in den weiteren Schritten zusammenstehe.<sup>871</sup> Die Atomwaffensperrvertragsdiskussion inner-

---

<sup>866</sup>: Schultz, Fritz-Rudolf, Statt drum herumreden - Farbe bekennen. In: "Freie Demokratische Korrespondenz" vom 26.1.1967, S. 1-8, hier S. 1. Liegt vor bei: ADL, Sammelband der FDP-Zeitung "Freie Demokratische Korrespondenz" des Jahres 1967.

<sup>867</sup>: Carstens' Stellungnahme 18.11.1966, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Gerhard Schröder, Ordner I-483-020/1. Siehe dazu auch: Carstens, Karl, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsgg. von Kai Jena und Reinhard Schmoeckel, (Schriften des Bundesarchivs: Band 44), Boppard am Rhein 1993, S. 341-345.

<sup>868</sup>: Zum Beispiel: Mehnert, Klaus, Die groteske Atom-Diskussion. In: "Christ und Welt" vom 9.12.1966, S. 8-9.

<sup>869</sup>: Kopie der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vom 18.4.1967: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 195.

<sup>870</sup>: Schmidt an Barzel 13.4.1967: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Mappe 5079.

<sup>871</sup>: Barzel an Kiesinger 18.4.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-360.

halb der Koalition entwickelte sich zunehmend zu einer Belastungsprobe für die Koalitionspartner.

Der Atomwaffensperrvertrag wurde von der Mehrheit der CDU/CSU im Gegensatz zur SPD strikt abgelehnt. Adenauer bekämpfte den Vertrag noch in seiner letzten großen Rede am 16. Februar 1967 in Madrid.<sup>872</sup> Er erklärte, dass Sowjetrussland über das gesamte atomare Gebiet in Deutschland die Kontrolle erhalten wolle, weil es damit die Herstellung von atomarer Kraft in der Bundesrepublik überwachen könnte und damit bei der rapiden Steigerung der Verwertung von Atomkraft im wirtschaftlichen Leben auch die deutsche Wirtschaft. Die Deutschen würden dadurch in wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten, und nicht nur die Deutschen, sondern ganze Teile von Westeuropa. Das würde das Ende eines freien geeinten Europas sein, warnte Adenauer.<sup>873</sup> Warum sollten die USA auf das Verlangen der Sowjetunion, alle nicht-nuklearen Mächte durch die Sowjetunion zu kontrollieren, eingehen? Warum stelle die Sowjetunion ein derartiges vollkommen unberechtigtes Verlangen, fragte der Altkanzler in seiner Rede in Madrid und antwortete selbst, als der dänische Ministerpräsident Krag im vergangenen Jahr im Kreml mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin die Frage des damals schon diskutierten Vertrags besprochen habe, habe Kossygin ihm unverblümt erklärt, dass ihn an diesem Vertrag nur die Unterschrift der Deutschen interessiere.<sup>874</sup> Adenauer attackierte am nächsten Tag auf einer Pressekonferenz in Madrid auch die USA. Der Altkanzler sagte, dass es den Anschein habe, als ob sich die Supermächte mehr oder wenig schon einig seien in der Frage des „*verteufelten*“ Atomwaffensperrvertrags.<sup>875</sup>

Die deutsche Diskussion um den Atomwaffensperrvertrag musste aber von neuen Voraussetzungen ausgehen. Die SPD, die FDP und nur ein kleiner Teil der CDU/CSU waren zur Unterzeichnung Ende der 1960er Jahre bereit. Während Brandt, Wehner<sup>876</sup> und die SPD den Vertrag unterzeichnen wollten, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt seien, sah sich Kiesinger mit einer strikten Ablehnung nicht nur aus der CDU,

---

<sup>872</sup>: Adenauers Rede ist unter anderem aufgezeichnet bei: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975, S. 484-491. / ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe I, Ordner 02.38: S. 1-23.

<sup>873</sup>: Adenauers Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 8: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-256/2.

<sup>874</sup>: Adenauers Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 8: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe M, Ordner 36/2.

<sup>875</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-14, hier S. 3 und 7: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe I, Ordner 02.38.

<sup>876</sup>: Wehner hatte am 26.8.1966 in einer SPD-Pressemitteilung erklärt, dass ein Atomwaffensperrvertrag das „*Fetischdenken*“ beseitigen würde, dem viele noch verhaftet seien, S. 1-10, hier S. 6: AdSD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 357.

sondern vor allem aus der CSU konfrontiert, wo von einem „*atomaren Jalta*“<sup>877</sup>, einem „*Versailles ... von kosmischen Ausmaßen*“ und von einer „*Vergewaltigung der atomaren Habenichtse*“<sup>878</sup> gesprochen wurde. Selbst die Junge Union lehnte eine deutsche Unterzeichnung des „*knebelnden*“ Atomwaffensperrvertrags strikt ab.<sup>879</sup>

Für den CSU-Vorsitzenden Strauß hatte der Atomwaffensperrvertrag Merkmale eines Unterwerfungsvertrags. Er traute dem Atomwaffensperrvertrag zu, in Deutschland einen zweiten „Versailles-Komplex“ und einen zweiten „Führer“ produzieren zu können.<sup>880</sup> Strauß wertete eine deutsche Unterzeichnung als endgültige Hinnahme der Zweitrangigkeit deutscher Staatlichkeit und auch als einen drastischen Einschnitt gegenüber der von Adenauer und ihm selbst als Atom- und Verteidigungsminister in den 1950er und frühen 1960er Jahren vertretenen Politik.<sup>881</sup> Strauß hielt eine Verteidigung der Bundesrepublik mit nur herkömmlichen Waffen für katastrophal. Eine Unterscheidung zwischen ausgedehntem konventionellen und nuklearem Krieg auf deutschem Territorium bezüglich der jeweiligen Vernichtungswirkung erachtete er als akademisch.<sup>882</sup> Strauß hatte am 6. Oktober 1966 in einer Ansprache im Maximilianeum in München erklärt, dass beide inzwischen atomaren Weltmächte sich bemüht zeigten, voneinander Garantien des Status quo zu erhalten, die sich möglichst weltweit erstrecken sollten, deren kritischster Punkt aber in Europa liege. Man könne das nicht klar genug sehen: Die Spaltung Europas einschließlich der staatlichen Teilung Deutschlands würden damit zur Bedingung für das Fortbestehen jenes Duopolismus gemacht, den beide Atomweltmächte zum Leitmotiv ihrer Politik gemacht hätten, wenn auch die Beweggründe für diese Politik bei beiden sehr verschieden seien, so der CSU-Vorsitzende.<sup>883</sup> Strauß forderte mehrmals die Europäer auf, sich allen Ansätzen sowjetisch-

---

<sup>877</sup>: Zitat Adenauer in einem Interview gegenüber der französischen Zeitung „Le Figaro“ am 10.2.1967. Text des Interviews, S. 1-9, hier S. 2: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe I, Ordner 02.38.

<sup>878</sup>: Zitate Strauß, nachzulesen bei: Merseburger, Peter, Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, München/Stuttgart 2002<sup>3</sup>, S. 537.

<sup>879</sup>: Resolution des Münchener Kreisverbandes der Jungen Union vom 1.3.1969: ACDP, Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen V. WP, Ordner 08-006-009/1.

<sup>880</sup>: Hepp, Marcel, Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt, Stuttgart 1968, S. 18 und 116. Hepp war seit 1956 der persönliche Referent von Strauß und ab 1967 auch stellvertretender Herausgeber der CSU-Zeitung „Bayernkurier“.

<sup>881</sup>: Siehe dazu: Thoß, Bruno, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952-1960, München 2006, S. 482-490.

<sup>882</sup>: Enders, Thomas, Franz Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, hrsgg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Koblenz 1984, S. 153.

<sup>883</sup>: Redemanuskript von Strauß, S. 1-18, hier S. 3: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Sammlung Kray, Ordner RA66(1)1709/KOFA.

amerikanischen Globalarrangements nach den Maßstäben von Jalta, die zu europäischen Lasten gingen, zu widersetzen.<sup>884</sup>

Strauß drohte am 15. Februar 1967 in einem Brief an Kiesinger, dass er sich mit allen Mitteln, die ihm als Politiker zur Verfügung stünden, gegen den Atomwaffensperrvertrag zur Wehr setzen werde. Deutschland würde mit dem Vertrag endgültig zum geteilten Objekt eines Superkartells der Weltmächte abgewertet werden. Eine deutsche Regierung, für die es noch den Begriff Nation und Geschichte gebe, könne und dürfe diesen Vertrag nicht unterzeichnen, meinte Strauß, wobei er noch hinzufügte, dass eine Regierung, die diesen Atomwaffensperrvertrag unterschreibe, das wesentlichste Recht der Souveränität aus Schwäche oder aus Blindheit hinsichtlich der Tragweite preisgebe. Strauß warnte mit allem Nachdruck vor den außen- und innenpolitischen Folgen und erklärte am Schluss seines Briefes: *„Aus Gründen der Ehrlichkeit sage ich im voraus, daß ich mich auf keinen Fall hier einem unter weiß Gott welchen Bedingungen zustande gekommenen Kabinettsbeschuß (‘Wir können ja doch nicht anders’) beugen würde.“*<sup>885</sup> Damit lies Strauß nicht den kleinsten Zweifel daran, dass der Atomwaffensperrvertrag von ihm strikt abgelehnt wurde.

Um diese Diskussion über die Wahrung der deutschen Interessen zu entschärfen, veröffentlichte das SPD-Präsidium am 17. Februar 1967 ein Kommuniqué, in dem es hieß, dass der Nichtverbreitungsvertrag keine vitalen deutschen Interessen verletzen dürfe, und wenn man ihm nach gewissenhafter Prüfung beitrete, werde er dies auch nicht tun. Das SPD-Präsidium bekräftigte in seinem Kommuniqué, dass man keinen Vertrag unterzeichnen werde, der den deutschen Interessen zuwiderlaufe, und es forderte die Sicherstellung der vollen Beteiligung der Bundesrepublik an der friedlichen Nutzung der Atomenergie auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft sowie die Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen. Gleichzeitig warnte das SPD-Präsidium davor, mit unsachlichen Argumenten eine übersteigerte Polemik gegen den Nichtverbreitungsvertrag zu führen, der noch nicht fertig sei, und der deshalb auch noch nicht vollständig bekannt sein könne.<sup>886</sup>

Kiesinger bemerkte am 20. Februar 1967 auf einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes, dass die Diskussion um den NV-Vertrag Nüchternheit erfordere.<sup>887</sup> Ade-

---

<sup>884</sup>: Bischoff, Detlev, Franz Josef Strauß. Die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1973, S. 184.

<sup>885</sup>: Strauß an Kiesinger 15.2.1967, S. 1-2, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00285.

<sup>886</sup>: Kommuniqué des SPD-Präsidiums 17.2.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP.

<sup>887</sup>: Zeitplan 1966-1969: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-320. Dieser umfangreiche Zeitplan listet detailliert die Termine von Kanzler Kiesinger auf.

nauer ließ nun am 27. Februar in einem Brief den Kanzler wissen, dass er sich sehr ernste Sorgen wegen der flauen Haltung mache, welche die Bundesregierung und Kiesinger gegenüber den USA und der Sowjetunion in dieser lebenswichtigen Frage einnehmen würden.<sup>888</sup> In seinem Brief hob Adenauer deutlich hervor, dass ihm das Recht der Kritik an den Reden Kiesingers und den Handlungen der Bundesregierung zustehe.<sup>889</sup> Kiesinger trat sofort am nächsten Tag Adenauers schweren Vorwürfen in einem Antwortbrief an Adenauer entgegen und wies den Altkanzler zurecht. Kiesinger unterstrich, dass man noch lange keine flauere Politik betreibe, wenn man eine maßvolle Sprache gebrauche. Auch er habe große Sorgen gegenüber dem NV-Vertrag und sei dazu entschlossen, die lebenswichtigen deutschen Interessen zu wahren, versprach Kiesinger.<sup>890</sup>

Dass Kiesinger durch die Kritiken von Strauß und Adenauer nicht unbeeindruckt blieb, zeigte seine eigene Bewertung des NV-Vertrags, die noch mehr Aufsehen hervorrief als die Statements von Strauß und Adenauer, und die in den USA Beunruhigung auslöste. Kiesinger kritisierte nämlich am 27. Februar 1967 in einer Rede vor dem Verein Union-Presse in Bonn die US-Regierung äußerst scharf und monierte, dass sich jenseits der westlichen Bündnissysteme eine Form des „*atomaren Komplizentums*“ zwischen Moskau und Washington herausgebildet habe. Natürlich wisse man, dass die amerikanische Politik in Europa ausschließlich amerikanische Interessen vertrete. Aufgabe sei es nun festzustellen, inwieweit die amerikanischen Interessen mit den deutschen und den europäischen übereinstimmen und inwieweit nicht oder nicht mehr.<sup>891</sup>

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war eine Situation entstanden, in der eine ernste Koalitionskrise nur noch mit Mühe verhindert werden konnte. Die SPD hielt nämlich an ihrer im November 1966 in den Koalitionsverhandlungen definierten und dann auch in der Großen Koalition vertretenen Position fest, dem Nichtverbreitungsvertrag zuzustimmen, wenn die Beteiligung der Bundesrepublik an der friedlichen Nutzung der Atomenergie weiterhin gewährleistet sei, und legitime Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik gewahrt würden. Brandt warnte am 14. Februar 1967 auf einer SPD-Fraktions-sitzung im Hinblick auf die CDU/CSU davor, die Diskussion über den geplanten, aber noch nicht endgültig ausformulierten Nichtverbreitungsvertrag zu überdrehen und sich

---

<sup>888</sup>: Adenauer an Kiesinger 27.2.1967, S. 1-3, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>889</sup>: Adenauer an Kiesinger 27.2.1967, S. 1-3, hier S. 1: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Akten-gruppe II, Mikrofilmsignatur 51.

<sup>890</sup>: Kiesinger an Adenauer 28.2.1967, S. 1-2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>891</sup>: Kiesingers Redemanuskript, S. 1-15, hier S. 9: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-00226.



auf ein stures Nein festzulegen. Aus seiner Sicht habe die Bundesrepublik ihre Außenpolitik unter dem Generalnenner der Friedenspolitik gestellt. Deshalb müsse sie den Nichtverbreitungsvertrag als einen Beitrag zur Entspannung und Friedenssicherung bewerten.<sup>892</sup> Beunruhigt schrieb Barzel nun am 26. April in einem Brief an Kiesinger, dass es in Sachen Atomwaffensperrvertrag einer klaren politischen Linie bedürfe.<sup>893</sup> Bahr bedauerte daraufhin am 21. Juni in einer schriftlichen Erklärung, dass sich bei der CDU/CSU offenbar unvermeidlich berechnete Sorgen und begründete Forderungen mit törichter Unwissenheit, wenn nicht Schlimmerem vermischt hätten. Zu Adenauers Behauptung, dass der Atomwaffensperrvertrag ein „*Morgenthau-Plan im Quadrat*“<sup>894</sup> sei, erwiderte Bahr, wenn der Vertrag, um den es gehe, eine Neuauflage des Morgenthau-Plans wäre, so wäre erstens die Bundesregierung klug genug, das selbst zu merken, und dann würde man zweitens über einen solchen Vertrag nicht eine Minute sprechen, geschweige denn so intensiv weltweit diskutieren.<sup>895</sup> Der SPD-Bundestagsabgeordnete Erhard Eppler wies im Hinblick auf die CDU/CSU darauf hin, dass es sehr peinlich wäre, wenn die Bundesrepublik eines Tages den Weg zur Unterzeichnung eines Sperrvertrags über einen Scherbenhaufen hinweg antreten müsste.<sup>896</sup>

Kiesinger befand sich als Kanzler einmal mehr in der brisanten Lage, zwischen den Parteilagern zu stehen. Persönlich vertrat er eine Haltung, die eine definitive Entscheidung der Bundesregierung möglichst lange hinausschieben sollte, wobei der Kanzler wohl drauf hoffte, dass der Nichtverbreitungsvertrag schließlich doch noch wegen der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den USA platzen würde. Aber diese Hoffnung war spätestens am 18. Januar 1968 zerstört, als diese beiden Mächte in Genf einen gemeinsamen Vertragsentwurf zur Nichtverbreitung von Atomwaffen vorlegten und damit demonstrierten, für wie wichtig sie diesen Vertrag erachteten. Der Entwurf enthielt unter anderem auch die Verpflichtung zu Maßnahmen für die Beendigung des nuklearen Wettrüstens. Brandt begrüßte diesen in Genf präsentierten Vertragsentwurf, prophezeite jedoch am 18. Januar auf einer SPD-Präsidiumssitzung im Hinblick auf die CDU/CSU, dass dieser Entwurf einige Probleme in der Großen Koalition hervorrufen werde.<sup>897</sup> Bahr schrieb am 22. Januar in einem Brief an Brandt, dass für ihn

---

<sup>892</sup>: SPD-Fraktionssitzung 14.2.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 53: S. 1-12, hier S. 2.

<sup>893</sup>: Barzel an Kiesinger 26.4.1967: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

<sup>894</sup>: Siehe zu dieser von Adenauer im Februar 1967 getätigten Äußerung einen Vermerk bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-406: S. 1-2, hier S. 1.

<sup>895</sup>: Bahrs Erklärung 21.6.1967, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 397, Mappe 1.

<sup>896</sup>: So Eppler in einem Grundsatzartikel im „Vorwärts“ vom 1.2.1968. Ähnlich drastisch äußerte sich auch Brandt am 31.1.1969 in einer SPD-Pressemitteilung, S. 1-6, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 394, Mappe 2.

<sup>897</sup>: SPD-Präsidiumssitzung 18.1.1968: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP: S. 1-4, hier S. 1.

nicht alle Vorstellungen im vorliegenden NV-Vertragsentwurf erfüllt seien, aber das sei auch vorauszusehen gewesen. Die lebenswichtigen Interessen der Bundesrepublik seien jedoch im Wesentlichen gedeckt.<sup>898</sup>

Brandt hatte diese lebenswichtigen Interessen der Bundesrepublik erstmals am 12. April 1967 in einer Rede vor dem Foreign Affairs Club in London aufgeführt: Anteil an den Ergebnissen der Atomrüstung für zivile Produktion, nukleare Abrüstung, den vertraglichen Ausschluss nuklearer Erpressung und die Offenhaltung eines künftigen westeuropäischen Antiraketenverteidigungssystems.<sup>899</sup> Hinter dieser Offenhaltung stand die Besorgnis, dass das Atomwaffenmonopol der beiden Weltmächte die Teilung Europas in zwei Machtblöcke zementieren und der europäischen Einigung ebenso die Grundlage entziehen könnte wie der Lösung der deutschen Frage.<sup>900</sup>

Barzel hatte am 15. Januar 1968 in einem Brief an Kiesinger gewarnt, dass sich in der CDU/CSU-Fraktion anders als in der SPD der Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag versteife.<sup>901</sup> Der am 18. Januar von der Sowjetunion und den USA in Genf präsentierte NV-Vertragsentwurf spitzte die angeheizte Situation in der Großen Koalition nochmals zu. In einer CSU-Pressemitteilung vom 22. Januar hieß es, dass der CSU-Landesgruppenvorstand den NV-Vertragsentwurf in der aktuellen Fassung für nicht annehmbar halte. Ausschlaggebend für das negative Votum seien neben den deutschen Sicherheitsinteressen, die gefährlichen Auswirkungen auf die deutsche und europäische Energiepolitik sowie das Vetorecht der Atommächte.<sup>902</sup> Angesichts der internen Diskussionen in der CDU/CSU erklärte Kiesinger am 23. Januar in einer Rede vor der Generalversammlung des Vereins Union-Presse in Bonn, dass man noch nicht sagen könne, ob man diesen in Genf vorgestellten NV-Vertragsentwurf nun akzeptiere. Es bedürfe noch weiterer Konsultationen.<sup>903</sup> In seinem Bericht zur Lage der Nation betonte Kiesinger am 18. März im Bundestag, dass ein Nichtverbreitungsvertrag zwar die Spannungen in der Welt vermindern könne, aber auch den Interessen derer, die ihn unterzeichnen sollen, gerecht werden müsse.<sup>904</sup> Die Bemühungen der Bundesregierung

<sup>898</sup>: Bahr an Brandt 22.1.1968, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>899</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-7, hier S. 6-7: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 251. Siehe zu diesen Kriterien auch Brandts Ausführung "Sozialdemokratische Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1969", S. 1-13. Liegt vor bei: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 9.

<sup>900</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 17.6.1967: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 7. Siehe dazu auch: Kohler, Beate, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Bonn 1970.

<sup>901</sup>: Barzel an Kiesinger 15.1.1968: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-273.

<sup>902</sup>: CSU-Pressemitteilung 22.1.1968: ACSP, Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung V. WP, Ordner 4/1.

<sup>903</sup>: Abdruck von Kiesingers Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 99-106, hier S. 104.

<sup>904</sup>: Kiesingers Redemanuskript, S. 1-11, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

um weitere Verbesserungen des NV-Vertrags gingen indes weiter, wobei sich Kiesinger am 15. März auf einer CDU-Präsidiumssitzung darüber beschwert hatte, dass die anderen europäischen Staaten diese Bemühungen der Bundesregierung zu wenig unterstützten.<sup>905</sup>

Vor allem für die friedliche Nutzung der Kernenergie durch Wirtschaft und Forschung und für die technische Entwicklung der Bundesrepublik seien ernste Konsequenzen bei einer deutschen Unterzeichnung des NV-Vertrags zu erwarten, warnte Strauß Ende Mai 1968.<sup>906</sup> Doch eigentlich hatte die Bundesregierung und damit auch Strauß die beruhigende Erklärung des amerikanischen Botschafters Goldberg vor den Vereinten Nationen am 15. Mai zur Kenntnis nehmen können, dass die Besorgnis unbegründet sei, dieser Vertrag würde Nichtkernwaffenstaaten Verbote oder Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten auf dem Gebiet der Kernwissenschaft und -technik auferlegen. Des Weiteren fordere dieser Vertrag von keinem Staat, einen Status technologischer Abhängigkeit hinzunehmen oder von Entwicklungen in der Kernforschung ausgeschlossen zu sein, hatte Goldberg betont.<sup>907</sup>

Nachteile für die friedliche Nutzung der Kernenergie würden allerdings dann entstehen, wenn die Bundesrepublik dem Sperrvertrag nicht beitrete, stellte Rudolf Schulz in seiner zeitgenössischen Analyse fest. Da die Bundesrepublik nur über geringe eigene Uranbestände verfüge, sei sie auf langfristige Lieferverträge mit den USA und anderen Ländern zur Sicherung der Uranversorgung angewiesen. Würde die Bundesrepublik dem NV-Vertrag nicht beitreten, dann müssten diese Länder als Unterzeichner des Vertrags die Ausfuhr von Reaktorbrennstoffen einstellen und die bestehenden Lieferverträge stoppen, so Schulz.<sup>908</sup>

Nach der Präsentation des Atomwaffensperrvertragsentwurfs durch die Sowjetunion und die USA im Januar 1968 in Genf musste die Bundesregierung eine Entscheidung über eine deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag zwingend treffen. In den ersten Monaten des Jahres 1968 wurde jedoch immer deutlicher, dass zwischen den Koalitionsparteien keine gemeinsame Entscheidung in der Vertragsfrage zu erreichen

---

<sup>905</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 15.3.1968: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-4, hier S. 3.

<sup>906</sup>: Vermerk zu dieser von Strauß Ende Mai 1968 getätigten Äußerung, S. 1-4, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-406.

<sup>907</sup>: Brandts Kabinettsvorlage "NV Juni 1969: Deutsche Interpretation des NV-Vertrags zur Sicherung des friedlichen Bereichs und des Verifikationsabkommens", S. 1-7, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>908</sup>: Schulz, Rudolf, Was steckt hinter dem Atomwaffensperrvertrag? In: Kampagne für Abrüstung / Ostermarsch der Atomwaffengegener (Hrsg.), Beiträge zu Problemen der Friedenssicherung, Offenbach 1967, S. 1-16, hier S. 4. Liegt vor bei: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3711, Mappe 1.

war.<sup>909</sup> Vielmehr verhärteten sich die Fronten zwischen den Befürwortern und den Gegnern, wie am Verlauf der internen Debatten und öffentlichen Stellungnahmen der Koalitionspolitiker abzulesen ist. Im Zentrum dieses Prozesses stand das Misstrauen gegen die plötzliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA, aber auch Fragen, die mit der supranationalen Vernetzung der Bundesrepublik in der NATO einhergingen. Hinzu kamen zahlreiche Komplikationen, die sich aus dem Nuklearwaffenverbreitungsverbot, den Sicherheitsgarantien, der UNO-Feindstaatenklausel, der zivilen Forschung und Nutzung der Kernenergie sowie der Befürchtung, dass die Sowjetunion nach einer deutschen Vertragsunterzeichnung die Rolle eines „*Schiedsrichters*“<sup>910</sup> einnehmen könnte, ergaben. Besonders Strauß war in diesen Diskussionen eine treibende Kraft gegen den Atomwaffensperrvertrag.<sup>911</sup> Der Physiker Professor Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker hatte den Kern dieser Debatten folgendermaßen umschrieben: *„Wenn ich über das Ganze eine sehr allgemeine Überschrift setzen darf, dann würde ich sagen, all das, was wir hier besprechen, ist ja nur ein Teil des großen Problems, wie man die technische Welt stabilisieren soll. Diese Welt, in der wir leben, in der unsere Kinder leben werden, ist eine wissenschaftlich-technische Welt. Sie ist bestimmt durch den ständigen Fortschritt von Wissenschaft und Technik.“*<sup>912</sup>

Brandt führte am 6. Juni 1968 in einem Brief an Kiesinger aus, dass die Bundesregierung in ihrer Ostpolitik nicht erlahmen dürfe. Das Thema europäische Sicherheit gewinne dabei an zunehmender Bedeutung. Es habe positive und negative Aspekte für die Interessen der Bundesrepublik. Die Bundesregierung brauche dazu eine Politik, die ihre Interessen in die allgemeinen Bemühungen zur Entspannung zwischen Ost und West einordne und sie befähige, eigene Vorschläge auch auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu machen, schrieb Brandt.<sup>913</sup> Etwas später hatten diese Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West konkrete Konturen angenommen.

Am 1. Juli 1968 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und eine Reihe weiterer Staaten den Atomwaffensperrvertrag, der die meisten von der deutschen Seite eingebrachten Vorschläge und Anregungen berücksichtigte, zum Beispiel die friedliche Nutzung der Kernenergie oder das Bekenntnis zur internationalen nuklearen

<sup>909</sup>: Sehr plastisch aus der Perspektive eines handelnden Akteurs schildert Bahr diesen schwierigen Entscheidungsfindungsprozess: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 202-208.

<sup>910</sup>: Zitat des CDU-Bundestagsabgeordneten Kurt Birrenbach auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft Für Auswärtige Politik am 30.1.1967 in Bonn. Tagungsprotokoll, S. 1-17, hier S. 10: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 98.

<sup>911</sup>: Hepp, Marcel, *Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt*, Stuttgart 1968, S. 117.

<sup>912</sup>: Aufzeichnung eines von Freiherr von Weizsäcker vorgetragenen Referates zum Thema Atomwaffensperrvertrag auf einer am 21.2.1967 gemeinsam abgehaltenen Sitzung der CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreise V und VI, S. 1-12, hier S. 2: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe M, Ordner 36/2.

<sup>913</sup>: Brandt an Kiesinger 6.6.1968, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

Abrüstung.<sup>914</sup> „In dem Wunsch, die internationale Entspannung zu fördern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken, wird die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, die Auflösung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel aus den nationalen Waffenbeständen auf Grund eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtert“, so eine zentrale Passage des Vertrags.<sup>915</sup> Brandt war mit diesem Vertrag sehr zufrieden. Der SPD-Fraktionsarbeitskreis für Außenpolitik und gesamtdeutsche Fragen konstatierte ebenfalls, dass der wesentliche Faktor für eine deutsche Unterschrift unter dem NV-Vertrag ausdrücklich gegeben sei.<sup>916</sup>

Nach einem Gespräch mit Brandt berichtete Kiesinger am 21. Juni 1968 auf einer CDU-Vorstandssitzung, dass die SPD-Fraktion offenbar fest zu einer Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag entschlossen sei.<sup>917</sup> Trotzdem verschob Kiesinger, obwohl auch der amerikanische Außenminister zunehmend auf die deutsche Unterzeichnung des Vertrags drängte<sup>918</sup>, die weitere Diskussion auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause. Barzel schrieb am 15. August in einem Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion, dass der Kanzler es für dringend halte, das Parlament unverzüglich nach Beendigung der parlamentarischen Arbeitspause über Entwicklungen zu unterrichten, die inzwischen eingetreten seien. Dabei wolle der Kanzler den Rahmen und die Ziele der Koalitionsarbeit für den Rest der Legislaturperiode abstecken. Durch die anschließende Debatte sollten die Einmütigkeit der Koalition und ihr Wille, die verabredeten Vorhaben auch zu realisieren, deutlich werden. Es sei nicht beabsichtigt, etwa durch diese Debatte eine Entscheidung zum NV-Vertrag herbeizuführen, erläuterte

---

<sup>914</sup>: Der Atomwaffensperrvertrag liegt unter anderem in abgedruckter Form vor bei: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 397, Mappe 1: S. 1-4. Siehe dazu auch Brandts am 31.1.1969 vom SPD-Pressedienst veröffentlichten Erläuterungen mit dem Titel „Sperrvertrag und Gleichberechtigung“, S. 1-6: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 394, Mappe 2.

Der 1968 geschlossene Vertrag zur Nichtverbreitung von Atomwaffen (Non-Proliferation-Treaty / NPT) ist der bedeutendste internationale Vertrag zur Kontrolle von Nuklearwaffen. Er trat 1970 in Kraft und verbietet den Handel und die Weitergabe von Atomwaffen und atomwaffenfähigem Material. Nach Artikel 3 des Vertrags soll die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) sicherstellen, dass die Nichtkernwaffenstaaten kein spaltbares Material zum Bau von Atombomben abzuweigen oder aus anderen Staaten erhalten. Artikel 6 verpflichtet die Vertragsunterzeichner, schnellstmöglichst Verhandlungen über den Stop des atomaren Wettrüstens und die nukleare Abrüstung einzuleiten sowie ein Abkommen über die allgemeine und vollständige Abrüstung abzuschließen. Siehe dazu: <http://www.iaea.org/> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 15:00 Uhr] und [http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infocircs/Others/infocirc\\_140.pdf](http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infocircs/Others/infocirc_140.pdf) [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 15:10 Uhr]

<sup>915</sup>: Kopie des NV-Vertrags, S. 1-15, hier S. 4: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 395.

<sup>916</sup>: Vermerk vom 29.1.1969, S. 1-3, hier S. 2: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5085.

<sup>917</sup>: CDU-Vorstandssitzung 21.6.1968: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 19, 21.6.1968. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 926-999, hier S. 976.

<sup>918</sup>: Darauf wies Brandt am 21.11.1968 in einem Brief an Kiesinger hin: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

Barzel.<sup>919</sup> Eine einvernehmliche Entscheidung der Großen Koalition zum Atomwaffensperrvertrag herbeizuführen, sollte sich als nahezu unmöglich darstellen.<sup>920</sup> Der Atomwaffensperrvertrag drohte immer mehr zu einer schweren Belastungsprobe für die Koalitionsparteien und für eine gemeinsame Entspannungspolitik zu werden.

### **3.4.2. Der Entscheidungsprozess beim Atomwaffensperrvertrag: Unüberbrückbare Positionen in der Entspannungspolitik**

*„Wenn sich dann bei diesen Bemühungen zeigen sollte, daß man nicht zu einer gemeinsamen Lösung kommen kann, dann stehen wir vor der politischen Frage: Wollen wir trotz der Meinungsverschiedenheit in diesem Punkt zusammenbleiben, es also auf eine Mehrheitsentscheidung in der Regierung und im Bundestag ankommen lassen, oder können wir trotzdem die Koalition fortsetzen.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>921</sup>

Das FDP-Präsidium forderte am 5. August 1968 in einer FDP-Pressemitteilung die Bundesregierung nachdrücklich auf, bis zum Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit nach der Sommerpause eine Entscheidung in der Frage des Atomwaffensperrvertrags zu treffen. Eine Verzögerung würde für die Verhandlungsposition der Bundesregierung keinerlei Vorteile erbringen, meinte das FDP-Präsidium. Es betonte außerdem, es müsse klar gestellt werden, dass die deutschen Sorgen auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technik und der Wirtschaft, keinesfalls aber auf militärischem Gebiet lägen.<sup>922</sup> Diese Vorstellungen standen im Einklang mit den Überlegungen der SPD. Die SPD rückte in den Debatten immer wieder abrüstungs- und entspannungspolitische Aspekte in den Vordergrund, die eindeutig für eine Unterzeichnung des NV-Vertrags sprachen. Brandt hatte richtig erkannt, dass eine deutsche Nichtunterzeichnung des NV-Vertrags weder den Verbündeten gegenüber noch im Verhältnis zum Osten durchgehalten werden konnte. Er hatte am 29. November 1967 in einer Rede auf einer Kabinettsitzung erklärt, dass eine Nichtunterzeichnung des NV-Vertrags die Bundesre-

<sup>919</sup>: Brief Barzel 15.8.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-6.

<sup>920</sup>: Siehe dazu auch: Fitschen, Patrick, Zwischen Junktimpolitik und Verzögerungspolitik. Das Auswärtige Amt und die Verhandlungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, (Kieler Studien zur Sicherheitspolitik), Kiel 2003.

<sup>921</sup>: Zitat Kiesinger bezüglich des Atomwaffensperrvertrags auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung am 26.3.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1016/1: S. 1-32, hier S. 11.

<sup>922</sup>: FDP-Pressemitteilung 5.8.1968: ADL, Unterlagen des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 179.

publik isolieren, den amerikanischen Schutz gefährden und eine Verbesserung der Beziehungen zum Osten für lange Zeit unmöglich machen würde. Die Bundesrepublik würde sich aus allen Entspannungsbemühungen ausschließen, hatte Brandt gewarnt.<sup>923</sup> Es war offensichtlich, die Zeit war „*abgelaufen*“<sup>924</sup>, in der die Bundesrepublik in der Entspannungs- und Ostpolitik passiv bleiben konnte.

Das FDP-Präsidium drängte Anfang August 1968 darauf, deutsche Zweifel am Atomwaffensperrvertrag bis September klären zu lassen, hielt aber Außenminister Brandt nicht für diesen Vertrag zuständig. Das FDP-Präsidium forderte die Bundesregierung auf, das zuständige Kabinettsmitglied zu den erforderlichen Verhandlungen nach Washington zu entsenden. Ein FDP-Sprecher erklärte, dass damit Bundesforschungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) gemeint sei. Das Auswärtige Amt entgegnete jedoch, dass es für alle Fragen des Kernwaffensperrvertrags zuständig sei.<sup>925</sup> In der Tat, in den Fragen zum Atomwaffensperrvertrag vermischten sich außen- und besonders entspannungspolitische Elemente, die für die Bundesrepublik von zentraler Bedeutung waren.

Seine Befürwortung für eine deutsche Unterzeichnung des NV-Vertrags hatte Brandt am 15. Juli 1968 in einem Brief an Kiesinger begründet, der Brandts positive Haltung zu dem Atomwaffensperrvertrag reflektierte und zugleich den weiteren Bestand der Koalition in Frage stellte, falls die Unionsparteien weiterhin durch Verzögerung oder Verweigerung der Unterzeichnung die Fortführung der deutschen Entspannungspolitik gefährdeten und unglaubwürdig machten. Brandt schrieb dem Kanzler, dass nun die Glaubwürdigkeit der deutschen Entspannungspolitik auf dem Spiel stehe, weil jede weitere Vertagung einer Zustimmung das latente Misstrauen gegen die Bundesrepublik sowohl bei ihren östlichen Nachbarn als auch bei manchen einflussreichen Kreisen im Westen verstärke. Dazu trügen die widersprüchlichen Aussagen von Politikern der Großen Koalition und auch von Mitgliedern der Bundesregierung bei. Jede Woche, um die die Bundesregierung die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags ohne Not verzögere, führe zu nachteiligen Dauerwirkungen und liefere den Gegnern der Bundesrepublik einen billigen Vorwand für ihre Propaganda. Die Argumente, die gegen eine

<sup>923</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 395, Mappe 1.

<sup>924</sup>: Zitat Wehner in seinem Aufsatz mit dem Titel „*Perspektiven*“ vom 1.12.1968, S. 1-10, hier S. 10: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>925</sup>: „*Saarbrücker Zeitung*“ vom 6.8.1968: ADL, Unterlagen des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 179.

Zustimmung ins Feld geführt würden, seien nicht überzeugend. Er rechne mit einer Unterzeichnung des Vertrags durch die Mehrzahl der Teilnehmer der bevorstehenden Genfer Konferenz der Nichtnuklearstaaten, und er befürchte eine internationale Isolierung der Bundesrepublik im Falle einer Unterschriftenverweigerung, so Brandt. Da davon auszugehen sei, dass auch die anderen EWG-Mitglieder den Vertrag billigen würden, spreche objektiv viel dafür, in der Bundesrepublik noch im Sommer die Voraussetzungen für die Unterschrift zu schaffen, selbst wenn dies nicht einfach sei. Gegen eine Vertagung der Entscheidung weit in den Herbst hinein habe er größte Bedenken, schrieb Brandt. Diese Haltung würde wie ein - für die Bundesregierung gefährliches - Misstrauensvotum gegen die jetzige US-Administration wirken. Außerdem würde die Entscheidung dann in den Sog des eigenen Wahlkampfes kommen. Warnend fügte Brandt an, dass dies die Große Koalition zu einem Zeitpunkt zerbrechen lassen könnte, wo sie noch wichtige Aufgaben zu erfüllen habe. Jede Verzögerung würde Druck von Ost und West auf die Bundesrepublik auslösen. Dies würde dann sicherlich die nationalistische Propaganda dazu bewegen, den Parteien der Großen Koalition Erfüllungspolitik und Verrat nationaler Interessen vorzuwerfen. Hingegen würden Ostberlin und Moskau ein bedeutendes Propagandainstrument aus der Hand verlieren, wenn Bonn dem Vertrag beitrete. Das Ratifizierungsverfahren durch den Bundestag könnte man nach der Unterschrift durch die Bundesregierung in Ruhe vornehmen und erst nach der Bundestagswahl im September 1969 zum Abschluss bringen, schlug Brandt in seinem Brief an Kiesinger vor.<sup>926</sup> Brandt berücksichtigte hiermit auch einen Vorschlag von Bahr, der am 25. April 1968 in einem Positionspapier dazu geraten hatte, die Unterzeichnung des NV-Vertrags im Herbst vorzunehmen, denn damit würde 1969 ein NV-freies Jahr werden, und die Ratifizierung müsste erst den nächsten Bundestag beschäftigen. Dadurch würde die Bundesregierung die Gefahr der Isolierung vermeiden und für ihre Ostpolitik Spielraum statt Selbstblockierung erreichen.<sup>927</sup>

Für die SPD wie auch für die FDP konnten Fragen, die noch offen standen, in der Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung des NV-Vertrages geklärt werden.<sup>928</sup> Die Arbeitsgruppe "Innenpolitische Grundfragen", die dem Bundesministerium des Innern, das von dem Christdemokraten Ernst Benda geleitet wurde, angegliedert war, kam in

---

<sup>926</sup>: Brandt an Kiesinger 15.7.1968, S. 1-5: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>927</sup>: Bahrs Positionspapier 25.4.1968, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 341, Mappe 909.

<sup>928</sup>: Ein von der Arbeitsgruppe "Innenpolitische Grundfragen" am 28.5.1969 fertig gestellter Bericht für den Staatssekretär des Bundesinnenministeriums. Betreff des Berichts ist die Haltung der Bundestagsfraktionen zu dem NV-Vertrag. Für die Position der FDP-Fraktion bezieht sich die Arbeitsgruppe auf die FDP-Zeitung "Freie Demokratische Korrespondenz" vom 24.2.1967 und 18.3.1969, S. 1-3, hier S. 3: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.



ihrer am 16. April 1969 fertig gestellten Analyse bezüglich des NV-Vertrags zu dem Ergebnis, dass bei der SPD das Drängen auf eine Unterzeichnung des NV-Vertrags vor der weiteren Abklärung offener Vorfragen auch daher gewisse Energien erhalten haben könnte, dass sie die Handlungsfreiheit der eigenen Partei nach der nächsten Bundestagswahl eingeengt sehe, wenn der Vertrag bis dahin noch nicht unterzeichnet sei (Koalition SPD/FDP gegen eine starke CDU/CSU-Opposition). In der CDU/CSU fürchte man demgegenüber einen erheblichen Stimmenverlust an die NPD, wenn der NV-Vertrag vor den Wahlen unterzeichnet werden würde, so das Ergebnis der Analyse.<sup>929</sup>

Brandts Brief vom 15. Juli 1968 an Kiesinger hatte diesen nicht zu einer Korrektur seiner Position bewegen können. Der Kanzler war, auch mit Blick auf die Widerstände in der CDU/CSU, nach wie vor entschlossen, die Entscheidung zu verzögern und den NV-Vertrag keinesfalls während des Sommers im Kabinett zur Abstimmung zu stellen. Brandt drängte Kiesinger am 10. August in einem Brief, den er in seinem norwegischen Urlaubsort Hamar handschriftlich verfasste hatte, erneut dazu, dass im Kabinett wenigstens eine Vorklärung vorgenommen werde. Hierbei sollte die grundsätzlich positive Haltung der Bundesregierung bestätigt werden, die diese bereits im April 1967 vor dem Bundestag eingenommen habe.<sup>930</sup> Ferner sollte, so Brandt, das Kabinett diejenigen Teile des NV-Vertrags akzeptieren, an denen es nichts mehr auszusetzen habe. Schließlich könnte man die Punkte zusammenstellen, zu denen der Bundesregierung an einer über den Vertragstext hinausreichenden Klärung gelegen sei. Der Außenminister fügte hinzu, dass man mit einer derartigen Vorklärung zur Not auf der für Anfang September in Genf terminierten Tagung der Nichtnuklearstaaten bestehen könnte, aber ohne sie halte er eine Teilnahme an dieser Konferenz nicht für ratsam. Brandt beendete seinen Brief an Kiesinger mit der Hoffnung, dass Kiesinger seinen Erwägungen zustimmen könne.<sup>931</sup>

Der Kanzler konnte Brandt nicht zustimmen. Kiesinger bemerkte am 17. August 1968 in seinem Antwortbrief an Brandt, dass die von Brandt gewünschte Vorklärung im Kabinett zu einer Art Vorentscheidung führen würde, die er aus innen- wie außenpolitischen Gründen noch nicht für möglich halte. In der Kabinettsitzung in der letzten Augustwoche könnte allenfalls die allgemeine grundsätzliche Haltung der Bundes-

<sup>929</sup>: Analyse der Arbeitsgruppe 16.4.1969, S. 1-11, hier S. 10: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>930</sup>: Am 27.4.1967 hatte die erste große Aussprache zum NV-Vertrag im Bundestag stattgefunden: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 64: Stenographische Berichte der 103.-120. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 4917-5007, hier S. 4946-4976.

<sup>931</sup>: Brandt an Kiesinger 10.8.1968, S. 1-3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

regierung zum Nichtverbreitungsvertrag erneut bekräftigt werden.<sup>932</sup> Die damit offenkundig unüberbrückbar gewordenen Positionen zwischen Kiesinger und Brandt hätten eigentlich in einer kaum mehr zu bewältigenden Koalitionskrise münden müssen, weil der Kanzler und der Außenminister zu diesem Zeitpunkt keine Kompromisslösung mehr anpeilten, und ihr politischer Bewegungsspielraum begrenzt war. Die CDU/CSU-Fraktion, in der Kanzler Kiesingers zwischen den Positionen der CDU/CSU und der SPD vermittelnde Regierungsführung ohnedies unbeliebt war, hatte die Richtlinienkompetenz des Kanzlers stark eingeengt. Brandt durfte sich als Außenminister und als SPD-Vorsitzender keinem weiteren persönlichen Imageverlust mehr aussetzen, nachdem seine innerparteiliche Reputation nach der brisanten Landtagswahlniederlage der SPD in Baden-Württemberg im Frühsommer 1968 gesunken war. Ausgerechnet die Sowjetunion bewahrte die Bundesrepublik jedoch vor einer Regierungskrise und ermöglichte den Weiterbestand der Großen Koalition. Denn der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen unter Führung der Sowjetunion in Prag fand wenige Tage nach dem Briefwechsel zwischen Brandt und Kiesinger und wenige Tage vor der für den 27. August geplanten und nun erst mal hinfälligen Kabinettsitzung zum NV-Vertrag statt. Die sowjetische Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August hatte im Hinblick auf den NV-Vertrag zu einer Unterbrechung der „*Unterzeichnungswelle*“ und zu einer „*Denkpause*“<sup>933</sup> geführt.

Die Niederschlagung des Prager Frühlings bestärkte die Gegner des Atomwaffensperrvertrags in ihrer ablehnenden Haltung und schwächte die Position seiner Befürworter. Am 22. August 1968 teilte Barzel Bahr telefonisch mit, dass er den Eindruck habe, das Auswärtige Amt dränge auf eine vorschnelle Entscheidung in der Atomwaffensperrvertragsfrage. Dies würde jedoch nach der Besetzung der Tschechoslowakei auf Schwierigkeiten stoßen.<sup>934</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsvorstand hielt einen Tag später in einer schriftlichen Erklärung fest, dass nun erst mal das freie Europa zusammenstehen und der Atomwaffensperrvertrag warten müsse.<sup>935</sup> Barzel führte am 26. September im Bundestag aus, die gegenwärtige Realität in Europa erscheine sehr wenig geeignet für ein Eingehen auf den NV-Vertrag. Auch Schmidt sagte in dieser Debatte, dass man mit

---

<sup>932</sup>: Kiesinger an Brandt 17.8.1968, S. 1-2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

<sup>933</sup>: Zitate aus Brandts Kabinettsvorlage „NV Juni 1969: Geschichte des NV-Vertrags unter dem besonderen Gesichtspunkt der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland“, S. 1-6, hier S. 5: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>934</sup>: Vermerk von Bahr: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 160.

<sup>935</sup>: Die Erklärung des CDU/CSU/Fraktionsvorstandes 23.8.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 389.

einer brutalen Macht wie der Sowjetunion keine Verträge abschließen könne.<sup>936</sup> Auf der 14. Jahresversammlung der Atlantic Treaty Association am 14. Oktober in Lissabon erklärte der Leiter der deutschen Delegation, Richard Jaeger, dass der jetzige Augenblick völlig ungeeignet sei zur Unterzeichnung des Vertrags.<sup>937</sup> Strauß ließ Kiesinger gar in „*kategorischer Form*“ wissen, man könne nun über vieles reden, nur nicht über den Nichtverbreitungsvertrag.<sup>938</sup> Jaeger ergänzte am 3. Januar 1969 in einer Rede in Berlin, dass man nach dem furchtbaren Unrecht in der Tschechoslowakei nicht einfach wieder zur Tagesordnung übergehen könne.<sup>939</sup>

Auf Grund der Krise in der Tschechoslowakei verschob sich die Kabinettsbesprechung zum Thema NV-Vertrag zunächst. Für Brandt bedeutete eine deutsche Unterzeichnung jedoch weiterhin vor allem eine günstige Ausgangslage für die Fortsetzung der deutschen Entspannungs- und Ostpolitik. Die voraussichtlichen Folgen der deutschen Nichtunterzeichnung wären, so Brandt, eine Beeinträchtigung der deutschen Entspannungs- und Ostpolitik und eine Vermehrung der Zweifel in Ost und West an der Glaubwürdigkeit der deutschen Nichtverbreitungspolitik.<sup>940</sup> Die Verschiebung der Kabinettsbesprechung kam Kanzler Kiesinger jedoch sicherlich gelegen, denn von ihm war in der Frage des NV-Vertrags keine klare Entscheidung zu bekommen.<sup>941</sup> Kiesingers Zögern rief bei der SPD Unmut hervor. Ahlers schrieb am 30. Dezember 1968 in einem Brief an den Kanzler zum Thema NV-Vertrag, welche Entscheidungen auch immer in der Sache getroffen werden würden, wichtig sei, dass diese schnell getroffen würden.<sup>942</sup>

Seit der gewaltsamen Intervention von Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung in der Tschechoslowakei war die CDU/CSU jedoch darüber besorgt, dass sich die Sowjetunion auch für die Bundesrepublik ein solches Interventionsrecht vorbehalte, und die Bundesrepublik durch die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags diesen Interventionsvorbehalt anerkenne. Denn die Sowjetunion behauptete,

---

<sup>936</sup>: Bundestagssitzung 26.9.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 67: Stenographische Berichte der 169.-187. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 10065-10125, Barzel S. 10079-10088, hier S. 10088 / Schmidt, S. 10088-10098, hier S. 10096.

<sup>937</sup>: Jaegers Redemanuskript, S. 1-4, hier S. 2-3: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 45.

<sup>938</sup>: Dies teilte Brandt am 27.12.1968 in einem Brief Wehner mit, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 84.

<sup>939</sup>: Jaegers Redemanuskript, S. 1-18, hier S. 3: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 46.

<sup>940</sup>: Brandts Kabinettsvorlage „NV Juni 1969: Voraussichtliche Folgen der deutschen Nichtunterzeichnung“, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>941</sup>: Presseagenturmeldung vom 12.9.1968, S. 1-7, hier S. 3: ACDP, Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 08-001-258/2.

<sup>942</sup>: Ahlers an Kiesinger 30.12.1968, S. 1-6, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

auf Grund ihrer Siegerstellung im Zweiten Weltkrieg ein Interventionsrecht in ganz Deutschland zu besitzen (Gewaltvorbehalt). Sie stützte sich dabei einerseits auf die bedingungslose deutsche Kapitulation, andererseits auf Vereinbarungen mit den Alliierten, vor allem auf das Potsdamer Abkommen und die sogenannte Feindstaatenklausel der UN-Satzung (Artikel 54 und 107). Artikel 54 ist eine Ausnahme von dem allgemeinen Gewaltverbot.<sup>943</sup>

Hier war aber auch eine Möglichkeit gegeben, Einfluss auf die Haltung der Sowjetunion auszuüben, die weiterhin die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags forderte. Brandt erklärte Anfang 1969, die Sowjetunion mache - für die USA wichtige - Fortschritte etwa in der Vietnamfrage und in der Abrüstungsfrage davon abhängig, dass die Bundesregierung den Atomwaffensperrvertrag unterzeichne.<sup>944</sup> Jaeger hatte in seiner schon erwähnten Rede im Oktober 1968 in Lissabon verlangt, die Bundesregierung müsse von der Sowjetunion erwarten, dass diese, bevor die Bundesregierung die Verzichtes dieses Atomwaffensperrvertrags unterschreibe, selbst ausdrücklich auf ihr angebliches Interventionsrecht in Deutschland verzichte, da ja die Sowjetunion den meisten Wert auf die deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag lege.<sup>945</sup> Ahlers hatte dann am 30. Dezember in seinem Brief an Kiesinger geschrieben, dass die Interventionsklausel Moskaus zurückgewiesen werden müsse.<sup>946</sup> In diesem Punkt herrschte bei allen Parteien im Bundestag Übereinstimmung. Genscher hatte am 24. September, kurz nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, auf einer FDP-Fraktionssitzung von der Bundesregierung gefordert, den sowjetischen Interventionsvorbehalt strikt abzulehnen.<sup>947</sup>

Die deutsch-sowjetischen Gespräche waren bisher aber im Wesentlichen negativ verlaufen. In einem Gespräch zwischen Brandt und dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 10. Januar 1969 wies Brandt darauf hin, dass der Bundesregierung eine positive Entscheidung zum NV-Vertrag leichter fallen würde, wenn die sowjetische Regierung versichern könnte, dass eine Unterzeichnung mit keinerlei Diskriminierung für die Bundes-

<sup>943</sup>: Bahrs Aufzeichnungen vom September 1968 zu Gewaltvorbehalt und NV-Vertrag, S. 1-6, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 395, Mappe 1.

<sup>944</sup>: Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band VII: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit 1969, Bonn u. a. 1970. Hier: Außenminister Willy Brandt begründet sein Eintreten für die Unterzeichnung des NV-Vertrags (31.1.1969), S. 9-12, hier S. 11.

<sup>945</sup>: Jaegers Redemanuskript, S. 1-4, hier S. 3: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 45.

<sup>946</sup>: Ahlers an Kiesinger 30.12.1968, S. 1-6, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>947</sup>: FDP-Fraktionssitzung 24.9.1968: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-789: S. 1-8, hier S. 2.

republik verbunden sei.<sup>948</sup> Bahr empfahl am 15. Januar in einem Brief an Brandt, dass bei dem gegenwärtigen Stand der Erwägungen den deutschen Botschaften in Washington und Moskau die Weisung gegeben werden müsse, dass die Frage entscheidend sei, was sich aus einer deutschen Unterzeichnung des NV-Vertrags für das deutsch-sowjetische Verhältnis im Hinblick auf Gewaltverzicht und Interventionsdrohung ergeben würde.<sup>949</sup>

Bei genauerem Hinsehen gewährten die Artikel 54 und 107 der Satzung der Vereinten Nationen, im Gegensatz zur Behauptung der Sowjets, aber keinerlei Recht, einseitig mit Gewalt in der Bundesrepublik zu intervenieren. Was die USA, Großbritannien und Frankreich anbetraf, hatten diese drei Mächte erklärt, dass sie sich bei ihren Beziehungen mit der Bundesrepublik an die in Artikel 2 der Satzung der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben halten werden. Alle anderen NATO-Mitglieder hatten sich dieser Erklärung ebenfalls angeschlossen. Darüber hinaus stand und steht die Bundesrepublik als voller und gleichberechtigter Partner des NATO-Paktes natürlich unter dem Schutz des NATO-Vertrags, nach dem ein bewaffneter Angriff auf ein Mitglied unmittelbar eine alliierte Erwiderung in Form von Maßnahmen der Selbstverteidigung auslösen würde, wie sie der NATO-Pakt vorsieht. Im Hinblick darauf hatte Bahr am 11. September 1968 in seinen Aufzeichnungen seine Auffassung, die auch so von Barzel<sup>950</sup> vertreten wurde, dargelegt und erklärt, dass man den Leuten (hier und in Moskau) entgegentreten müsse, die den Eindruck erweckten, als gäbe es irgendein sowjetisches Recht, in der Bundesrepublik zu intervenieren, das größer sei als das Recht der Amerikaner, in der DDR zu intervenieren.<sup>951</sup> Der Planungsstab des Auswärtigen Amts hatte bereits am 26. August, kurz nach der Niederschlagung des Prager Frühlings, in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass der Gefahr, durch die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags könne ein von den Sowjets behauptetes Interventionsrecht anerkannt werden, durch eine interpretative Erklärung begegnet werden solle. In dieser Erklärung stelle die Bundesregierung fest, dass der Vertrag nach ihrer Auffassung gegenüber allen Unterzeichnerstaaten gleichmäßig auszulegen und anzuwenden sei. Jeder Hinweis auf eine Sonder-

---

<sup>948</sup>: Die von der Arbeitsgruppe „Innenpolitische Grundfragen“ am 16.4.1969 fertig gestellte Analyse zu dem NV-Vertrag, S. 1-11, hier S. 6: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-4064. Siehe auch die „Süddeutsche Zeitung“ vom 11.1.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c1 1969 (I-VII).

<sup>949</sup>: Bahr an Brandt 15.1.1969, S. 1-4, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

<sup>950</sup>: „*Natürlich gibt es ein solches Interventionsrecht der Sowjetunion gegen uns nicht*“, sagte Barzel am 26.9.1968 in einer Rede. Redemanuskript, S. 1-21, hier S. 12: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilm-signatur N/1371-77.

<sup>951</sup>: Bahrs Aufzeichnung 11.9.1968, S. 1-3, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

stellung der Bundesrepublik werde dabei vermieden, erklärte der Planungsstab.<sup>952</sup> Die US-Regierung versprach, dass es keinen NV-Vertrag geben werde, falls Moskau dieser interpretativen Erklärung widerspreche.<sup>953</sup>

Damit war der sowjetische Interventionsvorbehalt als Argument gegen eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags hinfällig. Die CDU/CSU führte aber einen weiteren Grund für die Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags auf, nämlich dass der Vertrag zwischen Washington und Moskau ausgehandelt worden sei, und diese sich bereits auf die "Allstaatenklausel" geeinigt hätten. Die "Allstaatenklausel" sah vor, dass Vertragsbeitritte der DDR in Einzelfällen nicht verhindert werden konnten, so zum Beispiel bei friedenssichernden Verträgen (Rüstungsbeschränkung, Teststoppvertrag, Weltraumvertrag etc.). Die Vertragsgegner aus der CDU/CSU erklärten, dass die DDR sicherlich dem Atomwaffensperrvertrag beitreten würde, allein um schon zu demonstrieren, dass sie ein Staat wie jeder andere sei. Moskau würde dies sicherlich begrüßen. Damit wäre die Ausklammerung der DDR gescheitert und es würde zu völkerrechtlichen Beziehungen zwischen der DDR und den anderen NV-Vertragsstaaten kommen, was eine implizierte Anerkennung der DDR bedeuten würde, argumentierten die Vertragsgegner aus der CDU/CSU. Für Kiesinger hatte die Sowjetunion durch ihre Vertragsunterzeichnung einem nicht legitimierten und an Streit und Hader interessierten DDR-Regime gar ein Instrument der Drohung und Erpressung in die Hand gegeben.<sup>954</sup>

Bonn drängte vor allem auf Grund der CDU/CSU die Amerikaner dazu, die "Allstaatenklausel" durch die günstigere "Wiener Klausel" zu ersetzen, die nur solchen Staaten den Beitritt zu internationalen Verträgen erlaubte, die Mitglied der UNO oder ihrer Sonderorganisationen waren.<sup>955</sup> Beide deutschen Staaten waren damals noch nicht Mitglieder der UNO, aber während die Bundesrepublik Mitglied in fast allen UNO-Sonder-

---

<sup>952</sup>: Pressemitteilung des Planungsstabes 26.8.1968, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 395, Mappe 1.

<sup>953</sup>: Dies geht aus einem von der CDU/CSU-Fraktion im November 1968 erstellten Fragenkatalog zum Atomwaffensperrvertrag und zu nuklearen Arrangements in der NATO hervor: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 394, Mappe 1.

<sup>954</sup>: Nachzuvollziehen bei Kiesingers Ansprache am 17.6.1968 über Rundfunk und Fernsehen zum Tag der deutschen Einheit, aufgezeichnet bei: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Reden und Interviews 1968, Bonn 1969, S. 192-195, hier S. 194.

<sup>955</sup>: Bahrs Aufzeichnung vom 15.2.1967 zur Frage der Ausweitung der "Allstaatenklausel" für multilaterale internationale Verträge, S. 1-6, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 1.

organisationen war, gehörte die DDR keiner an. Die Sowjets bestanden aber weiterhin auf der „Allstaaten-Klausel“, und die Amerikaner waren nicht gewillt, den NV-Vertrag zu gefährden, nur weil er von Bonn wegen einer - aus dem Blickwinkel der USA - Nebensächlichkeit nicht gutgeheißen wurde.

Bahr hielt am 13. März 1969 in einem Schreiben an Brandt fest, dass der NV-Vertrag unterschriftsreif sei. Verhandlungen auf diplomatischer Ebene fänden nicht mehr statt. Es gebe auch nichts mehr, was zu verhandeln wäre, betonte Bahr.<sup>956</sup> Brandt erklärte am 19. März im Bundestag, dass er eine Unterzeichnung durch die Bundesregierung noch vor der Sommerpause erwarte.<sup>957</sup> Ein Treffen zwischen Kiesinger und Brandt am 5. April, wo über den Atomwaffensperrvertrag gesprochen wurde, brachte aber keinen Durchbruch.<sup>958</sup> Mittlerweile hatte Bahr im April jedoch auch Barzel - dem zuvor noch „Klarheit“<sup>959</sup> über die Konsequenzen des Atomwaffensperrvertrags gefehlt hatte - und den CDU-Bundestagsabgeordneten und Kanzlerberater Birrenbach für eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags gewonnen.<sup>960</sup>

Eine Klärung der Atomwaffensperrvertragsfrage war nahezu unmöglich. Nach der Wahl Gustav Heinemanns zum neuen Bundespräsidenten durch eine SPD/FDP-Mehrheit im März 1969 und der sich damit andeutenden sozial-liberalen Bündniskonstellation waren CDU/CSU und SPD in der Atomwaffensperrvertragsfrage endgültig auseinandergegangen. CDU/CSU und SPD beharrten auf ihren Argumenten, die für oder gegen eine Vertragsunterzeichnung sprachen. Kiesinger stellte am 17. April auf einer CDU-Vorstandssitzung klar, dass er es sich unter keinen Umständen gefallen lassen werde, vom Auswärtige Amt zu einer Entscheidung gedrängt zu werden. Brandt müsse wissen, dass mit einem Kampf um die Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag wahrhaftig nichts zu gewinnen sei, warnte Kiesinger.<sup>961</sup> Auf dem SPD-Parteitag in Bad Godesberg am nächsten Tag betitelte der verärgerte Brandt in einer Rede Kiesinger als einen

<sup>956</sup>: Bahr an Brandt 13.3.1969, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>957</sup>: Bundestagssitzung 19.3.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 11937-12042, hier S. 11982.

<sup>958</sup>: Notizen Brandts über dieses Gespräch: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 18.

<sup>959</sup>: Zitat Barzel am 2.4.1969 in einem Interview gegenüber der Zeitung „Die Welt“ zum Thema NV-Vertrag. Text des Interviews, S. 1-5, hier S. 2: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-81.

<sup>960</sup>: Dies geht aus einer Aufzeichnung Bahrs vom 13.4.1969 hervor, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3. Siehe auch: Birrenbach, Kurt, Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Vom Mauerbau bis heute, Düsseldorf 1984, S. 220.

<sup>961</sup>: CDU-Vorstandssitzung 17.4.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-018/3: S. 1-138, hier S. 9-11.

zaudernden Kanzler und empfahl ihm, von seiner Richtlinienkompetenz auch gegenüber seinen Parteifreunden Gebrauch zu machen und diese nicht nur als Gebrauchsanweisung für das Ausklammern entscheidungsreifer Probleme zu verwenden.<sup>962</sup>

Die „starke Erregung“<sup>963</sup> der Atomwaffensperrvertragsgegner in der CDU/CSU verhinderte die von der SPD gewünschte deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags. Kiesinger lavierte zwischen den Koalitionspartnern und untermauerte damit seinen Ruf, ein Zauderer und Zögerer zu sein. Seine Unentschlossenheit begründete der Kanzler immer wieder mit den eventuellen nachteiligen Konsequenzen, die eine deutsche Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrags hervorrufen könnte, während er die möglichen Vorteile aus seinen Erklärungen ausklammerte oder geringer bewertete und sich dabei auch - oftmals wohl wider besseren Wissens - den Argumenten der Vertragsgegner in der CDU/CSU anschloss. Kiesinger sagte am 13. Mai 1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, er sei kein Zauderer und Zögerer, die Union habe einen Kanzler und Parteivorsitzenden, der nun wirklich kämpfe und entschieden habe, dass der Atomwaffensperrvertrag nicht mehr in dieser Legislaturperiode unterschrieben werde.<sup>964</sup> Ob der NV-Vertrag in der nächsten Legislaturperiode unterschrieben werden würde, lies Kiesinger aber offen.

Trotz Kiesingers negativer Ausführung schickte Brandt am 22. Mai 1969 seine Kabinettsvorlage „Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“ an den Chef des Kanzleramts und bat in seinem Anschreiben, die Behandlung dieser Kabinettsvorlage für die Kabinettsitzung am 4. Juni vorzusehen.<sup>965</sup> Die Arbeitsgruppe „Innenpolitische Grundfragen“ des Bundesministeriums des Innern gab in ihrer am 16. April fertig gestellten Analyse zu dem NV-Vertrag die Empfehlung ab, dass dem Antrag von Brandt und der FDP, den NV-Vertrag kurzfristig zu unterzeichnen und die weiteren Abklärungen in die Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung zu verschieben, zu widersprechen sei. Der Vorschlag des Kanzlers, mit der Sowjetunion und den USA Gespräche zur weiteren Vorklärung offener Fragen zu führen und weitere Arbeits-

---

<sup>962</sup>: Brandts Redemanuskript: Vorstand der SPD (Hrsg.), Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen und Anträge, Hannover/Bonn 1969, S. 450.

<sup>963</sup>: Zitat Barzel am 5.2.1969 in einem Brief an Kiesinger: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilm-Signatur N/1371-273.

<sup>964</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 13.5.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1019/1: S. 1-65, hier, S. 31-32.

<sup>965</sup>: Brandts Anschreiben 22.5.1969: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.



gruppen einzusetzen, die die Aspekte der friedlichen Nutzung und der Sicherheit weiter aufhellten, sollte hingegen unterstützt werden.<sup>966</sup>

Brandt forderte am 1. Juni 1969 in einem Brief Kiesinger erneut auf, endlich die Initiative zu ergreifen, und wies darauf hin, dass insbesondere Birrenbach erklärt habe, dass ungeachtet aller vielleicht noch zu klärenden Fragen die Entscheidung über eine deutsche Unterschrift unter dem NV-Vertrag kurzfristig gefällt werden müsse.<sup>967</sup> Doch der Kanzler blieb bei seiner ablehnenden Haltung. Auch die Kabinettsitzung am 4. Juni brachte keinen Durchbruch. Nur etwas später meinte der sichtlich entnervte Brandt gegenüber dem britischen Premierminister Harold Wilson plötzlich, dass die Bundesregierung sich doch nicht unter einem selbstgemachten Zeitdruck stellen solle, die Welt gehe nicht unter, wenn sie jetzt nicht den NV-Vertrag unterschreibe.<sup>968</sup> Was zu diesem Meinungswechsel Brandts führte, ist schwer festzustellen. Unmut über die prekäre Situation innerhalb der Großen Koalition, oder Bedenken davor, kurz vor der nächsten Bundestagswahl im September die Verantwortung für das Platzen der Koalition angehängt zu bekommen, oder auch die Furcht, als gescheiterter Außenminister dann als SPD-Kanzlerkandidat fallengelassen zu werden, könnten Beweggründe für Brandts Verhalten dargestellt haben.

Ähnlich wie bei der Diskussion um die Aufwertung der D-Mark, bei der die SPD Anfang Mai 1969 eine Abstimmungsniederlage im Kabinett durch Stillhalten verhinderte, vermied die SPD auch eine KampfAbstimmung, als es um die Entscheidung über eine deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag ging, obwohl die Große Koalition zwei Jahre lang das Pro und Contra einer deutschen Unterzeichnung aus allen nur erdenklichen Blickwinkeln beleuchtet hatte und obwohl der internationale Druck, mit dem die Bundesrepublik zu einem positiven Votum gedrängt werden sollte, zunahm. US-Präsident Nixon hatte auf Pressekonferenzen vor und nach seiner Europa-reise (6. Februar und 4. März 1969) seine Haltung zu einer Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die europäischen Verbündeten dargelegt. Die USA waren an einer Unterzeichnung aller europäischen Verbündeten - die Bundesrepublik wurde ausdrücklich angesprochen - stark interessiert. Die USA rechneten aber offensichtlich nicht damit, dass sich die Bundesregierung noch vor der nächsten Bundestagswahl im

---

<sup>966</sup>: Analyse der Arbeitsgruppe 16.4.1969, S. 1-11, hier S. 11: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>967</sup>: Brandt an Kiesinger 1.6.1969, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

<sup>968</sup>: Wilson, Harold, Die Staatsmaschine. Erinnerungen des britischen Premiers 1964-1970, Wien 1972, S. 438.

September zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags entschloss.<sup>969</sup> Brandt hatte jedoch zu Beginn des Jahres erklärt, es zeichne sich ab, dass eine neue Bundesregierung nach der nächsten Bundestagswahl nicht ohne eine Gefährdung ihrer Beziehungen zu den USA weiter in der Frage des NV-Vertrags zögern könne.<sup>970</sup>

Eine der ersten großen Amtshandlungen der Anfang Oktober 1969 neu gebildeten sozial-liberalen Bundesregierung Brandt/Scheel war die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags am 28. November.<sup>971</sup> Die nun in der Opposition sitzende CDU/CSU-Fraktion hatte am 20. Oktober eine Große Anfrage an die neue Bundesregierung gestellt, in der gefragt wurde, ob denn die Sicherheit Deutschlands durch den Atomwaffensperrvertrag gewährleistet sei.<sup>972</sup> Die FDP-Fraktion votierte am 28. Oktober auf einer Sitzung dafür, dass seitens der Bundesregierung hinsichtlich der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum Atomwaffensperrvertrag nicht um Vertagung gebeten werden sollte, um dieses Thema „*endgültig*“ abschließen zu können.<sup>973</sup>

Bahr hatte am 13. März 1969 in einem Vermerk für Brandt darauf hingewiesen, dass eine deutsche Unterschrift unter dem Atomwaffensperrvertrag Fortschritte in der Ostpolitik einleiten könnte.<sup>974</sup> Doch das CDU-Präsidium hatte am 17. Mai auf einer Sitzung eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags wiederholt als nicht „*eilbedürftig*“ angesehen.<sup>975</sup> Dass der Atomwaffensperrvertrag nicht von der Bundesregierung der Großen Koalition unterzeichnet wurde, verhinderte unter anderem, dass die deutsche Entspannungs- und Ostpolitik nach der Niederschlagung des Prager Frühlings wieder richtig an Fahrt gewinnen konnte. Ähnliches gilt auch für die Diskussion

---

<sup>969</sup>: Die von der Arbeitsgruppe „Innenpolitische Grundfragen“ am 16.4.1969 fertig gestellte Analyse zu dem NV-Vertrag, S. 1-11, hier S. 5: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-40644.

<sup>970</sup>: Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band VII: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit 1969, Bonn u. a. 1970. Hier: Außenminister Willy Brandt begründet sein Eintreten für die Unterzeichnung des NV-Vertrags (31.1.1969), S. 9-12, hier S. 11.

<sup>971</sup>: Siehe dazu die Pressekonferenz von Kanzler Brandt am 28.11.1969. Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-14: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 328.

<sup>972</sup>: Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum Atomwaffensperrvertrag am 20.10.1969 im Deutschen Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 394, Mappe 2.

<sup>973</sup>: FDP-Fraktionssitzung 28.10.1969: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion VI. WP, Ordner A40-786: S. 1-4, hier S. 1.

<sup>974</sup>: Bahrs Vermerk für Brandt 13.3.1969, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>975</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 17.5.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3, hier S. 2.

um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wo auch unüberbrückbare Differenzen der Koalitionspartner vorherrschten, und dadurch eine Entspannung vor allem mit Polen behindert wurde.

### **3.5. Der SPD-Parteitag am 21. März 1968 in Nürnberg: Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze**

*„Die deutsche Politik wird zwischen den beiden Kamelhöckern Anerkennung und Nichtanerkennung verschaukelt.“*

Herbert Wehner<sup>976</sup>

Brandt erklärte am 8. April 1967 in einem Interview, dass Polen das größte zwischen Deutschland und der Sowjetunion gelegene Nachbarland sei. Der Aussöhnung mit Polen komme nicht nur deswegen, sondern auch wegen der jüngsten Geschichte besondere Bedeutung zu. Für Osteuropa habe dies ähnliche Tragweite wie die deutsch-französische Aussöhnung im Westen, betonte Brandt.<sup>977</sup> Der Haupthinderungsgrund für eine deutsch-polnische Aussöhnung war die deutsche Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Bei einer Infas-Meinungsumfrage im Sommer 1967 lehnte nach wie vor die absolute Mehrheit der Befragten, die um einiges über 50% lag, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab.<sup>978</sup> Die Aussöhnung der Bundesrepublik mit Polen war bisher nicht vorangebracht worden. Polen bestand weiterhin im Ostblock darauf, und die Karlsbader Konferenz im April 1967 hatte es nochmals deutlich gemacht, dass diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik nur aufgenommen werden dürften, wenn die Bundesrepublik bereit sei, die Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren, eine Forderung, die bisher alle Bundesregierungen strikt abgelehnt hatten.<sup>979</sup> Die SPD hatte ebenfalls fast 20 Jahre lang an der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze fest-

<sup>976</sup>: Zitat Wehner bezüglich der Oder-Neiße-Grenze auf einer Sitzung des SPD-Fraktionsarbeitskreises für Außenpolitik und gesamtdeutsche Fragen am 28.3.1969. Sitzungsprotokoll, S. 1-9, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5085.

<sup>977</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 5: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>978</sup>: Die Unterlagen zu dieser am 19.6.1967 veröffentlichten Infas-Meinungsumfrage liegen vor bei: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-026/3: S. 1-14, hier S. 14.

<sup>979</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 54: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

gehalten. Ein starker Vertriebenenflügel innerhalb der SPD hatte einzelne Versuche zur Modifikation dieser Haltung immer wieder vereitelt.

Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD hatten die Gültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens stets bestritten. Exemplarisch dafür war eine Rede von Johann Baptist Gradl, CDU-Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, am 8. September 1964 zum Thema deutsche Ostgrenze. Die deutsche Politik zielle auf eine Änderung des durch einseitige Akte geschaffenen Status quo in Mitteleuropa, erläuterte Gradl. Dieses Ziel sei legitim, denn der jetzige Zustand der gewaltsamen Teilung Deutschlands durch Mauer, Stacheldraht und Minenstreifen verstoße gegen die international anerkannten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts und der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse, gegen wesentliche menschliche Grundrechte sowie gegen Völkerrecht und -moral. Eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze wäre insoweit eine Anerkennung des gewaltsam geschaffenen und aufrechterhaltenen Status quo. Der Status quo würde verfestigt, dies aber gehe gegen die Grundrichtung der deutschen Politik und sei deshalb nicht zumutbar, so Gradl.<sup>980</sup> Brandt antwortete im November 1965 in einem Interview gegenüber der „Münchener Abendzeitung“ auf die Frage, ob die SPD im Wahlkampf mit ihren Aussagen zur Oder-Neiße-Grenze nicht zu emotionell gewesen sei: *„Meine Partei und ich als ihr Vorsitzender bekennen uns dazu, was 1946 auf dem Parteitag der SPD in Hannover von unserem unvergeßlichen Kurt Schumacher gesagt worden ist, daß wir mit friedlichen Mitteln um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringen.“*<sup>981</sup>

In der SPD und FDP verstärkten sich im Gegensatz zur CDU/CSU jedoch seit 1966 die Forderungen nach einer Korrektur der deutschen Position zur Oder-Neiße-Grenze, wobei die Beweggründe zwischen moralischen Motiven bis hin zu pragmatischen und ökonomischen Erwägungen variierten. Sowohl in der SPD wie in der FDP mehrten sich die Stimmen, die eine Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 weder für möglich noch für erstrebenswert erachteten, und die sich dafür einsetzten, durch die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten die Aussöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn voranzubringen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Fritz Corterier erklärte Anfang

---

<sup>980</sup>: Gradls Redemanuskript, S. 1-5, hier S. 4: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 380.

<sup>981</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 4.11.1965: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 357. Schumachers Rede auf dem SPD-Parteitag in Hannover im Jahr 1946 ist nachzulesen bei: Albrecht, Willy (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985. Hier: Kapitel II.I.: Der erste Nachkriegsparteitag der SPD vom 9. bis 11. Mai 1946, S. 385-422.

Februar 1967 bei einem Diskussionsabend des Politischen Arbeitskreises der Studenten der Technischen Hochschule in Karlsruhe, dass die mit der Bundesrepublik befreundeten Staaten die Oder-Neiße-Grenze für endgültig hielten. Deshalb dürfe nicht länger mit den Gefühlen der Menschen Schindluder getrieben werden. Das deutsche Volk müsse für eine Entspannungspolitik gewonnen werden. Die SPD habe sich zwar noch nicht offiziell für die Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen, aber es bestehe bei ihr in dieser Frage kaum noch Unklarheiten, berichtete Corterier.<sup>982</sup> Unter Druck, auch aus seiner eigenen Partei, distanzierte sich Corterier zwar zunächst von seinen Ausführungen<sup>983</sup>, doch die Diskussion in der Großen Koalition um die deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war losgetreten.

Herbert Kremp, Chefredakteur der „Rheinischen Post“, hatte bereits am 7. Juli 1966 in einem Brief an Wehner geschrieben, man müsse erkennen, dass zwischen der Forderung nach Wiedervereinigung und einer Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 ein verderblicher Widerspruch bestehe. Kremp kritisierte die „*Oder-Neiße-Durchhaltereden*“, welche der Bundesrepublik und dem Ziel der Wiedervereinigung mit der sowjetisch besetzten Zone schaden. Er verglich die Politik der Bundesregierung mit Don-Quichottes Kampf gegen die Windmühlen.<sup>984</sup> Wehner antwortete im März 1967 in einem Interview gegenüber dem Hessischen Rundfunk auf die Frage nach den künftigen Grenzen Deutschlands mit der neuen Faustregel der SPD. Er erklärte, dass die SPD für die Deutschen so viel wie möglich von Deutschland retten wolle. Sich nach den Möglichkeiten zu richten, bedeute jedoch etwas anderes, als alte Rechtsstandpunkte zu vertreten.<sup>985</sup>

Da ein Großteil der CDU/CSU sehr misstrauisch war, wenn es um die Formulierung von entspannungspolitischen Zielen in der Deutschland- und Ostpolitik ging, musste es auf diesem Politikfeld nahezu zwangsläufig zu Kontroversen in der Großen Koalition kommen. Brandt reagierte Ende 1967 auf die Einwände und Bedenken aus der CDU/CSU immer entnervter. Er teilte am 6. November in einem Brief Kiesinger mit, dass er es begrüßen würde, wenn durch regelmäßige Gespräche zwischen den Fraktionsvor-

---

<sup>982</sup>: Kopie des Artikels „SPD für Oder-Neiße-Linie“ aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 6.2.1967: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5091.

<sup>983</sup>: Dies geht aus einem Brief hervor, den der SPD-Bundestagsabgeordnete Willi Jaeger am 10.2.1967 an Schmidt geschickt hatte: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5091.

<sup>984</sup>: Kremp an Wehner 7.7.1966, S. 1-5, hier S. 2: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 79.

<sup>985</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 325.

sitzenden und den Kabinettsmitgliedern eine Verständigung über Inhalt und Form der gemeinsamen Politik zustande kommen würde, um Reibungsverluste zu vermeiden und das Klima in der Koalition zu verbessern.<sup>986</sup> Brandt wurde am 13. November auf der Bundespressekonferenz der SPD in Bad Godesberg präziser, als er drohte, dass es zu einer Krise in der Koalition komme, wenn der Kanzler versuchen würde, ihm als Außenminister und Vizekanzler in einem wichtigen Punkt, die Oder-Neiße-Grenze, eine Richtlinie vorzuschreiben, die mit seiner Überzeugung nicht einhergehe.<sup>987</sup> Durch Brandts Aussage beunruhigt äußerte sich Kiesinger einen Tag später in einer Rede vor hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU zur Zusammenarbeit in der Großen Koalition. In der außenpolitischen Passage seiner Rede machte er deutlich, dass er nicht bereit sei, viel weiterzugehen, als man bereits gegangen sei. Solange er Kanzler sei, werde er die „sogenannte Oder-Neiße-Linie“ nicht anerkennen, versprach Kiesinger.<sup>988</sup> Der Christdemokrat Herbert Czaja, Vorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier und Mitbegründer der Union der Heimatvertriebenen, hielt am 7. März 1968 in einer CDU-Pressemitteilung fest, dass eine Aussöhnung zwischen Polen und der Bundesrepublik nur durch das Anbahnen eines für beide Seiten tragbaren Ausgleichs möglich sei.<sup>989</sup> Diese Einstellung reflektierte die Auffassung der großen Mehrheit in der CDU/CSU, die die „Verzichtspolitik“ der SPD ohne Gegenleistungen strikt ablehnte.

Die Reaktionen Polens auf diese Signale aus Bonn waren durchgehend negativ. Gerade aus Warschau kamen die heftigsten Angriffe gegen die „revanchistische“ Bundesrepublik. Der BND konstatierte, dass in Polen nach den vorliegenden Hinweisen kein Interesse an der Herstellung diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik bestehe. Abgesehen von der Oder-Neiße-Grenze sei aber der Grund für die ablehnende Einstellung Warschaus auch darin zu suchen, dass die deutsche Frage im Zuge von Streitigkeiten zwischen Regime und Kirche zu einem innenpolitischen Faktor in Polen geworden sei.<sup>990</sup> Johann Baptist Gradl wies darauf hin, dass die polnische Einstellung und Haltung zwar auch sehr wichtig seien, dass aber für das deutsch-polnische Verhält-

<sup>986</sup>: Brandt an Kiesinger 6.11.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>987</sup>: Bundespressekonferenz der SPD 1967, Protokoll 13. bis 15. November 1967, Bad Godesberg o. J., S. 34.

<sup>988</sup>: Kiesingers Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 4-5: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-024/2.

<sup>989</sup>: CDU-Pressemitteilung 7.3.1968: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 380: S. 1-4, hier S. 2.

<sup>990</sup>: Als geheim eingestuft „BND-Lagebericht Ost 1967“, Band 1, hier Lagebericht 1/67, S. 1-26, hier S. 6: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-898.

nis auf östlicher Seite letztlich die störrische Haltung des Kremls in Moskaus ausschlaggebend sei.<sup>991</sup>

Am 20. März 1968, einen Tag vor dem SPD-Parteitag in Nürnberg, erläuterte Herr Pommerening, ein Mitarbeiter im Planungsstab des Auswärtigen Amts, in einem Brief an Bahr die Notwendigkeiten in der Frage der Oder-Neiße-Grenze. Die Bundesregierung könne nur für die Zeit sprechen und Erklärungen abgeben, für die sie kompetent sei, in Bezug auf Grenzfragen, die gesamtdeutscher Verantwortung und der Mitwirkung der Großmächte unterlägen, also nur bis zu einer Friedensregelung. Ihre Politik der Gewaltlosigkeit bedeute, dass sie die Verhältnisse anerkennen müsse, deren Veränderungen nur mit Gewalt möglich seien. Wenn eine solche Anerkennung eine Verbesserung des politischen Klimas bedeute, und wenn sie nichts anderes als die logische Konsequenz eines aufrichtig gemeinten Gewaltverzichts sei, dann sei sie unausweichlich und kein Verzicht, denn sie stelle keine Verschlechterung der offiziellen Position der deutschen Bundesregierung dar, argumentierte Pommerening.<sup>992</sup>

Der SPD-Vorsitzende Brandt wollte das politische Klima verbessern. Auf dem SPD-Parteitag am 21. März 1968 in Nürnberg weichte Brandt in einer Rede mit einer neuen Formulierung den deutschen Rechtsstandpunkt auf. Er sprach von der Bereitschaft, die Oder-Neiße-Grenze zu respektieren beziehungsweise anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen als gerecht und dauerhaft empfunden werden sollte, endgültig festgelegt würden.<sup>993</sup>

Im Vergleich zu dem SPD-Parteitag vier Jahre zuvor in Karlsruhe, bei dem die SPD noch die deutschen Grenzen von 1937 verteidigt hatte, bedeuteten Brandts Nürnberger Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze eine drastische Zäsur in dem traditionellen Einvernehmen mit der CDU/CSU, das auch bei der Gründung der Großen Koalition noch bestätigt worden war. Dass Brandt mit seinen Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze

---

<sup>991</sup>: So Gradl am 29.6.1969 in einem Interview gegenüber der "Berliner Morgenpost". Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 2: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 380.

<sup>992</sup>: Pommerening an Bahr 20.3.1968, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>993</sup>: Abdruck von Brandts Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21.3.1968 in der SPD-Zeitschrift "Tatsachen-Argumente", Nr. 238, 1968, S. 1-31, hier S. 14: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 273. Siehe zur Vorbereitung des Nürnberger SPD-Parteitages die SPD-Zeitschrift "Tatsachen-Argumente", Nr. 235, 1968. Liegt vor bei: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand V. WP, Ordner 04829.

weiter ging als die Bundesregierung, in der er Außenminister war, hatte er auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März 1968 ausdrücklich mit den Worten zugegeben, dass die neue Aufgabe so nicht in der Regierungserklärung stehe, auch wenn sie höchste Priorität genieße.<sup>994</sup> Der SPD-Pressedienst hatte am selben Tag in einer Mitteilung verkündet, der Parteitag der SPD in Nürnberg habe wohl jedem politisch denkenden Menschen in Deutschland und in der Welt deutlich gemacht, dass die SPD schonungslos Bilanz ziehen könne und fähig sei, die ihr gestellten Aufgaben zu meistern.<sup>995</sup>

Brandt verteidigte am 26. März 1968 seine Nürnberger Ausführungen zur Oder-Neiße-Grenze auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises. Während dieser Sitzung zitierte Brandt den entsprechenden Passus seiner Rede und den Text der einschlägigen Ziffer der Resolution des SPD-Parteitages und erläuterte dazu, dass mit Anerkennung keine rechtliche Anerkennung gemeint sei, sondern damit solle nur zum Ausdruck gebracht werden, man müsse die Tatsache, dass an der Oder-Neiße nun eine Grenze entstanden sei, im politischen Sinne hinnehmen. Das Wort "Respektierung" wirke demnach wie etwas Aufgezwungenes. Dieser Eindruck solle durch den Gebrauch des Wortes "Anerkennung" in dem genannten Sinne ausgeräumt werden.<sup>996</sup>

Ein Aufschrei der deutschen Ost-Vertriebenen und des Bundes der Vertriebenen war die Konsequenz aus Brandts Nürnberger Äußerungen. Brandt riskierte mit seinen Äußerungen nicht nur Konflikte innerhalb der Großen Koalition, sondern auch Ärger mit dem Vertriebenenflügel innerhalb seiner eigenen Partei. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhold Rehs, Präsident des Bundes der Vertriebenen, trat dann auch Anfang 1969 zur CDU über. Die überwiegende Mehrheit der CDU/CSU klagte, dass Brandt in Nürnberg eindeutig die Basis des bei der Bildung der Großen Koalition Vereinbarten verlassen habe. Die CSU-Zeitung "Bayernkurier" schrieb, dass die Grenzen der Großen Koalition immer elastischer würden, je näher der Wahltag heranrücke. Immer mehr Probleme müssten zur Bagatelle gestempelt werden, damit keiner der Beteiligten den Wegfall der Geschäftsgrundlage erkläre.<sup>997</sup> Der CSU-Vorsitzende Strauß wollte die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten in Deutschland, darunter die Oder-Neiße-Grenze, nicht akzeptieren, weil er gegenüber der Sowjetunion, welche die Anerkennung genau dieser Realitäten forderte, nicht nachgeben wollte.<sup>998</sup> Strauß warf

---

<sup>994</sup>: Abdruck von Brandts Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21.3.1968 in der SPD-Zeitschrift "Tatsachen-Argumente", Nr. 238, 1968, S. 1-31, hier S. 15: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 273.

<sup>995</sup>: SPD-Pressedienst 21.3.1968: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>996</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 3-4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>997</sup>: "Bayernkurier" vom 22.4.1968.

<sup>998</sup>: Biermann, Werner, Strauß. Aufstieg und Fall einer Familie, Berlin 2006<sup>2</sup>, S. 214.



dem Osten vor, die Grenzfrage bei jeder Gelegenheit unsachgemäß hochzuspielen.<sup>999</sup>

Für den CDU-Parlamentarier Heinrich Krone stellten Brandts Nürnberger Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze gar einen „nationalen Ausverkauf“<sup>1000</sup> dar.

Die Kritik des Kanzlers an Brandt fiel dagegen auffällig zurückhaltend aus. Kiesinger versuchte am 21. März 1968 in einem Interview gegenüber der Nachrichtenagentur „dpa“, die Aufregung sofort zu dämpfen, indem er ausdrücklich Brandts kurz zuvor in Nürnberg geäußerte Feststellung zustimmte, dass die Oder-Neiße-Grenze von der Bundesrepublik bis zum Abschluss eines Friedensvertrags respektiert werde. Kiesinger betonte, dass man die Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen wolle. Den von Brandt gebrauchten Begriff Anerkennung hielt Kiesinger allerdings für unglücklich, weil er Anlass zu Fehlinterpretationen sowohl im Inland wie im Ausland gebe.<sup>1001</sup>

Kiesinger führte auch am 26. März auf der Sitzung des Kreßbronner Kreises aus, dass er zwar besorgt sei wegen des Wortes „Anerkennung“ in Brandts Rede auf dem Nürnberger Parteitag und auch in der Parteitagsresolution zur Oder-Neiße-Grenze, aber mit der Formulierung, dass man diese Grenze bis zu einem Friedensvertrag respektieren wolle, sei er jedoch durchaus einverstanden.<sup>1002</sup> Bereits in seinen Notizen zur Oder-Neiße-Grenze, die Ende 1967 entstanden waren, hatte Kiesinger festgehalten, dass man nicht ohne alle Deutschen angehört zu haben Stellung zu territorialen Fragen nehmen könne, die erst in einem Friedensvertrag für ganz Deutschland geregelt werden könnten.<sup>1003</sup>

Kiesingers Haltung zur Oder-Neiße-Grenze war in der CDU/CSU nicht unumstritten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann schrieb am 22. März 1968 in einem Brief an Kiesinger, dass er mit Heck und Kiesinger der Meinung sei, dass man keinen Anlass habe, die Beschlüsse der SPD in Nürnberg zu dramatisieren. Offensichtlich habe die SPD-Führung viele Ventile öffnen müssen, damit das Parteivolk den „Dampf des Unmuts“ ablassen können. Müller-Hermann konnte aber nicht Kiesingers Meinung teilen, dass sich die in der Regierungsverantwortung stehenden

---

<sup>999</sup>: So der persönliche Referent Marcel Hepp in einem Schreiben, welches er im Auftrag seines Vorgesetzten Strauß am 18.12.1969 anfertigte: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivor-sitzender, Ordner 5198.

<sup>1000</sup>: Krone, Heinrich, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969. In: Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hrsg.), Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134-201, hier S. 198.

<sup>1001</sup>: Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 489-491, hier S. 490.

<sup>1002</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1003</sup>: Kiesingers Notizen Ende 1967, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

SPD-Politiker in Nürnberg “sehr mutig, politisch klug und loyal“ gegenüber den Regierungsvereinbarungen verhalten hätten.<sup>1004</sup>

Kiesinger war in der Frage der Oder-Neiße-Grenze weniger festgelegt als viele seiner Parteifreunde. Bereits in einem Gespräch mit dem US-Sonderbotschafter McCloy am 4. März 1967 in Stuttgart hatte Kiesinger um Verständnis gebeten, dass das Problem der Oder-Neiße-Grenze erst in der Zukunft in einem anderen Kontext gelöst werden könne. Auf die Frage McCloy, ob die Bundesregierung nicht die Oder-Neiße-Grenze als Gegenleistung für die deutsche Wiedervereinigung und freie Wahlen akzeptieren könnte, hatte Kiesinger eingestanden, dass ihm die Frage nach einer möglichen Reaktion auf ein solches Angebot bisweilen schlaflose Nächte bereitet habe.<sup>1005</sup> Die hier eingangs erwähnte Infas-Meinungsumfrageveröffentlichung im Sommer 1967, die sich in diesem Zusammenhang auch auf eine Allensbach-Meinungsumfrage aus dem Jahr 1966 berief, wies zumindest darauf hin, dass in der heimischen Bevölkerung eine Bereitschaft zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mehrheitlich allerdings dann gegeben wäre, wenn hierfür die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden könnte (Allensbach 1966: bereit 49%, nicht bereit 27%, unentschieden 24%).<sup>1006</sup>

Trotz Kiesingers behutsamen Äußerungen zeigte sich mit Brandts Ansprache in Nürnberg, dass sich bei den Bonner Regierungsparteien zwei unterschiedliche Generallinien herausgebildet hatten. Auch wenn sich die Gesprächspartner auf der Sitzung des Kreßbronner Kreises am 26. März 1968 (unter anderem Kiesinger, Brandt, Wehner, Barzel und Schmidt) gegenseitig versichert hatten, dass sie die Koalition bis zu der nächsten Bundestagswahl fortsetzen wollten<sup>1007</sup>, hatte die Diskussion um die Anerkennung des Status quo in Deutschland und damit auch um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die Koalition längst weit auseinanderdriften lassen. Dieser Dissens belastete nicht nur das Koalitionsklima, sondern verhinderte auch eine Aussöhnung mit Polen. Erst am Ende der Regierungszeit der Großen Koalition im Juli 1969 ließ die polnische Regierung erkennen, dass sie an einem Wirtschaftsabkommen mit der Bundesrepublik schon vor einer Grenzregelung interessiert sei. Hierzu kam es jedoch nicht mehr, denn die im Herbst 1969 gebildete sozial-liberale Regierung habe es allzu eilig gehabt, den Warschauer Vertrag zu schließen und darin nur wenig verhüllt den Rechtsanspruch

<sup>1004</sup>: Müller-Hermann an Kiesinger 22.3.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-006.

<sup>1005</sup>: Aufzeichnung des Gespräches: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998, S. 396-411, hier S. 410.

<sup>1006</sup>: Die Unterlagen zu dieser am 19.6.1967 veröffentlichten Infas-Meinungsumfrage liegen vor bei: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-026/3: S. 1-14, hier S. 14.

<sup>1007</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

Deutschlands auf eine Regelung der Grenzfragen in einem Friedensvertrag aufzugeben, so das Urteil von Reinhard Schmoeckel.<sup>1008</sup> Die deutsche Diskussion um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war sehr emotional und ein äußerst sensibles Thema der deutschen Vertriebenenpolitik, das noch bis heute nachwirkt.

### **3.5.1. Die Vertriebenenpolitik der Großen Koalition in der Debatte mit dem Bund der Vertriebenen**

Mit der Aushändigung der Ernennungsurkunde an Hans Lukaschek und der ersten Verteidigung des Bundeskabinetts am 20. September 1949 wurde das Bundesministerium für Angelegenheiten der Vertriebenen als Spezialministerium zur Vertretung der Belange eines besonderen Personenkreises innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet. Es konzentrierte seine Tätigkeit auf die Lösung der durch den Zustrom von mehr als 7,5 Millionen Heimatvertriebenen in das Gebiet der Bundesrepublik entstandenen besonderen sozialpolitischen Probleme: Die Bereitstellung von Wohnraum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Förderung von Existenzgründungen, die sozialrechtliche Betreuung sowie die Entschädigung für erlittene Verluste. Das Ministerium erhielt 1953 die Bezeichnung Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Als Minister war während der Großen Koalition der Christdemokrat Kai-Uwe von Hassel für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten zuständig.<sup>1009</sup>

Eine Hauptaufgabe und eine schwere organisatorische Herausforderung der deutschen Vertriebenenpolitik war die Eingliederung der deutschen Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die bundesrepublikanische Gesellschaft.<sup>1010</sup> Auf einer CDU-Arbeitstagung am 1. Juli 1967 in Stuttgart wandte sich von Hassel in einer Rede

<sup>1008</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 179.

<sup>1009</sup>: Siehe zu von Hassel eine aufschlussreiche Dissertation, die 2001 in Bonn veröffentlicht wurde: Speich, Mark, Kai-Uwe von Hassel - Eine politische Biographie, Bonn 2001. Eine zeitgenössische Biographie war 1970 herausgekommen: Pusch, Hans-Ulrich, Kai-Uwe von Hassel. Ein Portrait, Freudenstadt 1970.

<sup>1010</sup>: 2008 ist eine sehr detaillierte Abhandlung zur schwierigen Eingliederung der deutschen Ost-Vertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft erschienen: Kossert, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.

gegen die zuweilen vertretene Auffassung, dass die 7,5 Millionen Vertriebenen und 3,4 Millionen Flüchtlinge in der Bundesrepublik bereits zufriedenstellend eingegliedert seien. Trotz der hoch anzuerkennenden Leistungen zeigten unanfechtbare wissenschaftliche Untersuchungen leider, dass bei beiden Gruppen der Personenkreis, dessen Einkommen am Rande des Existenzminimums liege, noch wesentlich größer sei als bei den Einheimischen.<sup>1011</sup> Dies änderte sich zunächst auch kaum. Von Hassel stellte am 18. Januar 1968 in einer Rede mit dem Titel „Die geistigkulturelle Lage der Vertriebenen und Flüchtlinge im Ablauf der Eingliederung“ fest, dass es angesichts der damit vorgezeichneten Koordination und der Größenordnung des historischen Prozesses, in dem sich die Vertreibung gestellt sehe, Wunschenken wäre, nach Ablauf von knapp zwei Jahrzehnten die nahtlose Eingliederung einer Millionen-Bevölkerung als vollzogen annehmen zu wollen, gleichgültig, ob man als erstrebenswerte Lösung die organische Eingliederung oder die nivellierende Assimilierung befürworte.<sup>1012</sup>

Kritisch überwacht und mitorganisiert wurde die Vertriebenenpolitik der Bundesregierung durch eine zentrale Interessenvertretung der Vertriebenen, den Bund der Vertriebenen (BdV). Der BdV war am 27. Oktober 1957 aus dem Zusammenschluss des Verbandes der Landsmannschaften (VdL) und des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BVD) hervorgegangen. Während der BVD eher ein politisches Kampforgan der Vertriebenen zur Wiedererlangung der deutschen Ostgebiete darstellte, war der VdL eher auf die kulturellen und sozialen Fragen der Vertriebenen spezialisiert. Dies führte in den Anfangsjahren zu einigen heftigen Auseinandersetzungen im neuen Verband. Der BdV war in seiner Anfangszeit parteipolitisch neutral. Präsident des BdV während der Großen Koalition war der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhold Rehs (von 1967 bis 1970). Vizepräsident war der SPD-Bundestagsabgeordnete Herbert Hupka.<sup>1013</sup> Der BdV gehörte bis in die 1970er Jahre hinein zu den einflussreichsten Organisationen der Bundesrepublik. Durch sein Selbstverständnis, keine Einzelinteressenvertretung abzugeben, sondern überparteiliche nationale Interessen des gesamten deutschen Volkes zu vertreten, verlangte der BdV ein Mitspracherecht in den Fragen der deutschen Einheit, der endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze und der Rechte der deutschen Ost-Vertriebenen.<sup>1014</sup> Es existierte von Anfang an Übereinstimmung beim BdV, dass diese

<sup>1011</sup>: Von Hassels Redemanuskript, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3767.

<sup>1012</sup>: Von Hassels Redemanuskript, S. 1-30, hier S. 2-3: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3711, Mappe 1.

<sup>1013</sup>: Siehe: <http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/historie-1.php3> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 9:00 Uhr]

<sup>1014</sup>: Siehe dazu: Stickler, Matthias, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.

Fragen nur auf friedliche Art und Weise mit den östlichen Nachbarn gelöst werden konnten.<sup>1015</sup>

Der Amtsvorgänger von Reinhold Rehs, BdV-Präsident Erich Karl Günther Schellhaus, schickte am 7. Dezember 1966 Gestaltungsvorschläge für Kiesingers Regierungserklärung an den künftigen Bundesminister für Vertriebene, Kai-Uwe von Hassel, der diese Vorschläge an Kiesinger weiterleitete.<sup>1016</sup> Aus diesen Vorschlägen gingen die Positionen des BdV klar hervor: Wenn von Deutschland gesprochen werde und für Deutschland Politik gemacht werde, dann sei ganz Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 gemeint, also in den Grenzen der Weimarer Republik und vor der Aggression Hitlers. Die Feststellung, wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbestehe, schließe das sudetendeutsche Heimat- und Selbstbestimmungsrecht nicht aus. Die sudetendeutsche Frage sei durch die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht erledigt. Die Vertreibung sei widerrechtlich, sie müsse auf friedlichem Wege wieder gutgemacht werden, ohne anderen Menschen aufs Neue Unrecht zuzufügen, so die Forderung des BdV. Die Bundesregierung und der Bundestag hätten mit der Obhutserklärung von 1950 die Sudetendeutschen und ihre Rechte in die Obhut der Bundesregierung übernommen. Diese Obhutspflicht müsse weiterhin die Grundlage für die Politik der Bundesregierung in dieser Frage bleiben. Als unannehmbar bezeichnete der BdV: Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsch-polnische Grenze, die Anerkennung der "DDR" als einen zweiten selbstständigen deutschen Staat, die Zustimmung zu Berlin als einen dritten deutschen Staat und die Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens unter gleichzeitiger Sanktionierung der Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat.<sup>1017</sup>

Auf die Obhutspflicht und die Verpflichtung der Bundesregierung, mit allen friedlichen Mitteln um jeden Quadratmeter deutschen Territoriums zu ringen, ging Kiesinger in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 explizit ein und entsprach damit der politischen Linie der vorherigen Bundesregierungen und des BdV, wie sie noch ein Jahr zuvor von Hassels Amtsvorgänger, der Bundesminister für Vertriebene Johann Baptist Gradl, in einer Rede mit dem Titel "Gerechtigkeit und der Wille zur Versöhnung" dargestellt hatte: „*Die Heimatvertriebenen haben dem Nationalismus abgesagt. Sie haben sich zur europäischen Gemeinschaft bekannt. Sie haben Haß, Rache, Gewalt, Rückver-*

<sup>1015</sup>: Dies wurde erneut vom Vorsitzenden des bayerischen BdV-Landesverbandes, Walter Richter, am 6.6.1969 in einem Brief an Strauß bestätigt, S. 1-2, hier S. 2: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Partei-vorsitzender, Ordner 5198.

<sup>1016</sup>: BdV-Gestaltungsvorschläge für Kiesingers Regierungserklärung 7.12.1966, S. 1-4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-304.

<sup>1017</sup>: BdV-Gestaltungsvorschläge für Kiesingers Regierungserklärung 7.12.1966, S. 1-4: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3734.

*treibung abgeschworen. Das ist ein ehrenhaftes und kluges Verhalten. Nicht verzichtet haben sie auf das Recht. Aber wer kann einfach auf das Recht verzichten, wenn er gute Ordnung in der Welt will?*<sup>1018</sup>

Damit war klar, für die Vertriebenen und den BdV blieb die Vertreibung Unrecht, auch wenn sie das Resultat eines verlorenen Krieges war. Diese Auffassung teilte auch der zuständige Bundesminister der Großen Koalition, Kai-Uwe von Hassel: *„Unrecht bleibt Unrecht, auch nach hundert oder tausend Jahren. Der Tag wird kommen, wo Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereinigt und Teil eines vereinigten Europas wird. Europas Zukunft liegt im Miteinander und nicht im Gegeneinander. Wir werden für diese Lösung arbeiten, für uns und für unsere Kinder. Die Lösung der Zukunft heißt Europa.*<sup>1019</sup>

Im Hinblick auf dieses angestrebte Europa warf Herbert Czaja, christdemokratischer Vorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, die Frage auf, wer denn für die Einigung Europas das Nötige an konkreten Beiträgen zu leisten bereit sei und wer dazu die entsprechenden kulturellen, geschichtlichen, politischen und militärischen Voraussetzungen mitbringe. Man müsse ferner fragen, wer in welchem Umfang und in welchen Wegabschnitten bereit sei, die vor dem Gemeinwohl der europäischen Völker vertretbaren berechtigten Interessen des deutschen Volkes mit zu übernehmen und zu vertreten. Czaja bemängelte dabei die Führungslosigkeit Europas.<sup>1020</sup>

Verärgert über diese Diskussion betonte Brandt mehrmals zwar das Unrecht der Vertreibung, unterstrich aber auch immer, dass es notwendig sei, einen Ausgleich zu suchen, zu dem alle Völker Europas Ja sagen könnten.<sup>1021</sup> Brandt war in dieser Frage im Gegensatz zu Kiesinger gegenüber dem Osten zu größeren Konzessionen bereit, was wiederum Unmut bei dem BdV hervorrufen musste. So war es schwierig, sich auf eine gemeinsame Sprache zu verständigen. BdV-Präsident Rehs stellte daher am 15. Oktober 1968 in einem Brief an den SPD-Vorstand klar, welche Ziele die Politik der Großen Koalition nach Auffassung des BdV verfolgen sollte, nämlich jene politischen Voraus-

<sup>1018</sup>: Abdruck von Gradls Rede im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 30.11.1965, S. 1-3, hier S. 2: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 76.

<sup>1019</sup>: Zitat von Hassel am 25.5.1968 in einer Rede auf dem Heimatkreistreffen der Sorauer in Hamm. Von Hassels Redemanuskript, S. 1-16, hier S. 15-16: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3767.

<sup>1020</sup>: Aufsatz von Czaja mit dem Titel „Problematik der Wiedervereinigung in der weltpolitischen Lage“, erstellt im Oktober 1968, S. 1-23, hier S. 9-10: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3666.

<sup>1021</sup>: So zum Beispiel am 25.4.1969 in einer SPD-Pressemitteilung, S. 1-5, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 304.

setzungen miteinander zu schaffen, die einen inneren Ausgleich und eine bestandsfähige friedliche Ordnung für die Zukunft ermöglichten. Man müsse von der Erfahrung ausgehen, dass Unrecht, welches man unter den Tisch wische, weiter schwele. Mit jedem der östlichen Nachbarn müsse man sich an den Tisch setzen und von der Basis ausgehen, auf der man früher miteinander gestanden habe. Dabei müsse man versuchen, die strittigen Probleme in einem offenen und freimütigen politischen Handel miteinander zu überwinden. Wenn man das nicht versuche, werde man niemals zu einer wirklich bestandsfähigen Friedensordnung für die Zukunft kommen, warnte Rehs.<sup>1022</sup> Die Große Koalition war bemüht, in ihrer Vertriebenenpolitik Erfolge zu erzielen, doch unterschiedliche Auffassungen im Hinblick auf eine bestandsfähige europäische Friedensordnung erschwerten die Vertriebenenpolitik zunehmend.

Unmittelbar positive und vom BdV begrüßte Auswirkungen für die immer noch offene Frage der Siebenbürger Sachsen in Rumänien hatte die von der Bundesregierung am 30. Januar 1967 realisierte Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien. Am 1. Februar hatte Brandt im Bundestag versprochen, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien zu einer beschleunigten Behandlung der Familienzusammenführung, vor allem der Härtefälle, führen werde.<sup>1023</sup> Der Chef des Kanzleramts, Karl Carstens, bemerkte im August 1968 in einem Brief an die Vereinigung der deutschen Aussiedler aus Rumänien, dass die zunehmende Vertiefung der deutsch-rumänischen Beziehungen Erleichterungen bei der Handhabung der rumänischen Ausreisepraxis nach sich ziehen werde. Die Erhöhung der Zahl der rumänischen Genehmigungen für Verwandtenbesuche sei hierfür ein sehr ermutigendes Zeichen.<sup>1024</sup> Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in

---

<sup>1022</sup>: Rehs an SPD-Vorstand 15.10.1968, S. 1-9, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 15.

<sup>1023</sup>: Bundestagssitzung 1.2.1967: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 4157-4201, hier S. 4169.

<sup>1024</sup>: Carstens' Brief August 1968: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6470-2. Schwieriger als aus Rumänien stellte sich die Familienzusammenführung aus der DDR dar, die allgemein als Übersiedlung mit Genehmigung der Behörden der SBZ bezeichnet wurde. Sie basierte auf keinerlei Abmachung oder Vereinbarung mit den DDR-Stellen. Die DDR war seit Errichtung der Mauer dazu übergegangen, Bewohner der DDR im Rentenalter oder Arbeitsinvaliden auf Antrag aus ihrem Bereich zu entlassen und die Übersiedlung in die Bundesrepublik zu genehmigen. Die Erteilung von Ausreisegenehmigungen an arbeitsfähige DDR-Bewohner blieb die Ausnahme. Die Gesamtzahl der Übersiedler aus der DDR betrug nach Zahlen des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte für den Zeitraum von Januar bis August 1967: 8523, gegenüber einer Zahl von 15675 im Jahr 1966 und 17666 im Jahr 1965. Siehe: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 26: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

Deutschland, B. Wenden, bedankte sich am 4. Februar 1969 in einem Brief bei Kiesinger dafür, dass nunmehr durch die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien die Zusammenführung der durch den Krieg auseinandergerissenen Familien endlich erfolge.<sup>1025</sup>

Die Familienzusammenführung der Siebenbürger Sachsen war sicherlich ein positiver Nebeneffekt der Ostpolitik der Großen Koalition. Auch das deutsch-tschechoslowakische Problem sollte leichter lösbar sein als das deutsch-polnische Problem. Denn es gab keine ungelösten Grenzfragen zwischen der Bundesrepublik oder zwischen Deutschland als Ganzem und der Tschechoslowakei.<sup>1026</sup> Trotzdem war während der Koalitionsverhandlungen im November 1966 die Kritik von CDU/CSU und BvV gegen die Erwähnung des Münchener Abkommens im Acht-Punkte-Programm der SPD sehr harsch gewesen.<sup>1027</sup> Denn in diesem Programm war zwar von der Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten die Rede, und die Vertreibung der Sudetendeutschen war als unrechtmäßig deklariert worden, dies war jedoch kompliziert ausgeführt worden: *„Die Bundesregierung, die keinerlei territoriale Ansprüche gegen die Tschechoslowakei erhebt, ist bereit, das Münchener Abkommen als rechtsunwirksam zu erklären, wenn die Rechtsfrage hinsichtlich von Staatsangehörigkeits- und Vermögensansprüchen, die durch dieses Abkommen und die Vertreibung entstanden sind, für die Sudetendeutschen in der Bundesrepublik befriedigend geregelt werde.“*<sup>1028</sup>

Ein Vorschlag, den auch Fritz Erler, damals in seiner Funktion als SPD-Fraktionsvorsitzender, am 29. November 1965 gemacht hatte.<sup>1029</sup>

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hans-Christoph Seebohm, kritisierte am 17. November 1966 in einem längeren Telegramm an Schmidt scharf, dass die Absicht der SPD, das Münchener Abkommen von 1938 für rechtsunwirksam zu erklären, auch bei befriedigender Regelung der Staatsangehörigkeits- und Vermögensansprüche, welche die Sudetendeutsche Landsmannschaft für eine Illusion halte, einen in seiner Bedeutung kaum abzuschätzenden Rechtsbruch darstelle.<sup>1030</sup> Trotz der

<sup>1025</sup>: Wenden an Kiesinger 4.2.1969: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-6470-1.

<sup>1026</sup>: Darauf wies Hans-Georg Bendix, Journalist bei der *„Sudetendeutschen Zeitung“*, am 8.11.1966 in einem Brief an Schmidt hin, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>1027</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 18.11.1966: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>1028</sup>: Schriftstück *„Aufgaben einer neuen Bundesregierung“* (Acht-Punkte-Programm der SPD), S. 1-6, hier S. 4: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>1029</sup>: Schriftstück *„Anregungen für die Regierungserklärung“*: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5649.

<sup>1030</sup>: Seebohm an Schmidt 17.11.1966, S. 1-7, hier S. 1: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.



lauten Proteste der Vertriebenenverbände schrieb Wehner am 11. Dezember in einem Brief an Brandt: *„Wir sind bereit, jedermann das Münchener Abkommen zerrissen vor die Füße zu werfen. Voraussetzung ist jedoch, daß damit - und dies ist die entscheidende Frage - nicht auch die Anerkennung der Vertreibung und die Zustimmung zur Vertreibung gemeint sind.“*<sup>1031</sup>

Trotz der Friedensnote der Bundesregierung Erhard im März 1966 und Kiesingers Versprechen in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember, das unter Gewaltandrohung entstandene Münchener Abkommen sei nach Ansicht der Bundesregierung nicht mehr gültig<sup>1032</sup>, vertrat Strauß öffentlich die Meinung, das Münchener Abkommen sei gültig.<sup>1033</sup> Doch auch Strauß, die Sudetendeutsche Landsmannschaft und das Präsidium des Sudetendeutschen Rates teilten die Ansicht, dass nur ehrliche und verständnisvolle Verhandlungen die Fragen lösen konnten, die zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei noch offen waren. Der gute Wille, dabei mitzuhelfen, sei auch auf sudetendeutscher Seite vorhanden, betonten die Sudetendeutsche Landsmannschaft und das Präsidium des Sudetendeutschen Rates in einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme zur 30jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Münchener Abkommens, die von der Presse- und Informationsstelle des Sudetendeutschen Rates am 4. Oktober 1968 veröffentlicht wurde.<sup>1034</sup>

Die deutsche Politik gegenüber Polen war hingegen viel komplizierter. Hier musste eine politisch-völkerrechtliche Formel berücksichtigt werden, die bisher fest in der Politik der Bundesrepublik integriert gewesen war, dass nämlich erst ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland über dessen endgültige Grenzen entscheiden könne. Darüber hinaus hatte der Kanzler auch die Bedürfnisse der deutschen Ost-Vertriebenen zu respektieren, die - wie man vermuten musste - nicht gewillt waren, den Anspruch auf ihre Heimat in den nach dem Zweiten Weltkrieg zu Polen gefallen Teilen Deutschlands aufzugeben. Eine so große Wählergruppe durfte nicht verschreckt werden. Jedoch beharrte der Ostblock auf die bundesdeutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens, so wie dies die DDR schon 1950 getan hatte. Im Westen gab es kaum eine offizielle Stimme, die noch den deutschen Rechtsanspruch auf eine endgültige Grenzregelung erst in einem Friedensvertrag wirklich unterstützte. In der

<sup>1031</sup>: Wehner an Brandt 11.12.1966: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1927.

<sup>1032</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>1033</sup>: Darauf wies der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Hans-Christoph Seebohm, am 17. 11.1966 in seinem Telegramm an Schmidt explizit hin, S. 1-7, hier S. 2: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>1034</sup>: Sudetendeutsche Stellungnahme 4.10.1968, S. 1-7, hier S. 7: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3755.

Bundesrepublik selbst mehrten sich zum Entsetzen des BdV um 1966 die Forderungen, schon jetzt die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Es handelte sich dabei vor allem um Gruppierungen aus der SPD und FDP.

Es war für die Bundesregierung schwierig zu vermitteln, dass ein wiedervereinigtes Deutschland nur im Rahmen Europas möglich sei und dies einer, wie es Kiesinger in seiner Regierungserklärung ausgedrückt hatte, von allen, Deutschen und Polen, als gerecht empfundenen Friedensordnung bedürfe.<sup>1035</sup> Reinhold Kiep, Oberst a. D., schickte am 8. März 1967 seinen Aufsatz mit dem Titel "Verzichtspolitik auf die deutschen Ostgebiete - Ein Beitrag zum weiteren Kampf um eine Existenzfrage Deutschlands" an von Hassel. Der Autor beklagte in seinem Aufsatz, dass weder bei Kiesinger noch bei Brandt in Bezug auf die deutschen Ostgebiete klare Konturen vorhanden seien. Das politische Gewicht der Bundesrepublik als freier Restbestand des Deutschen Reiches werde im gesamtpolitischen Geschehen überschätzt. Die Politik der sogenannten Entspannung der USA und der Sowjetunion - mit sehr verschiedenen Begriffsinhalten beider Seiten - habe in den letzten Jahren das Gewicht noch gemindert. Die neue Bundesregierung habe daraus die Folgerung einer stärkeren Anlehnung an das gaulistische Frankreich gezogen und sich in der Europa- und Ostpolitik mit Einschränkungen angepasst. Die Bundesregierung unterscheide wie auch ihre Vorgängerin zwischen der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland als unabdingbare Forderung und den Rechtsansprüchen auf den deutschen Osten. Diese seien ein variabler Faktor, so Kiep. Über sie müsse in einem künftigen Friedensvertrag entschieden werden, und zwar, wie es der Kanzler in seiner Regierungserklärung gesagt habe, in einer frei vereinbarten Regelung, welche die Voraussetzung für ein von beiden Völkern, Deutschen und Polen, gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffe. Kiep fuhr fort, dass eine Friedensordnung vorausgedacht und eine gemeinsame europäische Konzeption zur Herbeiführung dieser Friedensordnung entwickelt werden müsse. Dem Westen gegenüber müsse die Bedeutung Mitteleuropas und damit eines Deutschlands für diese Friedensordnung vertreten werden. Damit könnte gleichzeitig das Trauma von den unruhigen Deutschen abgebaut werden, erläuterte Kiep in seinem Aufsatz.<sup>1036</sup> In seinem Anschreiben an von Hassel betonte Kiep, dass die gesamtdeutsche Frage nur unter dem Gesichtspunkt einer „gerechten“ [mehrmals unterstrichen]

<sup>1035</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>1036</sup>: Kieps Aufsatz, S. 1-9, hier S. 1-2 und 8: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3711, Mappe 2.

Friedensordnung zu sehen sei.<sup>1037</sup> In seinem Aufsatz warf er Brandt und Kiesinger in dieser Frage Schwammigkeit vor.<sup>1038</sup>

Doch der Vorwurf der Schwammigkeit war ungerechtfertigt. Kiesinger hatte am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung Wert darauf gelegt, sehr sorgfältig zu formulieren und versöhnende Signale nach Polen auszusenden, ohne Proteste bei den deutschen Ost-Vertriebenen hervorzurufen. Die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands könnten nur in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden, hieß es in der Regierungserklärung, wie es seit eh und je der deutsche Rechtsstandpunkt war. Aber es lautete weiter, es bedürfe einer Regelung, welche die Voraussetzung für ein von beiden Völkern, Deutschen und Polen, gebilligtes, dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffe. Der lebhafteste Wunsch weiterer Schichten des deutschen Volkes nach einer Aussöhnung mit Polen wurde erwähnt, ebenso wie die leidvolle Geschichte Polens und dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, das man mit Blick auf das gegenwärtige Schicksal des eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreife.<sup>1039</sup> Dies waren neue Formulierungen gegenüber Polen. Bei mehreren Gelegenheiten präzisierte Kanzler Kiesinger seine Haltung zu Polen und der Oder-Neiße-Grenze noch weiter.<sup>1040</sup>

Die Frage der Oder-Neiße-Grenze war für Kanzler Kiesinger vor allem im Hinblick auf den BdV ausgesprochen heikel. Schon seine Äußerungen in der Regierungserklärung zu diesem Thema waren beim BdV und auch bei vielen CDU/CSU-Parlamentariern auf Kritik gestoßen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen begrüßte zwar am 8. April 1967 auf einer Sitzung des CDU-Vorstandes die Bemerkung Kiesingers, nach der die Aussage in der Regierungserklärung das Äußerste sei, was man zur Frage der Oder-Neiße-Grenze sagen könne. Windelen warf dem Kanzler jedoch vor, dass man sehr wohl auch darunter hätte bleiben können und erhob starken Zweifel, ob die Sozialdemokraten und auch Teile der eigenen Partei ebenfalls zu Kiesingers Aussagen stünden. Kiesinger reagierte auf diesen Vorwurf sehr heftig. Er erklärte, wenn ein ange-

<sup>1037</sup>: Kiep an von Hassel 8.3.1967: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3711, Mappe 2.

<sup>1038</sup>: Kieps Aufsatz, S. 1-9, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3711, Mappe 2.

<sup>1039</sup>: Bundestagssitzung 13.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3643-3665, Regierungserklärung S. 3656-3665, hier S. 3662.

<sup>1040</sup>: Zum Beispiel am 14.3.1968 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66: Stenographische Berichte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 8281-8416, Kiesinger S. 8324-8326. Über die Gelegenheiten, bei denen Kanzler Kiesinger seine Haltung zu Polen und der Oder-Neiße-Grenze präzisierte, hatte Schmoeckel eine schriftliche Übersicht erstellt, S. 1-5: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

sehenes Mitglied der Fraktion bereits sage, er und Brandt dächten offenbar nicht mehr daran, die Positionen zu halten, müsse er seinen schärfsten Protest anmelden und die Fraktion bitten, die Dinge in ihren Reihen in Ordnung zu bringen. Wenn ihm die Fraktion oder Teile der Fraktion in dieser Frage in den Rücken fielen, wie könne er dann seine Position gegen jene Kräfte in der deutschen Öffentlichkeit oder beim Koalitionspartner verteidigen, die tatsächlich diesen gefährlichen Weg gingen. Im Übrigen sei Brandt in diesen Dingen bisher immer loyal gewesen, beteuerte Kiesinger. Den Vorwurf der Gutgläubigkeit wies der Kanzler von sich.<sup>1041</sup> Mit Brandts Erklärung zur Oder-Neiße-Grenze auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März 1968 war dessen Loyalität scheinbar aufgebraucht.

Es schien nun fast unmöglich für die Große Koalition, gemeinsame Formeln für die Vertriebenenpolitik zu finden, die das Klima mit Polen verbessern konnten. Vor allem wegen des Drucks aus der CDU/CSU vergab die Große Koalition die Chance, diplomatische Beziehungen zu Polen zu vereinbaren, ohne komplizierte völkerrechtliche Bedingungen zu erheben. Unterstützt vom Führungskern der CSU um Strauß/Guttenberg sowie von weiten Kreisen der CDU hatte der BdV nach dem Nürnberger SPD-Parteitag und der von Brandt dort aufgestellten Forderung nach der deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze lautstark protestiert.

### **3.5.2. Der Bruch des BdV mit der SPD nach dem Nürnberger SPD-Parteitag**

Wie zu erwarten hatte die von Brandt am 21. März 1968 auf dem Nürnberger SPD-Parteitag geforderte deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in der Koalition, bei den deutschen Ost-Vertriebenen und beim BdV negatives Aufsehen erregt, obwohl Brandt bereits am 8. April 1967 in einem Interview vorsorglich darauf hingewiesen hatte, dass es doch nicht um Verzicht gehe, sondern um das, was man von Deutschland für die Deutschen zu retten vermöge.<sup>1042</sup> Kurz nach dem Nürnberger SPD-Parteitag veröffentlichte der von dem SPD-Bundestagsabgeordneten Reinhold Rehs geführte Bund der Vertriebenen am 31. März 1968 eine drastische Protestresolution. Hierin beklagte der BdV die Bereitschaft der SPD zum Verzicht und bezeichnete deren Anerkennung von Vertreibung und Annexion als Kapitulation vor der brutalen Gewalt. Der BdV warf der SPD einen Wortbruch gegenüber den Vertriebenen vor. Keine Partei, kein Partei-

<sup>1041</sup>: CDU-Vorstandssitzung 8.4.1967: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-016/1: S. 1-100, hier S. 9-12.

<sup>1042</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 5: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

tag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten.<sup>1043</sup>

Die SPD-Führung wies am 1. April 1968 in einer SPD-Pressemitteilung die Angriffe des BdV zurück und konstatierte, dass der Bund der Vertriebenen mit seinen Unterstellungen und Verdächtigungen das Maß des Erträglichen überschritten habe. Wer der deutschen Sozialdemokratie unterstelle, sie habe auf ihrem Parteitag in Nürnberg auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrecht-Tatbestandes abgezielt, kenne entweder die Entschließung von Nürnberg nicht oder wolle bewusst mit Hilfe des Vokabulariums vergangener Zeiten den innerdeutschen Kalten Krieg herbeiführen, erläuterte die sichtlich verärgert SPD-Führung.<sup>1044</sup> Die Atmosphäre zwischen SPD und BdV war nun äußerst angespannt.

Schmidt beurteilte am 2. April 1968 auf einer SPD-Fraktionssitzung die BdV-Protestresolution vom 31. März als anmaßend, denn sie verdrehe die Tatsachen. Wehner vertrat die Meinung, dass die Verfasser der Protestresolution genau wüssten, dass deren Inhalt nicht den Tatsachen entspreche. Er erinnerte daran, wie sehr sich die SPD für die Belange der vertriebenen Menschen eingesetzt habe. Die SPD sei bemüht, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten, betonte Wehner. Der SPD-Abgeordnete Mommer unterstützte Wehners Auffassung, wies aber darauf hin, dass er sich jedoch mit Rehs solidarisieren würde, falls ein Scherbengericht über ihn veranstaltet werden sollte. Denn die SPD sei nicht ganz unschuldig daran - durch taktische Notwendigkeiten auf dem Parteitag sicher veranlasst -, dass die Nürnberger Entschließung zur Oder-Neiße-Linie fehlerhaft interpretiert werde, begründete Mommer. Der SPD-Abgeordnete und BdV-Präsident Rehs konterte auf dieser SPD-Fraktionssitzung, dass die SPD-Fraktion die Sorgen der Heimatvertriebenen trotz wiederholten Drängens nicht zur Kenntnis genommen habe, beziehungsweise nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Heimatvertriebenen fühlten sich von der SPD-Fraktion und der SPD in Stich gelassen. Die Formulierung von Wehner, so viel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten, hätte in die Nürnberger Entschließung Eingang finden müssen. Die Heimatvertriebenen seien nicht verantwortlich für die Missdeutung der Nürnberger Formulierung, sagte Rehs. Er erklärte, dass er der Aufforderung der SPD-Bundesvertretung, aus der SPD auszutreten, nicht nachgekommen sei, nicht nur, weil er sich nicht habe nötigen lassen wollen, sondern auch, weil es in dieser Frage letzten Endes darum

---

<sup>1043</sup>: BdV-Protestresolution 31.3.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 520.

<sup>1044</sup>: SPD-Pressemitteilung 1.4.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 520.

gehe, ob die Brücke zwischen SPD und BdV überhaupt abgebrochen werden sollte. Die SPD-Fraktion erstellte nach einer langen und heftigen Diskussion mit Rehs eine EntschlieÙung, die sich in sechs Punkten klar von den Behauptungen des BdV abgrenzte, unter anderem davon, dass die SPD auf eine Anerkennung der Vertreibung im Sinne einer Billigung dieses Unrechts abziele und die SPD ihr Wort gebrochen habe. Die SPD distanzierte sich besonders von der Empfehlung des BdV, andere Parteien als die SPD zu wählen.<sup>1045</sup> Als sich die Stimmung zwischen BdV und SPD immer mehr trübte, warnte BdV-Präsident Rehs am 5. Juni in einem Brief an Wehner beschwörend davor, die Vertriebenen und Einheimischen auseinanderzuidividieren.<sup>1046</sup>

Am 15. Oktober 1968 verkündete Rehs öffentlich auf einer Pressekonferenz in Bonn, es sei ein Unrecht, dass die Polen in den Vertreibungsgebieten seien. Darum hätten auch die dort geborenen Polen in diesen Gebieten kein Heimatrecht. Auf die Frage, ob er als Präsident eines 2,5 Millionen Mitglieder starken Verbandes nicht von seiner Pressekonferenz außenpolitische Wirkungen befürchte, antwortete Rehs, dass er sich von den Russen nicht vorschreiben lasse, was er sage. Auf die Frage, ob eine solche Haltung nicht gefährlich sei, erklärte Rehs, dass jeder Selbstbehauptungswille eines Volkes gefährlich sei, das habe man ja bei den Tschechen gesehen.<sup>1047</sup> Nach dieser Pressekonferenz brach zwischen der SPD-Führung und dem Bund der Vertriebenen endgültig ein offener Konflikt aus. Rehs kritisierte am 25. Oktober in einem Brief an den SPD-Vorstand, dass die von ihm auf seiner Pressekonferenz am 15. Oktober gemachten Ausführungen völlig verzerrt dargestellt würden.<sup>1048</sup>

Damit hatte das bisher gute und vertrauensvolle Verhältnis zwischen der SPD und dem BdV einen tiefen Bruch bekommen, der auch in der Folgezeit nicht mehr überwunden werden konnte, obwohl die Vertriebenen nach den Gewerkschaftern die größte innerparteiliche Interessenklientel und eine wichtige Wählergruppe der SPD darstellten. Diese Unstimmigkeiten hatten sich schon im Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg im April 1968 widergespiegelt, als die SPD bei den dort angesiedelten deutschen Ost-Vertriebenen große Stimmenverluste hatte hinnehmen müssen. Dass diese ent-

---

<sup>1045</sup>: SPD-Fraktionssitzung 2.4.1968: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 91: S. 1-8, hier S. 1-3.

<sup>1046</sup>: Rehs an Wehner 5.6.1968, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Allgemeine und persönliche Korrespondenz, Ordner 84.

<sup>1047</sup>: Vermerk über Rehs Pressekonferenz: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5091.

<sup>1048</sup>: Rehs an SPD-Vorstand 25.10.1968: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 15.

täuschende Wahlniederlage mit seinen Ausführungen zur Oder-Neiße-Grenze auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März zusammenhing, gestand Brandt rückblickend am 21. Juni auf einer Sitzung des SPD-Parteirates ein.<sup>1049</sup> Brandt hatte dieses negative Wahlergebnis bereits am 5. Mai auf einer Pressekonferenz als ersten Rückschlag bezeichnet. Er hatte dabei aber darauf hingewiesen, dass die Gesamtpolitik der SPD noch nicht entsprechend honoriert werde.<sup>1050</sup>

Für die CDU/CSU wirkte sich positiv aus, dass in der SPD die Befürworter einer neuen Ostpolitik immer mehr Einfluss erlangten, so dass die CDU/CSU sich als echte Option für die deutschen Ost-Vertriebenen anbieten konnte. Diese Alternative wurde durch zahlreiche Aussagen aus der CDU/CSU untermauert, besonders von Strauß, der gewillt war, alles zu tun, was in seiner Macht lag, um den schwergeprüften deutschen Ost-Vertriebenen zu helfen.<sup>1051</sup> Für Strauß war es die erste Pflicht des einzelnen Staatsbürgers, den Ost-Vertriebenen Unterstützung zu gewährleisten.<sup>1052</sup> Des Weiteren gab es in der CDU/CSU große Befürchtungen davor, dass zu wenig Aufmerksamkeit für die Vertriebenenclientel einen Rechtsruck im Wahlverhalten auslösen könnte. Der CDU-Generalsekretär Bruno Heck wies am 24. Oktober 1968 in einem Brief an Kiesinger auf diese Gefahr hin. Heck machte darauf aufmerksam, die vorbereitenden Untersuchungen für den Bundestagswahlkampf hätten ergeben, dass man den Bereich der Vertriebenen und Flüchtlinge sehr pfleglich behandeln müsse. Es bestehe sonst die Gefahr, dass sich dort ein Potenzial für die NPD herantilde.<sup>1053</sup> Kritik war prompt aus der Sowjetunion gekommen. Kiesinger hatte am 2. September während eines Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin bemerkt, dass die aus der Sowjetunion kommende und gegen die Bundesrepublik gerichtete Kritik vor allem auf die Vertriebenenverbände und die NPD abziele. Dem hatte der Kanzler entgegen gehalten, dass es in der Bundesrepublik eine demokratisch-parlamentarische Verfassung gebe, die derartigen Gruppen Meinungsfreiheit garantiere. Sollten jedoch solche Gruppen die Meinungsfreiheit in

<sup>1049</sup>: SPD-Parteiratssitzung 21.6.1968: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP: S. 1-93, hier S. 7.

<sup>1050</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-11, hier S. 5: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>1051</sup>: So Strauß in einem Schreiben vom 10.7.1967: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 4900.

<sup>1052</sup>: So der persönliche Referent Marcel Hepp in einem Schreiben, welches er im Auftrag seines Vorgesetzten Strauß am 16.1.1967 anfertigte: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 5192.

<sup>1053</sup>: Heck an Kiesinger 24.10.1968: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-001-10174. Von Hassel hatte sich am 17.9.1968 in einem Brief an Kiesinger ähnlich geäußert, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-001-10174.

einer das Grundgesetz verletzenden Weise missbrauchen, so werde die Bundesregierung energisch einschreiten.<sup>1054</sup>

Erschwert wurde eine offensive Strategie der CDU/CSU in der Vertriebenenpolitik allerdings durch die Tatsache, dass CDU/CSU und SPD in einer Großen Koalition verbunden waren, der sich anbahnende Konflikt also behutsam angegangen werden musste. Die CDU/CSU versuchte verstärkt, sich gegenüber dem BdV und seinen Organisationen als Vorzugspartner zu profilieren. Das CDU-Präsidium, Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion und das BdV-Präsidium kamen am 27. März 1968, also unmittelbar nach dem Nürnberger SPD-Parteitag, in Bonn zu einem jedoch bereits im Februar geplanten Kongress zusammen.<sup>1055</sup> Im Mittelpunkt stand dabei die Politik der Bundesregierung gegenüber den Ländern Ost- und Südosteuropas, insbesondere gegenüber Polen. Die Gesprächspartner bedauerten die durch den Nürnberger SPD-Parteitag entstandenen Fehlinterpretationen der deutschen Politik in Bezug auf die Oder-Neiße-Grenze. Kiesinger bekräftigte, dass die eindeutige Haltung der CDU/CSU im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze auf der Grundlage der Regierungserklärung bestehen bleibe. Das CDU-Präsidium und das BdV-Präsidium stellten in einem gemeinsamen Kommuniqué dazu fest, dass eine europäische Friedensordnung das vorrangige Ziel deutscher Politik sein müsse. Des Weiteren hieß es, dass die deutsch-polnische Verständigung und ein vernünftiger und gerechter Ausgleich, dem beide Völker und auch kommende Generationen zustimmen könnten, Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensordnung seien. Strittige territoriale Fragen zwischen Deutschland und Polen könnten erst in einem Friedensvertrag mit einer dazu legitimierten gesamtdeutschen Regierung verhandelt und abschließend geregelt werden. Das schließe jedoch Gespräche mit Polen zu einem früheren Zeitpunkt nicht aus. Das CDU- und das BdV-Präsidium lehnten jede gewaltsame Änderung der aktuellen Verhältnisse ab. Die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, unter Ausklammerung unverzichtbarer Rechtspositionen, die Beziehungen zu Polen zu normalisieren, sollten weiterhin unterstützt und mitgetragen werden.<sup>1056</sup>

Von Hassel wies am 5. Mai 1968 in einem Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion darauf hin, das CDU-Präsidium habe mit dem BdV-Präsidium am 27. März eine außerordentlich positive Begegnung in Bonn gehabt. Der BdV sei nach diesem Ge-

---

<sup>1054</sup>: Aufzeichnung des Gespräches, S. 1-12, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-289.

<sup>1055</sup>: Siehe zur Planung dieses Kongresses die CDU-Präsidiumssitzung am 20.2.1968: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-2, hier S. 2.

<sup>1056</sup>: CDU/BdV-Kommuniqué 27.3.1968, S. 1-4, hier S. 2-3: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3734.



spräch und vor dem Hintergrund des Nürnberger SPD-Parteitagess gegenwärtig in besonderer Weise für die Union ansprechbar. Von Hassel schlug vor, diese Chance zu nutzen, denn der BdV sei einer der mitgliederstärksten Verbände. Nach dem Spitzengespräch in Bonn sollten ähnliche Begegnungen auf der Ebene der Landesverbände und der Wahlkreise folgen. Er wäre dankbar, wenn man gerade auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl lokale Begegnungen durchführen würde, schrieb von Hassel.<sup>1057</sup>

Auf Grund der positiven Resonanz zum ersten Vertriebenenkongress hatte sich die CDU/CSU-Führungsspitze entschlossen, unter dem Motto "Politik für Deutschland" einen zweiten Vertriebenenkongress zwischen CDU/CSU und BdV abzuhalten, der vom 21. bis zum 22. November 1968 in Wiesbaden stattfinden sollte. Der CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreis für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen erstellte im Oktober ein Positionspapier zu diesem geplanten zweiten Vertriebenenkongress und erklärte darin, die CDU/CSU wisse sich mit den Vertriebenen und Flüchtlingen darin einig, dass die Wiederherstellung der Freiheit und Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung unabdingbares Gebot deutscher Politik sei. Über das endgültige Schicksal der deutschen Ostgebiete und über die deutsche Ostgrenze könne nur mit einer vom deutschen Volk legitimierten Vertretung in einem Friedensvertrag im Rahmen einer europäischen Friedensordnung völkerrechtlich verbindlich entschieden werden.<sup>1058</sup>

In einem Papier vom 18. November 1968, welches der Leiter des CDU-Vorsitzendenbüros, Herr Hange, Kiesinger vorlegen wollte, hieß es, dass der Wiesbadener Kongress angesichts der Bundestagswahl 1969 große Bedeutung habe, vor allem wegen der von den Vertriebenenverbänden als unklar bezeichneten Haltung der SPD zur Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Zum Kongress würden ca. 600 Teilnehmer erwartet. Kiesinger hatte jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt seine Teilnahme am zweiten Vertriebenenkongress in Wiesbaden kurzfristig absagt. Dies geht aus einem Vermerk auf dem Papier des Büroleiters hervor.<sup>1059</sup> Mit Bundesminister Kai-Uwe von Hassel, CDU-Generalsekretär Bruno Heck, CSU-Generalsekretär Max Streibl und dem

<sup>1057</sup>: Von Hassels Brief 5.5.1968: BAK, Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte V. WP, Ordner B150-3734.

<sup>1058</sup>: Positionspapier des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises Oktober 1968, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, Unterlagen der außenpolitischen Kommission der CDU V. WP, Ordner 07-001-418/2.

<sup>1059</sup>: Hanges Papier für Kiesinger 18.11.1968, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-001-10174.

CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel war die CDU/CSU aber dennoch durch hohe Führungspolitiker auf diesem zweiten Vertriebenenkongress vertreten. Das Treffen in Wiesbaden wurde bei der CDU/CSU und beim BdV als großer Erfolg gefeiert.

Je näher die nächste Bundestagswahl rückte, und je mehr sich das Verhältnis des BdV zur SPD verhärtete, desto größer wurden die Anstrengungen der CDU/CSU, sich gegenüber dem BdV zu profilieren. Herbert Czaja, christdemokratischer Vorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, schrieb am 7. Mai 1969 an den CDU-Generalsekretär Bruno Heck, es sei bekannt, dass bei den Vertriebenen noch ein Wählerreservoir bestehe. Erklärungen, Anträge und Briefe führender FDP- und SPD-Kreise hätten auf viele Vertriebene außerordentlich negativ gewirkt. Czaja ergänzte, dass von einer sich in das Empfinden und Denken der Vertriebenenwähler und ihrer Organisationen einführenden Formulierung und der weiten Verbreitung eines gemeinsamen Kommuniqué außerordentlich viel für die Wahlwerbung abhängen.<sup>1060</sup>

In der SPD wurde die Isolierungstaktik der CDU/CSU durchaus erkannt. So warnte das SPD-Vertriebenenreferat am 13. Mai 1969 Brandt in einem Vermerk, dass im Hinblick auf den abgehaltenen Vertriebenenkongress von CDU/CSU und BdV in Wiesbaden eine deutliche Professionalisierung der Vertriebenenarbeit bei der CDU/CSU zu erkennen sei, die zu Lasten der SPD gehe, da diese Auseinandersetzungen mit den Vertriebenenverbänden habe. Vorgeschlagen wurde eine personelle Umbesetzung der SPD-Vertriebenenausschüsse auf Landes- und Bezirksebene, mit dem Ziel, prominenteren Vorsitzende zu bekommen.<sup>1061</sup>

Trotz aller Streitigkeiten mit der SPD, die durch den Wechsel von Reinhold Rehs zur CDU im Mai 1969 noch verschärft wurden, präsentierte sich der BdV aber nach wie vor parteipolitisch neutral. Dies änderte sich erst nach dem Regierungswechsel im Oktober 1969 und der durch die sozial-liberale Bundesregierung Brandt/Scheel eingeleiteten neuen Ostpolitik, als der BdV zunehmend realisieren musste, dass auf ihn immer weniger Rücksicht genommen wurde. So wurde ein Brief von Rehs vom 3. Oktober, in welchem er sich an Brandt wegen der Auflösung des Vertriebenenministeriums wandte<sup>1062</sup>, erst am 28. November nur durch Brandts Büro beantwortet, nicht von Brandt selbst. Die mittlerweile vollzogene Auflösung des Ministeriums wurde in dem kurzen Antwortbrief begründet. Abschließend wurde betont, dass sich die Bundes-

<sup>1060</sup>: Czaja an Heck 7.5.1969: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-004-637/1.

<sup>1061</sup>: Vermerk für Brandt 13.5.1969: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A11.4, Ordner 47.

<sup>1062</sup>: Rehs an Brandt 3.10.1969, S. 1-4, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 62.

regierung auch weiterhin für die Interessen der Vertriebenen einsetze.<sup>1063</sup> Auch der BdV-Vizepräsident, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hupka, warnte am 22. Oktober in einem Brief an Brandt vor der „äußerst bedenklichen“ Auflösung des Vertriebenenministeriums.<sup>1064</sup> Der SPD-Vorstand hatte bereits am 14. Oktober auf einer Sitzung erklärt, dass die ursprüngliche Absicht, das Vertriebenenministerium dem gesamtdeutschen Ministerium anzugliedern, fallengelassen worden sei, weil man eine politische Belastung des gesamtdeutschen Ministeriums befürchtet habe. Darum werde die Entflechtung dieses Ministeriums dem Innenministerium übertragen.<sup>1065</sup>

Ebenso harsch wie bei Rehs wurde ein Brief des bayerischen BdV-Landesvorsitzenden Walter Richter an Brandt vom 13. Oktober 1969, in welchem Richter unter dem Hinweis auf die parteipolitische Neutralität des Landesverbandes darum bat, die Anliegen der Vertriebenenverbände zu berücksichtigen<sup>1066</sup>, von Brandts Büro erst am 11. November nur knapp erwidert. Es wurde geantwortet, man könne das Vertrauen der Vertriebenen nicht dadurch erwerben, dass man ihnen Dinge verspreche, die man nicht halten könne. Versprechungen zu machen, sei lange genug von den Unionsparteien praktiziert worden. Damit müsse endlich Schluss gemacht werden. Niemand solle mit den Gefühlen der Vertriebenen politische Geschäfte machen können.<sup>1067</sup>

Der BdV erkannte durchaus die Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden, und suchte deshalb zunächst nach Möglichkeiten, den Gesprächskontakt zur neuen Bundesregierung Brandt/Scheel aufrecht zu halten. Doch der Bruch zwischen BdV und SPD war im Grunde vollzogen. Am 20. Februar 1970 hatte der einflussreiche Bezirksverband Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien in einem „offenen Brief“ an die Bundesregierung gefordert, dass die Ostgebiete deutsch bleiben sollten, und daher eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung fatal wäre.<sup>1068</sup> Der Landesverband Württemberg-Hohenzollern der Union der Heimatvertriebenen forderte dann am 23. Oktober in einem Brief den CDU-Vorstand auf, im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze mehr Druck auf die Bundesregierung auszuüben.<sup>1069</sup> Dennoch wurde am

<sup>1063</sup>: Brandts Büro an Rehs 28.11.1969: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 62.

<sup>1064</sup>: Hupka an Brandt 22.10.1969, S. 1-2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 62.

<sup>1065</sup>: SPD-Vorstandssitzung 14.10.1969: AdsD, Protokolle des SPD-Bundesvorstandes V. WP: S. 1-6, hier S. 1.

<sup>1066</sup>: Richter an Brandt 13.10.1969, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 64.

<sup>1067</sup>: Brandts Büro an Richter 11.11.1969: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 64.

<sup>1068</sup>: Text des Briefes, S. 1-3, hier S. 3: ACDP, Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen VI. WP, Ordner 08-006-010/1.

<sup>1069</sup>: Brief des Landesverbandes an CDU-Vorstand 23.10.1970, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen VI. WP, Ordner 08-006-009/1.

7. Dezember im Warschauer Vertrag die Oder-Neiße-Grenze unter dem Vorbehalt einer Änderung im Rahmen einer Friedensregelung als unverletzliche Westgrenze Polens durch die Bundesregierung anerkannt. Trotz allem dauerte es bis Mitte 1972 bis der BdV erstmals für die Bundestagswahl eine klare Wahlempfehlung für die Unionsparteien abgab. Zu diesem Zeitpunkt hatte der BdV-Vizepräsident Hupka nach sehr langem Überlegen die SPD bereits am 29. Februar 1972 verlassen und war in die CDU eingetreten.<sup>1070</sup> Damit hatte die SPD ihr letztes prominentes BdV-Präsidentschaftsmitglied verloren. Der Sozialdemokrat Almar Reitzner urteilte rückblickend, dass Hupka zugleich das bekannteste Opfer der parteiinternen Abrechnung mit den Repräsentanten des BdV in der SPD gewesen sei.<sup>1071</sup>

Auch bei den Kontakten der SPD zur italienischen Kommunistischen Partei PSU während der Großen Koalition spielte die Vertriebenenproblematik eine Rolle. Für den Sudetendeutschen Walter Becher von der CSU, der dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages von 1965 bis 1980 angehörte, war der SPD-PSU-Kontakt für die damalige Zeit zweifelsohne so unerhört, dass man von einem „*Komplott*“ habe sprechen können. Die Zusicherung, keine Entscheidungen hinter dem Rücken der Vertriebenen zu treffen, sei dabei gröblich verletzt worden, behauptete Becher.<sup>1072</sup> Er bezog sich dabei wohl auf das hier eingangs erwähnte Interview, welches Brandt am 8. April 1967 gegeben hatte. Brandt hatte darin ausdrücklich beteuert, dass es keine Ostpolitik hinter dem Rücken der heimatvertriebenen Landsleute geben werde.<sup>1073</sup>

### 3.6. Die SPD und die PSU: Auf der Suche nach neuen Wegen

In einer vom SPD-Parteirat am 11. Januar 1967 erstellten Vorlage mit der Überschrift „Richtlinien für Ostkontakte“, die ans SPD-Präsidium übergeben werden sollte, hieß es: *„Die Sozialdemokratie lehnt jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen ab.“* Abschließend wurden in dieser Vorlage die SPD-Vertreter trotzdem wohlweislich aufgefordert, bei derartigen Begegnungen die sozialdemokratische Auffassung zur Deutschlandfrage darzulegen, um dazu beizutragen, eine

<sup>1070</sup>: Hupka, Herbert, *Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen*, München 1994, S. 177-180.

<sup>1071</sup>: Reitzner, Almar, *Das Paradies läßt auf sich warten. Erinnerungen eines Sozialdemokraten*, München 1984, S. 182.

<sup>1072</sup>: Becher, Walter, *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*, München 1990, S. 313.

<sup>1073</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 6: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

offene Auseinandersetzung über die Zukunft Deutschlands in Gang zu bringen.<sup>1074</sup> Dazu hatte die SPD durch ihren Dialog mit der Kommunistischen Partei Italiens PSU<sup>1075</sup> bald Gelegenheit. Der SPD-PSU-Dialog wurde Ende 1967 von der PSU eingeleitet als Reaktion auf die neu justierte Ostpolitik der Großen Koalition, und weil Kontakte zur SPD von der PSU als nützlich erachtet wurden.<sup>1076</sup> Wehner erklärte am 4. April 1968 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises, dass die Gespräche mit der PSU sinnvoll seien. Sie würden dem Zweck dienen, die starre Position Ulbrichts in den Fragen der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu erschüttern.<sup>1077</sup> Die SPD hoffte, die PSU für einen indirekten Dialog mit Moskau und Ostberlin benutzen zu können.<sup>1078</sup> Zu dieser Einschätzung kommt auch Schmoeckel, der meint, dass die SPD versucht habe, auf dem Weg über eine große und auch in Moskau angesehene, aber nicht unbedingt in allen Fragen „ostblocklinientreue“ westeuropäische kommunistische Partei ihre eigenen Vorstellungen einer Deutschland- und Ostpolitik dem Osten nahe zubringen und Moskau, Ostberlin und andere östliche Nachbarn für ein Eingehen darauf zu gewinnen.<sup>1079</sup> Die Diskussion mit der PSU sollte in der Tat der SPD neue Wege eröffnen, um mit den Parteispitzen in Moskau und Osteuropa in Kontakt zu bleiben und dazu beitragen, die starre und harte Haltung der SED zu verändern.

Zu den Hauptverhandlungsakteuren der SPD beim SPD-PSU-Dialog gehörten der Chefredakteur der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ und später der SPD-Zeitung „Vorwärts“ Leo Bauer, der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Egon Franke und Egon Bahr. Vor allem Bahr, „*ein wirklich gefährlicher Mann*“, wie Kiesinger im Oktober 1967 befand<sup>1080</sup>, war dazu bereit, neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik zu beschreiten, wenn nötig auch über die PSU. Kiesingers Abneigung gegenüber Bahr war

<sup>1074</sup>: Vorlage des SPD-Parteirates 11.1.1967, S. 1-4, hier S. 1: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP. Seit Herbst 1966 war der SPD-Parteirat damit beschäftigt, diese Vorlage zu erstellen. Bereits im Oktober 1966 hatte der SPD-Parteirat in einem Entwurf erklärt, dass eine Kontaktaufnahme mit kommunistischen Organisationen vermieden werden müsse, da ein Erfolg solcher Kontaktaufnahmen illusorisch sei. Abdruck des Entwurfes, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, Protokolle des SPD-Parteirates V. WP.

<sup>1075</sup>: Auf einem Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens im Oktober 1968 wurde der bisherige Name Partito Socialista Unificato (PSU) durch die Bezeichnung Partito Socialista Italiano (PSI) ersetzt. Siehe dazu einen undatierten Bericht zu Ansehen und Lage der PSU in Italien, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0469.

<sup>1076</sup>: Siehe dazu auch: Schreib, Christiane, Die italienische Diskussion über die deutsche Ost- und Entspannungspolitik (1966-1973), Frankfurt a. M. 2001, S. 238-245. / Masala, Carlo, Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963-1969, Köln 1977<sup>2</sup>.

<sup>1077</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1078</sup>: Zu diesem Zweck habe es ab 1968 auch Kontakte zwischen der SPD und der Kommunistischen Partei Frankreichs gegeben, behauptet der Historiker Jochen Staadt. Die Aktenlage unterstützt diese Behauptung jedoch nicht. Siehe: Staadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 254.

<sup>1079</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 193.

<sup>1080</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 327.

offensichtlich. Der Kanzler wollte Anfang 1969 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Bahrs Ost- und PSU-Kontakten einberufen, den Brandt aber am 16. Januar durch einen persönlichen Brief an Kiesinger gerade noch abwenden konnte.<sup>1081</sup>

Ersten vorbereitenden Gesprächen zwischen SPD- und PSU-Vertretern im September und Oktober 1967 folgte Ende November die Reise von Bauer, Franke und Bahr nach Rom zu einem dreitägigen Treffen mit hohen PSU-Funktionären und dem PSU-Chef Luigi Longo. Gesprächsthemen waren unter anderem die Wiederezulassung der KPD in der Bundesrepublik, Gewaltverzichtserklärungen, Entspannung in Europa und die Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin.<sup>1082</sup> Erst im Januar 1968, also knapp zwei Monate später, erhielt Kiesinger von privater Seite erste Hinweise auf dieses geheimgehaltene SPD-PSU-Treffen in Rom.<sup>1083</sup> Der Christsoziale Guttenberg, Staatssekretär im Kanzleramt, forderte am 16. April den Kanzler in einem Brief auf, dass in diesem Zusammenhang BND-Berichte ergänzende Informationen liefern sollten.<sup>1084</sup> Der BND war wahrscheinlich eingeschaltet worden, denn im Oktober 1974 wurden im Bundestag die Vorgänge um den SPD-PSU-Dialog in den Jahren 1967/68 erneut diskutiert. Es ging darum, in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss die Bespitzelung der SPD durch den BND während der Großen Koalition zu klären. Auch Kiesinger wurde zum Untersuchungsausschuss eingeladen, um befragt zu werden.<sup>1085</sup>

Vom 1. bis zum 3. Februar 1968 waren Kiesinger und Brandt zu Besuch bei der italienischen Regierung in Rom. Der Chef des Kanzleramts, Karl Carstens, hatte bereits am 2. Januar in einem Papier die Themen zusammengefasst, die Kiesinger bei seinen Gesprächen mit der italienischen Regierung aufgreifen wollte, so unter anderem die Entspannungs- und Friedenspolitik und damit eingeschlossen die Deutschland- und Berlinpolitik.<sup>1086</sup> In Rom trafen Brandt und Kiesinger auf einem Empfang des

---

<sup>1081</sup>: Brandt an Kiesinger 16.1.1969, S. 1-3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1082</sup>: Timmermann, Heinz, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik - Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68. In: Ost-Europa, Band 6, 1971, S. 388-399, hier S. 393.

<sup>1083</sup>: Dies erklärte Kiesinger rückblickend am 4.4.1969 auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises. Trotz der Aufforderung von Wehner und Schmidt gab Kiesinger die Identität seines Informanten nicht preis. Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1084</sup>: Guttenberg an Kiesinger 16.4.1968, S. 1-8, hier S. 5: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>1085</sup>: Einladung für Kiesinger vom 18.10.1974 zum parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, S. 1-2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-311.

<sup>1086</sup>: Carstens' Themenzusammenfassung 2.1.1968, S. 1-2, hier S. 2: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilm signatur B136-3050.

italienischen Staatspräsidenten Sargat auch den PSU-Chef Longo.<sup>1087</sup> Zu einem wirklichen Gespräch zwischen Brandt und Longo kam es dabei aber nicht.<sup>1088</sup> Kiesinger, dem dies später von der SPD als ein „*längeres Gespräch*“<sup>1089</sup> vorgehalten wurde, wechselte ebenfalls nur wenige Worte mit Longo. Er erzählte am 6. Februar auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung, dass er in Rom mit Longo, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens gesprochen habe. Ein Anliegen der PSU sei, dass in der Bundesrepublik die Kommunistische Partei wieder zugelassen werde, berichtete der Kanzler und erklärte, er habe auf dieses Anliegen erwidert, dass es politisch überhaupt kein Problem sei und man könnte es an sich ohne Gefahr tun, nur müsste sich die Kommunistische Partei natürlich auch an die Verfassung der Bundesrepublik halten.<sup>1090</sup> Kiesinger reflektierte später, dass es sich ansonsten bei seinem Gespräch mit Longo lediglich um Smalltalk am Rande gehandelt habe.<sup>1091</sup>

Mitte Februar 1968 kam eine SED-Delegation aus Ostberlin nach Rom, um sich von der PSU berichten zu lassen, was die SPD an neuen deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen in ihren bisherigen Gesprächen mit der PSU dargelegt hatte.<sup>1092</sup> Die SPD hatte bereits in den Gesprächen mit der PSU ihre Bereitschaft angedeutet, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und den Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben. Ostberlin verlangte jedoch von der SPD Beweise, welche die Glaubhaftigkeit der Absichten der SPD untermauerten. Dabei ging es nicht nur um die Frage der Zulassung einer Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik, sondern auch um die Einflussmöglichkeiten von Kommunisten in den Gewerkschaften der Bundesrepublik sowie um das künftige Verhältnis zwischen den beiden Arbeiterparteien SPD und SED.<sup>1093</sup>

Der DDR-Staatschef Ulbricht verkündete am 3. Mai 1968 in einer Rede, dass die Zeit gekommen sei, offen und ehrlich zwischen den Vertretern der kommunistischen und so-

<sup>1087</sup>: Dies geht aus einer Ablaufbeschreibung von Kiesingers und Brandts Besuch in Rom vom 1.-3. Februar 1968 hervor, die das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vorab veröffentlicht hatte, S. 1-2, hier S. 2: BAK, Akten des Bundeskanzleramts V. WP, Mikrofilmsignatur B136-3050.

<sup>1088</sup>: Dies geht aus einem am 4.4.1968 veröffentlichten Kommuniqué des SPD-Präsidiums hervor, S. 1-4, hier S. 2: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP.

<sup>1089</sup>: Zitat des Sozialdemokraten Horst Ehmke, Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Kanzleramts, am 4.11.1971 in einer Fragestunde des Bundestages: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 77: Stenographische Berichte der 134.-152. Sitzung 1971, herausgegeben in Bonn, S. 8495-8548, hier S. 8531.

<sup>1090</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 6.2.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/2: S. 1-39, hier S. 13.

<sup>1091</sup>: Becher, Walter, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990, S. 314.

<sup>1092</sup>: Timmermann, Heinz, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik - Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68. In: Ost-Europa, Band 6, 1971, S. 388-399, hier S. 394.

<sup>1093</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 214.

zialdemokratischen Parteiführungen und Parteiorganisationen Besprechungen über die Einschätzung der Lage zu führen.<sup>1094</sup> Dieser Vorschlag konnte für Ulbricht zu einem nützlichen Instrument gegenüber der SPD werden, falls die SPD auf Ulbrichts Vorschlag nicht einging. Ein Verharren der SPD hätte Ulbricht nämlich das Argument geliefert, dass die SPD Kontakte zu kommunistischen Parteien nur unter Ausklammerung der SED, also zum Zwecke ihrer Isolierung, betrieb. Es folgten jedoch mehrere Gespräche zwischen der SPD-Delegation Bauer, Franke, Bahr und dem PSU-Chef Longo sowie Paul Verner, Mitglied des Zentralkomitees der SED und des SED-Politbüros. Alle befürworteten einen PSU-Vorschlag zur Problemlösung des KPD-Verbots in der Bundesrepublik, nämlich die Gründung einer neuen Kommunistischen Partei<sup>1095</sup>, die dann im Herbst 1968 als Deutsche Kommunistische Partei (DKP) auch neu in der Bundesrepublik gegründet wurde.<sup>1096</sup> Die Diskussion um die KPD-Wiedezulassung hatte im In- und Ausland einen immer breiteren Umfang angenommen.<sup>1097</sup> Die Legalisierung und Wiedezulassung der KPD wurden zunehmend als Prüfstein für eine deutsche Entspannungspolitik sowie als dringendes demokratisches Erfordernis gewertet.<sup>1098</sup>

Da die SPD ihre Gesprächsthemen mit der PSU und der SED unter Verschluss hielt und nicht offen diskutierte, gibt es kaum einen Hinweis darauf, ob die SPD-Führung tatsächlich dazu bereit war, die Chancen kommunistischer Aktivität in der Bundesrepublik herauszufinden. Es existiert jedoch eine Quelle, welche ein wenig Aufschluss in diesem Zusammenhang gibt. Wehner hatte sich zu Beginn des Jahres 1968 an Kiesinger und Barzel mit der Bitte gewandt, dass man überprüfen möge, ob man den Kommunisten in der Bundesrepublik Diskussionsfreiheit gewähren könnte. Damit war die Zulassung einer Kommunistischen Partei angesprochen. Barzel erklärte daraufhin am 15. Februar in einem Brief an Kiesinger, dass er hinsichtlich der Tätigkeit einer erneuerten Kommunistischen Partei oder einzelner Kommunisten in der Bundesrepublik weder eine Möglichkeit noch einen Anlass sehe, die Lage zu verändern, wie sie durch

<sup>1094</sup>: Bahrs Aufzeichnung vom 10.5.1968, in der Ulbrichts Zitat aufgeführt ist: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

<sup>1095</sup>: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 214.

<sup>1096</sup>: Zur Gründung der DKP siehe: Roik, Michael, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984, Paderborn 2006, S. 73-88. Am 17.12.1968 erklärte die DKP in einem "offenen Brief" an die Mitglieder der SPD, das Ziel der DKP sei die Einigung der Arbeiterklasse gegen die herrschende Klasse. Kopie des "offenen Briefes" der DKP, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0472-PV-99/472.

<sup>1097</sup>: Kleßmann, Christoph / Wagner, Georg (Hrsg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993, S. 234-235.

<sup>1098</sup>: Demgemäß äußerte sich zum Beispiel der Initiativausschuss für die Wiedezulassung der KPD am 24.10.1967 in einem Brief an Barzel, S. 1-3, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-359.



das Urteil des Bundesverfassungsgerichts normiert sei. Sollte Wehner wirklich den Kommunisten Diskussionsfreiheit in der Bundesrepublik einräumen wollen, wäre dies wiederum eine einseitige deutsche Vorleistung ohne Gegenleistung der anderen Seite. Barzel ergänzte, er sei prinzipiell in allen Ost-West-Fragen der Meinung - ob es sich um Zeitungsaustausch oder Atomwaffensperrvertrag handele -, dass die Frage der Gegenleistung gestellt werden müsse.<sup>1099</sup>

Im März 1968 fand ein weiteres längeres Treffen zwischen der SPD-Delegation Bauer, Franke, Bahr und PSU-Vertretern in München statt.<sup>1100</sup> Dabei ist auffällig, dass die Kontakte zwischen den Repräsentanten beider Parteien sehr viel leichter möglich zu sein schienen, als man es wegen der Blockadehaltung der kommunistischen Staats- und Parteiführer auf der Karlsbader Konferenz vom April 1967 eigentlich hätte erwarten müssen. Die PSU-Repräsentanten bezogen sich zwar auf diese Konferenz, aber sie verlangten von der deutschen Seite keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und es reichte ihnen aus, wenn die Deutschen die bestehenden Grenzen im Rahmen eines Gewaltverzichts hinnahmen. Auf weitere Vorleistungen bestanden die PSU-Repräsentanten nicht und kamen damit Brandt sehr entgegen, der zwar auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März 1968 erklärt hatte, Bonn habe die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, jedoch einen Monat später wohlweislich in einer Rede hinzugefügt hatte, dass Bonn zwar über alle sowjetischen und osteuropäischen Forderungen zu verhandeln bereit sei, sie allerdings nicht als Vorbedingungen für Verhandlungen akzeptieren könne.<sup>1101</sup>

Es war schwierig, genauere Angaben über die Resultate der Kontakte und die Inhalte der Gespräche zwischen SPD und PSU zu erhalten, da sich die SPD-Führung für eine „*lautlose Arbeit*“<sup>1102</sup> entschieden hatte und möglichst wenig an die Öffentlichkeit dringen lassen wollte. Erst als Ende März 1968 deutsche Zeitungen erstmals auf die Existenz von Kontakten zwischen SPD und PSU - sowohl das Treffen in Rom als auch das in München wurden genannt - hinwiesen, veröffentlichte der SPD-Pressedienst am 2. April einen Kommentar zum SPD-PSU-Dialog mit der Überschrift „Ein Infor-

<sup>1099</sup>: Barzel an Kiesinger 15.2.1968, S. 1-2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-002.

<sup>1100</sup>: Staadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 254.

<sup>1101</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 325.

<sup>1102</sup>: Staadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 254.

mationsgespräch“, in welchem nur das SPD-PSU-Treffen in Rom erwähnt wurde.<sup>1103</sup> Das SPD-Präsidium gab am 4. April nach einer Sitzung ein Kommuniqué über das SPD-PSU-Treffen in Rom heraus, das zweite Treffen in München wurde darin ebenfalls nicht erwähnt. Zu den SPD-PSU-Gesprächen in Rom wurde einzig gesagt, dass die deutschen Gesprächspartner die Politik der Bundesregierung und der SPD wiedergegeben und interpretiert hätten. Abmachungen seien dabei jedoch nicht getroffen worden.<sup>1104</sup>

Kiesinger sprach nun Wehner auf beide Treffen zwischen SPD und PSU an, der ihm daraufhin nur die Kopie einer SPD-Aufzeichnung über das erste Treffen zwischen SPD und PSU in Rom übergab. Die Information über den Inhalt der Gespräche auf dem mehrtägigen Treffen in Rom sei in dieser kopierten Aufzeichnung, zumindest im Hinblick auf das dortige Vorbringen der SPD, höchst unvollständig gewesen, berichtet rückblickend Kiesingers ehemaliger Mitarbeiter Schmoeckel.<sup>1105</sup> Dieser hatte am 10. Mai 1982 in einem Vermerk für Kiesinger über den Verbleib der Original-Aufzeichnungen der SPD über die SPD-PSU-Kontakte 1967/68 festgestellt: *„Diese Dokumente sind nicht im Archiv Kiesinger im Bundeshaus aufbewahrt. Vermutlich befinden sie sich in der Registratur des Bundeskanzleramts oder im Zwischenarchiv des Bundesarchivs in St. Augustin (für ältere Akten, für die aber die 30 Jahresfrist der Freigabe zur wissenschaftlichen Einsichtnahme noch nicht abgelaufen ist). .... Unter diesen Umständen dürfte es überflüssig sein, im Bundeskanzleramt nach den Originalen der von BM Wehner Ihnen damals übergebenen Dokumente zu suchen. Eine solche Suche könnte u. U. auch heute noch politisch brisant sein, denn es ist nicht auszuschliessen, daß mir entweder die Einsichtnahme verweigert wird, oder daß diese Akten vor einer Einsichtnahme durch mich einer unauffälligen “Säuberung“ unterzogen werden.“*<sup>1106</sup> Ein deutliches Anzeichen dafür, wie weit die SPD-PSU-Kontakte nachwirkten, und welche Brisanz in ihnen gesteckt hatte.

Da sich die SPD nach den ersten Pressemeldungen über die SPD-PSU-Kontakte in ihrer Informationspolitik taktisch unklug verhielt und sich bemühte, die Geheimgespräche mit der PSU zu einer Privatsache der beteiligten Sozialdemokraten herunter-

<sup>1103</sup>: Dies geht aus einer schriftlichen Vorlage der SPD-Pressestelle für die SPD-Präsidiumssitzung am 4. 4.1968 hervor, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP.

<sup>1104</sup>: Kommuniqué des SPD-Präsidiums 4.4.1968, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP.

<sup>1105</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 190.

<sup>1106</sup>: Schmoeckels Vermerk für Kiesinger 10.5.1982: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-311.

zuspielen<sup>1107</sup>, entstanden unnötigerweise zahlreiche Gerüchte. Nach der Aufregung im April 1968 beruhigte sich das aufgeheizte Klima in der Großen Koalition zwar wieder, doch es blieb ein tiefes Misstrauen zwischen CDU/CSU und SPD zurück. Leo Bauer nahm im Februar 1969 zwar für die SPD an einem PSU-Parteitag teil<sup>1108</sup>, weitere Treffen zwischen SPD und PSU scheint es aber nach Aktenlage bis Ende 1969 nicht gegeben zu haben. SPD und PSU waren wohl übereingekommen, bis nach der Bundestagswahl im Herbst 1969 eine Denkpause einzulegen. Offenbar, so meinte der Historiker Heinz Timmermann später, habe die SPD nach diesem Datum eher eine Chance gesehen, nunmehr ohne die Einmischung eines Seniorpartners die nächste Etappe anzuviesieren.<sup>1109</sup>

Organisatorische Konsequenzen hatte der SPD-PSU-Dialog aber durchaus für die parlamentarische Arbeit der Großen Koalition. Ein Aufsatz des christsozialen Bundestagsvizepräsidenten Richard Jaeger mit der Überschrift "Wer die Feinde des Staates berät, darf nicht Oberhaupt des Staates werden", den die CSU-Landesgruppe am 28. November 1968 in der "Münchener Abendzeitung" veröffentlicht hatte, und der sich auf den SPD-PSU-Dialog und den SPD-Bundespräsidentenkandidaten für die nächsten Bundespräsidentenwahl im März 1969, Bundesjustizminister Gustav Heinemann, ausdrücklich bezog, hatte bei der SPD großen Unmut erregt. Schmidt informierte am 3. Dezember 1968 in einem Brief Barzel, dass die SPD-Fraktion es ausdrücklich billigen werde, was die im Plenum anwesenden Kollegen im Einvernehmen mit der Fraktionsführung spontan in Aussicht genommen hätten und was durch Schmidt inzwischen auch der Presse bekannt geworden sei, nämlich den stillschweigenden Auszug aus dem Plenum für den Fall, dass der Bundestagsvizepräsident Jaeger präsidieren sollte.<sup>1110</sup> Schmidt bezeichnete am selben Tag auf einer Sitzung des Kreißbronner Kreises Jaegers Aufsatz als einen Rückfall in die Methoden des politischen Kampfes der 1950er Jahre. Jaeger sah aber keinen Grund, sich auf dieser Sitzung zu entschuldigen.<sup>1111</sup> Darüber sehr verärgert, fragte der "Vorwärts" des selbigen Tages in einem Artikel, wie die Partei des Franz

---

<sup>1107</sup>: Der SPD-Vorstandssprecher betonte Anfang April 1968, dass die an den Gesprächen mit der PSU beteiligten deutschen Politiker zwar als Sozialdemokraten, aber in eigener Verantwortung gehandelt hätten: Siehe dazu den Anhang für die SPD-Präsidiumssitzung am 4.4.1968: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP.

<sup>1108</sup>: Staadt, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 254.

<sup>1109</sup>: Timmermann, Heinz, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik - Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68. In: Ost-Europa, Band 6, 1971, S. 388-399, hier S. 394.

<sup>1110</sup>: Schmidt an Barzel 3.12.1968, S. 1-3, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-359.

<sup>1111</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-4, hier S. 1 und 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

Josef Strauß, die ja zugleich die Partei Richard Jaegers und des "Bayern-Kuriers" sei, es im kommenden Bundestagswahlkampf mit der Methode des Verteufelns politischer Gegner halten wolle.<sup>1112</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen der CDU/CSU und der SPD über den SPD-PSU-Dialog hinterließen den Eindruck, dass sich die deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen der Koalitionspartner immer weiter auseinander entwickelten. Auch wenn die Spitzenpolitiker der Regierungsparteien offiziell verkündeten, dass sie sich weiterhin an der in Kiesingers Regierungserklärung aufgezeigten Generallinie orientierten, wuchsen doch innerhalb der Koalition die Spannungen zunehmend. Die CDU/CSU tendierte immer mehr dazu, die deutschland- und ostpolitischen Ambitionen der SPD argwöhnisch zu beobachten und möglichst einzuschränken.

Brandt schilderte bereits am 18. August 1967 in einer Rede auf einem Landesparteitag der SPD in Bremen, wer von einer sozialdemokratischen Kampagne gegen den Kanzler spreche - die es nicht gebe -, solle sich einmal die fast gleichlautenden Kommentare in rheinischen und bayerischen Wochenblättern und sogar in den offiziellen Organen der Unionsparteien gegen die außenpolitischen Erklärungen und Bemühungen des Sozialdemokraten Brandt ansehen. Das sehe viel eher nach einer konzertierten Aktion aus als die Randbemerkungen einiger sozialdemokratischer Politiker.<sup>1113</sup> Brandt wiederholte die Kritik am 7. März 1968 auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises, in der er zahlreiche Artikel des "Bayernkuriers", die sich insbesondere gegen seine Außenpolitik richteten, ansprach.<sup>1114</sup> Er beschwerte sich am 30. Juli erneut in einem Brief an Kiesinger darüber, dass seit geraumer Zeit eine Kampagne gegen seine Außenpolitik im Gange sei, an der sich der "Bayernkurier" für die CSU und Teile der CDU beteiligten. Warnend fügte Brandt hinzu, alle Beteiligten sollten wissen, dass die SPD ihren Vorsitzenden nicht im Stich lasse. Es ginge aber gar nicht um ihn, sondern ebenso sehr um Kiesingers Regierungserklärung. Missfallen an der Großen Koalition und ihrer politischen Linie könne man natürlich durch Angriffe auf den Außenminister abreagieren. Der Koalition und ihrer Arbeit könne das allerdings nicht gut bekommen, warnte Brandt.<sup>1115</sup> Daraufhin appellierte Kiesinger am 24. September auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises an alle Beteiligten, jegliche Polemik zu unterlassen.<sup>1116</sup> Es half nichts, auch Schmidt beklagte wiederholt am 26. November vor dem gleichen Gremium

<sup>1112</sup>: Text des "Vorwärts"-Artikels: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-359.

<sup>1113</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1537-1540, hier S. 1538.

<sup>1114</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1115</sup>: Brandt an Kiesinger 30.7.1968, S. 1-3, hier S. 2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1116</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-3, hier S. 3: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

die anhaltenden polemischen Angriffe von Strauß und dessen „Bayernkurier“ gegen die SPD.<sup>1117</sup> Kiesinger war ratlos und äußerte am 2. Juni 1969 auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises, dass Strauß ein Einzelfall sei. Er betonte dabei, dass er der Kanzler sei, nicht der Parteivorsitzende von Bundesminister Strauß.<sup>1118</sup>

Eins machten die Streitereien in der Großen Koalition über die SPD-PSU-Kontakte, über Brandts Nürnberger Parteitagserklärung zur Oder-Neiße-Grenze, über den Atomwaffensperrvertrag und über andere deutschland- und ostpolitische Themen sowie die durch diese Streitereien angespannte Atmosphäre zwischen CDU/CSU und SPD deutlich, nämlich wie gering das Vertrauen war, welches die Regierungsparteien 1968 noch zueinander besaßen. Darüber hinaus wurde durch die Diskussion über die SPD-PSU-Kontakte offensichtlich, dass es konträre deutschland- und ostpolitische Generallinien bei den im Bundestag vertretenen Parteien gab, und die SPD in diesem Zusammenhang auch nicht davor zurückschreckte, ungewöhnlichen Wege zu gehen, um ihre Konzeptionen auszuloten.

#### **4. Die Deutschland- und Ostpolitik im Spannungsfeld konträrer Generallinien der im Bundestag vertretenen Parteien**

*„Manchmal habe ich das Gefühl bei diesen Gesprächen, daß sich unter demselben Satz zwei grundverschiedene Auffassungen verbergen.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>1119</sup>

Zwischen 1949 und 1974 gab es vier Kanzler in der Bundesrepublik. Die Union büßte in diesem Zeitraum schrittweise ihre Vormachtsstellung ein. Sie musste sich vom „Kanzlerwahlverein“<sup>1120</sup> in eine Mitgliederpartei mit moderner Administration verwandeln, während die SPD nach langer Oppositionszeit endlich ihre Regierungsfähigkeit auf Bundesebene beweisen wollte. Dazu näherte sich die SPD den politischen Generallinien der CDU/CSU zunächst an. Somit war es, wie bei den meisten anderen Politikbereichen auch, bei den Koalitionsverhandlungen im November 1966 möglich gewesen, auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik eine gemeinsame Basis

<sup>1117</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 4: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1118</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-18, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1119</sup>: Zitat Kiesinger bezüglich der deutschland- und ostpolitischen Gespräche während der Koalitionsverhandlungen im November 1966, welches Schmidt in seinen Aufzeichnungen über die Gespräche der SPD mit den Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und FDP festgehalten hatte, S. 1-84, hier S. 43: AdsD, Depositum Helmut Schmidt, Ordner 5077.

<sup>1120</sup>: Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004, S. 24.

zwischen CDU/CSU und SPD herauszukristallisieren. Da bei diesen Koalitionsverhandlungen eine eindeutige gemeinsame Positionierung zum Atomwaffensperrvertrag ausgeblieben war und über viele Detailfragen zur Deutschland- und Ostpolitik erst noch weiter gesprochen werden musste, war der geschaffene Konsens nur bedingt belastbar. Hinzu kam, dass beide Seiten mit starken Persönlichkeiten bestückt waren, die sich außenpolitisch oft gegenseitig blockierten, wie auch Bahr in seinen Memoiren rückblickend durchaus selbstkritisch einräumt.<sup>1121</sup>

Daher musste jeder gemeinsame Schritt auf dem schwierigen Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik behutsam angegangen werden. Im Laufe der folgenden drei Jahre zeigten sich dabei immer größer werdende konzeptionelle Differenzen, und diese wurden, je mehr es auf die nächste Bundestagswahl zuing, von beiden Seiten der jeweils anderen vorgehalten. Kiesinger betitelte die SPD im Hinblick auf die DDR als eine „*Anerkennungspartei*“<sup>1122</sup> und warf ihr eine illusionäre Ostpolitik vor, die in wenigen Monaten zerstören könne, was zwanzig Jahre gehalten habe: Die uneingeschränkte Unterstützung der freien Welt für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Der Bundesminister für Vertriebene, Kai-Uwe von Hassel, brachte die SPD im Hinblick auf die DDR gar in Zusammenhang mit einer „*Anerkennungsbewegung*“.<sup>1123</sup>

Brandt hingegen beklagte sich über rückwärtsgerichtete Kräfte in der CDU/CSU und deren verbalen Ausführungen, die eine konsequente Entspannungspolitik behindern würden. Er gestand jedoch am 30. Juli 1968 in einem Brief an Kiesinger ein, dass es auch aus den Reihen der SPD unbedachte Äußerungen gegeben habe.<sup>1124</sup> Schmidt bestätigte am 17. Oktober in einem Brief an Strauß ebenfalls, dass es auch bei der SPD verbale Entgleisungen gegeben habe.<sup>1125</sup> Dabei behauptete die SPD, dass die CDU/CSU und der Kanzler hinter die einmal gemeinsam beschlossene und in Kiesingers Regierungserklärung verkündete deutschland- und ostpolitische Linie zurückgewichen seien.

<sup>1121</sup>: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, 1996<sup>2</sup>, S. 215.

<sup>1122</sup>: Kiesinger hatte diesen Begriff erstmals am 9.10.1967 auf einer CDU-Vorstandssitzung gebraucht: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-16/5: S. 1-131, hier S. 11. Zuvor hatte der CDU-Abgeordnete Ernst Majonica, Vorsitzender des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen, am 25.8. in einem Fernsehinterview diesen Begriff öffentlich genannt. Text des Interviews: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, V. Reihe, Band 1/1966-67, S. 1553-1555, hier S. 1553. Nach einer Definition der CDU verfügte diese „*Anerkennungspartei*“, die SPD, über vier Fraktionen unterschiedlicher Größe: „*Die erste wünscht die Anerkennung der „DDR“ aus ideologischen Gründen im weitesten Sinne dieses Begriffes. Die zweite besteht aus Pazifisten, Wehrdienstgegnern und verwandten Vereinigungen. Die dritte setzt sich aus selbsternannten Realpolitikern mit divergierenden Auffassungen zusammen. Die vierte endlich argumentiert deutschnational und existiert in allen Parteien.*“ Nachzulesen bei: Reddemann, Gerhard, *Die Anerkennungspartei*. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), *Die Politische Meinung*, 1969, S. 4-18, hier S. 8.

<sup>1123</sup>: Zitat von Hassel am 15.12.1967 auf einer CDU-Präsidiumssitzung: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-2, hier S. 2.

<sup>1124</sup>: Brandt an Kiesinger 30.7.1968, S. 1-3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1125</sup>: Schmidt an Strauß 17.10.1968, S. 1-4, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 15.

Umgekehrt klagten die Unionsparteien, die SPD nutze trotz dieser beschlossenen Linie hinter dem Rücken des Koalitionspartners alle Möglichkeiten, um eine andere konzeptionelle Linie im Osten auszuloten. Gemeint war vor allem der SPD-PSU-Kontakt.

Neben den konzeptionellen Differenzen wuchs auch der Konkurrenzdruck zwischen den Koalitionspartnern. So ärgerte man sich in der CDU/CSU über die Versuche der SPD, sich den alleinigen Verdienst an den Erfolgen in der Deutschland- und Ostpolitik zuzuschreiben. In seinem am 18. März 1968 fertig gestellten Rechenschaftsbericht für den Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März warf Brandt den bisherigen Bundesregierungen Versäumnisse vor und meinte, dass es ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD weder eine Antwort auf den Stoph-Brief mit konkreten Angeboten noch eine Politik des Gewaltverzichts gegeben hätten.<sup>1126</sup> Eine Nürnberger SPD-Parteitagsentschließung vom 21. März sprach gar von fast zwei Jahrzehnten selbstzufriedener Machtausübung der CDU/CSU. Jetzt sei jedoch die SPD zur richtungsweisenden politischen Kraft in der Bundesrepublik geworden, hieß es.<sup>1127</sup> Die CDU/CSU wehrte sich zwar vehement gegen diese Ausführungen der SPD, doch in der Öffentlichkeit hatte sich die SPD immer mehr als deutschland- und ostpolitischer Vordenker positioniert und profiliert.

Am 2. September 1969, während der Bundestagswahlkampf in die Endphase lief, bilanzierte Brandt in einer Rede zur Deutschland- und Ostpolitik: *„Wir könnten heute weiter sein, als wir es sind. Der Grund hierfür liegt ... zum Teil auch an jenen deutschen Politikern, die einige ihrer inzwischen friedlich verstorbenen heiligen Kühe nicht begraben wollten.“*<sup>1128</sup> Brandt wiederholte im selben Monat in einem Interview gegenüber dem *„Spiegel“*, dass die CDU/CSU trotz besserer Einsicht vieler ihrer Leute ihre schon toten heiligen Kühe, also ihre alten längst hinfällig gewordenen deutschland- und ostpolitischen Denkmodelle und Konzepte, einfach nicht beerdigen wolle. Der Kanzler sei offensichtlich nicht in der Lage, die Beerdigung der heiligen Kühe zu erzwingen, obwohl er wisse, dass sie tot seien.<sup>1129</sup> Das Schlachten dieser heiligen Kühe hatte Bahr bereits am 20. Dezember 1966 in einem Positionspapier gefordert: *„Also das Schlachten der heiligen Kühe muß erst noch passieren. Dies ist, abgesehen von der objektiven Notwendigkeit, über die wir uns seit langem im klaren sind, auch die beste Methode, um*

<sup>1126</sup>: Brandts Rechenschaftsbericht 18.3.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 460-466, hier S. 460-461.

<sup>1127</sup>: SPD-Parteitagsentschließung 21.3.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 480-488, hier S. 485-486.

<sup>1128</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-5, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 321.

<sup>1129</sup>: *„Spiegel“*, Nr. 39 vom 22.9.1969, S. 39-52, hier S. 52.

*das, was in diesem Land liberal ist, mit der SPD und der eingegangenen Koalition zu versöhnen.*<sup>1130</sup>

Im Hinblick auf diese inneren Schwierigkeiten, Krisen und konzeptionellen Streitereien entsteht automatisch die Frage, ob denn die Große Koalition überhaupt etwas leisten konnte. Aber Probleme sind für die im Staat Regierenden dazu da, um gelöst zu werden. Es gab in den Jahren 1966-1969 durchaus auch längere Zeiten ohne koalitionsinterne Streitereien. Den handelnden Politikern war bewusst, dass diese Regierung nicht platzen durfte, nachdem sich die Bundesregierung Erhard schon im Herbst 1966 in einer großen Krise aufgelöst hatte. Eine neue Regierungskrise hätte sicherlich die schon im Herbst 1966 drohende Staatskrise ausgelöst. CDU/CSU und SPD hätten damit ihre Unfähigkeit zur sachlichen Lösung politischer Probleme demonstriert. Es war das Pflichtgefühl von CDU/CSU und SPD für die Bundesrepublik, die beide Parteien seit 1949, wenn auch von verschiedenen Positionen aus, gemeinsam aufgebaut hatten, aber auch ihre Partikularinteressen, die sie zwangen, die Große Koalition mit möglichst großem sachlichen Erfolg zu Ende zu führen, mochten die Schwierigkeiten auch noch so gewaltig sein. Sicherlich hätte manchmal der eine oder der andere Parlamentarier wegen der deutschland- und ostpolitischen Differenzen am liebsten die Koalition vorzeitig aufgelöst, was aber nicht passiert ist. Die konträren deutschland- und ostpolitischen Generallinien der während der Großen Koalition im Bundestag vertretenen Parteien können nun auf Grund der bisher breit durchgeführten Analyse kurz aber prägnant herausgefiltert werden.

#### **4.1. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der CDU**

*„Die Große Koalition selbst ist natürlich - ich kann es nur immer wieder sagen - eine äußerst schwierig zu handhabende Sache, weil die beiden großen Parteien sich ja nicht selbst aufgegeben haben, weil sie geblieben sind, was sie sind, so daß die Entwicklung eines geschlossenen gemeinsamen politischen Programms sehr schwer ist.“*

Kurt Georg Kiesinger<sup>1131</sup>

Der sowjetische Botschafter Zarapkin erläuterte am 1. August 1966 in einem Gespräch mit Altkanzler Adenauer, es sei eine Grundlage der sowjetischen Politik, dass es keinen

<sup>1130</sup>: Bahrs Positionspapier 20.12.1966: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

<sup>1131</sup>: Zitat Kiesinger am 9.10.1967 auf einer CDU-Vorstandssitzung: ACDP, Protokolle des CDU-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 07-001-16/5: S. 1-131, hier S. 8.



Umbruch, keine Revision und keine Änderung dessen geben dürfe, was als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, den Deutschland begonnen habe, in Europa entstanden sei. Ziapkin hob hervor, die sowjetische Regierung glaube, dass eine Einigung und Entspannung in Europa nur möglich sei, wenn der Status quo und damit die derzeit bestehenden Grenzen geachtet und auf jeden Versuch, die Grenzen zu verändern, verzichtet werde.<sup>1132</sup> Doch der Status quo in Deutschland war für die CDU seit der Gründung der Bundesrepublik inakzeptabel.

Guttenberg beschrieb am 23. September 1966 im Bundestag die Ausgangssituation aus der Sicht der CDU/CSU. Er schilderte, dass es die Gretchenfrage an die deutsche Politik sei, ob die Deutschen einer sogenannten Entspannung zustimmen könnten, die um den Preis der Hinnahme des Status quo gewonnen werden solle. Guttenberg bemerkte, dass ein Deutschland, ja ein Europa, das sich mit dem Status quo der Teilung abfinden wolle, sich selbst preisgegeben hätte.<sup>1133</sup> Auch wenn der CDU-Vorsitzende Kiesinger im März 1967 im Bundestag Verhandlungsgeschick und pragmatische Lösungen für die Deutschland- und Ostpolitik gefordert hatte<sup>1134</sup>, waren Verzichtspitionen ohne Gegenleistung nicht die Politik der Union, wie Barzel am 25. März 1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung festhielt.<sup>1135</sup>

Obwohl Kiesinger am 24. April 1967 in einem Brief an Brandt mitgeteilt hatte, dass in der Zusammenarbeit der letzten Monate eine Übereinstimmung in der Beurteilung der großen Linien der gemeinsamen Politik immer wieder neu zutage getreten sei<sup>1136</sup>, und obwohl auch Brandt daraufhin am 6. November in einem Brief an Kiesinger den dringenden Wunsch geäußert hatte, dass an den Grundlinien der vereinbarten Politik festgehalten werde<sup>1137</sup>, wehrten sich die CDU und ihr Vorsitzender Kiesinger dagegen, durch immer neue Äußerungen von SPD-Politikern im In- und Ausland den Eindruck entstehen zu lassen, dass sich die Bundesregierung der sowjetischen Forderung nach der

---

<sup>1132</sup>: Aufzeichnung des Gespräches, S. 1-7, hier S. 4-5: ASBAH, Nachlass Konrad Adenauer, Aktengruppe II, Mikrofilmsignatur 106.

<sup>1133</sup>: Bundestagssitzung 23.9.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 62: Stenographische Berichte der 46.-77. Sitzung 1966, herausgegeben in Bonn, S. 2881-2926, Guttenberg S. 2913-2918, hier S. 2914.

<sup>1134</sup>: Materialsammlung "Sachstand der Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung" vom 12.10.1967, S. 1-57, hier S. 8: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-61793.

<sup>1135</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 25.3.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1018/1: S. 1-63, hier S. 2.

<sup>1136</sup>: Kiesinger an Brandt 24.4.1967, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1137</sup>: Brandt an Kiesinger 6.11.1967, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

endgültigen Annerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und damit des Status quo in Deutschland immer mehr beuge.

Während die SPD in der Deutschland- und Ostpolitik für größere inhaltliche Beweglichkeit und mehr Gesprächsbereitschaft mit Ostberlin und Moskau plädierte, überwog in der CDU die Besorgnis, dass die Sozialdemokraten die in der Adenauer-Ära von der CDU erstellten deutschland- und ostpolitischen Richtlinien aufgeben und sich als neue deutschland- und ostpolitische Strategen besonders profilieren wollten. Die CDU wollte ihre in der Adenauer-Ära geformten außen-, bündnis- und deutschlandpolitischen Generallinien nicht preisgeben und ließ nur über geringe Kurskorrekturen mit sich reden. Kiesinger sagte in diesem Zusammenhang am 24. April 1969 in einer Rede in Düsseldorf, dass man Geduld und einen langen Atem benötige. Dies sei jedoch leider nicht die Haupttugend des deutschen Volkes. Deswegen rufe er auch auf, diese Tugend zu üben.<sup>1138</sup>

Doch die CDU stellte nun durchgängig seit 1949 den Bundeskanzler, und die Geduld vieler in der SPD und in der deutschen Öffentlichkeit war erloschen. Der Ruf nach neuen Wegen in der Deutschland- und Ostpolitik wurde zunehmend lauter. Aber die CDU wollte sich nicht von ihrer alten Generallinie der Nichtanerkennung des Status quo in Deutschland lösen und lief damit den internationalen Entspannungstendenzen hinter her. Kiesinger gestand am 19. Januar 1968 in einer Rede auf einem CDU-Parteitag in Berlin ein: *„Die Welt bewegt sich rasch. Allein wenn ich zurückdenke an den 1. Dezember 1966, und was seitdem geschah, beweist es mir wieder aufs neue, daß wir in einer Zeit leben, hinter deren Entwicklungen und Erkenntnissen wir atemlos herlaufen.“*<sup>1139</sup>

Über das Ausmaß der deutschen Anpassung an den internationalen Entspannungsprozess bestanden erhebliche Meinungsunterschiede zwischen CDU und SPD, wie unter anderem der nicht zu klärende Koalitionsstreit über den deutschen Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag deutlich dokumentierte. Kiesinger teilte am 18. Juni 1968 auf einer Sitzung des Kreßbronner Kreises mit, in Washington sei der Eindruck entstanden, dass von den Parteien der Großen Koalition unterschiedliche Auffassungen vertreten würden. Er betonte, die Lage sei ernst, und es komme darauf an, dass eine deutliche und energische Sprache gesprochen werde.<sup>1140</sup> Doch eine deutliche und gemeinsame Sprache der Koalitionspartner war nahezu unmöglich. Denn die CDU lehnte die für eine

<sup>1138</sup>: Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger. Sein Leben und sein politisches Wirken, Stuttgart 2006, S. 91.

<sup>1139</sup>: Abdruck von Kiesingers Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 84-90, hier S. 89.

<sup>1140</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-3, hier S. 1-2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

europäische Entspannung notwendige Anerkennung des Status quo in Deutschland ab, so wie es schon eh und je die Generallinie der CDU gewesen war. Die SPD war jedoch mittlerweile bereit, den Status quo im Zuge der europäischen Entspannungsbestrebungen anzuerkennen. Hierin lag der fundamentale Dissens zwischen CDU und SPD, der eine gemeinsame Deutschland- und Ostpolitik zunehmend erschwerte.

Als größter konzeptioneller Dissens in der Großen Koalition entwickelten sich die gegensätzlichen Auffassungen in der Deutschlandpolitik. Dort traten konträre Vorstellungen von CDU und SPD über den Handlungsspielraum zwischen dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch und der vom DDR-Regime geforderten vorbehaltlosen Anerkennung der Zweistaatlichkeit immer stärker in den Vordergrund. Am 5. Oktober 1967 teilte Barzel Kiesinger in einem Brief seinen Vorbehalt gegen Brandts Deutschlandkonzeption mit und warnte, Brandt habe offenbar das Ziel, dass sich aus einem geregelten Nebeneinander irgendwann ein sozialistisches Miteinander ergebe.<sup>1141</sup>

Die CDU lehnte eine Anerkennung und ein Miteinander mit der DDR strikt ab, auch wenn sie den Stoph-Kiesinger-Briefwechsel mitgetragen hatte. Kiesinger erklärte am 14. November 1967 in einer Rede vor hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU, dass er nicht bereit sei, viel weiterzugehen, als bisher gegangen worden sei. Solange er Kanzler sei, werde er weder „*das Regime drüben*“ noch „*die sogenannte Oder-Neiße-Linie*“ anerkennen.<sup>1142</sup> Der Kanzler und CDU-Vorsitzende Kiesinger konnte und wollte, genau wie seine Partei, sich nicht von der Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze lösen, was auch die Ostpolitik erschwerte.

Auf dem Gebiet der Ostpolitik gab es in der Großen Koalition immer wieder Streit über die Formen der Kontaktaufnahme sowie über die Inhalte von denkbaren Vereinbarungen mit dem Kreml und den osteuropäischen Staaten. Zwar versuchte die Bundesregierung der Großen Koalition, mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bilaterale Abkommen über einen gegenseitigen Gewaltverzicht abzuschließen, aber die bundesdeutsche Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze verhinderte

---

<sup>1141</sup>: Barzel an Kiesinger 5.10.1967, S. 1-3, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-A-002.

<sup>1142</sup>: Kiesingers Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 4-5: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-024/2.

hier einen Durchbruch. Auch musste nach neuen Handlungsspielräumen gesucht werden, nachdem der deutsche Versuch, Moskau über die osteuropäischen Staaten zu umgehen, von der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Staats- und Parteiführer im April 1967 abgeblockt worden war. Dabei wurde die Frage, welche Vorgehensweise zu wählen sei, um eine Verbesserung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ohne eine Preisgabe der bisherigen Rechtsstandpunkte - vor allem der Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze - zu erreichen, mit sehr konträren Auffassungen von CDU und SPD debattiert.

Der Kanzler geriet somit in die schwierige Situation, zwischen den Fronten zu stehen, weil in der CDU und CSU erhebliche Vorbehalte gegen die ostpolitischen Denkmodelle der SPD existierten. In der CDU und CSU regte sich immer mehr Widerstand gegen einen Wandel der alten ostpolitischen Generallinien. Immer mehr CDU/CSU-Parlamentarier wollten nun sicherstellen, dass die traditionellen ostpolitischen Richtlinien nicht preisgegeben werden. Dies zwang den Kanzler permanent dazu, gegenüber der CDU/CSU-Fraktion den Kurs der von ihm und Brandt geführten Außenpolitik zu rechtfertigen und seine Überzeugungskunst einzusetzen, um seine Fraktion zur Unterstützung dieses Kurses zu bewegen. Dies gelang Kiesinger in einigen Fällen, in anderen jedoch nicht oder nur schleppend, wodurch wiederum Konflikte zwischen der CDU/CSU und der SPD hervorgerufen wurden. Den internen Widerstand in der CDU/CSU konnte Kiesinger bis zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968 noch mühselig eindämmen, dann fiel jedoch ein Großteil der CDU/CSU wieder in die Rhetorik des Kalten Krieges zurück, auch wenn der CDU-Vorsitzende Kiesinger dies durchaus unterbinden wollte.

Doch sehr bemerkenswert und ein Bruch mit der traditionellen Generallinie der CDU war die Tatsache, dass die Bundesregierung der Großen Koalition mit der Unterstützung des Kanzlers und der CDU die deutsche Wiedervereinigungspolitik in Europa zurücktreten ließ und der Entwicklung von kooperativen Beziehungen zwischen Ost und West den Vorrang gab. Schon in seiner Regierungserklärung im Dezember 1966 hatte Kiesinger die von Adenauer definierte Generallinie der deutschen Außenpolitik, dass die deutsche Wiedervereinigung die Voraussetzung für eine Entspannung in Europa sei, für nichtig erklärt. Die Bundesregierung der Großen Koalition kehrte Adenauers Konzeption um: Erst Entspannung in Europa, dann die deutsche Wiedervereinigung. Weite Teile der CDU bejahten diese neue Formel. Johann Baptist Gradl, ein Deutschlandexperte in der CDU, schrieb am 19. August 1968 in einem Brief an den CDU-Bundestagsabgeordneten Alex Groß, dass Deutschlandpolitik für die CDU zugleich Eu-

ropapolitik sei. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands werde nicht isoliert zu erreichen sein, sondern nur im internationalen Einklang.<sup>1143</sup> Die gleiche Auffassung vertraten auch Strauß und die CSU. Doch wie bei der CDU wurde auch bei Strauß und der CSU vernachlässigt, dass es für eine Entspannung in Europa, die von beiden Schwesterparteien als Voraussetzung einer deutschen Wiedervereinigung angesehen wurde, zunächst einer bundesdeutschen Anerkennung des Status quo in Deutschland bedurfte, um damit eine zentrale Spannungsursache in Europa und im Ost-West-Verhältnis auszuräumen.

#### 4.2. Der Sonderfall: Franz Josef Strauß und die CSU

*„Politik, vor allem die für ein Volk lebenswichtige Außen- und Sicherheitspolitik, muß den Menschen eine Vorgabe machen. Wenn die Politiker von der Richtigkeit der eigenen Sache überzeugt sind, diese erarbeitet, durchdacht und formuliert haben, müssen sie diese ihre Sache dem Volk gegenüber auch dann vertreten, wenn sie nicht gefällt.“*

Franz Josef Strauß<sup>1144</sup>

Die CSU stellt in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik einen Sonderfall dar, denn sie hat sich einerseits als autonome bayerische Landespartei, andererseits als dauerhafte und durchaus bedeutsame bundespolitische Kraft etablieren können.<sup>1145</sup> Auf Bundesebene ist die CSU mit ihrer großen Schwesterpartei der CDU seit 1949 durch eine Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag eng verbunden.<sup>1146</sup> Richard Jaeger

<sup>1143</sup>: Gradl an Groß 19.8.1968, S. 1-8, hier S. 1 und 4: ACDP, Unterlagen der außenpolitischen Kommission der CDU V. WP, Ordner 07-001-418/2.

<sup>1144</sup>: Strauß, Franz Josef, Die Erinnerungen, hrsgg. vom Siedler-Verlag, Berlin 1989, S. 435.

<sup>1145</sup>: Literaturlage und Forschungsstand zur CSU sind zuletzt von Mintzel und Schlemmer ausgiebig erörtert worden: Mintzel, Alf, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt. In: Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 81-118. / Mintzel, Alf, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit, Opladen 1984, S. 33-34. / Schlemmer, Thomas, Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historisch-Politische Mitteilungen, Band 6, Sankt Augustin 1999, S. 287-324. / Schlemmer, Thomas, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998, S. 497-514.

<sup>1146</sup>: Siehe dazu: Mintzel, Alf, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975, S. 251-270. / Mühler, Günter, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976, S. 28-42 und 112-122.

berichtete rückblickend am 23. November 1985 auf dem 49. Parteitag der CSU in München, dass bei der Bildung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag vor allem taktische Überlegungen eine Rolle gespielt hätten, da die CSU durch diese Verbindung mit der CDU auf Bundesebene mehr Einfluss haben können und damit auch auf die Deutschland- und Ostpolitik.<sup>1147</sup>

In Bayern ist und war die CSU eine „*Staats- und Hegemonialpartei*“<sup>1148</sup>, die ihre Höchstphase von 1967 bis 1988 unter dem CSU-Vorsitzenden Strauß und damit auch während der Großen Koalition gehabt hatte.<sup>1149</sup> Seit Strauß von München als Generalsekretär der CSU im Jahre 1953 als Bundesminister für besondere Aufgaben nach Bonn gegangen war, galt er als „*Enfant terrible*“ der Politik und als ein „*Tausendsassa politischer Geschäfte*“.<sup>1150</sup> Er war umstritten, bewundert und gefürchtet. Der zeitgenössische Biograph Thomas Dalberg stellte 1968 zu Strauß fest: „*Man kann über Franz Josef Strauß denken, was man will, kann von ihm halten, was man will, den Vorwurf, er habe je mit seiner Meinung hinter dem Berg gehalten, wird ihm niemand machen können.*“<sup>1151</sup> Adenauer vermochte das komplizierte Psychogramm von Strauß in den schlichten Satz zu kleiden: „*Herr Strauß ist ein Kerl.*“<sup>1152</sup>

Strauß hatte sowohl im In- wie auch im Ausland durch seine Persönlichkeit und seine politischen Denkmodelle, vor allem durch seine deutschland- und außenpolitischen Vorstellungen, für großes Aufsehen gesorgt. Kiesinger erzählte in diesem Zusammenhang rückblickend über Strauß: „*Beharrlich hat er auf die Grundfragen der menschlichen Existenz und des Staates hingewiesen. Beharrlich hat er vor den Gefahren utopischen Denkens aus verfehltem Menschenverständnis gewarnt, in der Innen- wie in der Außenpolitik.*“<sup>1153</sup> Für den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Jacques

<sup>1147</sup>: Bayer, Alfred / Baumgärtel, Manfred (Hrsg.), Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, Sonderausgabe der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995, S. 563-580, hier S. 575.

<sup>1148</sup>: Mintzel, Alf, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 27.

<sup>1149</sup>: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband 2: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, bearbeitet von Corinna Franz und Oliver Gnad, Düsseldorf 2005, S. 534.

<sup>1150</sup>: Zitate der „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 6.9.1975: ACSP, Signatur P1-347/1: Franz Josef Strauß. Der 60. Geburtstag im Spiegel der Presse, Band 1.

<sup>1151</sup>: Dalberg, Thomas, Franz Josef Strauß. Porträt eines Politikers, Gütersloh 1968, S. 211.

<sup>1152</sup>: Zitat Adenauer, nachzulesen im „Tagesspiegel“ vom 6.9.1975: ACSP, Signatur P1-347/2: Franz Josef Strauß. Der 60. Geburtstag im Spiegel der Presse, Band 2.

<sup>1153</sup>: Kiesinger, Kurt Georg, Erinnerungen an einen großen Streit. In: Zimmermann, Friedrich (Hrsg.), Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980, S. 83-91, hier S. 90.

Chirac sei Strauß gar einer der Politiker in Deutschland gewesen, der den klarsten Verstand in den schwierigen Fragen der Ost-West-Beziehungen bewiesen habe.<sup>1154</sup>

Die Ursachen der Spannungen in den Ost-West-Beziehungen und der Teilung Deutschlands beurteilte Strauß, ein „deutscher Kenner der Ostprobleme“<sup>1155</sup>, folgendermaßen: Die Teilung Deutschlands sei eine Folge der Politik Hitlers, der Beschlüsse von Jalta und der Kurzsichtigkeit des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber sie sei nur ein Stück der Teilung ganz Europas. Als Großbritannien und Amerika in den Krieg gegen Deutschland eingetreten seien, hätten sie erklärt, dass es nicht nur ihre Absicht sei, Europa von Hitler zu befreien, sondern auch der Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit überall in der Welt zum Durchbruch zu verhelfen: In Deutschland, Italien, Japan oder wo immer diese Grundrechte abhanden gekommen seien. In Bezug auf Hitler sei die Verpflichtung eingelöst worden. In Bezug auf den Kommunismus sei sie unerfüllt geblieben, so Strauß.<sup>1156</sup>

Bereits 1965 hatte Strauß sein Buch „Entwurf für Europa“, das erst 1966 in der Bundesrepublik veröffentlicht wurde, in Großbritannien unter dem Titel „The Grand Design“ herausgegeben und darin geschrieben: „*The state of political thought and action in Europe has reached such a point of stagnation that only some fresh initiative can free us from the toils of the present status quo.*“<sup>1157</sup> Der CSU-Vorsitzende führte diesen Gedanken 1968 in seinem zweiten Buch mit dem Titel „Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa“ fort: „*Wenn wir die Zukunft gewinnen und den Deutschen in einem Europa von morgen eine Lebenserfüllung ermöglichen wollen, müssen wir das Problem der Wiedervereinigung anders anpacken als bisher. Dazu müssen wir uns über die Prioritäten klar werden. Der erste Schritt ist eine Union der freien europäischen Länder als Vorstufe zu einer größeren Föderation, in der alle Deutschen in Freiheit leben können.*“ Strauß schrieb weiter, dass eine deutsche Wiedervereinigung nur Wirklichkeit werden könne, wenn Westeuropa durch seine Entwicklung so anziehend werde, dass es wie ein Gravitationszentrum auf die Länder Osteuropas wirke. Die Furcht der

<sup>1154</sup>: Chirac, Jacques, Hommage an Franz Josef Strauß. In: Carstens, Karl / Goppel, Alfons / Kissinger, Henry / Mann, Golo (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Erkenntnisse - Standpunkte - Ausblicke, München 1985, S. 562-565, hier S. 562.

<sup>1155</sup>: Zitat Dr. Albert Hilger van Scherpenberg (deutscher Botschafter, Staatssekretär a. D. und Vorsitzender der Gesellschaft für Auslandskunde) am 21.9.1966 in einem Brief an Strauß, S. 1-2, hier S. 1: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 140.

<sup>1156</sup>: Strauß, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 53.

<sup>1157</sup>: Strauß, Franz Josef, The Grand Design. A European Solution to German Reunification, ins Englische übersetzt durch Brian Connell, London 1965, S. 9. Sicherlich war mit ein Grund dafür, dass Strauß seine Ausführungen erst in Großbritannien veröffentlicht hatte, dass er hoffte, durch die Reaktionen im Ausland die möglichen Reaktionen in der Bundesrepublik besser einschätzen zu können.

kleineren Ostblockstaaten vor einer Bedrohung aus dem Westen durch einen angeblichen deutschen „Revanchismus“ werde schwinden, je mehr sich die politische Einheit Westeuropas formiere. Für das Fortbestehen des deutschen Volkes gelte somit der gleiche Grundsatz wie für die westlichen und östlichen Nachbarn: „*Wir können nur Deutsche bleiben, wenn wir Europäer werden.*“ Die Beziehungen zwischen den beiden Hälften des alten Kontinents könnten sich dann so weit entwickeln, dass Ulbrichts Regime nur noch als Überbleibsel einer vergessenen Epoche erscheine, erklärte Strauß in seinem Buch.<sup>1158</sup>

Dieses neue Westeuropa, zwar verbunden mit den Vereinigten Staaten von Amerika, aber nicht unter deren militärischen Kontrolle, würde vollauf dem militärischen Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion entsprechen, wenn es ihr darum ginge, mit Europa in Frieden zu leben. Denn dieses neue, politisch geeinte Westeuropa müsste auch zu Russland in einem gutnachbarlichen Verhältnis stehen, hatte Strauß in seinem „Entwurf für Europa“ geschrieben.<sup>1159</sup>

Für Strauß war die aktivste Ostpolitik die Schaffung eines geeinten und mächtigen Westeuropas. Er vertrat die Auffassung, dass Europa nur in Freiheit überleben könne, wenn seine Völker und Staaten ihre Kräfte und Fähigkeiten vereinen und aus der dadurch entstehenden vielfachen Kraft politischer Geschlossenheit heraus handeln würden.<sup>1160</sup> In diesem Zusammenhang hatte Strauß am 6. Oktober 1966 in einer Ansprache im Maximilianeum in München im Namen der CSU erklärt, dass man die Entspannung, die Sicherheit und den Frieden suche und wolle. Aber man wisse, dass man dieses alles nicht auf der Grundlage eines Status quo der Zerrissenheit des europäischen Kontinents und der deutschen Spaltung finden werde.<sup>1161</sup> Die Ost-West-Entspannung im europäischen Raum wollte Strauß dabei nicht jenen Weltmächten überlassen, welche die Demarkationslinie von Jalta gezogen hatten. Während der Großen Koalition beurteilte Strauß die Zementierung des Status quo in Deutschland, die amerikanisch-sowjetischen Annäherungsversuche und die internationalen Entspannungstendenzen im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag mit Argwohn. Er kritisierte: „*Die Welt wird nicht besser, nur bequemer.*“<sup>1162</sup> Strauß forderte, man müsse das rein bipolare militä-

<sup>1158</sup>: Strauß, Franz Josef, Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968, S. 147.

<sup>1159</sup>: Strauß, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 55-56.

<sup>1160</sup>: Strauß, Franz Josef, Gebote der Freiheit, München 1980, S. 255.

<sup>1161</sup>: Redemanuskript von Strauß, S. 1-18, hier S. 15: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Sammlung Kray, Ordner RA66(1)1709/KOFA.

<sup>1162</sup>: Strauß, Franz Josef, Gebote der Freiheit, München 1980, S. 129.



rische Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung in ein ausgewogenes Verhältnis kollektiver Sicherheit für alle umwandeln.<sup>1163</sup>

Einig waren sich Strauß, die CSU und die anderen Parteien im Bundestag darin, dass auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung auf Gewalt verzichtet werden musste. Richard Jaeger schilderte am 3. Januar 1969 in einer Rede in Berlin: *„Jedoch bedeutet die Wiedervereinigung eine Veränderung des derzeitigen tatsächlichen Zustandes der Welt. Eine solche Veränderung ist, wenn man den Weg der Gewalt ablehnt, worüber wir uns alle einig sind, nur bei Bereitschaft dessen möglich, der sich bisher nicht bereit gefunden hat, die Beute des Zweiten Weltkrieges herauszugeben.“*<sup>1164</sup> Strauß erklärte mehrmals, dass die CSU bereit sei, mit der Sowjetunion über deren *„Beute des Zweiten Weltkrieges“* zu sprechen, die CSU sei aber nicht bereit, die deutschen Rechte aufzugeben und Entspannung durch Beschwichtigung und Kapitulation zu erreichen.<sup>1165</sup> In diesem Sinne wollte der CSU-Vorsitzende Strauß seinen Beitrag zur deutschen Wiedervereinigung und zur Einheit Europas unverdrossen leisten.<sup>1166</sup>

Der Präsident der italienischen Universitätsgruppe *“Europa 70“* schrieb am 29. April 1969 in einem Brief an Strauß, dass die Universitätsgruppe *“Europa 70“* schon seit einiger Zeit diese so intelligenten und mutigen politischen Aktionen von Strauß und seinen Mitarbeitern, die letzten Endes die Schaffung eines politisch und militärisch vereinten Europas bedeuteten, verfolge.<sup>1167</sup> Zwar setzten sich Strauß und die CSU wie auch die anderen Parteien im Bundestag stark für die Einheit Europas und die dadurch zu bewirkende Überwindung der Teilung Deutschlands ein, aber Strauß und seine Partei übersahen jedoch dabei, dass ein geeintes Europa nur auf dem Weg der europäischen Entspannung entstehen konnte, und es dazu notwendigerweise einer Anerkennung des Status quo in Deutschland bedurfte, um eine zentrale Spannungsursache auszuschalten. Strauß und die CSU beharrten jedoch auf die Nichtanerkennung dieses Status quo. Der CSU-Generalsekretär Max Streibl definierte am 21. November 1968 in einer Rede in Wiesbaden die deutschland- und ostpolitische Generallinie der CSU: *„Die CSU ist nicht*

<sup>1163</sup>: Strauß, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 56.

<sup>1164</sup>: Jaegers Redemanuskript, S. 1-18, hier S. 16: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe P, Ordner 46.

<sup>1165</sup>: Demgemäß äußerte sich Strauß zum Beispiel am 16.9.1969 in einem Interview gegenüber der *“Schwäbischen Zeitung“*. Text des Interviews, S. 1-5, hier S. 3: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Sammlung Kray, Ordner I-69(12a)1609.

<sup>1166</sup>: Strauß, Franz Josef, Gebote der Freiheit, München 1980, S. 502.

<sup>1167</sup>: Originaltext im Brief: *„Seguiamo infatti da tempo l'intelligente e coraggiosa azione politica che El la ed I Suoi collaboratori svolgono al fine delle creazione di un' Europa politicamente e militarmente unita“*: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 5126. Die italienische Universitätsgruppe *“Europa 70“*, deren Kontakte bis in die Umgebung der italienischen Regierung hinreichte, kämpfte wie die CSU gegen den europafeindlichen NV-Vertrag, berichtete der persönliche Referent, Marcel Hepp, in einem Schreiben, welches er für seinen Vorgesetzten Strauß am 25.6.1969 anfertigte: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorsitzender, Ordner 5126.

*für eine Anerkennung der "DDR", die CSU ist nicht für einen einseitigen Verzicht auf die Ostgebiete. Ich wollte, daß die gleiche klare Aussage auch aus den Reihen der anderen Parteien - vor allem der SPD und der FDP - zu hören wäre.*<sup>1168</sup>

Die CSU stellte, als während der Großen Koalition die deutschland- und ostpolitischen Richtlinien der Bundesregierungen der 1950er Jahre ins Wanken gerieten, ein Element der Beharrung und Gegensteuerung dar. Die von der CSU vertretene Haltung zur Entspannungspolitik lief den internationalen Entspannungsbemühungen Ende der 1960er Jahre zuwider. Die CSU versuchte, die zur Realität gewordene westöstliche Entspannung auf der Grundlage des Status quo in Europa als nicht existent zu betrachten und sah in ihr eine Gefahr für die Sicherheit des Westens. Während die CSU und ihre Presseorgane die SPD-Entspannungspolitik häufig als motivierte, aber naive Idealisten darstellten, betrachteten sich die außenpolitischen Vordenker der CSU selbst als Realpolitiker und glaubten, dass man Macht nur mit Macht begegnen könne. Die Überzeugung von der unabänderlichen Richtigkeit der eigenen alten deutschland- und ostpolitischen Generallinie erlaubte es der CSU, eine von der traditionellen Denkweise des Kalten Krieges abweichende Beurteilung der europäischen Lage zu unterlassen. Ohne Rücksicht auf die internationalen Entwicklungen blieb die CSU bei ihrer traditionellen Beurteilung der europäischen Lage. Die CSU wollte die längst international praktizierte Entspannungspolitik auf Grundlage des Status quo in Europa nicht akzeptieren und blieb bei ihren alten Generallinien. Laut Guttenberg brauchten die Deutschen auch keine neue Außenpolitik, sondern die konsequente Anwendung und Fortführung der alten Politik.<sup>1169</sup> Er bekräftigte am 29. September 1967 in einer Rede auf einer Tagung der CSU-Landesgruppe in Bad Neustadt an der Saale, dass die Grundlage der alten prinzipiellen und bewährten CDU/CSU-Außenpolitik nicht aufgegeben werden dürfe.<sup>1170</sup>

Trotz ihrer Eigenbewertung als Realisten war die überwiegende Mehrheit der CSU-Politiker ideologisch noch sehr rückwärtsgewandt, sie glaubten aber stark und überzeugend genug zu sein, um die internationalen Entspannungstendenzen in die alten Linien von Adenauers Vorstellungen zurückleiten zu können, statt sich ihnen anzupassen.<sup>1171</sup> Ihr Selbstverständnis gab diesen CSU-Politikern dabei die Funktion eines Korrektivs der Bemühungen, die darauf drängten, die Bundesrepublik in den internatio-

<sup>1168</sup>: Abdruck der Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1507-1510, hier S. 1507.

<sup>1169</sup>: Bischoff, Detlev, Franz Josef Strauß. Die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1973, S. 250.

<sup>1170</sup>: Guttenbergs Redemanuskript: ACSP, Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung V. WP, Ordner 4/1.

<sup>1171</sup>: Siehe dazu: Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1965<sup>2</sup>, S. 172.

nenen Entspannungsprozess voll einzugliedern, und die davon ausgingen, dass die europäische und deutsche Spaltung nur dann überwunden werden könnte, wenn der territoriale Status quo von keiner Seite mehr in Frage gestellt würde. Neben der Tatsache, dass Strauß seine Partei im viel größeren Umfang im Griff hatte als Kiesinger die CDU, hat es auch strukturelle Gründe dafür gegeben, dass die CSU sich noch viel stärker als die CDU auf eine Korrektivfunktion in der Deutschland- und Ostpolitik festlegen ließ.<sup>1172</sup> Betrachtet man diese strukturellen Gegebenheiten und bringt sie mit den deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen der CSU in Verbindung, so ist unschwer zu erkennen, dass der deutschland- und ostpolitische Handlungsspielraum, den die CSU sich selbst und damit der Großen Koalition gab, von Anfang an sehr eng begrenzt war. Die christsoziale Einschätzung der Entspannungspolitik musste in einer Koalition mit der SPD, die von einer beinahe diametral entgegengesetzten Analyse der Möglichkeiten der Entspannungspolitik ausging, zwangsläufig zu Konflikten führen.

### 4.3. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der SPD

*„Daß wir durch unser Acht-Punkte-Programm die Politik der Großen Koalition von Anfang an mitgeformt haben, bedeutet auch: Wir konnten nicht allein nach unseren Vorstellungen Politik machen.“*

Willy Brandt<sup>1173</sup>

Bei der SPD existierte eine viel größere Motivation als bei der CDU/CSU, die durch sowjetische Macht entstandenen und aufrechterhaltenen Realitäten des Status quo in Europa nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch in der Weiterentwicklung der Deutschland- und Ostpolitik von ihnen auszugehen. Die SPD forderte ein konsequentes Eingehen auf die spürbaren internationalen Entspannungstendenzen und strebte eine Neuorientierung und Normalisierung der deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, zur Sowjetunion und zur DDR an. Alle diese Erwägungen fasste Brandt in der Schlussfolgerung zusammen, dass die deutsche Politik an Gewicht und Einfluss gewinne, wenn sie aktiv an der Entspannung in Europa mitarbeite.<sup>1174</sup> Doch der

<sup>1172</sup>: Siehe zu den strukturellen Gründen: Bischoff, Detlef, Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1972, S. 245-247.

<sup>1173</sup>: Zitat Brandt in einem Artikel in der "Vorwärts"-Ausgabe vom 9.12.1968. Text des "Vorwärts"-Artikels, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 293.

<sup>1174</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 19.

deutsche Anschluss an die internationalen Entspannungsbemühungen wurde von CDU/CSU und SPD mit unterschiedlichen Auffassungen diskutiert. Brandt betonte in diesem Zusammenhang am 20. Mai 1967 in einer Rede auf einer SPD-Landeskonferenz in Hannover: *„Die Große Koalition ist kein politischer Eintopf. Wir sind in sie mit einem klaren Programm gegangen. Davon werden wir soviel wie möglich durchsetzen. Am Ergebnis dieser Arbeit haben wir uns messen zu lassen.“*<sup>1175</sup> Doch diese Arbeit war auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik oft kompliziert, da die Koalitionspartner konträre Generallinien verfolgten.

Von welcher Generallinie Brandt, der bereits am 16. Dezember 1966 im Bundestag auf *„Überzeugungsunterschiede“*<sup>1176</sup> zwischen SPD und CDU/CSU hingewiesen hatte, ausging, und welche Möglichkeiten er für eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses sah, hatte er im August 1967 in einem Artikel mit der Überschrift *“Entspannungspolitik mit langem Atem“* erläutert. Darin erklärte Brandt, dass sich die erstarrten militärischen Fronten zwischen West und Ost auflockerten und nun ein allmählicher Abbau der militärischen Konfrontation möglich sei. Im Hinblick auf die DDR schrieb Brandt, je mehr Freiheit das Ostberliner Regime den Menschen gewähre, desto mehr anerkennende Zustimmung könne es in der Welt finden.<sup>1177</sup> In diesem Artikel hatte Brandt die gedankliche Linie seiner Ostpolitik präzise beschrieben. Die Lösung der deutschen Frage war für ihn der Schaffung einer europäischen Friedensordnung untergeordnet, wobei er einerseits den Abbau der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West im Fokus hatte und andererseits zwischen den berechtigten nationalen Sicherheitsinteressen der einzelnen Staaten und einer Entspannungspolitik keinen Graben entstehen lassen wollte. In Richtung Osten versprach Brandt in seinem Artikel: *„Wir haben unsere Hand ausgestreckt, und sie bleibt ausgestreckt.“*<sup>1178</sup> Dazu ergänzte Brandt im selben Monat in einem Artikel im *“Vorwärts“*: *„Wir stellen keine Bedingungen, und wir drängen nicht. Wir haben einen langen Atem und die Hoffnung, daß die Vorteile einer Politik der Entspannung und Zusammenarbeit schließlich auf allen Seiten anerkannt werden.“*<sup>1179</sup>

Am 3. Mai 1967 hatte Brandt in einer Rede die Formel geprägt: *„Ohne Entspannung in Deutschland gibt es keine Entspannung in Europa. Und ohne Entspannung in Europa*

<sup>1175</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-27, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>1176</sup>: Bundestagssitzung 16.12.1966: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn, S. 3799-3903, Brandt S. 3853-3857, hier S. 3857.

<sup>1177</sup>: Brandt, Willy, Entspannungspolitik mit langem Atem. In: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen, Jg. 18, Heft 8, 1967, S. 449-454, hier S. 450.

<sup>1178</sup>: Brandt, Willy, Entspannungspolitik mit langem Atem. In: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen, Jg. 18, Heft 8, 1967, S. 449-454, hier S. 453.

<sup>1179</sup>: *“Vorwärts“* vom 24.8.1967.

*können wir auf keine Lösung der deutschen Frage hoffen.*<sup>1180</sup> Über diese fundamentale Ausgangsposition, wonach Fortschritte in der deutschen Frage nur durch eine europäische Entspannung und durch einen Abbau des Ost-West-Konflikts möglich seien, bestand zwischen Kiesinger und Brandt, zwischen der CDU/CSU und der SPD kein Dissens, wohl aber über die konkrete politische Vorgehensweise. Brandt informierte am 30. August 1967 auf einer SPD-Präsidiumssitzung über ein Gespräch, welches er mit dem Kanzler einen Tag zuvor im Kreißbronner Kreis geführt hatte. Brandt berichtete, man habe sich in diesem Gespräch gegenseitig bescheinigt, dass man auf dem Boden der von Kiesinger im Dezember 1966 abgegebenen Regierungserklärung stehe, auch wenn dort manche Dinge nur schemenhaft angedeutet worden seien.<sup>1181</sup> Für Brandt war es sehr wichtig, dass diese Regierungserklärung „*ungeschmälert*“<sup>1182</sup> durchgesetzt wurde, denn er machte neue Schritte in der Ostpolitik, und Kiesinger begrenzte sie. Trotzdem waren beide höchst motiviert. Brandt beteuerte mehrmals, an den Grundlinien der vereinbarten Politik festhalten und die innerkoalitionäre Arbeitsatmosphäre verbessern zu wollen.<sup>1183</sup>

Zwischen den deutschland- und ostpolitischen Positionen von CDU/CSU und SPD war jedoch langfristig kein gemeinsamer Weg auszumachen, weshalb die Koalitionspartner später kaum noch nach Kompromissen suchten. Die Kritik aus der CDU/CSU an Brandts Ostpolitik verärgerte schließlich den Außenminister so sehr, dass er Anfang 1968 erstmals seit Gründung der Großen Koalition öffentlich mit seinem Rücktritt drohte. Er erklärte am 10. Februar in einer Rede auf einem Parteitag des SPD-Bezirks Hannover in Barsinghausen, wenn er daran gehindert würde, die in der Regierungserklärung festgelegten Grundsätze der Außen- und Ostpolitik durchzuführen, auf die man sich 1966 verpflichtet habe, würde er nicht mehr Außenminister sein.<sup>1184</sup> Brandt reagierte damit auch unmittelbar auf die Veröffentlichung des Knappstein-Berichts am selben Tag in der katholischen Zeitschrift „Echo der Zeit“. In der Zeitschrift hatte gestanden, dass die Bundesregierung offensichtlich Gefahr laufe, mit ihrer neuen Ostpolitik zwischen die Mühlsteine der Weltmächte zu geraten. Solche Schlussfolge-

<sup>1180</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-6, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>1181</sup>: SPD-Präsidiumssitzung 30.8.1967: AdsD, Protokolle des SPD-Präsidiums V. WP: S. 1-15, hier S. 8.

<sup>1182</sup>: Zitat Brandt am 26.5.1967 auf einer SPD-Präsidiumssitzung. Siehe dazu eine SPD-Pressemitteilung vom 26.5.1967 über diese SPD-Präsidiumssitzung, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>1183</sup>: So zum Beispiel am 6.11.1967 in einem Brief an Kiesinger, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1184</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 223-225, hier S. 223.

rungen würden in Bonn aus einem Bericht gezogen, den der deutsche Botschafter in Washington, Knappstein, am 30. Januar dem Auswärtigen Amt übermittelt habe. Des Weiteren war in der Zeitschrift zu lesen, Knappstein habe aus den USA berichtet, dass die amerikanische Regierung die neue deutsche Ostpolitik zwar grundsätzlich unterstütze, jedoch hege sie gewisse Sorgen in Bezug auf deren praktischen Durchführung.<sup>1185</sup> In der Tat, der Knappstein-Bericht enthielt den Hinweis, dass es sehr wichtig sei, Washington den Eindruck einer durchdachten und verlässlichen deutschen Politik zu vermitteln.<sup>1186</sup>

Im Knappstein-Bericht und dessen Veröffentlichung sahen die Sozialdemokraten eine gezielte Aktion zur Beeinträchtigung der Ostpolitik Brandts. Sie vermuteten die Urheber im katholisch-konservativen Flügel der CDU/CSU. Sie hatten außerdem den Verdacht, dass dies die Einleitung einer massiven Aktion gegen Brandt und seine Ostpolitik war.<sup>1187</sup> Am 12. Februar 1968 gab die CDU/CSU-Fraktion die schriftliche Erklärung ab, dass sie die in der Koalition beschlossene und in der Regierungserklärung dargelegte Außenpolitik unterstütze und für Brandts Rücktrittsdrohung am 10. Februar in Barsinghausen kein Anlass bestanden hätte.<sup>1188</sup> Damit wurde von der CDU/CSU-Fraktion deutlich gemacht, dass sie die in Kiesingers Regierungserklärung aufgezeigte Politik mittrug, nicht aber unbedingt die Politik des Außenministers.

Der ostpolitische Dissens der Koalitionspartner wurde spätestens 1968 offensichtlich, denn weder in der Deutschland- noch in der Ostpolitik hatte die Große Koalition mit ihren Bemühungen einen richtigen Durchbruch erzielt. Der Mangel an greifbaren Ergebnissen und die Niederschlagung des Prager Frühlings im August mussten geradezu zwangsläufig zu einer psychologischen Belastung für die Zusammenarbeit von CDU/CSU und SPD werden, zumal persönliche Unstimmigkeiten zwischen Kanzler und Außenminister sowie sachliche Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD das Koalitionsklima ab dem Herbst immer angespannter werden ließen. Je geringer die Aussichten für gemeinsame Erfolge in der Deutschland- und Ostpolitik wurden, und je näher die nächste Bundestagswahl kam, desto demonstrativer betonten beide Seiten ihre Auffassungsunterschiede, und desto größer wurde das gegenseitige Misstrauen. Wenn die Zusammenarbeit zwischen Kiesinger und Brandt nun immer schwieriger wurde, sich

---

<sup>1185</sup>: "Echo der Zeit" vom 10.2.1968: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>1186</sup>: Kopie des Knappstein-Berichts vom 30.1.1968, S. 1-6, hier S. 6: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>1187</sup>: "Die Welt" vom 12.2.1968: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>1188</sup>: Erklärung der CDU/CSU-Fraktion 12.2.1968: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband, S. 223-225, hier S. 224.

der Außenminister gar „auf die Rolle eines vortragenden Legationsrates“<sup>1189</sup> beschränkt fühlte, lag dies aber nicht nur am herannahenden Bundestagswahlkampf. Von Anfang an war erkennbar, dass es zwischen dem Kanzler und dem Außenminister konzeptionelle Differenzen in der Ostpolitik gab, da Brandt nämlich die für einen Durchbruch in der Ostpolitik notwendige Anerkennung des Status quo in Deutschland verfolgte, und Kiesinger dies strikt ablehnte.

Großes Misstrauen von Seiten der CDU/CSU schlug der SPD von Beginn an in der Deutschlandpolitik entgegen. Vor allem die Debatte der SPD um die Anerkennung der DDR erregte bei der CDU/CSU großen Widerstand. Die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Generallinien von CDU/CSU und SPD entwickelten sich oftmals zu einem den Bestand der Koalition gefährdenden Streit, wenn es darum ging, die gewandelten Nuancen in der Deutschlandpolitik zu präzisieren. Dabei blieb zwischen den Koalitionsparteien vor allem ungeklärt, bis zur welchen gemeinsamen Linie sie bei der Kontaktaufnahme mit Ostberlin gehen wollten. Aus einem Vermerk für Wehner über die am 23. Februar 1967 in Bonn unter dem Vorsitz des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Egon Franke abgehaltenen Sitzung des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen geht hervor, dass Franke erläutert hatte, man werde zur gegebenen Zeit auch mit dem DDR-Regime verhandeln müssen, wobei die Positionen völkerrechtlich und ausgehend von den Realitäten zu klären seien. Man könne Politik nicht mit Formeln und juristischen Begriffen betreiben, hatte Franke im Hinblick auf die CDU/CSU gewarnt.<sup>1190</sup> Wehner beschrieb daraufhin am 26. März in diesem Zusammenhang vor dem gleichen Gremium die Ausgangssituation aus Sicht der SPD, als er ausführte, man könne nicht erklären, dass die DDR Ausland sei und ebenso wenig, dass sie ein demokratisches Gebilde darstelle.<sup>1191</sup> Brandt äußerte am 8. April in einem Interview, dass er für eine Entkrampfung auf deutschem Boden eintrete, auch wenn Ulbricht sich einigele. Er sei für ein beharrliches Ringen um menschliche Erleichterungen und um ein geregeltes Nebeneinander auf wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Gebieten. Er sei aber nicht bereit, die DDR als Ausland anzuerkennen oder ihrem Herrschaftssystem eine demokratische und nationalstaatliche Legitimität zuzusprechen, welche ihr nicht zukomme. Sandkastenspiele könnten auch in der Politik einen Sinn

<sup>1189</sup>: Zitat Brandt, nachzulesen bei: Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 268.

<sup>1190</sup>: Vermerk für Wehner 23.2.1967: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3659.

<sup>1191</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 2: BAK, Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen V. WP, Ordner B137-3659.

haben. Von einem Gedankenspiel mit Botschafterfiguren halte er jedoch gar nichts, so Brandt.<sup>1192</sup>

Die deutschlandpolitische Generallinie der SPD definierte Schmidt am 14. März 1968 öffentlich im Bundestag mit der Feststellung, dass die DDR ein Staat sei, mit dem man geordnete Verbindungen herstellen müsse, ohne ihn aber völkerrechtlich als Ausland zu betrachten.<sup>1193</sup> Auf einer SPD-Fraktionssitzung am 19. Juni wurde nochmals die deutschlandpolitische Generallinie der SPD von der Generallinie der CDU/CSU scharf abgegrenzt. Der SPD-Abgeordnete Erhard Eppler setzte sich unter Zustimmung seiner Fraktion für eine Anerkennung der Staatlichkeit der DDR ein und kritisierte, dass bei der CDU/CSU alles auf die simple Formel zu bringen sei, als sehe es nach wie vor so aus, dass die DDR vorläufig nicht existieren könne.<sup>1194</sup>

Zu einem endgültigen Tabubruch war es gekommen, als Brandt am 21. März 1968 auf dem Nürnberger SPD-Parteitag nicht nur die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern darüber hinaus ein Höchstmaß an Kooperation mit der DDR forderte, damit das zeitlich begrenzte Nebeneinander der beiden Teile Deutschlands offiziell geregelt werden könne. Brandt erläuterte dazu, dass der Gewaltverzicht auch mit Ostberlin selbstverständlich verbindlich sein müsse, aber nicht im Sinne des Völkerrechts, wie Ulbricht fordere, weil die beiden Teile Deutschlands einer Nation angehörten und zueinander nicht Ausland seien.<sup>1195</sup> Er definierte hiermit die deutschlandpolitische Generallinie der SPD und forderte öffentlich eine starke Kurskorrektur in der Deutschlandpolitik. Wehner erklärte dazu Ende 1968, dass jede Regelung, durch die beide Teile Deutschlands nicht als Ausland gegeneinander gestellt werden würden, trotz der gegensätzlichen Rechtsauffassungen beider Seiten als Modus vivendi akzeptiert werden könne.<sup>1196</sup>

Wie kompliziert diese Vorgehensweise in der Praxis war, zeigte sich an der Diskussion zwischen CDU/CSU und SPD um das Auftreten zweier deutscher Mannschaften bei der Olympiade 1972 in München. Bereits am 22. November 1966 hatte der CDU-Abgeordnete Kliesing auf einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen im Hinblick auf die Olympiade 1972 in

<sup>1192</sup>: Text des Interviews, S. 1-7, hier S. 7: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

<sup>1193</sup>: Bundestagssitzung 14.3.1968: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66: Stenographische Berichte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn, S. 8281-8416, hier S. 8306.

<sup>1194</sup>: SPD-Fraktionssitzung 19.6.1968: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 97: S. 1-7, hier S. 3.

<sup>1195</sup>: Abdruck von Brandts Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21.3.1968 in der SPD-Zeitschrift "Tatsachen-Argumente", Nr. 238, 1968, S. 1-31, hier S. 12: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 273.

<sup>1196</sup>: Aufsatz Wehners mit dem Titel "Perspektiven" vom 1.12.1968, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.



München vor einer Erosion des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs auf dem Gebiet des Sports gewarnt.<sup>1197</sup> Wehner hingegen hatte am 25. November 1968 in einem Brief an Brandt geäußert, dass es ohne Zweifel politisch wirksame Möglichkeiten gebe, in den gegebenen praktischen Situationen vor und während der Olympischen Spiele in München den von der Bundesregierung unverändert eingenommenen Standpunkt, dass sie den anderen Teil Deutschlands nicht als Ausland anerkenne, zur Geltung zu bringen und zu unterstreichen.<sup>1198</sup> Viele deutsche Medien erklärten mittlerweile, dass eine generelle Duldung der DDR-Symbole für alle internationalen Sport-Veranstaltungen eine in sich klare und konsequente Regelung sein würde. Sie argumentierten, dass diese Duldung unnötige Schwierigkeiten für die deutschen Vertreter in den internationalen Sportverbänden beseitigen und überdies den Vorwurf entkräften würde, dass die Bundesrepublik den Sport zum Schauplatz der deutschen Querelen mache.<sup>1199</sup>

Spätestens seit dem Nürnberger SPD-Parteitag im März 1968 beschleunigte sich die Auseinanderentwicklung zwischen CDU/CSU und SPD auf dem Feld der Deutschland- und Ostpolitik, und eine immer deutlicher werdende gegenseitige Entfremdung wurde spürbar. Parallel zu dieser Entwicklung näherten sich SPD und FDP an.

#### 4.4. Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der FDP

*„Wir dürfen nicht länger Gefangene der eigenen Formeln sein. Hallstein-Doktrin und Alleinvertretungsanspruch müssen durch die Anerkennung der DDR fallen.“*

Walter Scheel<sup>1200</sup>

Am politischen Weg des Liberalen Thomas Dehler lässt sich der innerparteiliche Kurswechsel der FDP in der Deutschland- und Ostpolitik ab Mitte der 1950er Jahre präzise ablesen.<sup>1201</sup> Vor allem in der deutschlandpolitischen Diskussion war in der FDP der im

<sup>1197</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-5, hier S. 2: ACDP, Nachlass Gerhard Schröder, Ordner I-483-287/1.

<sup>1198</sup>: Wehner an Brandt 25.11.1968, S. 1-3, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 10.

<sup>1199</sup>: Demgemäß äußerte sich zum Beispiel der Norddeutsche Rundfunk am 9.7.1969. Siehe dazu die FDP-Zeitschrift „Liberaldemokratische Korrespondenz“ vom 25.8.1969, S. 1-9, hier S. 9. Liegt vor bei: ADL, Signatur D2-1281: Sammelband der FDP-Zeitschrift „Liberaldemokratische Korrespondenz“ der Jahre 1968-71.

<sup>1200</sup>: Zitat Scheel am 23.6.1969 in einer Rede auf einem FDP-Parteitag in Nürnberg. Siehe dazu einen Vermerk, S. 1-2, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-31.

<sup>1201</sup>: Siehe zu Dehler die umfassende Untersuchung: Klingl, Friedrich, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ - Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987.

Vergleich zu den anderen Bundestagsparteien stärkste Wandel zu verzeichnen.<sup>1202</sup> Dehler, der erste Justizminister im Kabinett Adenauer, war in den 1950er Jahren der Neubegründer einer liberalen deutschland- und ostpolitischen Tradition gewesen. Als solcher war er zu einem von Adenauer durchaus ernst genommenen Widersacher geworden. Dehler, der noch „*ein Hauch des alten Reiches*“<sup>1203</sup> verspürt hatte, und der von 1953 bis Anfang 1957 FDP-Vorsitzender und FDP-Fraktionsvorsitzender gewesen war und in den 1950er Jahren durch seine Forderung nach einer realistischen, das Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges überwindenden Deutschland- und Außenpolitik Aufsehen hervorgerufen hatte, musste sich jedoch ähnlich wie große Teile der CDU/CSU Mitte der 1960er Jahre den Vorwurf gefallen lassen, die Realitäten und Herausforderungen der internationalen Entspannungsbemühungen nicht richtig zu erkennen und Fiktionen zu erliegen.

Dehler war wie auch so mancher Teil der regierenden CDU/CSU gedanklich bei den Positionen der 1950er Jahre geblieben. Mitte der 1960er Jahre forderte er eine Deutschland- und Ostpolitik, die nach Auffassung der großen Mehrheit der FDP an den Realitäten vorbeiging und nicht die geringste Aussicht auf Erfolg hatte.<sup>1204</sup> Ob Dehler den Kurswechsel der FDP in der Deutschland- und Ostpolitik gegen Ende der 1960er Jahre mitgemacht hätte, ist fraglich. Sein plötzlicher Tod am 21. Juli 1967 bewahrte ihn jedoch davor, entweder mit seinen deutschland- und ostpolitischen Denkmodellen oder mit der FDP brechen zu müssen.

Seit 1966 gab es starke Kontroversen innerhalb der FDP um die Deutschland- und Ostpolitik und um den FDP-Vorsitzenden Erich Mende, der bereits seit 1960 Vorsitzender der FDP war. Dehler forderte einen Führungswechsel an der Parteispitze. Er erklärte im Juni 1967, es gebe einen Prozess der Abnutzung mit der Folge, dass der Vorsitzende einer Partei mehr schade als nutze.<sup>1205</sup> Als Mende, welcher der konservativliberalen Richtung seiner Partei angehörte, den zunehmenden und von Dehler strikt abgelehnten Linksruck der FDP erkannte, kündigte er Ende 1967 seinen Rücktritt als FDP-Vorsitzender an.<sup>1206</sup> Zu seinem Nachfolger wählten die Delegierten auf dem FDP-Parteitag

---

<sup>1202</sup>: Siehe dazu auch: Brauers, Christof, *Liberales Deutschlandpolitik 1949-1969. Positionen der FDP zwischen nationaler und europäischer Orientierung*, Münster/Hamburg 1993.

<sup>1203</sup>: Zitat Dehler, nachzulesen bei: Klingl, Friedrich, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ - Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 342.

<sup>1204</sup>: Klingl, Friedrich, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ - Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 341.

<sup>1205</sup>: „Frankfurter Rundschau“ vom 18.6.1967: ADL, Nachlass Thomas Dehler, Ordner N1-2634.

<sup>1206</sup>: „Stuttgarter Nachrichten“ vom 2.11.1967: ADL, Unterlagen des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 185.

in Freiburg am 30. Januar 1968 mit 216 von 251 Stimmen Walter Scheel, der am 8. September 1967 als Nachfolger des im Juli verstorbenen Dehler zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt worden war. Als stellvertretende FDP-Vorsitzende wurden auf diesem FDP-Parteitag Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnik gewählt.<sup>1207</sup>

Durch den Kurswechsel von einer national- zur linksliberalen Ausrichtung unter Scheel, der vor allem die Deutschlandpolitik der Großen Koalition als „*unzeitgemäß*“<sup>1208</sup> erachtete, war auch eine neue Fixierung der deutschland- und ostpolitischen Generallinie der FDP möglich.<sup>1209</sup> Seitdem war es ruhig geworden um Mende, der von Oktober 1963 bis Oktober 1966 auch Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler gewesen war. Mende erzählte rückblickend am 18. Dezember 1969 in einem Interview gegenüber dem WDR, er habe damals das ihm angebotene Außenministerium mit der Begründung abgelehnt, dass das Außenministerium für den Parteivorsitz problematisch sei. Das gesamtdeutsche Ministerium ließe eine Tätigkeit als Parteivorsitzender durchaus zu, denn da bewege man sich zwischen Berlin und Bonn, aber nicht zwischen den Hauptstädten Europas und der restlichen Welt.<sup>1210</sup> Mende hatte Anfang Oktober 1969 die Presse darüber informiert, dass er in einer zukünftigen Regierungskoalition mit der FDP kein Ministeramt mehr übernehmen wolle.<sup>1211</sup>

Die konkrete FDP-Politik war in den 1950er und 1960er Jahren ein „*Zweifronten-Kampf*“<sup>1212</sup> zwischen der Auseinandersetzung mit Adenauer und der deutschland- und ostpolitischen Annäherung an die SPD. Keine der wesentlichen politischen Entscheidungen in diesem Zeitraum war ohne Mitwirkung der FDP getroffen worden. So war die FDP an den historischen Entscheidungen für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung beteiligt, sie trat für die Aufrechterhaltung der Vorstellung eines einheitlichen Deutschlands ein, sie hat den Beitritt zum westlichen Bündnis und die Wiederbewaffnung mitgetragen, die Ablösung Adenauers als Bundeskanzler mitverantwortet und

---

<sup>1207</sup>: Olzog, Günter / Liese, Hans-J., Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München 1991<sup>19</sup>, S. 119-120.

<sup>1208</sup>: Zitat Scheel am 13.10.1967 in einer Rede im Bundestag: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1812-1815, hier S. 1812.

<sup>1209</sup>: Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band V: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bonn u. a. 1970, S. 18-21.

<sup>1210</sup>: Text des Interviews, S. 1-2, hier S. 1: ADL, Unterlagen des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 185. Der SPD-Vorsitzende Brandt hatte ähnlich argumentiert. Er habe in der Großen Koalition eigentlich das Forschungsministerium übernehmen wollen, weil dieses ihm vermutlich mehr Zeit für die Parteiarbeit gelassen hätte, schrieb Brandt später. Siehe: Brandt, Willy, Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974, S. 33.

<sup>1211</sup>: „Stuttgarter Nachrichten“ vom 2.10.1969: ADL, Unterlagen des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 185.

<sup>1212</sup>: Zitat des FDP-Parlamentariers Otto Graf Lambsdorff im Vorwort zu: Mischnick, Wolfgang (Hrsg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989, S. 13-15, hier S. 13.

schließlich den Regierungswechsel zur sozial-liberalen Koalition, verknüpft mit einer Neuorientierung in der Deutschland- und Ostpolitik, mitbewirkt.

In den Koalitionsverhandlungen im November 1966 gab es großen Streit zwischen CDU/CSU und FDP.<sup>1213</sup> Kiesinger und die CDU/CSU wollten an dem bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch und der Hallstein-Doktrin festhalten. Der FDP-Vorsitzende Mende forderte hingegen wie die SPD die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas unter dem Vorbehalt, dass dies nicht als Anerkennung Pankows verstanden werde. Kiesinger widersprach den FDP-Forderungen, diplomatische Beziehungen zu den Ostblockstaaten uneingeschränkt anzustreben und mit einer pauschalen Nichtanerkennungserklärung die Ulbricht-Regierung zum Gesprächspartner zu machen. Er hielt Ministergespräche für eine de facto-Anerkennung, wenn über politische Fragen gesprochen würde. Die FDP lehnte eine solche Differenzierung ab.<sup>1214</sup> Ob die FDP ihren deutschlandpolitischen Standpunkt durchsetzen werde, sei jedoch eine andere Frage, eine Frage der Zeit, hatte Mende früh vorausgesehen.<sup>1215</sup>

Wiederholt hatte Mende dabei bekräftigt, dass auch für die FDP an eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht zu denken sei.<sup>1216</sup> Scheel wies später in diesem Zusammenhang die von Kiesinger für die SPD ersonnene Charakterisierung „*Anerkennungspartei*“<sup>1217</sup>, die Scheel auch gegen die FDP gerichtet sah, scharf zurück.<sup>1218</sup>

Am 24. November 1966 wurde auf einer FDP-Fraktionssitzung festgehalten, dass es bei den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP kaum Übereinstimmungen bei den deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen gebe.<sup>1219</sup> Nach dem endgültigen Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP versicherte Mende Ende November, dass die FDP eine Änderung der politischen Machtverhältnisse gewollt habe. Er sagte resigniert, dass es nicht an der FDP liege, wenn alles im alten Trott weitergehe. Er habe dem SPD-Vorsitzenden Brandt klipp und klar erklärt, dass in der gegenwärtigen Situation die zweitstärkste Fraktion im Bundestag die Richtlinien-

<sup>1213</sup>: Wengst, Udo, Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie, München 1997, S. 342-343.

<sup>1214</sup>: „Spiegel“, Nr. 49 vom 28.11.1966, S. 29-31, hier S. 30. Liegt vor bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

<sup>1215</sup>: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 5.4.1966: ACSP, Sachakten der CSU zur Deutschlandpolitik V. WP, Ordner 170.

<sup>1216</sup>: „Süddeutsche Zeitung“ vom 5.4.1966: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>1217</sup>: Siehe S. 252, Fußnote 1122.

<sup>1218</sup>: So zum Beispiel am 13.10.1967 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, Scheel S. 6343-6350.

<sup>1219</sup>: FDP-Fraktionssitzung 24.11.1966: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-771: S. 1-12, hier S. 3.

kompetenz übernehmen und den Kanzler stellen solle.<sup>1220</sup> Brandt, Mende und einige andere FDP-Parlamentarier wären persönlich schon Ende 1966 vor allem aus deutschland- und ostpolitischen Gründen lieber eine sozial-liberale Koalition eingegangen, aber eine Zweistimmenmehrheit im Bundestag schien damals angesichts einiger unsicherer Rechtsliberaler zu wackelig.<sup>1221</sup> Sie verschoben diese Option bis nach der nächsten Bundestagswahl. Die sich bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre andeutende sozial-liberale Annäherung überstand auch die Große Koalition, bei der SPD und FDP zwar getrennte Wege gingen, aber immer dann wieder zusammenkamen, wenn es um neue Akzente in der Deutschland- und Ostpolitik ging. Es gab somit während der Großen Koalition auf dem Feld der Deutschland- und Ostpolitik eine parteipolitische Konstellation, in der die Gemeinsamkeiten zwischen der SPD und der FDP-Opposition oft größer waren als die Schnittmengen zwischen der CDU/CSU und der mit ihr regierenden SPD.

Während der Großen Koalition fand in der FDP eine konzeptionelle Neubestimmung der deutschland- und ostpolitischen Generallinie der FDP statt. Sie war seit 1962 ideell von Wolfgang Schollwer<sup>1222</sup>, Pressereferent für gesamtdeutsche Fragen in der FDP-Parteizentrale, und politisch von Erich Mende vorbereitet worden. Schollwer, für den der entscheidende Auslöser des Niedergangs der Koalition zwischen CDU/CSU und FDP unter Kanzler Erhard die völlige Konzeptlosigkeit der CDU/CSU, besonders auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik, gewesen war<sup>1223</sup>, hatte im März 1962, kurz nach dem Berliner Mauerbau und über ein Jahr vor Bahrs berühmter Rede in Tutzing, seine Denkschrift „Verklammerung und Wiedervereinigung“ vorgelegt. Darin war bis zum Fernziel der Wiedervereinigung eine sehr lange Zeitspanne mit vielen kleinen Schritten der Verklammerung der beiden deutschen Teile vorgesehen, die zur Entstalinisierung Mitteldeutschlands führen sollten, aber in einer behutsamen Weise, damit der Kreml keinen neuen Aufstand wie am 17. Juni 1953 befürchten musste.<sup>1224</sup> Für Schollwer hatte der Bau der Berliner Mauer endgültig einen permanenten Kalten Bürgerkrieg eingeleitet, wobei für ihn die Angst der „*DDR-Kommunisten*“ vor der

---

<sup>1220</sup>: „Frankfurter Rundschau“ vom 28.11.1966: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

<sup>1221</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 28.11.1966, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-399.

<sup>1222</sup>: Siehe dazu: Schollwer, Wolfgang, FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966, hrsgg. von Monika Fassbender, München 1994. / Schollwer, Wolfgang, Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der FDP seit 1952, Bonn 1972.

<sup>1223</sup>: Schollwer, Wolfgang, Ende der Koalition - Ende einer Epoche. Abgedruckt in der FDP-Zeitung „Freie Demokratische Korrespondenz“ vom 28.10.1966, S. 1-2, hier S. 1. Liegt vor bei: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-68.

<sup>1224</sup>: Klingl, Friedrich, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ - Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987, S. 335-336.

zahlenmäßig, wirtschaftlich und militärisch weit überlegenen Bundesrepublik, deren erklärtes politisches Ziel es sei, das politische System im anderen Teil Deutschlands - wenn auch erklärtermaßen auf friedlichem Wege - eines Tages zu liquidieren, deutlich sichtbar geworden sei.<sup>1225</sup>

Der deutschlandpolitische Pragmatismus von Brandt und Bahr sowie deren Konzept „Wandel durch Annäherung“ stießen in der FDP auf eine positive Resonanz, wo man sich Schritt für Schritt zu einer deutschland- und ostpolitischen Kursänderung entschloss. In seinen deutschlandpolitischen Thesen, die in den Medien viel Aufsehen erregten und die sicherlich auch dazu dienten, die FDP in der Öffentlichkeit zu profilieren, erklärte Schollwer, der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch müsse aufgegeben und die DDR als zweiter deutscher Staat anerkannt werden, auf die verlorenen deutschen Ostgebiete müsse verzichtet und die Oder-Neiße-Grenze folglich hingenommen werden. Des Weiteren müsse Bonn zu allen osteuropäischen Staaten volle diplomatische Beziehungen aufnehmen.<sup>1226</sup> Während der Großen Koalition wurde dieser „Schollwer-Plan“ ausgiebig in der FDP diskutiert, der weiter vorsah: Verhandlungen mit der DDR auf allen Ebenen, gegenseitige Unterstützung bei der Aufnahme in die UNO, Verzicht auf Teilhabe an multilateralen Atomstreitkräften und offizielle Respektierung der deutschen Ostgrenze bis zur Friedensreglung.<sup>1227</sup> Als Gegenleistung wurden von der DDR erwartet: Absetzung der Ulbricht-Gruppe, umfassende Entstalinisierung, Freilassung politischer Häftlinge, Beseitigung der Mauer, Garantie der DDR und der Sowjetunion für die Freiheit Westberlins und seiner Verbindungswege sowie Wiederherstellung des Reiseverkehrs zwischen beiden Teilen Deutschlands. Eingeleitet werden sollte die Wiederannäherung der beiden deutschen Teile durch die Einsetzung gesamtdeutscher Kommissionen.<sup>1228</sup> Damit lief der „Schollwer-Plan“ auf eine deutsche Wiedervereinigung in vielen Phasen hinaus.<sup>1229</sup> Wie bei der CDU/CSU und der SPD galt auch bei der FDP der Grundsatz, dass eine Wiedervereinigung Deut-

<sup>1225</sup>: Wolfgang, Schollwer, Die Mauer - Motive und Konsequenzen. Abgedruckt in der FDP-Zeitschrift „Liberaldemokratische Korrespondenz“, Nr. 8, 1966, S. 1-8, hier S. 2. Liegt vor bei: ADL, Signatur D2-1283: Sammelband der FDP-Zeitschrift „Liberaldemokratische Korrespondenz“ der Jahre 1965-1970/1.

<sup>1226</sup>: Koerfer, Daniel, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966-1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“, Stuttgart 1981, S. 52-55. Zur dieser deutschland- und ostpolitischen Neuorientierung der FDP siehe auch die zeitgenössische Untersuchung: Körper, Kurt J., FDP. Bilanz der Jahre 1960-1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Köln 1968.

<sup>1227</sup>: Niedhart, Gottfried, Friedens- und Interessenwahrung. Zur Ostpolitik der FDP in Opposition und sozial-liberaler Regierung 1968-1970. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Band 7, Karlsruhe 1995, S. 105-126, hier S. 110-115.

<sup>1228</sup>: Zeitschrift „Konkret Exklusiv“ vom 12.7.1967: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-5b3 196-/69.

<sup>1229</sup>: Steininger, Rolf, Thomas Dehler - Protagonist einer „neuen“ deutschen Ostpolitik. In: Stiftung Haus der Geschichte (Hrsg.), Thomas Dehler und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 8. Dezember 1997 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Thomas Dehler, Bonn 1998, S. 25-31, hier S. 28.

schlands nur durch eine „*gesamteuropäische Entwicklung*“<sup>1230</sup> und nach einer internationalen Entspannung erfolgen könne.

Der „Schollwer-Plan“ war jedoch auch in der FDP nicht ganz unumstritten. Mende erklärte am 14. März 1967 auf einer FDP-Fraktionssitzung, dass in dieser Sache ein Parteitag entscheiden müsse.<sup>1231</sup> Die FDP ging sehr weit in dieser Sache, wie ein Positionspapier des FDP-Fraktionsarbeitskreises für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen, das für den FDP-Parteitag in Hannover im April erstellt worden war, deutlich machte. Darin wurde vermerkt, es sei Tatsache, dass die Vereinigungspolitik seit 18 Jahren erfolglos bleiben musste, nicht zuletzt auch darum, weil bestehende Chancen von deutscher Seite nicht genutzt oder nicht erprobt worden seien.<sup>1232</sup> Dazu wurde in dem Papier festgehalten, dass als Mittel der Entkrampfung zwischen Bonn und Pankow Verhandlungen aufgenommen werden müssten, die ein zeitlich begrenztes und geregeltes Nebeneinander beider deutscher Teile zum Gegenstand haben sollten. Diese Verhandlungen setzten die Einsicht voraus, dass eine Wiedervereinigung durch Angliederung nicht mehr zu erreichen sei. Das geregelte Nebeneinander würde einer Respektierung der „DDR“ auf der Basis des Status quo entsprechen. Dies wäre kein Verzicht auf die Deutschlandpolitik, sondern eine logische Folgerung des Gewaltverzichts.<sup>1233</sup> Die de jure Anerkennung der „DDR“ als ein deutscher Teilstaat solle weiterhin ausgeschlossen bleiben, solange die Regierung in Pankow sich nicht auf den demokratisch geäußerten Willen der Mehrheit der ihrer Gewalt unterworfenen Bevölkerung stützen könne und die Grundrechte missachte, hieß es in dem FDP-Positionspapier.<sup>1234</sup>

Der FDP-Parteitag vom 3. bis 5. April 1967 in Hannover beschloss am 5. April ein Aktionsprogramm, welches eine „*Verständigungspolitik*“ mit der DDR forderte.<sup>1235</sup> Zur Oder-Neiße-Grenze erklärte der FDP-Parteitag am gleichen Tag in einem Entschluss, die FDP sei der Meinung, dass die endgültige Entscheidung über die deutschen Grenzen im Osten erst in einem Friedensvertrag erfolgen könne. Die FDP vertrete die Auffassung, dass eine mögliche Zusammenführung der getrennten Teile Deutschlands nicht

<sup>1230</sup>: Zitat Genscher am 13.10.1967 in einer Rede im Bundestag: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1834-1840, hier S. 1835.

<sup>1231</sup>: FDP-Fraktionssitzung 14.3.1967: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-783: S. 1-11, hier S. 3.

<sup>1232</sup>: FDP-Positionspapier: ADL, FDP-Bundesparteitagprotokolle V. WP, Ordner A1-336: S. 1-7, hier S. 4-5.

<sup>1233</sup>: FDP-Positionspapier: ADL, FDP-Bundesparteitagprotokolle V. WP, Ordner A1-336: S. 1-7, hier S. 1.

<sup>1234</sup>: FDP-Positionspapier: ADL, FDP-Bundesparteitagprotokolle V. WP, Ordner A1-336: S. 1-7, hier S. 3.

<sup>1235</sup>: FDP-Aktionsprogramm 5.4.1967: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband, S. 865-868, hier S. 866.

an territorialen Fragen scheitern dürfe.<sup>1236</sup> Gerade diese territorialen Fragen waren aber für die CDU/CSU von zentraler Bedeutung, wie der Aufschrei in der CDU/CSU zeigte, als Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. März 1968 die deutsche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze verlangte.

Die deutschland- und ostpolitische Generallinie der FDP spiegelte das Verständnis der SPD wider. Unterstützung fand diese Allianz der kommenden sozial-liberalen Koalition in der liberalen Publizistik, bei prominenten Wissenschaftlern sowie bei einigen Repräsentanten des Katholizismus und des Protestantismus, die sich seit Mitte der 1960er Jahre als „*Blockadebrecher*“<sup>1237</sup> in der Deutschland- und Ostpolitik engagierten. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm sorgte sich jedoch am 7. März 1967 auf einer FDP-Fraktionssitzung darüber, dass durch die Presseveröffentlichungen über die deutschland- und ostpolitische Generallinie der FDP großer wahltaktischer Schaden für die FDP entstehen könnte.<sup>1238</sup> Nach der Veröffentlichung von Auszügen des „Schollwer-Plans“ in der Zeitschrift „Stern“<sup>1239</sup> berichtete Mende ebenfalls besorgt am 17. März auf einer FDP-Vorstandssitzung über die aufgeregte politische und öffentliche Situation.<sup>1240</sup> Am 30. November 1968 erwiderte der neue FDP-Vorsitzende Scheel auf einer Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses zu diesen Sorgen, dass in der Öffentlichkeit zu den Ideen der FDP Stellung genommen werde, sei kein Nachteil für die Partei. Es sei ein Zeichen dafür, dass die Partei überhaupt Ideen habe, was ja nicht von vornherein zu vermuten sei, und dass diese kontrovers diskutiert würden.<sup>1241</sup>

Viele Teile des „Schollwer-Plans“, wie zum Beispiel die Aufgabe der Hallstein-Doktrin und des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs, sollten in die FDP-Wahlplattform

<sup>1236</sup>: FDP-Parteitagsentschluss 5.4.1967: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-336.

<sup>1237</sup>: Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 194.

<sup>1238</sup>: FDP-Fraktionssitzung 7.3.1967: ADL, Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner A40-783: S. 1-8, hier S. 2.

<sup>1239</sup>: Bissinger, Manfred, Ein radikaler Plan macht in der FDP Furore: Keine Angst vor Ulbricht. Abgedruckt in der Zeitschrift „Stern“, Nr. 11 vom 12.3.1967, S. 18. Diese Auszüge des „Schollwer-Plans“ sollten ursprünglich im Februar 1967 in der FDP-Zeitschrift „liberal“ erscheinen, wo sie jedoch nicht den erwünschten Bekanntheitsgrad erreicht hätten. Siehe: Koerfer, Daniel, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966-1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“, Stuttgart 1981, S. 54.

<sup>1240</sup>: FDP-Vorstandssitzung 17.3.1967: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien / Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, bearbeitet von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993: Sitzungsprotokoll Nr. 83, 17.3.1967, S. 731-733, hier S. 731.

<sup>1241</sup>: Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses 30.11.1968: ADL, Protokolle des FDP-Bundeshauptausschusses V. WP, Ordner A12-71: S. 1-99, hier S. 42.



für den Bundestagswahlkampf 1969 aufgenommen werden.<sup>1242</sup> Zur Erarbeitung dieser Wahlplattform wurde am 30. November 1968 auf einer Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses eine Kommission gebildet. Sie bestand aus Bahner, Dahrendorf und Genscher. Genscher versprach, dass diese Wahlplattform, wie er schon an anderer Stelle gesagt habe, kein Neckermann-Katalog sein werde, sondern ein durchgängiges politisches Konzept, das der Ergänzung durch eine Reihe von Fachaussagen für die verschiedenen Fachgebiete bedürfe.<sup>1243</sup>

Die FDP-Wahlplattform-Kommission ging sehr ins Detail. Selbst von Schollwer mitentwickelte Anzeigen-Motive für den nächsten Bundestagswahlkampf, die in eine Richtung gingen, in welche die CDU/CSU nicht blicken, geschweige denn gehen wollte, wie *“Wir wissen, daß es die DDR gibt“* oder *“Wir wollen nicht für die DDR sprechen, sondern mit der DDR“*<sup>1244</sup>, wurden diskutiert. Der FDP-Bundesausschuss für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik schlug am 19. Mai 1969 dem FDP-Vorstand in einem Schreiben vor, den Teil IV der FDP-Wahlplattform und damit die ost- und deutschlandpolitische Generallinie der FDP wie folgt zu fassen: *„Neue Handlungsfreiheit wird für uns entstehen, wenn Hallsteindoktrin und Alleinvertretungsanspruch fallen. Dann kann uns niemand politisch erpressen, indem er droht, Beziehungen zur DDR aufzunehmen. In keiner Hauptstadt werden wir unzureichend vertreten sein, nur weil die DDR dort eine Botschaft hat. Die Bundesrepublik hat Botschaften in Moskau, in Belgrad, in Bukarest, genau wie die DDR. Was aber dort richtig ist, kann in anderen Hauptstädten nicht falsch sein. ... Die DDR ist ein zweiter deutscher Staat auf deutschem Boden. Die FDP billigt nicht die innere Ordnung der DDR. Doch müssen beide Staaten deutscher Nation in dem Bewußtsein, daß sie zueinander nicht Ausland sind, ihre Beziehungen zu ordnen suchen. Diesem Ziel gilt der Entwurf eines Staatsvertrages mit der DDR, den die FDP vorgelegt hat.“*<sup>1245</sup>

In der FDP besaßen mittlerweile die Befürworter eines deutsch-deutschen Generalvertrags großen Einfluss. Sie hatten sich seit dem Freiburger FDP-Parteitag am 30. Januar 1968 innerparteilich gesammelt und diskutierten seit Ende des Jahres den Entwurf eines Generalvertrags zur vorläufigen Ordnung der Beziehungen zwischen der Bundes-

<sup>1242</sup>: Siehe dazu: Schollwer, Wolfgang, Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9./10. Januar 1967 in Bonn, Frankfurt a. M. 1967, S. 18-21.

<sup>1243</sup>: Sitzung des FDP-Bundeshauptausschusses 30.11.1968: ADL, Protokolle des FDP-Bundeshauptausschusses V. WP, Ordner A12-71: S. 1-99, hier S. 85-86.

<sup>1244</sup>: Diese Anzeigen-Motiven wurden am 18.12.1968 auf einer FDP-Präsidiumssitzung diskutiert: ADL, Protokolle des FDP-Präsidiums V. WP, Ordner 179: S. 1-2, hier S. 1.

<sup>1245</sup>: Schreiben des FDP-Bundesausschusses 19.5.1969: ADL, Unterlagen des FDP-Bundesausschusses für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik V. WP, Ordner A44-15: S. 1-5, hier S. 3.

republik und der DDR.<sup>1246</sup> Scheel hatte in einem Artikel in der FDP-Zeitung "Freie Demokratischen Korrespondenz" vom 5. November den Zweck eines solchen Generalvertrags erläutert und geschrieben, dass man den Versuch machen müsse, eine dauerhafte, gesunde, wirtschaftliche und politische Entwicklung Westberlins sowie eine Entspannung des Verhältnisses zwischen der DDR und der Bundesrepublik herbeizuführen, indem man die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands durch den Abschluss eines Generalvertrags neu ordne, der auch eine Regelung für den Status von Berlin enthalten müsse.<sup>1247</sup>

Im Gegensatz zu dem von DDR-Ministerpräsident Stoph am 18. September 1967 in seinem Brief an Kiesinger vorgelegten Entwurf für einen gemeinsamen deutsch-deutschen Vertrag<sup>1248</sup> war der FDP-Generalvertragsentwurf nicht allgemein gehalten, sondern thematisierte präzise Fragen. Dabei ging der FDP-Entwurf eines deutsch-deutschen Generalvertrags vom Primat der Friedenswahrung und einer kooperativen Konfliktstrategie aus, die nicht auf eine rasche Wiedervereinigung abzielte, sondern - wie bei vergleichbaren Überlegungen bei der SPD - zunächst ein geregelter Nebeneinander der beiden deutschen Staaten anstrebte. Die nationale Frage wurde zugleich in die Zusammenhänge der internationalen Entspannungspolitik eingebettet. Ziel deutscher Außenpolitik sollte dabei die Herstellung einer europäischen Friedensordnung sein.<sup>1249</sup> Als Friedensordnung galt bei der FDP ein Bündnis von Völkern, das die weltpolitischen Blöcke auflockern konnte. Eine europäische Friedensordnung sollte über die Grenzen zwischen den Blöcken hinausgreifen und Länder des sogenannten Ostens ebenso einschließen wie Länder des gegenwärtigen Westens. Die Lösung der deutschen Frage war aus Sicht der FDP Teil dieser Zielsetzung.<sup>1250</sup> Dieser Denkansatz deckte sich mit entsprechenden Vorstellungen in der SPD. Brandt hatte am 30. November 1967 in einer Rede in Düsseldorf erklärt, dass für ihn eine Friedensordnung eine Ordnung sei, welche die Ursachen der Spannung beseitige und die Teilung Europas, die am deutlichsten in der deutschen Spaltung zum Ausdruck komme, überwinde.<sup>1251</sup>

Wie bei dem SPD-Konzept "Wandel durch Annäherung" erläuterte der FDP-Bundestagsabgeordnete Peter Seibt, wenn ein deutscher Zusammenschluss angestrebt werde, müsse

<sup>1246</sup>: Presseagenturmeldung vom 24.11.1968: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-5b7 1969.

<sup>1247</sup>: Abdruck von Scheels Artikel: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1456-1457, hier S. 1457.

<sup>1248</sup>: Siehe dazu S. 113.

<sup>1249</sup>: Vertrauliche Kopie des FDP-Generalvertragsentwurfs vom 10.1.1969, S. 1-3: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1250</sup>: Dies geht aus einem FDP-Positionspapier zur Deutschlandpolitik vom 9.4.1969 hervor, S. 1-7, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1251</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 2085-2089, hier S. 2085.

die Distanz der Systeme und Zielvorstellungen verringert werden, und zwar aller Voraussicht nach von beiden Seiten und auch zwischen den beiden Blöcken. Alles andere hieße, über ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und den Willen zur nationalen Einheit die fundamentalen praktischen Probleme zu vergessen. Seibt ergänzte, wer den Zusammenschluss wolle, müsse sich diesen Problemen genauso stellen wie den außenpolitischen Problemen. Mache er das nicht, dann würde er auch noch den letzten Wiedervereinigungswillen durch außenpolitische Erfolglosigkeit frustrieren und würde jene, die der Zusammenschluss als Aufgabe begeistern könne, nicht gewinnen.<sup>1252</sup>

Am 24. Januar 1969 ergriff die FDP-Fraktion im Hinblick auf einen deutsch-deutschen Generalvertrag durch eine Große Anfrage an die Bundesregierung die Initiative: *„Ist die Bundesregierung bereit, der Regierung der DDR einen Vertrag zwischen den beiden Teilen Deutschlands vorzuschlagen, der das Ziel hat, im Interesse des Zusammenhalts der deutschen Nation, der europäischen Sicherheit und des Friedens in der Welt die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands für die Übergangszeit bis zur friedlichen Lösung unserer nationalen Frage zu ordnen?“*<sup>1253</sup> Die Aufregung bei der CDU/CSU war, wie zu erwarten, sehr groß.<sup>1254</sup>

Wolfgang Mischnick, mittlerweile FDP-Fraktionsvorsitzender, antwortete am 24. Januar 1969 auf einer Pressekonferenz zum FDP-Generalvertragsplan auf die Frage, ob mit diesem geplanten Vertrag eine de facto Anerkennung der DDR durch die FDP verbunden sei, dass die FDP Regelungen für das Zusammenleben finden helfen wolle, ohne dass dadurch ein Verhältnis Ausland zu Ausland zwischen beiden deutschen Staaten entstehe. Mischnick fügte hinzu, dass die Diskussion um Anerkennung ein akademischer Streit sei, den man nicht vertiefen solle, weil bisher wohl auch bei der anderen Seite diese Linie nicht völlig abgeklärt sei. Man wisse dort wohl auch nicht genau, welche Regelung man sich vorstelle.<sup>1255</sup> Scheel brachte am 7. Februar in einem Interview den Zweck eines deutsch-deutschen Generalvertrags aus Sicht der FDP auf den Punkt und betonte, dass die FDP das Gespräch mit den Ländern Osteuropas wolle, um dabei für beide Teile - für Westeuropa und Osteuropa - Vorteile zu erreichen. Die FDP wolle überhaupt nichts preisgeben. Mit ihrem Vertragsentwurf zum Beispiel wolle sie für alle Deutschen auf beiden Seiten einen Vorteil erreichen. Die DDR lebe ja auch

<sup>1252</sup>: So äußerte sich Seibt am 8.5.1969 auf einer Sitzung des FDP-Bundesausschusses für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik: ADL, Protokolle des FDP-Bundesausschusses für Deutschland-, Außen- und Sicherheitspolitik V. WP, Ordner A44-15: S. 1-8, hier S. 2-3.

<sup>1253</sup>: Kopie der Großen Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.1.1969, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1254</sup>: Die dazu am 24.1.1969 geführte Bundestagdebatte ist unter anderem aufgezeichnet bei: Schmitt, F. J. (Hrsg.), Im Deutschen Bundestag. Deutschland und Ostpolitik, Band 2, Bonn 1973, S. 202-225.

<sup>1255</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

nicht im luftleeren Raum. Sie müsse mit ihren Nachbarn in Osteuropa rechnen, und diese Nachbarn seien auch an einer langfristigen friedlichen Regelung interessiert. Sie seien vor allem daran interessiert, dass das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik besser werde als bisher und vor allem auch vertragliche Grundlagen bekomme. Scheel bemerkte, dass die Bundesregierung, was ihre Absichten betreffe, hier keinen Schritt hinter der FDP zurück sei. Sie sei ja auch bereit, in Teilbereichen Verhandlungen mit der DDR-Regierung zu führen. Sie habe nur noch nicht die richtigen Vorschläge entwickelt, die es zur Aufnahme der Verhandlungen kommen lassen würden.<sup>1256</sup>

Der FDP-Plan eines deutsch-deutschen Generalvertrags hatte bei der CDU/CSU für große Verstimmung gesorgt. Johann Baptist Gradl, ein Deutschlandexperte bei der CDU, für den dieser FDP-Plan eines deutsch-deutschen Generalvertrags eine verfehlte Initiative war, erklärte am 27. Januar 1969 in seinem Bericht zu diesem FDP-Projekt, dass dieser Vertrag am eigentlichen Problem vorbeigehe. Das Problem liege in der feindseligen Haltung der Ostberliner SED-Führung. Es liege nicht an einem Mangel an gutem Willen oder an zweckmäßigen Vorschlägen auf bundesdeutscher Seite. Wenn man unter den aktuellen Umständen etwas erhoffen könne, dann höchstens von stillen und auf einzelne Punkte konzentrierten Bemühungen.<sup>1257</sup> Die CDU/CSU lehnte den FDP-Plan eines deutsch-deutschen Generalvertrags strikt ab. Kiesinger bezeichnete diesen Plan am 2. Oktober auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung als einen außenpolitischen Missgriff.<sup>1258</sup> Strauß hatte am 16. September in einem Interview gegenüber der „Schwäbischen Zeitung“ betont, dass der FDP-Generalvertragsplan für die CDU/CSU auf gar keinen Fall in Frage komme.<sup>1259</sup> Die CDU/CSU war in der Zeit der Großen Koalition mehr und mehr in die Defensive geraten, und SPD und FDP näherten sich zunehmend an. Wehner hatte am 18. Februar in einem Interview den FDP-Entwurf eines deutsch-deutschen Generalvertrags<sup>1260</sup> begrüßt und erläutert, dass dieser Vertrags-

---

<sup>1256</sup>: Text des Interviews: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1257</sup>: Gradls Bericht 27.1.1969, S. 1-3, hier S. 1 und 3: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 389.

<sup>1258</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 2.10.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1020/2: S. 1-16, hier S. 9.

<sup>1259</sup>: Text des Interviews, S. 1-5, hier S. 4: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Sammlung Kray, Ordner I-69(12a)1609.

<sup>1260</sup>: Wehner hatte am 10.1.1969 eine vertrauliche Kopie des FDP-Generalvertragsentwurfs erhalten, S. 1-3: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

entwurf einen Zweck erfüllen werde: Er werde die Diskussion über die tatsächliche Lage und die gegenwärtigen Möglichkeiten wieder auf die sachlichen Gegebenheiten hinführen.<sup>1261</sup> Wehner meinte am 25. April im Bundestag: „*So glaub ich auch: Kommt Zeit, kommt auch Vertrag.*“<sup>1262</sup>

Während des Bundestagswahlkampfes kritisierte der FDP-Vorsitzende Scheel am 23. Juni 1969 auf dem Nürnberger FDP-Parteitag (23.-25. Juni) die Große Koalition in einer Rede mit dem Titel „Praktische Politik für Deutschland“ scharf und erklärte, dass sich für die CDU das Bündnis offenbar auszahle, die SPD sei angeschlagen und unsicher geworden. Kein SPD-Minister trete zurück, auch wenn er vom Partner noch so getreten werde. Die SPD mucke nicht einmal auf, auch nicht, als die Union den Lokomotiven Brandt und Schiller den Dampf abgeblasen und sie aufs tote Gleis geschoben habe.<sup>1263</sup> Der FDP-Vorsitzende fuhr fort, dass man für den Bereich der Deutschlandpolitik in Erinnerung rufen sollte, dass Herbert Wehner das Ministerium verwalte, in dem einst Erich Mende Maßstäbe gesetzt habe. Scheel ergänzte ironisch, wenn man vergessen haben sollte, wer nunmehr Chef dieses Ministeriums sei, er habe seine Pflicht zur Information erfüllt.<sup>1264</sup> Scheel erklärte zum Kanzler, dass Kiesinger nicht Adenauer sei, dessen Schuhe seien Kiesinger zu groß. Kiesinger sei die Fortsetzung der Politik Adenauers mit anderen Mitteln, aber keineswegs besseren.<sup>1265</sup>

Der Streit in der Deutschlandpolitik nur um die Anerkennungs- oder Nichtanerkennungsfloskeln nütze wenig. Das sei reiner Wortfetischismus, betonte Scheel in seiner Nürnberger Parteitagsrede und fuhr fort: „*Welche Partei hat denn ein so vernünftiges und so realistisches Konzept wie die unsere? Welche hat denn überhaupt ein Konzept und vertröstet uns nicht nur auf das Zuwarten? Natürlich halten wir, wenn wir von zwei*

---

<sup>1261</sup>: SPD-Pressemitteilung vom 18.2.1969, S. 1-4, hier S. 2: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1994.

<sup>1262</sup>: Bundestagssitzung 25.4.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 12623-12698, Wehner S. 12681-12683, hier S. 12681. Wehner hatte bereits am 26.12.1968 in einem Interview gegenüber dem deutschsprachigen Dienst der BBC erklärt, dass er einen deutsch-deutschen Generalvertrag nicht nur für denkbar halte, sondern für etwas, zu dem es einmal kommen werde. Text des Interviews: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband, S. 1625-1631, hier S. 1631.

<sup>1263</sup>: Scheels Redemanuskript, S. 1-25, hier S. 3-4: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

<sup>1264</sup>: Scheels Redemanuskript, S. 1-25, hier S. 10: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

<sup>1265</sup>: Scheels Redemanuskript, S. 1-25, hier S. 13: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

*deutschen Staaten sprechen, den gesamtdeutschen Vorbehalt aufrecht. Indem wir diese Staaten als zwei Teile Deutschlands betrachten, die zueinander nicht Ausland sind* [die gleiche Formulierung hatte auch Brandt auf dem Nürnberger SPD-Parteitag am 21. April 1968 benutzt], *finden wir uns mit der Trennung nicht ab, natürlich nicht*<sup>1266</sup> Mit dem Wegfall des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs sollte aus Sicht der FDP neue Handlungsfreiheit gewonnen werden.<sup>1267</sup>

Scheel bilanzierte in seiner Parteitagsrede, dass die Union, diese konservative Partei konventionellen Denkens, keine neue Entwicklungen einleiten könne. Ihre rückwärts gerichteten nationalen Tendenzen kennzeichneten sie als Teil der Vergangenheit. Ebenso wie die Große Koalition im Ganzen biete die CDU nur Antworten von gestern auf die Fragen von heute. Auch die SPD sage inzwischen Ja, allerdings zum Programm der CDU. Sie sei gemessen an liberalen Vorstellungen ebenso konservativ. Auch die SPD könne nicht anders als rücklings in die Zukunft fallen.<sup>1268</sup>

Auf einer anschließenden Pressekonferenz an seine Parteitagsrede relativierte Scheel jedoch seine harschen Aussagen und bemerkte, die FDP habe nicht etwa die Illusion, dass bei einer Regierungsbildung eine der beiden in Frage kommenden Parteien, Union oder SPD, die FDP-Wahlplattform wortwörtlich als Grundlage der Regierungserklärung übernehmen würde, sondern die Politik, die eine Regierung machen könne, ergebe sich aus der Fülle der Deckungsmöglichkeiten bei den politischen Überzeugungen. Scheel meinte, dass es nach seiner Auffassung mit jedem der beiden potentiellen Partner ein durchaus ausreichend großes Paket von verwirklichtbaren politischen Gedanken gebe. Aber wenn dieses Paket nicht erreicht werden sollte, dann würde die FDP die Opposition von sich aus vorziehen.<sup>1269</sup>

Nach der Bundestagswahl am 28. September 1969 gelang es Scheel und Brandt, eine sozial-liberale Koalition auszuhandeln und damit die deutschland- und ostpolitischen

---

<sup>1266</sup>: Scheels Redemanuskript, S. 1-25, hier S. 18: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

<sup>1267</sup>: Kopie des Nürnberger FDP-Parteitagspapiers "Praktische Politik - Das Konzept der FDP verabschiedet vom 20. Bundesparteitag der FDP am 25.6.1969 in Nürnberg", S. 1-20, hier S. 18: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-314.

<sup>1268</sup>: Scheels Redemanuskript, S. 1-25, hier S. 21: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

<sup>1269</sup>: Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-22, hier S. 4: ADL, FDP-Bundesparteitagsprotokolle V. WP, Ordner A1-388.

Denkmodelle der FDP im Einklang mit den Vorstellungen der SPD zu großen Teilen zu verwirklichen. Der Parteienforscher Heino Kaack hielt später folgerichtig fest, dass für die FDP-Führung die Koalition mit der SPD faktisch die Konsequenz ihrer Politik der liberalen Neuorientierung seit 1968 und ihrer Wahlaussagen gewesen sei.<sup>1270</sup>

## 5. Das Ende der Großen Koalition und der Weg zur sozial-liberalen Koalition

*„Die Deutschland- und Ostpolitik ist unversehens zu einem Wahlkampfthema geworden. Die Bundestagsparteien, die früher - zumindest was die Grundlagen angeht - eine gemeinsame Deutschland- und Ostpolitik betrieben haben, vertreten jetzt durchaus voneinander abweichende Auffassungen in diesem Bereich der deutschen Politik. Manchmal hat man den Eindruck, als ob einige Politiker nur durch die Rücksicht auf den andersgesonnenen Wähler davon abgehalten werden, ihre von der bisherigen Politik abweichenden Absichten und Ziele noch präziser zu formulieren.“*

Heinrich Windelen<sup>1271</sup>

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann hatte in einer von ihm am 29. August 1967 fertig gestellten Arbeitsunterlage mit dem Titel „Gedanken über die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode“ ange mahnt, dass die CDU/CSU alles daran setzen solle, die Große Koalition 1969 zu be-

<sup>1270</sup>: Kaack, Heino, Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim am Glan 1979<sup>3</sup>, S. 40.

<sup>1271</sup>: Zitat des Christdemokraten Heinrich Windelen, neuer Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, am 28.5.1969 in einer Rede. Windelens Redemanuskript, S. 1-7, hier S. 7: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei, Ordner 07-001-10174. Am 5.2.1969 war Kai-Uwe von Hassel aus der Bundesregierung ausgeschieden, da er zum Bundestagspräsidenten gewählt worden war. Heinrich Windelen, der neue Bundesminister für Vertriebene, war vor allem von der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge als neuer Bundesminister gefordert worden. Siehe dazu ein Schreiben des Vorsitzenden des Landesverbandes Westfalen-Lippe der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Paul Scholz, vom 3.2. 1969: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei, Ordner 07-001-10174.

enden. Zur Großen Koalition habe es 1966 keine Alternative gegeben. Sie sei aber auch für die deutsche Demokratie, die eine kraftvolle Opposition brauche, keine befriedigende Lösung, auch wenn sie mitunter recht bequem sei. Es bestehe durchaus kein logischer Zwang, dass sich die Große Koalition über den Kanzler auf die Dauer zugunsten der CDU/CSU auswirke. Die SPD habe sehr wohl eine Chance, sich mit der Zeit im Bewusstsein der Öffentlichkeit als die führende staatstragende Partei zu etablieren. Dieser Prozess dürfte allerdings bis 1969 noch nicht zur Reife gekommen seien, hatte Müller-Hermann vermutet.<sup>1272</sup>

Doch spätestens bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969 wurde es offensichtlich, dass die Zeichen auf Wechsel standen. Wobei es politisch brisant war, dass die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählte, in Berlin tagte.<sup>1273</sup> Dies führte zu massiven Spannungen und zu einem „Nervenkrieg“<sup>1274</sup> mit den Machthabern in Ostberlin.<sup>1275</sup> In einer undatierten schriftlichen Erklärung Kiesingers gegenüber dem sowjetischen Botschafter Zarapkin hieß es zur Bundesversammlung in Berlin, dass die Wahl Berlins als Tagungsort durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages nicht erfolgt sei, um die Rechte irgendeines anderen Staates oder Volkes zu schmälern. Berlin liege mitten in Deutschland. Berlin sei als Tagungsort gewählt worden, um das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung und auf Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu unterstreichen.<sup>1276</sup>

Bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969 setzte sich der Kandidat der SPD, Bundesjustizminister Gustav Heinemann, gegen den auch von der NPD unterstützten<sup>1277</sup> Kandidaten der CDU/CSU, Verteidigungsminister Schröder, klar durch, weil Heinemann auch den größten Teil der FDP-Stimmen erhalten hatte.<sup>1278</sup> Die SPD

---

<sup>1272</sup>: Müller-Hermanns Arbeitsunterlage 29.8.1967, S. 1-28, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-006.

<sup>1273</sup>: Bereits am 22.11.1968 hatte das Auswärtige Amt eine Mitteilung an die Presse herausgegeben, in der drin stand, dass die drei Westmächte der Bundesregierung die Entscheidung über den Ort, an dem die Bundesversammlung stattfinden solle, überliessen. Siehe dazu den „Zeitplan 1966-1969“ bei: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-320.

<sup>1274</sup>: Zitat Kiesinger am 25.2.1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1018/1: S. 1-72, hier S. 1.

<sup>1275</sup>: Siehe dazu eine von Bahr im Februar 1969 fertig gestellte Lage-Analyse zur Bundesversammlung am 5.3.1969 in Berlin, S. 1-2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 2.

<sup>1276</sup>: Kiesingers Erklärung, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 2.

<sup>1277</sup>: Kurz nach der Bundespräsidentenwahl war eine neue Anordnung der DDR-Behörden in Kraft getreten, wonach Anhängern der NPD Reisen durch und in die DDR nicht mehr gestattet werden sollte. Siehe dazu einen Brief des Bundesministers des Innern an die Grenzschutzdirektion vom 11.3.1969: BAK, Akten des Bundesministeriums des Innern V. WP, Ordner B106-43542.

<sup>1278</sup>: Walter, Franz, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002, S. 185.



fasste dies als ein deutliches Signal für eine Koalitionsbereitschaft der FDP mit der SPD auf. Heinemann, der seine Wahl zum Bundespräsidenten als „*Kraftprobe*“<sup>1279</sup> charakterisiert hatte, sprach daher auch von einem „*Stück Machtwechsel*.“<sup>1280</sup> Für Wehner war im Rückblick die Absage der Union an einen gemeinsamen Bundespräsidentenkandidaten für das Ende der Großen Koalition entscheidend gewesen, dies habe eine Neuauflage dieses Bündnisses unmöglich gemacht.<sup>1281</sup>

Am 6. März 1969, unmittelbar nach der Bundespräsidentenwahl, prophezeite die CDU-Parlamentarierin Elisabeth Schwarzhaupt, die zwischen 1961 und 1966 Bundesministerin für das Gesundheitswesen gewesen war, auf einer CDU-Vorstandssitzung, dass die Zeichen der Zeit auf Veränderung stünden, und diese richteten sich gegen die CDU.<sup>1282</sup> In der Tat, in der Öffentlichkeit hatte sich die SPD immer deutlicher profiliert. Das CDU-Präsidium konstatierte besorgt auf einer Sitzung am 12. August, kurz vor der Bundestagswahl im September, dass sich die SPD für viele Wähler als regierungsfähig erwiesen habe, und von SPD und FDP gegen die CDU unter dem Motto „20 Jahre sind genug“ massiv Stimmung gemacht werde.<sup>1283</sup>

Auf der letzten Sitzung des Kreßbronner Kreises am 13. August 1969 wurde diskutiert, ob der Koalitionskreis noch mal zusammentreten solle.<sup>1284</sup> Diese Frage blieb unbeantwortet. Die Koalitionäre wollten wohl nicht mehr wirklich zusammenarbeiten, aber das wurde nicht offen ausgesprochen. Denn die Regierungsparteien der Großen Koalition hatten zwar erkannt, dass ihr Bündnis nicht langfristig sein konnte, nachdem die wirtschaftliche Rezession, die 1966 zu ihrem Zusammengehen geführt hatte, abgearbeitet

---

<sup>1279</sup>: Zitat Heinemann, nachzulesen bei: Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978, S. 234.

<sup>1280</sup>: Zitat Heinemann, nachzulesen bei: Rödder, Andreas, Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004, S. 32.

<sup>1281</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 343.

<sup>1282</sup>: CDU-Vorstandssitzung 6.3.1969: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 25, 6.3.1969. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 1340-1377, hier S. 1355.

<sup>1283</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 12.8.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3, hier S. 1.

<sup>1284</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 7: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

worden war. Sie wussten aber nicht, ob ihnen das Wahlergebnis der nächsten Bundestagswahl erlauben würde, getrennte Wege zu gehen. Georg Ferdinand Duckwitz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, hatte daher am 2. August in einem Schreiben an Brandt vorsorglich darauf hingewiesen, dass möglichst bald Überlegungen darüber angestellt werden sollten, auf welchen Gebieten schon vor der Bildung einer neuen Regierung Änderungen des bisherigen Zustandes erforderlich seien, da die Möglichkeit der Fortsetzung einer Großen Koalition bestehe, ja sogar von einer Wahrscheinlichkeit gesprochen werden müsse.<sup>1285</sup>

Nie zuvor hatte die Deutschland- und Ostpolitik eine so zentrale Rolle im Bundestagswahlkampf gespielt. Wehner beschwerte sich am 13. August 1969 auf der Sitzung des Kreßbronner Kreises über die „Ausartung“<sup>1286</sup> des Wahlkampfes. Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Aigner war, wie er Kiesinger am 19. August in einem Brief mitteilte, gar eine „Verwilderung“<sup>1287</sup> der Wahlkampfreden zu verzeichnen.

Der CDU-Generalsekretär Bruno Heck konstatierte in einer Rede auf einem CDU-Parteitag in Mainz, der im November 1969, kurz nach der Bundestagswahl im September und der anschließenden Regierungsbildung durch SPD und FDP, abgehalten wurde: *„Ein Wahlkampf kann das Bild einer Partei aktualisieren, er kann das, was an ihr positiv vermerkt worden ist, bündeln und in ein besonderes Licht stellen. Er kann auch vorsichtig Retuschen versuchen und die politischen Konturen im Schwarz-Weiß der Alternativen zeigen. Eines aber kann ein Wahlkampf mit Sicherheit nicht: Das Image einer Partei von heute auf morgen neu gestalten.“*<sup>1288</sup> In der Tat, aus innenpolitischer Perspektive hatte das Wahlkampfthema Deutschland- und Ostpolitik der SPD, die von weiten Teilen der Medien als die fortschrittliche und dynamische Kraft der deutschen Außenpolitik dargestellt wurde, zum Vorteil gereicht, während die CDU/CSU auf diesem Politikfeld zunehmend mit dem Image einer verzagten und bremsenden Partei behaftet war.<sup>1289</sup> Dies wird besonders deutlich an einer zwischen 1964 und 1969

<sup>1285</sup>: Duckwitz an Brandt 2.8.1969, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

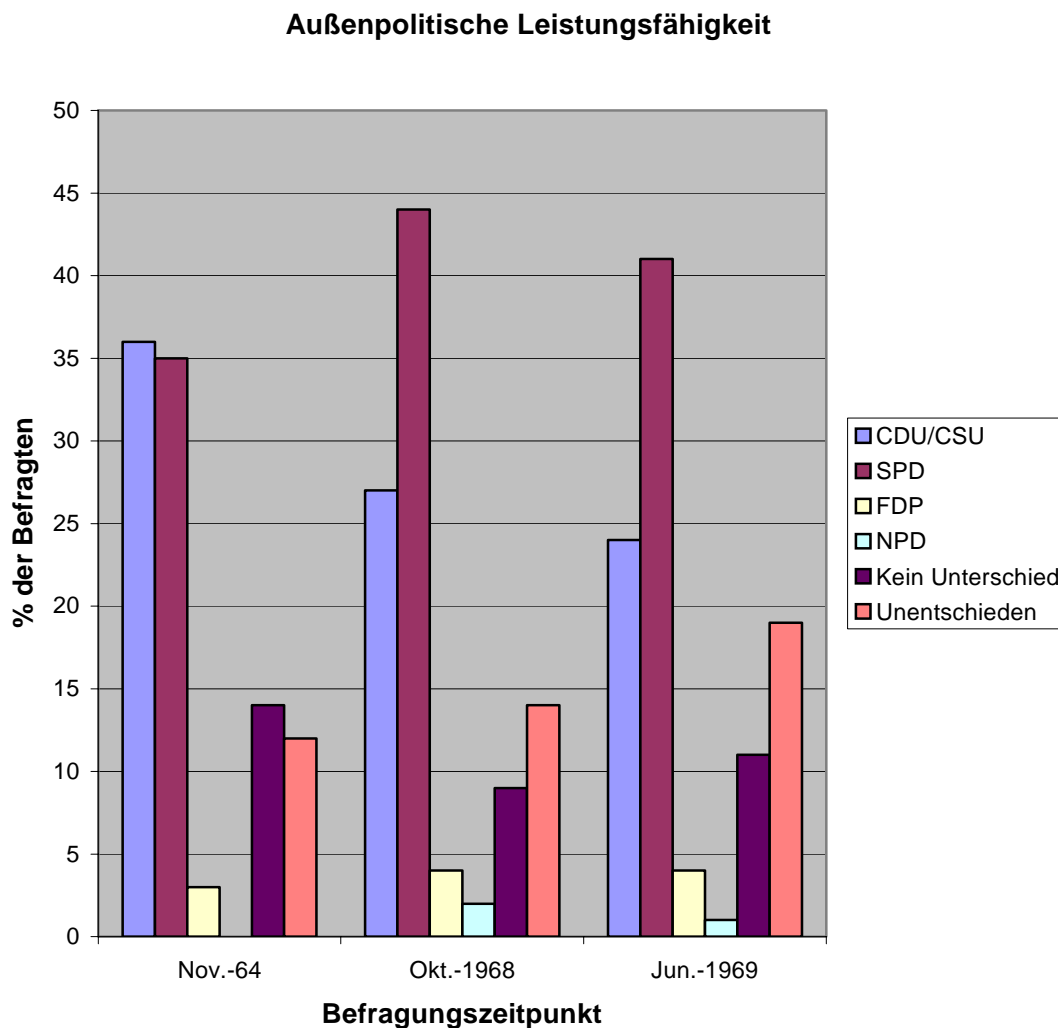
<sup>1286</sup>: Sitzungsprotokoll, S. 1-7, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-010.

<sup>1287</sup>: Aigner an Kiesinger 19.8.1969: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-001.

<sup>1288</sup>: Ludolf, Hermann (Hrsg.), Bruno Heck. Auf festem Grund. Aufsätze und Reden, Stuttgart 1977, S. 124-132, hier S. 124.

<sup>1289</sup>: In Meinungsumfragen war Kanzler Kiesinger dennoch populär. Er wurde aber mit keinem bestimmten Thema in Verbindung gebracht, auch nicht mit einem außenpolitischen Thema. Siehe dazu: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 568. / Kaltefleiter, Werner u. a., Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969. In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Band 5, Wiesbaden 1970, S. 1-187, hier S. 34

dreimal durchgeführten Meinungsumfrage in der bundesdeutschen Bevölkerung zur außenpolitischen Leistungsfähigkeit der Parteien in der Bundesrepublik:



Quelle: Kaltefleiter, Werner, Analytische Bemerkungen zum Bundestagswahlergebnis 1969. In: Gölder, Georg / Pieroth, Elmar (Hrsg.), Die Union in der Opposition. Analyse - Strategie - Programm, Düsseldorf/Wien 1970, S. 11-28, hier S. 13.

Mitentscheidend für dieses Meinungsumfrageergebnis war, dass die Große Koalition in der Deutschland- und Ostpolitik meistens keine eindeutige Synthese der unterschiedlichen Positionen finden konnte. CDU/CSU und SPD zogen vielmehr in verschiedene Richtungen, und die allgemeine Stimmung in der Bundesrepublik favorisierte das von der SPD verfolgte Bestreben nach einem grundsätzlichen Wandel in der Deutschland- und Ostpolitik. Hierin lag auch der Keim für die Annäherung von SPD und FDP. Bruno Heck erzählte 1980 rückblickend in einer Rede, dass die CDU/CSU auf Grund der deutschland- und ostpolitischen Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD von der

Regierungsbildung von vornherein durch Vorwegabsprachen zwischen Brandt und Scheel ausgeschlossen worden sei.<sup>1290</sup>

Die SPD und FDP wollten die von der CDU/CSU zwanzig Jahre lang verfolgte Politik wandeln, weil diese die deutsche Wiedervereinigung nicht näher gebracht hatte. Indirekt hatte auch die Sowjetunion diese innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik unterstützt, denn es war beachtlich gewesen, dass im Sommer 1969 erstmals deutsche Politiker zu Besuch nach Moskau eingeladen worden waren. Allerdings waren diese Einladungen von der Sowjetunion sehr selektiv ausgeteilt worden. Im Juni waren die FDP-Politiker Scheel, Mischnick und Genscher nach Moskau gereist und Ende August die SPD-Politiker Schmidt, Möller und Franke.<sup>1291</sup> Brandt hatte bereits am 21. November 1968 in einem Brief an den schwedischen Außenminister Torsten Nilsson geschrieben, dass sowohl der sowjetische Botschafter in Ostberlin, Abrassimow, als auch der sowjetische Botschafter in Bonn, Zarakin, angedeutet hätten, dass er zu einem offiziellen Besuch in Moskau willkommen sei.<sup>1292</sup> Sowjetische Einladungen an CDU/CSU-Politiker lagen während der Großen Koalition nicht vor. Bei der SPD und FDP schien der Kreml auf mehr Entgegenkommen bei den sowjetischen Forderungen zu hoffen, und beide Parteien wollten ja, wie der Kreml richtig vermutete, nach der nächsten Bundestagswahl die neue Bundesregierung bilden.

Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 errang die CDU/CSU 242 Mandate, die SPD 224 und die FDP 30.<sup>1293</sup> Niemals zuvor hatte sich in der Bundesrepublik die Bildung einer Regierung nach der Bundestagswahl so schnell vollzogen wie im Herbst 1969. Die sozial-liberale Koalition wurde bereits in der Wahlnacht „ausgehandelt.“<sup>1294</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt meldete unmittelbar nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses seinen Anspruch an, die Führung einer aus SPD und FDP gebildeten Bundesregierung zu übernehmen, und er verkündete in der Wahlnacht vom 28. zum 29. September: „Wir machen es.“<sup>1295</sup> Brandt erklärte in einem Interview in der Wahlnacht, dass er zu Gesprächen mit der FDP bereit sei, auch wenn die FDP stark an Stimmen

---

<sup>1290</sup>: Gotto, Klaus (Hrsg.), Bruno Heck. Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976-1986, S. 44-48, hier S. 44.

<sup>1291</sup>: Potthoff, Heinrich / Miller, Susanne, Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002<sup>8</sup>, S. 226-227.

<sup>1292</sup>: Brandt an Nilsson 21.11.1968, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 7.

<sup>1293</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974, Berlin 2001, S. 612.

<sup>1294</sup>: Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 360.

<sup>1295</sup>: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 40.

verloren habe. Das Zusammengehen mit dem „Verlierer“ CDU schloss er dabei verklausuliert aus.<sup>1296</sup>

Am 3. Oktober 1969 stellte Scheel auf einer FDP-Vorstandssitzung noch einmal pro forma klar, dass die Koalitionsverhandlungen auf der Basis der FDP-Wahlplattform stattfinden sollten. Verhandlungen sollten zunächst mit der SPD geführt werden. Der FDP-Abgeordnete Dahrendorf warf in diesem Zusammenhang den bemerkenswerten Gedanken auf: *„Kontinuität ja, und ganz sicher muß gerade eine solche Regierung mit der FDP darlegen, daß sie die Kontinuität bejaht. Auch hier ist die merkwürdige politische Lage, daß es prinzipiell gesprochen die CDU leichter hätte, neue Wege zu gehen, weil sie die Kontinuität nicht zu betonen braucht, während eine FDP/SPD-Koalition an manchen Punkten Kontinuität betonen muß, an denen es politisch bedauerlich sein kann.“*<sup>1297</sup> Darauf wollte Brandt keine Rücksicht mehr nehmen. Er berichtete auf der SPD-Fraktionssitzung am selben Tag, dass sich die Vorstellungen zwischen SPD und FDP weitgehend decken würden und damit einer sozial-liberalen Koalition nichts mehr in Wege stehe.<sup>1298</sup> Bei den deutschland- und ostpolitischen Koalitionsverhandlungen waren sich Brandt und Scheel schnell einig geworden, denn vor allem die deutschland- und ostpolitischen Grundsätze, die der SPD-Parteitag am 17. April in Bad Godesberg und der FDP-Parteitag am 25. Juni in Nürnberg verabschiedet hatten, ähnelten einander, teilweise waren sie sogar gleich. Am 14. Oktober hieß es in einer SPD-Pressemitteilung, dass nun die Verhandlungen der Delegationen von SPD und FDP zur Bildung einer neuen Bundesregierung ihren positiven Abschluss gefunden hätten.<sup>1299</sup>

Die FDP hatte einer Koalition mit der SPD zugestimmt, unter anderem auch wegen des Verhaltens des CDU-Vorsitzenden Kiesinger, der als Ziel ausgegeben hatte, die FDP aus den Landtagen hinauszufegen. Kiesinger hatte verkündete, wenn schon das Zwei-Parteien-System nicht durch eine Wahlrechtsänderung zu erreichen sei, müsse man dieses in einer offenen Feldschlacht erzwingen.<sup>1300</sup> Kiesinger und die CDU/CSU hatten bis zuletzt gehofft, in Regierungsverantwortung zu bleiben. Die stärkste Bundestags-

<sup>1296</sup>: Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 1-2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 61.

<sup>1297</sup>: FDP-Vorstandssitzung 3.10.1969: ADL, Protokolle des FDP-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 154: S. 1-171, hier S. 2 und 78.

<sup>1298</sup>: SPD-Fraktionssitzung 3.10.1969: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 137: S. 1-7, hier S. 2.

<sup>1299</sup>: SPD-Pressemitteilung 14.10.1969: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A8, Ordner 61.

<sup>1300</sup>: Kaack, Heino, Landtagswahlen und Bundespolitik von 1970-72. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 13, 1974, S. 3-45, hier S. 7.

fraktion, die CDU/CSU-Fraktion, war am 2. Oktober 1969 auf einer Sitzung zunächst optimistisch gewesen, den Kanzler gemäß des Wählervotums zu stellen.<sup>1301</sup> Kiesinger hatte einen Tag später auf einer CDU-Präsidiumssitzung erklärt, dass die Bildung einer Koalition aus SPD und FDP gegen die stärkste Fraktion des Deutschen Bundestages eine Verfälschung des Wählerwillens sei.<sup>1302</sup>

Die CDU/CSU-Fraktion war zwar am stärksten geblieben, aber SPD und FDP stimmten in dem zentralen Bereich der Deutschland- und Ostpolitik miteinander überein, während sich die deutschland- und ostpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition immer mehr reduziert hatten. Wehner, der am 24. Dezember 1969 in einem Brief an Brandt schrieb, dass er auch eine Fortsetzung der Großen Koalition unterstützt hätte<sup>1303</sup>, war nicht euphorisch über die sozial-liberale Koalition, aber er vollzog die Entscheidung für die Wanderung auf einem Höhengrat politisch nach. Bei der FDP seien im Gegensatz zur Union die Voraussetzungen für weitere Schritte in der Deutschland- und Ostpolitik gegeben gewesen, begründete Wehner seine Zustimmung später.<sup>1304</sup> Für die CDU/CSU waren eine sozial-liberale Koalition und der Weg in die Opposition nicht mehr zu verhindern gewesen.

Die neue Bundesregierung, an der die FDP mit drei Ministern beteiligt war, konnte sich jedoch nur auf eine sehr schmale Parlamentsmehrheit stützen und war innerhalb der FDP teilweise umstritten. Einen Vorgeschmack auf die Probleme des Regierens ergab bereits die Kanzlerwahl am 20. Oktober 1969, bei der Brandt nur 251 der insgesamt 254 Koalitionsstimmen erhielt.<sup>1305</sup> Zwei Tage später stellte Brandt, der erste sozialdemokratische deutsche Kanzler seit 1930, im Bundestag sein Kabinett vor. Vizekanzler und Außenminister wurde Walter Scheel. Egon Franke wurde Minister für innerdeutsche Beziehungen und Helmut Schmidt wurde Verteidigungsminister.<sup>1306</sup> Sein Vorgänger, Gerhard Schröder, übergab am 23. Oktober in einer Rede Schmidt das Amt mit den Worten, dass Frieden und Freiheit im freien Teil Deutschlands erhalten und gefestigt worden seien und zwar einschließlich des freien Teils von Berlin. Das sei eine unab-

---

<sup>1301</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 2.10.1969: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1020/2: S. 1-16, hier S. 2-3.

<sup>1302</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 3.10.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums V. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-2, hier S. 1.

<sup>1303</sup>: Wehner an Brandt 24.12.1969, S. 1-2: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A11.3., Ordner 15.

<sup>1304</sup>: Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006, S. 347.

<sup>1305</sup>: Hennig, Friedrich, Die FDP - Die Liberalen. Portrait einer Partei, München 1982, S. 39.

<sup>1306</sup>: Bundestagssitzung 22.10.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 71: Stenographische Berichte der 1.-30. Sitzung 1969/70, herausgegeben in Bonn, S. 15-19.

dingbare Voraussetzung für die Überwindung der noch bestehenden Spaltung Deutschlands.<sup>1307</sup>

Nun bildete die CDU/CSU erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Opposition im Bundestag. Dadurch markierte Brandts Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 die Zeit eines „*legislativen und administrativen Neuanfangs*.“<sup>1308</sup> Das Gefühl eines Neuanfangs bestätigen einige der damaligen Akteure. Der Sozialdemokrat Horst Ehmke, von Herbst 1969 bis Ende 1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Kanzleramts, erzählt, dass über der Regierungsbildung als Teil des „*Machtwechsels*“ trotz aller Geschäftsmäßigkeit ein gewisser Zauber gelegen habe.<sup>1309</sup> Auch Genschers Memoiren kann eine euphorische Grundstimmung zu Beginn der sozial-liberalen Bundesregierung entnommen werden.<sup>1310</sup> Der „*Machtwechsel*“ in Bonn beseitigte die innenpolitischen Blockaden, die bislang die Umsetzung von Brandts und Bahrs deutschland- und ostpolitischen Konzeptionen behindert hatten. Dabei ging es nun vor allem um die Frage, ob sich die neue Bundesregierung den Realitäten beugen, also zur Kenntnis nehmen würde, dass es einen zweiten deutschen Teilstaat gab. Kanzler Brandt wollte in seiner Regierungserklärung eine Antwort darauf liefern.

### **5.1. Neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik: Die Regierungserklärung von Kanzler Brandt am 28. Oktober 1969**

Am 14. Oktober 1969 informierte Brandt in einer SPD-Pressemitteilung darüber, dass er seine Regierungserklärung am 28. Oktober abgeben werde. Er wies darauf hin, dass dies, gemessen an allen früheren Regierungsbildungen, die kürzeste Spanne zwischen der Wahl des Bundeskanzlers und der Abgabe der Regierungserklärung sei.<sup>1311</sup> Der deutschland- und ostpolitische Teil von Brandts Regierungserklärung wurde mit Spannung erwartet.

Bahr hatte in seiner am 18. September 1969 fertig gestellten Planungsstudie zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung, die der SPD als Grundlage für die Koalitionsverhandlungen gedient hatte und deren Inhalt am 3. Oktober von der FDP auf einer ge-

<sup>1307</sup>: Schröders Redemanuskript, S. 1-10, hier S. 3: ACDP, Nachlass Gerhard Schröder, Ordner I-483-110/2.

<sup>1308</sup>: Rupp, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2000<sup>3</sup>, S. 156.

<sup>1309</sup>: Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994, S. 104.

<sup>1310</sup>: Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, München 1997, S. 125-129.

<sup>1311</sup>: SPD-Pressemitteilung 14.10.1969, S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 138.

meinsamen Sitzung von FDP-Fraktion und FDP-Vorstand akzeptiert worden war<sup>1312</sup>, angeregt, dass aus den bereits vorhandenen Ansätzen eine neue Außenpolitik entwickelt werden müsse.<sup>1313</sup> Die Regierungserklärung, die Kanzler Brandt am 28. Oktober im Bundestag vortrug, griff diese Anregung auf.<sup>1314</sup> Brandt bekundete mit „*sprachlicher Brillanz*“<sup>1315</sup> zu Beginn seiner Regierungserklärung, dass sein Respekt dem gebühre, was in den vergangenen Jahren geleistet worden sei, und er nannte Konrad Adenauer, Theodor Heuß und Kurt Schumacher stellvertretend für viele andere, mit denen die Bundesrepublik Deutschland einen Weg zurückgelegt habe, auf den sie stolz sein könne.<sup>1316</sup> Brandt fügte hinzu, dass niemand die Leistungen der letzten zwei Jahrzehnte leugnen, bezweifeln oder geringschätzen werde, denn sie seien Geschichte geworden. Zugleich betonte er, dass die Politik seiner Regierung nicht nur im Zeichen der Kontinuität, sondern auch im Zeichen der Erneuerung und des Wandels stehen werde.<sup>1317</sup>

Brandts Regierungserklärung wurde zu einem Dokument des Neubeginns. Der Kanzler verkündete, dass die Bundesregierung das bisherige Ministerium für gesamtdeutsche Fragen in ein Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt habe. Der neue Name deute die Richtung an, in die sich die Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR bewegen werde.<sup>1318</sup> Brandt hob hervor, dass die Deutschlandpolitik insgesamt nicht Sache eines Ressorts sein könne. Sie sei eine ständige Aufgabe der ganzen Regierung und umfasse Aspekte der auswärtigen Politik, der Sicherheits- und Europapolitik ebenso wie die Bemühungen um den Zusammenhalt des deutschen Volkes und die Beziehungen im geteilten Deutschland.<sup>1319</sup>

Brandt bot dem DDR-Ministerrat Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollten. Er betonte jedoch dabei: *„Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland, ihre Beziehungen können*

<sup>1312</sup>: FDP-Vorstandssitzung 3.10.1969: ADL, Protokolle des FDP-Bundesvorstandes V. WP, Ordner 154: S. 1-171, hier S. 2.

<sup>1313</sup>: Bahrs Planungsstudie 18.9.1969, S. 1-15: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

<sup>1314</sup>: Brandts Regierungserklärung liegt aufgezeichnet unter anderem vor bei: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand VI. WP, Ordner 04635: S. 1-42. / Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 71: Stenographische Berichte der 1.-30. Sitzung 1969/70, herausgegeben in Bonn: 5. Sitzung am 28.10.1969, S. 19-35.

<sup>1315</sup>: Von Beyme, Klaus, Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München/Wien 1979, S. 30.

<sup>1316</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 2: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand VI. WP, Ordner 04635.

<sup>1317</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 115, Mappe 1.

<sup>1318</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

<sup>1319</sup>: Bundestagssitzung 28.10.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 71: Stenographische Berichte der 1.-30. Sitzung 1969/70, herausgegeben in Bonn, S. 19-35, hier S. 21.



nur von besonderer Art sein.“<sup>1320</sup> Brandt sprach damit als erster Bundeskanzler die staatsrechtliche Anerkennung der DDR aus. Darüber hinaus benutzte er als erster westdeutscher Regierungschef die Bezeichnung DDR ohne Anführungszeichen. Dagegen fehlte erstmals in der Regierungserklärung eines deutschen Bundeskanzlers das Wort Wiedervereinigung. Stattdessen wies Brandt auf das Ziel einer europäischen Friedensordnung hin. Er unterstrich dabei aber, niemand könne den Deutschen ausreden, dass sie ein Recht auf Selbstbestimmung hätten wie alle anderen Völker auch.<sup>1321</sup>

Mit diesen Formulierungen gab die neue Bundesregierung den Kern der bisherigen deutschlandpolitischen Positionen der Vorgängerregierungen auf. Die staatsrechtliche Anerkennung der DDR bedeutete die Aufgabe des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs und das endgültige Ende der Hallstein-Doktrin.<sup>1322</sup> Des Weiteren folgte aus der staatsrechtlichen Anerkennung der DDR, dass die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands zugunsten, wie es Brandt in seiner Regierungserklärung ausdrückte, „*geregelter innerdeutscher Beziehungen*“<sup>1323</sup> in den Hintergrund trat. Während die bisherigen Bundesregierungen direkte Verhandlungen mit der DDR abgelehnt, auf der Nichtanerkennung des Status quo beharrt und stets den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch aufrecht erhalten hatten, sollte die Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition genau in die entgegengesetzte Richtung gehen.

Im außenpolitischen Teil seiner Regierungserklärung hob Brandt mehrmals den Begriff Entspannung hervor. Brandt strebte eine grundsätzliche Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Ost und West an. Er wollte das Misstrauen der osteuropäischen Staaten gegenüber der Bundesrepublik abbauen und eine Basis für Zusammenarbeit schaffen. Der Kanzler erklärte die grundsätzliche Bereitschaft der Bundesregierung, mit allen Staaten der Welt, die den Wunsch nach friedlicher Zusammenarbeit teilten, diplomatische Beziehungen zu unterhalten und die bestehenden Handelsbeziehungen zu verstärken.<sup>1324</sup> Brandt erläuterte, dass das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur in einem Prozess der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa erfolgen könne. Daraus ergebe sich die Öffnung nach Osten, die den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des euro-

<sup>1320</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

<sup>1321</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 4: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

<sup>1322</sup>: Außenminister Scheel erklärte Ende 1969 während eines Indienbesuches, dass die Hallstein-Doktrin „*tot*“ sei, nachzulesen bei: Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Die neue Ostpolitik. Wege und Irrwege, Osnabrück 1971, S. 10.

<sup>1323</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

<sup>1324</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 36: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

päischen Ostens zum Ziel haben müsse. Im Bereich der Sicherheitspolitik wiederholte Brandt das Angebot der Bundesregierung, Gewaltverzichtserklärungen mit den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion auszutauschen, wobei er die DDR explizit miteinbezog. Er plädierte für eine internationale Rüstungsbeschränkung und versprach, dass sich die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Verbündeten konsequent für den Abbau der militärischen Konfrontation in Europa einsetzen werde. Die Bundesregierung werde zusammen mit ihren Verbündeten auf gleichzeitige und ausgewogene Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung in Ost und West hinwirken, und die Bundesregierung werde auch den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen.<sup>1325</sup>

Somit gab es viele deutschland- und ostpolitische Neuerungen in Brandts Regierungserklärung. Erneuerung wurde dabei mit dem Begriff Reform umschrieben. Dieser Begriff wurde 40mal in der Regierungserklärung verwandt und wurde dadurch zahlenmäßig zum zentralen Motiv von Brandts Regierungserklärung. Dabei gelang es dem Kanzler, wie der Sprachforscher Wolfgang Bergsdorf später veranschaulichte, den Begriff Reform mit Verbesserung gleichzusetzen.<sup>1326</sup> Die Reformziele innerhalb der sozial-liberalen Koalition waren recht unterschiedlich, so dass Brandt, der am 3. Oktober 1969 auf einer SPD-Fraktionssitzung verkündet hatte, er wolle vor allem ein Kanzler der inneren Reformen sein<sup>1327</sup>, eine inhaltliche Präzisierung seiner Reformabsichten in der Regierungserklärung weitgehend vermied.

Deutschland- und ostpolitische Reformen wurden zwar in Brandts Regierungserklärung als notwendig bezeichnet und als Regierungsprogramm angekündigt, aber die Festlegung auf konkrete Maßnahmen wurde möglichst umgangen. Hierin bestand ein Unterschied zur der von Kiesinger im Dezember 1966 abgegebenen Regierungserklärung, in der die Maßnahmen äußerst präzise aufgeführt worden waren. Im Gegensatz dazu sollte Brandts Regierungserklärung integrativ wirken, indem der Unmut über den Status quo in Deutschland als gemeinsame Basis dargestellt wurde, und Reformaussagen so formuliert wurden, dass sie einen Interpretationsspielraum boten. Dabei verband Brandt

<sup>1325</sup>: Abdruck von Brandts Regierungserklärung: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes, Bonn 1995, S. 330-331.

<sup>1326</sup>: Bergsdorf, Wolfgang, Herrschaft und Sprache, Pfullingen 1983, S. 231. Ein weiterer zentraler Begriff von Brandts Regierungserklärung war Demokratie. Er fand 14mal Verwendung. Brandt stellte direkt am Anfang der Regierungserklärung seine Politik unter das Leitmotiv „*Mehr Demokratie wagen*“. Siehe: Peter, Horst, Mehr Demokratie wagen und/oder den Standort sichern? In: Klönne, Arno / Spoo, Eckhart / Butenschön, Rainer (Hrsg.), Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S. 107-110, hier S. 107. Mit dem Satz „*Mehr Demokratie wagen*“ korrespondierte die provokante Schlussbemerkung Brandts in seiner Regierungserklärung: „*Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.*“ Siehe Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 1 und 42: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand VI. WP, Ordner 04635.

<sup>1327</sup>: SPD-Fraktionssitzung 3.10.1969: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 137: S. 1-7, hier S. 1.

auch gegensätzliche Aussagen. Denn als er sagte, *„eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland“*<sup>1328</sup>, schuf Brandt damit eine deutschlandpolitische Spannung, die ihm von Strauß, der im Namen der CSU versprochen hatte, eine unnachsichtige Opposition abzugeben<sup>1329</sup>, am 30. Oktober 1969 in der Bundestagsaussprache über Brandts Regierungserklärung den Vorwurf der Widersprüchlichkeit einbrachte.<sup>1330</sup> Auf Antrag der bayerischen Staatsregierung prüfte dann auch das Bundesverfassungsgericht den unter Kanzler Brandt abgeschlossenen Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR, der am 21. Juni 1973 in Kraft trat. In ihrem Urteil vom 31. Juli stellten die Karlsruher Richter zwar die Vereinbarkeit des Vertrages mit dem Grundgesetz fest, doch verpflichteten sie die Politik erneut, am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes festzuhalten.

Barzel hatte am 30. Oktober 1969 in der Bundestagsaussprache über Brandts Regierungserklärung formuliert: *„Wieder in Bonn - nicht in Berlin - beginnt auch der sechste Deutsche Bundestag seine Arbeit. So wird deutlich: Das deutsche Volk hat sein unveräußerliches Selbstbestimmungsrecht immer noch nicht verwirklichen können. So wird auch deutlich: Wir haben noch viel vor uns, Koalition wie Opposition. Wir bleiben dem ganzen deutschen Volk, dem unser erstes Wort gilt, vor Geschichte und Gewissen verantwortlich, die Menschenrechte und deren Anerkennung auch für alle Deutschen zu erringen. Das ist die Anerkennung, für die wir arbeiten.“*<sup>1331</sup> Barzel hatte nach der Aussprache Brandt angeboten, in den Lebensfragen der Nation die Kooperation aller zu erreichen. Brandt hatte diesem Angebot nur entgegnet, dass er nicht einmal Danke dafür sage, denn die Bereitschaft der Opposition dazu halte er nicht für ein großmütiges Angebot, sondern für eine Selbstverständlichkeit.<sup>1332</sup> Die in Brandts Regierungserklärung nur skizzierte Deutschland- und Ostpolitik wurde zu dem Politikbereich, in dem die sozial-liberale Koalition unter der Führung von Brandt ihre größten Erfolge erzielte.

<sup>1328</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-42, hier S. 5: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 0363-PV-78/363.

<sup>1329</sup>: So der persönliche Referent Marcel Hepp, in einem Schreiben, welches er im Auftrag seines Vorgesetzten Strauß am 16.10.1969 anfertigte: ACSP, Nachlass Franz Josef Strauß, Aktengruppe Parteivorstand, Ordner 5333.

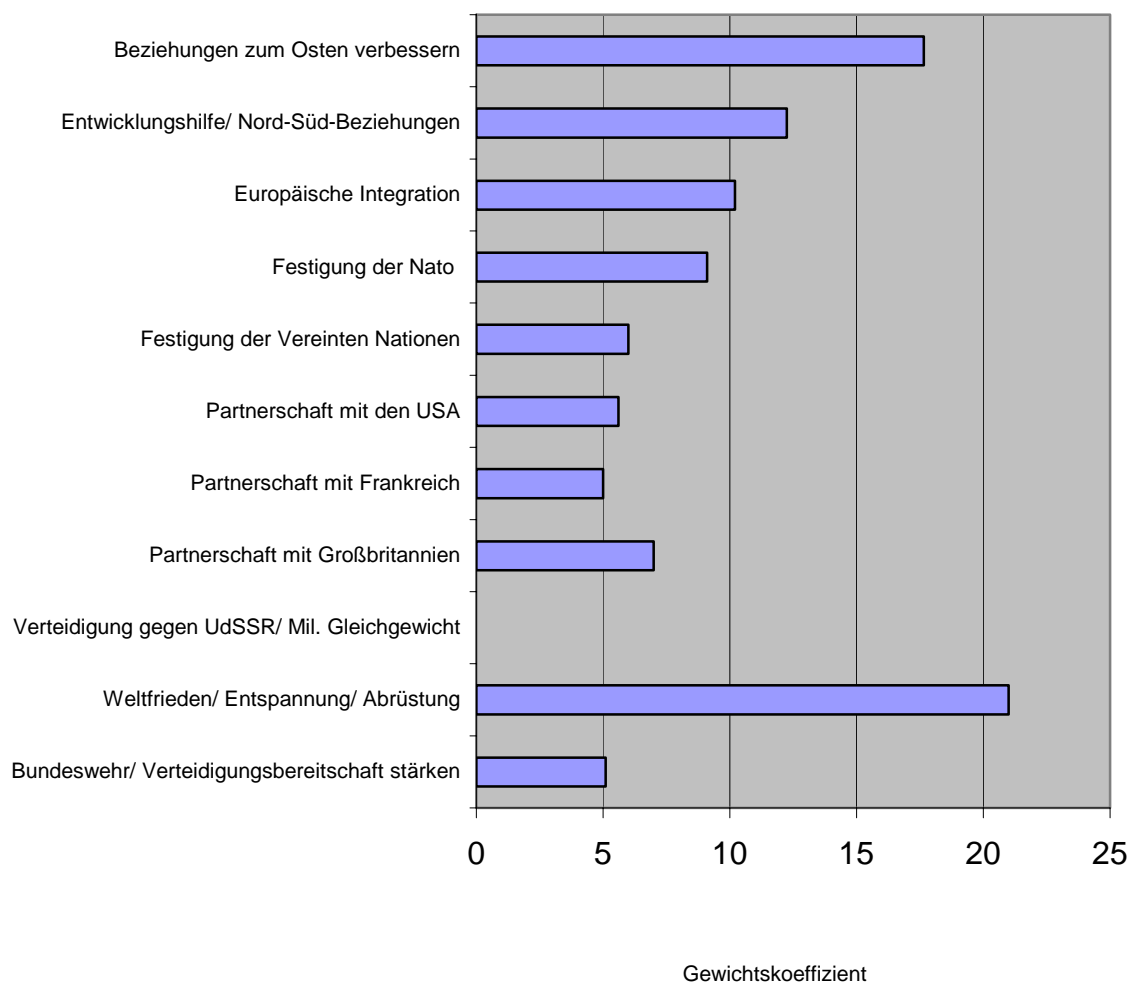
<sup>1330</sup>: Verlag AZ-Studio (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Bundestagsreden und Zeitdokumente, Bonn 1975, S. 92-112, hier S. 92. Siehe die gesamte Bundestagsaussprache am 30.10.1969 bei: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 71: Stenographische Berichte der 1.-30. Sitzung 1969/70, herausgegeben in Bonn, S. 127-245.

<sup>1331</sup>: Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band VI: Dokumentation zur Deutschlandfrage in Verbindung mit der Ostpolitik, Bonn u. a. 1972, S. 2.

<sup>1332</sup>: Vermerk, S. 1-4, hier S. 2: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 115, Mappe 1.

Die außenpolitischen Ziele in Brandts Regierungserklärung sowie deren Bewertung und prozentuale Gewichtung (Gewichtskoeffizient errechnet durch die in Anspruch genommene Rede-Zeit) werden in der folgenden Graphik deutlich sichtbar:

### Willy Brandt (1969): Außenpolitische Ziele



Quelle: Stüwe, Klaus, Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2005, S. 295.

Weltfrieden, Entspannung und Abrüstung bildeten mit einem Gewichtskoeffizient von 21,1 die Spitze der außenpolitischen Prioritäten in Brandts Regierungserklärung. Gleich danach folgte die Ankündigung, die Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks verbessern zu wollen (17,65). Höher gewichtet als bei Kiesingers Regierungserklärung war auch die Entwicklungshilfe (12,25). Demgegenüber verloren die in früheren Antrittsreden deutscher Bundeskanzler besonders hervorgehobenen Politikfelder, wie die Europäische Integration oder die Beziehungen zu den Westalliierten, an Gewicht.

## 5.2. Die Auswirkungen der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition auf die sozial-liberale Bundesregierung Brandt/Scheel

*„Weder zurückliegende noch bevorstehende Kontroversen werden mich abhalten, zu dem zu stehen, was wir seit 1966 miteinander geleistet haben, es ist unserem Vaterland nicht schlecht bekommen. Die künftige Regierung wird sich auf das zu stützen haben, was durch die Große Koalition konzipiert, angepackt und zu einem nicht geringen Teil ja auch verwirklicht wurde.“*

Willy Brandt<sup>1333</sup>

Die Außenpolitik Kiesingers ist bisher in der Forschung vor allem mit der Fragestellung bearbeitet worden, inwieweit der Kanzler die spätere Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung Brandt/Scheel vorbereitet hat.<sup>1334</sup> Bruno Kaiser, der ehemalige Mitarbeiter von Kiesinger, behauptet, dass die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag unter Kiesinger später zustande gekommen wären, aber angestrebt hätte er sie ganz sicher.<sup>1335</sup>

Auf die Frage hin zu seinem Anteil an dem Erfolg der Großen Koalition erzählte Kiesinger eine lehrreiche Anekdote: *„Als Hindenburg gefragt wurde, ob er oder Ludendorff die Schlacht bei Tannenberg im August 1914 gewonnen hätte, antwortete er, das wisse er nicht. Aber eins wisse er, wenn die Schlacht verloren gegangen wäre, hätte er sie verloren.“*<sup>1336</sup> Die Einsicht, die hierin zum Ausdruck kommt, gilt auch für Kiesingers Rolle als Kanzler, obwohl er sonst keine Ähnlichkeiten mit Hindenburg hatte.

Brandt konstatierte bereits am 6. Januar 1969 in einem Interview gegenüber dem „Spiegel“, dass alles Wesentliche, was in Kiesingers Regierungserklärung vom Dezember 1966 vorgesehen war, inzwischen durchgeführt oder auf den Weg gebracht worden

<sup>1333</sup>: Zitat Brandt am 9.10.1969 in einem handschriftlichen Brief an Kiesinger: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A7, Ordner 13.

<sup>1334</sup>: Zum Beispiel: Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997, S. 88. Oder: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 184.

<sup>1335</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 184.

<sup>1336</sup>: Zitat Kiesinger, nachzulesen bei: Carstens, Karl, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsgg. von Kai Jena und Reinhard Schmoeckel, (Schriften des Bundesarchivs: Band 44), Boppard am Rhein 1993, S. 367. Carstens, von Anfang 1968 bis Oktober 1969 Chef des Kanzleramts, wies auch darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit Kiesinger nicht immer einfach gewesen sei. Er schrieb über Kiesinger: *„Er war kein disziplinierter Arbeiter und nahm die einzelnen zu bewältigenden Aufgaben meist erst spät in Angriff. Das galt besonders für seine großen Reden, die häufig erst am Abend und in der Nacht vor seinem Auftritt sorgfältig durchgearbeitet und ausformuliert wurden. Mit den Entwürfen, die ihm geliefert wurden, war er fast immer unzufrieden, und er sparte dann nicht mit zum Teil verletzender Kritik an seinen Mitarbeitern.“* (S. 384).

sei.<sup>1337</sup> Brandt konkretisierte dies am 6. März 1969 in einer Rede in Bochum. Ergebnisse der Politik der Bundesregierung seien, dass nun das politische Ansehen der Bundesrepublik wachse, das politische Gewicht größer werde und neue Freunde gewonnen würden.<sup>1338</sup> Am 18. August blickte Brandt in einer SPD-Pressemitteilung mit der Feststellung zurück, dass sich sowohl seine eigene wie auch die Bilanz der Großen Koalition sehen lassen könnten.<sup>1339</sup> Schmidt wies am 26. August in einer SPD-Pressemitteilung ebenfalls darauf hin, dass die Große Koalition eine durchaus vorzeigbare Leistungsbilanz aufzuweisen habe.<sup>1340</sup> Wehner sah den Regierungswechsel und Brandts Regierungserklärung nicht als grundsätzliche Richtungsänderung an<sup>1341</sup> und betonte am 1. November in einer SPD-Pressemitteilung, dass die neue Bundesregierung konsequent fortsetzen und weiterentwickeln müsse, was an Ansätzen schon in Kiesingers Regierungserklärung vom Dezember 1966 gestanden habe. Dieser Weg der Entspannungspolitik müsse konsequent, aber illusionslos weitergegangen werden. Zu dieser Friedenspolitik gab es für Wehner keine vernünftige Alternative.<sup>1342</sup> Für Bahr war es, wie er am 14. Januar 1970 in einem Brief an Brandt ausführte, gar „eine *Keydecision*“, dass die sozial-liberale Bundesregierung ohne Hast, aber zügig und unbeirrt die eingeleitete Politik der Großen Koalition ausbaue und fortführe.<sup>1343</sup>

Außenpolitisch ging es der Bundesregierung Brandt/Scheel nicht nur darum, den bisherigen Westkurs der Bundesrepublik nach Osten durch eine veränderte Ostpolitik zu erweitern, sondern auch den internationalen Entspannungsbemühungen durch eine neue Ostpolitik besonders deutsche Akzente zu geben. Die ersten sichtbaren Schritte der Bundesregierung Brandt/Scheel galten der Fortführung und Verstärkung der vor und während der Großen Koalition eingeleiteten Normalisierung der deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten. Die sozial-liberale Ostpolitik konnte und sollte an diese früheren Normalisierungsbestrebungen anknüpfen: Die Auf-

---

<sup>1337</sup>: Text des Interviews: Böhme, Erich / Wirtgen, Klaus (Hrsg.), Willy Brandt: Die Spiegel-Gespräche, Stuttgart 1993, S. 132-140, hier S. 133.

<sup>1338</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 298.

<sup>1339</sup>: SPD-Pressemitteilung 18.8.1969, S. 1-6, hier S. 1: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 321.

<sup>1340</sup>: SPD-Pressemitteilung 26.8.1969, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand V. WP, Ordner 2639.

<sup>1341</sup>: Gassert meint, dass auch die Union mit etwas guten Willen Brandts Regierungserklärung als Dokument der innen- und außenpolitischen Kontinuität hätte werten können. Denn Brandt habe -wie zuvor Heinemann nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten- durchaus Teile des politischen Erbes Adenauers angenommen. Siehe: Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 731.

<sup>1342</sup>: SPD-Pressemitteilung 1.11.1969, S. 1-7, hier S. 6: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 298.

<sup>1343</sup>: Bahr an Brandt 14.1.1970: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1970, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001, S. 20-23, hier S. 23.

nahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion im Jahr 1955 durch Kanzler Adenauer, die Einrichtung von deutschen Handelsmissionen in Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien durch die Bundesregierung Erhard/Schröder, deren Friedensnote vom März 1966 und die neu justierte Ostpolitik der Großen Koalition. Diese grundlegenden ostpolitischen Richtmarken wurden nun zum Ausgangspunkt für die sozial-liberale Regierungstätigkeit, doch ging diese Bundesregierung über die zuvor selbst gesetzten Beschränkungen wie zum Beispiel die Hallstein-Doktrin hinaus.

Grundlage für die neue sozial-liberale Deutschland- und Ostpolitik war die Überzeugung, dass die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nicht beseitigt, sondern nur verändert werden könne, und dass die deutsche Spaltung in absehbarer Zeit nicht aufgehoben werden könne, wohl aber ihre Auswirkungen für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands erträglicher gemacht werden könnten. Die FDP hatte sich bereits auf ihrem Freiburger Parteitag am 30. Januar 1968 für eine Anerkennung des Status quo in Deutschland ausgesprochen, und Scheel bestätigte am 22. Dezember 1969 auf einer FDP-Präsidiumssitzung, dass die FDP noch in keiner Regierungskoalition ihre politischen Zielvorstellungen in einem solchen Umfang habe einbringen können wie in der sozial-liberalen Koalition.<sup>1344</sup>

Die neue Bundesregierung setzte sich für die Normalisierung der deutschen Beziehungen zum Osten, die Anerkennung der DDR als Staat und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein. Erst eine Einigung in diesen zentralen Fragen konnte neue Schritte in der Deutschland- und Ostpolitik ermöglichen, wenn die sozial-liberale Koalition da durchbrechen wollte, wo die Große Koalition stecken geblieben war, nämlich bei der Öffnung nach Osten. Dazu brauchte die neue Bundesregierung aber auch die westliche Unterstützung. Daher war Bahr am 13. Oktober 1969, noch vor der Wahl Brandts zum Bundeskanzler, nach Washington gereist, um Kissinger, den Sicherheitsberater von US-Präsident Nixon, über die geplante Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition zu informieren.<sup>1345</sup> Die deutschen Pläne passten gut zu der Politik der US-Regierung. Nixon war ebenso wie die sozial-liberale Koalition entschlossen, der internationalen Entspannung mehr Raum zu geben. Der US-Präsident hatte am 20. Januar in seiner Regierungserklärung die Ablösung einer Periode der Kon-

---

<sup>1344</sup>: FDP-Präsidiumssitzung 22.12.1969: ADL, Protokolle des FDP-Präsidiums VI. WP, Ordner 185: S. 1-3, hier S. 1.

<sup>1345</sup>: Siehe dazu Bahrs Aufzeichnungen vom 14.10.1969 über sein Gespräch mit Kissinger einen Tag zuvor: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 1114-1118. Siehe auch: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 271-273.

frontation durch eine Ära der Verhandlungen angekündigt.<sup>1346</sup> Die USA, ökonomisch und politisch durch den Vietnamkrieg geschwächt, begannen nun, ihre Führungsrolle im Westen und ihr Verhältnis zur kommunistischen Welt, zur Weltmacht Sowjetunion und zur Regionalmacht China neu zu positionieren. Dies war auch dringend notwendig, denn Ende der 1960er Jahre war die Ost-West-Kräftebalance stark ins Wanken geraten, und dementsprechend wandelte sich die internationale Politik. Die Sowjetunion hatte nun die Fähigkeit zum nuklearen Zweitschlag und damit eine politisch-militärisch strategische Position erlangt, die beinahe derjenigen der USA entsprach. Sie entwickelte sich von einer im Wesentlichen kontinentalen Macht zu einer Weltmacht.

Insgesamt stand die politische Neuordnung der internationalen Beziehungen im Zentrum der Weltpolitik, und dieser Neuordnung wollte sich die sozial-liberale Bundesregierung mit ihrer Deutschland- und Ostpolitik anpassen. Wohin diese Politik führen würde, konnte Kanzler Brandt Ende 1969 genau so wenig kalkulieren, wie Kanzler Adenauer Nachteile seiner Westpolitik hatte voraussagen können. Wie Adenauer wollte Brandt an der bundesdeutschen Integration im Westen nichts ändern. Die sozial-liberale Deutschland- und Ostpolitik bedingte beides: Westbindung und die Bereitschaft, auch Distanz einzunehmen. Auffällig war, dass die neue Bundesregierung zuallererst mit der Anerkennung der DDR als Staat in Aktion trat. Die Bundesregierung glaubte, dass mit Moskau nicht anders ins Gespräch zu kommen sei. In der Tat, wollte die Bundesregierung im Zusammenhang mit einer deutschen Wiedervereinigung etwas erreichen, dann führte der Weg über Moskau. Keiner konnte jedoch damals auch nur ahnen, wie der Kreml den neuen Bonner Kurs bewerten und darauf reagieren würde.

Erste Erfolge im deutsch-sowjetischen Verhältnis wurden derweil nicht im Rahmen der politischen Gespräche, sondern bei Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen erzielt. Am 1. Februar 1970 wurde das "Erdgas-Röhren-Geschäft" abgeschlossen. Dabei wurde vereinbart, dass deutsche Firmen Großröhren zum Bau einer Erdgasleitung von Sibirien nach Mittel- und Westeuropa liefern sollten. Dafür erklärte sich die Sowjetunion bereit, über einen Zeitraum von 20 Jahren Erdgas an die Bundesrepublik zu liefern. Es fanden sich 17 deutsche Banken zu einem Kredit bereit, der zur Hälfte durch eine staatliche Bürgschaft gedeckt wurde. Dieses Geschäft wurde 1974 sogar noch erweitert.<sup>1347</sup> Die CDU/CSU sah in dem Abschluss dieses Geschäftes ein Beispiel für die zu hastige Verhandlungsführung und für den Erfolgsdruck, unter den sich die sozial-liberale Bundes-

---

<sup>1346</sup>: Marshall, Barbara, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Bonn 1993, S. 77.

<sup>1347</sup>: Siehe dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 29.10.1974 in Moskau: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1974, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2005, S. 1348-1358, hier S. 1356, Fußnote 28.



regierung grundlos gesetzt habe, ebenso wie bei der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags am 28. November 1969.<sup>1348</sup>

Birrenbach hatte am 24. November 1969 in einem Brief an Barzel darauf hingewiesen, dass die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik mit dem Atomwaffensperrvertrag übernehmen würde, nicht klar definiert und höchst umstritten seien.<sup>1349</sup> Vor allem der CSU-Vorsitzende Strauß, dessen Präsenz nun besonders in der bayerischen Landespolitik spürbar war<sup>1350</sup>, kritisierte stark die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die neue Bundesregierung.<sup>1351</sup> Für Strauß bedeutete die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung nicht „Wandel durch Annäherung“, sondern eine Abgrenzung.<sup>1352</sup> Er urteilte: *„Die einen sprechen von einem Erfolg der Ostpolitik, die anderen von Gefahr und Verhängnis. Hellsichtige Betrachter kommen der Sache auf den Grund, wenn sie feststellen, daß die einst so stürmisch gefeierte neue Ostpolitik, man könnte auch mit gutem Grund sagen: Sowjetische Westpolitik, eine Funktion in einem größeren strategischen Konzept des Kreml darstellt.“*<sup>1353</sup>

Der CDU-Vorsitzende Kiesinger erklärte am 15. Dezember 1969 auf einer Sitzung des CDU-Präsidiums, dass der Ostblock an seiner Forderung nach der deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze festhalte. Kiesinger hielt es für möglich, dass die Bundesregierung die Oder-Neiße-Grenze anerkennen wolle. Dies würde aber von einer Mehrheit des deutschen Volkes nicht hingenommen werden. Des Weiteren befürchtete Kiesinger wegen der Politik der Bundesregierung eine Serie von Anerkennungen der DDR seitens internationaler Organisationen und neutraler Staaten.<sup>1354</sup> Die neue Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung erfuhr bei der CDU/CSU im Wesentlichen eine negative Resonanz.

Zwar beteuerte Ende 1969 der sowjetische Außenminister Gromyko gegenüber dem deutschen Botschafter in Moskau, Helmut Allardt, seine Gesprächsbereitschaft, doch Fortschritte stellten sich erst ein, als Kanzler Brandt seinen Vertrauten Bahr, seit Oktober Staatssekretär im Kanzleramt, mit der Fortführung der Gespräche beauftragte.

<sup>1348</sup>: Siehe dazu Brandts Pressekonferenz am 28.11.1969 zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die sozial-liberale Bundesregierung. Niederschrift der Pressekonferenz, S. 1-14: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 328. Siehe auch: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29.11.1969.

<sup>1349</sup>: Birrenbach an Barzel 24.11.1969, S. 1-2, hier S. 1: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-86.

<sup>1350</sup>: Friemberger, Claudia / Kramer, Ferdinand (Hrsg.), Rückblicke 1957-1984 des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, St. Ottilien 2005, S. 29.

<sup>1351</sup>: Strauß, Franz Josef, Signale. Beiträge zur deutschen Politik 1969-1978. Ausgewählt und eingeleitet von Wilfried Scharnagl, München 1978, S. 15.

<sup>1352</sup>: Strauß, Franz Josef, Zur Lage. Mit einem Nachwort von Golo Mann, Stuttgart 1979, S. 7.

<sup>1353</sup>: Strauß, Franz Josef, Deutschland - Deine Zukunft, Stuttgart 1975, S. 81.

<sup>1354</sup>: CDU-Präsidiumssitzung 15.12.1969: ACDP, Protokolle des CDU-Präsidiums VI. WP, Ordner 07-001-1402: S. 1-3, hier S. 2.

Bahr übernahm am 30. Januar 1970 die Gesprächsführung mit Gromyko.<sup>1355</sup> Bahrs Vorteil bestand darin, über die Verwirklichung eines politischen Entspannungskonzepts verhandeln zu können, das er gemeinsam mit Brandt seit den 1950er Jahren erarbeitet hatte.<sup>1356</sup>

Nach dem umstrittenen Atomwaffensperrvertrag im November 1969 unterzeichnete die sozial-liberale Bundesregierung im August 1970 zunächst den Moskauer Vertrag mit der Sowjetunion, der vom Status quo in Europa ausging, den Gewaltverzicht konkretisierte und als Grundlage der deutschen Entspannungs- und Friedenspolitik nach Osten dienen sollte.<sup>1357</sup> Dem Moskauer Vertrag folgte im Dezember die deutsche Unterzeichnung des Warschauer Vertrags mit Polen, der die Unverletzlichkeit der Grenzen betonte.<sup>1358</sup> Im Dezember 1973 wurde durch die Bundesregierung der Vertrag mit der Tschechoslowakei zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen unterschrieben.<sup>1359</sup>

In einem engen Zusammenhang mit den Ostverträgen standen die deutsch-deutschen Verträge. Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl im Herbst 1969 hatte das DDR-Regime seinen Ton gegenüber SPD und FDP deutlich gemäßigt. In einem streng geheimen Schreiben des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit vom 17. November hieß es, dass die Tatsache der Übernahme der Regierungsgewalt durch die SPD/FDP-Koalition und ihre programmatische Erklärung, die scheinbar eine Reihe neuer Elemente enthalte, ernsthaft beachtet werden müssten.<sup>1360</sup> Der BND informierte im November in einem Bericht über die Reaktion des DDR-Regimes auf die innerdeutschen

---

<sup>1355</sup>: Siehe dazu: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Band 1/1969/70, S. 201-211.

<sup>1356</sup>: Siehe dazu: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 3: Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966, Berlin 2004, S. 57-63. / Schmidt, Wolfgang, Die Wurzeln der Entspannung - Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 4, 2003, S. 521-563, besonders S. 521-530.

<sup>1357</sup>: Die CDU/CSU beurteilte den Moskauer Vertrag sehr negativ. Siehe zum Beispiel die am 4.11.1970 schriftlich abgegebene und scharf kritisierende Stellungnahme des CDU-Landesverbandes Baden-Württemberg zum Moskauer Vertrag, S. 1-6: ACDP, Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtdeutsche- und Verteidigungsfragen VI. WP, Ordner 08-006-009/1.

<sup>1358</sup>: Link, Werner, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/I, Stuttgart 1986, S. 15-406, hier S. 190-198.

<sup>1359</sup>: Fichter, Tilman, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin/Frankfurt a. M. 1993, S. 159-161.

<sup>1360</sup>: Schreiben des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit 17.11.1969: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Band 1/1969/70, S. 58-61, hier S. 58.

Aspekte der Regierungsneubildung in Bonn darüber, dass Ostberlin schon Anfang Oktober einen möglichen Formulierungsspielraum im engeren Bereich der Anerkennungsfrage angedeutet habe. Dazu sei westlichen Gesprächspartnern gegenüber von sowjetzonalen Funktionären versichert worden, dass es Pankow auf eine völkerrechtliche Anerkennung durch Bonn gar nicht ankomme. Wesentlich sei die Bereitschaft der Bundesrepublik, mit der DDR - ohne ausdrücklichen Vorbehalt - Verträge abzuschließen, deren Gültigkeit international anerkannt würde. Zwar sei diese Einstellung nicht neu, auffällig sei jedoch, dass diese Konsequenz aus der kommunistischen Wiedervereinigungskonzeption nun auf offizieller Ebene besonders hervorgehoben werde, bemerkte der BND.<sup>1361</sup>

Brandt erklärte Anfang 1971 in einer Rede die neue deutsch-deutsche Vertragspolitik der Bundesregierung. Er sagte, dass zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindert und versucht werden müsse, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.<sup>1362</sup> Das Berlin-Abkommen (1971), das unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesrepublik und der DDR (Post-Protokoll, Transit-Abkommen, Vereinbarungen des Berliner Senats und der DDR) von den Vier Mächten abgeschlossen wurde, der deutsch-deutsche Verkehrsvertrag (1972) und der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag (1973) waren die praktische Umsetzung von Brandts deutschlandpolitischer Konzeption. Die neue Vertragspolitik wurde begleitet durch weitere deutsch-deutsche Maßnahmen, wie zum Beispiel durch die Treffen von Stoph und Brandt in Erfurt und Kassel (1970)<sup>1363</sup>, durch die Einrichtung "Ständiger Vertretungen" (nicht Botschaften!) in Bonn und Ostberlin (1974) sowie im weiteren Verlauf der 1970er Jahre durch Autobahn- und Grenzvereinbarungen. Das waren zahlreiche Verbesserungen, die freilich vom politischen Klima abhängig blieben.

Publizistisch und politisch umstritten waren allerdings die Methoden, mit denen die deutschen Verhandlungen mit der Sowjetunion, Osteuropa und der DDR zunächst von Vertrauten Brandts, vor allem Egon Bahr, und erst in zweiter Linie vom Auswärtigen

<sup>1361</sup>: BND-Bericht November 1969, S. 1-3, hier S. 1: BAK, Akten des Bundesnachrichtendienstes V. WP, Ordner B206-430.

<sup>1362</sup>: Abdruck von Brandts Rede: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews, Bonn 1971, S. 13-30, hier S. 14.

<sup>1363</sup>: Zu den von Brandt, Barzel, Ulbricht und Stoph am 21.3.1970 abgegebenen Erklärungen bezüglich des am 19.3. stattgefundenen Erfurter Treffens siehe: Archiv der Gegenwart (Hrsg.), Deutschland 1949 bis 1999, Band 5: Oktober 1966 - April 1970, Sankt Augustin 2000, S. 5101-5108. Die grundsätzlichen Ausführungen des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Stoph, anlässlich des Erfurter Treffens am 19.3.1970 sind nachzulesen bei: Von Münch, Ingo (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2, Stuttgart 1974, S. 184-201.

Amt geführt wurden.<sup>1364</sup> Der neue deutschland- und ostpolitische Kurs kam für die CDU/CSU nicht in Betracht.<sup>1365</sup> Die CDU/CSU konnte jedoch durch ihre ablehnende Haltung gegen die Deutschland- und Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung, ähnlich wie es Kurt Schumacher mit seinem Widerstand gegen die Westintegration ergangen war, keine Mehrheit im Bundestag erreichen und blieb in der Opposition.<sup>1366</sup> Kiesinger warf am 26. September 1971 in einem Interview gegenüber der „Bild am Sonntag“ der sozial-liberalen Bundesregierung vor, einen völlig neuen deutschland- und außenpolitischen Kurs einzuschlagen. Bisher gemeinsam verteidigte Positionen würden abrupt und ohne Not aufgegeben. Er kritisierte an der Bundesregierung, dass sie nicht versucht habe, auf den Bahnen der Großen Koalition weiterzuschreiten und in den Lebensfragen des deutschen Volkes die Zusammenarbeit mit der Opposition zu suchen.<sup>1367</sup> Im Dezember 1974 wertete Kiesinger in einem Artikel in der „Bild am Sonntag“ die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung gar als einen radikalen Bruch mit der Politik der Großen Koalition.<sup>1368</sup>

Die Bundesregierung Brandt/Scheel leitete eine Deutschland- und Ostpolitik ein, die an Realismus dem nicht nachstand, was Adenauer zu seiner Westpolitik bewogen hatte.<sup>1369</sup> Auf Adenauers gelungene Westintegration der Bundesrepublik folgte während der Amtszeit der Bundesregierung Brandt/Scheel die Versöhnung mit dem Osten.

---

<sup>1364</sup>: Bracher, Karl Dietrich, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/I, Stuttgart 1986, S. 285-411, hier S. 329-338.

<sup>1365</sup>: Aretz, Jürgen, Von Adenauer bis Kohl - Zur Christlich-Demokratischen Deutschlandpolitik 1945-1990. In: Buchstab, Günter (Hrsg.), Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Freiburg 2005, S. 219-249, hier S. 221.

<sup>1366</sup>: Zwar war der strikte außenpolitische Oppositionskurs der Union nicht mehrheitsfähig, doch gelang es dadurch, den internen Dissens in der Union zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ zu überwinden und die Parteiidentität wiederherzustellen. Die starke Polarisierung in der Außenpolitik verstärkte darüber hinaus den Mitgliederzulauf bei der Union. Siehe: Buchhaas, Dorothee, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981, S. 143.

<sup>1367</sup>: Text des Interviews, S. 1-3, hier S. 1: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>1368</sup>: Artikel-Abdruck, S. 1-3, hier S. 2: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-310.

<sup>1369</sup>: So wertet unter anderem Daniel Friedrich Sturm die neue Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel ohne Einschränkung positiv. Siehe: Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006, S. 45-55.

## 6. Schlussbetrachtung

*„Große Koalition ist kein Idealzustand und auch kein Allheilmittel. Aber Große Koalition ist auch keine Todsünde und schon gar nicht ein Lotterbett.“*

Herbert Wehner<sup>1366</sup>

In einer abschließenden Bilanz kann jetzt die Ausgangsfrage dieser Dissertation, ob die Deutschland- und Ostpolitik der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland in ihrem Eigengewicht unterschätzt wird, beantwortet werden und die Leistungen der Regierung Kiesinger auf diesem Politikfeld gewichtet werden.

Werden die deutschland- und ostpolitischen Absichten der Großen Koalition in Hinblick auf Fortschritte in der deutschen Frage und der Entspannung des deutschen Verhältnisses zu Osteuropa und der Sowjetunion betrachtet, so blieb die Große Koalition hinter den Erwartungen zurück. Schmidt befürchtete am 11. Mai 1967 auf einer SPD-Fraktionssitzung, dass ein Ausbleiben von großen Erfolgen in der Deutschland- und Ostpolitik *„eine gewisse psychologische Belastung“* innerhalb der Koalition auslösen könnte<sup>1367</sup>, die dann in der Tat später in den deutschland- und ostpolitischen Diskussionen immer wieder hervortrat und den Regierungsalltag zunehmend belastete. Wobei Brandt, der vor zu großen Erwartungen gewarnt hatte, am 1. März 1969 in einer SPD-Pressemitteilung erklärte, dass spektakuläre Erfolge weder in der Außen- noch in der Deutschlandpolitik zu erwarten seien. Was in den langen Jahren des Kalten Krieges verschüttet worden sei, könne nicht in wenigen Monaten freigeschaufelt werden.<sup>1368</sup>

Werden jedoch die geringen Einflussmöglichkeiten der Großen Koalition auf die internationale Politik mit dem starken Widerstand aus dem kommunistischen Osten in Verbindung gebracht und wird dabei berücksichtigt, dass der Kreml bis zum Jahreswechsel 1968/69 alles unternahm, um die Bonner Annäherungsversuche zu stören, ergibt sich ein anderes Urteil. *„Da ist ziemlich viel Frost, der konstruktive Entwicklungen verhindert“*, meinte Barzel im Februar 1969 in einem Interview gegenüber dem Südwestfunk.<sup>1369</sup> Doch der notwendige Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung lag weiterhin in Moskau. Dies war ein parteiübergreifender Konsens. Kiesinger hatte am 19. Juni 1968 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung betont: *„Moskau ist die Adresse, an die wir*

<sup>1366</sup>: Zitat Wehner am 4.6.1969 in einer SPD-Pressemitteilung; S. 1-2, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1994.

<sup>1367</sup>: SPD-Fraktionssitzung 11.5.1967: AdsD, Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion, Ordner 59: S. 1-16, hier S. 7.

<sup>1368</sup>: SPD-Pressemitteilung 1.3.1969, S. 1-7, hier S. 6: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 298.

<sup>1369</sup>: Text des Interviews, S. 1-6, hier S. 4: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-81.

*uns wenden müssen, bloß muß diese Adresse für uns offen sein. Und die Politik, die wir begonnen haben ... dient nach meiner festen Überzeugung dazu, den Weg auch nach Moskau zu bahnen.*<sup>1370</sup> Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 war die Moskauer „Adresse“ aber zunächst geschlossen. Barzel bedauerte Anfang Februar 1969 in einer Rede, dass zwischen Moskau und Bonn konstruktive Gespräche wegen des fehlenden Willens in Moskau nicht möglich seien.<sup>1371</sup> Auch Brandt bilanzierte dann am 2. September in der Endphase des Bundestagswahlkampfes in einer Rede zur Deutschland- und Ostpolitik: *„Wir könnten heute weiter sein, als wir es sind. Der Grund hierfür liegt teils an der Politik des Kalten Krieges, die in Ostberlin gepflegt wird. ... Zum Teil lag es an der sowjetischen Intervention gegen die Tschechoslowakei, die Ansätze verschüttete.*<sup>1372</sup>

Auch wenn sich schon Ende 1966 eine sozial-liberale Bundesregierung gebildet hätte, wäre vermutlich trotzdem kein großer Durchbruch in der Deutschland- und Ostpolitik erreicht worden, denn die sowjetische Führung war zu diesem Zeitpunkt nicht entspannungsbereit gewesen. Solange der Kreml blockierte, war eine echte Entspannung nicht zu realisieren. Für die Strategie der SPD, die mit ihrer Formel „Wandel durch Annäherung“ den Status quo in Deutschland anerkennen wollte, um ihn in einem zweiten Schritt verändern zu können, gab es nicht nur in Ostberlin, sondern auch in Moskau bis 1969 kaum einen realistischen Ansatzpunkt. Als sich dies in Moskau zur Jahreswende 1968/69 änderte, nachdem die Sowjetunion ihren Machtbereich durch die Niederschlagung des Prager Frühlings wieder gefestigt hatte, unterließ die Bundesregierung der Großen Koalition Maßnahmen mit Signalcharakter wie zum Beispiel die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags. Georg Ferdinand Duckwitz, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, schrieb am 24. Februar 1969 in dem Bericht über sein kurz zuvor stattgefundenes Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin, der Kreml in Moskau vertrete den Standpunkt, dass ein baldiger Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffensperrvertrag ein positiver Akt sei, der zur Verbesserung der Lage überhaupt und des beiderseitigen Verhältnisses beitragen würde.<sup>1373</sup> Es gründete auf den Bedenken und dem Veto der CDU/CSU, dass der Atomwaffensperrvertrag von der Bundesregierung der Großen Koalition nicht unterzeichnet wurde, auch wenn eine Minderheit in der CDU/CSU, zu der zum Beispiel Barzel gehörte, die Situation richtig erkannt hatte und

<sup>1370</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 19.6.1968: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1016/2: S. 1-57, hier S. 5.

<sup>1371</sup>: „Die Welt“ vom 3.2.1969: ACSP, Sachakten der CSU zur Außenpolitik V. WP, Ordner 140.

<sup>1372</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-5, hier S. 4: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 321.

<sup>1373</sup>: Bericht von Duckwitz 24.2.1969: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 264-267, hier S. 264.

darauf drängte, die eingetretenen Pfade zu verlassen und nach einem neuen Akzent zu suchen.<sup>1374</sup> Die Nichtunterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags war der einzige Bereich der Außenpolitik der Großen Koalition, in dem sich die CDU/CSU konsequent durchsetzen konnte, und in dem auch kein Kompromiss errungen wurde. Damit wurde eine Verbesserung des deutschen Verhältnisses zur Sowjetunion erschwert, da der Kreml auf die deutsche Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags beharrte.

Die Regierungszeit der Großen Koalition war ein Zeitabschnitt, in dem sich ein Wandel im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion ankündigte, und die Konfrontationsperiode des Kalten Krieges, trotz der Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Paktes unter sowjetischer Führung sowie des militärischen Agierens der USA in Vietnam, von einer Phase der Kooperation abgelöst wurde. Die weltpolitischen Klimaveränderungen mussten vor allem an der Schnittstelle des Ost-West-Konflikts, also in Deutschland, besonderen Einfluss haben. Daher konstatierte Wehner Ende 1968 zu Recht, dass Deutschland der Teil Mitteleuropas sei, in dem es sich entscheiden werde, in welchem Maße ein Interessenausgleich zwischen dem kommunistisch regierten Osten und dem pluralistischen Westen zustande gebracht werden könne. Die Zukunft Deutschlands hänge davon ab, dass es zu einem Interessenausgleich komme, betonte Wehner.<sup>1375</sup> Auch Duckwitz bemerkte am 2. August 1969 in einem Bericht für Brandt, dass letztlich eine Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom Ausgang der sowjetisch-amerikanischen Gespräche abhängen.<sup>1376</sup>

Während die Unionsparteien oftmals nur reaktiv auf die sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen eingingen, wollte die SPD mehr wagen und größere Schritte gehen. Dadurch musste es zu Konflikten in der Großen Koalition kommen. Des Weiteren war es wegen dieser internen Konstellation kaum zu bewältigen, der Deutschland- und Ostpolitik ein klares Profil und eine „geschlossene Gesamtvorstellung“<sup>1377</sup> zu verleihen, was wiederum bei den Staaten des Ostblocks eine Verunsicherung hervorrufen musste. Es gilt hierbei jedoch die Tatsache zu berücksichtigen, dass es für die Unionsparteien in der Deutschland- und Ostpolitik schwieriger war, eine eigene gestaltende Rolle einzunehmen, weil die beiden verantwortlichen Bundesministerien von

<sup>1374</sup>: CDU-Pressemitteilung vom 3.2.1969: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-81.

<sup>1375</sup>: Aufsatz Wehners mit dem Titel „Perspektiven“ vom 1.12.1968, S. 1-10, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1376</sup>: Duckwitz an Brandt 2.8.1969, S. 1-10, hier S. 3: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 1.

<sup>1377</sup>: Zitat Barzel am 13.7.1967 in einem Brief an Kiesinger: BAK, Nachlass Rainer Barzel, Mikrofilmsignatur N/1371-272.

der SPD geleitet wurden. Brandt führte das Auswärtige Amt und Wehner das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen.

Während die Wirtschafts- und Finanzminister Schiller und Strauß trotz ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeit harmonisierten und sich „vorzüglich“<sup>1378</sup> ergänzten, zeigten sich in der Deutschland- und Ostpolitik jedoch unterschiedliche Generallinien bei den Koalitionsparteien, wodurch Kanzler Kiesinger als Moderator zwischen CDU/CSU und SPD fungieren musste. Daher waren Kompromisse oft das zwangsläufige Resultat von Entscheidungsprozessen in der Großen Koalition. Wenn man aber zu der Erkenntnis kam - wie es vor allem die SPD tat -, dass der Status quo in Deutschland nur durch Annäherung, nicht durch Druck zu wandeln war, durfte eine deutsche Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze nicht verweigert werden. Hier verhärteten Kompromisse das Misstrauen der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion. Darüber hinaus hatte die Reaktion des Ostens auf die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest Anfang 1967 gezeigt, dass die Ostpolitik der Großen Koalition für Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien verlockender war als für die Sowjetunion, Polen und die Tschechoslowakei. Diese Länder und ihre kommunistischen Nachbarstaaten errichteten noch mehr politische Abwehrbarrieren gegen Bonn. Polen weigerte sich, mit der Bundesregierung auch nur Vorverhandlungen aufzunehmen, bevor Bonn nicht die im April 1967 auf der Karlsbader Konferenz beschlossenen Bedingungen einhielt. Die deutsche Ostpolitik bedrohte somit die Geschlossenheit des Ostblocks und rief daher eine ablehnende Reaktion der Sowjetunion hervor. Außerdem war die deutsche Ostpolitik hinter den wirklichen - im Gegensatz zu den rhetorischen - Positionen Bonns westlicher Partner zurückgefallen, so dass es zu Unstimmigkeiten mit diesen kommen musste. Es wurde schnell offensichtlich, dass der Kompromisswillen der Koalitionsparteien gegenüber osteuropäischen und sowjetischen Forderungen unterschiedlich weit entwickelt war. Daher blieb der deutsche Handlungsspielraum für eine Politik der Bewegung gegenüber den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion begrenzt.

Wenn es noch eines weiteren Grundes für eine zielstrebige Politik bedurft hätte, so lag er im „Nervenkrieg“<sup>1379</sup> mit Ostberlin, der sich fortsetzte. Doch die Akzeptanz des Status quo in Deutschland war der neuralgische Punkt der Großen Koalition. Hier war

<sup>1378</sup>: Bickerich, Wolfram, Franz Josef Strauß. Die Biographie, Düsseldorf 1996, S. 216.

<sup>1379</sup>: Zitat Kiesinger am 25.2.1969 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1018/1: S. 1-72, hier S. 1.



die CDU/CSU nur sehr wenig gesprächsbereit.<sup>1380</sup> Bahr dachte daher schon weiter und formulierte am 19. September 1968 in seinen Aufzeichnungen zur deutschen Außenpolitik nach der Besetzung der Tschechoslowakei, dass es für die Überwindung des Status quo am dienlichsten wäre, einige Elemente des Status quo zu akzeptieren. Dafür könne die Erfahrung sprechen, dass in der Geschichte eine Fixierung des Status quo diesen noch niemals erhalten habe.<sup>1381</sup>

Die Schwierigkeiten Bonns, eine überzeugende Haltung gegenüber der DDR, den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion einzunehmen, resultierten somit nicht nur aus deren Widerstand, sondern auch aus den konzeptionellen Meinungsverschiedenheiten der Bonner Regierungsparteien selbst. Nachdem in Bonn die Erkenntnis verinnerlicht worden war, dass eine Annäherung an die Sowjetunion die Bedingung für eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik war, musste eine ablehnende Haltung gegenüber der von den Sowjets geforderten bundesdeutschen Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze die Erfolgchancen dieser Politik erst recht mindern. Die SPD hatte erfasst, dass eine deutsche Wiedervereinigung und Grenzveränderungen unvereinbare Ziele waren. Die Große Koalition unternahm zwar erste Schritte, um die vom Kalten Krieg geprägten diplomatischen Positionen ihrer Vorgängerregierungen aufzuheben, und sie durchbrach auch einige der deutschland- und ostpolitischen Kontinuitätslinien. Jedoch versuchte die Große Koalition nach wie vor, besonders wegen des Drucks ihrer konservativen Mitglieder, dem Ostblock als Gegenleistung für ein deutsches Entgegenkommen zum Beispiel in Bezug auf den Atomwaffensperrvertrag Zugeständnisse abzurufen. Es war daher kaum verwunderlich, dass Warschau und Moskau die DDR als ein nicht verzichtbares Element der polnischen Sicherheit gegenüber der Bundesrepublik erachteten, und aus dieser Richtung der Großen Koalition "revanchistische" Absichten nachgesagt wurden.

Spätestens Ende 1968 stellte sich heraus, dass die deutschland- und ostpolitische Schnittmenge der Partner in der Großen Koalition zu gering war. Die Anerkennung des Status quo in Deutschland, die Hinnahme der deutschen Gebietsverluste im Osten, die Preisgabe der Hallstein-Doktrin und des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruchs konnten von der Großen Koalition zwischen der abbremsenden CDU/CSU - auch wenn

---

<sup>1380</sup>: Bahr, Egon, Die SPD und ihre deutschlandpolitischen Konzepte in den 50er und 60er. In: Hübsch, Reinhard (Hrsg.), "Hört die Signale!" Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945-1970, Berlin 2002, S. 61-78, hier S. 71.

<sup>1381</sup>: Bahrs Aufzeichnung 19.9.1968, S. 1-7, hier S. 5: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 399, Mappe 3.

Barzel behauptet hatte, dass die CDU/CSU nicht im „*Bremserhäuschen*“<sup>1382</sup> der Deutschland- und Ostpolitik sitze, und Kiesinger es verneint hatte, dass die CDU/CSU auf diesem Politikfeld ein „*Bremsklotz*“<sup>1383</sup> sei - und der SPD kaum bewältigt werden. Die näher kommende Bundestagswahl trug dazu bei, längst fällige Entscheidungen aufzuschieben. Bahr hielt am 21. September 1969 in einem Brief an Brandt folgerichtig fest, jede neue Bundesregierung habe zu berücksichtigen, dass die offenen Entscheidungen gefällt werden müssten.<sup>1384</sup>

Die Große Koalition durfte sich nicht nur darauf beschränken, die Legitimität ihrer deutschland- und ostpolitischen Absichten darzulegen. Sie musste auch die Bedingungen für die Realisierung ihrer Vorhaben herauskristallisieren, um dadurch die strategischen Möglichkeiten zu erkennen. Wollte die Große Koalition also deutschland- und ostpolitische Interessen verfolgen, so musste sie Bereiche suchen, bei denen die eigenen Interessen und die der DDR, Osteuropas und der Sowjetunion zusammenliefen. Wehner stellte dazu am 18. Februar 1969 in einer SPD-Pressemitteilung zufrieden fest, dass die Große Koalition den ausschlaggebenden Teil dessen getan habe, was auf ihre Seite entfalle, wenn es um geregelte Verhältnisse im gespaltenen Deutschland und um Ansätze zum Ausgleich gehe.<sup>1385</sup>

Die Schritte in der Deutschland- und Ostpolitik durften aber nicht nur anvisiert werden, sondern mussten auch an der Realität orientiert sein. Doch dies war kompliziert, nicht nur wegen der unterschiedlichen deutschland- und ostpolitischen Generallinien der Parteien der Großen Koalition, sondern auch wegen des undurchsichtigen Agierens der Sowjetunion. In den offiziellen Statements der Sowjetunion zur deutschen Frage ließen sich nämlich zwei Haltungen ablesen. Auf der einen Seite beharrte die Sowjetunion darauf, dass die Anerkennung des Status quo in Deutschland durch die Bundesregierung eine notwendige Bedingung für den Frieden in Europa darstelle. Aus dieser Perspektive hätten die Spannungen in Europa dadurch aufgehoben werden können, indem die Bundesregierung die DDR anerkennt, und die DDR zu einem international anerkannten Staat wird. Auf der anderen Seite belegen zahlreiche Quellen, dass die Sowjetunion die Spaltung Deutschlands als eine nicht änderbare Situation, die automatisch Spannungen in Europa hervorrief, betrachtete. Sie schien demnach nicht der

---

<sup>1382</sup>: Zitat Barzel am 13.10.1967 im Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, Barzel S. 6337-6342, hier S. 6340.

<sup>1383</sup>: Zitat Kiesinger am 10.10.1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1015/1: S. 1-36, hier S. 23.

<sup>1384</sup>: Bahr an Brandt 21.9.1969, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396.

<sup>1385</sup>: SPD-Pressemitteilung 18.2.1969, S. 1-3, hier S. 1: AdsD, Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion V. WP, Ordner 1994.

Auffassung zu sein, dass die Spannungen in Europa nach der bundesdeutschen Anerkennung der DDR nicht mehr existieren würden. Es war also nicht klar zu erkennen, ob die Sowjetunion die Aufhebung der Spannungen in Europa durch die abschließende Zementierung des Status quo in Europa oder durch dessen Modifikation realisieren wollte. Das führt zu der Erkenntnis, dass die Sowjetunion in Europa eine Politik der Stabilisierung des Status quo betrieb, wie zum Beispiel durch die brutale Niederschlagung des Prager Frühlings. Auf Deutschland bezogen hieß das, dass die Unterstützung der DDR und die Sicherung der Kontrolle über die DDR für die Sowjetunion Vorrang hatten vor Modifikationen des Status quo in Deutschland. Erschwerend für die Große Koalition kam noch hinzu, wie Wilhelm W. Schütz, geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, am 31. Mai 1969 in einem Bericht für Wehner ausführte, dass die Weltöffentlichkeit sich weitgehend an die Teilung Deutschlands gewöhnt hatte. Schütz ergänzte jedoch, dass die Bundesrepublik und die DDR aber grundsätzlich an der Zielvorstellung der deutschen Einheit festhielten, wenn auch unter gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen.<sup>1386</sup>

Wehner erklärte am 10. September 1967 in einer Rede in Coburg: *„Der Bundeskanzler und die gesamte Bundesregierung sind bemüht, deutlich zu machen, daß wir festen und guten Willens sind, auch dort, wo der Blick der anderen stumpf ist, das wirklich Mögliche noch zu erspähen.“*<sup>1387</sup> Der Bewegungsspielraum einer solchen Politik war aber bis Ende der 1960er Jahre auf Grund der Blockadehaltung Moskaus und Ostberlins noch gering. Dieser Bewegungsraum hatte aber durchaus Ausbaupotenzial. Sichere Voraussichten für eine solche Politik waren aber nicht zu erstellen. Ihr eine Chance zu geben, war jedoch vernünftiger als feindselige Konfrontation in Europa, die nur das festigte, was gewandelt werden sollte: Den Status quo in Deutschland. Der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition lag dieses Verständnis zu Grunde. Brandt vertrat am 3. Mai 1967 in einer Rede die allgemeine Auffassung der Großen Koalition, als er erklärte, dass ohne Entspannung in Europa die Lösung der deutschen Frage unmöglich sei.<sup>1388</sup> Diese fundamentale Ausgangsposition ermöglichte eine Reihe von gewichtigen Erfolgen in der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition.

In der Deutschlandpolitik war es jedoch schwieriger als in der Ostpolitik, einen Erfolg zu erzielen, nicht nur wegen der unterschiedlichen Generallinien der Koalitionsparteien,

<sup>1386</sup>: Schütz an Wehner 31.5.1969, S. 1-11, hier S. 1: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Kuratorium Unteilbares Deutschland, Ordner 2773.

<sup>1387</sup>: Wehners Redemanuskript, S. 1-5, hier S. 2: ACSP, Nachlass Richard Jaeger, Aktengruppe S, Ordner 380.

<sup>1388</sup>: Brandts Redemanuskript, S. 1-6, hier S. 3: AdsD, WBA, Nachlass Willy Brandt, A3, Ordner 253.

sondern auch, weil hier ein Erfolg die Kooperation der DDR-Regierung voraussetzte. In einer Großen Anfrage der FDP-Fraktion an die Bundesregierung am 24. Januar 1969 hieß es in diesem Zusammenhang treffend: *„Der Erfolg der Deutschlandpolitik hängt nicht nur von ihr selbst ab. Das Ziel aller deutscher Politik, das Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West zu verhindern, kann nur erreicht werden, wenn die Regierung der DDR ihre Politik der Abkapselung gegenüber dem Westen einschränkt und letztlich aufgibt. Wir sind auf die Zusammenarbeit und auf den guten Willen insbesondere der Sowjetunion und der DDR-Regierung angewiesen.“*<sup>1389</sup> In der Tat, in der Deutschlandpolitik war die Große Koalition nicht nur auf die Mitwirkung Moskaus, sondern auch auf die Kooperation Ostberlins angewiesen, wobei es fraglich war, ob die Machthaber in Ostberlin überhaupt eine wirklich Entspannung des innerdeutschen Verhältnisses wollten.

Günter Wetzels, Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, stellte am 24. April 1969 in einer SPD-Pressemitteilung fest, dass es in der Deutschlandpolitik kein Patentrezept gebe, auch nicht für ihre Etappen. Wer das glaube, der erkenne - um es mit den Worten Wehners auszudrücken - die Härte des Geländes, in dem, auf dem, und durch das hindurch diese Politik gemacht werden müsse. Standfestigkeit, Beharrlichkeit und der Wille, durch eine Politik des Friedens Gräben zu überwinden und nicht zu vertiefen, würden die Bundesrepublik auf die Dauer weiterbringen, erklärte Wetzels.<sup>1390</sup> Eine günstige Möglichkeit dazu hatte der Briefwechsel Stoph-Kiesinger geboten. Kiesinger, der am 17. Juni 1967 in seiner Deutschlandrede im Bundestag erläutert hatte, dass man ohne Scheuklappen sehen müsse, was sei<sup>1391</sup>, hatte durch seinen Briefwechsel mit Stoph einen sehr wichtigen und zentralen Wandel in der Deutschlandpolitik und in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR eingeleitet. Die offizielle Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung gegenüber der DDR-Regierung war die spektakulärste Neuerung der Deutschlandpolitik. Allerdings musste

---

<sup>1389</sup>: Kopie der Großen Anfrage der FDP-Fraktion vom 24.1.1969, S. 1-2, hier S. 2: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2433.

<sup>1390</sup>: SPD-Pressemitteilung 24.4.1969, S. 1-5, hier S. 1: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1a 1968/69.

<sup>1391</sup>: Abdruck von Kiesingers Deutschlandrede im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.6.1967, S. 541-543, hier S. 541: AdsD, HWA, Nachlass Herbert Wehner, Aktengruppe Bundestagsfraktion, Ordner 2348.

die Gesprächsbereitschaft nach Auffassung Kiesingers und der CDU/CSU eine klare Begrenzung haben, nämlich keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates. Dies war der zentrale Krisenpunkt der Großen Koalition, da die SPD ihre deutschlandpolitische Generallinie wesentlich weiter gesteckt hatte als die CDU/CSU.

Doch begrüßte auch Wehner die Zugeständnisse der CDU/CSU im Briefwechsel Stoph-Kiesinger. Er bemerkte am 25. April 1969 im Bundestag, dass der deutsche Rechtsstandpunkt, wie in Kiesingers Regierungserklärung vorgetragen, kein Hindernis mehr gegen Verhandlungen und Regelungen zwischen den Behörden der Bundesrepublik und der DDR sei, wobei die Große Koalition keine behördlichen Ebenenbegrenzungen aufgestellt habe. Das sei durchaus eine Brücke, die man beschreiten könne.<sup>1392</sup> In der Tat, der Briefwechsel Stoph-Kiesinger stellte den Ausgangspunkt einer Entwicklung dar, die sich über viele Jahre hinziehen sollte. Die Grundlage eines später in verschiedenen Bereichen normalisierten Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde während der Amtszeit der Großen Koalition gelegt.

Die Große Koalition hatte mit dem Briefwechsel zwischen Stoph und Kiesinger eine zentrale Änderung in der bundesdeutschen Politik gegenüber der DDR bewirkt: Weg von großen, aber kaum etwas bewirkenden Erklärungen über die Zusammengehörigkeit der Deutschen und hin zur Entschlossenheit, für die unabsehbar lange Zeit der deutschen Teilung das wirklich Mögliche für den Zusammenhalt der Menschen zu tun. Dadurch sollte das Leben für die Menschen im anderen Teil Deutschlands erträglicher werden. Die Abkehr der Großen Koalition von der Betonung ideologischer Unterschiede und ihre Hinwendung zu praktischen Verbesserungen für die Menschen durch eine Politik der kleinen Schritte haben sich als realistisch und tragfähig erwiesen. Die bundesdeutsche Politik, die in den Jahren nach 1969 gegenüber der DDR betrieben wurde, hatte somit eine gewichtige Basis durch den von der Großen Koalition erstmals konkret ausgesprochenen Wunsch nach praktischen Kontakten zwischen der Bundesregierung und der DDR-Regierung. Die bisher „statische“<sup>1393</sup> Deutschlandpolitik war durch die Große Koalition flexibler gemacht worden. Wehner meinte in diesem Zusammenhang zu Recht, dass von einer quantitativen zu einer qualitativen Veränderung ge-

---

<sup>1392</sup>: Bundestagssitzung 25.4.1969: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn, S. 12623-12698, Wehner S. 12639-12645, hier S. 12644.

<sup>1393</sup>: Zitat der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 22.4.1969: AdsD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-5b 1968/69.

sprochen werden könne, wobei er unterstrich, dass es nicht darum gehe zu zaubern, sondern dass man einen Ansatz finden wolle, der Verständigung herbeiführen könne.<sup>1394</sup>

Entscheidend für diesen deutschlandpolitischen Fortschritt der Großen Koalition war auch, dass die Deutschlandpolitik von der Ostpolitik nicht mehr entkoppelt, sondern mit ihr gekoppelt und in sie „*eingebettet*“<sup>1395</sup> wurde. Brandt war Realist und Pragmatiker und wusste, dass sowohl die Sowjetunion als auch die DDR miteinbezogen werden mussten, wenn die Bundesregierung im Zusammenhang mit einer deutschen Wiedervereinigung Erfolge erzielen wollte. Der Außenminister warnte im März 1969 in einem Interview gegenüber dem „Spiegel“ vor der vereinfachten Darstellung: *„Wir werden das schon mit den Russen machen. Wir dürfen unsere Rolle gegenüber der Sowjetunion nicht überschätzen. Es gab sicher mal eine Zeit nach dem Krieg, in der es berechtigt war zu sagen, man arrangiert sich also am besten mit dem Hausbesitzer statt mit dem Portier. Das Bild entspricht schon lange nicht mehr den Realitäten.“*<sup>1396</sup> Trotz der sichtbaren Neujustierung der Deutschlandpolitik wurde der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch wegen des erheblichen Drucks aus CDU/CSU-Kreisen in seinem Kern jedoch nicht angerührt. Kiesinger hatte am 17. März 1967 in einem Informationsgespräch mit sowjetischen Journalisten im Kanzleramt wiederholt klargestellt, dass der deutsche Rechtsstandpunkt unverändert bleibe. Die Bundesregierung sei jedoch bereit, diesen Rechtsstandpunkt so zu vertreten, dass daraus so wenig wie möglich Spannungen, Verkrampfungen oder gar Feindschaften entstünden.<sup>1397</sup>

Die Bundesregierung der Großen Koalition strebte zwar den Einschluss der DDR in Gewaltverzichtsverträge und Kontakte zu ihr unterhalb der Anerkennungsschwelle an, um menschliche Erleichterungen zu erwirken. Der Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen wurde jedoch beibehalten. Der DDR gegenüber sah Kiesinger - im Gegensatz zur SPD - keinen Handlungsspielraum unterhalb der juristischen Anerkennung. Berühmt ist Kiesingers am 13. Oktober 1967 im Bundestag geäußerte Feststellung, dass sich da drüben ein „*Phänomen*“ gebildet habe.<sup>1398</sup>

Die Große Koalition änderte jedoch die Sichtweise auf die deutsche Teilung, die Kanzler Kiesinger schon am 13. Dezember 1966 in seiner Regierungserklärung als

---

<sup>1394</sup>: Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 161.

<sup>1395</sup>: Zitat Kiesinger am 6.6.1967 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1014/1: S. 1-16, hier S. 10.

<sup>1396</sup>: „Spiegel“, Nr. 11 vom 10.3.1969, S. 25-27, hier S. 26.

<sup>1397</sup>: Text des Informationsgespräches, S. 1-8, hier S. 7: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>1398</sup>: Bundestagssitzung 13.10.1967: Verhandlungen des deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn, S. 6331-6399, hier S. 6360. Oder: Kiesinger, Kurt Georg, Stationen 1949-1969, Tübingen 1969, S. 218.

„europäische Teilung“<sup>1399</sup> bezeichnet hatte. Die gemeinsame Erkenntnis von CDU/CSU und SPD, dass es zur einer deutschen Wiedervereinigung nur nach einer Entspannung in Europa kommen konnte und nicht, wie von den Vorgängerregierungen behauptet, die deutsche Wiedervereinigung Voraussetzung für eine Entspannung in Europa war, stellte einen gewichtigen und gar nicht hoch genug einzuschätzenden Wandel in der Deutschland- und Ostpolitik dar. Diese neue Politik bedeutete eine drastische Abwendung gegenüber einer außenpolitischen Kontinuität, die seit 1949 verfolgt worden war. Auch wenn dieser Kurswechsel von der SPD maßgeblich mitkonzipiert und mitgetragen wurde, darf dabei nicht unterschätzt werden, dass Kiesinger in diesem Zusammenhang der erste Bundeskanzler war, der die Notwendigkeit für eine Neuorientierung in der Außenpolitik wirklich erfasst hatte und der den Handlungsspielraum der CDU/CSU dabei vergrößerte.

Von der Großen Koalition wurden im Einvernehmen mit den Unionsparteien, auch wenn diese nach wie vor den Status quo in Deutschland nicht akzeptierten, in der Deutschland- und Ostpolitik Kontinuitätslinien der Vorgängerregierungen durchbrochen. In diesem Zusammenhang führte Kiesinger am 14. November 1967 in einer Rede vor hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU aus: *„Es ist ein ganz einfaches Bild. Wenn man nur dasitzt und sich hinter juristischen Formeln verschanzt, dann arbeitet der Flug der Zeit gegen uns, unterspült die von uns gebauten Dämme, und wir sähen dem macht- und tatenlos zu.“*<sup>1400</sup> Kiesinger hat die Bundesrepublik durch eine besonders schwierige Phase ihrer Geschichte geleitet. Durch seine Reformpolitik und seine Vermittlungsfunktion zwischen den Koalitionsparteien hat er die Fähigkeit der bundesdeutschen Demokratie unter Beweis gestellt, neue Entwicklungen aufzunehmen. In Kiesingers Regierungszeit sind zentrale Ansätze zur Entspannung zwischen Ost und West sowie Bemühungen um mehr Miteinander im geteilten Deutschland und Europa gefallen.

Brandt konstatierte am 9. September 1968 in einem Interview gegenüber dem *„Spiegel“*: *„Ich möchte mal wissen, wie wir heute dastünden, wenn wir nicht in den letzten anderthalb Jahrzehnten ein für uns wesentlich verbessertes Klima in der westlichen und blockfreien - auch in der kommunistischen - Welt geschaffen hätten.“*<sup>1401</sup>

Kiesinger stellte am 16. Januar 1969 auf einer CDU-Vorstandssitzung ebenfalls zu-

<sup>1399</sup>: Stüwe, Klaus (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 157.

<sup>1400</sup>: Kiesingers Redemanuskript, S. 1-9, hier S. 4: ACDP, Unterlagen der CDU-Bundespartei V. WP, Ordner 07-002-024/2.

<sup>1401</sup>: Text des Interviews: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 178-187, hier S. 178.

frieden fest, dass alles in allem die außenpolitische Lage in Ordnung sei.<sup>1402</sup> In der Tat, die Bilanz der Ostpolitik der Großen Koalition ist trotz der schwierigen außenpolitischen Rahmenbedingungen und der internen Differenzen sehr gewichtig: Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien und Jugoslawien, der Austausch von Handelsvertretungen mit der Tschechoslowakei, die Aufnahme eines Notenaustausches über Gewaltverzicht mit der Sowjetunion und die Modifikation der Hallstein-Doktrin waren große ostpolitische Erfolge. Die Große Koalition unternahm die ersten Schritte in Richtung einer deutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und einer Annullierung des Münchener Abkommens. Im Vergleich zu den Jahren davor hat die Große Koalition Schwung in die Ostpolitik hineingebracht. Kiesinger hatte zu Recht am 18. April 1968 in einem Interview im Kanzleramt behaupten können, dass die Große Koalition in einem Jahr mehr Entscheidungen getroffen habe als die Kleine Koalition zuvor.<sup>1403</sup>

Jedoch hatte der Wandel in der Ostpolitik seine Grenzen, die von der CDU/CSU immer wieder enger gezogen wurden. Vor allem Strauß und die CSU versuchten, die Neuerungen in Grenzen zu halten. Der CSU-Vorsitzende Strauß lehnte jede Vorleistung gegenüber dem Osten im Sinne einer Anerkennung der territorialen Realitäten rundweg ab.<sup>1404</sup> Auch der CDU-Vorsitzende Kiesinger erklärte noch zum Schluss seiner Kanzlerschaft im September 1969, dass er zu jedem Gespräch mit Moskau bereit sei, für das Moskau nicht die Anerkennung der territorialen Realitäten fordere.<sup>1405</sup> Bonn weigerte sich somit wie bisher und auch gegen den Willen der Mehrheit der SPD, den Status quo in Deutschland anzuerkennen.

Trotzdem bereitete die Große Koalition die Öffnung nach Osten vor, auch indem sie die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion intensivierte. Die Bundesrepublik wurde 1969 der wichtigste Handelspartner der Sowjetunion. Diese Kooperation in Wirtschaftsfragen erleichterte die späteren deutsch-sowjetischen Verhandlungen der Bundesregierung Brandt/Scheel. Die Große Koalition leistete mit ihren neuen Ansätzen die Vorarbeit zu einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten der Deutschland- und Ostpolitik und begann dadurch Osteuropa und die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass sich die öffentliche und politische Meinung in der Bundesrepublik wirklich änderte. Brandt hatte am 9. September 1968 zufrieden in einem Interview gegenüber dem

---

<sup>1402</sup>: CDU-Vorstandssitzung 16.1.1969: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969: Protokoll Nr. 24, 16.1.1969. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005, S. 1284-1339, hier S. 1335.

<sup>1403</sup>: Text des Interviews, S. 1-34, hier S. 22: ACDP, Nachlass Kurt Georg Kiesinger, Ordner 01-226-008/1.

<sup>1404</sup>: Behrendt, Manfred, Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln 1995, S. 107-109.

<sup>1405</sup>: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27.9.1969: AdSD, ZASS II 1959-1972, Ordner DW 1-1c11969 (VIII-XII).



“Spiegel“ erklärt: „Wenn die sowjetische Führung und Ostberlin jetzt dabei sind, von neuem bösartige Propaganda gegen uns zu entfalten, dann werden sie gerade wegen der neuen Politik, die wir in der Regierung der Großen Koalition betrieben haben, weniger Glauben finden als früher.“<sup>1406</sup> Auch Bahr hatte am 4. September 1967 in einer Fernsehdiskussion konstatiert, dass jenes Argument, die Bundesrepublik sei ein Störenfried, kaum noch genutzt werde, und da wo es genutzt werde, werde es nicht geglaubt.<sup>1407</sup>

Die Große Koalition entzog der Ostblock-Propaganda gegenüber der Bundesrepublik die Grundlage, da sie gegenüber dem Ostblock Formulierungen aus der Zeit des Kalten Krieges der 1950er und frühen 1960er Jahre nicht mehr gebrauchte. Kiesinger hatte am 13. Dezember 1966 auf einer CDU/CSU-Fraktionssitzung erklärt: „Wir müssen durch eine neue Sprache wieder Interesse für unsere Dinge erwecken.“<sup>1408</sup> Die Große Koalition entwickelte eine neue Sprache. Durch sie waren eine deutlich spürbare Bewusstseinsänderung und neue Formen der politischen Kommunikation gegenüber dem Ostblock entstanden. Die Entspannungspolitik der nachfolgenden sozial-liberalen Bundesregierung wurde somit durch die Große Koalition auch mental und sprachlich eingeleitet und vorbereitet.

Bahrs Behauptung von 1975, dass bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt im Jahr 1967 zum Thema Deutschland- und Ostpolitik „effektiv leere Schubladen“ vorhanden gewesen seien<sup>1409</sup>, ist somit nur begrenzt richtig. Auch existierten bereits, bevor Bahr im November 1967 Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes wurde, Unterlagen, die deutschland- und ostpolitische Grundsatzfragen behandelten. So hatte zum Beispiel Bahrs Amtsvorgänger, Günter Diehl, im März einen Überblick über die Deutschlanddiskussion erstellen lassen.<sup>1410</sup> Der Prozess der deutschland- und ostpolitischen Erneuerung begann damit nicht erst mit dem Kanzlerwechsel von Kiesinger zu Brandt, sondern wurde durch einige konkrete Schritte der Großen Koalition eingeleitet.

Selbst wenn die Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition nicht alle Ziele erreichte und für die Zeit nach der fünften Legislaturperiode die Frage nach dem bundes-

<sup>1406</sup>: Text des Interviews: Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005, S. 178-187, hier S. 178.

<sup>1407</sup>: Niederschrift der Fernsehdiskussion: Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband, S. 1575-1587, hier S. 1578.

<sup>1408</sup>: CDU/CSU-Fraktionssitzung 13.12.1966: ACDP, Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion V. WP, Bandsignatur 08-001-1012/1: S. 1-68, hier S. 53.

<sup>1409</sup>: Nachzulesen bei: Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage - Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996, S. 101.

<sup>1410</sup>: Schriftlicher Überblick mit dem Titel “Ergebnis der Deutschlanddiskussion“ vom 17.3.1967, S. 1-10: AdsD, Depositum Egon Bahr, Ordner 400, Mappe 2.

deutschen Alleinvertretungsanspruch und den deutschen Grenzen bestehen blieb, so waren die deutschland- und ostpolitischen Maßnahmen und Bestrebungen der Großen Koalition doch eine gewichtige Basis für die folgende sozial-liberale Bundesregierung, die eine bewegliche und keine Beschränkungen aufweisende Deutschland- und Ostpolitik praktizieren wollte. Die SPD hatte während der Großen Koalition realistische Vorstellungen über das entwickelt, was in der Deutschland- und Ostpolitik umsetzbar war. Beim Umgang mit dem Osten hatte die SPD an Erfahrung gewonnen und ihre These bestätigt bekommen, dass der Status quo in Deutschland anerkannt werden musste, um ihn modifizieren zu können.

Bahr gesteht in seinen Memoiren ein, dass ohne die drei Jahre der Großen Koalition der Grundriss für die sozial-liberale Ostpolitik nicht entworfen worden wäre. Dieser habe den unmittelbaren Start zur operativen Umsetzung im Kanzleramt scheinbar aus dem Stand erlaubt.<sup>1415</sup> Bahr bezog sich dabei wohl besonders auf die von ihm am 18. September 1969 fertig gestellte und am 21. September an Brandt verschickte „Planungsstudie zur Außenpolitik einer künftigen Bundesregierung“<sup>1416</sup>, die der folgenden sozial-liberalen Bundesregierung als außenpolitische Richtschnur diene. Bahr schreibt in seinen Memoiren, dass Brandt die Zeit als Außenminister gebraucht habe, denn ohne die gebündelten Erfahrungen dort, nach innen wie nach außen, wäre er bei einem direkten Sprung ins Kanzleramt wohl gescheitert.<sup>1417</sup> So sah es auch Brandt selbst, der im September 1969 in einem Interview gegenüber dem „Spiegel“ bemerkte, dass der Werdegang eines Kanzlers vieler Zwischenstationen bedürfe. Solche Figuren könne man keineswegs aus der Retorte machen.<sup>1418</sup>

Selbst wenn die deutschland- und ostpolitischen Erfolge der sozial-liberalen Koalition unter Kanzler Brandt spektakulärer und wirkmächtiger waren, sind doch die dazu notwendigen Weichen während der Großen Koalition gestellt worden. Somit war die Regierungszeit der Großen Koalition eine eigenständige Periode, in der die ersten richtungsweisenden deutschland- und ostpolitischen Vorarbeiten für die Bundesregierung Brandt/Scheel geleistet wurden. Dies bleibt das sehr gewichtige Vermächtnis der Deutschland- und Ostpolitik der Großen Koalition.

---

<sup>1415</sup>: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 247.

<sup>1416</sup>: Bahrs Planungsstudie vom 18.9.1969 liegt vor bei: AdSD, Depositum Egon Bahr, Ordner 396: S. 1-15. Oder: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000, S. 1047-1057.

<sup>1417</sup>: Bahr, Egon, *Zu meiner Zeit*, München 1996<sup>2</sup>, S. 194.

<sup>1418</sup>: „Spiegel“, Nr. 39 vom 22.9.1969, S. 39-52, hier S. 52.

# Anhang

## I. Verzeichnis der Abkürzungen

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
ADL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AK	Arbeitskreis
ASBAH	Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BdV	Bund der Vertriebenen
BND	Bundesnachrichtendienst
BVD	Bund der Vertriebenen Deutschen
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
HWA	Herbert-Wehner-Archiv
IAEA	International Atomic Energy Agency
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPT	Non-Proliferation-Treaty
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NV	Nichtverbreitung
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PSU	Partito Socialista Unificato
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
VdL	Verband der Landsmannschaften
WBA	Willy-Brandt-Archiv
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WP	Wahlperiode
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

## II. Ungedruckte Quellen

### Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (ACDP)

Protokolle der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 08-001, V. WP

Protokolle des CDU-Präsidiums 07-001, V./VI. WP

Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 07-001, V. WP

Protokolle der außenpolitischen Kommission der CDU 07-001, V. WP

Unterlagen der außenpolitischen Kommission der CDU 07-001, V. WP

Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 08-001, V. WP

Unterlagen des AK für Auswärtige-, Gesamtd.- und Verteidigungsfragen 08-006, V./VI. WP

Unterlagen der CDU-Bundespartei 07-001, V. WP

#### Nachlass Kurt Georg Kiesinger 01-226

- Aktengruppe 1, Reden, Artikel, Interviews, 1966-1984
- Aktengruppe 3.1, Presseberichte, V. WP
- Aktengruppe 6, Bundeskanzler, V. WP
- Aktengruppe 6.1, Regierungsbildung, V. WP
- Aktengruppe 6.2, Pressekonferenzen, V. WP
- Aktengruppe 6.3, Hintergrundgespräche mit Journalisten, V. WP
- Aktengruppe 6.4, Koalitionsgespräche, V. WP
- Aktengruppe 6.5.1, Gesprächsvermerke, Ausland, V. WP
- Aktengruppe 6.6, Korrespondenz, V. WP
- Aktengruppe 6.7, Sachthemen, hier: Atomwaffensperrvertrag sowie Deutschland- und Ostpolitik, V. WP
- Aktengruppe 6.8, Dokumentation, V. WP

#### Nachlass Gerhard Schröder I-483

- Aktengruppe A., Reden, Artikel, Interviews, V. WP
- Aktengruppe D-IV., Sachgebiete, hier Bestand Nr. 3: Ost- und Deutschlandpolitik, V. WP
- Aktengruppe E-III., Auswärtiges Amt, IV. WP
- Aktengruppe E-IV., Bundesministerium der Verteidigung, V. WP
- Aktengruppe E-V., Korrespondenz, V. WP

## **Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung, München (ACSP)**

Unterlagen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, V. WP

Unterlagen der CSU-Landesgruppe zur Bundesregierung, V. WP

Sachakten der CSU zur Außenpolitik, V. WP

Sachakten der CSU zur Deutschlandpolitik, V. WP

Nachlass Franz Josef Strauß

- Aktengruppe Bundesfinanzminister (BMF), V. WP
- Aktengruppe Parteivorsitzender (PV), V. WP
- Aktengruppe Sammlung Kray (Zeitungsausschnitte, Periodika etc.), V. WP

Nachlass Richard Jaeger

- Aktengruppe A, Deutsch Atlantische Gesellschaft (DAG), ATA, NAV (1956-1994), V. WP
- Aktengruppe M, Materialsammlung 1935-1994, V. WP
- Aktengruppe P, Reden 1966-1994, V. WP
- Aktengruppe S, Unterlagen zur Deutschland- und Ostpolitik, V. WP

## **Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (ADL)**

Protokolle der FDP-Bundestagsfraktion A40, V./VI. WP

Protokolle des FDP-Präsidiums, V./VI. WP

Protokolle des FDP-Bundesvorstandes, V. WP

Protokolle des FDP-Bundesausschusses für Dt., Außen- und Sicherheitspolitik A44, V. WP

Protokolle des FDP-Bundeshauptausschusses A12, V. WP

Unterlagen des FDP-Präsidiums, V. WP

Unterlagen der FDP-Bundestagsfraktion A40, V. WP

Unterlagen des FDP-Bundesausschusses für Dt., Außen- und Sicherheitspolitik A44, V. WP

FDP-Bundesparteitageprotokolle A1, V. WP

Nachlass Thomas Dehler N1

- Aktengruppe Protokolle, Berichte verschiedener Gremien und Ausschüsse, Landesverband Bayern, V. WP
- Aktengruppe Presseauschnitte / Materialsammlung, V. WP

## **Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD)**

Protokolle der SPD-Bundestagsfraktion, V. WP

Protokolle des SPD-Bundestagsfraktionsvorstandes, V. WP

Protokolle des SDP-Präsidiums, V. WP

Protokolle des SPD-Bundesvorstandes, V. WP

Protokolle des SPD-Parteirates, V. WP

Unterlagen der SPD-Bundestagsfraktion, V. WP

Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Neuer Bestand, V. WP

Unterlagen des SPD-Bundesvorstandes, Alter Bestand, IV./V./VI. WP

Zeitungsausschnittssammlung ZASS II (1959-1972), V. WP

### **Depositum Egon Bahr**

- Aktengruppe 2, Korrespondenz, V. WP
- Aktengruppe 6, Deutscher Bundestag / SPD-Fraktion, V. WP
- Aktengruppe 10, Auswärtiges Amt / Planungsstab, V. WP
- Aktengruppe 11, Ost- und Deutschlandpolitik, V. WP
- Aktengruppe 13, Sicherheitspolitik, V. WP
- Aktengruppe 14, Internationales, V. WP
- Aktengruppe 19, Verschiedenes / Sammelgut, V. WP

### **Depositum Helmut Schmidt**

- Aktengruppe Bd. 1, Fraktionsvorstand / Fraktionsvorsitzender, V. WP
- Aktengruppe Bd. 1, Publizistische Äußerungen, V. WP
- Aktengruppe Bd. 7, Allgemeine Korrespondenz, V. WP
- Aktengruppe Bd. 8, Deutsche Außenpolitik, V. WP

## **Herbert-Wehner-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (HWA)**

- Aktengruppe Abt. I, Allgemeine und persönliche Korrespondenz, V. WP
- Aktengruppe Abt. I, Parteivorstand, V. WP
- Aktengruppe Abt. I, Bundestagsfraktion, V. WP
- Aktengruppe Abt. I, Gesamtdeutscher Ausschuss, V. WP
- Aktengruppe Abt. I, Kuratorium Unteilbares Deutschland, V. WP

### **Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (WBA)**

- Aktengruppe A3, Publizistische Äußerungen, V. WP
- Aktengruppe A7, Außenminister und Vizekanzler, V. WP
- Aktengruppe A8, Bundeskanzler, VI. WP
- Aktengruppe A11.3, Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Parteivorsitzender
  - Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums, SPD-Ministern und Staatssekretären, V. WP
- Aktengruppe A11.4, Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Parteivorsitzender
  - Verbindungen mit Referaten, Abteilungen 1964-1986 (Erich-Ollenhauer-Haus, Parteivorstand etc.), V. WP

### **Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf (ASBAH)**

#### Nachlass Konrad Adenauer

- Aktengruppe I, Reden, Informationsgespräche, Interviews etc., V. WP
- Aktengruppe II, Korrespondenz, Unterlagen zur CDU etc., V. WP
- Aktengruppe III, Sachakten, Gesprächsaufzeichnungen etc., IV. WP

### **Bundesarchiv, Koblenz (BAK)**

Akten des Bundesministeriums für Wirtschaft B102, V. WP

Akten des Bundesministeriums des Innern B106, V. WP

Akten des Bundespräsidialamts B122, V. WP

Akten des Bundeskanzleramts B136, V. WP

Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen B137, V. WP

Akten des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte B150, V. WP

Akten des Bundesnachrichtendienstes B206, V. WP

#### Nachlass Rainer Barzel N/1371

- Aktengruppe Allgemeine, dienstbezogene und private Unterlagen, V. WP
- Aktengruppe Korrespondenzen, V. WP
- Aktengruppe Reden, Interviews, Presseerklärungen, V. WP
- Aktengruppe Fraktions- und Parteivorsitz (1964-1973), V. WP

### III. Gedruckte Quellen

- ACSP, Signatur P1-347/2: Franz Josef Strauß. Der 60. Geburtstag im Spiegel der Presse, Band 2.
- ACSP, Signatur P1-347/1: Franz Josef Strauß. Der 60. Geburtstag im Spiegel der Presse, Band 1.
- ADL, Signatur D2-1319: Sammelband der FDP-Zeitschrift "Xinformation" des Jahres 1967.
- ADL, Signatur D2-1283: Sammelband der FDP-Zeitschrift "Liberaldemokratische Korrespondenz" der Jahre 1965-1970/1.
- ADL, Signatur D2-1281: Sammelband der FDP-Zeitschrift "Liberaldemokratische Korrespondenz" der Jahre 1968-71.
- ADL, Sammelband der FDP-Zeitung "Freie Demokratische Korrespondenz" des Jahres 1967.
- ADL, Sammelband der FDP-Zeitung "Freie Demokratische Korrespondenz" (Tagesdienst 1967).
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1974, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2005.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1970, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2001.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1969, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 2000.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1968, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1968, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 3, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1967, Band 1, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1998.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966, Band 2, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1997.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1951, herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, München 1999.
- Albrecht, Willy (Hrsg.), Kurt Schumacher. Reden - Schriften - Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985.
- Archiv der Gegenwart (Hrsg.), Deutschland 1949 bis 1999, Band 5: Oktober 1966 - April 1970, Sankt Augustin 2000.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.), Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Bonn 1995.
- Auswärtiges Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirates (Hrsg.), Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972.



“Bayernkurier“ vom 20.4.1968.

“Bayernkurier“ vom 21.8.1967.

Böhme, Erich / Wirtgen, Klaus (Hrsg.), Willy Brandt: Die Spiegel-Gespräche, Stuttgart 1993.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 29.11.1969.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11.8.1967.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 20.6.1967.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 27.1.1963.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13.12.1955.

Casteyger, Curt, Europa zwischen Spaltung und Einigung 1945-1990. Eine Darstellung und Dokumentation über das Europa der Nachkriegszeit, Köln 1990.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Band 1/1969/70.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Zweiter Halbband.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 2/1968, Erster Halbband.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Zweiter Halbband.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, V. Reihe, Band 1/1966-1967, Erster Halbband.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 1/1966, Erster Halbband.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Band 9/1963, Zweiter Halbband.

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V. in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin (Hrsg.), Dokumente zur Berlin-Frage 1944-1966, München 1987<sup>4</sup>.

Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974, Berlin 2001.

Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974, Berlin 2005.

Grebing, Helga / Schöllgen, Gregor / Winkler, August (Hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung), Willy Brandt. Berliner Ausgabe, Band 3: Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966, Berlin 2004.

Gotto, Klaus (Hrsg.), Bruno Heck. Grundlagen und Wandel. Aufsätze und Reden 1976-1986.

Hillgruber, Andreas, Berlin Dokumente 1944-1961, Darmstadt 1961.

Kleßmann, Christoph / Wagner, Georg (Hrsg.), Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993.

Ludolf, Hermann (Hrsg.), Bruno Heck. Auf festem Grund. Aufsätze und Reden, Stuttgart 1977.

März, Peter (Hrsg.), Dokumente zu Deutschland 1944-1994, München/Landsberg am Lech 1996.

Meissner, Boris (Hrsg.), Moskau-Bonn. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1973. Dokumentation, Band 2, Köln 1975.

- Meissner, Boris (Hrsg.), Die deutsche Ostpolitik 1961-1970. Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970.
- Morsey, Rudolf / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Rhöndorfer Ausgabe. Adenauer. Briefe 1959-1961, Paderborn 2004.
- Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Die große Koalition 1966-1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, Stuttgart 1979.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews, Bonn 1971.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Reden und Interviews 1968, Bonn 1969.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger. Entspannung in Deutschland. Friede in Europa. Reden und Interviews 1967, Bonn 1968.
- Schmitt, F. J. (Hrsg.), Im Deutschen Bundestag. Deutschland und Ostpolitik, Band 2, Bonn 1973.
- Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Konrad Adenauer. Reden 1917-1967, Stuttgart 1975.
- Verlag AZ-Studio (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Bundestagsreden und Zeitdokumente, Bonn 1975.
- Von Münch, Ingo (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Band 2, Stuttgart 1974.
- Von Münch, Ingo (Hrsg.), Dokumente des geteilten Deutschlands. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Band 1, Stuttgart 1976<sup>2</sup>.
- Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band VII: Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit 1969, Bonn u. a. 1970.
- Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band VI: Dokumentation zur Deutschlandfrage in Verbindung mit der Ostpolitik, Bonn u. a. 1972.
- Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band V: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bonn u. a. 1970.
- Von Siegler, Heinrich (Hrsg.), Archiv der Gegenwart, Band IV: Dokumentation zur Deutschlandfrage, Bonn u. a. 1972.
- Vorstand der SPD (Hrsg.), Bestandsaufnahme 1966. Eine Dokumentation, Bonn 1966.
- “Vorwärts“ vom 31.8.2006.
- “Vorwärts“ vom 1.2.1968.
- “Vorwärts“ vom 24.8.1967.
- “Vorwärts“ vom 30.11.1966.

#### IV. Editierte Protokolle

Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965-1969. In: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 50, Düsseldorf 2005.

Bundespressekonferenz der SPD 1967, Protokoll 13. bis 15. November 1967, Bad Godesberg o. J. .

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961-1966, bearbeitet von Heinrich Pott-hoff, 2. Halbband: 73.-167. Sitzung. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8/III: Deutschland seit 1945, Düsseldorf 1993.

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien / Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967, bearbeitet von Reinhard Schiffers, Düsseldorf 1993.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 7. Wahlperiode, Band 81: Stenographische Berichte der 1.-15. Sitzung 1972/73, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 77: Stenographische Berichte der 134.-152. Sitzung 1971, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 72: Stenographische Berichte der 31.-53. Sitzung 1970, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 6. Wahlperiode, Band 71: Stenographische Berichte der 1.-30. Sitzung 1969/70, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 69: Stenographische Berichte der 212.-229. Sitzung 1969, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 68: Stenographische Berichte der 188.-211. Sitzung 1968/69, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 67: Stenographische Berichte der 169.-187. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 66: Stenographische Berichte der 146.-168. Sitzung 1968, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 65: Stenographische Berichte der 121.-145. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 64: Stenographische Berichte der 103.-120. Sitzung 1967, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 63: Stenographische Berichte der 78.-102. Sitzung 1966/67, herausgegeben in Bonn.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, Band 62: Stenographische Berichte der 46.-77. Sitzung 1966, herausgegeben in Bonn.

Vorstand der SPD (Hrsg.), Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen und Anträge, Hannover/Bonn 1969.

Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemo-kratischen Partei Deutschlands in Hannover, 21. bis 25. November 1960, Hannover/Bonn o. J. .

## V. Memoiren und Reflexionen

Ahlers, Conrad, Die demokratische Funktionsfähigkeit der großen Koalition. In: Liberal, Band 10, 1968, S. 52-60.

Allardt, Helmut, Politik vor und hinter den Kulissen - Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West, Düsseldorf 1997.

Allardt, Helmut, Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse, Düsseldorf 1973.

Bahr, Egon, Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München 2003.

Bahr, Egon, Die SPD und ihre deutschlandpolitischen Konzepte in den 50er und 60er. In: Hübsch, Reinhard (Hrsg.), "Hört die Signale!" Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945-1970, Berlin 2002, S. 61-78.

Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, München 1996<sup>2</sup>.

Bahr, Egon, Sicherheit für und vor Deutschland. Vom Wandel durch Annäherung zur Europäischen Sicherheitsgemeinschaft, München/Wien 1991.

Barzel, Rainer, Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2001.

Barzel, Rainer, Auf dem Drahtseil, München 1978.

Barzel, Rainer, Gesichtspunkte eines Deutschen, Düsseldorf/Wien 1968.

Becher, Walter, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.

Birrenbach, Kurt, Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Vom Mauerbau bis heute, Düsseldorf 1984.

Birrenbach, Kurt, Aktuelle Fragen der Deutschlandpolitik. In: Europa-Archiv, Band 3, 1967, S. 267-278.

Brandt, Willy, Erinnerungen. Mit den "Notizen zum Fall G.", (Neuausgabe), München 2003.

Brandt, Willy, Erinnerungen, erweiterte Ausgabe, Frankfurt a. M./Berlin 1992.

Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, München 1978.

Brandt, Willy, Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974.

Brandt, Willy, Brücken bauen zu den Nachbarn in Osteuropa. Ein Beitrag für die jugoslawische Zeitschrift "Internationale Politik" vom 1.6.1968. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Willy Brandt. Frieden. Reden und Schriften des Friedensnobelpreisträgers 1971, Bonn 1971, S. 66-76.

Brandt, Willy, Plädoyer für die Vernunft. Deutsche Außenpolitik nach dem 21. August. In: Der Monat, Heft 245, Februar 1969, S. 20-26.

Brandt, Willy, Entspannungspolitik mit langem Atem. In: Außenpolitik, Jg. 18, Heft 8, 1967, S. 449-454.

Carstens, Karl, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsgg. von Kai Jena und Reinhard Schmoeckel, (Schriften des Bundesarchivs: Band 44), Boppard am Rhein 1993.

Carstens, Karl, Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung, Stuttgart 1971.

Diehl, Günter, Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949-1969, Frankfurt a. M. 1994.

Diehl, Günter, Kurt Georg Kiesinger. In: Klein, Hans (Hrsg.), Die Bundeskanzler, Berlin 1993, S. 165-219.

Ehmke, Horst, Mittendrin. Von der Großen Koalition zur Deutschen Einheit, Berlin 1994.

- Erler, Fritz, Politik für Deutschland. Eine Dokumentation, hrsgg. von Wolfgang Gaebler, Stuttgart 1968.
- Frank, Paul, Entschlüsselte Botschaft - Ein Diplomat macht Inventur, (Taschenbuchausgabe), München 1981.
- Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Die neue Ostpolitik. Wege und Irrwege, Osnabrück 1971.
- Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Fußnoten, Stuttgart 1971.
- Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Im Interesse der Freiheit, Stuttgart 1970.
- Freiherr zu Guttenberg, Karl Theodor, Wenn der Westen will. Plädoyer für eine mutige Politik, Stuttgart 1965<sup>2</sup>.
- Genscher, Hans-Dietrich, Erinnerungen, München 1997.
- Gerstenmaier, Eugen, Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1981.
- Grewe, Wilhelm G., Rückblenden 1951-1971, Frankfurt a. M. 1979.
- Hepp, Marcel, Der Atomsperrvertrag. Die Supermächte verteilen die Welt, Stuttgart 1968.
- Hupka, Herbert, Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen, München 1994.
- Kiesinger, Kurt Georg, Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904-1958, hrsgg. von Reinhard Schmoeckel, Stuttgart 1989.
- Kiesinger, Kurt Georg, Die Stellung des Parlamentariers in der heutigen Zeit, Stuttgart 1981.
- Kiesinger, Kurt Georg, Erinnerungen an einen großen Streit. In: Zimmermann, Friedrich (Hrsg.), Anspruch und Leistung. Widmungen für Franz Josef Strauß, Stuttgart 1980, S. 83-91.
- Kiesinger, Kurt Georg, Stationen 1949-1969, Tübingen 1969.
- Kiesinger, Kurt Georg, Schwäbische Kindheit, Tübingen 1966.
- Kiesinger, Kurt Georg, Ideen vom Ganzen. Reden und Betrachtungen, Tübingen 1964.
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-1994, München 2007.
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1982-1990, München 2005.
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1930-1982, München 2004.
- Krone, Heinrich, Tagebücher, Band 2: 1961-1966, bearbeitet und hrsgg. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003.
- Krone, Heinrich, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969. In: Morsey, Rudolf / Repgen, Konrad (Hrsg.), Adenauer-Studien III. Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134-201.
- Majonica, Ernst, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik, Stuttgart u. a. 1969.
- Möller, Alex, Genosse Generaldirektor, München/Zürich 1978.
- Reitzner, Almar, Das Paradies läßt auf sich warten. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, München 1984.
- Sahm, Ulrich, „Diplomaten taugen nichts“ - Aus dem Leben eines Staatsdieners, Düsseldorf 1994.
- Schmoeckel, Reinhard / Kaiser, Bruno, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991.

- Schmoeckel, Reinhard, Bonn Bundeshaus, Zimmer 109, Südflügel. In: Oberndörfer, Dieter (Hrsg.), *Begegnungen mit Kurt Georg Kiesinger*, Stuttgart 1984, S. 177-181.
- Schmidt, Helmut, *Ausser Dienst. Eine Bilanz*, München 2008.
- Schmidt, Helmut, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996.
- Schmidt, Helmut, *Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte*, Stuttgart 1969.
- Schollwer, Wolfgang, *FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966*, hrsgg. von Monika Fassbender, München 1994.
- Schollwer, Wolfgang, *Der Weg zur Entspannung. Deutschlandpolitik der FDP seit 1952*, Bonn 1972.
- Schollwer, Wolfgang, *Deutschland- und Außenpolitik. Material zur Klausurtagung des Vorstandes der Freien Demokratischen Partei am 9./10. Januar 1967 in Bonn, Frankfurt a. M. 1967*.
- Strauß, Franz Josef, *Die Erinnerungen*, hrsgg. vom Siedler-Verlag, Berlin 1989.
- Strauß, Franz Josef, *Gebote der Freiheit*, München 1980.
- Strauß, Franz Josef, *Zur Lage. Mit einem Nachwort von Golo Mann*, Stuttgart 1979.
- Strauß, Franz Josef, *Signale. Beiträge zur deutschen Politik 1969-1978. Ausgewählt und eingeleitet von Wilfried Scharnagl*, München 1978.
- Strauß, Franz Josef, *Deutschland - Deine Zukunft*, Stuttgart 1975.
- Strauß, Franz Josef, *Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa*, Stuttgart 1968.
- Strauß, Franz Josef, *Entwurf für Europa*, Stuttgart 1966.
- Strauß, Franz Josef, *The Grand Design. A European Solution to German Reunification*, ins Englische übersetzt durch Brian Connell, London 1965.
- Wehner, Herbert, *Zeugnis*, hrsgg. von Gerhard Jahn, Köln 1982.
- Wilson, Harold, *Die Staatsmaschine. Erinnerungen des britischen Premiers 1964-1970*, Wien 1972.

## VI. Forschungsliteratur

- Allemann, Fritz R., Bonn ist nicht Weimar, hrsgg. von Xenia von Bahder, Frankfurt a. M. 2000.
- Arenth, Joachim, Johnson, Vietnam und der Westen. Transatlantische Beziehungen 1963-1969, München 1994.
- Aretz, Jürgen, Von Adenauer bis Kohl - Zur Christlich-Demokratischen Deutschlandpolitik 1945-1990. In: Buchstab, Günter (Hrsg.), Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU, Freiburg 2005, S. 219-249.
- Bange, Oliver, Kiesingers Ost- und Deutschlandpolitik von 1966-1969. In: Buchstab, Günter / Gassert, Philipp / Lang, Peter Th. (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005, S. 455-500.
- Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.
- Baring, Arnulf, Gründungsstufen, Gründungsväter - Der lange Weg der Bundesrepublik zu sich selbst. In: Scheel, Walter (Hrsg.), Nach dreißig Jahren. Die Bundesrepublik Deutschland. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, Stuttgart 1979, S. 19-46.
- Baring, Arnulf, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949-1964, Hamburg 1974.
- Bayer, Alfred / Baumgärtel, Manfred (Hrsg.), Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, Sonderausgabe der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München 1995.
- Behrendt, Manfred, Franz Josef Strauß. Eine politische Biographie, Köln 1995.
- Bellers, Jürgen, Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989, Münster 1990.
- Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik“ und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Wiedervereinigung, München 1995.
- Bender, Peter, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1989<sup>2</sup>.
- Bender, Peter, Zehn Gründe für die Anerkennung der DDR, Frankfurt a. M./Hamburg 1968.
- Bender, Peter, Offensive Entspannung, Köln 1964.
- Bergsdorf, Wolfgang, Herrschaft und Sprache, Pfullingen 1983.
- Besson, Waldemar, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.
- Bickerich, Wolfram, Franz Josef Strauß. Die Biographie, Düsseldorf 1996.
- Bierling, G. Stephan, Geschichte der amerikanischen Außenpolitik. Von 1917 bis zur Gegenwart, München 2004<sup>2</sup>.
- Biermann, Werner, Strauß. Aufstieg und Fall einer Familie, Berlin 2006<sup>2</sup>.
- Bischoff, Detlef, Die außenpolitische Konzeption der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1972.
- Booz, Rüdiger M., „Hallsteinzeit.“ Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.
- Borchard, Michael, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949-1955. In: Buchstab, Günter u. a. (Hrsg.), Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 35, Düsseldorf 2000, hier S. 289-301.
- Borowsky, Peter, Deutschland 1963-1969, Hannover 1983.

Bouvier, Beatrix, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung: Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960-1966, Bonn 1990.

Bracher, Karl Dietrich, Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/I, Stuttgart 1986, S. 285-411.

Bracher, Karl Dietrich, Die Kanzlerdemokratie. In: Löwenthal, Richard / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 179-202.

Brauers, Christof, Liberale Deutschlandpolitik 1949-1969. Positionen der FDP zwischen nationaler und europäischer Orientierung, Münster/Hamburg 1993.

Brawand, Leo, Die Spiegel-Story. Wie alles anfang, Düsseldorf u. a. 1987<sup>2</sup>.

Buchhaas, Dorothee, Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981.

Buchheim, Hans, Deutschlandpolitik 1949-1972. Der politisch-diplomatische Prozeß, Stuttgart 1984.

Buchstab, Günter (Hrsg. im Auftrag der KAS), Eugen Gerstenmaier (1906-1986). Kirche-Widerstand-Politik, Sankt Augustin 2006.

Buchstab, Günter / Gassert, Philipp / Lang, Peter Th. (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Von Ebingen ins Kanzleramt, Freiburg 2005.

Buchstab, Günter, Geheimdiplomatie zwischen zwei bequemen Lösungen. Zur Ost- und Deutschlandpolitik Kiesingers. In: Bracher, Karl Dietrich / Mikat, Paul / Reppen, Konrad u. a. (Hrsg.), Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 883-901.

Burricher, Clemens / Nakath, Detlef / Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft - Staat - Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006.

Chirac, Jacques, Hommage an Franz Josef Strauß. In: Carstens, Karl / Goppel, Alfons / Kissinger, Henry / Mann, Golo (Hrsg.), Franz Josef Strauß. Erkenntnisse - Standpunkte - Ausblicke, München 1985, S. 562-565.

Conze, Eckart, Staatsräson und nationale Interessen: Die "Atlantiker-Gaullisten"-Debatte in der bundesdeutschen Politik und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre. In: Lehmkuhl, Ursula / Wurm, Clemens A. / Zimmermann, Hubert (Hrsg.), Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik und Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 197-226.

Creuzberger, Stefan, Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949-1969, (Schriften des Bundesarchivs: Band 69), Düsseldorf 2008.

Czerwick, Edwin, Oppositionstheorien und Außenpolitik. Eine Analyse sozialdemokratischer Deutschlandpolitik 1955-1966, Königstein/TS. 1981.

Dalberg, Thomas, Franz Josef Strauß. Porträt eines Politikers, Gütersloh 1968.

Defrance, Corine / Pfeil, Ulrich (Hrsg.), Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003. In: Pariser Historische Studien, Band 71, München 2005.

Deutschlandpolitischer Arbeitskreis (Hrsg.), 30 Thesen für eine neue Deutschlandpolitik, Hamburg 1969.

Eichhorn, Joachim Samuel, Kein vergessener Kanzler mehr. In: Deutschland-Archiv, Band 39, 2006, S. 1114-1123.

Eichhorn, Joachim Samuel, Durch alle Klippen hindurch zum Erfolg. Die Regierungspraxis der ersten Großen Koalition (1966-1969). In: Studien zur Zeitgeschichte, Band 79, München 2009.



- Enders, Thomas, Franz Josef Strauß - Helmut Schmidt und die Doktrin der Abschreckung, hrsgg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, Koblenz 1984.
- Engel, Ulf / Schleicher, Hans-Georg, Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1989.
- Fichter, Tilman, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin/Frankfurt a. M. 1993.
- Finger, Stefan, Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben, München 2005.
- Fitschen, Patrick, Zwischen Junktimpolitik und Verzögerungspolitik. Das Auswärtige Amt und die Verhandlungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, (Kieler Studien zur Sicherheitspolitik), Kiel 2003.
- Frank, Mario, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, München 2000.
- Friemberger, Claudia / Kramer, Ferdinand (Hrsg.), Rückblicke 1957-1984 des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel, St. Ottilien 2005.
- Gallus, Alexander, Heinemann bis Havemann. Dritte Wege in Zeiten des Kalten Krieges. In: Deutschland-Archiv, Band 3, 2007, S. 422-431.
- Garton Ash, Timothy, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.
- Gassert, Phillip, Kurt Georg Kiesinger 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006.
- Gaus, Günter, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung, Hamburg 1983.
- Gaus, Günter, Staatserhaltende Opposition oder hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner, Reinbek bei Hamburg 1966.
- Gloe, Markus, Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952-1975, Wiesbaden 2005.
- Görtemaker, Manfred, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, (Taschenbuchausgabe), Frankfurt a. M. 2004.
- Grabbe, Hans-Jürgen, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945-1966, Düsseldorf 1983.
- Griffith, William E., Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, aus d. Amerikan. übersetzt von Gisela Kramer, Stuttgart 1981.
- Günther, Klaus, Der Kanzlerwechsel in der Bundesrepublik. Adenauer - Erhard - Kiesinger. Eine Analyse zum Problem der intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge, (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung: Band 75), Hannover 1970.
- Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, aktualisierte Neuauflage, Bonn 2003.
- Hacke, Christian, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Frankfurt a. M./Berlin 1993.
- Hacke, Christian, Die Wirkung von Johann Baptist Gradl auf die Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: Mut zur Einheit. Festschrift für Johann Baptist Gradl, Köln 1984, S. 13-38.
- Hacke, Christian, Die Ära Nixon-Kissinger 1969-1974. Konservative Reform der Weltpolitik, Stuttgart 1983.

- Haftendorn, Helga, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945-2000, München 2001.
- Haftendorn, Helga, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994.
- Haftendorn, Helga / Wilker, Lothar / Wörmann, Claudia, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1982.
- Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband 2: CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, bearbeitet von Corinna Franz und Oliver Gnad, Düsseldorf 2005.
- Harpprecht, Klaus, Es lebe die Große Koalition! In: Cicero. Magazin für Politische Kultur, November 2006, S. 64-69.
- Harpprecht, Klaus, Moderator Germaniae. Ein Porträt Kurt Georg Kiesingers. In: Der Monat, Heft 222, März 1967, S. 7-14.
- Haungs, Peter, Kanzlerdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Von Adenauer bis Kohl. In: Zeitschrift für Politik, Band 33, 1986, S. 44-66.
- Hennig, Friedrich, Die FDP - Die Liberalen. Portrait einer Partei, München 1982.
- Hentschel, Volker, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München/Landsberg am Lech 1996.
- Heydemann, Günther, Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historische-Politische Mitteilungen, Band 1, Sankt Augustin 1994, S. 15-32.
- Hildebrand, Klaus, Die Große Koalition 1966 bis 1969. Experiment zwischen Ausnahme und Normalität. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Politische Meinung, 2006, S. 45-49.
- Hildebrand, Klaus, Buchvorstellung: Klaus Schönhoven, „Wendjahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969“. Diskussion mit dem Autor. Veranstaltung am 22. November 2004 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, (FES, Historisches Forschungszentrum, Gesprächskreis Geschichte, Heft 58), Bonn 2005.
- Hildebrand, Klaus, Kurt Georg Kiesinger. Kanzler der Großen Koalition. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historisch-Politische Mitteilungen, Band 11, Sankt Augustin 2004, S. 229-241.
- Hildebrand, Klaus, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1982, Bonn 1991.
- Hildebrand, Klaus, Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4, Stuttgart/Wiesbaden 1984.
- Hohmann, Karl, Ludwig Erhard (1898-1977). Eine Biographie, Stuttgart 1997.
- Jaeger, Wolfgang, Von der Kanzlerdemokratie zur Koordinationsdemokratie. In: Zeitschrift für Politik, Band 35, 1988, S. 15-32.
- Jüttner, Alfred, Die deutsche Frage, Köln u. a. 1971.
- Kaack, Heino, Die F.D.P. Grundriß und Materialien zu Geschichte, Struktur und Programmatik, Meisenheim am Glan 1979<sup>3</sup>.
- Kaack, Heino, Landtagswahlen und Bundespolitik von 1970-72. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 13, 1974, S. 3-45.
- Kaack, Heino, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

- Kaltefleiter, Werner u. a., Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969. In: Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Band 5, Wiesbaden 1970, S. 1-187.
- Kaltefleiter, Werner, Analytische Bemerkungen zum Bundestagswahlergebnis 1969. In: Gölter, Georg / Pieroth, Elmar (Hrsg.), Die Union in der Opposition. Analyse - Strategie - Programm, Düsseldorf/Wien 1970, S. 11-28.
- Kilian, Werner, Adenauers Reise nach Moskau, hrsgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg 2005.
- Kilian, Werner, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. In: Zeitgeschichtliche Forschungen, Band 7, Berlin 2001.
- Kissinger, Henry, Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der internationalen Sicherheit. In: Europa-Archiv, Band 23, 1966, S. 831-838.
- Klarsfeld, Beate, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. Dokumentation. Mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969.
- Klein, Hans, Ludwig Erhard, Köln/Berlin 1967.
- Kleßmann, Christoph, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988.
- Klingl, Friedrich, „Das ganze Deutschland soll es sein!“ - Thomas Dehler und die außenpolitischen Weichenstellungen der fünfziger Jahre, München 1987.
- Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, (unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1982), Bonn 1996.
- Knapp, Manfred, Vietnam als Bremse der Entspannung zwischen den Weltmächten. In: Carstens, Karl u. a. (Hrsg.), Die Internationale Politik 1966-1967, München/Wien 1973, S. 74-77.
- Knorr, Heribert, Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1975.
- Koch, Peter, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1998.
- Köhler, Henning, Adenauer - Eine politische Biographie, Frankfurt a. M. 1994.
- Koerfer, Daniel, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987.
- Koerfer, Daniel, Die FDP in der Identitätskrise. Die Jahre 1966-1969 im Spiegel der Zeitschrift „liberal“, Stuttgart 1981.
- Körper, Kurt J., FDP. Bilanz der Jahre 1960-1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Köln 1968.
- Kohler, Beate, Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien, Bonn 1970.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995.
- Korte, Karl Rudolf (Hrsg.), „Das Wort hat der Herr Bundeskanzler“. Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002.
- Kossert, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.
- Kraft, Michael, Der vergessene Kanzler. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Politische Meinung, 1990, S. 83-87.

- Kroegel, Dirk, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997.
- Lappenküper, Ulrich, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire", Band 2: 1958-1963, München 2001.
- Lehmann, Hans Georg, Öffnung nach Osten. Die Ostreisen Helmut Schmidts und die Entstehung der Ost- und Entspannungspolitik, Bonn 1984.
- Leugers-Scherzberg, August H., Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, (Taschenbuchausgabe), Berlin 2006.
- Lindemann, Helmut, Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie, München 1978.
- Lindlau, Dagobert (Hrsg.), Dieser Mann Brandt... Gedanken über einen Politiker von 35 Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern, München 1972.
- Link, Werner, Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung Erhard und der Großen Koalition (sowie die dazu geführte Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit). In: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquet-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band V/2, Frankfurt a. M./Baden Baden 1995, S. 1677-1743.
- Link, Werner, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974. In: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 5/I, Stuttgart 1986, S. 15-406.
- Löwenthal, Richard, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik. In: Löwenthal, Richard / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604-699.
- Makarov, Alexander N., Deutsches Staatsangehörigkeitsrecht. Kommentar, Frankfurt a. M./Berlin 1971.
- Marcowitz, Reiner, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958-1969, München 1996.
- Marshall, Barbara, Willy Brandt. Eine politische Biographie, Bonn 1993.
- Masala, Carlo, Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963-1969, Köln 1977<sup>2</sup>.
- Mehnert, Klaus, Die groteske Atom-Diskussion. In: "Christ und Welt" vom 9.12.1966, S. 8-9.
- Meissner, Boris, Die Breshnew-Doktrin, Köln 1969.
- Merseburger, Peter, Rudolf Augstein. Biographie, München 2007<sup>2</sup>.
- Merseburger, Peter, Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, München/Stuttgart 2002<sup>3</sup>.
- Meyer, Christoph, Herbert Wehner. Biographie, München 2006.
- Mierzejewski, Alfred C., Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, München 2005.
- Mintzel, Alf, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998.
- Mintzel, Alf, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt. In: Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 81-118.
- Mintzel, Alf, Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit, Opladen 1984.
- Mintzel, Alf, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977.
- Mintzel, Alf, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1975.
- Mischnick, Wolfgang (Hrsg.), Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P., Stuttgart 1989.

- Morgan, Roger, Washington und Bonn. Deutsch-amerikanische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, München 1975.
- Müchler, Günter, CDU/CSU. Das schwierige Bündnis, München 1976.
- Müller, Werner, Friedliche Revolution 1989/90: Von der Dauerkrise zum Umbruch in der DDR. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel vom Alten Reich bis zum wiedervereinigten Deutschland, München 2006, S. 245-290.
- Müller, Helmut M., Schlaglichter der deutschen Geschichte, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002.
- Niedhart, Gottfried, Friedens- und Interessenwahrung. Zur Ostpolitik der FDP in Opposition und sozial-liberaler Regierung 1968-1970. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, Band 7, Karlsruhe 1995, S. 105-126.
- Noack, Paul, Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart 1972.
- Olzog, Günter / Liese, Hans-J., Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, München 1991<sup>19</sup>.
- Oppelland, Torsten, Gerhard Schröder (1910-1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.
- Osterheld, Horst, Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-66. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992.
- Osterroth, Franz / Schuster, Dieter, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Band 3: Nach dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 1978<sup>2</sup>.
- Quimet, Matthew J., The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy, Chapel Hill - University of North Carolina 2003.
- Peter, Horst, Mehr Demokratie wagen und/oder den Standort sichern? In: Klönne, Arno / Spoo, Eckhart / Butenschön, Rainer (Hrsg.), Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Hamburg 1999, S. 107-110.
- Pöllinger, Sigrid, Der KSZE/OSZE-Prozeß. Ein Abschnitt europäischer Friedensgeschichte, Wien 1998.
- Potthoff, Heinrich / Miller, Susanne, Kleine Geschichte der SPD, Bonn 2002<sup>8</sup>.
- Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
- Prieß, Lutz u. a., Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, Berlin 1996.
- Prowe, Diethelm, Die Anfänge der Brandtschen Ostpolitik in Berlin 1961-1963. Eine Untersuchung zur Endphase des Kalten Krieges. In: Benz, Wolfgang / Graml, Hermann (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze. Hans Rothfels zum Gedächtnis, Stuttgart 1976, S. 249-286.
- Pusch, Hans-Ulrich, Kai-Uwe von Hassel. Ein Portrait, Freudenstadt 1970.
- Reddemann, Gerhard, Die Anerkennungspartei. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Die Politische Meinung, 1969, S. 4-18.
- Rödder, Andreas, Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München 2004.
- Roik, Michael, Die DKP und die demokratischen Parteien 1968-1984, Paderborn 2006.
- Rudzio, Wolfgang, Die Regierung der informellen Gremien. Zum Bonner Koalitionsmanagement der sechziger Jahre. In: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 3, 1972, S. 339-336.
- Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger. Sein Leben und sein politisches Wirken, Stuttgart 2006.

Rupp, Hans Karl, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2000<sup>3</sup>.

Rupps, Martin, Helmut Schmidt. Eine politische Biographie, Stuttgart/Leipzig 2002.

Schäfer, Hermann, Einleitung. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Kurt Georg Kiesinger und seine Politik, Bonn 2005, S. 7-16.

Schäfer, Friedrich, Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und seiner Arbeitsweisen, Opladen 1975<sup>2</sup>.

Schlemmer, Thomas, Die aufsässige Schwester. Forschungen und Quellen zur Geschichte der Christlich-Sozialen Union 1945-1976. In: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.), Historisch-Politische Mitteilungen, Band 6, Sankt Augustin 1999, S. 287-324.

Schlemmer, Thomas, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998, S. 497-514.

Schmidt, Ute, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band 1, Opladen 1983, S. 490-660.

Schmidt, Wolfgang, Die Wurzeln der Entspannung - Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 4, 2003, S. 521-563.

Schmidt, Wolfgang, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001.

Schneider, Andrea H., Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966-1969, Paderborn u. a. 1999.

Schneider, Franz, Die Große Koalition - zum Erfolg verurteilt?, Mainz 1968.

Schneppen, Heinz, Eine Insel und zwei deutsche Staaten - Sansibar und die Hallstein-Doktrin 1946-1966. In: Deutschland-Archiv, Band 3, 1999, S. 409-418.

Schöllgen, Gregor, Willy Brandt. Die Biographie, Berlin/München 2001.

Schönhoven, Klaus, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966-1969. In: Dowe, Dieter (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Band 2, Bonn 2004.

Schönhoven, Klaus, Entscheidung für die Große Koalition. Die Sozialdemokratie in der Regierungskrise im Spätherbst 1966. In: Pyta, Wolfram / Richter, Ludwig (Hrsg.), Gestaltungskraft des Politischen, Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 379-401.

Schöps, Joachim, Die Spiegel-Affäre des Franz Josef Strauß, Hamburg 1983.

Scholz, Günther, Herbert Wehner, Düsseldorf 1986.

Schreib, Christiane, Die italienische Diskussion über die deutsche Ost- und Entspannungspolitik (1966-1973), Frankfurt a. M. 2001.

Schröder, Klaus, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, hrsgg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 1999<sup>2</sup>.

Schröder, Karsten, Egon Bahr, Rastatt 1988.

Schulz, Eberhard, An Ulbricht führt kein Weg vorbei, Hamburg 1967.

Schuster, Rudolf, Die „Hallstein Doktrin“ - Ihre rechtliche und politische Bedeutung und die Grenzen ihrer Wirksamkeit. In: Europa-Archiv, Band 6, 1963, S. 670-689.

Schwarz, Hans-Peter, Die Regierung Kiesinger und die Krise in der CSSR 1968. In: Politische Vierteljahresschrift, Band 47, 1999, S. 159-186.

- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967, Band 2, Stuttgart 1991.
- Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, Band 1, Stuttgart 1986.
- Schwarz, Wolfgang, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961-1968, hrsgg. vom Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München 2004.
- Seebacher, Brigitte, Willy Brandt, (ungekürzte Taschenbuchausgabe), München 2006.
- Seebacher, Brandt, Die deutsch-deutschen Beziehungen: Eine Geschichte von Verlegenheiten. In: Jesse, Eckhard / Mitter, Armin (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, verlegt bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1992, S. 15-40.
- Siewert, Regina / Bilstein, Helmut, Gesamtdeutsche Kontakte. Erfahrungen mit Parteien- und Regierungsdialo, Opladen 1969.
- Soell, Hartmut, Helmut Schmidt 1918-1969. Vernunft und Leidenschaft, München 2003.
- Soell, Hartmut, Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft, Stuttgart 1991.
- Soell, Hartmut, Fraktion und Parteiorganisation. Zur Willensbildung der SPD in den 60er Jahren. In: Politische Vierteljahresschrift, Band 10, 1969, S. 604-628.
- Speich, Mark, Kai-Uwe von Hassel - Eine politische Biographie, Bonn 2001.
- Staat, Jochen, Die geheime Westpolitik der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.
- Steffahn, Harald, Helmut Schmidt, Hamburg 1999<sup>3</sup>.
- Steininger, Rolf, Thomas Dehler - Protagonist einer "neuen" deutschen Ostpolitik. In: Stiftung Haus der Geschichte (Hrsg.), Thomas Dehler und seine Politik. Wissenschaftliches Symposium am 8. Dezember 1997 aus Anlaß des 100. Geburtstages von Thomas Dehler, Bonn 1998, S. 25-31.
- Steinkühler, Manfred, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren 1958 bis 1969. In: Zeitgeschichtliche Forschungen, Band 14, Berlin 2002.
- Stern, Carola, Willy Brandt, überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Hamburg 2002.
- Stickler, Matthias, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.
- Storz, Henning, Außenpolitik als Gesellschaftspolitik. Die außenpolitische Konzeption der CDU mit besonderer Berücksichtigung der Zeit der Großen Koalition 1966-1969, Berlin 1973.
- Stüwe, Klaus, Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2005.
- Stüwe, Klaus (Hrsg.), Die großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002.
- Sturm, Daniel Friedrich, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006.
- Sussmann, Rudolf, Deutsche Teilung - Folgen für die Sprache? In: Lange, Klaus (Hrsg.), Aspekte der deutschen Frage, Herford 1986, S. 143-167.
- Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969). In: Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 132, Bonn 2001.

- Timmermann, Heinz, Im Vorfeld der neuen Ostpolitik - Der Dialog zwischen italienischen Kommunisten und deutschen Sozialdemokraten 1967/68. In: Ost-Europa, Band 6, 1971, S. 388-399.
- Thompson, Wayne C., The Political Odyssey of Herbert Wehner, London 1993.
- Thoß, Bruno, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952-1960, München 2006.
- Vogtmeier, Andreas, Egon Bahr und die deutsche Frage - Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996.
- Von Beyme, Klaus, Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schmidt, München/Wien 1979.
- Von Kodolitsch, Paul, Die Ostpolitik der Großen Koalition und die sozialistischen Staaten, Berlin 1974.
- Von Plato, Alexander, Die Vereinigung Deutschlands - Ein weltpolitisches Machtspiel, hrsgg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003<sup>2</sup>.
- Von Wrede, Christoph, Der Rechtsstandpunkt der deutschen Bundesregierung auf völkerrechtliche Alleinvertretung Gesamtdeutschlands und die Hallstein-Doktrin, Balve 1966.
- Walter, Franz, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.
- Weidenfeld, Werner / Korte, Karl Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999, verlegt bei der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, S. 104.
- Wein, Martin, Willy Brandt. Das Werden eines Staatsmannes, Berlin 2003.
- Wengst, Udo, Thomas Dehler 1897-1967. Eine politische Biographie, München 1997.
- Wenzke, Rüdiger, Die Nationale Volksarmee der DDR. Kein Einsatz in Prag. In: Karner, Stefan / Tomilina, Natalja / Tschubarjan, Alexander u. a. (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Beiträge, Köln u. a. 2008, S. 673-686.
- Wetting, Gerhard, Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschlandfrage 1965-1976. Einvernehmen und Konflikt im sozialistischen Lager, Stuttgart 1976.
- Wetting, Gerhard, Die Parole der Nicht-Weiterverbreitung von Kernwaffen in der sowjetischen Politik. Eine Analyse. In: Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien, o. O. 1967, S. 1-23.
- Wirz, Ulrich, Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition, Grub am Forst 1997.
- Yang, Ying-Feng, Der Alleinvertretungsanspruch der geteilten Länder Deutschland, Korea und China im politischen Vergleich, Frankfurt a. M. 1997.
- Ziegler, Gerhard, Kurt Georg Kiesinger. In: Von Sternburg, Wilhelm (Hrsg.), Die deutschen Kanzler, Königstein/Ts. 1985, S. 407-418.
- Zierer, Otto, Franz Josef Strauß. Lebensbild, München/Berlin 1979<sup>4</sup>.
- Zitelmann, Rainer, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen 1991.
- Zohlhöfer, Reimut, Republik im Übergang: Machtwechsel in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. In: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Heft 4, 2005, S. 612-639.



## VII. Zeitungen und Zeitschriften

“Die Zeit“ vom 28.9.2006.

“Die Zeit“ vom 29.12.2005.

“Die Zeit“ vom 15.3.1968.

“Spiegel“, Nr. 41 vom 9.10.2006.

“Spiegel“, Nr. 39 vom 22.9.1969.

“Spiegel“, Nr. 11 vom 10.3.1969.

“Spiegel“, Nr. 39 vom 22.9.1969.

“Stern“, Nr. 11 vom 12.3.1967.

## VIII. Internetquellen

Eichhorn, Joachim Samuel, „Mehr als einige schöne Trinksprüche“. Die Konsensstrategien der ersten Großen Koalition (1966-1969). In: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, Nr. 3, 2006, hier H. 2, Abschnitt 9: [http://www.zeithistorische-forschungen.de/portal/alias\\_zeithistorische-forschungen/lang\\_de/tabID\\_40208647/Default.aspx](http://www.zeithistorische-forschungen.de/portal/alias_zeithistorische-forschungen/lang_de/tabID_40208647/Default.aspx) [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 20:00 Uhr]

Heckmann, Rosemarie, Der vergessene Kanzler. Würdigung zum 100. Geburtstag. Nachzulesen im Internet-Angebot der Zeitschrift “Das Parlament“ mit der Beilage “Aus Politik und Zeitgeschichte“, (Nr. 14 / 29.03.2004), hrsgg. vom Deutschen Bundestag und der Bundeszentrale für politische Bildung. Siehe: <http://webarchiv.bundestag.de/archive/2005/0113/dasparlament/2004/14/Kehrseite/003.html> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 17:00 Uhr]

<http://www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/historie-1.php3> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 9:00 Uhr]

<http://www.iaea.org/> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 15:00 Uhr]

<http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/Others/infcirc140.pdf> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 15:10 Uhr]

Museumszeitung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Nr. 3, Bonn 2003. Siehe: <http://www.museumsmagazin.com/archiv/3-2003/brennpunkt/pragerfruehling.php> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 16:00 Uhr]

Niclaß, Karlheinz, Kiesinger und Merkel in der Großen Koalition. Nachzulesen im Internet-Angebot der Zeitschrift “Das Parlament“ mit der Beilage “Aus Politik und Zeitgeschichte“, (Nr. 16 / 14.04.2008), hrsgg. vom Deutschen Bundestag und der Bundeszentrale für politische Bildung. Siehe: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2008/16/Beilage/001.html> [Letzter Zugriff: 7.5.2009, 17:15 Uhr]